INHALT:

1) KURZINFORMATION
DATEN
2) KONZEPTE ZIELE
3) ORGANISATIONSMODELLE
SELBSTVERWALTUNG
4) GESCHICHTE DES KOMM
5) GRUPPEN PROGRAMM

KOMM von 1973-1982

DOKUMENTATION

An dieser Dokumentation klebt der Schweiß vieler KOMM Sekretärsgenerationen! Angefangen im Jahre 1975, nochmals: 75; abgebrochen, weitergeschoben, von Sekretären als Wahlgeschenk versprochen, delegiert.

Generationen erwartungsvoller Praktikanten und Hunderte von Interessenten wurden über Jahre hinweg vertröstet.

ZUR 2. AUFLAGE

Die 1. Auflage der KOMM- Dokumentation wurde restlos vertrieben. Dazu kam die Massenverhaftung vom 5. März, was zu einer erheblichen Nachfrage an Information über das KOMM führte, weshalb wir beschlossen, diese wichtige "Geschichte" des KOMM wieder aufzulegen.

Die 2. Auflage hat dieselbe Einteilung wie die erste. Es wurden von dieser nur wenige Seiten heraus genommen, und zwar solche, von denen wir meinten, sie wären Wiederholungen von schon gesagtem.

Hinzu kamen die Artikel zum 5. März und seinen Folgen. Außerdem einige neue Artikel übers KOMM und aus dem KOMM.

Da es seit einiger Zeit eine regelmäßig erscheinende KOMM- Zeitung gibt, welche ständig die "Geschichte des KOMM" versucht zu dokumentieren, sollte der Interessierte diese im KOMM- Sekretäriat mitnehmen oder anfordern.

Zum Verständnis dieser Dokumentation

Mit der Eröffnung des KOMM 1973 fanden sich sofort Leute ein, die mitmachen wollten, Aktive, Macher.

Seither haben Generationen von Mitarbeitern ihre Erfahrungen im und mit dem KOMM gemacht.

Manche von ihnen sind geblieben, andere gefrustet abgesprungen, die Dritten haben Ihr Engangment in andere Projekte eingebracht, in Stadtzeitungen, Stadtteilinitiativen, Arbeitskreisen und ähnliches.

Kaum einer aber hat dabei seine Entscheidungen begründet, seine Erfahrungen festgehalten oder Entwicklungen protokolliert.

Diese Tatsache hat uns bei der Erstellung der Dokumentation ziemliche Schwierigkeiten bereitet. Es fehlt ein Stück KOMM- Geschichte, das an Mitarbeiter und Besucher weitergegeben werden könnte.

Die Hektik der Alltagsarbeit schwemmt das Bedürfnis nach Ruhe, Reflexion und Dokumentation immer wieder beiseite.

So ist es auch erklärbar, daß diese Dokumentation seit Jahren nicht fertig wird. Angefangen im Jahre 1975, liegt ein Großteil der Blätter seit 1976 im Keller. Niemand fand die Zeit, die verbindenden Texte zu schreiben, die Entwicklung zu aktualisieren und den Rest nachdrucken zu lassen. An dieser Stelle ist es wohl angebracht, sich bei den vielen zu entschuldigen, denen die Dokumentation seit Jahren versprochen wurde.

Und zu bedanken bei denen, die die Vorarbeit geleistet und uns Rätsel hinterlassen haben: dem Fritz, dem Tommi, der Olga, Josef, Rainer, Ludwig ....

Wir fanden beim letzten Anlauf nun stoßweise bedrucktes Papier vor (in verschiedenen Farben) und konnten uns anfangs darauf keinen rechten Reim machen. Wir versuchten diese Papiere nach Schwerpunkten zu ordnen und einen roten Faden zu entwickeln. Aus dem Gedächtnis heraus, anhand von Protokollen und Diskussionspapieren versuchten wir die Geschichte zu rekonstruieren. Dort, wo uns wichtige Aspekte zu fehlen schienen, haben wir ergänzt, immer unter dem Druck, diese Dokumentation nicht allzusehr anschwellen zu lassen.

Vieles wird dabei unzureichend behandelt; z.B. die Fragen politischer Arbeit, Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit der lokalen Tagespresse, die Drogenproblematik und vieles mehr.

Eine fundierte Darstellung oder gar Auseinandersetzung mit diesen Themen, kann diese Dokumentation nicht mehr leisten. Wichtiger ist es, daß die vorliegenden Versatzstücke veröffentlicht werden und eine Diskussion anregen.

Eine zusammenhängende Beschreibung und Analyse der bisherigen Entwicklung soll gelegentlich in einer weiteren Veröffentlichung erfolgen.

Die Papiere sind nach Gesichtspunkten gegliedert, die sich aus den Fragestellungen vieler Besucher, bzw. der Logik eines geschichtlichen Ablaufs ergeben.

Die einzelnen Kapitel werden jeweils durch einen erklärenden oder verbindenden Text eingeführt, gedruckt in grüner Farbe auf Umweltschutzpapier.

Heinz und Michael

Kommunikationszentrum
Königstr. 93
8500 Nürnberg
Tel. 0911/223647

1. Auflage 1000 - Januar 1980 - V.i.S.d.P.: M. Popp u. H. Oeben
2. Auflage 1000 - Mai 1982 - V.i.S.d.P.: P. Hess u. W. Kischka

KURZINFORMATION UND DATEN

Im KOMM wurden zu verschiedenen Zeiten Informationsblätter erstellt, um Besucher des Hauses und Interessenten, die sich schriftlich an das KOMM wenden, kurz über Ziele, Programm, die Gruppen, Etatmittel, die Größe des Hauses u.a. zu informieren.

Damit auch der Leser dieser Dokumentation sich zunächst ein gedrängtes Bild der "Einrichtung" machen kann, folgen einige Info- Blätter und Artikel, die in Kurzform über das KOMM berichten.

1) Der "Steckbrief", der in jeweils aktualisierter Version seit etwa drei Jahren als kürzeste und allgemeinste Information über das KOMM verwendet wird.

2) Auszüge aus einem "KOMM Extra Blatt", das die Mitarbeiter des KOMM im März 1978 in einer Auflage von 45.000 in Nürnberger Briefkästen verteilten. Die Bürger sollten eine Art "Gegeninformation" auf eine der schlimmsten diffamierenden CSU- Kampagnen erhalten. Diese Diffamierungskampagne war ein Teil des Kommunalwahlkampfes und war bereitwillig von der Tagespresse aufgegriffen worden. (siehe Kapitel 4 - Geschichte des KOMM Nr. 21)

3) Untersuchungsergebnisse - Eine Untersuchung von 1974 ist etwas detailliert dargestellt; auf einem weiteren Blatt werden einige Besucherdaten über einen Zeitraum von mehreren Jahren miteinander verglichen.

4) Im Dez. 77 berichtet Dieter Fränzel im "Sozialmagazin" über das KOMM, über die Selbstverwaltung und die Gruppenarbeit unter der Überschrift "Ein permanenter Lernprozess". Ein anderer Artikel, den Ludwig Zerull bereits 1975 in der Fachzeitschrift "Kunst und Unterricht" geschrieben hat, ist unter Kapitel 5 - Gruppen und Programm eingeordnet, da er schwerpunktmäßig auch über die Arbeit der KOMM- Gruppen berichtet.

5) Eine Aufstellung von Arbeitskreisen und Zusammenschlüssen, in denen das KOMM durch Mitarbeiter vertreten ist, sowie eine Literaturliste von Veröffentlichungen, in denen unter anderem über das KOMM geschrieben wurde, folgen.

6) Das ist das 100.000 fach erschienene KOMM-Extra-Blatt zu den am 5.3.81 vorgenommenen Massenverhaftungen.

7) Ein im Okt. 81 im Sozial-Magazin erschienener Artikel beschäftigt sich mit der Frage: Anarcho-Spielwiese oder Freizeitland.

KURZINFORMATION und DATEN

KOMM Steckbrief

ADRESSE:

KOMM
KÖNIGSTR. 93
8500 NÜRNBERG 1

Tel.: 22 36 47

ÖFFNUNGSZEITEN:

Di.-Sa.:
18.00-23.00 Uhr

NAME: KOMM (Kommunikationszentrum)

GEB.DATUM: Juli 1973 (Selbstverwaltet seit Okt. 73, bzw. März 74)

ENTSTEHUNGSANLASS: Initiative des Kulturreferenten (Dr. Glaser) und 4 Kunstpädagogen für ein informelles bürgernahes "Kulturzentrum" im Rahmen einer Offensive zur Demokratisierung von Kultur. Im "Probelauf" 1973 kamen ca. 20.000 überwiegend jugendliche Besucher.

TRÄGER: Stadt Nürnberg - Kulturreferat - Amt für kulturelle Freizeitgestaltung - (im Stadtrat herrscht eine hauchdünne SPD-FDP Mehrheit)

LAGE: Gegenüber dem Hauptbahnhof - im Zentrum Nürnbergs - Verkehrsknotenpunkt am Eingang der Altstadt und des Vergnügungsviertels

GRÖSSE: Über 55 Räume, Versammlungsräume, Festsaal, Kino, Kneipe, Disco, Teestube, Werkstätten, Gruppenräume.

GEBÄUDEART: Als "Künstlerhaus" 1910 im Jugendstil erbaut: Ausstellungsgebäude mit Versammlungsräumen und Festsaal - zum großen Teil durch Bürgerspenden finanziert. Stand bereits auf der Abbruchliste - 1976 Stadtratsbeschluß zur Erhaltung des Gebäudes.

DIE ZIELE: die Mitarbeiter und Gruppen mit ihrer Arbeit im KOMM verfolgen, sind nicht einheitlich und beeinflussen sich wechselseitig. Sie können etwa mit dem folgenden Zielbündel umrissen werden:

- Oberstes Ziel ist die SELBSTBESTIMMUNG des Menschen. BASISDEMOKRATIE und SELBSTVERWALTUNG sind die entsprechenden Formen einer auf den Alltag bezogenen demokratischen Zielfindung und Konfliktlösung zwischen den Mitarbeitern, Gruppen und Besuchern im KOMM.
- POLITISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT! Information, politisches Denken und Handeln sind Voraussetzung für Selbstbestimmung und Interessensvertretung Einzelner und Gruppen. Im Handeln wird die politische Verantwortung für gesellschaftliche "Zukunft" eingelöst.
- KULTUR FÜR ALLE! Demokratische Kultur bedeutet die Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen und Schichten, der Benachteiligten in besonderer Weise. Im Gegensatz zum KulturKONSUM bedeutet Soziokultur die Förderung der EIGENEN Darstellungsmöglichkeiten.
- Eine selbstgestaltete FREIZEIT als ALTERNATIVE zum Konsum der Freizeitindustrie. Kein Kommerz! Billig durch Selber-machen!

DIE GRUPPEN: Im KOMM arbeiten über 40 verschiedene, jeweils selbstbestimmte Gruppen. Den Zielen entsprechend, kann man sie etwa nach politischen, handwerklich/künstlerischen, sozial-engagierten oder freizeit-bestimmten Schwerpunkten unterscheiden.

DIE INHALTE: der Arbeit im KOMM werden von den Gruppen getragen:
- Politische Gruppen sind beispielsweise die AKW-Gegner, die Aktion Weltmarkt, der AK-Radikalenerlaß, der Friedens-AK
- künstl./handwerkl. Gruppen sind Theatergruppe, Musikverein, Keramik, Foto-Siebdruck, Schreinerkurse, Malkurse, Gitarrenkurse, Folk-Tanz u.a.
- Mediengruppen (Video, Kino im KOMM, Ausstellungsgruppe, KOMM-Zeitung)
- Billige Freizeit wird von Kneipe, Teestube, Cafe Kaya, Veg. Restaurant und Spielothek organisiert.

DAS PROGRAMM: ist jeweils in der KOMM-Zeitung ausgedruckt. Nachfragen!

DIE GRUNDORDNUNG: sie beschreibt die Zusammenarbeit von Stadt und Selbstverwaltung, legt die Zuständigkeiten der beiden Partner fest und führt im internen Selbstverwaltungsteil aus, nach welchen Regeln und durch welche Gremien die Entscheidungen im KOMM getroffen werden. Die Grundordnung wird durch den Stadtrat beschlossen.

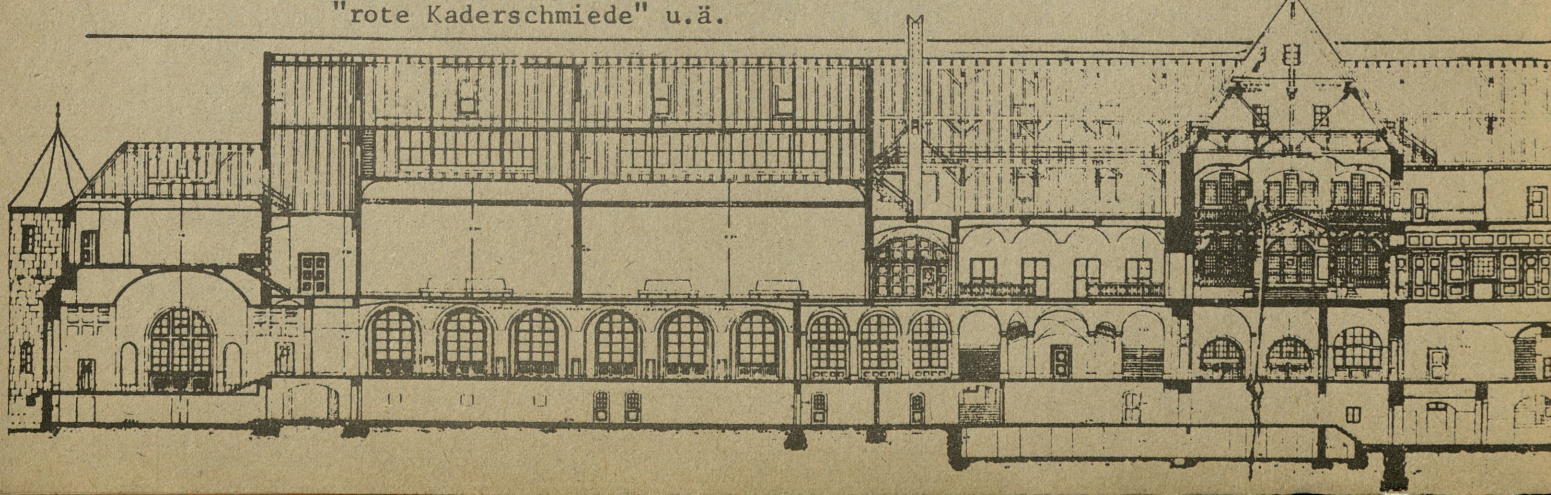
DIE ORGANE DER SELBSTVERWALTUNG sind:

- DIE VOLLVERSAMMLUNG ist das oberste Beschlußorgan. Sie tagt monatlich; stimmberechtigt sind Mitarbeiter und Besucher. Das heißt, alle stimmen ab über: die Wahl der Sekretäre, den Etat, die zugelassenen Gruppen, die Ziele und Grundsätze; von durchschnittlich 60 Teilnehmern besucht.
- DER (DELEGIERTEN-) RAT ist das wöchentlich tagende Gremium der Gruppenvertreter; es ist öffentlich aber stimmberechtigt sind nur Mitarbeiter; bestimmt über: Programm, kleine Anschaffungen, Gruppenanträge, Probleme mittlerer Tragweite
- DAS SEKRETARIAT (SEK) ist das Vollzugsorgan, das den tägl. Betrieb im KOMM organisiert; es besteht aus derzeit vier von der Vollversammlung (halbjährlich) gewählten Selbstverwaltungs- Sekretären/innen und einem städt.Mitarbeiter/in. Die Arbeit des SEK wird durch weitere städt.Mitarbeiter unterstützt. Das SEK tagt 2 x wöchentl., leistet den Haus- und Bürodienst, bereitet Rat und Vollversammlung vor, übt das Hausrecht aus, unterstützt die Arbeit der Gruppen.

DIE BESUCHER:
- Kommen aus dem gesamten Stadtgebiet und einer Entfernung bis zu 45 km.
- Etwa 3000 pro Woche
- Vor allem Jugendliche und jugendliche Erwachsene, aber auch Senioren,
- Hauptgruppe bei den 18-22 jährigen
- etwa 2/3 der Besucher sind Schüler und Studenten

DER ETAT: setzt sich aus Verfügungsmitteln für die Selbstverwaltung, aus Betriebsmitteln für das Gebäude und aus Personalkosten zusammen: insgesamt ca. 600.000,-- DM
- davon DM 200.000,-- (1982) Verfügungsmittel für die Selbstverwaltung, über die die Vollversammlung entscheidet (etwa 1/4 Honorarkosten für Sekretäre, 1/4 Personalkosten der Gruppen, 1/2 Programmkosten, Anschaffungen, Verbrauchsmaterialien)
- ca. DM 120.000 Betriebsmittel (Strom, Heizung, Reinigung, Umbau)
- und Personalkosten für 5 1/2 städt. Mitarbeiter (4 pädagogische Mitarbeiter, 1 Hausmeister, 1/2 Schreibkraft).

DIE PROBLEME:
- ergeben sich zum großen Teil aus dem "Offenen Tür-Bereich": der Konsum legaler und illegaler Drogen (Alkohol, weiche Drogen, Tabletten), die Folgen länger anhaltender Arbeitslosigkeit, zunehmende Gewalt.
- weitere Probleme ergeben sich aus der durch konservative Parteien und Medien gezüchteten Sündenbockfunktion und Stigmatisierung als "Drogenpalast", "rote Kaderschmiede" u.ä.



Ausschnitte aus:
"KOMM-Extra Blatt"
Verteilt in einer Auflage
von 45.000 in Nürnberger
Briefkästen

KOMM Extra-Blatt

Sündenbock für Vorurteile!

Sachliche Information gegen Polemik

Für einen Besuch des KOMM brauchen Sie weder eine Gasmaske – wegen des Rauschgiftgeruches, noch einen Schutzhelm – wegen des schlechten baulichen Zustandes. Sie brauchen auch am Eingang keinen Personalausweis vorzuzeigen, denn bei uns sind alle Altersgruppen erwünscht und unsere linksradikale Kaderschmiede werden Sie in diesem Haus ebenfalls vergeblich suchen. Auch wenn Ihnen das eine Partei einzureden versucht.

Auch ein Grund für uns, dieses Informationspapier hier zu schreiben, aber nicht der einzige. Wahrscheinlich wird man uns jetzt wieder einmal vorwerfen, wir betrieben Wahlkampf mit Steuergeldern. Keineswegs, liebe Freunde von der CSU. Wir wehren uns aber, wenn wir angegriffen werden. Viele Möglichkeiten haben wir dafür nicht, denn wir verfügen über herzlich wenig Geld für solche Aktionen.

Dennoch, nach fast 5 Jahren KOMM wird es langsam Zeit, daß wir uns direkt an die Nürnberger Bevölkerung wenden, weil wir wissen, daß die Stimmung ganz schön gegen uns ist.

Falsches Bild?

Kein Wahlkampf also, sondern Information über unsere Wirklichkeit. Information gegen ein falsches Bild, das vielleicht auch Sie sich vom KOMM machen oder haben machen lassen.

Mitarbeiter beim Zeitungsfalten im Eingansbereich.

Vor dem KOMM gibt es LSD und Heroin. Das Haus ist dreckig. Die Fassade ist beschädigt. Das KOMM ist in der Hand von Kommunisten. Es gibt im KOMM nur Verfa feinde.

Alles alte und uns gut bekannt würfe. Jeder Angeklagte ab das Recht auf Verteidigun vielleicht lesen Sie erst einm ses Blatt und hören sich einn sere Meinung an, bevor Sie u dammen und Ihren evtl. I verbieten, ins KOMM zu geh des Ding hat bekanntlich zw ten.

Auf alle genannten Vorwürfe werden wir hier antworten und vielleicht haben Sie Lust, sich direkt einmal mit uns in Verbindung zu setzen, um sich einmal mit eigenen Augen zu überzeugen. Dies würde uns freuen und dieses Blatt hätte seinen Sinn erfüllt. Wenn wir uns bisher nicht im großen Stil an die Öffentlichkeit gewendet haben, so lag dies z.B. an unseren bescheidenen Finanzen, so lag das daran, daß die Nürnberger Presse bisher immer nur sehr zögernd auf unsere Meinung reagiert hat. Über einen angeblichen „Drogenpalast" zu schimpfen ist ja auch einfacher, als einmal zu fragen, warum so viele Jugendliche z.B. zum Alkohol greifen.

Das KOMM ist schuld

Es ist viel einfacher, viele Probleme dem KOMM zuzuschreiben. Das KOMM ist also dafür verantwortlich, wenn Jugendliche von zu Hause abhauen und

hwie-
ndern
wenn
deren
ist na-
rroris-

Viel-
er un-
liegen
genau

Ein echtes Modell für viele:

Das KOMM hat Vorbildcharakter für ähnliche Einrichtungen in der Bundesrepublik. Es vergeht keine Woche, in der nicht eine Gruppe einer Stadtverwaltung und Journalisten das KOMM besuchen, um sich Informationen und Anregungen zu holen. Bürgermeister großer amerikanischer Städte, Vertreter des Europarates, Stadträte, Studenten aus Nürnberg, Bamberg, Höchstadt, Würzburg und ganze Schulklassen aus Norddeutschland kamen angereist, um sich das KOMM anzusehen.

Nur die Nürnberger kennen am besten – die Vorurteile. Die bekamen wir dann auch immer wieder am Tag der Offenen Tür zu hören. Doch viele, die hereinkommen, gehen beeindruckt über das, was im Haus geleistet wird, wieder hinaus. Springen Sie doch einmal über Ihre Vorurteile und lassen Sie sich informieren.

Selbstverwaltung un wie sie funktioniert!

Für uns ist es wichtig, daß wir selbst etwas machen können. Wir wollen aktiv sein, d.h. unsere Freizeit selbst gestalten. Nicht nur in Kneipen herumhängen oder einfach konsumieren; wir wollen selbst bestimmen, wie wir unsere Freizeit verbringen. Im KOMM können wir in eine Gruppe gehen, z.B. in die Videogruppe, in die Spielothek oder in die Handwerksgruppe.

Und wenn viele Gruppen im KO beiten, muß dies natürlich e stimmte Ordnung haben, den geht wirklich alles drunter und Es muß also verwaltet werden. KOMM verwaltet nicht einer, alle bestimmen darüber, wie v wird. Klar, daß nicht immer gleichen Zeit mitreden können

Alte Vorwürfe aus unserer Sicht.

Zugegeben – wir haben eine ganz schöne Menge von Problemen. Aber wo gibt's schon die „heile Welt"? Natürlich auch nicht im KOMM, da wir eben nicht auf einer „Insel", sondern mitten in der Wirklichkeit leben. Das heißt nicht, Schwierigkeiten stillschweigend zu übersehen, totzuschweigen oder zu unterdrücken, sondern zu versuchen, sie anzugehen. An zwei Problemfällen wollen wir das hier verdeutlichen:

Drogenpalast KOMM?!

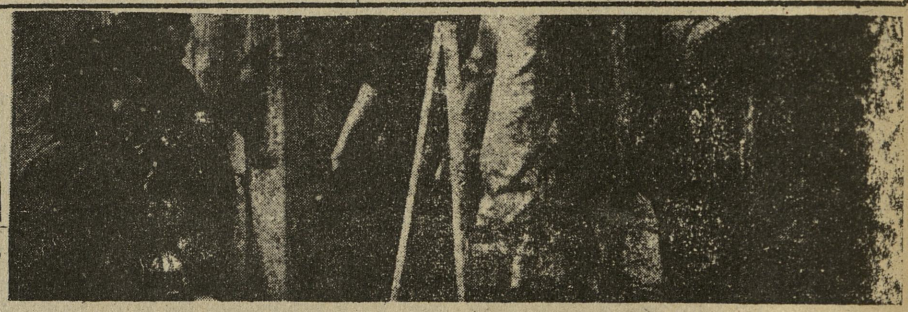
Generell ist zum Problem Rauschgift im KOMM folgendes zu sagen:

Mit 700 Besuchern die vollste Vollversammlung die es je gab

absolut nicht verantwortlich sind;
c) von seiten der Mitarbeiter wird alles getan, um dieses Problem so klein wie möglich zu halten. Beispiele für Maßnahmen, die in dieser Hinsicht bisher unternommen wurden: verstärkte Kontrollen im Haus, Aussprechen von Hausverboten bei Verdacht auf Rauschgifthandel, Aufforderung an die Polizei, verstärkt Kontrollen vor dem Haus durchzuführen.

Linke Kaderschmiede?!

Der Vorwurf der einseitigen politischen Betätigung im KOMM dürfte sich auf zweierlei gründen:
a) auf die Aktivität politischer Gruppen im KOMM. Aber von mehr als 30 Gruppen sind sechs „politisch"! Wobei vor einiger Zeit auch die Junge Union dazuzählte und einen Raum im KOMM hatte. Doch mit der JU hat das KOMM so seine – schlechten – Erfahrungen machen müssen. Ihr wurde die weitere Mitarbeit im KOMM untersagt, weil sie sich nicht an die Regelungen im Haus hielt, die für alle gelten, die mitmachen wollen.
b) außerdem dürfte den Herren von der CSU das Selbstverwaltungsmodell ein Dorn im Auge sein. **Überall dort, wo Jugendliche versuchen, ihre Freizeit und ihre Interessen selbst zu bestimmen, gerade auch in Jugend- oder Kommunikationszentren, werden sie von der CSU bekämpft und wie in Nürnberg diskriminiert.**



"Großkampftag", da müssen auch die Kopfarbeiter ran!

Das Kino stellt sich v
Kernkraft und WM als

Das Kino im KOMM (Filmfabrik) wird z. Zt. umgebaut und neu eingerichtet. Im Zuschauerraum werden eine neue Tribüne und Kinostühle fest eingebaut. Wände, Türen und Fensterrahmen werden neu gestrichen. Am 4. März beginnt dann das Programm mit einer kleinen Wiedereröffnungsfeier.
Im regelmäßigen Programm werden jeweils am Wochenende Spiel- und Dokumentarfilme, sowie Filme für Minderheiten oder spezielle Zuschauerkreise gezeigt. Daneben gibt es monatlich einen Film-Schwerpunkt, an dem Filme zu einem gesellschaftlichen, politischen oder filmhistorischen Thema zu sehen sind.

Schwerpunkt Kernkraft

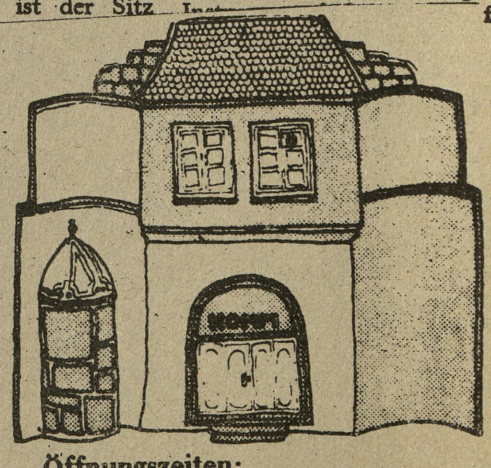
So wurde im März-Programm z.B. der Schwerpunkt auf Anti-AKW-Filme gelegt. In Zusammenarbeit mit der Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke zeigen wir einen Film über die französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague. Am Beispiel dieser Anlage, die zu den störanfälligsten Atom-Anlagen der Welt gehört, werden die mit der Atomkraft ver
dringlich darge
diesem Thema
fälle in Brokdo

Schwerpunk

Aus Anlaß der
wird die Film
sammenarbeit
gruppe und de
Reihe zur al
gentinien zei
amerika sollen vorgeführt und diskutiert werden. Unser Ziel ist es, auf die Kehrseite des zur Fußball-WM herausgeputzten Argentinien aufmerksam zu machen, auf den Vernichtungskrieg der Militärjunta gegen die argentinische Opposition.
Sowohl die Filme über Lateinamerika, als auch die Anti-AKW-Filme möchten wir einem möglichst breiten Interessentenkreis zugänglich machen. Um dies zu erreichen, arbeiten wir auch mit verschiedenen Einrichtungen zusammen, wie etwa dem Gemeinschaftshaus Langwasser, dem Jugendcafe oder der Kulturladen Nord.

Musik im Hinterzimmer.
Kleinkunstbühne lädt ein!

Geht man im Parterre des KOMM den Gang entlang, findet man ganz hinten eine unscheinbare Tür, auf der „Hinterzimmer" steht. Öffnet man diese, blickt man erstaunt auf einen holzvertäfelten Raum mit herrlicher Stuckdecke, einer Bühne und einer Galerie. Diese „Schönste Kleinkunstbühne Nürnbergs" (NZ) ist der Sitz
sein Instrument mit und erklärt den Interessierten seine Spieltechniken und hilft ihnen auch manchmal, wenn sie ein bestimmtes Lied spielen wollen und selbst nicht herausfinden wie's geht. Und für die Leute, die noch nicht genügend Stücke für einen Auftritt haben, aber doch schon einigermaßen ihr
finden Tage



Öffnungszeiten:

KOMM:
Dienstag bis Donnerstag: 18.00-23.00
Freitag und Samstag: 18.00-24.00

Ergebnisse der Untersuchung zur Besucherstruktur des KOMM

Vorgenommen in der Zeit vom 19.7. - 21.7.74 und 26.7 - 28.7.74

Ziel war, zu erfragen: 1. woher kommen die jugendlichen KOMM "Besucher"?

2. welches Bild und welche Vorstellungen existieren vom KOMM?

3. und welche Ansprüche von den NÜRNBERGER Jugendlichen an das KOMM gestellt werden?

STICHPROBE: 294 beantwortete FRAGEBÖGEN

I. FRAGEN ZUR SITUATION DER KOMM - BESUCHER

1. Alter

14 - 17 Jahre	36%
18 - 20 Jahre	45%
ab 21 Jahren	19%

2. Geschlecht

männlich	72,5%
weiblich	27,5%

3. Schulbildung

Hauptschule:	19,2%
Realschule:	20,1%
Gymnasium:	60,0%
Sonderschule:	00,3%
ohne Angaben:	00,4%

4. Stadtteile aus denen die KOMM Besucher kommen:

alle Stadtteile, sowie von außerhalb: Erlangen, Fürth, Nbg.- Land

4a Häufigst genannte Stadtteilprobleme

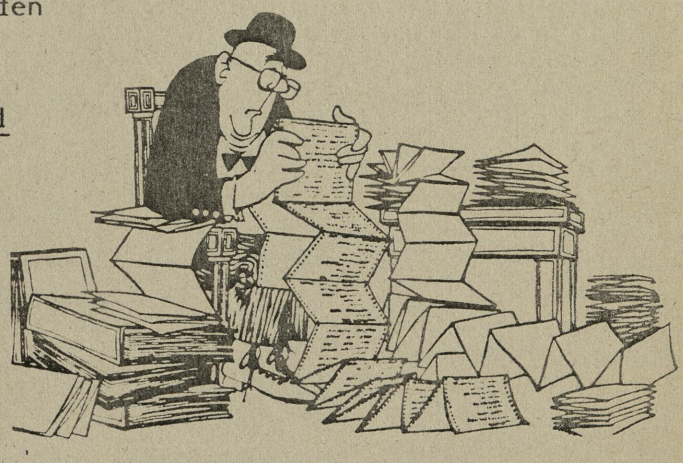
Ausländer
Spielplätze, Grünflächen, Kindergärten fehlen
keine Jugendzentren und keine Freizeitmöglichkeiten
Stadtsanierung
Bauprojekte wie Kanal, Stadtautobahn, Flughafen
Verkehrslärm
Assoziale

5. Freizeitmöglichkeiten im eigenem Stadtviertel

Ja	43,9%
Nein	50,7%
ohne Antwort	5,4%

6. Berufliche Situation

Schüler	49,00%	
Studenten	20,00%	
Lehrlinge	9,25%	
Berufstätige		11,25%
z. Zt. ohne Besch.		9,25%
ohne Angaben		1,25%



Gymnasien:

Hans-Sachs Gym.
Fachoberschule
Martinbehain
Melanchton
Adam-Kraft Gym.
Sigena Gym.
Willstädter
Maria Warth
Scharrer-Gym.

Berufsschulen:

Berufsfachschule
Berufsaufbauschule
B 1
B 2
B 3
B 4

Hochschulen

FHS - Sozialwesen
Uni Nürnberg - Erlangen
FHS - Gestaltung
Fachakademie Sozialpädagogik

Haupt.- und Realschulen wurden kaum erwähnt. Berufe und Lehrstellen, Ausbildungs- und Studienplätze entsprechen der normalen Verteilung in der Bevölkerung.

8. Mitglied politischer Organisationen

ja:	28,2%
nein:	68,3%
keine Antwort:	3,5%

Politische Organisationen waren beispeilsweise:

SPD/Juso
DKP/SDAJ
Frauengruppe

9. Orte des Freizeitaufenthaltes (Mehrfachnennung möglich)

zuhause:	51,5%
in Vereinen:	7,5%
in Kneipen:	48,0%
Discotheken:	10,5%
Organisierte Jugendgruppen:	12,5%
Freizeitheime:	11,0%
auf der Straße:	11,5%
bei Freunden:	66,0%
im KOMM:	50,0%
Sonstwo:	17,0%
keine Angaben:	1,0%

10. Zufrieden mit wahrgenommen Freizeitmöglichkeiten

Ja:	45,0%
Nein:	42,5%
keine Angaben:	12,5%

II. Fragen zum KOMM

1. Das KOMM ist bekannt durch: (häufigste Nennung)

- Freunde, Bekannte, Mitarbeiter
- Plakate, Flugblätter, Werbung, Infos der KOMM- Mitarbeiter
- Zeitungsartikel
- zufälliger Besuch (vorbei gehen)
- Mundpropaganda
- Probelauf Sommer 73 und optische Wirksamkeit

1a Das KOMM ist bekannt seit:

- Eröffnung: Herbst 1973	35%
- Probelauf:	33%
- seit Mai 1974, seit der Öffnungsperiode mit kontinuierlichen Wochenendprogramm:	12%
- seit kurzem:	20%

2. Besucherhäufigkeit im KOMM

sehr selten:	25,5%
ca. einmal in der Woche:	53,0%
fast jeden Öffnungstag:	14,5%
ständig:	8,0%
keine Antwort:	0,0%

3. Besucherhäufigkeit in der Öffnungsperiode Mai/Juni/Juli 74

- öfter als früher im KOMM sind:	43,5%
- seltener:	16,5%
- gleich oft:	31,0%
- keine Antwort:	12,0%

Häufigere KOMM- Besuche seit Frühjahr 74 sind auf das laufende Programmangebot an vier Öffnungstagen (Donnerstag - Sonntag) zurückzuführen, sowie auf die Versuche, das Freizeitangebot zu verbessern.

5. Wahrgenommene Angebote im KOMM
(Mehrfachnennung)

- nur mal so durchlaufen	53,4%
- Musik hören, Tanzen, Feste	49,5%
- ins Kino gehen	48,0%
- mit Freunden treffen	46,5%
- Arbeiten im Werkstättenbereich	37,0%
- angebotene Veranstaltungen mit politischen Anspruch besuchen	28,5%
- sonstiges (v.a. Teestube)	19,5%
- Mitarbeit in Selbstverwaltungsorganen	13,0%

6. Regelmäßige Informationen über das Programm

Ja	60,0%
Nein	35,0%
keine Antwort	5,0%

Mitarbeit an der Programmgestaltung ist identisch mit den 13%, die in den Selbstverwaltungsorganen mitarbeiten.

7. Kenntnis über den Aufbau und die Organisation des KOMM

Ja:	42,0%
Nein:	50,0%
keine Antwort:	8,0%

8. Zufriedenheit mit dem KOMM- Angebot

Ja:	52,0%
Nein:	35,0%
keine Antwort:	13,0%

Auffallend ist, daß die allgemein hohe Zufriedenheit mit dem KOMM seit Frühjahr 74.

Angegebene Gründe für die Zufriedenheit:

a) besseres Programm und besseres Klima als in der Öffnungsphase ohne Programmangebot, die vor allem durch Bauarbeiten bestimmt war.

b) es verkehren bessere Leute im KOMM; außerdem findet keine Reglementierung von Seiten der Erwachsenen statt im Gegensatz zu sonstigen Häusern (Jugend-)

c) im KOMM besteht mehr Freizügigkeit

9. Vorschläge zur Verbesserung des Programms:

bilige Kneipe, Drogenberatung, Möglichkeiten zum Selber-Musik-Machen, mehr Gruppenangebote, d.h. auch Selbsterfahrungsgruppen und Gruppentherapie.

10. Vorstellungen über die Funktion des KOMM:
(Mehrfachnennungen)

- Ort, an dem man Seine Freizeit verbringt	66,5%
- Ort, für politische Arbeit	26,0%
- Ort, an dem man persönliche Probleme bereden kann	31,0%

11. Vorstellungen über politische Arbeit im KOMM

- politische Diskussion, Filme:	17,0%
- Arbeitskreise (Theorie) :	16,0%
- Jugendliche politisieren:	5,0%
- politischen Gruppen Räume zur Verfügung stellen:	5,0%
- Jugendliche für die Selbstverwaltung engagieren:	4.0%
- keine politische Arbeit (Ablehnung) :	5,0%

12. Das KOMM wird seinem Anpruch als selbstverwaltetes Jungendzentrum gerecht:

Ja:	44,0% *
Nein:	50,5% **
ohne Antwort	5,5% ***

Begründung :

* positive Äußerung zur Programmgestaltung - würde von den Jugendlichen ohne Mitsprachrecht von Erwachsenen gemacht.

** Finanzhoheit der Stadt behindere eine wirkliche Selbstverwaltung, außerdem ist eine Führungshoheit seitens der "Berufsjugendlichen" KOMM- Aktive vorhanden.

*** - keine Kenntnisse über den organisatorischen Aufbau
- Schwierigkeiten mit dem Begriff der Selbstverwaltung

BESUCHERANALYSE

Drei Praktikanten haben während ihrer Arbeit im KOMM einen umfangreichen Fragebogen ausgearbeitet und über 400 Leute befragt. Eine vollständige Auswertung der Daten liegt zwar noch nicht vor, wohl aber einige wichtige Ergebnisse. Die Befragung wurde Ende November 1976 durchgeführt. Wir haben diesen Ergebnissen die Daten zweier früherer Untersuchungen gegenübergestellt, 1973 während dem Probelauf und vom Sommer 1974.

GESCHLECHTSVERTEILUNG

	männlich	weiblich
1973	69,0%	31,0%
1974	72,5%	27,5%
1976	65,0%	35,0%

BERUFSSITUATION

	Schüler	Student	Lehrl.	Arbeitsl.	Berufstät.	ZDL/Sold.
1973	52,0%	22,0%	7,0%	-	13,0%	-
1974	48,6%	19,7%	9,2%	9,2%	11,2%	-
1976	38,5%	22,8%	11,4%	11,4%	13,6%	2,3%

ALTERSVERTEILUNG

	bis 17 Jahre	18 - 21 Jahre	22 und älter
1973	41,2%	41,9%	17,0%
1974	36.0%	45,0%	19,0%
1976	30,6%	42,8%	26,7%

Wenn auch die Ergebnisse nicht voll repräsentativ sein können (kaum Ausländer, besonders GI's, wegen Sprachschwierigkeiten), so kann man doch einen gewissen Trend ablesen:

Das KOMM wird immer weniger eine Hochburg von Schülern und Studenten und die Besucher sind im Vergleich zu früher im Schnitt älter.

Ein permanenter Lernprozeß

KOMM-Nürnberg – oder: Wie Kultur „öffentlich" werden kann

Das alte Gebäude, ehemals Künstlerhaus und Kunsthalle der Stadt, ist nicht zu übersehen. Schräg gegenüber dem Hauptbahnhof, am Königstor an der alten Stadtmauer gelegen, flankiert von Hauptverkehrs- und belebter Einkaufsstraße, gehen täglich Tausende von Passanten daran vorbei.

In der Eingangshalle finden sich: ein Lageplan der etwa 40 verschiedenen Räume mit einem Wegweisersystem, das ausführlich beschriebene Selbstverwaltungsmodell, Darstellungen der Gruppen und Aktivitäten, Programmhinweise.

KOMM-Hilfe

Die KOMM-Hilfe versteht sich einerseits als „Beratungs- und Hilfestelle für in Not geratene Jugendliche", zum anderen als „Vermittlungsstelle zur Selbstorganisation oder Selbsthilfe, um bestimmte kommerzialisierte Bereiche durch die Betroffenen selbst (in Eigeninitiative) zu organisieren."

... Auf einer umfangreichen Aufgabenliste bietet die KOMM-Hilfe ihre Dienste an: Rechtshilfe; Lohnsteuerhilfe; Hilfe für Arbeitslose; Drogenberatung; Wohnungsvermittlung; Umzugshilfe/Möbeltausch; Frauenberatung; Mitfahrgelegenheiten; Schülerhilfe mit Referatsaustausch, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfevermittlung.

Die KOMM-Hilfe ist jedoch nicht nur als Angebot des Kommunikationszentrums zu verstehen, sondern als ein Teil der Selbstverwaltung. Die Funktionstüchtigkeit hängt wie in anderen Bereichen auch vom Engagement und der Beteiligung der Benutzer ab.

Kneipe

Die KOMM-Kneipe wird von einer Gruppe betrieben. Dazu gehört neben Thekendienst, Ein- und Verkauf, Putzen, handwerklicher Gestaltung und dem Ausführen von Reparaturen auch die inhaltliche Arbeit. Denn die Kneipe soll nicht Warte- und Trinkhalle sein, sie soll den Mitarbeitern und Mitgliedern der mehr als 40 Gruppen im Haus als Treffpunkt dienen und ist als informelle Kontaktstelle für die Besucher gedacht.

Spielothek und Videothek

Die Spielothek ist in einem ruhigen Raum untergebracht und verfügt über eine Auswahl von Brett- und „Gesellschaftsspielen". Von der Idee her zu begrüßen, liegt der Mangel der Spielothek allerdings in der einseitigen Ausrichtung auf den strengen Spielregeln unterworfenen üblichen Leistungs- und Konkurrenzspielen. Es fehlen Kooperations- und Kommunikationsspiele.

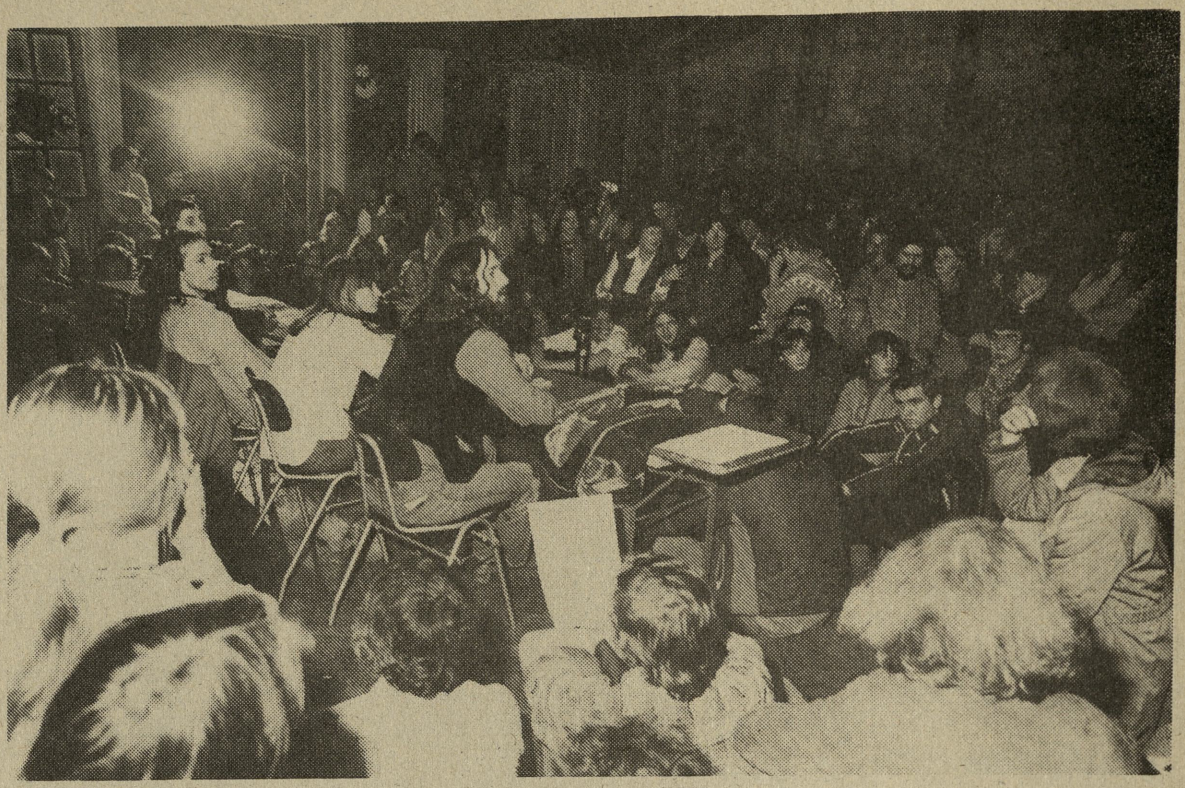
In der Videothek werden nicht nur Fernsehsendungen aufgezeichnet und abgespielt, auch eigene Beiträge werden produziert. Die Videogruppe berichtet von Gruppen, Vollversammlungen und Veranstaltungen aus dem KOMM, beschäftigt sich mit künstlerischen Fragen und kommunalpolitischen Themen, zeigt Beispiele von anderen Videogruppen. Bei Bedarf werden Einführungskurse in die Videotechnik gegeben.

Kino

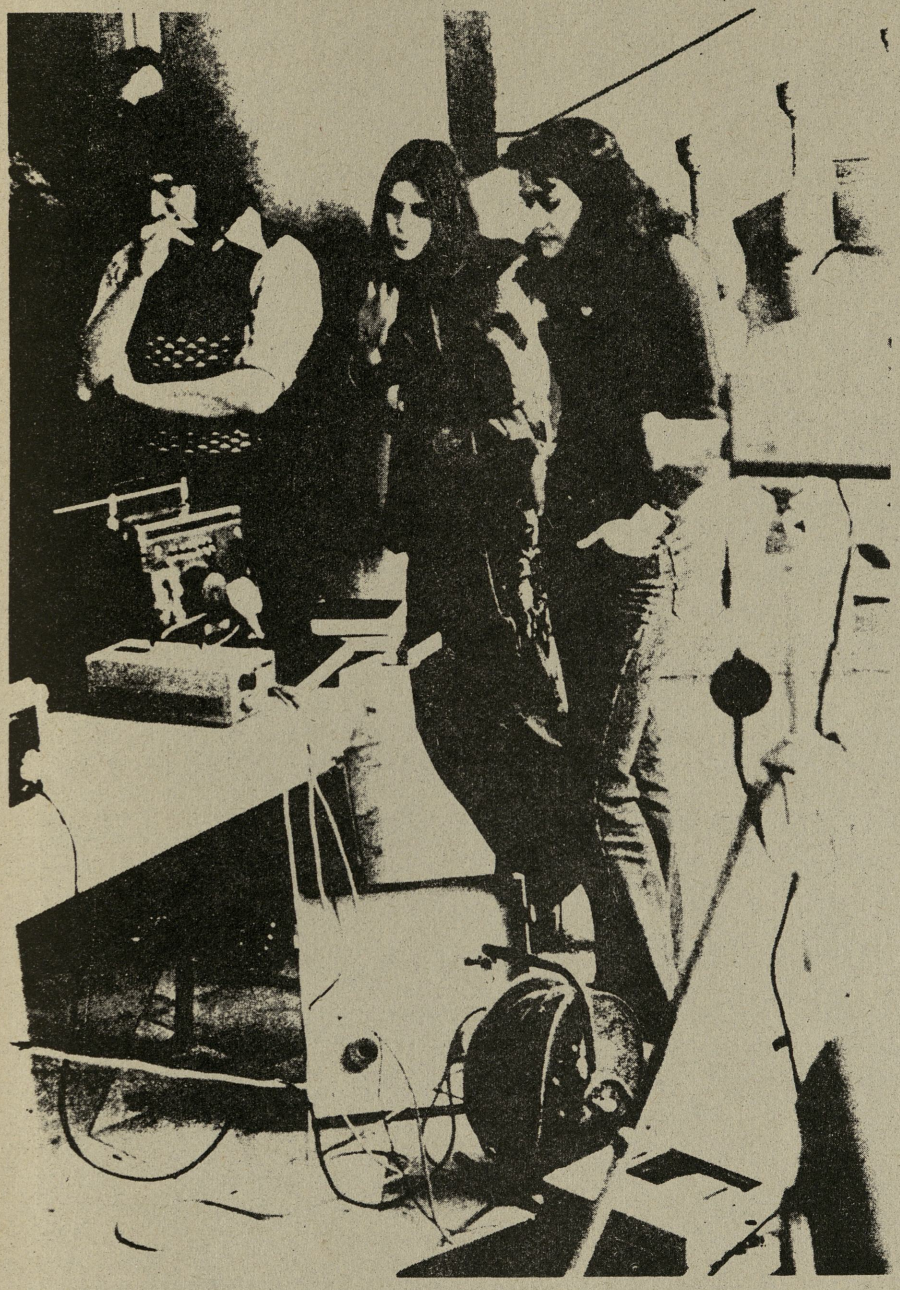
Das breite Treppenhaus führt nach oben direkt zum „Kino im KOMM". An der Wand ausführliche Informationen zu den verschiedenen Filmen, die von Donnerstag bis Sonntag jeweils um 18.00 Uhr und 20.30 Uhr gezeigt werden. Filmfabrik nennt sich die Gruppe, die das Programm nach thematischen Gesichtspunkten zusammenstellt und dabei sowohl politisch relevante wie auch gute Unterhaltungsfilme berücksichtigt.

Kinderzentrum

Im Kinderzentrum werden Samstag nachmittags Kinder aus der Nachbarschaft von mehreren Erwachsenen betreut. Die Kin-



Vollversammlung und Rat tagen.



der gestalten ihr Kinderzentrum selbst. Sie fahren mit den Erwachsenen zum Abenteuerspielplatz und machen bei Straßenfesten mit. Da die Helfer ehrenamtlich tätig sind, finden sich immer nur eine Handvoll Bereitwillige. Wegen der fehlenden Mittel ist eine Öffnung des Kinderzentrums an Wochentagen bis jetzt nicht möglich.

Teestube CHAIHAUS

Durch einen Nebeneingang gelangt man in die separat gelegene Teestube CHAIHAUS, die vom eigens dafür gegründeten Verein LOTOS e. V. geführt wird.

Bedenken, die beim kritischen Betrachter spätestens beim Lesen der CHAIHAUS-Zeitschrift „Der LOTOS" wegen der dahinterstehenden realitätsfernen und gesellschaftlichen Problemen abgewandten Ideologie aufkommen, werden relativiert, sieht man Teestube und andere Bereiche im Gesamtzusammenhang des selbstverwalteten Kommunikationszentrums. Die wohltuend entspannte Atmosphäre der Teestube wird jedenfalls auch von den politisch Engagierten genossen.

Pluralistisches Prinzip

Es entspricht dem pluralistischen Prinzip des Kommunikationszentrums, daß sehr unterschiedliche Gruppen unter einem Dach beherbergt sind: die Sozialistische Fraktion, die KOMM-Frauengruppe, eine türkische Gruppe, die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, eine Hauptschülergruppe;

– die „Dritte-Welt-Gruppe" beschäftigt sich mit alternativen Lebensformen und bietet in ihrem „3. Weltladen" im KOMM Informationen und Waren aus Entwicklungsländern an; die Sprachwerkstatt produziert, diskutiert und publiziert Texte, beteiligt sich an Veranstaltungen, arbeitet mit der Zeitungsgruppe zusammen, die ebenso wie die Handwerkergruppe zu den Betriebsgruppen des Zentrums gehört.

Über die Neuaufnahme von Gruppen und Raumvergabe entscheidet der wöchentlich tagende (Delegierten)-Rat nach den Grundsätzen:

* Kein Kommerz im KOMM
* Transparenz und Öffentlichkeit aller Vorgänge
* Freie politische Betätigung
* Gewaltfreie Regelung von Konflikten

Beteiligung an der Selbstverwaltung

Hat sich nun die Selbstverwaltung bewährt? Wie ist das KOMM entstanden und wie verlief die Entwicklung?

Im *ersten Konzept*, das im wesentlichen von Kunstpädagogen entwickelt wurde, ist von Selbstverwaltung noch nicht die Rede. Am Anfang stand die Idee des Nürnberger Kulturreferenten Dr. Hermann Glaser, das bestehende Künstlerhaus mit bereits vorhandenen kulturellen Institutionen und neuen Initiativen zu besetzen ... Das so entstandene städtische Kommunikationszentrum sollte „weniger auf Rezeption angelegt sein, sondern vielmehr ‚Anlässe' für Sozialisation und Kreativität bieten."

Unter diesen Vorzeichen wurde im Juli 1973 ein Probelauf gestartet bei dem in einem Monat mehr als 16000 überwiegend jugendliche Besucher gezählt wurden. Der große Publikumserfolg bewirkte eine Fortsetzung des Experiments.

Selbstverwaltung

Der als erste Interessenvertretung konstituierte Politische Arbeitskreis (PAK) legte nach dem Studium verschiedener Jugendzentren ein Organisations-Konzept vor. Aus dem Kommunikationszentrum wurde ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Dieses basisdemokratische Selbstverwaltungs-Modell ist in seinen Grundzügen zwar noch vorhanden, wurde in der vierjährigen Geschichte des KOMM jedoch mehrmals korrigiert und den realen Bedingungen angepaßt. Die wenigen Aktiven und politisch Engagier-

ten haben wie in anderen Zentren auch die Erfahrung machen müssen, daß es illusionistisch ist, davon auszugehen, daß alle Besucher oder auch nur ein größerer Teil sich an der Selbstverwaltung beteiligen.

In der Praxis ergibt sich eine „Mitarbeiter-Selbstverwaltung". Das schließt nicht aus, daß über die Vollversammlung, dem Delegierten-Rat und die Gruppen ständig neue Mitarbeiter aus dem Kreis der interessierten Besucher gewonnen werden.

Trägerstruktur

Von der Organisationsstruktur her stellt das KOMM schon eine Besonderheit dar. Das Zentrum ist eine Dienststelle der Stadt und wird von einem städtischen Mitarbeiter geleitet, für den die „Allgemeine Dienstordnung der Stadt Nürnberg" gilt, soweit im von der Stadt akzeptierten Selbstverwaltungsmodell (kann beim KOMM, Königstr. 93, 8500 Nürnberg angefordert werden) im einzelnen nichts anderes festgelegt ist. Der städtische Mitarbeiter, der Kunstpädagoge Michael Popp, war von Anfang an bei der Planung und später bei der Entwicklung der Selbstverwaltung dabei. Er ist der einzige Festangestellte im 5köpfigen Sekretariat.

Von spontanen Musikveranstaltungen kann man sich in die „Ruhe" der Teestube zurückziehen

Die übrigen 4 Sekretäre werden von der Vollversammlung jeweils für ein halbes Jahr gewählt und erhalten eine Aufwandsentschädigung von 750,– DM monatlich. Außer der Vollversammlung, in der mit den Stimmen der Anwesenden – ob Mitarbeiter oder Besucher – alle wesentlichen Entscheidungen getroffen werden und dem Sekretariat ist ... als 3. Gremium der Rat zwischengeschaltet. Im Rat sind neben den Sekretären je ein Delegierter der im Hause tätigen Gruppen vertreten.

Probleme

Selbstverwaltung stellt hohe Anforderungen in bezug auf Konfliktfähigkeit und Artikulationsvermögen an die Beteiligten. Von ihnen wird ein hohes Maß an Idealisierung erwartet: viel Zeit muß über einen langen Zeitraum investiert werden. Das sind wohl mit die Gründe, warum in Nürnberg wie auch anderswo zwangsläufig bestimmte Altersgruppen und Schichten von der Selbstverwaltung ausgeschlossen sind. So wird auch die Selbstverwaltung im KOMM hauptsächlich von Schülern getragen. Da diese Jugendlichen durch ihre Aktivität und ihr Selbstverständnis den Charakter des Zentrums bestimmen, wirkt sich das auch auf die Besucherstruktur aus: Eine Umfrage ergibt einen Anteil von mehr als $^2/_3$ Schüler und Studenten; die Altersgruppen der 14–17- und der 18–20jährigen sind insgesamt zu mehr als 80% vertreten.

Bei der Selbstverwaltung ist die zeitweise Funktionsunfähigkeit (z.B. vorübergehende Schließung) des Zentrums ein einkalkuliertes Risiko. So ist es nicht verwunderlich, daß das KOMM am Anfang seiner Entwicklung mehrmals auf Beschluß der VV geschlossen wurde, um Zeit für notwendige Reflexionsphasen zu gewinnen. Auch heute noch gehen Mitarbeiterseminare – sehr zum Ärger der konsumierenden Besucher vor „blindem Betrieb". Dann wird eben mal ein Wochenende „dicht gemacht".

Bis jetzt hat das Nürnberger KOMM allen Disziplinierungsversuchen und Angriffen von außen standgehalten. Das spricht für die Praxis der Selbstverwaltung, auch einer eigens dafür eingerichteten Gruppe für „Öffentlichkeitsarbeit", muß jedoch auch in Zusammenhang mit tragenden Personen (der „Leiter" wird als fachkompetente Bezugsperson im Zentrum allgemein anerkannt und spielt eine häufig vermittelnde und stabilisierende Rolle) und mit der kommunalpolitischen Situation gesehen werden, die sich nach der nächsten Wahl schon anders darstellen kann.

Die Christlich Sozialen haben bereits begonnen, sich auf das KOMM einzuschießen. Das Kommunikationszentrum ist in Nürnberg zum Wahlkampfthema Nr. 1 geworden.

E. Dieter Fränzel

Arbeitskreise/Zusammenschlüsse

Das KOMM bzw. seine Mitarbeiter sind in verschiedene Arbeitskreise und Organisationsformen eingebunden, deren Ziel Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Solidarität sind.

In Nürnberg ist das der A.K.K.I. -
ARBEITSKREIS KULTURELLER KLEINZENTREN UND INITIATIVEN,
in dem seit 1977 das KOMM, der Kulturladen Süd, der "Kuno (Kulturladen Nord), das Stadtteilzentrum "Desi (Desinfektionsanstalt) die Begegnungsstätte Almoshof, das Stadtteilzentrum "Loni Übler Heim", die "Plakaterie", das "Jazz-Studio", die Kinokneipe"Meisengeige", das Gostner "Hoftheater", das Opernstudio, die "Kulturwerkstatt" u.a. zusammenarbeiten.

Ziel des Arbeitskreises ist es, über Ziele und Konzepte einer alternativen Kultur zu diskutieren, Programme auszutauschen, begrenzt auch gemeinsam zu werben, finanzielle Forderungen an die Kommune gemeinsam zu vertreten und sich in Schwierigkeiten gegenseitig zu unterstützen.

Ebenfalls 1977 erfolgte zunächst informell der Zusammenschluß der Kommunikationszentren in der Bundesrepublik. Anfang 1979 wurde dann unter der Bezeichnung:

BUNDESVEREINIGUNG SOZIO-KULTURELLER ZENTREN e.V.

auch ein Verein gegründet. Etwa zweimal jährlich treffen sich Vertreter der einzelnen Mitgliedszentren, um über die Alltagsarbeit zu berichten, aus den Erfahrungen der anderen zu lernen, Fragen der Mitarbeiterqualifikation und des Mitarbeiteraustausches abzusprechen, Bündnispartner in der Interessensvertretung zu suchen und Solidarität in politischen Konflikten (deren es überall genügend gibt) zu praktizieren.

Der Bundesvereinigung gehören die folgenden Zentren an, deren Praxis zwischen 1 und 7 Jahren zurückreicht, deren Ursprung sich teilweise noch länger in die Studentenbewegung zurück verfolgen läßt:

Das "Eschhaus"	4100 Duisburg 1	Niederstr.32	Tel.020/25141
Der "Pavillon"	3000 Hannover 1	Lister Meile 4	Tel.0511/324558
Der "Schlachthof"	3500 Kassel	Mombachstr. 12	Tel.0561/899983
Die "Pumpe"	2300 Kiel	Haßstr. 22	Tel.0431/96161
Das "KOMM"	8500 Nürnberg 1	Königstr. 93	Tel.0911/223647
Die "Lagerhalle"	4500 Osnabrück	Am Heger Tor	Tel.0541/22722
Die "Altstadtschmiede"	8350 Recklinghausen	Kellerstr. 10	Tel.02361/21212
Die "Börse"	5600 Wuppertal	z.Z.:Hofkamp 82	Tel.0202/456082
Das "Pumpwerk"	2940 Wilhelmshaven	An der Deichbrücke	Tel.04421/43877

Zur Bundesvereinigung zählen zudem eine große Zahl von Initiativen, die zur Zeit noch um ein Haus kämpfen oder dies in absehbarer Zeit betreiben werden.

Projektbezogen arbeiten wir auch mit den Mitarbeitern der städtischen Freizeitheime (die dem Sozialreferat, speziell dem Jugendamt unterstehen) und kirchlichen Jugendeinrichtungen zusammen. So z.B. als es um die Erarbeitung einer gemeinsamen Einschätzung des Drogenproblems ging. (Hier gehörten auch die Drogenberatungsstellen zum Arbeitskreis). Oder bei einem weiteren Arbeitskreis über die Probleme "Offener Tür - Arbeit".

Gelegentlich wird auch der Kontakt zur regionalen

JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG

wiederhergestellt, der in den ersten Jahren des KOMM sehr stark ausgebaut war. 1974 - 76 war das KOMM mehrere Male Veranstaltungsort für regionale und überregionale Treffen von Jugendzentren und Initiativen.
Allmählich hat sich das KOMM durch seine Größe und die Professionalisierung vieler Gruppen von der Jugendzentrumsbewegung entfernt. Allerdings richten sich Initiativen immer wieder am KOMM auf, wird hier ein Wunschbild wachgehalten und arbeiten auch einzelne Gruppen wie z.B. die Filmfabrik punktuell mit Jugendzentren zusammen.

Literatur

Über das KOMM wurde auch schon viel in Fachzeitschriften und Diplomarbeiten geschrieben (allerdings sind sich diese Berichte alle sehr ähnlich!) Im folgenden sind die wichtigsten Publikationen und Arbeiten aufgeführt:

"Das Kommunikationszentrum" von M. Popp in "Urbanistik" - Band 115 der Beck'schen Schwarzen Reihe-München 74 - Hrsg. H. Glaser 13 Seit.

"Komm ins KOMM" von L. Zerull in "Kunst u. Unterricht" (Dez. 75) 4. Seit.

"The demystification of culture" - von Finn Jor in der Schriftenreihe des Europarates - Oslo /Straßburg 76. S. 42

"Ein permanenter Lernprozess" - von D. Fränzel in "Sozialmagazin" (Dez. 77) ca. 4 Seit.

"Der Eiertanz auf den zugelassenen Spielwiesen-Realität und Utopie der sog. Kommunikationszentren". Protokoll einer Radiosendung des WDR Network-Broschüre B 3 zu beziehen über: Anton Bubenik, Erdinger Str. 7, 8011 Reithofen,Post Pastetten

"Kultur aktiv - in alten Gebäuden" - eine Dokumentation über sozio-kulturelle Zentren in der BRD - Elefantenpress - Berlin 79 - 7 Seit.

"Der emanzipatorische Ansatz in der Jugendarbeit und seine Praxis in einem selbstverwalteten Jugendzentrum" - Abschlußarbeit von L. Kronzucker-Fischer - Stiftungsfachhochschule München-Benediktbeuern 77 ca. 83 Seit.

Diplomarbeit über Kommunikatinnszentren in der BRD-Umfangreich über: J. Stegmann Talblick 4, 4800 Bielefeld 13

"Partizipation in der Jugendarbeit- Eine empirische Untersuchung am Beispiel des KOMM in Nürnberg" - Diplomarbeit von W. Steffan - Fr. Alex.Universität Erlangen-Nürnberg - Nürnberg 1979 - 180 Seit. u. Anhang

Arbeitstitel "Sozio-kulturelle Zentren in der BRD" - Diplomarbeit von I.Hübner - erscheint 1980 im Beltz Verlag in ähnlicher Form - über J. Hübner - Kiesstr. 33, 6000 Frankfurt a. M. - 90

KOMM-Extra-Blatt

LASST ALLE LEUTE FREI!

KOMM fordert: Keinerlei Strafverfolgung!

Die Selbstverwaltung des Kommunikationszentrums fordert die Nürnberger Justizbehörden auf, alle Leute, die im Zusammenhang mit der Demonstration am Donnerstag, den 5. März 1981, verhaftet wurden, unverzüglich freizulassen, die Haftbefehle aufzuheben und die Ermittlungen einzustellen.

Von Anfang an fanden im KOMM Diskussionen über inhaltliche und organisatorische Fragen von Hausbesetzungen in Nürnberg statt; auch von Leuten, die Auseinandersetzungen um Wohnungsnot und Lebensraum für ‚alternative' Lebensformen provokativ und radikal führen.

Wir nehmen nicht hin, daß jetzt zwischen ‚guten' und ‚bösen' Verhafteten, das heißt zwischen ‚harmlosen KOMM-Besuchern' und ‚terroristischen Krawallmachern' unterschieden wird.

Wir solidarisieren uns mit denjenigen Verhafteten, die am Donnerstag an der Demonstration teilgenommen haben, und werden nicht dulden, daß sie mit dem Vorwurf des ‚schweren', das heißt des bewaffneten (!), Landfriedensbruches kriminalisiert werden.

Mögen die Demonstranten und die Steinewerfer sich auch an der abendländischen Ordnung aller Dinge, an der Eigentumsordnung, verständigt haben. Sie tun es – wie ihre Mitdemonstranten in allen anderen Städten – nicht aus Lust an der Zerstörung, sondern weil sie keine anderen Möglichkeiten mehr sehen, sich und ihren Lebensinteressen Gehör zu verschaffen.

Sie tun es, weil Gewalt überall da geduldet wird, wo sie entweder politisch ungefährlich und privat ist oder wo sie ‚höheren', ‚Staats-', ‚Volkswirtschafts-', oder ‚Freiheitsinteressen' dient.

Da sind einerseits Kindsmißhandlungen, Vergewaltigungen (auch in der Ehe), Bandenkriege, Verkehrstote, Alkoholismus, „Steuerhinterziehungen, Subventionsbetrüge, Lebensmittelvernichtungen und leerstehende Häuser samt Luxussanierungen.

Da sind andererseits Atomkraftwerke, Großflughäfen, Stadtautobahnen, Betonghettos, Overkill-Atomrüstung, deutsche Kriegsschiffe am Persischen Golf, Bürgerkriegsarmeen, Telefonbespitzelung, Jugendarbeitslosigkeit, Drogenknäste, Räumungen von instandbesetzten Häusern auf Befehl von Innenministern und Ministerpräsidenten bis hin zu Bürgerkriegsübungen von oben.

Solche Anschläge auf menschliche Lebensbedürfnisse erscheinen alltäglich und normal, sind hohe und geweihte Politik, sind es wert, in der Tagesschau als Gipfel staatsmännischer Vernunft zelebriert zu werden. Kein Mensch denkt da an erkennungsdienstliche Behandlung, Ordnungsstrafen oder Haftbefehle.

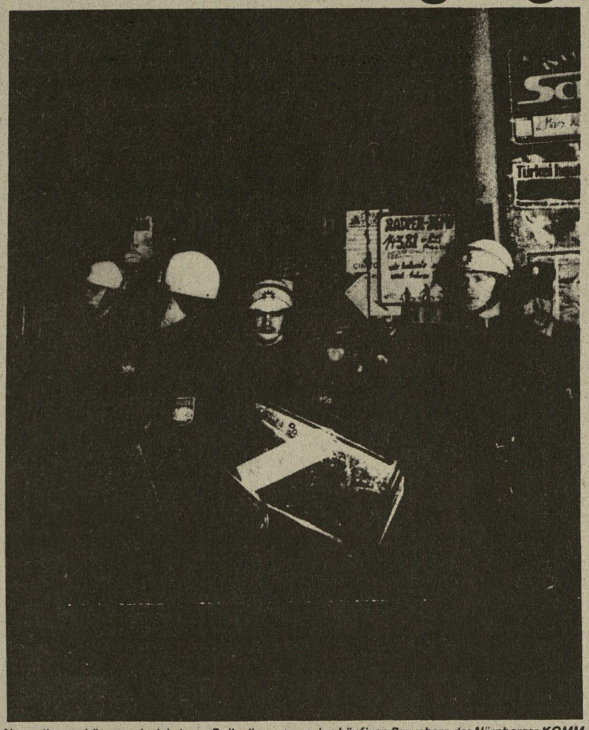
Wenn dagegen ein paar lächerliche Scheiben bei Banken, die Umweltvergiftung und Angriffskriegsrüstung samt Kahlschlagsanierung finanzieren und managen, klirren, dann sind Rechts- und Polizeistaat in Gefahr. Dann werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die aufbegehrenden Opfer mit Stumpf und Stiel auszurotten, ihre Existenzen zu vernichten. Die Ordnung sei gefährdet. – Wir sagen: Diese Ordnung wollen wir nicht!

Diejenigen, die ihre eigenen und die Privilegien weniger anderer schützen, proben schon lange und immer erkennbarer den Bürgerkrieg. Kein Vorwand ist ihnen zu lächerlich, kein Mittel zu grössenwahnsinnig, der gesamte bayerische Polizei- und Justizapparat wird in Bewegung gesetzt und gleichgeschaltet, um mit einem kleinen Haufen Unbewaffneter „ein für allemal aufzuräumen" (Strauß, Sonthofen).

Die Münchener Terroristenmacher schlugen hart zu. Bereits während der Demonstration wurde das KOMM observiert und so war bekannt, daß sich noch über ein halbes hundert Besucher darin befand. Mit der Räumung wurde stundenlang gewartet bis die Order aus München kam. Nicht nur die Demonstranten festsetzen, sondern das gesamte „Terroristennest" durchsuchen und fotografisch festgehalten.

Die Ordnungshüter wollten klotzen, nicht kleckern. Den Protest nicht nur in den Anfängen sondern auch am organisatorischen Schwerpunkt treffen. Doch selbst wenn wir alle Schiß kriegen und unsere Köpfe jetzt in den Sand stecken sollten, haben sie sich getäuscht:

Nicht das KOMM, nicht die paar Hausbesetzer sind das Sicherheitsrisiko, sondern die M e n s c h e n, die sich in dieser Gesellschaft voll Wohlstands- und Zerstörungswut soviel Unerträgliches bieten lassen müssen.



Neuerdings gehören auch viele junge Polizeibeamte zu den häufigen Besuchern des Nürnberger KOMM

Gerade war von Wohlstands- und Zerstörungswut die Rede. Sie lieber Bürger haben bestimmt eine Mordswut auf uns. Krawallmacher, Terroristen, verhätschelte Knäblein und Mägdelein und anders werden Sie uns bezeichnen und uns damit verdammen.

Aber: Ihre Wut auf uns Ruhestörer ist nur die Wut über die alltägliche Unruhe dieser Ordnung. Wir nehmen Ihnen das letzte, was Ihnen an Vertrauen in den deutschen Staat übriggeblieben ist – das Vertrauen in den Rechtsstaat, der keinem Recht gibt, das Vertrauen in die Eigentumsordnung, die Sachwerte zweckentfremden läßt, das Vertrauen in die Weisheit der Staatsmänner, die für uns alles schon in Ordnung bringen werden – und uns dabei Atomeier und Neutronenbomben ins Nest legen.

Fühlen Sie ihr Vertrauen angekratzt? Sie haben recht mit Ihrer Wut – richten wir sie gegen die, die uns kaputtmachen!

An die Staatsanwaltschaft Nürnberg

Wir, Unterzeichnete, Eltern, Angehörige der am 6.3.1981 verhafteten Besucher des Jugendzentrums KOMM in Nürnberg, beantragen unverzüglich strafrechtliche Ermittlungen gegen die Haftbefehle ausstellenden Richter Dr. Dorner, Ashelm, Meyerhöfer, Wahl und Reinecke wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung, sowie Verfolgung Unschuldiger einzuleiten.

Die Haftbefehle wurden unter Mißachtung des Rechtes eines jeden Betroffenen auf Würdigung seines Einzelfalles erlassen. Tatverdacht und Haftgründe waren bei den 141 erlassenen Haftbefehlen wortgleich auf einem hektographierten, als „Haftbefehl" bezeichneten Formular abgefaßt. Dieser Text stand bereits fest, bevor der jeweilige Betroffene vor dem Ermittlungsrichter gehört wurde.

Es wurde nur noch die Unterschrift des Richters, der Name des Betroffenen, sowie die zu benachrichtigenden Angehörigen eingetragen.

Die Ermittlungsrichter haben in allen Fällen unter Mißachtung des Rechtes des Betroffenen auf Würdigung seines Einzelfalles dringenden Tatverdacht angenommen, obwohl allen Ermittlungsrichtern bekannt war, daß vier Entlastungszeugen auf dem Gerichtsflur bereitstanden, um erforderlichenfalls unter Eid auszusagen. Eine Vernehmung dieser Zeugen hätte ergeben, daß sich zur Zeit der Festnahmeaktion zwischen 50 bis 70 Personen aufgehalten haben, die nicht an der vorherigen Demonstration teilgenommen haben. Die anwesenden Zeugen hatten bereits unter den auf dem Gerichtsflur anwesenden Beschuldigten drei Personen identifizieren können, von denen sie mit Sicherheit sagen konnten, daß sie sich während der Demonstration im KOMM aufgehalten haben.

Diese Tatsachen waren den Ermittlungsrichtern durch zwei Rechtsanwälte mitgeteilt worden, woraufhin die Ermittlungsrichter ihre Verhandlungen abbrachen und eine Beratung abhielten. Nach dieser Beratung wurde ohne Angabe von Gründen mitgeteilt, daß man nicht bereit sei, die Entlastungszeugen zu vernehmen. Damit wurde wissentlich auch die Verhaftung unbeteiligter

Personen angeordnet, bei denen mit Sicherheit kein dringender Tatverdacht vorgelegen haben kann.

Den Ermittlungsrichtern war entgegen der Formulierung im Haftbefehl, die Beschuldigten seien im unmittelbaren Zusammenhang mit der Tat festgenommen worden, auch bekannt, daß die Festnahmen nicht am Tatort selbst erfolgten, sondern erst Stunden nach der Tat im Nürnberger Kommunikationszentrum, wo alles, was sich dort aufhielt, festgenommen wurde.

Entgegen der pauschalen und nicht belegbaren Begründung im Haftbefehl, die Betroffenen würden sich untereinander absprechen und deshalb liege Verdunkelungsgefahr aus, da ihnen bekannt war, daß die Betroffenen bereits in Polizeigewahrsam ausreichend Gelegenheit hatten, miteinander zu sprechen und da die Betroffenen mit ihrem Wissen und mit ihrer Billigung in den Gefängnissen gemeinsam in Zellen gesperrt wurden.

Die Ermittlungsrichter haben den Haftbefehl auch auf angebliche Fluchtgefahr gestützt, obwohl sie wußten, daß die Betroffenen zum weitaus überwiegenden Teil eine feste soziale Bindung an Elternhaus, Familie, Beruf, Schule, Arbeits- oder Ausbildungsplatz hatten. Die Jugendlichen und Heranwachsenden hätten überdies auch bei einer Anklageerhebung keine Freiheitsstrafe zu erwarten, wie den Richtern bekannt sein mußte. Aus der Tatsache, daß gleichwohl entsprechend dem von der Staatsanwaltschaft vorformulierten Haftbefehlformular unterschiedslos die Untersuchungshaft angeordnet wurde, ergibt sich, daß eine wirkliche Prüfung der Haftgründe nicht stattgefunden hat.

Damit wurde in Kauf genommen, daß ohne gesetzliche Grundlage das grundgesetzlich verankerte Freiheitsrecht eines jeden Bürgers verletzt wurde.

Die Angehörigen zahlreicher Verhafteter wurden trotz der zwingenden gesetzlichen Verpflichtung (§ 114 b StGB) nicht unverzüglich benachrichtigt, so daß sie mehrere Tage lang in Unkenntnis über das Schicksal ihrer Angehörigen geblieben sind.

Spendenaktion

Um a l l e n Gefangenen helfen zu können (Prozeßkosten etc.) haben wir hier in Nürnberg zwei Spendenkonten eingerichtet – Jeder Pfennig ist wichtig! –
Kulturladen Nord / Spendenaktion 5. März: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), BLZ 76010111, Kto.-Nr.:. 1084761600 oder Postscheckamt Nürnberg, BLZ 76010085, Kto.-Nr.: 9020-856.

Donnerstag, 5. März
Protokoll der Ereignisse

Am Donnerstag, den 5. März ist das Haus normal geöffnet. Um 20 Uhr findet im Festsaal eine Informationsveranstaltung zu Hausbesetzungen in Holland mit anschließender Diskussion statt.

Ca. 22 Uhr:
Ende der Veranstaltung. Die Besucher verlassen in kleinen Gruppen das KOMM. Als jemand ruft, am Busbahnhof stehe sehr viel Polizei, drängen die Leute auf die Straße um zu sehen, was los ist. Von dort werden sie von der Polizei ziemlich bald in die Innenstadt abgedrängt, wobei einige Scheiben von Banken und eine Schaufensterscheibe eingeschlagen werden.

Einige Gruppen zerstreuen sich bereits in der Innenstadt, einige gehen zurück ins KOMM. Es ist gegen 23 Uhr. Fünf Minuten darauf beginnt die Polizei das KOMM zu umstellen und niemand wird mehr herausgelassen, obwohl sich einige anbieten, gegen Vorlage des Personalausweises das Haus zu verlassen oder sogar freiwillig mit aufs Präsidium zu fahren. Die Telefone sind zwei Stunden gesperrt.

Zwei Mitarbeiter versuchen, vor dem Haus mit den Beamten zu verhandeln und betonen auch mehrmals, daß sich zum Zeitpunkt der Demonstration bis zu 100 Besucher im KOMM aufhielten. Die Beamten geben nur die Auskunft, sie hätten Anweisung daß niemand das Haus verlassen dürfe und daß die Einsatzleitung im Präsidium beraten würde. Ein Mitarbeiter fährt zu weiteren Verhandlungen ins Präsidium.

Gegen 2 Uhr kommen drei Mann von der Einsatzleitung, um mit den im Festsaal versammelten Leuten zu verhandeln. Dabei wird zugesichert, daß alle nach spätestens drei Stunden (solange würde die Behandlung dauern) das Präsidium wieder verlassen könnten.

Anschließend wird das KOMM von ca. 200 Mann Bereitschaftspolizei und Spezialeinheiten durchsucht. Dabei geht es nicht nur um eventuell versteckte Leute im Haus. Bei dieser Aktion wird das ganze KOMM genau untersucht, Plakate und Wandparolen fotografiert, Flugblätter beschlagnahmt, Dias der Anti-AKW-Gruppe angesehen usw.

Als am nächsten Tag gegen alle Festgenommenen Haftbefehl erlassen wird (mit fotokopierten Vordrucken) und Polizeipräsident Kraus diese Aktion damit begründet, daß angeblich während der Demonstration niemand im Haus gewesen wäre, fahren vier Mitarbeiter mit zwei Anwälten zu den Ermittlungsrichtern um als Entlastungszeugen auszusagen. Sie werden samt Rechtsanwälten unter Androhung von Gewalt hinausgeworfen. Begründung: Der Ermittlungsrichter hätte keine Lust, sie zu vernehmen.

Das KOMM ist schuld!

Es ist viel einfacher, viele Probleme dem KOMM zuzuschreiben. Das KOMM ist also dafür verantwortlich, wenn Jugendliche von zu Hause abhauen und das KOMM ist die Ursache für Schwierigkeiten, die Eltern mit ihren Kindern haben. Das KOMM ist es auch, wenn Jugendliche zum Alkohol oder anderen Drogen greifen. Und das KOMM ist natürlich auch die Ursache für Terrorismus.

Bequem, aber dennoch verkehrt. Vielleicht wollen Sie sich einmal über unsere Meinung informieren, dann liegen Sie auf diesen beiden Seiten genau richtig.

KOMM-Extra-Blatt

Wer waren die Krawallmacher?

In Nürnberg, so die BILD-Zeitung, kam es zu den härtesten Ausschreitungen. Begründung: es wurden schließlich 170 Krawallmacher festgenommen.

Frei nach dem Motto: Je mehr Festnahmen, desto schlimmer der Krawall, schufen sich Polizeistrategen und Freistaatspolitiker ihren bayerischen Krawall – und die Justiz zieht mit: einhundert bis zweihundert Leute sind offensichtlich ganz schnell und ganz legal zu Kriminellen abstempelbar.

Die Krawalle die keine waren

Der lächerliche Glasschaden (drei Fenster) und die paar abgebrochenen Mercedessterne („demolierte Autos") – das war nicht der „Krawall". Der „Krawall" – das waren die Hundertschaften Bereitschaftspolizei vor dem KOMM, die Schnellabfertigung vor den Haftrichtern, die markigen Worte der Staatsregierung, die Sensationsmache der aus dem gesamten Bundesgebiet ins KOMM strömenden Journalisten. Denn je mehr Wirbel, je spektakulärer die Show, desto toller stehen Tandler, Strauß, Kraus und Hillermeier da, wenn wieder Ruhe im Lande herrscht.

Übertreiben sie nur ein bißchen, oder haben sie größeres vor?

Terroristische Unterwanderung der Hausbesetzerszene wird konstruiert, in den Schulen wird die Diskussion der Vorfälle verboten, Tandler fordert Bürgerkriegsbewaffnung für die Polizei – die Ereignisse überschlagen sich. All diese Kampagnen sind lächerlich angesichts der kleinen und im Grund gewaltlosen bayerischen Hausbesetzerszene. Wozu also die grandiose Inszenierung? Sind sie wirklich so paranoid und träumen jede Nacht von Massenerhebungen? Als eine Antwort kann man die Tatsache betrachten, daß hier in einer SPD-regierten Stadt Häuser g e g e n die Politiker dieser Stadt von der Staatsregierung geräumt werden, daß hier Polizeiaktionen g e g e n den Verhandlungskurs der SPD praktiziert werden.

Modell Bayern

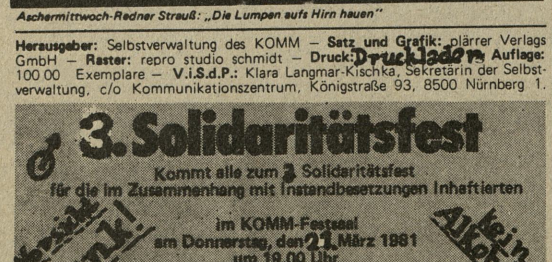
Hier soll wohl der SPD kräftig eins draufgegeben werden, und damit weist der ganze Vorgang aus Bayern hinaus. Nach Berlin zum Beispiel, wo nun einem SPD-Senat, der mit Instandbesetzern verhandelt, einem Senat, der im Wahlkampf steht, gezeigt wird, wie man mit dem „Mob auf der Straße" umgeht. Bayern also wieder einmal als Vorreiter eines neuen harten Kurses, eines Abbaus bürgerlicher Freiheiten. Gleichzeitig wird hier nicht nur den Hausbesetzern und Alternativlern eins aufs Maul gegeben, sondern einer SPD-Reformpolitik. Jedoch: könnten das die hohen Herrn vielleicht besser unter sich ausmachen?

Die eigentliche Diskussion entfällt

Jetzt wird in aller Welt über unschuldig Inhaftierte lamentiert. Ein Ziel der Aktion – die Diffamierung der KOMM-Selbstverwaltung – ist jedenfalls dann erreicht, wenn Politiker unwidersprochen von selbstverwalteten Jugendzentren als „Brutstätten terroristischer Vereinigungen" reden können. Dies ist dann erreicht, wenn an Schulen die Diskussion über solche Ungeheuerlichkeiten reglementiert wird. Dies ist dann erreicht, wenn schon der Besuch des KOMM in den Ruch der strafbaren Handlung gerät. Dies ist dann erreicht, wenn kein Bürger sich mehr traut, über die eigentlichen Gründe von Instandbesetzungen, Atomkraftgegnern, Antifaschisten und Alternativlern nachzudenken, weil er sie von vornherein als Kriminelle ansieht.

Hungerstreik-erklärung

Am vergangenen Freitag traten mehrere bei der Polizeiaktion vor dem KOMM festgenommene Personen in einen Hungerstreik. Mit ihrer Aktion protestieren sie aufs Schärfste gegen die Vorgehensweise der Polizei, gegen die Justiz, die 141 gleichlautende Haftbefehle ausstellte und auch gegen die vom Land Bayern angestrebte Verschärfung des Demonstrationsrechts. In der Erklärung der Hungerstreikenden heißt es ferner, man widersetze sich der Kriminalisierung von Hausbesetzern und deren „Sympathisanten", die vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß bereits ins „terroristische Umfeld" gestellt worden sind. Die Gefangenen fordern den Rücktritt des Nürnberger Polizeipräsidenten Kraus, als Hauptverantwortlichen für die Massenverhaftungen und die Freilassung aller einsitzenden Hausbesetzer sowie aller anderen festgenommenen Personen.



Aschermittwoch-Redner Strauß: „Die Lumpen aufs Hirn hauen"

Herausgeber: Selbstverwaltung des KOMM – **Satz und Grafik:** plärrer Verlags GmbH – **Raster:** repro studio schmidt – **Druck:** Druckladen – **Auflage:** 10000 Exemplare – **V.i.S.d.P.:** Klara Langmar-Kischka, Sekretärin der Selbstverwaltung, c/o Kommunikationszentrum, Königstraße 93, 8500 Nürnberg 1.

3. Solidaritätsfest

Kommt alle zum 3. Solidaritätsfest
für die im Zusammenhang mit Instandbesetzungen Inhaftierten

Kein Alkohol!

im KOMM-Festsaal
am Donnerstag, den 22. März 1981
um 19.00 Uhr
Eintritt: 5 Märker

Kein Putzi!

Es spielen: Suicides Marionetts Saitenwind

KOMM-Steckbrief

Einfach ist es nicht, die vielen Einflüsse darzustellen, denen das KOMM ausgesetzt ist. Auf dieser Wandtafel im KOMM-Festsaal haben Einige versucht, die Problematik bildlich darzustellen.

Name:
Kommunikationszentrum / KOMM

Geburtsdatum:
Juli 1973 / Selbstverwaltung ab Oktober 1973

Entstehungsanlaß:
Initiative des Kulturreferats in Gestalt von vier Kunstpädagogen, die ein informelles Kulturzentrum erproben sollten.

Träger:
Stadt Nürnberg / Kulturreferat; politisch getragen von SPD / FDP-Stadtratsmehrheit.

Lage:
Im ehemaligen Künstlerhaus im Zentrum Nürnbergs gegenüber dem Hauptbahnhof (Königstraße 93).

Gebäude:
1910 mit städtischen Zuschüssen von der Nürnberger Künstlerschaft als Ausstellungs-, Versammlungs- und Festgebäude erbaut. Im Krieg schwer zerbombt; zum Teil heute noch Ruine. Durch die Arbeit der Jugendlichen „erhaltenswert" geworden.

Größe:
über 55 Räume, viele tausend Quadratmeter Nutzfläche. Festsaal für 400 Besucher.

Ziele:
Die verschiedenen Zielvorstellungen ergänzen sich gegenseitig; je nach der personellen Zusammensetzung des ganzen Hauses bzw. der Gruppen ergeben sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bzw. konkrete Kommunikations- und Aktionsformen. Oberstes Ziel ist **Selbstverwaltung** als Baustein zur Demokratisierung des Alltags. Weiterhin versteht sich das KOMM als **soziokulturelles** Zentrum für Förderung individueller und kollektiver Ausdrucksformen; seine Besucher/Mitarbeiter sollen **politisches Denken** und **Handeln** sich selber beibringen; **Soziale Benachteiligung** soll durch Zielgruppenarbeit und soziale Integration **aufgehoben** werden und schließlich läuft eine **billige** und **selbstbestimmte Freizeit** ab.

Inhalte:
Unsere Arbeit wird prinzipiell in selbstbestimmten Gruppen organisiert und auf Wunsch von Sozialarbeitern oder Sozialpädagogikpraktikanten unterstützt. Es lassen sich folgende Bereiche der Gruppenarbeit auflisten:

1. Politische Gruppen (AKW-Gegner, Dritte-Welt-Laden, viele freie Gruppen)
2. Mediengruppe (Videothek, Filmfabrik, Ausstellung, Fotogruppe, Komm-Zeitung)
3. künstlerische und handwerkliche Gruppen (Keramik, Theater, Musikverein, Schreinerei, Siebdruck, Fahrradwerkstatt)
4. Jugendgruppen mit relativ festen Stamm-Mitarbeitern und eigenen Räumen (Subs, Prolos, Junge Initiative)
5. Angebotsgruppen für konsumierbare Freizeitalternativen (Spielothek, Musikverein, Teestube, Restaurant, Cafe, Kneipe, Disco)

Selbstverwaltungsorgane:

1. **Gruppen** mit meist wöchentlicher Mitarbeiterversammlung;
2. **Vollversammlung:** Einmal monatlich oberstes Beschlußorgan des Hauses. Bestimmt über Sekretäre, Jahres-Etat, Gruppen-Zulassungen/-Rauswürfe, Ziele und Grundsätze; stimmberechtigt sind alle Mitarbeiter und Besucher; durchschnittlich 40 - 120 Teilnehmer;
3. **(Delegierten-) Rat:** Wöchentliches, öffentliches Gremium der Gruppenvertreter; Stimmberechtigt sind Gruppendelegierte und Sekretäre. Beschließt über kleinere Anschaffungen, Gruppenanträge und Probleme mittleren Kalibers.
4. **Sekretariat/Sek:** Dieses Leitungs- und Vollzugsorgan des Hauses besteht aus vier von der Vollversammlung gewählten Sekretären und (z.Z. vier) städtischen Mitarbeitern, von denen nur einer stimmberechtigt ist (arbeitet aber normalerweise ohne Abstimmung). Zweimal wöchentlich bespricht und organisiert das Sek den Betrieb des Hauses, vereinbart die Dienstzeiten, bereitet die Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane vor und vertritt gewöhnlich das Haus nach außen. Die Selbstverwaltungs-Sekretäre sind auf ein halbes Jahr gewählt und können jederzeit abgesägt werden. Auch den städtischen Mitarbeitern kann das Mißtrauen ausgesprochen werden.

Haushalt:
Für 1981 stellt die Stadt der Selbstverwaltung 210.000 Mark zur Verfügung. Davon werden

- ca. 50.000 für die vier Sekretäre,
- ca. 50.000 als Betreuungsgelder der Gruppen,
- ca. 110.000 für Programm, Werbung, Anschaffungen, Materialien und interne Bauvorhaben ausgegeben.

Der Unterhalt des Gebäudes und die fünfeinhalb Stellen werden direkt von der Stadt bezahlt, was noch einmal ca. 400.000 Mark kosten dürfte.

Was für eine Jugend!

„Langhaarig", „arbeitsscheu" und „vergammelt" werden die KOMM-Jugendlichen, Demonstranten und Hausbesetzer allzugerne genannt. Es ist der Teil der Jugend, der nicht mehr konform geht mit dem Durchschnittsbürger, der kritisch gegenüber Bürokratie, Staat, Parteien und bürgerlicher Moral steht. Neue alternative Lebensformen, Solidarität und Freiheit werden von diesen Leuten hochgehalten.

Sie sind ein Dorn im Auge derer, die Traditionen bewahren wollen, sie sind oft unerfaßbar und phantasievoll. Dies macht denen Angst, die sich ihnen nicht nähern wollen. Wer diese Jugendlichen kennenlernt, ist teils begeistert, teils abgestoßen. Sie sind nicht in Organisationen zuhause, sondern sind eine „Bewegung", die auch tief in die Erwachsenenwelt hineinreicht (Die einstigen Studenten und Lehrlinge der 68er Revolte sind sicherlich ihre Sympathisanten).

Das KOMM

ist e i n Ort, wo sich Jugendliche treffen. Es gibt noch viele Orte, wie Jugendzentren, Kneipen, Wohngemeinschaften, die das Leben der „Scene" umfaßen. An Arbeitsplätzen, in Schulen und in der Familie haben sie oft einen schweren Stand. Deshalb werden e i n i g e kooperative Wohnformen gesucht, die aber von der Gesellschaft kaum toleriert werden.

Eine Art „Gegenkultur" entsteht, welche sich zwischen Traum und harter Arbeit bewegt. Meist wird diese Minderheit kaum beachtet, doch bei Hausbesetzungen, Demonstrationen und ihren Festen allzuschnell zu „Chaoten" und „Ausgeflippten" abgestempelt.

Der Staat

versucht einerseits die Bewegung zu l i q u i d i e r e n (CSU-Linie) oder sie zu integrieren (Sozialliberale). Immer auf der Hut, daß sie nicht z u v i e l e werden, sind die Politiker dabei, die „Bewegung" entweder zu ignorieren und zu bagatellisieren oder gefährlich aufzubauschen und zu zerschlagen.

Der Zwang, sich den Verhältnissen anzupassen, der wachsenden Zerstörung der Städte, der Natur und der Psyche vieler Menschen zuzuschauen und sich nicht dazu äußern zu können, nicht angehört zu werden, bringt immer mehr junge Leute zu Wut und Traum. Die Politiker herrschender Parteien reden zwar vom „Dialog", doch sie hören sich nur selber gern reden.

So kam es jetzt zu handfesten Auseinandersetzungen, da die Strategien durchschaut werden, da Kernpunkte der Gesellschaft wie Wohnen, Arbeiten und staatliche Unterdrückung immer mehr b e n a n n t und angegriffen werden.

Die „Bewegung"

läßt sich nicht verbieten, denn sie hat gute Gründe und Zwecke. Durch den 5. März bekam sie mehr Zulauf.

Die Verhärtung e i n i g e r Teile der Bevölkerung und des Staates wird zunehmen. Dies ist der Wille und die Absicht, die hinter den Massenverhaftungen steht. Wir und das KOMM stehen auf der anderen Seite.

Der Landfrieden ist nicht bedroht!

Das Rocker-Treffen nahm ein blutiges Ende

Schlacht der wilden Engel

GERETSRIED. — In eine wüste Schlägerei artete in der Nacht zum Samstag in Geretsried (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) ein Treffen von vier Rockergruppen aus. Die 60 bis 80 Jugendlichen hatten sich zur Eröffnung der ortsansässigen „Dirty Angels" in „Altöttersreuth" — einem Boatschuppen — zu einem Trinkgelage zusammengefunden. Dabei gerieten sich die „Red Devils", „Hells Drivers" und Destroyers" mit ebenfalls hiesigen Jugendlichen und untereinander in die Haare. Sie sagen Schlagringe, Messer, Knüppel sowie Schreckschußwaffen und gingen aufeinander los. Nach der Schlägerei zwischen 22 und 24 Uhr blieben rund 15 Jugendliche auf dem „Schlachtfeld" mit Verletzungen liegen, zwei von ihnen mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei nahm 13 „Engel", „Teufel" und „Zerstörer" — das Lokal war weitgehend demoliert — vorübergehend fest. Die Höhe des verursachten Schadens steht noch nicht fest.

Aus der „NZ" vom 9.3.81

Polizeipräsident Kraus:

EIN MANN SIEHT ROT

Im neuen PLÄRRER u. a. Beiträge von:
MdB Egon Lutz: „Der Kraus, der ist zum Schwadronieren da."
Stadtrat Jürgen Wolff: „ Rechts davon ist nur noch der Faschismus."
MdL Alfred Sommer: „Das ist eben das Augenmaß, das Herrn Kraus einfach fehlt."

Außerdem: Polizeichef Helmuth Kraus – eine Karriere ohne Makel • Betroffene berichten • Zur Frage der Gewalt • Der Hörerschaden

plärrer
illustriertes Stadtmagazin
Ab 27. März im Handel

Sozialer Brennpunkt, „Anarcho"-Spielwiese oder Freizeitland

Peter Hess
Wolfgang Kischka

Das selbstverwaltete KOMM in Nürnberg

dpa/Staedele

Massenverhaftungen, Kriminalisierung von Jugendlichen, Demonstrationen, Justizskandal. Begriffe, mit denen das KOMM Nürnberg in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit einen „Ruf" erworben hat. Ein Hort des Linksradikalismus und des Terrorismus oder ein basisdemokratisches Modell, das mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat? Zwei Mitarbeiter des KOMM berichten aus ihrer Alltagserfahrung.

Sechs, sieben Polizisten stehen da vor einem Türbogen postiert, der in seinem oberen Rund die Aufschrift „KOMM – Kommunikationszentrum" trägt. Behelmt und in voller Kampfausrüstung, gewappnet mit der großen Schild- und Schlagstock-Kombi, erwecken sie so den Eindruck, als wollten sie den Eingang des KOMM gegen irgendein drohendes Unheil verteidigen. In der Tat sieht man sonst nichts und niemanden, der erkennen ließe, wer und was sich jenseits der Barriere befindet und aufhält. Einzig ein Plakat „Radler – Demo" läßt erahnen, daß es sich hier um ein Haus dreht, das häufiger von engagierten und politischen Jugendlichen besucht wird, von Alternativlern, Initiativlern und sonstigen Klein-Kultur-Liebhabern.

„Hort des Widerstandes?"

Dies ist ein Bild aus der Nürnberger Massenverhaftung im März 1981. Dies ist das Bild, mit dem das KOMM einem großen Teil bundesrepublikanischer Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Ein Ort des Spektakels, ein Hort des Widerstands, Prügelknabe und Vorzeige-Modell. Das Jugend- oder Kommunikationszentrum in seinen alltäglichen Verhältnissen, mit seinen unterschiedlichen Gruppen, Inhalten und Aktivitäten und in seinen tatsächlichen politischen Zusammenhängen ist so – unterm Strich – eher unbekannt geblieben.

Selbstverständlich haben wir sehr viel mit Hausbesetzungen, Demonstrationen und angeblichen „Rechtsbrüchen" zu tun, mit Kritik an Staat und Justiz, mit Aufruf zum Widerstand. Und zwar genau in dem Sinne, als das KOMM ein Forum sein soll,

ein Ort der offenen und uneingeschränkten Diskussion zu eben solchen Themen und Aktionen, deren Initiatoren wir selten genug sind.

Daß der Grundstein des KOMM Selbstverwaltung ist, daß manche Gruppen und Personen dieser Selbstverwaltung auch politische (im weitesten Sinne) sind, machen das Zentrum ein Stück weit zum Bestandteil von ‚Bewegung', besser: Bewegungen; eine Bedingung, ohne die kein Forum geht. Das galt für manchen älteren Konflikt des KOMM mit der Obrigkeit und deren Apologeten (CSU, JU, Teile der Stadtverwaltung, Regierung), und das gilt als Hintergrund für die Hausbesetzungen und „5. März und die Folgen" ebenso.

Wenn die KOMM-Selbstverwaltung, Vollversammlung, Rat und Sekretariat in solchen Auseinandersetzungen sich eher mit linken, „linksradikalen" und „anarchistischen" Argumenten identifizieren kann, so entsprechen diese in der Sache eben meistens dem erklärten Interesse und der Arbeit des KOMM am Abbau sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit und an individueller wie gesellschaftlicher Emanzipation.

Soviel zur „linken Kaderschmiede" und zum „Ausgangspunkt gewalttätiger Ausschreitungen".

Vielfalt der Gesichter

In seiner gesamten Wirklichkeit ist das KOMM sehr vielschichtig, vielgesichtig. In einem Zusammenhang von über 40 Gruppen aus Kunst, Kultur und Handwerk, aus Politik, Medien, Meditation, Anti-AKW, Selbsthilfe u. v. m., mit einer Besucherschaft von etwa 3000 Jugendlichen wöchentlich, ziehen nicht alle immer am gleichen Strick. Trotz, gerade wegen der Selbstverwaltung.

Gruppen, vielleicht handwerkliche oder meditative, die eher selbstgenügsam und ‚nach innen' arbeiten, sehen das Haus mit anderen Augen, als z. B. Angebotsbereiche wie der ‚Dritte-Welt-Laden', Kino oder Kneipe, die auf Besucher und Vermittlung hin orientiert sind. Von den Töpferinnen (und Töpfern) werden andere Standpunkte und Interessen in die Selbstverwaltung hineingetragen als von der Disco-Gruppe, von den AKW-Gegnern manchmal konträre zu denen der Christen.

Die ‚Subs' und ‚Plastic Chix', die No-future-Schwärmer, interessiert es auf dem ‚Rat der Gruppendelegierten' einen Dreck, in welcher Weise wir uns mit Polizeistaat und Faschismusvorstellungen auseinandersetzen, wenn ihr Tagesordnungspunkt „Raum zum Musikmachen" nur schnell zu ihren Gunsten entschieden wird.

Verschiedene Erfahrungen und Bedürfnisse

Neben sehr unterschiedlichen Interessen, finanziellen, räumlichen, politischen, die an das KOMM herangetragen werden und in der Selbstverwaltung virulent sind, existieren ebensoviele Unterschiede im Bewußtsein, besser: bezüglich der politischen Sensibilität und ‚Erfahrung' der Mitarbeiter und Besucher. Zwar macht das gesamte KOMM, die Einrichtung Selbstverwaltung, eine kontinuierliche politische Geschichte durch – mittlerweile acht Jahre lang –, doch die Geschichte ist nicht immer die gleiche wie auch die Selbstverwaltung auf verschiedene Art mit Leben erfüllt wird. Dazu sind die Fluktuationen und Wechsel in den Generationen der Mitarbeiter zu stark. So kommt es häufig zu Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungen, auch zu bornierter Interessensbildung; daß das KOMM von allen Mitarbeitern und Selbstverwaltern auch als das ganzheitliche „Projekt Selbstverwaltung" verstanden würde, ist ein frommer Wunsch.

Gruppen, die das Haus eher in seiner gesamten Ausdehnung sehen, in seiner politischen, öffentlichen Funktion für Jugendliche, für die ‚Bewegung' und ‚die Szene Nürnbergs' wie für Bürger, Demokraten und Sozialdemokraten, betreiben selbst Öffentlichkeitsarbeit, versuchen, selbst Gegenöffentlichkeit herzustellen. Mediengruppen wie die Filmfabrik, Videothek, Ausstellungsgruppe und Zeitung, „Konsumbereiche" wie die Kneipe, Teestube und Musikverein, politische Gruppen wie die AKW-Gegner, die Prolos, SoZDL (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) u. a.

Das heißt aber nicht, daß in den Bereichen und Gruppen, in denen mehr diskutiert wird über Selbstverwaltung als gesellschaftliche Perspektive, über Bewegungen und Alternativen und auch über Kommunalpolitik, eine annähernd einheitliche Linie, Meinung oder Einschätzung vorherrschen würde. Gerade dort sind die Widersprüche in den verschiedenen Gesichtern des KOMM oft am unversöhnlichsten.

Die Jugendszene im KOMM

So bunt wie das ganze Publikum im KOMM, so bunt ist auch die Jugendszene. Nicht nur an Haarfarben, Kleidung und ‚button' erkennt man/frau die Zugehörigkeit zu bestimmten Bewegungen, sondern an den Inhalten der Sprache, Aktionen und politischen Zielen zeigen sich Unterschiede.

Doch mußte das KOMM nicht – wie bürgerliche Jugendpolitiker – die Jugend erst „entdecken", neue Strömungen erst festmachen; im KOMM sind von Anfang an real und in ihren Widersprüchen Jugendliche aktiv. Die selbstverwalteten Jugendzentrumsbewegler waren seit Jahren im KOMM neben Freaks, Rockern, ‚Müslis' u. a. tätig. Das Ziel, die Erhaltung des oft bedrohten Hauses, war allen gemeinsam. Das änderte sich bis heute nicht. Nur die Namen, Symbole, Nuancen in der Musik, schlichtweg die Generation änderte sich. Heute sind Punks, Subs, Plastic Chix, Prolos und Skins Bezeichnungen für jugendliche Bewegungen, die teils durch Musik und Aussehen strukturiert sind, teils durch politisch motivierte Zusammenhänge. Einige Beispiele:

Prolos sind Jugendliche, die eng mit Häuserbesetzungen zusammenhängen und sich als politische ‚Bewegung' verstehen. Ihre Ablehnung geht von der Schickeria der Popper, der unpolitischen Punkszene bis zur Negation traditioneller sozialistischer Jugendarbeit.

„Anarchie" und „Autonomie" sind Perspektiven, die angestrebt

werden, was im KOMM die Ablehnung der Sozialarbeiter und Einflüsse der Stadtverwaltung bedeutet. Prolos beziehen sich außerhalb des KOMM auf besetzte Häuser und Demonstrationen, woraus sich die Aktionsformen und Weiterentwicklungen ihrer Politik ergeben soll. Ihren Bestrebungen entgegengesetzt sehen sie die langen, zähen und folgenlosen Diskussionen der Alt-Linken, die staatsstreuen sozialdemokratischen Reformen und selbstverständlich faschistische, autoritäre Politik.

Im Alltag der Prolos wirkt sich die Arbeitslosigkeit wie bei vielen Jugendlichen aus; doch heißt das für sie nicht, nach Berufen zu streben oder in die ‚Maloche' zu gehen, sondern den Gedanken der Nicht-Arbeit, das Leben jetzt und heute zu realisieren.

Ähnliche Haltungen in dieser Hinsicht haben die *Subs und Skins* im KOMM, wobei deren Identität stärker mit der Musikentwicklung der ‚New Wave' in England zusammenhängt. Während aber in England die Skins deutliche faschistoide Neigungen entwickeln, ist die Gruppe der Subs und Skins im KOMM politisch indifferent, eher „anarchistisch" angehaucht. Prolos tragen ihre Haare schulterlang, bei Subs und Skins zählen nur die Millimeter.

Selbstverwaltung als Selbstverständlichkeit

Sie betonen das ‚feeling' und ihre Zusammengehörigkeit stellen sie über „Äußerlichkeiten" (Kleidung, Musikgruppen, Haarfarbe) her. Pädagogen und Sozialarbeiter sehen bei ihnen gerne eine stärker narzistisch ausgeprägte Haltung, die bei sozialen und individuellen Sanktionen gegenüber Subs und Skins schnell in Frustration und „no future"-Denken mündet. Wir kritisieren deren Verhalten oft als bloßen Konsum und „Herumhängen", was ihrerseits zu aggressiven oder distanzierten Äußerungen gegen die Selbstverwaltung führt. Prinzipiell aber stehen Subs und Skins zur Selbstverwaltung und zum KOMM so positiv wie die anderen jugendlichen Besucher.

Die ‚*Plastic Chix*' sind, den Subs und Skins entsprechend, jüngere Frauen zwischen sechzehn und zwanzig Jahren, die allerdings ihre Eigenständigkeit als besondere Gruppe behaupten. Sie haben einen eigenen Raum und eigene Treffen. Ohne der Frauenbewegung anzugehören, sind von ihnen autonome Strukturen und Selbstbestimmung gegenüber den Sub- und Skin-‚Mackern' durchgesetzt worden. Ähnliche Prozesse deuten sich bei den Frauen der Prolos an.

Möglicherweise ist Selbstverwaltung hier bereits so selbstverständlich, daß sich Interessen und Bedürfnisse ohne weitere Pädagogisierung selbst organisieren.

Punks organisieren sporadisch Konzerte im KOMM, treffen sich aber eher in Kneipen und an Orten, wo permanent *ihre* Musik, *ihre* Freunde und *ihre* Atmosphäre anzutreffen sind.

Wir wollen hier betonen, daß Übergänge zu anderen Gruppen und Meinungen im KOMM leicht möglich sind. Die „Jugendszenen" sind den ständigen Einflüssen der Erwachsenenwelt, dem ökonomischen Zwang und der herrschenden Kultur ausgesetzt. Insofern ist wahrscheinlich die Stabilität dieser Gruppen nicht längerfristig gewährleistet; auch definitive Aussagen lassen sich über subkulturelle Perspektiven dieser „Bewegungen" nicht machen.

Alltagserfahrungen

Den Alltag bestimmt die Großstadt, insbesondere die Innenstadt: das KOMM liegt zwischen Hauptbahnhof und City. Die zentrale Lage bedeutet eine ‚mobile' Mitarbeiterschaft und die entsprechende Besucherstruktur; „Gestrandete", Nicht-Seßhafte, Alkoholiker, Junkies und andere sozial Ausgestoßene suchen im KOMM „Zuflucht".

Es entstand eine Trennung und Distanz zwischen selbstbestimmter Arbeit, der inneren Kommunikation und den sporadisch Beteiligten bzw. den Desinteressierten in Sachen Selbstverwaltung. Dazu kommen noch jene „Problemfälle", die zwar sehr unbeliebt sind, aber immer wieder auftreten: Schlägereien, Vergiftungserscheinungen, Anmache von Frauen, Totalsuff usw.

‚Innerer' Druck und Frust

Krisenzeiten sind jene, in denen Selbstverwaltung und Kommunikation von äußeren sozialen Einflüssen so beengt werden, daß fast nur noch *reagiert* werden kann und ‚innerer' Druck und Frust entstehen. Wir erreichten oft den Punkt, wo uns nicht mehr klar war, ob wir selbstbestimmt arbeiten, oder ob andere, „fremde" Interessen die alltäglichen Abläufe bestimmen. Eigentlich bedeutet Selbstverwaltung die Durchsetzung und Erweiterung unserer sozialen, politischen, kulturellen, künstlerischen und handwerklichen Interessen. Doch jene der anderen, neu hinzukommenden Besucher müssen ebenso berücksichtigt, ihre Artikulation oft erst geweckt werden, auch wenn sie zunächst und allzuoft den „echten" Selbstverwaltungsinteressen zu widersprechen scheinen.

Hier kommt es zu Konflikten, zu persönlichen und politischen, zwischen Besuchern, Mitarbeitern und natürlich den „Berufsjugendlichen", den pädagogischen Mitarbeitern und den Selbstverwaltungs-„Funktionären". Nur das umfassende Problembewußtsein, die KOMM-Geschichte verhindert dann manchmal den Gedanken: „Wofür eigentlich?" Periodisch werden dann auch wieder Beurteilungen und Lösungsansätze unterschiedlicher Qualität gezimmert, mehr oder weniger erfolgversprechend, aber immer eher in Richtung größtmögliche Offenheit und Toleranz, als in Richtung Kontrolle und Sanktionen, Ausschluß von Problemgruppen.

Das Faß ist übergelaufen

Die Situation im KOMM hat sich im Laufe des letzten Jahres zugespitzt. Viele öffentliche Bereiche wie Kneipe, Café, Gang, Festsaal und Disco sind zunehmend Platz für Aggressionen und Gewalthandlungen verschiedener Besucher und Besuchergruppen: Frauenanmache, Rempeleien, Streitereien, Provokationen, Schlägereien usw.

Weiter nimmt der unbeherrschte und exzessive Drogenkonsum (Alkohol, Haschisch, Tabletten, Trips etc.)

Plärrer-Verlag

Vollversammlung nach den Massenverhaftungen am 5. März

in diesen Bereichen – wie im ganzen Haus – erschreckend zu. Und zwar in einem Maß, das die Stimmung dort immer öfter umkippen läßt und die Arbeit und Absicht der dort betreuenden Selbstverwaltungsgruppen – ein sinnvolles, aktivierendes Freizeitangebot herzustellen – einfach zunichte macht. Obendrein gefährden diese Situationen, die auch nach außerhalb des Hauses in eine vielleicht wohlgesinnte, aber zunehmend besorgte Öffentlichkeit dringen, die durch den Justizskandal schon schwierige Stellung unseres Hauses, unsere Selbstverwaltung, unsere politischen Vorstellungen in der Stadt.

Gesteigertes Konsumverhalten

So ist es dazu gekommen, daß die Angebote der öffentlichen Bereiche durch die Verhaltensweisen vieler Besucher immer mehr zum bloßen Konsum verkommen, die Aktivitäten der Mitarbeiter im Sekretariat, in Kneipe, Café und Disco zu Gratisdienstleistungen, die sie dem „König Besucher" gefälligst zu erbringen haben. In extremen Fällen geht diese Tendenz soweit, daß die Mitarbeiter des KOMM sprachlich und körperlich bedroht werden, wenn sie manche Besucher auf ihre kaputten, arroganten und belästigenden Verhaltensweisen und „Wünsche" aufmerksam machen und versuchen, die minimalen Regeln zum solidarischen Umgang miteinander zu vermitteln und durchzusetzen. Daß sie dabei obendrein noch wenig bis gar kein Verständnis oder Unterstützung bei den anderen Gruppen des Hauses gefunden haben, verschärfte diesen Mißstand bis zum Unerträglichen.

Dadurch wurde auch deutlich, daß der Gesamtzusammenhang des KOMM eine nicht ungefährliche Spaltung erfahren hat, bei der unsere Ziele und Inhalte, an der Spitze Selbstverantwortlichkeit und Solidarität, auf der Strecke bzw. auf dem Papier zu bleiben drohen. Gemeint ist die Aufsplitterung des KOMM in Dienstleistende, in Gruppen des Hauses und in die Besucher. Welche Folgen das im einzelnen haben kann, wird klar, wenn Sekretäre, Hauptamtliche oder andere „Diensttuende" als Führer, Diktatoren, ‚Hitlers' beschimpft werden, oder wenn Selbstverwaltungs- bzw. Vollversammlungsentscheidungen als Willkürherrschaft bezeichnet werden.

Kurz und gut: die Lage ist beschissen, aber nicht aussichtslos.

„Die Zeiten werden rauher"

Es ist nicht so, daß uns diese Widersprüche erst heute klar geworden wären. Vielmehr existieren sie seit Beginn des KOMM und das unglückliche Bewußtsein darüber hat sich immer wieder in Seminaren und vorübergehenden Denkpausen (in denen das Haus auch geschlossen war) Luft gemacht.

Es ist aber vielleicht so, daß insgesamt die Zeiten rauher geworden

sind, daß mehr und mehr Leute ausflippen, daß Gewalt und Aggression hier, Hoffnungslosigkeit dort, in dieser Gesellschaft, in ihren Städten häufiger und stärker geworden sind. Und das drückt eben auch in unser Haus hinein, macht Selbstverwaltung, Offenheit und Toleranz schwieriger. Das ist keine resignative Entschuldigung, aber womöglich eine Erklärung dafür, warum es hier manchmal so zugeht, wie es eben zugeht. Trotzdem ist dies nur die eine Seite.

Die andere war ein Dienstleistungs-Boykott vieler betroffener Mitarbeiter, die Lösungs- und Änderungsansätze diskutierten. Kritiker sahen aufgrund der geplanten rigorosen Maßnahmen die Selbstverwaltung gefährdet.

Solidarität contra Kommerz?

Will die Selbstverwaltung möglichst wenig Kommerz und Konsum, so fordern einige allerdings nur noch „Angebote" und „Leistung". Soll möglichst wenig Aggression in den Räumen sein, so fürchten einige, sich nicht ausleben zu dürfen. Soll das KOMM für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, bekommen Teile der „Szene" Berührungsängste. Ist aber politischer Druck gegenüber der Selbstverwaltung spürbar, so erwartet man Solidarität aus möglichst allen Richtungen.

Mit allen Problemen wie Drogenscene, politischen Konflikten, Aggressionen und Hoffnungslosigkeiten gewann das KOMM ein Stück mehr Identität, bessere Verarbeitungsformen, aber auch den Vorwurf der Integration und der Vereinnahmung bekam es zu hören. Etliche Generationen von ‚Selbstverwaltern' bestimmten seit 1973 die Arbeit des KOMM. Ständig warteten Aufgaben auf eine Lösung: wie autonom bleiben, wenn jeder weiß, daß kein Inseldasein in der Gesellschaft möglich ist? Wieweit läßt die Selbstverwaltung Strukturen „wachsen", ohne zu einer neuen Bürokratie oder Hierarchie zu gelangen?

Die Wege, die sich anbieten, sind die der Erweiterung, des „Nach-Au-

KOMM-Steckbrief

Einfach ist es nicht, die vielen Einflüsse darzustellen, denen das KOMM ausgesetzt ist. Auf dieser Wandtafel im KOMM-Festsaal haben Einige versucht, die Problematik bildlich darzustellen.

Name:
Kommunikationszentrum / KOMM

Geburtsdatum:
Juli 1973 / Selbstverwaltung ab Oktober 1973

Ziele:
Die verschiedenen Zielvorstellungen ergänzen sich gegenseitig; je nach der personellen Zusammensetzung des ganzen Hauses bzw. der Gruppen ergeben sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bzw. konkrete Kommunikations- und Aktionsformen. Oberstes Ziel ist **Selbstverwaltung** als Baustein zur Demokratisierung des Alltags. Weiterhin versteht sich das KOMM als **soziokulturelles** Zentrum für Förderung individueller und kollektiver Ausdrucksformen; seine Besucher/Mitarbeiter sollen **politisches Denken** und **Handeln** sich selber beibringen; **Soziale Benachteiligung** soll durch Zielgruppenarbeit und soziale Integration **aufgehoben** werden und schließlich läuft eine **billige** und **selbstbestimmte Freizeit** ab.

Inhalte:
Unsere Arbeit wird prinzipiell in selbstbestimmten Gruppen organisiert und auf Wunsch von Sozialarbeitern oder Sozialpädagogikpraktikanten unterstützt. Es lassen sich folgende Bereiche der Gruppenarbeit auflisten:

1. Politische Gruppen (AKW-Gegner, Dritte-Welt-Laden, viele freie Gruppen)
2. Mediengruppe (Videothek, Filmfabrik, Ausstellung, Fotogruppe, Komm-Zeitung)
3. künstlerische und handwerkliche Gruppen (Keramik, Theater, Musikverein, Schreinerei, Siebdruck, Fahrradwerkstatt)
4. Jugendgruppen mit relativ festen Stamm-Mitarbeitern und eigenen Räumen (Subs, Prolos, Junge Initiative)
5. Angebotsgruppen für konsumierbare Freizeitalternativen (Spielothek, Musikverein, Teestube, Restaurant, Cafe, Kneipe, Disco)

Träger:
Stadt Nürnberg / Kulturreferat; politisch getragen von SPD / FDP-Stadtratsmehrheit.

Selbstverwaltungsorgane:
1. **Gruppen** mit meist wöchentlicher Mitarbeiterversammlung;
2. **Vollversammlung:** Einmal monatlich oberstes Beschlußorgan des Hauses. Bestimmt über Sekretäre, Jahres-Etat, Gruppen-Zulassungen/-Rauswürfe, Ziele und Grundsätze; stimmberechtigt sind alle Mitarbeiter und Besucher; durchschnittlich 40 - 120 Teilnehmer;
3. **(Delegierten-) Rat:** Wöchentliches, öffentliches Gremium der Gruppenvertreter; Stimmberechtigt sind Gruppendelegierte und Sekretäre. Beschließt über kleinere Anschaffungen, Gruppenanträge und Probleme mittleren Kalibers.
4. **Sekretariat/Sek:** Dieses Leitungs- und Vollzugsorgan des Hauses besteht aus vier von der Vollversammlung gewählten Sekretären und (z.Z. vier) städtischen Mitarbeitern, von denen nur einer stimmberechtigt ist (arbeitet aber normalerweise ohne Abstimmung). Zweimal wöchentlich bespricht und organisiert das Sek den Betrieb des Hauses, vereinbart die Dienstzeiten, bereitet die Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane vor und vertritt gewöhnlich das Haus nach außen. Die Selbstverwaltungs-Sekretäre sind auf ein halbes Jahr gewählt und können jederzeit abgesägt werden. Auch den städtischen Mitarbeitern kann das Mißtrauen ausgesprochen werden.

Plärrer-Verlag

Eine Initiativgruppe bei der Arbeit

ßen-Gehens", andernfalls der Selbstbeschränkung, des "Kleine-Brötchen-Backens" bzw. der selbstgenügsamen Abgeschlossenheit.

Ist die familienartige Geborgenheit – im besten familienkritischen Sinne – ein Verständnis von Selbstverwaltung im KOMM, so muß es selbstverständlich sein, diesen Begriff mit ökologischen, alternativen, politischen Zielen eng zu verknüpfen. Das bedeutet, mit anderen Zentren, Gruppen und auch den Medien außerhalb des KOMM zusammenzuarbeiten.

Die Massenverhaftung am 5. März war eine ‚Generalprobe' für die Außenwirkung und überregionale Perspektive des KOMM und seiner Ideen.

Zwischen den politischen Mühlen

Auch ohne Massenverhaftung war das KOMM über die eigenen Mauern hinaus in politische Konflikte und (sub-)kulturelle Perspektiven verflochten.

Auf der einen Seite Zankapfel oder Dorn im Auge von ‚bürgerlichen', sprich: parlamentarischen Zusammenhängen, auf der anderen war und ist das KOMM im ‚alternativen', ‚anderen' Spektrum immer wieder Brennpunkt. Sei's, daß die Junge Union/CSU die ‚Basisdemokratie' dort ein für allemal ausmerzen will, vor das Verwaltungsgericht zog, die mittelfränkische Regierung die ‚Grundordnung' (die Vertragsgrundlage zwischen der Selbstverwaltung des KOMM und der Stadt Nürnberg) in Zweifel zieht oder, erfreulicher, Gruppen wie Hausbesetzer, Netzwerk, Anti-Atomkraftinitiativen, Stadtindianer, Jusos, Frauenbewegung usw. im KOMM Bezugspunkte finden.

Über's KOMM ist für die Mehrheitskultur in Nürnberg spürbar geworden, was das heißt ‚Randgruppen', kritische Minderheiten oder auch ‚drop outs'. Die Aggression, Ablehnung und Verleumdung gegenüber dem KOMM kann andeutungsweise als Gradmesser für demokratische, freiheitliche oder autoritäre bis faschistoide Haltungen in unserer Republik (manchmal sehr deutlich) gelten.

Dabei sind massive Drohungen ebenso an der Tagesordnung wie überschwengliche Solidaritätsbekundungen mit ‚Weltuntergangsstimmung'.

Wie geht's weiter?

Doch gerade durch den äußeren Druck bedingt, gelingt es in letzter Zeit mehr und mehr, ein Netz aus Aktiven zu schaffen, die sich wehren, einander unterstützen und in ihren Projekten eine Struktur entwickeln, die Selbstverwaltung als politisches Prinzip in sich trägt.

Das KOMM in Nürnberg hat vielfältige Bezüge zu Stadtteilzentren und Kulturläden, zu Stadtteilinitiativen, Jugendorganisationen aber auch zu fortschrittlichen Medien und dem oft zitierten ‚Normalbürger' geschaffen, die eine nicht zu übersehende politische Kraft darstellen. Gewaltakte des Staates und der Justiz zeigen jedoch deutlich genug, welche Willkür angewandt wird und wie leicht verletzbar diese Bewegung noch ist.

Überregional streben die Kommunikations- und Jugendzentren ständig eine solidarische Zusammenarbeit an, die sich aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen in den Städten, der räumlichen Distanz und der oft schlecht entwickelten Informationsnetze schwierig gestaltet.

Selbstverwaltung wurde durch kulturelle Einrichtungen und Selbsthilfen zu einem Organisationsbegriff, der Selbstbestimmung des einzelnen, kollektive Entscheidung und Basisdemokratie beinhaltet.

Die Realität unserer Gesellschaft steht diesem Interesse diametral entgegen. Der Widerspruch zwischen einem ‚*Leben*' in selbstverwalteten Strukturen und ‚*Überleben*' in vorgegebenen ökonomischen sozialen Zwängen birgt die Gefahr, daß das KOMM zwischen diesen Polen zerrieben wird.

Wenn in kommunalpolitischen Alternativen, in Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, in Schule und Ausbildung Selbstbestimmung weiterhin nur auf dem Papier steht, wird unsere Arbeit in der Selbstverwaltung zur Sisyphusarbeit, zur Flickschusterei.

Wir können im KOMM nur Anregungen geben, Experimente durchführen, Teile von ‚Leben' abdecken und, wenn's gut läuft, Jugendliche und Erwachsene für ihren Kampf im Alltag stabilisieren.

KONZEPTE UND ZIELE

Konzepte und Zielbestimmungspapiere sind im KOMM entweder als Legitimationspapiere für den Stadtrat (Vorlage für den Kulturausschuß) oder als Selbstverständnispapier einer Bewegungoder einer Opposition innerhalb des KOMM enstanden.

Die beschriebenen Ziele sind - eine Ausnahme bildet das PAK-Papier - auch nicht von den Gruppen selbst formuliert. Es sind vielmehr Abstraktionen, die sich aus der Arbeit einzelner Gruppen oder ganzer Bereiche gewinnen lassen.
Wie später noch im Kapitel 5 - "Grppen und Programm" dargelegt. lassen sich die Gruppen verschiedenen Tätigkeitsfeldern zuordnen und damit auch bestimmten Schwerpunkten in der Zielsetzung. Es gibt Gruppen, die mehr politisch, andere die mehr künstlerisch / kreativ und wieder andere, die im Rahmen einer sozialen Zielsetzung arbeiten.

Da sich die Ziele in der Praxis oft nicht trennen lassen, ihre Trennung häufig auch überwunden werden soll, sie sich also wechselseitig beeinflussen, kann man auch von einem Zielbündel sprechen.
Mit verschiedenen Begriffen wird von verschiedenen Standpunkten aus versucht, diesen Aspekt auch begrifflich zu fassen. "Alternative Kultur", Sozio- Kultur", "politische Kultur", u.ä.

Diese Motiv beschreiben allerdings Motive und Ziele der Arbeit im KOMM immer noch nicht in ihrem wesentlichen Kern. Im Grunde ist es der Wunsch oder die Vorstellung von einer besseren Welt, bzw. Gesellschaft, von einem friedlicheren und gerechteren Zusammenleben der Menschen untereinander, die einzelne Personen zu Gruppen zusammenführt.
Neben diesen gesellschaftsbezogenen Zielen ist es auf einer individuellen Ebene auch der Wunsch, sich selbst in all seinen Anlagen und Fähigkeiten zu entdecken und zu verwirklichen. Glück zu finden.

Welche dieser Ziele jeweils schwerpunktmäßig angestrebt werden, ob es, wie in den Phasen der Jugendzentrumsbewegung der Kampf gegen Bürokratie und bürgerliche Umwelt oder in der gegenwärtigen "Alternativszene" die Entwicklung einer eigenständigen, unabhängigen "Gegenkultur" ist, dies hängt auch sehr stark von zeitgeschichtlichen Entwicklungen, Strömungen, aber auch von Moden ab.

Die folgenden Papiere markieren wichtige Phasen in der Diskussion um Ziele und Konzepte :

1) 1973 wurde dem Kulturausschuß des Stadtrates ein erstes Konzept für den "Probelauf des Kommunikationszentrum" vorgelegt. Dieses Papier war von einem Team von Kunsterziehern erarbeitet worden. Diese 4 Pädagogen arbeiteten damals bereit alle "außerhalb der Schule", im Kunstpädagogischen Zentrum und im sog. Aktionsraum (der zu dieser Zeit bereits im Künstlerhaus untergebracht war und an den Schulen und freie Gruppen Angebote spielerischen und sozialen Lernens und im Gebrauch technischer Medien machte.)
In dem Papier wird deutlich, daß die Konzeption im Kern von kulturellen Aktivitäten bestimmt war, daß sie aber im Sinn der damaligen kulturpolitischen Entwicklung die Öffnung der "elitären Kultur" verlangte, die Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Adressaten forderte, soziale Dimensionen einbezog und somit den Weg zu einer "Sozio- Kultur" einschlug. Weißes Papier.

2) 1974 "Vorschlag einer Zielbestimmung"oder auch "PAK-Papier", ausgearbeitet von dem damaligen Politischen Arbeitskreis (PAK), der die Inhalte und Forderungen der Jugendzentrumsbewegung in das bis dahin eher kulturbestimmte KOMM einbrachte. Dieses Papier, das den "Kampf um Selbstverwaltung" belegt, wurde niemals richtig verabschiedet, schwebt aber bis heute "im Raum" der Selbstverwaltung. Blaue Blätter.

KONZEPTE und ZIELE

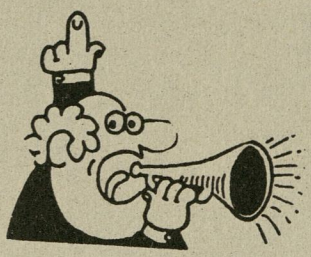
3) 1976 wurde wiederum für den Kulturausschuß des Stadrates eine Bestandsaufnahme erarbeitet, die gleichzeitig den Verbleib des "selbstverwalteten KOMM" im Künstlerhaus sichern, den späteren Umzug des "Jugendzenttrums für politische Bildung" ins KOMM beschlußmäßig vorbereiten und die personelle und finanzielle Situation im KOMM verbessern sollte.

4) Einige Artikel aus der KOMM-Zeitung setzen sich erneut mit der Notwendigkeit von Selbstverwaltung auseinander.

5) Den Schluß diesen Teils bildet das Krisenpapier von Wolfgang, Atze, Hannes, Sabine, welches unter dem Titel "Das Faß ist übergelaufen" verbreitet wurde.

konzept

Dieses Konzept wurde zur Billigung des Probelaufs "Kommunikationszentrum Juli 1973" dem Stadtrat vorgelegt.



KOMMUNIKATIONSZENTRUM IM KÜNSTLERHAUS

Zur städtischen (urbanen) Kulturpolitik sollte es gehören, neben den "klassischen" Kultureinrichtungen auch solche zur Verfügung zu stellen, die eine stärker informelle, experimentelle, interdisziplinäre Arbeit ermöglichen, bzw. dazu anregen. Im besonderen fordert man Kommunikationszentren, die weniger durchgeplant, weniger auf Rezeption angelegt sind, sondern vielmehr "Anlässe" für Sozialisation und Kreativität bieten.

Nach den bisherigen Erfahrungen eignet sich das Künstlerhaus sehr gut für solche Zwekke; es hat eine flexible Raumstruktur, ist zudem als "altes" und "nicht programmiertes" Gebäude leichter für die jeweiligen Zwecke umzufunktionieren. Bis ein Neubau entsteht, wäre eine entsprechende Nutzung, die gerade auch Erfahrungen für das Raummuster eines Neubaus erbringen könnte, anzustreben.

Das vorliegende Konzept informiert über die Zielsetzung eines solchen Kommunikationszentrums und umreißt ein anstrebenswertes, mögliches Idealkonzept.

A. Planung

Die PLanung der ersten vorbereitenden Phase wurde von einem Team aus Mitgliedern des Aktionsraumes und des Kunstpädagogischen Zentrums geleistet (Astrid Jakob, Horst Henschel, Norbert Pfeiffer, Michael Popp). Unterdessen sind folgende Institutionen an der Planung beteiligt:

das Bildungszentrum, das Jugendzentrum, die Städtischen Bühnen, die Stadtbibliothek, die Kunsthalle, das Institut für moderne Kunst, der Bayerische Rundfunk sowie der Kinderladen Koberger Platz (im Verein für Kinderpädagogik e.V.).

Die Vorschläge dieser Institutionen für eine Beteiligung am Kommunikationszentrum sind in diesem Konzept insoweit berücksichtigt, als sie der Zielbestimmung und den organisatorischen Möglichkeiten entsprechen. Die Verwirklichung des Modells setzt prinzipiell die Bereitschaft der beteiligten Institutionen voraus, die vorgeschlagenen Angebote selbst zu tragen.

Entsprechend der zu fordernden "Offenheit" des Projekts muß zwischen einer lockeren Struktur von "Angeboten" genügend "Spielraum" und Platz für Eigeninitiative gesichert sein . Entsprechende Offenheit und Kooperation muß konsequent schon in der Phase der Planung verwirklicht werden. Neben den aufgezählten etablierten Institutionen sollten alle Gruppen, soweit sie sich dafür interessieren, an der Planung beteiligt werden, z.B. die Nürnberger Filmfabrik, der Künstlerstammtisch, ein Team Sozialarbeit mit Lehrlingen, die deutsch -amerikanische Jugendkontaktorganisation, Interessengruppe - Therapie für Drogensüchtige, Spielberatung. Hierzu käme für eine spätere gelegentliche Zusammenarbeit: das Freizeitzentrum Erlangen. Zu einigen Gruppen wurde ein Kontakt bereits hergestellt.

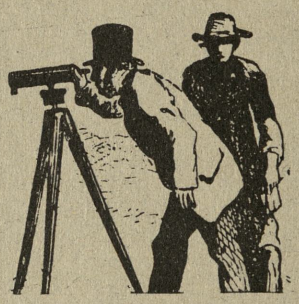
Vorbilder des Kommmunikationszentrum sind:

- Die Fabrik in Hamburg, ein altes Fabrikgebäude, das in Privatinitiative eingerichtet und betrieben wird. Dort werden Musik-, Film- und Theaterveranstaltungen durchgeführt. laufen Malkurse und ein Kinderladen, sind eine Imbißecke und eine Teestube eingerichtet.

- Freizeitzentren in den USA, in Kanada, in Schweden und Holland (Amsterdam)

In vielen kommunalen Einrichtungen (Freizeitheimen, z.B. Frankfurt) und in den Jugendhäusern christlicher Verbände versucht man, mit Teilangeboten "Leben" in die Häuser zu bringen. Vielfach scheitern diese Bemühungen, weil durch den Konsum- bzw. Leistungscharakter der Angebote die Passivität der Benutzer nicht überwunden werden kann. Damit diese umschlägt in Aktivität, Eigeninitiative und den Austausch von Meinungen, also in Kommunikation, bedarf es unter anderem einer Konzentration breitgefächerter Angebote. Diese Konzentration wird mit der Verschiedenartigkeit der Angebote, wie sie im folgenden dargestellt wird, angestrebt.

B. Zielbestimmung



Die Einrichtung sollte in ihrem Angebot vorrangig auf die Interessen Jugendlicher zielen, sollte aber schwerpunktartig auch die Interessen von Erwachsenengruppen und von gesellschaftlichen Randgruppen, z.B. Gastarbeitern und alten Menschen berücksichtigen. Es geht darum, Angebote zur Gestaltung "freier Zeit" zu konzipieren.

- Konsumveranstaltungen wie Musik und Film, die den Erwartungshaltungen Jugendlicher am ehesten entsprechen, werden im Angebot sicher einen breiten Raum einnehmen. Darüber hinaus muß das Interesse nach Information (im kulturellen und politischen Bereich) abgedeckt werden.

- Gleichzeitig muß immer die aktive Betätigung der Besucher angestrebt und Gruppenbildung angeregt werden, z.B. Arbeit in Werkstätten, Diskussionen nach Konsumangeboten. In diesem Bereich liegt die Hauptverantwortung des pädagogischen Personals.

- in einer dritten Zielebene sollten Einzelpersonen und Gruppen angeregt und befähigt werden, ihrem Interesse und Bedürfnis gemäß eigene Arbeitsvorhaben zu entwickeln und auszuführen. Dieser Zielbereich entspricht am ehehsten der emanzipatorischen Absicht des Projekts.

Die Angebote des Kommunikationszentrums sollten also vor allem

- durch gezielte Anlässe die Bildung autonomer Gruppen fördern,

- diesen Gruppen Möglichkeiten bereitstellen, eigene Projekte durchzuführen;

- schon vorhandenen Gruppen Gelegenheit geben, sich darzustellen und mit anderen in Kommunikation zu treten.

Ferner soll

- die Verflechtung kultureller und politischer Fragestellungen angestrebt werden,

- durch die Zusammenarbeit etablierter Institutionen (im informellen, interdisziplinären Rahmen) die Reflexion über Mittel und Methoden bisheriger Arbeit ausgelöst werden.

- und Erfahrungen aus den Kommunikationszentrum an die eigene Institution rückgekoppelt werden.

Als Folge davon könnten sich die bessere Koordinierung der Arbeitsvorhaben, eine Differenzierung der Interessen und eine Minimierung des finanziellen und organisatorischen Aufwands ergeben.

C Angebot - inhaltliche und räumliche Struktur

1. Informations- und Kommunikationszone

a) Cafeteria
b) Selbstbedienungsautomaten
c) Zeitungstheke
d) Offene Bibliothek
e) Hör- und Sehtheke
f) Wandzeitung
g) Informationsstände

2. Spiel- und Aktionsräume
a) Spiel- und Aktionsräume
b) Werkstätten
c) Medienlager

3. Unterhaltungsveranstaltungen

a) Musik
b) Tanz
c) Film- kommunales Kino
d) Theater
e) Bildungsveranstaltungen
f) Intermediale Veranstaltungen
g) Variabler Ausstellungsbereich
h) Lernräume
i) Leer- und Freiräume
k) Kinderzentrum
l) Erlebnissituation
m) Organisationszentrum- Verwaltungsbereich

1. Informations- und Kommunikationszone, die durch die Konsumangebote einer eingelagerten Cafeteria zum informellen Treffpunkt, zum Ort des Gesprächs in einem zwangslosen Rahmen wird.

a) Cafeteria - Biertheke, Teestube - zur Selbstbedienung

Angebot preiswerter Spezialitäten (geringer Arbeitsaufwand ist Voraussetzung - in der Teestube der Hamburger "Fabrik" werden 20 Teesorten angeboten. Genuß der Wahl). Verschiedene Biersorten, auch englisches Bier, Toats, Hamburger usw. Betreuung und Teilverantwortung durch Studenten bzw. Schülern. Evtl. würde eine Kneipe wie die "Meisengeige" die Betreuung dieses Bereiches übernehmen. Nutzung auch durch verschiedene "Jour-Fix"- Veranstaltungen (Künstlerstammtisch, Schülergruppen, Schülermitverwaltungen usw.). In den Zeiten, in denen die Cafeteria mangels intensiver Nutzung nicht betrieben werden kann, sollte die Versorgung (Getränke und Snacks) durch

b) Selbstbedienung gewährleistet sein.

Der eigentliche Informationsbereich erstreckt sich auf eine Zone ineinanderfließender Räume. Die Struktur ist einer Schalterhalle einer Bank vergleichbar. Der Benutzer wählt sich nach Wunsch an Schaltern oder Ständen die Information und Konsumangebote. Das Informationsangebot muß sich attraktiv darstellen: über lustige große Texte, über Videobänder, über Fotos oder Plakate, die die Neugierde der unentschlossenen Besucher wecken. Die Tätigkeiten der Besucher reichen vom flüchtigen überfliegen einer Tageszeitung bis zur gezielten Betrachtung einer gespeicherten Fernsehsendung. Die Öffentlichkeit, in der viele Angebote nebeneinander erfolgen, und der Einsatz des Fachpersonals sollen die Kontakte der Benutzer untereinander fördern. Die Formen der Einwegkommunikation sollen fortwährend in Formen wechselseitiger Information übergeführt werden. Die folgenden Angebotsschwierigkeiten ergänzen sich sinnvoll:

c) Zeitungstheke

Hier hängen verschiedene Tageszeitungen und Wochenzeitschriften an einem Ständer (ähnlich alten Cafe's) oder von einer eingezogenen Decke herab, Fachzeitschriften (Kunst, Literatur, Pädagogik usw.) liegen offen in Regalen auf.

d) Offene Bibliothek

Eine Präsenzbibliothek enthält alle wichtigen Neuerscheinungen einiger ausgewählter Inhaltsbereiche, die im Zusammenhang der Aktivitäten des Hauses interessieren. Das "Anschmökern" der Bücher sollte durch eine unbürokratische Form der Selbstbedienung möglich sein. Ziel sollte eine Atmosphäre sein, wie sie in der "Bücherkiste" und bei "Montanus" gegeben ist: Lesen, Musik hören, Diskutieren - ohne Kaufzwang. Nachschlagewerke, Wörterbücher, vor allem in den Sprachen der Gastarbeiter, Kinderbücher.Literatur über Kunst, Massenmedien, Städtebau, Humanwissenschaften, Politik, u.a. Zu den einzelnen Fachbereichen sollten "Literaturlisten" gratis ausgegeben werden. Eine Fachkraft sollte den Benutzern vor allem beratend beim Suchen geeigneter Literatur behilflich sein. Die Zusage der Stadtbibliothek, diesen Schwerpunkt - zeitweise - zu organisieren, liegt vor (aktive Information) !

e) Hör und Sehtheke, Discothek - Videothek

In der Discothek - Hörtheke können über Kopfhörer Schallplatten gehört werden. Die Schallplatten werden von großen Firmen gratis zur Verfügung gestellt, können aber auch von den Besuchern mitgebracht werden (Tauschkontakte). Das Auflegen der Platten wird von einem Betreuer in der Mitte einer ringförmigen Bar oder Theke besorgt. Von hier aus bestehen auch Kabelverbindungen in benachbarte Räume. Dies ermöglicht gemeinsam Hören von Musik für Gruppen. Das Angebot ist heterogen und erstreckt sich auf alle Arten der Musik und des Hörspiels.

Die Videothek - sie wird von den Betreuern der Discothek mitversorgt - besteht aus Fernsehwiedergabegeräten, die in der Theke untergebracht und über Anschlußkabel mit Monitoren verbunden sind. Die Monitoren sind in Nischen innerhalb der Informationszone oder in benachbarten Räumen untergebracht. Einige Bänder werden permanent abgespielt, andere können auf Wunsch für Einzelpersonen oder Gruppen aufgelegt werden (Modell - Documenta Kassel), wieder andere bei Bedarf kurzfristig hergestellt werden. Die Bänder beinhalten:
- gespeicherte Fernsehsendungen aus dem Kultur- und dem Erziehungsbereich, aus Politik Tagesgeschehen und Sport,
- Informationen über Angebote des Hauses selbst, - interne Info- (Kinderladen, Aktionsraum, Theaterproben usw.),
- Information über kulturelle Angebote und kommunalpolitische Vorgänge innerhalb der Stadt - externe Info - (Ausstellungseröffnungen, Galerieberichte, Theaterberichte, Stadtratssitzungen, städtebauliche Vorhaben),
- Information über Freizeitgestaltung, Fortbildung, Berufsbilder usw.

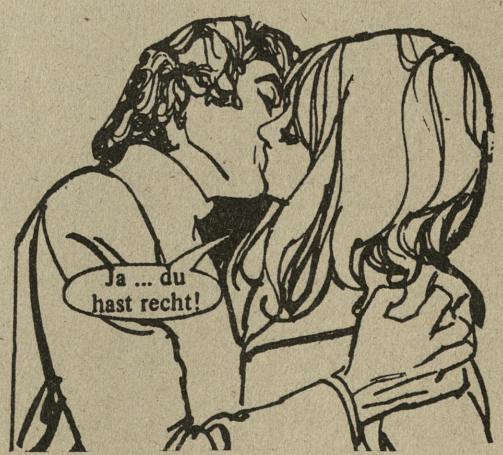
f) Wandzeitung

Eine große Wandzeitung nimmt laufend alle wichtigen Ereignisse auf. Ein regionaler und ein überregionaler "Veranstaltungskalender" wird analog auf dem aktuellen Stand gehalten (Institut für moderne Kunst). "Plakate" werben für aktuelle Veranstaltungen, Zeitungskritiken und informative Artikel regen zur Diskussion an. Text- und Fotodokumentationen über zeitgemäße Themen zum Denken und Handeln an (Jugendzentrum). Über spontane Einträge werden Kontroversen ausgetragen. Information über Bürgerinitiativen - Selbstdarstellung wird gegeben. An einer "Börse" werden Mitfahrgelegenheiten vermittelt, An- und Verkaufsgesuche und Tauschvorschläge angeschlagen. An einer gesonderten Stelle erfolgen Informationen über Wirkungsweise von und Umgang mit Behörden.

g) Informationsstände

An diesen Ständen können einzelne Institute und Einrichtungen, Organisationen, Verbände usw. zu vereinbarten festen Terminen informieren und für ihre Arbeit werben z.B.:

- Berufsberatung
- Wohnberatung
- Drogenberatung
-Jugendaustausch u.a.



2. Spiel- und Aktionsräume

Bei der Aufgabe, den Besuchern aus ihrer passiven Haltung zu helfen, sie zur Eigeninitiative und Aktivität zu motivieren, kommt dem Aktionsraum eine zentrale Bedeutung zu.

Die ständige Arbeit einzelner Gruppen in ihm vermittel sich aktiv nach außen. Auf diese Weise werden andere Besucher interessiert und motiviert. Die bisherige Arbeit im Aktionsraum hat unter diesem Aspekt ausreichend Erfahrung ermöglicht. In einem komplexen Kommunikationszentrum wird die Arbeit des Aktionsraumes nach 3 Schwerpunkten differenziert werden:

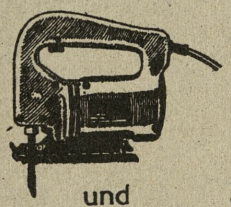
a) Spiel - und Aktionsräume

Sie ermöglichen spontane Spielaktionen, Verhaltensübungen, Filminszenierungen, Hörspielinszenierungen, Klangexperimente u.a.

b) Werkstätten

In einer Raumflucht (Keller) liegen eine Reihe verschiedener Werkstätten. Da sie jedermann zugänglich sind, kann man sich anschaulich über die hier stattfindenden Kurse und die im Rahmen des Aktionsraumes initiierten Arbeitsprojekte freier Gruppen informieren und selbst motiviert werden. Die bisher vorhandenen, gut funktionierenden Werkstätten für Siebdruck und Fototechnik (Labor) sind um folgende Werkstätten zu ergänzen:

- Filmschneideraum (Bildungszentrum)
- Tonstudio - für informelle Musikproduktion und "workshop wort" (Bildungszentrum)
- Keramikwerkstätte
- Bastelraum (durch Firmen gratis einzurichten)
- Werkhof - zur Arbeit im Freien, an Großprojekten



Die Betreuung der Werkstätten erfolgt durch die:

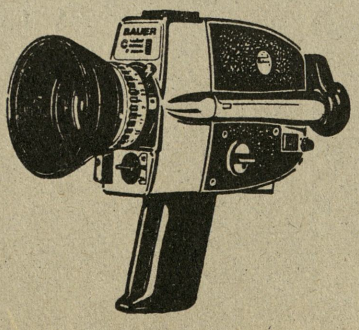
- Mitarbeiter des Aktionsraumes
- Mitarbeiter des Bildungszentrums und Jugendzentrums (Mal-Film-Fotos-Keramikkurse)
- Sozialarbeiter und Praktikanten

c) Medienlager

Hier können technische Geräte gegen Hinterlegung eines Pfandes zur Arbeit innerhalb des Hauses entliehen werden:

- zur Produktion (Super 8 Kameras, Fotoapparate, Videogeräte)
- zur Rezeption (Dia- und Filmbetrachtungsgeräte, Videorecorder)

In einem eigenen Spielbereich stehen traditionelle Spielangebote zur Verfügung: Tischtennis, Billiard, Kicker, Schach, Brettspiele usw.



3) Unterhaltungsveranstaltungen

Im Folgendem werden schwerpunktartig Unterhaltungsveranstaltungen dargestellt. Zu ihrer Durchführung eignen sich mehrere - nicht exakt deffinierte Räume, die abwechselnd von verschiedenen Veranstaltern für ihre jeweiligen Zwecke benutzt werden können.

a) Musik

Wie schon in der Hamburger Fabrik sollten die musikalischen Veranstaltungen sehr breiten Raum einnehmen. Über dieses Angebot werden die meisten Jugendlichen erreicht und später auch für andere Ziele geworben. Das Angebot sollte alle Bereiche der Musik umfassen: Popmusik, Jazz, Folklore (Gastarbeitersingen), Blues, Protestsong, Kabarett, Kammerkonzerte, moderne E- Musik. Das jazzstudio nürnberg e.V. hat sein Interesse geäußert und zugesagt, größere Veranstaltungen (in der Art von Jazz- Ost- West) und wöchentliche Aufführungen in Ausdehnung des bisherigen Programms zu bestreiten.

b) Tanz

Tanzveranstaltungen sind ebenfalls in diesem Bereich anzusiedeln

c) Film und Kommunales Kino

Da in der Veränderung kultureller Konsumgewohnheiten "Kino" immer mehr zu einem Bedürfnis von Minderheiten wird, fordert man zunehmend auch die Einrichtung "kommunaler Kinos". Die Bespielung eines gesonderten "Hauses" ließe sich umgehen, wenn das Bedürfnis nach kulturell anspruchsvollen Filmen, die dem kommerziellen Wettbewerb privater Kinos nicht standhalten, im Rahmen des Kommunikationszentrums abgedeckt würde. Das Angebot schließt Spielfilme, Kurzfilme, Amateur- und Schülerfilme und die Fime von Film- Cooperativen ein.

Zum spezifischen Charakter des kommunalen Kinos gehören:

Diskussionen, Film-Zyklen, Porträts von Schauspielern und Regisseuren, Filmprogramme anderer Länder, Meisterwerke der Filmgeschichte. Das Bildungszentrum hat angeboten, seine bisherigen Filmaktivitäten "Die Filmbühne" und die "Kurzfilmkassette" einzubringen. Ferner besteht bei der "Meisengeige" die Bereitschaft, für befristete Zeit die Gestaltung eines Filmprogramms zu übernehmen.

d) Theater - Dramaturgie, Musiktheater und Ballet

Im Sinne der Zielbestimmung des Projekts sind von seiten des Theaters die Anteile einzubringen die geeignet sind,

- durch ihren Werkstattcharakter Einsicht in das "Machen" von Theater zu ermöglichen
- das Mitspiel der Betrachter anzuregen und die
- wegen ihres experimentellen Charakters in die anderen Häusern nicht untergebracht werden können.

Zu diesem Zweck ist die Einrichtung einer mobilen Probebühne vorgesehen. Die müßte allen Gruppen (also nicht nur dem Theater) zugänglich sein. Die Städtischen Bühnen sind interessiert und bereit

- offene Probesituationen einzurichten und nach Zustimmung der Beteiligten Mitschnitte zu ermöglichen
- Autorenlesungen zu veranstalten
- Gespräche der Besucher mit den Schauspielern zu veranlassen.

In diesem Rahmen ließen sich auch die "Theatergespräche" des Bildungszentrums unterbringen. Ferner könnte hier ein progressives Kindertheater entstehen (mit Kindern, für Kinder, über deren aktuelle Probleme, mit handlungsorientierten Konflicktlösungsvorschlägen). Neben der ständigen Arbeit der Städtischen Bühnen ist die lockere Zusammenarbeit mit folgenden Einrichtungen und Gruppen anzustreben:

- Studentenbühne Erlangen
- Schultheatergruppen
- Südstadttheater (Bloome)

e) Bildungsveranstaltungen - Vorträge und Seminare

Bildungsveranstaltungen in der Art des "Dybernetkon" könnten hier mit geringem finanziellen Aufwand durchgeführt werden, da die Technik vorhanden und die Organisation eingespielt ist. Politische Seminare (in der Art der Veranstaltungen des Jugendzentrums) und Vortragsveranstaltungen (nach Art der Gemeinschaftsveranstaltungen) des Kunstpädagogischen Zentrums und Pädagogischen Instituts ("Diskussionsforum Kunstunterricht")

f) Intermediale Veranstaltungen

Über das Institut für moderne Kunst wurden bisher eine Reihe von Veranstaltungen - im Verbund mit auswärtigen Instituten - angeboten, die in Form eines "Karusells" in mehreren deutschen Städten durchgeführt werden konnten. Mangels geeigneter Räume mußten diese Angebote bisher abgelehnt werden.

g) Variabler Ausstellungsbereich

In einer Folge verschieden großer Räume sollte ständig ein Angebot kleiner überschaubarer Ausstellungen, die rasch wechseln, erfolgen. Diese Ausstellungen sollten:

- informellen, improvisatorischen Charakter tragen,
- aktuelle Probleme aufgreifen, u.U. die thematischen Schwerpunkte des Kommunikationszentrums visualisieren,
- den enggestreckten Rahmen rein künstlerisch zugunsten evident gesellschaftlicher Problemstellungen aufgeben,
- didaktisch aufgebaut sein und die Mitarbeit der Betrachter fördern.

Vorab sind die folgenden unterschiedlichen Schwerpunkte denkbar:

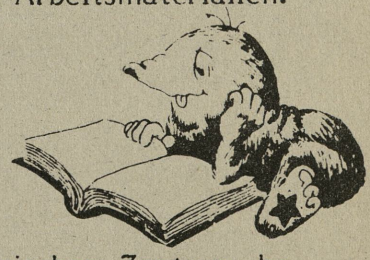
- einzelne Künstler
- bestimmte Themen zur bildenden Kunst (z.B. concept art, Aktionen, künstlerische Kalender)
- Einrichtungen (Akademie, Gobelinmanufaktur u.a.)
- Informationsausstellungen über Angebote von Nürnberger Privatgalerien.

Kleine Ausstellungen von Einzelpersonen und Gruppen: Siebdruck, Fotos, Gedichte, Konzepte. Eine wechselnde Auswahl von Grafik und Objekten aus dem Besitz der städtischen Kunstsammlungen. Plakatausstellungen - politische Plakate, Plakate der Kunsthalle. Die Kleingalerie des Kunstpädagogischen Zentrums. Spielzeugausstellungen.

h) Lernräume

Mehrere kleine Räume sind für die Bedürfnisse des Unterrichts einer Schulklasse oder einer Gruppe als Lernräume eingerichtet, d.h. hier sind ständig Informationen zu einem exakt begrenztem Thema gegeben, z.B. Fotos, Bilder, Texte, Arbeitsmaterialien.

Themen könnten sein:



- Interaction of Colour - eine Farbwahrnehmungslehre,
- einige Kleingalerien des Kunstpädagogischen Zentrums,
- u.a. "Werbung", das "politische Plakat" u.ä.,
- die Fotos des Symposion Urbanum - mit erläuternden Texten,
- Fernsehen - aus den Restbeständen des Kybernetikon.

Dieser Bereich würde von Museumspädagogen des Kunstpädagogischen Zentrum betreut werden.

i) Leer- und Freiräume

Zwischen den zweckbestimmten Räumen liegen - als ein sehr wichtiger Bestandteil des Kommunikationszentrum - etliche Räume, die nicht auf einen vorab definierten Zweck aus - und eingerichtet sind. Diese Räume dienen Gruppen und Einzelpersonen

- zum Gespräch
- zur praktischen Arbeit (Literaturarbeitskreis, Filmbetrachtung, Selbsterfahrung)
- als Ausstellungsraum
- als Ruheraum

Zusätzlich gibt es zweckbestimmte Räume mit Freiraumanteilen: Ausstellungsräume können beispielsweise vorübergehend zu Gesprächs- bzw. Musikräumen umfunktioniert werden. Nutzung dieser Räume durch Jugendgruppen, Arbeitskreise des Jugendzentrums, Schülermitverwaltungen, Filmgruppen, Meditationsgruppen.

Eine "Spielzone" enthält attraktive Spielangebote wie Schaumstoffflächen, Plastikrohre, Kletterspiele, Klettergerüst, (nach Art der Spielzone im Moderna Musset Stockholm)

k) Kinderzentrum

Dieses Zentrum schließt ein:

- Die Betreuung fremder Kinder (u.a. Wickelplatz)
- Modell eines repressionsarmen Kinderladens
- Elterninformation, Kontaktvermittlung

In einem Teilbereich werden Kinder solcher Eltern betreut,

- die das Kommunikationszentrum besuchen,
- die für einen Einkauf in der Innenstadt vorübergehend von ihren Kindern entlastet sein wollen.

Erstrebenswert ist eine über das Jugendamt betreute und finanzierte Fachkraft.Zusätzlich ist für Innenstadtbesucher mit Kleinkindern ein Wickelplatz eingerichtet.

Der "Kinderladen" (ca. 15 Kinder) wird tagsüber von den Bezugspersonen des heutigen "Kinderladen Kobergerplatz" betrieben. 2 x wöchentlich finden Elternabende statt. Dieser Kinderladen im Kommunikationszentrum wird Modellcharakter erhalten, da innerhalb des gleichen Hauses der Zugang zu den Aktionsräumen besteht. Hier ergibt sich

- ein ideales Mal- und Spielangebot
- die Möglichkeit zu praktischer Arbeit mit Medien (z.B. Fernsehen, gemeinsames Betrachten von gespeicherten Kindersendungen, Einsatz der Videoaufzeichnung im Rollenspiel).
- Durch die räumliche Nähe zum Theater bieten sich Formen der Zusammenarbeit an: Kindertheater, Mitspielsituationen.
- Hier können öffentliche Tauschmärkte für Spielzeug eingerichtet werden.

Die "Elterninformation" wird tagsüber durch die Bezugspersonen gegeben, abends über Elternvertretungen. Sie vollzieht sich mittels

- persönliche Kontakte
- Informationsdrucksachen, die die Probleme der Einrichtung und des Betriebs von Kinderläden darstellen und Hilfestellungen geben, zusätzlich einschägige Fachliteratur,
- Kinderbüchermusterschau,
- Spielmaterial, das zur Erprobung und Information verfügbar ist (Spielzeugmuseum),
- Videobänder, die über die Arbeit von Kinderläden anschaulich berichten, über freie Spielangebote, über das Verhältnis Kind - Umwelt.

Über die Elterninformation soll interessierten Eltern mittels einer "Partnerkartei" bei der Konstituierung von Kinderläden geholfen werden.

l) Erlebnissituation

Einige wahrnehmungsintensive Erlebnissituationen, die die Wahrnehmungsbereitschaft des Besuchers fördern und die eine zusätzliche Identifikation mit der Einrichtung bewirken, sollten das Angebot des Kommunikationszentrum abrunden. (Der Schnurvorhang von Soto in der ersten Biennale Nürnberg war dafür ein Beispiel).

Vorschläge zu solchen Situationen

- die erwähnte Spielzone im Kinderzentrum würde diese Funktion bereits erfüllen,
- ein "Farbraum" - der Betrachter geht durch ein Labyrinth konstrastiereneder intensiver Farbflächen,
- "Klangwald" - beim Durchschreiten des Klangwaldes werden akustische Impulse ausgelöst, entweder durch Klangkörper (Glocken, Gongs, Geräuscherzeuger), die an langen Stangen pendeln, oder durch die eigenen - über Lautsprecher verstärkten Geh- und Sprechgeräusche.

m) Organisationszentrum - Verwaltungsbereich

Zur Planung und Koordinierung aller Aktivitäten und Konsumangebote ist die improvisierte Einrichtung eines Büros notwendig (Telefonanschluß, zentrale Lautsprecheranlage, Vervielfältiger, Schlüsselzentrale). Arbeitsplätze für eine Sekretärin, einen Koordinator, Treffpunkt für die Mitglieder des Koordinierungsteams. Alle technischen Einrichtigungsgegenstände sind Anschaffungen, die auch nach der befristeten Nutzung des Künstlerhauses Verwendung finden, also Investitionen mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit.

D. Organisationsstruktur - Verwaltung

Das Modell geht davon aus, daß die beteiligten Institutionen ihre Initiativen mitverantwortlich tragen und ihre Angebote selbstverantwortlich durchführen. Dennoch ist es erforderlich, zur Wahrnehmung des informellen Charakters des Kommunikationszentrums eine verläßliche personelle Struktur zur Grundlage aller Improvisation zu machen. Benötigt werden:

1. Ständige Dienstkräfte

   1 Hausmeister, verantwortlich für Betrieb und Wartung des Hauses sowie für technische Fragen (BAT VIII/VII)
   1 Sekretärin, mitverantwortlich für den Betriebsablauf (BAT VIII/VII)
   1 Team von leitenden Organisatoren, die die hauptsächlich und kontinuierlich am Kommunikationszentrum beteiligten Institutionen vertreten (Teildeligation). Die Mitglieder haben die Aufgabe, einen tragenden Raster von Angeboten zu programmieren und Öffentlichkeitsarbeit zu besorgen

   - Diese Team wird moderiert und koordiniert von einem leitend verantwortlichen Moderator (BAT IV a). Seine Aufgabe sind gegenseitige Information aller Beteiligten, die Organisation der Raumnutzung, Verantwortung für den Gesamtablauf und - im Benehmen mit dem Team - Verantwortung für den Haushalt.

2. Weitere Mitarbeiter (Arbeitsverträge mit Teilzeitbeschäftigung) sind erforderlich für die

   - Hör- und Sehtheke
   - Spiel- und Aktionsräume
   - teilweise für Werkstätten (Siebdruck, Foto)
   - Kinderzentrum

3. Die Bibliothek, die Informationsstände, der Bastelraum sollten wie alle weiteren Aktivitäten von den jeweils Beteiligten versorgt werden.

4. Die gelegentlichen Veranstaltungen in den Freiräumen werden zusätzlich von freiwilligen Mitarbeitern betreut (Pädagogen, Psychologen, Sozialarbeiter, Jugendarbeiter, Praktikanten von den Fachoberschulen, Fachhochschule für Sozialpädagogik, Schüler der soz. Gymnasien, Seelsorger, Studenten, Lehrlinge).

5. Der Betrieb von der Cafeteria sollte möglichst von eoinem Gastronom übernommen werden.

VORSCHLAG EINER ZIELBESTIMMUNG

ausgearbeitet vom politischen Arbeitskreis (PAK)

Der PAK konstituierte sich an einem Wochenendtreffen Ende Sept. 73 als spontane Intressengruppierung. An dem Wochenende wurde der Versuch der theoretischen Grundlegung für die Fortführung des Kommunikationszentrum unternommen.

VORBEMERKUNG

Warum ein KOMM in Selbstverwaltung?

Diese Gesellschaftsordnung, die eine kapitalistische ist, teilt unser Leben in zwei Bereiche.

- Arbeit und Lernen
- Freizeit

Die Arbeit, Existenzbedingung für jeden Lohnabhängigen, wird in keinster Weise von denen bestimmt, die sie leisten. Wie gearbeitet wird und was gearbeitet wird bestimmen allein jene, die ihren Profit aus der Arbeit ziehen. Die Tätigkeiten sind in einer Weise spezialisiert, die es niemand ermöglicht, sich in seinem Produkt zu erkennen und zu verwirklichen.

Den Gewinn aus dem Verkauf der hergestellten Produkte erhalten nicht jene, die sie mit ihrer Arbeitskraft hergestellt haben, sondern diejenigen, die über Fabriken, Maschinen und den gesamten Verwaltungsapparat verfügen. Wir wissen, daß 15% aller Produktionsmittel in den Händen von 2% der Bevölkerung liegen, und daß dieser Anteil sogar rückläufig ist. Die Eigentümer dieser Produktionsmittel bestimmen weitgehend heute noch über unsere Arbeitsbedingungen.

In der Schule ist das oberste Ziel, den Schülern Fähigkeiten zu vermitteln, die sie später als Arbeitskräfte der Industrie brauchbar machen. Wie und was gelernt wird richtet sich nach diesem Ziel.

An den weiterführenden Schulen wird ein Elitebewußtsein vermittelt, das einen scheinbaren Gegensatz zwischen Arbeitern und Schülern hervorruft. Jedoch sichern Strafen und Leistungsdruck durch Noten, usw.- nachdem sie jeden natürlichen Willen zu lernen zerstört haben - die Ablehnung von Fähigkeiten und Lerninhalte, die eine reibungslose Eingliederung in den Produktionsprozeß gewährleisten. Sind diese Fähigkeiten durch den Schulabschluß bestätigt, dann ist der Schüler keineswegs von Zwängen befreit. Die Zwänge der Schule werden nur ersetzt durch die Zwänge der Arbeit.

Die hierarische Ordnung am Arbeitsplatz und die der Schule setzt sich zu Hause fort. Auf diese Weise werden Jugendliche an die Ordnungsprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft gewöhnt. Sowohl für Lehrlinge als auch für Schüler ist es wegen finanzieller und rechtlicher Gründe kaum möglich sich aus den vielschichtigen Zwängen der Familie zu befreien.

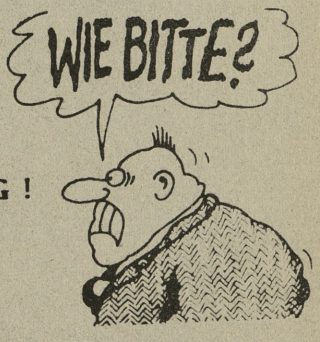
DIE FREIZEIT

Discotheken- und Kneipenbesitzer, die gesamte Freizeitindustrie, setzt uns ein Angebot vor, das sich nur soweit nach unseren Bedürfnis richtet, als es ihnen möglichst viel Geld einbringt. Niemals können wir selbst bestimmen, sondern müssen aus einen vorgegeben Angebot auswählen und teuer dafür bezahlen. Die Freizeitmacher lassen uns nicht zum Nachdenken über unsere Situation kommen, sondern versuchen durch ihr Freizeitkonsumangebot von unseren konkreten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen abzulenken. Unter dem Vorwand uns wohlverdiente Entspannung zu liefern, machen sie uns fit für den nächsten Tag, der wieder in einen wohlverdienten Feierabend enden wird.

Das nützt doch demjenigen, der in der Fabrik arbeiten läßt, der die von uns produzierten Waren an sich nimmt, um diese dann auf dem Markt an uns zu verkaufen. Wir begegnen also in der Freizeit demjenigen wieder, der den Lohn bezahlt und den Freizeitbereich genauso beherrscht, wie die Verhältnisse in der Fabrik.

Diese vielen Widersprüche im Arbeits- und Freizeitbereich, die sich in der kapitalitischen Gesellschaft zeigen, lassen sich auf einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Klasse der Produktionsmittelbesitzer und der Klasse der Lohnabhängigen aufzeigen. Jeder von uns, ob Arbeiter, Lehrling, Schüler oder Student ist früher oder später gezwungen seine Arbeitskraft an den Unternehmer zu verkaufen. Mit unserer Arbeitskraft stellen wir die Waren her, die den Reichtum der Gesellschaft bilden. Mit einem Teil aus dem Verkaufserlös der Waren bezahlt der Unternehmer unsere Arbeitskraft, den Rest eignet er sich als Profit an. Deshalb ist es im Interees des Lohnabhängigen, möglichst viel Lohn für seine Arbeitskraft zu bekommen, während es im Interesse des Kapitalisten liegt, die Lohnkosten so niedrig wie möglich zu halten, um möglichst viel Profit zu machen. Aufgrund dieser Einsicht und aufgrund dieser Tatsache, daß wohl kaum einer von uns zur Klasse der Kapitalisten gehört (wer von uns besitzt schon Fabriken, Maschinen usw.) muß es unsere Aufgabe sein, uns mit der Arbeiterklasse zu solidarisieren und innerhalb des KOMM's eine Politik zu verfolgen, die sich in die Kämpfe der Arbeiterklasse um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen praktisch und theoretisch einreiht. Ziel dieses Kampfes ist, den Grundwiderspruch letztentgültig aufzulösen, d.h. die in der kapitalistischen Gesellschaft im Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel zu Vergesellschaften, damit alle Werktätigen über Herstellung und Verteilung der Produkte und somit auch über ihre Lebensbedingungen selbst bestimmen.

Deshalb fordern wir ein KOMM, in dem wir wenigstens heute schon unsere Freizeit weitgehend selbst bestimmen und organisieren. In dem wir Veranstaltungen (Musik, Theater, Film) und politisch, kulturell und künstlerisch betätigen, finanzielle Mittel fordern und über Kultur und Politik informieren und unsere Bedürfnisse nach umfassender Kommunikation (z.B. Verständigung untereinander) verwirklichen. Aber nicht um unsere konkreten Arbeits- und Ausbildungsprobleme zu verdrängen, sondern im KOMM miteinander darüber zu diskutieren und uns dadurch in die Lage zu versetzten und unsere wirkliche Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen. Dieser Prozeß soll dazu beitragen, den Widerspruch in unserer Gesellschaft durch gemeinsames, solidarisches Verhalten zu überwinden.



Verwirklichung all dieser Interessen kann deshalb nur heißen:

wir brauchen ein **KOMMUNIKATIONSZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG !**

ZIELSETZUNG

Wie bereits in der Vorbemerkung ausgeführt, brauchen wir ein KOMM. Klar zu bestimmen sind jetzt unsere Vorstellungen von Form und Inhalt.

Verbesserung von unserer Freizeitsituation

Das KOMM muß Möglichkeiten zur Entspannung, zum schöpferischen Handeln und zum Schließen von Kontakten bieten, Dinge die unsere persönliche Situation erträglich machen. Im KOMM müssen wir uns wohlfühlen!

Solche Möglichkeiten können sein: Teetrinken und ausruhen, Musik hören, miteinander sprechen, spielen, malen, Filme anschauen, fotografieren, filmen, drucken, Theater spielen, und viele Dinge mehr. Wir brauchen das, weil wir Spaß brauchen, weil wir uns dabei entspannen und weil wir so Kontakte schließen.
Wir dürfen aber bei allem Spaß nicht unsere Situation am Arbeitsplatz, in der Ausbildung oder im Elternhaus vergessen. Eine Situation, die überhaupt erst daran Schuld ist, daß wir soviel Entspannung, Kreativität und Kontakte so dringend brauchen. Vergessen wir das, hätte das KOMM nur die Funktion uns wieder aufzumöbeln, wenn wir geschafft sind. Wir wären dann soweit wieder hergestellt, daß wir am nächsten Tag die gleichen Probleme und Konflikte, den Leistungsdruck und die Entfremdung ertragen können, ohne aufzumucken und daran zu denken, wie man diese Probleme wirklich löst. Lösen kann man sie nicht durch Verdrängung, sondern indem man ihre Ursachen erkennt und beseitigt.

Wir werden deshalb nicht nur aus ästhetischen Gründen Bilder malen, Fotos oder Filme machen, drucken oder Theater spielen, sondern auch gerade solche Filme, Fotos oder Bilder machen, die unser Denken und Handeln beeinflussen und bestimmen, die unsere ganz konkrete Situation im Betrieb, in der Schule und Elternhaus und den daraus entspringenden Leistungsdruck, Konkurrenzdenken und die moralischen Tabus wiederspiegeln.

Bewußtmachen gesellschaftlicher Widersprüche

In Gesprächen und Diskussionen wollen wir herausfinden, wie man sich durch Solidarität unter Arbeitskollegen und in der Schule Schikanen von Ausbildern, Lehrern und Vorgesetzten wehren kann. In der Auseinandersetzung mit unseren ganz konkreten Bedürfnissen die wir als Lehrlinge, Schüler, Jungarbeiter, Studenten haben, wird uns bewußt, daß unsere Probleme und Konflikte nicht das persönliche Schicksal jedes einzelnen von uns sind, sondern das sie ganz bestimmte gesellschaftliche Ursachen haben, denen wir alle zusammen ausgesetzt sind.

Das wollen wir erreichen, indem wir gezielte Diskussions- und Informationsveranstaltungen mit Ausstellungen und sich daraus ergebende Aktionen durchführen, Schüler, Lehrlinge, und Ausländergruppen sowie alle fortschrittlichen Kräfte in ihrer politischen Arbeit um bessere Arbeitsbedingungen unterstützen.

In den ständigen Einrichtungen des KOMM's wie z.B. die Filmfabrik sollen nicht nur Filme um ihrer selbst Willen gezeigt werden, sondern der Film soll eingesetzt werden als Mittel politischer Dokumentation (Reihen: Rev. Kampf in Lateinamerika, Palästina, Vietnam usw.). Wir müssen uns aber auch kritisch mit allen Angeboten innerhalb des KOMM auseinandersetzen, wobei durch eine eigene KOMM-Zeitung und die Vollversammlung die nötigen Organe gegeben sind. Andererseits müssen wir versuchen bei Entscheidungen des Stadtrates, die allgemein das KOMM und im besonderen uns Jugendlichen betreffen, mitzuwirken.

SOLIDARITÄT

In gemeinsamen Aktionen z.B. der finanziellen Unterstützung streikender Arbeiter und ihrer Familien, der Unterstützung des Befreiungskampfes unterdrückter Völker, oder der Solidaritätsbekundung (Unterschriftensammlung, Demonstration) für Schüler, Studenten und Lehrlinge, die wegen ihrer fortschrittlichen Aktivitäten aus der Schule, Universität oder Lehre gefeuert werden sollen, erfahren wir, daß unsere Interessen und Bedürfnisse im Grunde die gleichen sind. Unsere Konflikte und Probleme sind nicht individuell von einzelnen verschuldet, sondern haben gesellschaftliche Ursachen. Diese Erkenntnis läßt uns bewußt machen, daß wir unsere persönliche Situation nur gemeinsam ändern können, gemeinsam sind wir stark!

ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN **KOMM** JAN 76

Bestimmt zur Vorlage an den Kulturausschuß

6. Ziele

Das KOMM ist eine FREIZEITEINRICHTUNG, die vorwiegend von Jugendlichen besucht und betrieben wird und die politsche, kulturelle und soziale Zielsetzung bestimmt ist.

6.1. Die politische Zielsetzung ist ähnlich der des Jugendzentrums darauf gerichtet, gesellschaftliche Zusammenhänge bewußt zu machen und den einzelnen Jugendlichen zu einem parteilichen Standpunkt gemäß seinen Interessen zu befähigen. Die Praxis eines demokratischen Selbstverwaltungsmodell soll zu politischen Handeln führen.

6.2. Die kulturelle Zielsetzung beinhaltet die möglichst vielseitige Ausbildung der kreativen Fähigkeiten des Jugendlichen. In einer "demokratischen Kultur" müssen die Konsumgewohnheiten einer vermarkteten Kultur aufgehoben und der Gebrauch ästhetischer Mittel für jedermann erschlossen werden. Künstlerische Aufführungen und Darbietungen dienen dem Ziel, den eigenen Gebrauch künstl. Mittel anzuregen und zu bereichern.

6.3. Die soziale Zielsetzung will durch das Nebeneinander verschiedener Altersgruppen, Nationalitäten, Schichten und Interessen ein breites Feld sozialer Erfahrung und Verständigung ermöglichen.
Gesellschaftlich benachteiligte Gruppen versucht das KOMM sowohl sozialtherapeutisch integrativ als auch politisch zu helfen. Mit der Setzung politischer, moralischer und künstlerischer Inhalte werden im KOMM emanzipatorische Inhalte bestimmt, die der Desorientierung, in einer pluralistischen Gesellschaft alternativ und präventiv entgegenstehen.

7. Organisation

Das KOMM ist nicht ein Freizeitheim, das in Art einer "sozialen Feuerwehr" in Randgruppengebieten versucht, durch Beschäftigungstherapie milieubedingte Erziehungsnachteile zu beheben. (diese Funktion übernimmt das KOMM auch)
Das KOMM ist eher ein Bürgerhaus, das durch die Interessen und das Engagement der (hier Jugendlichen) Bürger getragen und bestimmt wird. In Eigeninitiative wird das Haus betrieben und werden von engagierten Jugendlichen Angebote an andere Jugendliche entwickelt und organisiert. Die notwendigen Entscheidungen werden demokratisch nach einem Selbstverwaltungsmodell getroffen. Diese Selbstverwaltung ist Ausdruck der Selbstbestimmung und gleichzeitig Bestandteil der politischen Zielsetzung.

7.2.1. der theoretische Teil der politischen Zielsetzung wird vor allem dadurch abgedeckt, daß
- politische Organisationen im KOMM Informationsveranstaltungen durchführen z.B. Jungdemokraten, Friedrich Naumann-Stiftung, Jusos
- sich zu einzelnen Problemkreisen Arbeitsgruppen bilden (z.B. Chile, Dritte Welt, Obdachlosen, Bürgerinitiativen, Straffvollzug)
- Dozenten in Veranstaltungen des Jugendzentrums Kurse durchführen, (z.B. Filmbühne, Sprachwerkstatt, Theatergruppe)

7.2.2. Der handlungsorientierte Teil politischer Bildung vollzieht sich vor allem in

- der Diskussion der einzelnen Gruppen (Interessenfindung, Entwicklung effektiver Arbeitsmethoden, Darstellung eigener Interessen in Projekten)
- den Gremien der Selbstverwaltung, die eine Einübung in demokratische Verhaltensweisen ermöglichen (Durchsetzungsstrategien, Mehrheitsprinzip, öffentl. Willensbildung, Geschäftsordnung usw.)

In diesem Punkt der politischen Arbeit berührt das KOMM am ehesten die Arbeit des Jugendzentrums für politische Bildung. Diesem fehlt lediglich die Möglichkeit eigeninitiativer praktischer politischer Erprobung.

7.3. Der kulturelle Teil der Zielsetzung wird durch eine Vielzahl von Arbeitsgruppen und Kursen abgedeckt, z.B. Musikgruppen, Videogruppen, Siebdruckwerkstätten, Sprach- und Liederwerkstätten. Die Mehrzahl der Gruppen arbeiten selbstbestimmt, in den verschiedenen Sparten: Rock- Pop- und Jazzmusik, Opperette und Theater, Kabarett, Multimediaaufführungen und Lesungen.

Insgesamt wird im KOMM die Kulturszene des Nürnberger Raumes spürbar gefördert, wobei das KOMM häufig eine zentrale Funktion der Koordination übernimmt. Das KOMM wird zunehmend "Kulturzentrum"

7.4. Exkurs: Entwicklung des KOMM
Das KOMM war 1973 als Probelauf eines kulturübergewichtigen "Kommunikationszentrums" von 4 Kunstpädagogen geplant worden. Die kuturellen Anteile des heutigen "KOMM" entsprechen noch derdamaligen kulturorientierten Absicht des KOMM. Anfang 1974 hatten nach der Weiterführung des Probelaufs politisch bewußte Jugendliche in den offenen Rahmen der Einrichtung die Inhalte und Forderungen der Jugendzentrumsbewegung eingebracht. Das KOMM ist seit diesem Zeitpunkt auch ein "Jugendzentrum in Selbstverwaltung". Die Jugendzentrumsbewegung, die in ganz Deutschland selbstbestimmte Freizeiträume forderte (ca. 800 Initiativen) und die Bedürfnisse eines Teils der Jugendlichen artikulierte und diese heute noch praktiziert, war in Nürnberg ohne großen Widerstand auf das erste praktizierte "Freizeitmodell" getroffen.
Während zu diesem Zeitpunkt die politische Zielsetzung des KOMM entwickelt wurde, werden in denletzten Monaten die sozialen Anteile und Ziele der Einrichtung umrissen. Dabei sind widersprüchliche Zielsetzungen festzuhalten. Einerseits nennt die Jugendzentrumsbewegung die Unabhängigkeit von staatlicher Jugendpflege und Kontrolle als eine ihrer Zielsetzungen. Die Jugendlichen, die sich im Rahmen der Jugendzentrumsbewegung engagieren, haben sich weitgehend vom Elternhaus und gesellschaftlichen Normen emanzipiert und verfügen über ein reflektiertes Bewußtsein, das sie in die Lage versetzt, ihre Freizeitinteressen selbst zu organisieren. Andererseits muß realistisch gesehen werden, daß sich in einer offenen Freizeiteinrichtung wie dem KOMM auch eine Vielzahl von Jugendlichen sammeln, auf die diese Voraussetzung nicht zutreffen. Somit entstehen Aufgaben, die in die Nähe der traditionellen Jugendhilfe, der Jugendpflege, der Resozialisierung und der Randgruppenarbeit weisen und qualifiziertes Personal erfordern. Dieses schwierige Aufgabenfeld wird derzeit im Rahmen der "KOMM-Hilfe" von Jugendlichen selbst beschrieben und initiiert. Diese Arbeit kann nur als vorübergehender Ersatz für die fehlende kommunale Sozial- und Jugendarbeit in diesem Sektor verstanden werden.

7.5. Die Praxis der sozialen Zielsetzung des KOMM vollzieht sich entsprechend den oben genannten Widersprüchen in mehreren Schwerpunkten:

7.5.1. a) für einen Teil der Jugendlichen ist ein Freiraum zur Verfügung gestellt, der es ihnen ermöglicht, ihre Freizeitinteressen repressionfrei zu bestimmen, zu organisieren, und sich emanzipatorischen Inhalten an andere Jugendliche zu wenden. Das geschieht in den Interessen/Arbeitsgruppen, in den Organen der Selbstverwaltung, aber auch in der zwangslosen Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeit in Kneipe, Teestube, Spielbereich und Informationszone.

7.5.2. b) für einen Teil Jugendlichen, der aufgrund psychischer Deformationen, gestörter oder zerstörter Familienbeziehungen, und mangelnder Kommunikationsfähigkeit Anleitung und Hilfe braucht, bestehen derzeit die folgenden ungenügenden Ansätze:

- sie erhalten Hilfe von den unter a) beschriebenen Jugendlichen, soweit diese über ein soziales Bewußtsein verfügen.
- sie finden den Weg in eine Gruppe, und erfahren deren heilende und korrigierende Funktion (Diskussion über das Verhalten Einzelner in den Arbeitsgruppen, im Sekretariat und im Rat, Anpassung an Regeln in Diskussionen und Versammlungen).
- Praktikanten der Fachhochschule für Sozialwesen kümmern sich aufgrund ihres fachlichen und sozialen Interesses um einzelne "Fälle" - (Klientenverhältnis zu einzelnen Entlaufenen, Strafentlassenen, Ausländern etc.)

Dieser Bereich darf vorallem und sobald als möglich des systematischen und professionellen Ausbaus, damit die derzeitige Phase amateurhafter Ansätze überwunden wird. Die in der "KOMM-Hilfe" engagierten Studenten und Jugendlichen umreißen dabei die Inhalte dieses Bereichs:

Die KOMM-Hilfe ist der Versuch, Jungendlichen zu helfen

- wenn sie in Not geraten sind, z.B. durch Schülerhilfe, Drogenberatung, Rechtshilfe, Arbeitslosenhilfe, Frauenberatung usw.
- durch selbstorganisation Alternativen zur Konsumgesellschaft aufzubauen, z.B. durch Wohnungsvermittlung, "Fahr-mit" Umzugshilfe, Möbeltausch u.a.

7.5.3. c) ein weiterer Aspekt sozialer Zielsetzung im Kommunikationszentrum ist die Integration. Diese vollzieht sich beispielweise

- in der Vermischung der unter a) und b) gekennzeichneten Gruppen,
- im Kennenlernen und Austragen verschiedener Interessen, (z.B. kulturelle und politische, politische und religiöse Interessen)
- im Aufeinandertreffen verschiedener sozialer Herkunft (z.B: Motorrad-Gang (Rocker) und elitäre Gymnasiaten u.a.)

Im Rahmen der Integrationsfunktion hat das Einbeziehen gesellschaftlicher Randgruppen eine besondere Bedeutung z.B.

- von Drogenabhängigen, von Arbeitslosen, von Ausländern. (Ausländer werden in diesem Zusammenhang nur aus dem Blickwinkel einer Bevölkerungsmehrheit als Randgruppe bezeichnet)

Die Organisation von Ausländerfeten und anderen kulturellen Veranstaltungen beispielsweise ist geeignet, um eine weitverbreitete Vorurteilshaltung auch bei Jugendlichen abzubauen und Kontakte zwischen deutsche Jugendlichen und Ausländern entstehen zu lassen.

Das Aufeinandertreffen verschiedener Altersstufen ist ein weiterer wichtiger Integrationsaspekt. Das KOMM wird nicht nur von Jugendlichen, sondern - wenn auch in geringer Prozentzahl - auch von anderen Altersgruppen besucht. Das Aufeinandertreffen verschiedener Altersstufen hilft, die Ideologie der Jugendbewegung zu korrigieren und eine Verständigung zwischen verschiedenen Altersstufen wieder herzustellen.

Die dargestellten Ansätze sozialer Integration dürfen nicht so verstanden werden, als sollten schicht- oder altersstufenbedingte Gegensätze harmonisiert, bzw. verschleiert werden. Vielmehr wird vor allem in den Organen der Selbstverwaltung und in der Arbeit der Gruppen versucht, die Partei der Benachteiligten zu ergreifen und die Situation in ihrem Intereese zu verändern. So wird beispielsweise den Ausländern in ihrer Bemühung um gesellschaftliche Anerkennung und Wahrung ihrer Recht geholfen.

7.6. Zur Lage des KOMM

Mit dem Künstlerhaus liegt das KOMM im Zentrum der Stadt an einem Verkehrsknotenpunkt und hat somit die bestmöglichen Verkehrsanbindungen. Es liegt zudem in einer Zone, die stark jugendorientierten Charakter aufweist. (Jugendeinrichtungen im Theater, das KPZ im GM, politische Organisationen, Jusokeller und Jusoturm, Club Aquarell, dem CPH und dem CVJM, Jugendlokale und Discotheken in der Luitpoldstr. und Umgebung) Die Umgebung des KOMM ist keine Wohngegend, so daß eine jugendgemäße Freizeitgestaltung nicht unmittelbar mit den Interessen von Anwohnern kollidieren. (mit kleinen Ausnahmen) Die Probleme, die wegen der Nähe zum Bahnhof (Land- und Stadtstreicher, Säufer) und zum Vergnügungsviertel (Dealer, Exhibitionisten) verstärkt werden, können bei einer gut besuchten Einrichtung nie ausgeschlossen werden. (Wo Jugendliche sind, ist Rauschgift. Bei einer Verlagerung des Standortes zieht der Dealer mit. Der Dealer verschont auch nicht das Jugendhaus der Kirche)

7.7. Nutzungsstruktur

Das KOMM wird überwiegend von Gymnasiasten, Realschülern und Studenten besucht. Lehrlinge, die aufgrund der Zielsetzung als Hauptnutzergruppe erwünscht werden, sind in der Minderzahl, ihnen ist der Zugang zum KOMM erschwert.

- durch die improvisierte und bunte Gestaltung des Hausinnern
- durch die denk- und sprachorientierten Verhaltensweisen der Hauptnutzer und
- durch die fehlenden Angebote ihres Interesses (Motorradwerkstatt, Bastelwerkstätten, Discothek u.ä.)

8. PROBLEME

Die sachlich, finanzielle und personelle Ausstattung der Einrichtung Kommunikationszentrum stellt derzeit das absolute Existenzminimum dar und ist Ursache dafür, das das KOMM regelmäßig in Krisensituationen treibt.

8.1.1. die schäbige Fassade hatte wiederholt zuBeanstandungen in Presse und Öffentlichkeit geführt und dazu beigetragen, einen negativen Ruf des KOMM zu verstärken.

8.1.2. gegen Ende der beiden Haushaltsjahre entstanden jeweils finanzielle Notsituationen, da die bewilligten Mittel nicht den tatsächlichen Bedarf decken konnten.

8.1.3. der Zustand der Innenräume ist trotz permanenter Gestaltungbemühen eines Teils der Jugendlichen in einem Zustand, der von anderen Jugendlichen als vergammelt und unansehlich betrachtet wird.

8.1.4. das Haus konnte aufgrund mangelnder Finanzen bislang nicht ausreichend akustisch abgesichert werden, so daß in der Sommerzeit die Beschwerden über Lärmbelästigung sich häufen.

8.1.5. Problemgruppen, wie z.B. die Dealer vor dem Haus, bringen das KOMM in ähnlicher Weise wie die Fassade in Verruf. Hier wird der Mangel an geeigneten Fachkräften, die auch in anderen Bereichen einer "KOMM-Resozialisierung" fehlen, besonders augenfällig.

8.1.6. die technische Organisation wird häufig als ungenügend empfunden. Hier sind die Jugendlichen mitunter überfordert, es fehlen Fachkräfte, die die zuverlässige Organisation des äußeren Rahmens garantieren.

Neben diesen augenfälligen Mängeln gibt es weitere differenzierte Probleme:

Räumliches:

8.2.1. das Haus ist für die derzeit engagierte Zahl der Jugendlichen und die Zahl der Angebotsbereiche an manchen Tagen zu groß. (so erscheint es an wenig besuchten Tagen leer, obwohl sich mehr als 100 Jugendliche darin aufhalten) Eine räumliche Untergliederung in Zonen ist derzeit nicht finanzierbar.

Technische:

8.2.2. die technische Ausstattung des Hauses ist ungenügend. Häufig wird mit Geräten gearbeitet, die aus anderen Einrichtungen als unbrauchbar abgestoßen werden. Es fehlen Werkstattausrüstungen, die Beleuchtungsinstallation, Haustelefone bzw. Sprechanlagen und ausreichende Heizmöglichkeiten.

Personelle:

8.2.3. die derzeit Angestellten hauptamtlich beschäftigten Fachkräfte sind ständig überlastet und können dabei jeweils nur einen Teil aller notwendigen Arbeit leisten. (Auch der Hausmeister kommt nur mit Überstunden in der Betreuung von Arbeitsprojekten, mit Jugendlichen weiter). Es fehlen weitere Veranstaltungskräfte, Kunstpädagogen, Sozialarbeiter, Fachkräfte für Resozialisierung, Sozialbetreuer für Ausländer, Praktikumsanleiter und Reinigungspersonal. Eine Einrichtung dieser Größenordnung verfügt in anderen Städten (Dortmund, Hamburg) über 10 - 15 hauptamtliche Mitarbeiter. Besonders nachteilig wirkt sich der Mangel an Fachkräften auch in der Arbeit von Gruppen aus, die eine Unterstützung von Lernprozessen verlangen (z.B. Medienpädagogik in der Videothek, z.B. Kinderzentrum)

9. Persepktiven

9.1. Bauliche Maßnahmen

Für das Gebäude Künstlerhaus muß eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden. Das Haus hat sowohl historische, als auch funktionelle Qualität, sodaß der Er-

halt des Hauses naheliegt. Da das Gebäude an der "Eingangspforte der Stadt" liegt, sollte man sich nicht mit den momentanen kosmetischen Maßnahmen begnügen, sondern langfristig eine der drei möglichen baulichen Lösungen anstreben:

9.1.1. ersatzloser Abriß des Vorbaus und Instandsetzen des historischen Giebels (Diese Lösung zeichnet sich durch einen Verlust eines Teils des heutigen Nutzraumes aus).

9.1.2. Wiederaufbau der zerstörten Türme (historisierend - wenig funktionell).

9.1.3. Abriß des Vorbaus und Errichtung eines funktionellen Anbaues an der gleichen Stelle, der schwerpunktmäßig die Verwaltung des Hauses beherbergen könnten. (Eine zeitgerechte, konsequente Lösung, die sich ohne Stilbruch in das Konzept des übrigen Gebäudes eingefügt ist analog verschiedener vorhandener Lösungen in der Altstadt z.B. Scharrer-Gymnasium, das neue Wüstenrot Gebäude in der Nähe des Opernhauses u.a. vorstellbar)

9.1.4. Zudem muß der zerstörte Teil des Hauses, - das sind einige Türme an der Westseite im ersten Stock und das Dach - ergänzt und das Haus insgesamt renoviert werden. Eine solche "große Lösung", die sich in Etappen vollziehen lassen würde, beläuft sich auf ca. 3 bis 5 Millionen Mark (Anbau, Ausbau der fehlenden Bauteile und Renovierung des Gesamtgebäudes).

9.2. Ergänzung von Nutzungen

9.2.1. Das Haus ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vollständig ausgelastet. Andererseits liegt die Vermutung nahe, daß objektiv eine zahlenmäßige Begrenzung der Selbstverwaltung gegeben ist. Schätzungsweise bei ca. 350 bis 400 aktiven Jugendlichen (das ist knapp die doppelte Zahl der heute Aktiven) dürften die Regelungsfunktionen der derzeitigen Selbstverwaltung erschöpft sein.

9.2.2. So liegt es nahe, andere Nutzungen in das Gebäude einzubringen. Diese Einrichtungen dürften einerseits die Selbstverwaltung mit ihrenRechtenund Erfahrungsmöglichkeiten nicht einschränken, sollten andererseits die bestehende inhaltliche Arbeit ergänzen.

9.2.3. Das Jugendzentrum für politische Bildung kann eine dieser Einrichtungen sein (s. Alternative)

Andere Einrichtungen im Künstlerhaus wären in Ergänzung dazu vorstellbar:

- der Kultur und Informationsladen, der im Eingangsbereich des gewünschten Anbaus am Eingang der Stadt Nürnberg und für Fremde Informationen aus dem Kulturbereich abgibt.
- die offene Bücherei
- der Ausländerbeirat
- eine Außenstelle des Sozialreferates - sie sollte Jugendberatung, Jugendpflege und Resozialisierung leisten.
- Es sollte auch erwogen werden, ob nicht ältere Personengruppen im Rahmen des Kommunikationszentrum betreut werden können.

9.3. Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat

9.3.1. Da die Arbeit des KOMM neben den beabsichtigten Schwerpunkten von Jugendbildung und Kultur ebenso eindeutig den Charakter von Sozialarbeit aufweist, bietet sich die Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat und denverschiedenen Ausschüssen - Sozialausschuß - Jugendwohlfahrtsausschuß an.

9.3.2. Das zunehmende Interesse der Jugendlichen am KOMM weist auf eine Lücke im Freizeitbereich und zwingt zu neuen Überlegungen über Ziele und Organisationsform kommunaler Jugendarbeit.
Dabei liegt es nahe, die Entscheidungen zwischen Kultur- und Sozialbereich zu koordinieren und von einer gemeinsamen soziokulturellen Zielsetzung abzuleiten.

9.3.3. Kurzfristig kann diese Zusammenarbeit eingeleitet werden, indem das Sozialreferat qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stellt, die sich auf Zielgruppen spezialisieren, die im KOMM als Problemgruppen vorhanden sind. Jugendliche Ausländer, Drogenabhängige, Arbeitslose, straffällige Jugendliche. Entsprechendes gilt für die Drogenberatung des Gesundheitsamtes.

9.4. Verknüpfung mit Stadtteilarbeit - Soziokultureller Strukturplan

9.4.1. Das KOMM ist ein Ort, an dem der Anspruch von Soziokultur sicherlich weit mehr als in anderen vorhandenen Kultureinrichtungen eingelöst wird. Dennoch ist mit der Einrichtung einer soziokulturellen Einrichtung im Zentrum einer Großstadt sicherlich ein Widerspruch angelegt. Soziokultur kann sich nur auf den Lebenszusammenhang von Bürgern im Stadtteil beziehen. Soziokultur knüpft an den Bedürfnissen der Bürger an und versucht diese zu befähigen, Lebenssituationen in ihrem Interesse zu gestalten.

9.4.2. Eine zentrale Einrichtung in der Art des KOMM hat in einer Stadt von der Grössenordnung Nürnbergs erst dann eine volle Berechtigung, wenn sie im Verbund mit Stadtteilhäusern arbeitet, deren Arbeit anregt, verstärkt und koordiniert. Neben dem allmählichen Ausbau der zentralen Einrichtung ist deshalb frühzeitig die Planung einer Reihe soziokultureller Stadtteilhäuser zu leisten, wobei die geplanten Kulturläden und die schon vorhandenen aber von der Schließung bedrohten Freizeitheime in die Planung einzubeziehen sind.

9.5. Personeller und finanzieller Ausbau der Einrichtung

Als wichtigste aller Forderungen im Rahmen einer Perspektivplanung steht die des personellen und finanziellen Ausbaus.

9.5.1. In einem Stufenplan muß die personelle Aufstockung des KOMM festgelegt werden. Zusätzlich zu den bisher zusammengenommenen weniger als drei Personalstellen (1 Leiter, 1 Hausmeister, 1/2 Schreibkraft und über eine Reinigungsfirma 1/3 Putzkraft) ist die schrittweise Schaffung von 5 1/2 weiteren Stellen zu beschließen.
1 Stelle Sachbearbeitung für Verwaltungsangelegenheiten, 1/2 Stelle Schreibkraft, 2 Sozialarbeiter, 1 Kunstpädagoge, 1 Erzieherin für Kinderzentrum, 1/2 Stelle Putzkraft).

9.5.2. Daneben wäre die soziale Absicherung der Sekretäre der Selbstverwaltung in Form von Dienstverträgen zu erreichen und

9.5.3. müßte es über JZ möglich sein, vermehrt Honorarkräfte für Arbeitsgruppen des KOMM zur Verfügung zu stellen.

9.5.4. der jährliche Betrag für Angebot, die Bereiche der Selbstverwaltung und den Betrieb sollte mit 150.000 .- DM abgesichert werden bzw. entsprechend dem Geldwertverfall aufgestockt werden.

Zum Zusammenhang und der Notwendigkeit von

Selbstverwaltung in Freizeit und Betrieb

Ausschnitte aus der
— Komm Zeitung —
Nr. 1/79

In der kapitalistischen Gesellschaftsform besteht eine künstliche Trennung von Arbeiter- und Konsuminteresse, im konkreten Falle von Konsumierung an Freizeit. Diese Trennung ist zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsform notwendig, da sie ja den für den Menschen verlorengegangenen Zusammenhang zwischen den Lebensbereichen Arbeit und Freizeit rechtfertigen muß.

Im Arbeitsbereich muß der Mensch seine Persönlichkeit aufgeben, er wird zum Träger der Ware Arbeitskraft. Praktisch als Entschädigung dafür wird ihm vorgegaukelt, daß er ja im Bereich Freizeit seine Interessen und Bedürfnisse wahrnehmen könne und somit selbst über den Konsum an Freizeit und Freizeitmöglichkeiten entscheiden könne. Dieses Scheinbild löst sich aber auf, wenn man sieht, wie er auch dort vermarktet und verwaltet wird. Das Freizeitangebot wird ihm diktiert durch ein Angebot von Waren und sonstigen Möglichkeiten wie Schallplatten, Trivialliteratur, Diskotheken usw., das dazu dient, die von ihm mitproduzierten Earen gewinnbringend an den Mann zu bringen. Darüberhinaus gehende Möglichkeiten wie Jugendzentren, Kulturläden u.ä. sind in ihrer Form und vor allem bezüglich Mitwirkung und Mitbestimmung der Freizeitsuchenden so angelegt, daß diese Mitbestimmung jederzeit gesteuert werden kann — andernfalls werden sie dicht gemacht.

Die Zurückgewinnung eigener Handlungsmöglichkeiten und die Überwindung der Isolierung des Einzelnen kann nur angestrebt werden, indem Arbeit und Freizeit als sich wechselseitig bedingende Bereiche sozialen Handelns erkannt werden, die so organisiert sind, daß sie mehr bieten als Pseudomitbestimmungsmöglichkeiten. Dies bedeutet, daß eine Aufhebung der Entfremdung nur durch die Selbstbestimmung der Menschen in beiden Bereichen erreicht werden kann.

Konkret heißt dies, daß nach Organisationsformen zu suchen ist, die über die üblichen Repräsentationsformen hinaus — basisnäher angelegt sind und allen die Möglichkeit bieten, eigene Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren, zu organisieren und zu verwirklichen.

Eine solche Möglichkeit können selbstverwaltete Betriebe und Freizeiteinrichtungen sein. Es muß jedoch gefragt werden, inwieweit sich diese Einrichtungen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen aufbauen lassen und funktionieren, d.h. überleben und nicht doch wieder auf alte Zustände zurückfallen.

Jürgen Noffz
Jürgen Panatzek

Anfang der 70er Jahre starteten im Fränkischen zwei Experimente in Sachen Selbstverwaltung — ein Unternehmen und eine Freizeiteinrichtung. 1972 erklärte Hannsheinz Porst sein Unternehmen zur Mitarbeitergesellschaft, 1973 begann das Kommunikationszentrum Nürnberg seinen Probelauf. Photo PORST bezeichnet sein Ziel als Selbstbestimmung, das KOMM nennt sich selbstverwaltet.

Für beide Betriebe ist charakteristisch, daß ihre Selbstverwaltung nicht etwa „von Unten" erkämpft worden ist, sondern eher per Dekret „von Oben" eingeführt wurde. So bemühen sich auch beide, selbstverwaltet als gesellschaftliche Minderheit zu überleben, wobei jenem Charakteristikum — wie wir meinen — eine problematische Rolle zukommt.

In dieser Zeitung und in einer Podiumsdiskussion „Selbstverwaltung in Freizeit und Betrieb" am 9.2.79 um 19h im Festsaal des KOMM wollen sich die beiden Modelle einander gegenüberstellen, mit ihren Schwierigkeiten, aber auch mit ihren Hoffnungen.

BEFRAGUNG DER SELBSTVERWALTUNG „KOMM" UND „PORST"

Beide „Betriebe", die PORST-Gruppe als Produktionsstätte, das KOMM als öffentliche Freizeiteinrichtung, geben sich als Arbeits- und Organisationsgrundlage das Prinzip Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Die Tatsache jedoch, daß dieser Grundgedanke als Ideal bzw. als „konkrete Utopie" einer kapitalistischen Wirklichkeit gegenübergestellt werden muß und damit einer diesem Prinzip überwiegend feindlich strukturierten Gesellschaft, bringt manche Umstände und Erscheinungen mit sich, die Selbstbestimmung und -verwaltung scharf infrage stellen. Dem wollen wir ein Stück weit nachgehen.

So müssen auch die „verfaßten" Vorstellungen und Aussagen (Verfassung, Grundordnung) von KOMM und PORST zur Selbstverwaltung darauf hin befragt werden, ob und inwieweit sie in ihren Konkretionen und sichtbaren Konsequenzen (Arbeits-/Freizeitinhalte, Entscheidungsstrukturen, Lohnstufen etc.) tatsächlich Selbstbestimmung zu verwirklichen helfen.

Schließlich ergeben sich noch eine Vielzahl Probleme und Widersprüche aus den „nur" partiell angelegten Selbstverwaltungen, da es sich einmal um „Arbeit" dreht, ein andermal um „Freizeit", die vorherrschende Trennung dieser beiden gesellschaftlichen Lebensbereiche also zunächst einmal reproduziert wird.

Bei alledem verfolgen wir keineswegs die Absicht, in ein anklagendes und doch hilfloses Lamento a la „Selbstverwaltung?! Ist doch eh' alles leeres Gerede!" zu verfallen. Vielmehr bemühen wir uns, solidarisch kritische Fragen an die beiden Selbstverwaltungsansätze zu stellen, um deren Ansprüche samt Konflikte voranzutreiben. . . . . .

Warum soviel Wert auf unsere „alternative" Freizeit, d.h. auf unsere Ziele legen? Viele möchten in der Freizeit aus der Belastung durch Schule und den Zwängen aus der Arbeit durch Entspannung und Zerstreuung entfliehen. Die Freizeitindustrie bietet hierfür Massenmedien (Kino, Illustrierte, Fernsehen), Tourismus, Sport u.ä.m. an. Alle diese Entspannungsmöglichkeiten können bzw. müssen konsumiert werden. Und der Konsum der Freizeit scheint den rechten Ausgleich zu schaffen zur Verausgabung in der Arbeit.

Aber gerade diese Freizeitangebote zeigen, daß der wirtschaftliche Druck, immer mehr herzustellen und abzusetzen, das Freizeitverhalten auch bestimmt. Die Menschen, vor allem Jugendliche, müssen dabei schon ihren Beitrag zum erwünschten Freizeitkonsum leisten. Dieser sinnlose Massenkonsum ist für sie nämlich mit Sozialprestige und Aufstiegserwartungen verbunden. Folgen dieser Fremdbestimmung der Freizeit und der doch anhaltenden Zwänge sind Enttäuschung und Resignation der Betroffenen, was bedeutet, sich dem erwarteten Konsumverhalten hinzugeben.

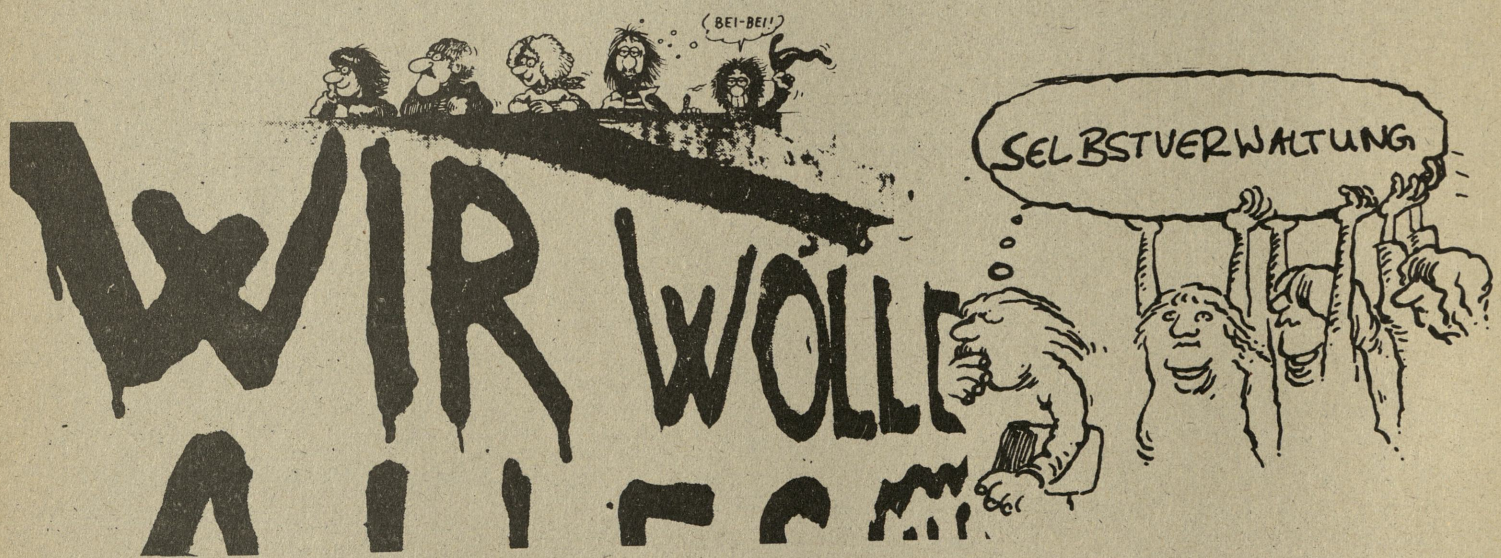
Eingefleischtes Konsumverhalten bröckelt aber nicht schon ab, wenn mann/frau das KOMM betreten. Viele Jugendliche, die im KOMM mitarbeiten und mit anderen jenes Konsumverhalten ablegen wollen, geraten schnell in die Rolle des Anbieters, des „Machers". Sie versuchen mit ihren Gruppen Angebote zu schaffen, die die eigene kulturelle und politische Kreativität hervorheben sollen. Aber gerade in dieser Arbeit müssen sie Druck und Hemmnisse von zwei Seiten aushalten.

Zum einen wird ihre Arbeit von außen, d.h. von der parteipolitischen und institutionellen Öffentlichkeit angegriffen. So ist z.B. bei der Stadt eine zunehmende Tendenz festzustellen, alles eindeutig (bürokratisch) regeln zu wollen und Normen aufzustellen, durch welche die persönliche Entfaltung und Selbstverwaltung geschmälert würden.

Oder:
durch einen Umbau des KOMM soll der selbstverwaltete Bereich auf ein Minimum reduziert werden, und die Einrichtung wie Festsaal, Hinterzimmer und Kneipe sollen wieder „öffentlich" gemacht werden; das bedeutete kommerziellen Konsumbetrieb.

Oder:
der ständige Kampf ums „Überleben". Die Betriebsmittel werden von der Stadt gestellt. Sie sind infolgedessen von einer Stadtratsmehrheit abhängig. Und im Kampf um die Mehrheit im Stadtrat schlachtet die CSU das KOMM aus. Sie arbeitet dabei mit einem Vokabular wie „Drogenpalast", „linke Kaderschmiede" oder „Schmutzhöhle".

Zum anderen erleben die aktiven Mitarbeiter eine mehr und mehr entpolitisierte und resignierte Jugend: geprägt durch permanente Enttäuschung in einer durchgehend fremdbestimmten Umwelt muß diese Selbstverwaltung erst mühsam erlernen.



Selbstverwaltung – Utopie...oder?

Ein bestimmter Mythos, darüber gibt es keinen Zweifel ist zerstört worden: der Mythos der Utopie der Freiheit ohne die Auseinandersetzung, den Kampf mit der Notwendigkeit.

Freiheit im Denken und Handeln, welche Menschen ihre Bedingungen selbst gestalten läßt, ist wohl Ausdruck für das Ziel, das Selbstverwaltung und Selbstbestimmung genannt werden kann. Doch die Hoffnung dahinzukommen, wurde für Einzelne, Gruppen, Klassen und Gesellschaften immer wieder verschüttet.

Wir ärgern uns über den Zynismus derer, die, gegen Selbstverwaltung gestimmt, noch sagen, daß die Menschen nie dazu fähig wären, und die im selben Moment alles daransetzen, Selbstverwaltung zu verhindern.

Natürlich ist der Selbstverwaltungsgedanke nicht die einzige Idee, die im Laufe des letzten Jahrhunderts gefeiert und bekämpft wurde, aber gerade von diesem glaubten viele, daß er eine menschliche und soziale Grundlage habe, wie z.B. der christliche Mythos voriger Jahrhunderte sie nicht besessen hat. Es blieb beim Versprechen des „Himmelreiches".

Hand in Hand mit dem Aufbau von Strukturen im Versuch der Befreiung ging dessen Zerstörung, die Herstellung herrschender Mächte. So sah sich die wachsende Opposition gegen die weltweite Herrschaft des Kapitalismus der ungebrochenen Macht des Geldes, des Staates, der Bürokratie und autoritären Hierarchie gegenüber: der ökonomischen und militärischen Gegengewalt, ihrem unerschütterten Prinzip, die Mehrheit der Bevölkerung einer überwältigenden Produktivität zu unterwerfen.

Diesen Widersprüchen unterlagen auch die östlichen Gesellschaftsversuche. Dort waren – durchgesetzt über die Überwindung der Kriegszerstörungen des 1. und 2. Weltkriegs und die wirtschaftliche Grundlegung „neuer Entwicklung" – der Stalinismus, der autoritäre Staat, die Technokratie und Kulturfeindlichkeit nicht überwältigende Hindernisse. Die Hoffnung, die Rußland für das internationale Proletariat einmal barg, ist zerschlagen.

Die Entwicklung der Hoffnung auf Freiheit und Sozialismus wurde obendrein von ihrem ursprünglichen Ziel abgelenkt; die wettbewerbliche Koexistenz zwischen Ost und West brachte offensichtlich Wünsche und Werte hervor, für die der amerikanische Lebensstandard als Modell diente.

Dem Versuch der Befreiung folgt die Unterdrückung. Das geht bis in die kleinsten Schritte von einzelnen Arbeitern, Schülern, Frauen usw., sich von Abhängigkeit zu befreien. Dem Versuch folgte die Strafe, Aufsicht, vielleicht sogar Toleranz, mit der Absicht des Chefs, Lehrers, Mannes usw., das Übergewicht wieder herzustellen.

.....

Komm-Zeitung

Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums **FEBRUAR '80 NR. 9**

Kommunikationszentrum; Königstrasse 93, 8500 Nürnberg, Telefon: 0911/22 36 47, Auflage: 3000 Exemplare. Kostenlos, mit Programmteil

SELBSTVERWALTUNGSFEST IM KOMM 23. Februar

Das ursprünglich für den 19.Januar vorgesehene Seminar mußte auf den 23.Februar verschoben werden, weil die KOMM-(Selbst-)Verwaltung wieder mal geschlampt hat. Am 19.1. haben wir deshalb nur beratschlagt, was am 23.2. ablaufen soll.

Das Haus wird zugemacht, damit alle in Ruhe miteinander reden können. Wie's ausschaut, wird am Seminar in erster Linie geredet, obwohl sich hauptsächlich die Teestubenleute dafür stark gemacht haben, auch mal in 'non-verbaler Kommunikation' zu machen. Der Phantasie sind auf dem Seminar prinzipiell keine Grenzen gesetzt, sofern überhaupt etwas gemacht wird, was wieder mal den dringend nötigen engeren Kontakt, einmal unter den KOMM-Mitarbeitern, zum andern zwischen Mitarbeitern und den hoffentlich zahlreichen Besuchern fördert.

Wir haben uns bei der Vorbereitung und bei der folgenden Ratsdiskussion drauf geeinigt, nicht über ein gemeinsames Thema zu reden, sondern in Arbeitsgruppen mehrere Probleme auf einmal anzugehen, weil wir erstens genug Probleme haben, und zweitens nicht alle auf dasselbe Thema festgenagelt zu werden brauchen.

Bisher wurden folgende Themenvorschläge gemacht:

1. "Selbstverwaltung und Gesellschaft",

2. "Disco im KOMM/Ocsid".

Diese zwei Themen werden bereits von ein paar Leuten (Peter; Walter v.d. Disco) vorbereitet, die sich auch drum kümmern, daß Leute in ihre Arbeitsgruppen kommen. Ihre Vorstellungen von diesen Arbeitsgruppen sind weiter unten abgedruckt.

Daneben wurden noch einige Probleme besprochen, zu deren Vorbereitung sich aber bis jetzt noch niemand richtig bzw. überhaupt noch niemand bereit gefunden hat:

3. "Die Selbstverwaltung als Verwaltung": Was leistet die KOMM-Selbstverwaltung im Ergebnis (nicht im Anspruch) im Gegensatz zu anderen Organisations- und Leitungsformen in Jugendzentren - ist sie wirklich so ideal wie wir sie immer hinstellen? Das soll konkret am KOMM-Alltag untersucht werden. (Bernadette hat daran Interesse bekundet.)

4. "Selbstverwaltungs-Problembewußtsein": Diese Arbeitsgruppe richtet sich vor allem an Besucher und taufrische KOMMler, die ihren Durchblick erweitern wollen: Was ist diese ominöse Selbstverwaltung eigentlich, welche Probleme tauchen da immer wieder auf? Das könnte auch unter Einsatz der verschiedenen Medien erörtert werden, die's im KOMM gibt. (Tommy Steigerwald will aber noch nicht zuviel vorwegnehmen.)

5. Öffentlichkeitsarbeit: Wie kann das Komm sein Image aufpolieren - wie kann es in der Öffentlichkeit offensiv werden, d.h. endlich davon wegkommen, immer nur auf Diffamierungen etc. zu reagieren? Oder: Kritik an der Komm-Zeitung etc.

6. Teestube: Welche Auswirkungen hat die Tatsache, daß die Teestubenleute von Teestube/Restaurant leben müssen? Ist ihre Isolation in ihrem Bereich in irgendeiner Weise eine Gefahr für das KOMM - wie kann man sie unterstützen, um da wieder rauszukommen?

7. Generationskonflikt: Ist da wirklich ein so großer Unterschied zwischen den jetzigen jungen Besuchern und der älteren, 'politischeren' 'Selbstverwalter'-Generation? Wäre das dann auch darauf zurückzuführen, daß das KOMM schon viel zu sehr eine fertige, abgeschlossene Institution ist, und dadurch schon zu undurchsichtig ist, daß Selbstverwaltung täglich neu von uns hergestellt werden muß? Welche Erfahrungen mit diesem 'Generationsproblem' haben die einzelnen Gruppen gemacht? Hängt das Problem auch damit zusammen, daß der Kontakt unter den Gruppen so mies ist, daß Veränderungen im Besucherbewußtsein einfach nicht weitervermittelt werden bzw. sich zu wenige Gruppen überhaupt darum kümmern?

8. Die Teestube hatte vorgeschlagen, weniger rumzuschwafeln, sondern mal den emotionalen Kontakt zu pflegen, der doch auf Rat und Vollversammlung immer so sträflich vernachlässigt werde. Bis jetzt ist noch nicht ganz klar, wie das aussehen soll; aber Interessierte können sich ja in der Teestube erkundigen.

So, das sind bis jetzt alle Diskussionsvorschläge. Neue können natürlich jederzeit eingebracht und vorbereitet werden. Was drückt euch denn so aufs Herzerl?? Aber: Wenn ihr was besprochen haben wollt, kümmert euch auch ein bißchen um die Vorbereitung und um die Leute, die da mitmachen sollen! Macht Wandzeitungen!!

Zum Seminar selber: Es soll bloß an einem Tag, am Samstag eben, stattfinden. Es fängt um 14.oo Uhr mit den Arbeitsgruppen an, die bis 18.oo Uhr laufen sollen; danach Abendessen bis 2o.oo Uhr. Anschliessend treffen sich alle (Plenum), an welches sich dann ein Fest anschließen soll.

Schließlich die obligatorische Aufforderung:
Kommt in Massen !!

KOMM-Selbstverwaltungsseminar
Samstag, 23.Februar '8o
ab 14.oo Uhr
Arbeitsgruppen: 14-16 Uhr
Abendessen: 18-2o Uhr
Plenum: 2o- ? Uhr
Fest etc.: ? - ?? Uhr

Die rechtsradikal bis faschistische Front (NF), die den Erfolg von Rock against Racism (RAR) nicht ganz verkraften kann, vor allem nach dem großen Desaster der letzten Wahlen, versucht inzwischen, vorhandene rechte Tendenzen bei Jugendlichen per Rockmusik mit ihren politischen Ideen in Verbindung zu bringen. *Rock against Comunism (RAC)* ist ein organisierter Versuch, ein NF-eigenes Plattenlabel, Aufnahmestudios und Konzerttourneen auf die Beine zu stellen. Das erste öffentliche Konzert unter dem RAC-Banner hat bereits letzten August in London stattgefunden. *White Boss* und *The Dentists* gaben von ihrem begrenzten Besten etwas für einige Hundert Zuhörer.
Aber das ist nur die eine Seite und zudem wohl auch die harmloseste. Denn, bis zu diesem Punkt kam, gab und gibt es weiterhin ständig Ereignisse, deren Höhepunkt *Shams* letztes Konzert war. Beim Abschlußkonzert von *Sham 69* im Juli 79 stürmten (laut *Guardian*) 700 Jugendliche mit „Sieg Heil"- und „Heil Hitler"-Parolen die Bühne und verwandelten das *Rainbow* vorübergehend in eine Trümmerlandschaft. Ob Startschuß oder nicht. Seitdem jedenfalls passiert ständig was: Gebrochene Nasenbeine und Konzertabbruch bei einer Benefizveranstaltung im August für einen Anarchistenprozeß mit den Anarchopunks *The Crass*. *Stiff little Fingers* packte seine Instrumente wieder ein, nachdem bei einem RAR-Freekonzert im September Steine und Flaschen für den Konzertabbruch gesorgt hatten. Auf dem Programm standen u.a. *Misty*, die bei Rock gegen Rechts in Frankfurt aufgetreten waren. Beim RAR-Konzert in der Londoner *Hatfield Polytechnik* mit *Gang of Four* veranstalteten etwa 20 Jugendliche eine Massenschlägerei, sodaß Leute mit Messer- und Rasierklingenverletzungen im Krankenhaus behandelt werden mußten. Derartige Schlagzeilen ließen sich noch verlängern. Auf den Punkt gebracht heißt es: RAR-Konzerte und Konzerte, bei denen RAR-Bands spielen, werden angegriffen, Bands und Zuhörer eingeschüchtert, bedroht. Am Eingang werden heute nicht mehr Einlaßkarten abgerissen, sondern Taschen und Kleider nach Waffen durchsucht. Und was dahintersteckt, ist vielleicht verkürzt (aber nicht unwahr) etwas, das sich *British Movement (BM)* nennt. BM, das sind die Jungs (tatsächlich nur Männer), die die Action gebracht haben, während die NF in den letzten drei Jahren versucht hat, sich selbst als salonfähige wählbare Partei zu profilieren. Die BM hat es eben anders in die Hand genommen. Sie war sich mehr bewußt über ihre potentielle Unterstützung vor allem bei weißen *(cockney macho)* Arbeiterjugendlichen aus dem Londoner Ostend. Und ihr ging es eben nicht um Wählerstimmen und Mitgliedsbeiträge. Hauptaktivitäten waren und sind Aktionen gegen *Blacks* und *Pakis*. Schwarze (Jamaikaner), Pakistanis und Bangla-Deshaner sind die ethnischen Gruppen, die im Londoner Ostend das Straßenbild ähnlich bestimmen wie Türken in Kreuzberg. Und welchem Weißen leuchtet es nicht ein, daß die für die ganze Scheiße verantwortlich sind? BM heißt - und das ist die klarste Beschreibung -: drei Rassenmorde zwischen Sommer 77 und Winter 79 allein im Londoner Osten. Erschlagen, weil ihre Hautfarbe anders ist. Nicht in *Johannisburg* oder *Chicago*, sondern *Hackney High Street, London*.
BM ist männlich, aggrssiv, hart. Und so sind auch die *Skinheads*. Und das ist der Punkt, wo sich ein Kreis zu schließen scheint, der nicht so einfach beschreibbar ist. Skinheads, das sind die Meckyköpfe mit den Trevirahosen und roten Hosenträgern. Erzfeinde der Hippies in den 60ern. Eine Bewegung, die sich über Musik definiert, wie die Punks. Und hier hat es die BM tatsächlich irgendwie geschafft, der wiederaufflammenden Skinheadbewegung ihren Stempel zu verpassen. Skinheads sind keine Faschisten, und es ist keine faschistische Bewegung. Doch es waren eindeutig BM-Skins, die RAR-Konzerte als ihr Aktionsfeld benutzten.

Rock gegen ...

die Tageszeitung 28.1. 80

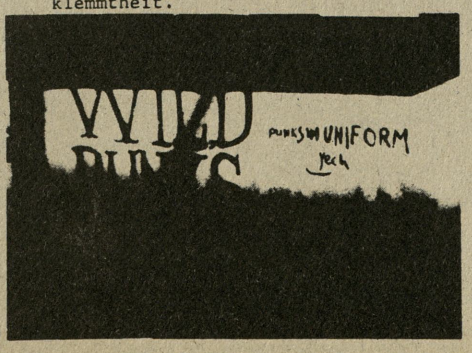
Disco-ocsiD

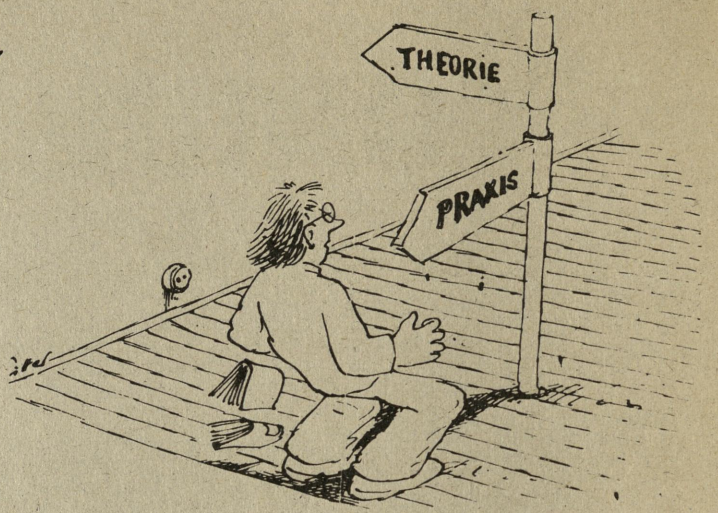
In der Arbeitsgruppe "OCSID/Disco im KOMM" haben wir uns zunächst mal zwei Themenbereiche vorgestellt: 1. 'Disco und Selbstverwaltung', 2. 'Konsum und Emanzipation'.

Dazu einige Thesen:

1. Selbstverwaltung und Disco: Selbstverwaltung und Disco haben zunächst nicht mehr miteinander zu tun, als daß OCSID halt in einem selbstverwalteten Haus arbeitet, aber sich bei ihrer Arbeit kaum was dreinreden lassen wird (wie das bei den anderen Gruppen ja genauso ist.) Selbstverwaltung innerhalb der Disco wird es auf absehbare Zeit nicht geben: Die Leute, die sie jetzt aufbauen, werden die Konzeption bestimmen. Dabei soll die Disco weder einerseits in einen Travolta-Schuppen abgleiten, noch andrerseits zu einem reizlosen Intellektuellentreff mit Hintergrundmusik degenerieren oder gar zu einem chaotischen Punkladen versumpfen. In der Disco werden also 'Spezialisten' das Sagen haben, die zwar allen Verbesserungswünschen gegenüber aufgeschlossen sein werden, die Zügel aber fest in der Hand behalten werden.

2. Konsum und Emanzipation: Damit ist der Anspruch des Disco-Betriebs selber eingegrenzt: Die Disco versucht Bedürfnisse zu befriedigen, die aus den traditionellen Bedürfnisstrukturen der linken Subkultur rausfallen, da sie mit den anrüchigen Etiketten des "Konsums" und der "Alltagsflucht" belegt sind. Diese Bedürfnisse existieren aber - und verlangen nach Befriedigung. Unserer Ansicht nach kommt es auf den Zusammenhang an, in dem sie befriedigt werden: Das Bedürfnis nach Bewegung, nach gleichzeitigem Reiz aller Sinne, soll so befriedigt werden, daß das Drumherum verhindert, daß hinterher ein fader Geschmack zurückbleibt. Das KOMM ist genau die richtige Umgebung dafür, weil hier eben mehr drin ist, als eine isolierte Tanzfläche, auf der man einen Haufen Geld zurücklassen kann und muß. Das KOMM als Ganzes , also nicht nur OCSID, sichert dann den Zusammenhang zwischen Bedürfnisbefriedigung und Emanzipation von der linken körperlichen Verklemmtheit.





SV rot-schwarz KOMM

ARBEITSGRUPPE
"SELBSTVERWALTUNG UND GESELLSCHAFT"

Selbstverwaltete Jugendzentren sind zum politischen Begriff geworden - doch andere Bereiche tun sich mit dem Sich-Selberverwalten noch schwer: So z.B. die Schule, oder gar der Betrieb. Noch schwammiger und komplizierter wird es bei dem Gedanken, ganze Gesellschaften nicht von oben nach unten, sondern basisorientiert von unten, gleich & frei zu organisieren und lebensfähig zu halten.

Parlamente bieten sich als eine Form der Regierung an. Diktaturen mit fernen Zielen werden in Krisen aktuell und halten sich dann lange. Insbesondere autoritäre Systeme, die -wie der Faschismus- aus kapitalistischen Krisen kommen, zeugen von Unmenschlichkeit und Irrationalität. Doch auch der Kommunismus mit seiner Formel "Diktatur des Proletariats" vollbrachte in seiner Geschichte noch keine Glanzleistungen.

Der Traum, die Utopie einer 'neuen' Gesellschaft ist bei uns immer noch lebendig; das, was an direkter Demokratie, Rätesystem, Selbstverwaltung usw. vielen vorschwebt, konnte sich in der Geschichte wegen der Unreife und Widrigkeit der Umstände ja immer nur sehr kurz vor dem Untergang retten: Pariser Commune, spanische Anarchie, Münchner Räterepublik, Chiles und Portugals Revolution deuteten davon immer nur einen Schimmer an. So müssen wir in der Diskussion den Generalzusammenhang als solchen herstellen: Konkrete Lebenszusammenhänge und ihre Beschränkungen (Hierarchie, Bürokratie), die Zusammenhänge der Geschichte der Klassenkämpfe, der Utopien, der Abstraktionen von Gesellschaftsvorstellungen.

Der Einzelne, das Individuum, kommt dabei zu kurz — so lautet zumindest der Vorwurf. Dies gilt es zu verhindern.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe soll dabei auch das Verhältnis der emanzipierten Person zur freien Gesellschaft umreißen.

wenn das nur gut geht:
die einen lassen gott oder den staat walten-
die andern tun sich selbst verwalten.
was kommt dabei raus?

Komm Zeitung

Impressum:

sporadisch erscheinende, jugendeigene Zeitung.
Anschrift: KOMM, Königstraße 93, 8500 Nürnberg, Telefon 22 36 47 und 16 28 55.
Erscheinungstag: selten zu früh und nie zu spät!
Verantwortlich für diese Ausgabe: Siegfried Kärle.
Redaktion:
Angelika, Bernadette, Birgit, Gabi, Norbert, Peter, Roland, Sabine, Sigi & Wolfdieter + Willi + Arno
Mitarbeiter:
Dieter, Disco-Gruppe

Druck: G. Brockmann, Langenzenn
Nicht gekennzeichnete Artikel sind Artikel der Redaktion. Alle Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

Komm-Zeitung

Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums MÄRZ 1980/ Nr 10

Kommunikationszentrum; Königstrasse 93, 8500 Nürnberg, Telefon: 0911/223647, Auflage: 3000 Exemplare. Kostenlos, mit Programmteil

Selbstverpflegung statt Selbstverwaltung?!

TEESTUBE

Alle Gruppen des Hauses leisten gleichwertige Arbeit und tragen ihren Teil zu der Gesamtheit des Hauses bei. Eine Gruppe sollte nicht nach ihrer Verschiedenartigkeit beurteilt werden, sondern in ihrer Wirkung nach innen (Komm) und außen.

So wie bei einem Konzert jeder ein anderes Instrument hat, die Melodie aber durch das Zusammenwirken der Töne entsteht. Wir dachten darüber nach, was uns als Gruppe am meisten zueinander bringt, und da fielen uns vor allem gemeinsames Spielen (im Chai, Govinda und Aich) und gemeinsames Musikmachen ein. Um das Verständnis unter den Gruppen zu verbessern und um einander näher zu kommen, könnten wenigstens unter einigen Gruppen die Mitarbeiter ausgetauscht werden. Wir laden jeden ein, im Chaihaus/Govinda einmal mitzumachen und wir machen Praktikantendienst, Sek-Dienst, Komm-Hilfe etc. Der Kommerz kommt nicht von den

→ S.2 Sp. 2/3

Das Selbstverwaltungsseminar am 23.2. ist gelaufen - und zwar ganz gut! Das Komm hat sich zur Abwechslung mal in Gestalt von über 40 Mitarbeitern gezeigt, die's fertiggebracht haben, in Arbeitsgruppen drei Stunden lang am Thema zu diskutieren oder am selben Spiel zu spielen. Rausgekommen sind ein paar gute Feelings, etliche neue Thesen und Ideen, Erfahrungsaustausch über die Gruppengrenzen hinweg, wichtige Informationen für neue Kommler, gute Zusammenfassungen von Problembereichen, einige handfeste Entscheidungen und last not least ein dickes Abendessen, bei dem sich das Seminar aber merkwürdigerweise verdoppelte.

Hier jedenfalls sind die Arbeitsgruppenprotokolle, sofern sie geschrieben wurden, die dann in die späteren Einzeldiskussionen auf Rat und VV eingehen sollen.

OCSID / DISCO IM KOMM

Wir haben in der dreistündigen Diskussion einen weiten Bogen von der konkreten Situation in der Disco bis zu allgemeinen Selbstverwaltungsproblemen geschlagen.

→ S.2 Sp. 4

SELBSTVERWALTUNG UND GESELLSCHAFT

Ungefähr zehn Leute hatten sich in der Kneipe zusammengefunden, um über dieses umfangreiche Thema zu diskutieren. Nach einer kurzen Beratung, wie das Ganze anzupacken sei, ging es los:

Der erste Fragenkomplex war, inwiefern Selbstverwaltung in der BRD durchführbar und vorhanden ist. Als erstes Ergebnis stellten wir fest, daß es für den Einzelnen keinesfalls

Forts. S. 2 Sp. 1

KOMMPOPULI

Nach der langwierigen Eröffnungsdiskussion stürzten sich, wie erwartet, ca. 2o junge, dynamische zukünftige Komm-Mitarbeiter, Besucher und sonstige Spiellustige auf das ca.3 qm große Spielbrett.

→ S.2 Sp. 3/4

Selbstverwaltung und Gesellschaft ...

möglich ist, sich in unserem parlamentarisch-föderalistischen System selbstzuverwalten: Man hat zwar Möglichkeiten, in der Hierarchie aufzusteigen, ist aber äußerst eingeschränkt. Eine wirkliche Selbstverwaltung (SV) ist nicht durchführbar, da alle Gesetze -so sinnvoll oder sinnlos sie auch sein mögen-, die SV einschränken; eine SV ist daher von vornherein auf einen mehr oder weniger großen Freiraum eingeschränkt. Diesen Sachverhalt stellten wir auch in Bezug auf das Komm fest, das zudem noch vom Klima im Stadtrat und dessen Freigiebigkeit abhängig ist.

Soweit gediehen kam nun die Frage nach Beispielen selbstverwalteter Jugendzentren ins Gespräch: Es wurden angeführt das Eschhaus in Duisburg, das nur die Räume von der Stadt gestellt bekommt, sonst aber gezwungenermaßen finanziell unabhängig ist, das Melkweg in Amsterdam als Beispiel für ein kommerzielles 'selbstverwaltetes' Jugendzentrum und die Nürnberger Stadtteilzentren KuNo und Desi.

Daraufhin stellt sich die Frage nach dem mageren Interesse der 'heutigen Jugend' an Selbstverwaltung. Eine allgemeingültige Antwort war nicht zu finden, aber wir stellten ein paar Thesen auf:

- -Den Jugendlichen fehlt der richtige Elan, da der Schwung der 68er nicht mehr da ist;
- -heute besteht ein Überangebot an Möglichkeiten, seine Freizeit zu verbringen, sodaß vielen Jugendlichen die Alternative SV gar nicht so notwendig vorkommt;
- -durch Werbung usw. sind die Bedürfnisse der Jugendlichen in Bezug auf die Freizeit verändert worden.

Dazu ein Zitat:"Wenn der effektive Nutzen der gleiche ist, ist es den Jugendlichen egal, wie er verwaltet wird."

'Ist die SV auf Bundesebene möglich', ging es dann weiter. Dazu tauchte nur ein Vorschlag auf, nämlich eine SV auf horizontaler Ebene aufzubauen, wie sie heute bereits mit den Netzwerken versucht wird (?).

Das Chaihaus sorgte nun für einen Themawechsel - sie kamen mit Tee herein und brachten das Gespräch auf philosophische Bahnen: Sie behaupteten, das jetzige System sei bereits seit 5o Jahren am Zusammenbrechen! Interessant war auch die Aussage, daß Leute, die am Tag 2o (?) Stunden in nichtselbstverwalteten Bereichen wie Betrieb, Schule oder Familie sind, in den restlichen Stunden nicht so recht in der Lage seien sich selbst zu verwalten.

Nun folgte noch ein kurzer Diskurs über SV in Arbeit und Freizeit ('SV kann nur Mittel zur besseren Organisation sein') und einer über die armen Sekretäre, die sich als Handlanger der SV auch nicht so richtig glücklich fühlen, der in der These gipfelte "SV schafft ein besseres Lebensgefühl". ↳ich schon! (Arno)

Alles in allem war die Arbeitsgruppe erfolgreich - sonderliche Ergebnisse wurden zwar nicht erbracht, aber bei einigen scheint ein besseres SV-Verständnis entstanden zu sein.

Stefan

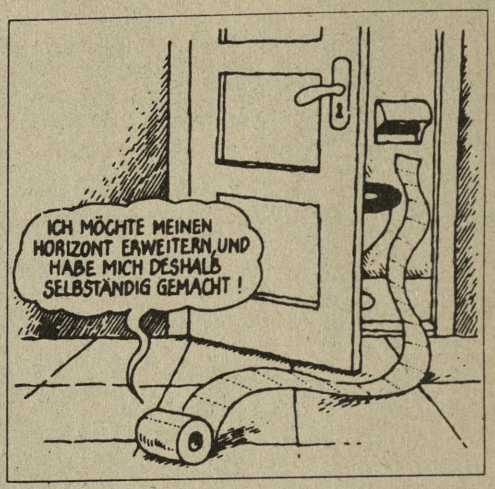
.....

Teestube ...

Gruppen des Komm (z.B. Teestube), sondern wird uns von den Besuchern reingedrückt. Wenn man bei uns z.B. für 1o Stunden Spülen im Govinda 4o.-DM erhält, ist das nicht Kommerz.

Um den Rahmen eines Freizeitzentrums im Komm zu sprengen (Konflikt Arbeit - Freizeit - Fremdbestimmung - Selbstbestimmung) könnte im Komm mehr für die Jugendlichen getan werden, die einen Ausweg aus diesem Konflikt suchen. Das betrifft vor allem die materielle Basis, d.h. grundlegendere Möglichkeiten sollten gelehrt werden, die es den Jugendlichen ermöglichen, durch ihr handwerkliches oder anderes Können sich in Selbstbestimmung ihr Geld zu verdienen, z.B. bei Renovierung, Bau von Möbeln, Töpfern (auch an der Scheibe), Schneidern, Weben etc., sowie in mechanischen Werkstätten.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch Komm-Mitarbeiter nach Aich einladen, die Brotbacken lernen möchten, Möbelrenovierung, vegetarisches Kochen, sowie andere Tätigkeiten bei dem Versuch eines möglichst selbstbestimmten Lebens.



Nachruf von Erwin:

Eines hat mir an dem Seminar ein wenig leid getan: Unsere eigene Sprachlosigkeit und das Erlebnis, daß es zwar den meisten gelingt, sich durch Diskutieren dem anderen verständlich zu machen, aber nur wenige bereit sind, ein Fest zu machen, bei dem die Verständigung ohne Sprache geschieht. Beides ist wichtig, doch ich gebe dem zweiten Vorrang, da ich festgestellt habe, daß eine Verständigung durch Sprache dann leichter fällt, wenn erst eine Verständigung ohne Sprache erfolgt ist (Musik machen, Tanzen, Lachen).

Daher mein etwas kindlicher Vorschlag am Anfang, doch alle zusammenzubleiben, da ich hoffte, wir könnten dadurch ein gemeinsames Feeling erleben.

Kommpopuli ...

Auf diesem waren die wichtigsten Räume des Komm aufgezeichnet. Quer durch die Gänge führte eine Spiellinie, die in jede Menge Stationen aufgeteilt war. Es gab Stationen, wo sich nichts ereignete, rote Stationen, bei denen man Fragekarten ziehen mußte und grüne, bei denen irgendein Ereignis stattfand. Die in der Modefarbe Rosa gehaltenen Fragekärtchen vermittelten mit präzise gestellten Fragen in kürzester Zeit einen umfassenden Überblick über aktuelle Probleme im Komm und regten zu den wildesten Disussionen an. Die Erlebniskarten machten es uns noch heißer.

Erlebnisbericht Nr.1

Zur Verfügung standen zwei Obstkuchen und ein Riesentopf Sahne und dazu sollte ein 'älteres Semester' von der Strasse weg eingeladen werden. Gerannt sind wir zu zehnt bis fast vor die Lorenzkirche. Das Das Resultat war enttäuschend. Man hätte bei der Einladung wohl mehr auf den Obstkuchen als auf das Komm verweisen sollen. Jedenfalls fanden wir nur eine 'Mutter', die wir notgedrungen mittels Arafattuch zum 'Mütterchen' umfunktionierten.

Erlebnisbericht Nr.2

Aufgabe: Nimm fünf Rollen Klopapier, gehe in eine der Arbeitsgruppen und wickle den, der gerade spricht, ein - Klopapier eignet sich schlecht zum einwickeln, zumal sich Peter Hess, der 'Städtische', heftig dagegen sträubte. Nicht mal fotografieren ließ er sich....

Später versuchten wir uns im Rollenspiel. Wir spielten mehrere Probleme des Hauses durch, z.B. Schlägerei in der Kneipe, Heroin-Dealer wird entdeckt, Mann macht Frau an usw. Vielleicht seht ihr die Video-Aufnahme irgendwann einmal im Rat....

Monika

OCSID ...

1. Als Erfahrung der ersten drei Discos hat sich herausgeschält, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der Art der Musik und der Besucherstruktur besteht: je härter die Musik, desto schwieriger wird das Publikum - es werden mehr Frauen angemacht, es wird mehr gesoffen, es sind mehr Amerikaner da.

Nun hat Ocsid ein Programm vorgelegt, mit dem an jedem Freitag eine bestimmte Musik gespielt wird. Es hat sich herausgestellt, daß damit das Geschehen im VV-Raum am besten kontrolliert werden kann (so sollen immer nur solche Platten in der Lautstärke gespielt werden, die auch zum Motto des Abends passen. Damit soll verhindert werden, daß Besucher vergrault werden, die wegen einer bestimmten Sorte Musik aufgekreuzt sind).Das Problem scheint nur darin zu bestehen, daß sich alle ocsid-Leute dann auch tatsächlich an das beschlossene Programm halten.

2. Die Ocsid hat nochmal ausdrücklich betont, daß sie k e i n e Alternativdisco sein will. Was hier anders ist als in den Kommerz-Discos ist das Programm, d.h. daß hier auch mal live gespielt wird, Theater aufgeführt wird, Fotos und Filme gezeigt werden

→

Komm-Zeitung

No. 16+1=17

Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums **Dezember 1980**

Kommunikationszentrum; Königstrasse 93, 8500 Nürnberg, Telefon: 0911/223647, Auflage: 3000 Exemplare. Kostenlos, mit Programmteil

Wir wollen mehr Geld ! wer will das nicht?!

Das Komm - ein Ort, an dem man seinen Lebensunterhalt verdienen kann? Unmöglich - das würde die Kommerzialisierung des Komm bedeuten. Die Leute würden im Komm nurmehr wegen der lumpigen Lappen arbeiten, und nicht mehr aus Spaß an der Freud!

So spricht die Tradition des Komm und seine Grundordnung ("Kein Kommerz im Komm!"). Einer, der morgens die Post austrägt und abends ins Komm kommt, macht also nach dieser Logik morgens Kommerz, weil er da was verdient.

Offensichtlich stimmt da was nicht. Ursprünglich sollte da wohl verhindert werden, daß sich jemand *ohne (entsprechend viel) zu arbeiten* eine goldene Nase verdient. Es ging also um ein *Verhältnis*, nämlich das zwischen arbeitszeit und Ergebnis.

Inzwischen hat man im Komm dieses Verhältnis aus den Augen verloren. Jetzt fällt alles unter die 'Kein-Kommerz'-Regelung, was über die Betreuungsgelder von 5 DM hinausgeht: Wenn jemand mehr als fürs Taschengeld arbeitet, stinkt die Sache zum Himmel.

Kein Wunder: In einem Haus, in dem sich hauptsächlich Leute engagieren, die für ihren Lebensunterhalt an einer anderen Stelle vorgesorgt haben (Schule, Bafög, Job), kristallisiert sich schnell die Meinung heraus, solch schmutzige und korrumpierende Sachen wie Brot-Verdienen aus dem geheiligten selbstbestimmten Freizeitsektor heraushalten zu wollen.

Ich finde, das ist borniert.

Fortsetzung auf S. 2

. . .

Meiner Ansicht nach gehts aber nicht drum, in der *Freizeit* eine Alternative zur entfremdeten Lohnarbeit zu finden, sondern in einem (neuen) *gesamten* Alltag.

Und dazu gehört halt auch die Arbeits-Zeit.

Wenn wir mit dem Komm wirklich eine Alternative zur herkömmlichen Freizeit herstellen wollen, wenn uns Zwänge & Frust nicht ins Freizeit-Komm hineinregieren sollen, dann müssen wir auch so konsequent sein, die Arbeitszeit nicht zu tabuisieren:
Dann müssen wir unsere (durchaus berechtigte) Scheu ablegen und mit *Lebensunterhalt im Komm experimentieren!*

. . .

"Selbstverwaltung..."
Fortsetzung von S.1

Ich weiß zwar nicht genau, wo der Hund begraben liegt, aber wenn ich den Gang der Diskussionen und die Stationen der Kritik, so wie sie geäußert werden, immer wieder durchgehe, drängen sich mir etwa folgende denkwürdige Einsichten auf.

1. Jungfrauen erwachen

Seit sieben Jahren gibt es das Komm in Selbstverwaltung. Seit nicht viel weniger Jahren schlägt sich die Selbstverwaltung kontinuierlich mit zersetzenden Schwierigkeiten herum: Macht, Herrschaftsverhalten, Abgehobenheit, Angst, Desinteresse, Ohnmacht in ihren eigensten Strukturen - Gruppen, Rat, Sekretäre.

Von außen: Belastungen durch Problem- und Randgruppen, durch politische Gruppen und Selbstverwaltungszusammenhänge, die Selbstverständnis, Ideale und Regeln des Hauses in Frage stellen.

Und heute stehen viele Mitarbeiter dem Komm-Alltag so entsetzt gegenüber, als überraschte er sie zum ersten Mal - fremd, undurchschaubar, chaotisch, widersprüchlich und unbotmäßig. Zustände, Kaputtheit, Vernachlässigung hier, Perfektionismus, Cliquenwirtschaft und Funktionäre dort.

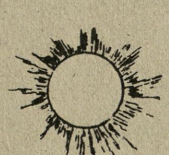
Selbstverwaltung – und kein Ende

Wie jeder anständige alternative Zusammenahng mit Sendungsbewußtsein periodisch in Seminaren selbstkritische Bauchnabelschau betreibt, so kam auch die Selbstverwaltung des KOMM ihrer teuren Pflicht nach. Und das schon zum zweiten Mal in diesem Jahr (siehe Komm-Zeitung März '80).

Einerseits sind manche durch Situationen im Haus erschreckt, die sie auf einen Mangel an Konzepten, Einsatz und Maßnahmen gegen die Zunahme von Problempersonen und -gruppen in den Heiligen Hallen schließen ließen; andrerseits werden jedoch gleichzeitig Tendenzen einer wachsenden Bürokratisierung, Spezialisierung und Perfektionierung auf Seiten der Hauptamtlichen (Sekretäre & Städtische) gesichtet und beargwöhnt.

Kurz: Gründe und Zweifel genug, den Komm-Betrieb für 1 Woche zu stören und sich vom 21. bis 26.Oktober in Klausur zu begeben: Arbeitstage im Komm mit Plenum-Kleingruppen-Plenum und so fort; zur Erholung und zwecks 'zwanglosen Zusammensein' am Wochenende dann aufs Land nach Oberweiling - wo die Erholung und Zwanglosigkeit für manche dann ganz schön anstrengend wurde.

Im großen Ganzen ein Selbstverwaltungsseminar, wie man es sich vorstellt: Gruppendynamisch, mit Anfangsphase, konzentriertem Verlauf und



gespanntem Abschluß. Sogar ein Produkt haben wir daraus mitgebracht: Das neue Ratsmodell (Wer hat es noch nicht genossen?).

Eine Erneuerung der Diskussionsformen auf dem Rat, die jedem Teilnehmer die Atmosphäre gewährt, die er zum Denken und Reden braucht - und das ist für die meisten in Kleingruppen gegeben.
Ergo: die Wiederbelebung des Rats, seine Verjüngung sozusagen, geschieht über die Erweiterung des bisherigen Plenums durch Kleingruppen - Plenum , Kleingruppe, Plenum, wobei sich die jeweils behandelten Punkte auf allen drei Ebenen stets

wiederbeleben.

Alles in allem eine lebendige und abgerundete Sache.
Dennoch, irgend etwas stimmte in ihr nicht ganz und stimmt immer noch nicht.

Fortsetzung auf S.3

OCSID ...

sollen. Das Tanzen soll keinem durch asketische Atmosphäre etc. vermiest werden. Wir haben darüber geredet, daß dies die einzige Art ist, dan Kontakt zum Alltag in die Disco einzubringen, da alles andere - z,B. direkte politische Agitation- die Discobesucher in ihrem Freizeitanspruch nicht ernst nimmt und sie instrumentalisiert.

3. Wir haben darüber geredet, daß gerade im Zusammenhang mit dem vorherigen Punkt die Disco wegen Untätigkeit/Desinteresse an der Selbstverwaltung angegriffen wird.Dabei ist uns aufgefallen, daß mit einer derartigen Kritik (die sich ja nicht etwa an mangelnder Rats-bzw. VV-Beteiligung festmacht) alle Gruppen im Haus über denselben Kamm geschert werden (siehe auch den Teestuben-Artikel). Es ist eine unbegründete Unterstellung, daß die offene politische Agitation dem KOMM mehr hilft, als die Angebotsarbeit z.B. der Disco. Wenn die Disco gut läuft, tut sie fürs KOMM genau so viel wie meinetwegen die KOMM-Zeitung. Der qualitative Unterschied im Charakter darf nicht dazu benutzt werden, alle Gruppen und ihre Arbeit am selben Maßstab zu messen.

4. Wir sind dann auf die Frage gekommen, warum es zwei Sorten von Arbeiten im Komm gibt. Bei den einen denkt man nicht im Traum dran, Mitarbeiterlöhne zu verlangen, bei den zweiten werden sie gern genommen und ausgezahlt (zumindest ist das im KOMM inzwischen üblich). Warum eigentlich? Weil wir glauben, "Scheiß"-Arbeiten mit Geld erträglich machen zu müssen, statt uns drum zu kümmern, diese scheinbar "an sich" bebescheuerten Arbeiten (z.B. Thekendienst) so zu gestalten, daß wir uns damit genauso identifizieren können, wie mit der nächstbesten Kopfarbeit. Wenn's also gelänge, alle Arbeiten so auszuführen, daß sie uns (und nicht nur dem Publikum) Spaß machen, dann bräuchten wir im Komm so schnell keine Arbeitslöhne. Sicher gibt's im Komm einen Haufen Leute, die auch ohne Geld 'schlimme' Arbeiten machen. Und das ist auch gut so - denn zur Jobvermittlung soll das Komm ganz bestimmt nicht werden.

5. Schließlich haben wir dann noch längere Zeit über die Selbstverwaltung geredet, wie über 'Hauptamtliche', die Gruppenbeteiligung an Rat und VV, Miesepetrigkeit/Überlastung der Sekretäre, ihre Macht(?)-Stellung im Haus etc. pp. Was großartig Neues für das ganze Haus ist dabei nicht herausgekommen, sollte es ja auch nicht - wo es dafür doch andere Arbeitsgruppen gab.

Norbert

Komm Zeitung

Impressum:

Die Komm-Zeitung erscheint monatlich kostenlos mit Hausprogramm
Auswärtige Optimisten können Zusendung (schriftlich) anfordern.
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr.0 (es gibt nämlich gar keine)
Die Redaktion trifft sich jedan Freitag um 16.00 Uhr an einem streng geheimgehaltenem Ort in den weitläufigen Räumen des KOMM.
Redaktion: Angelika, Arno, Dieter, Iwan, Norbert, Peter, Roland & Sigi
Mitarbeiter: Clara, Erwin, Monika, Hanne, Stefan
Verantwortlich für diese Ausgabe: Siegfried Kärle
Druck: G. Brockmann, Langenzenn
Auflage: 3 000
Nicht gekennzeichnete Artikel sind Artikel der Redaktion.
Alle Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

Anschrift: KOMM,Königstr.93, 8500 Nürnberg, Telefon 0911/223647

FREUNDLICHE BITTE

Wie ihr gemerkt habt, haben wir diesmal nicht nur das Programm beigelegt, sondern auch noch ein Extrablatt, mit dem wir uns erstmals auf die Ebene der internationalen Politik wagen.
Wir würden uns -wie immer übrigens- freuen, wenn ihr dazu eure Ansichten aufschreiben und uns zukommen lassen würdet. Wir haben nämlich das Gefühl, daß unser Horizont bisher doch immer recht begrenzt war - und daß solche Diskussionen vielleicht doch nicht ganz so unwichtig sind. Der Dritte Weltkrieg ist kein Pappenstiel- und der Versuch, mit weltpolitischem Muskelspiel die inneren Verhältnisse zu ordnen, ganz gewiss auch nicht.

INNEREIEN

In der letzten Zeit hat's bei uns in der Redaktion öfter mal gekracht: Und zwar um die Person der Angelika von der SDAJ.
Es kommt halt immer wieder zu denselben Auseinandersetzungen und da mußte jetzt entschieden werden, daß Zensur und Rausschmeißen bei uns nicht drin sind; jedenfalls dann nicht, wenn die Betreffenden kontinuierlich in der KoZe mitarbeiten.
Wir haben uns daher geeinigt, Angelikas Artikel in Zukunft schon im Ansatz zu diskutieren und nicht erst dann, wenn sie schon fertig sind.
Das Chaos in dieser Redaktion nimmt eh langsam überhand. (Im Sazz-Studio auch - d.S.)
Bis zum nächsten mal

Eure Redaktion

„Linke Szene in Nürnberg"

... war das Thema der letzten CSU-Langwasser Veranstaltung.
Da die "alternative Linke" im KOMM", wie Angelika von der SDAJ in dieser Ausgabe schreibt, sich wohl langsam'mit der JU arrangiert,' waren dann auch so an die 1o aktive KOMMler gerngesehene Gäste und angenehme Diskussionspartner auf besagter Veranstaltung.

Daß die Linke so erfolgreich sei, ließ die CSU verlauten, liege an der Leistungs und Konsumfixierung dieser Gesellschaft, in der 'scheinbar' nur noch die Linken moralische Orientierung böten. Die Attraktivität der Linken - so mußten wir uns bedanken - ist also gerade dem Leistungsdruck geschuldet, den ebendiese CSU mit ihrem Kultusministerium an Bayerns Schulen durchsetzt. Doch das,erfuhren wir, sei es nicht, was den Schülern schade. Viel schlimmer - so mußten wir hören - sei die Verarschung eines Gesichtes' am Anschlagbrett der Fachoberschule,welche die z.T. volljährigen 'Kinder'(CSU-Jurist) manipuliere.
(Wer sich nicht vor dem schwarzen Mann fürchtet, kann das inkriminierte Machwerk in der März-Nummer des 'plärrer' begutachten)
Aber nicht nur - so lernten wir das fürchten - in der FOS, sondern im gleichfalls städtischen Jugendzentrum für politische Bildung mangelt es an staatserhaltenden Aktivitäten.
Unverzeilich daher, daß die JU als einzige - wie sie versicherte - nicht staatsabträgliche Jugendgruppe, es bisher noch nicht einmal versucht hat, mit einem freiheitlichdemokratischengrundordentlichen Beitrag die verlorene Jugend zurückzuholen.
Eigene Kurse, wie fälschlicherweise in dem Zeitungsausschnitt steht *(siehe unten)* kann die JU im JZ natürlich nicht einbringen; das wäre ja die pure, von ihnen selbst bekämpfte Parteipolitik in öffentlichen Bildungseinrichtungen.

NN, Samstag/Sonntag, 1./2. März 1980

Politisches Niemandsland?

Die Fachhochschule Nürnberg (FOS) im Haus der Gemeinschaftsschule Langwasser ist fest in der Hand linker Unterwanderer.

So pyramidest beurteilte die CSU des Stadtteils sinngemäß die Lage vor Zuhörern aus den eigenen Reihen, aber auch vor Lehrern und Schülern der FOS und anderen Engagierten in der Jugendarbeit. Ein Plakat am Schwarzen Brett der Schule hatte zu dieser Einschätzung der Christsozialen geführt, weil es in Text und Bild den Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß „vorsätzlich beleidigt" habe. Es wurde — wie berichtet — am 8. Februar auf Betreiben der CSU aus der FOS entfernt.

Die Gräben im Auditorium taten sich schnell auf, als CSU-Stadtrat Alfred Lösch seine Sicht der Dinge kundtat: „Es gibt keinen qualitativen Unterschied zwischen diesem Plakat und dem Nazi-Kampfblatt „Der Stürmer." Seine Partei begrüße zwar das Bildungsangebot der Fachoberschule, beobachte jedoch die politische Tendenz der meisten Lehrer und Schüler beunruhigt. Aus dem Vorfall will die CSU ihre Konsequenzen ziehen und eine disziplinarrechtliche Voruntersuchung beantragen.

Auf die Mündigkeit ihrer meist volljährigen Schüler bauen dagegen die anwesenden Pädagogen. Diese „Mischung aus ästhetischer Provokation und einem Faschingsscherz" kann ihrer Erfahrung nach politische Ansichten nicht ohne weiteres auf den Kopf stellen. Der „Plakat-Krieg" habe vielmehr erfreuliche Lerneffekte gezeitigt: ein Teil der Schüler verfaßte eine Resolution für die Strauß-Darstellung, die eine Gegenresolution nach sich zog. Die Lehrer sehen darin einen Beweis für eine mögliche fruchtbare Diskussion, die an der FOS „auch ohne (un)Genehmigungs-Stempel des Direktors" (so ein Dozent des Jugendzentrums) weiterhin möglich sein soll.

Diese Auffassung stieß bei den Kommunalpolitikern der CSU jedoch auf keine Gegenliebe. Alfred Losch sagte: „Die Schule ist dazu da, Qualifikationen zu vermitteln. Politische Auseinandersetzungen gehören weder ins Klassenzimmer, noch an den Arbeitsplatz."

Das eigentliche Thema der Veranstaltung „Die linke Szene in Nürnberg", die Johannes Geiger (CSU) zwischen KOMM und Meisengeige ansiedelte, klang lediglich in einem Kurzreferat von Gerhard Ferling (Junge Union) an. Er führte den Erfolg linker Gruppierungen bei der Jugend auf ein überzogenes Leistungsdiktaten zurück, das Fragen nach dem „Zweck des Lebens" keinen Raum mehr lasse.

Gleichzeitig prangerte Ferling aber Einrichtungen wie das Jugendzentrum für politische Bildung in Nürnberg an, das mit seinem Programm tatsächlich „Anleitungen für alternative Lebensformen" geben und sich mit Faschismus und Marxismus auseinandersetze. Ein Vertreter des JZ reagierte mit dem Angebot, die Junge Union könne jederzeit im Programm eigene Kurse anbieten.

*

Die Quintessenz der CSU-Forderungen muß wohl lauten, die Schule soll zum politischen Niemandsland werden, aus dem Diskussionsbeiträge jeglicher Färbung verbannt bleiben. Die Frage bleibt offen, wie Schüler nach dem Willen der Staatsordnung zu mündigen Staatsbürgern erzogen werden können

C.S.

DAS FASS IST ÜBERGELAUFEN !!!

I. Problembeschreibung
II. Streik
III. Lösungsansätze
IV. Handlungskonsequenzen

I. Die Situation im KOMM hat sich im Laufe des letzten Jahres zugespitzt. Viele öffentliche Bereiche wie Kneipe, Cafe, Festsaal, Disco u.a. sind zunehmend betroffen von Aggressionen und Gewalthandlungen verschiedener Besucher oder Besuchergruppen: Frauenanmache, Rempeleien, Streitereien, Provokationen, Schlägereien usw.

Weiter nimmt der unbeherrschte und exzessive Drogenkonsum (Alkohol, Shit, Tabletten, Trips etc.) in diesen Bereichen - wie im ganzen Haus - erschreckend zu. Und zwar in einem Mass, das die Stimmung dort immer öfter umkippen läßt und die Arbeit und die Absicht der dort Betreuenden SV-Gruppen - ein sinnvolles, aktivierendes und billiges Freizeitangebot herzustellen - einfach zunichte macht. Obendrein gefährden diese Situationen, die auch nach außerhalb des Hauses in eine vielleicht wohlgesinnte, aber zunehmend besorgte Öffentlichkeit dringen, die eh schon schwierige Stellung unseres Hauses, unserer Selbstverwaltung, unserer politischen Vorstellungen in der Stadt.

So ist es dazu gekommen, daß die Angebote der öffentlichen Bereiche durch die Verhaltensweisen vieler Besucher immer mehr zu bloßem Konsum verkommen, die Aktivitäten der Mitarbeiter im SEK, in Kneipe, in Cafe, Disco etc. zu Gratisdienstleistungen, die sie dem "König Besucher" gefälligst zu erbringen haben. In extremen Fällen geht diese Tendenz soweit, daß die Mitarbeiter des KOMM sprachlich und körperlich bedroht werden, wenn sie Besucher auf ihre kaputten, arroganten und belästigenden Verhaltensweisen und "Wünsche" aufmerksam machen und versuchen, die minimalen Regeln zum solidarischen Umgang miteinander zu vermitteln und durchzusetzen. Das sie dabei obendrein noch wenig bis gar kein Verständnis oder Unterstützung bei den anderen Gruppen des Hauses gefunden haben, verschärfte diesen Mißstand bis ins Unerträgliche.

Dadurch wurde auch deutlich, daß der Gesamtzusammenhang des KOMM in Selbstverwaltung eine gefährliche Spaltung erfahren hat, bei der unsere Ziele und Inhalte (Steckbrief, Dokumentation etc.), ganz oben an der Selbstverantwortlichkeit und Solidarität, auf der Srecke bzw. auf dem geduldigen Papier zu bleiben drohen. Gemeint ist die Aufsplitterung des KOMM in Dienstleitende, in Gruppen des Hauses und in die Besucher. Welche Folgen das im Einzelnen haben kann, wird klar, wenn Sekretäre / Hauptamtliche oder andere "Diensthabende" als Führer, Diktatoren, Hitlers beschimpft werden oder Selbstverwaltungs- bzw. Vollversammlungsentscheidungen als "Willkürherrschaft" bezeichnet werden.

Kurz und gut: Die Lage ist beschissen, aber nicht aussichtslos.

Es ist nämlich nicht so, daß uns diese Widersprüche erst heute klargeworden wären. Vielmehr existieren sie seit Beginn des KOMM und das unglückliche Bewußtsein darüber hat sich immer wieder in Seminaren und vorübergehenden Denkpausen (in denen das Haus auch geschlossen war) Luft gemacht. Es ist aber vielleicht so, daß insgesamt die Zeiten rauher geworden sind, daß mehr und mehr Leute ausflippen, daß Gewalt und Aggressionen hier, Hoffnungslosigkeit dort, in dieser Gesellschaft, in den Städten häufiger und stärker geworden sind. Und das drückt eben auch in unser Haus hinein, macht Selbstverwaltung, Offenheit und Toleranz schwieriger. Das ist keine Resignative Entschuldigung, aber womöglich ein Stück Erklärung dafür, warum es hier manchmal so zu geht. Trotzdem ist dies nur eine Seite. Die andere:

II. ..... Streik !

Nach der letzten Eskalation der "beschissenen Verhaltensweisen" (kiffen, checken Blut und Tränen) eines Freitags (3.7.81) hat sich das Sekretariat, besonders die Betroffenen Dienstleistenden, spontan, d.h. nach kurzer Diskussion dazu entschlossen, seine überstrapazierten Dienstleistngen für eine Woche einzustellen. Die folgende VV vom 7.7.81 hat dann nach eingehender Diskussion zugestimmt, einen Notdienst zur Vermittlung des Problems an die Besucher und nichtinformierten Mitarbeiter einzurichten, die Angebote des Hauses (Kneipe, Cafe, Disco, Teestube etc.) einzuschränken und dem SEK den Arbeitauftrag gegeben, die Situation zu diskutieren und Lösungsansätze und Maßnahmen zu erarbeiten und vorzuschlagen.

Das der Notdienst vereinzelt eine ähnliche Erfahrung mit problematischem Verhalten machen mußte, wie sie die Dienstleistenden alltäglich machen, hat die Bereitschaft zu einschneidenden Veränderungen und bislang unüblichen und unbeliebten Maßnahmen vielleicht erhöht.

SEK, Praktikanten und betroffene Mitarbeiter haben sich in dieser Woche lang und oft zusammengesetzt, ihren Frust und Aggressionen, ihre Erfahrungen, Erwartungen und Einschätzungen zu diesem Haus ausgepackt. Dabei wurde eine Fülle von möglichen Veränderungen im Haus diskutiert, und zwar:

a) strukturelle, die auf den Charakter des gesamten Hauses, auf seine Organisation Einfluß nehmen,
b) Bereichs- oder Problembezogene (der Übergang ist selbstverständlich fliessend), z.B. Vorführen von Filmen in der Kneipe einerseits, Verstärkung der drogenspezifischen Kontrollen in Toiletten, Gang, Stahlgitter und "Dr. Bitch" andererseits.

Das es sich dabei in der Mehrzahl um Vorschläge und Maßnahmen handelt, die eigentlich - schon lange bekannt - zu den alten Regeln und Absichten des Hauses gehören, und die im allgemeinen Bewußtsein in der Zwischenzeit etwas untergetaucht sind, ist uns ebenfalls nach und nach klar geworden. So tauchten auch wieder "radikale" Maßnahmen aus der guten alten Zeit auf:

III. "Lösungsansätze"

- Kein Alkohol mehr im KOMM! Besonders empfindlich wäre die Kneipe davon betroffen, sie müßte ihren ganzen finanziellen und organisatorischen Betrieb umstellen. Außerdem gibt es immer noch ein paar Leute, die ganz gerne und im besten Sinne ihr Bier dort trinken.
- Einschränkung und teilweise Abschaffung DER Konsumbereiche im Haus: Cafe, Disco, Kneipe, Konzerte, Chaihaus.
- Off limits für amerikanische Besatzer, orientalische Frauenanmacher und Penner/Sandler aller Nationalitäten.
- Off limits für Scene-Angehörige und solche, die überhaupt nur danach aussehen.
- Hausverbote für Kiffer, die sich im und ums Haus herum nicht beherrschen können.
- Wiedereinrichtung einer KOMM-Polizei! Bedenkt die schlechten Erfahrungen, die seinerseits damit gemacht wurden.
- Ausgabe von Mitgliedsausweisen und Kontrollen an den Eingangstüren. Vergleicht das Melkweg in Amsterdam.
- Pflichtbeteiligung der Gruppen an den Wochenenddiensten; vergleichbar mit Ratsanwesenheitspflicht und Großkampftag.
- Sofortiger Raumentzug für Gruppen im KOMM, die nach ein oder zweimaliger Verwarnung durch das Sekretariat, Rat und VV ihre Gruppenpflichten weiter vernachlässigen bzw. den Anordnungen des Sekretariats keine Folge leisten.
- Haus zu am Sonntag! Gilt generell für alle Bereiche: Veranstaltungen, Seminare, Chaihaus, Cafe usw.
- Öffnungszeiten: Hausöffnung für Besucher und Gruppenaktivitäten generell erst ab 18.00 Uhr.
- Kompromislose Durchsetzung der Hausregeln durch das Sekretariat (und Praktikanten) gegen mögliche Verstöße; notfalls mit Gewalt und/oder Polizeihilfe.
- Freihalten der Eingangstreppe mit allen möglichen fantasievollen oder -losen Mitteln (Wasser, Stinkstoffe, unsanfte Türöffnung, entschiedene Ansprachen etc.)
- Räumungsaktionen der Dienstleistenden (8-15 Leute) gegenüber Personen, die als ganze Gruppen das Klima im Haus negativ beeinflußen (Säufer, Scene, Lautstärkeverbrecher, Anmacher, Schnorrer, etc.)

- Belebung aller öffentlichen Bereiche mit inhaltlichen Aktionen und Angeboten, die dem passiven und Konsumverhalten der Besucher etwas entgegensetzen: Experimentalfilme in der Kneipe, Videoaktionen im Eingangsbereich/Cafe, Handwerkliche und künstlerische Aktivitäten in den Gängen, Gruppenaktivitäten auch außerhalb der Gruppenräume.
- Verstärkte Mitarbeiterbesprechungen und solidarisches, einheitliches Verhalten bei der Betreung der Gruppen und Angebotsbereiche.

IV. Handlungskonsquenzen: hier und jetzt.

Der oben erstellt Katalog ist ein Sammelsurium von Maßnahmen, die sicher nicht alle erfolgversprechend, noch wünschenswert sind, wenn wir uns darauf einigen, daß wir ein selbstverwaltetes, politisch fortschrittliches Kommunikationszentrum mit Leben, Spannung und Auseinandersetzung sein wollen; und ni cht ein Eliteschuppen mit Gesichtskontrolle oder gar ein Tagungszentrum.

Dennoch hat die bisher praktizierte Toleranz, Verständigkeit und Helfermentalität gegenüber konsumfreudigen Besuchern und Problempersonen beinahe unsere eigene Lust und Lebensqualität in diesem Haus aufgesogen.

Daraus haben wir jetzt, kurz vor der Sommerpause, Konsequenzen gezogen, die wieder mal ein Anfang sein sollen (auch nach der Sommerpause gehts weiter!):

1. Generell wird eine härtere Gangart in Sachen Regeldurchsetzung, Information und Kontrolle eingelegt.
2. Das Haus bleibt Sonntags, einschließlich Chai-Haus und Cafe, ganz zu.
3. Zwischen Tages- und Abendbetrieb wird eine Pause eingelegt, die der Erholung, der Besprechung und dem Erfahrungsaustausch der jeweiligen Mitarbeiter dienen soll, die an dem Tag irgendwo im Haus Dienst machen (Mitarbeiter, die zwar an diesem Tag keinen Dienst machen, aber ernstes Interesse an einer solchen Dienstbesprechung haben, ist der Zutritt nicht verwehrt). Während dieser Zeit, z.Zt. von 17-18 Uhr, ist das KOMM für alle anderen zu. D.h. ab 16.45 Uhr werden die Besucher und andere Mitarbeiter gebeten, das Haus zu verlassen, und zwar freundlich, aber entschieden - ohne Ausnahme.

Da es sich hierbei um eine Neuregelung handelt, werden wir zunächst oft auf Unverständnis stoßen. Wir halten diesen "Termin" - eine strukturelle Veränderung des KOMM - aber für so wichtig, daß wir auf eine ausnahmslose Durchsetzung dieses Einschnittes bestehen. Nach einiger Zeit werden sich die KOMMler daran gewöhnt haben. Schließlich werden sie dann auch eher vorbereitete und freundlichere Dienste vorfinden. Wir wollen danach das Haus gemeinsam aufmachen und im Bewußtsein von Kollektivität und Solidarität sinnvolle Dienstleistungen bringen. - Hoffentlich.

4. Bei Rockkonzerten im Festsaal wird in Zukunft nach Maßgabe der Diensttuenden an diesem Tag im ganzen Haus kein Alkohol ausgeschenkt. D.h. bei bestimmten Konzerten an bestimmten Tagen, die den Verdacht nahelegen, daß es zu regen Alkoholmißbrauch kommt, wird in der Teamsitzung der Stab darüber gebrochen.
5. Kompomislose Durchsetzung der gültigen Regeln im KOMM durch die Teams (SEK, Praktikanten, Bereichsbetreuung).

a) Kiffen im Haus, Checken im Haus, Dope-Infos über mögliche Käufer oder Verkäufer im Haus (dies gilt auch für Mitarbeiter): nach einmaliger Verwarnung (Vorwarnung) ,olgt Hausverbot. Die Aufhebung erfolgt nur auf der SEK-Besprechung. Besonders kontrolliert

werden die Tabuzonen Dr. Bitch, Stahlgitter (1. Stock), Christen - Keller, Gänge, Kneipe, Cafe, Tischtennisplatte, Toiletten.

b) Oben genanntes gilt für illegale Drogen allgemein und für Tableten jeglicher Art ohne Vorwarnung.
Akohol darf nur in der Kneipe, Disco, Hinterzimmer oder ähnlich geeigneten und Betreuten Bereichen genossen werden. Keinesfalls auf den Gängen, im Cafe und im Chai-Haus.
Schnaps und ähnlich harter Alkohol sind im KOMM generell verboten, d.h. er wird durch den Dienst abgenommen und verwahrt. Bei Verweigerung erfolgt die Aufforderung, das Haus zu verlassen.

c) Zuguterletzt:
Die Anweisung der Dienste (SEK, Praktikanten, Bereichsbetreuung) sind zur Zeit unbedingt zu befolgen. Widerspruch und Beschwerde ist jeweils auf den SEK-Besprechungen, auf dem Rat und auf der VV einzubringen - sonst nirgends.
Bei Verweigerung bzw. Ablehnung der Aufforderung bzw. bei Bedrohung der Diensttuenden, wie selbstverständlich auch anderer Mitarbeiter und Besucher im Haus, werden schnell und ohne Diskussionen Hausverbote ausgesprochen und entsprechend durchgesetzt (s.o.) - Wie häßlich!

Soweit, sogut. (oder so schlecht?)

Auf gute Zusammenarbeit mit neuer Freude und in Geborgenheit

i. A. des Sekretariats

Wolfgang, Sabine, Atze, Hannes, Dieter

ORGANISATIONSMODELLE und SELBSTVERWALTUNG

Selbstverwaltung

findet ihren Ausdruck nicht allein in den Tatsachen, daß

- die Gruppen im KOMM weitgehend unabhängig ihre Ziele und Arbeit selbstbestimmen
- Möglichkeiten der Interessenvertretung wahrgenommen werden und
- der Anspruch politischer Autonomie erhoben wird

sondern verlangt auch Verfahrensformen, Regeln, nach denen die Interessen zwischen den verschiedenen Gruppen und Ideologien ausgetragen und Vereinbarungen getroffen werden.

Diese Regeln sind in dem Selbstverwaltungsmodell des KOMM, bzw. in der sogenannten Grundordnung festgelet. Diese wurde in der Vergangenheit mehrmals den inneren und äußeren Anforderungen entsprechend verändert. Die folgenden Dokumente belegen einige dieser Grundordnungsstationen:

1) Die allererste "KOMM-Zeitung) wurde Anfang 1974 einzig zu dem Zweck erstellt, Klarheit über 2 konkurriende Organisationsmodelle zu schaffen. Zwei rivalisierende ideologische Lager hatten auf jeweils der Hälfte der Zeitung die Chance, ihre Argumente darzustellen.
   Das eine der beiden Modelle strebte einen von der Stadt 'unabhängigen Trägerverein' an, der seinerseits Personal einstellen sollte. Dieses war ferner durch stärkere direktdemokratische Züge gekennzeichnet (alle Entscheidungen sollten in der Vollversammlung getroffen werden).

   Im anderen Modell wurde die Stadt als Träger eines selbstverwalteten KOMM akzeptiert. Weiterhin sah dieses Modell, unserem heutigen ähnlich, Formen der Delegation von Entscheidung und Verantwortung vor, damit eher kontinuierliche und effektive Arbeit ermöglicht wird. Die Vollversammlung blieb aber auch in diesem Modell oberstes Beschlußgremium.

2) Die Entscheidung für das 2. der genannten Modelle fiel am 25.1.74 auf einer mit ca. 250 Teilnehmer besuchten Vollversammlung. Hierüber berichtet unter anderem ein Blatt mit den verschiedenen Zeitungsausschnitten.

   Nicht belegt sind hier Änderungen

   - die bereits wenige Monate später in den Verhandlungen mit der Stadt ausgehandelt wurden, als der Kulturausschuß zum ersten Mal seine Billigung zum Selbstverwaltungsmodell geben sollte (Kulturausschuß März 74)

   - die ein Jahr später aufgrund der ersten längeren Praxiserfahrungen dem Kulturauschuß auf Wunsch der Selbstverwaltung vorgelegt wurden (Kulturausschuß Nov. 75);

   - und die auch später immer wieder diesen Ausschuß des Stadtrates beschäftigten. (Seit 1978 sollen wichtige Veränderungen im KOMM auch dem Jugendwohlfahrtsausschuß vorgelegt werden).

3) Den aktuellen Stand belegt die Grundordnung aus dem Jahre 1979, die auf Betreiben der Stadt, nach etwa zweijährigem Ringen zwischen der Selbstverwaltung und dem Amt für kulturelle Freizeit, dem Rechtsamt, dem Organisationsamt... ächtz - stöhn ...zustande kam.

   Den Anlaß zu einem heftigen Konflikt um den sich auch ein spezielles Seminar drehte lieferte das sogenannte Kett-Papier.(S. Kett ist der Leiter der für das KOMM zuständigen Dienststelle 'Amt für kulturelle Freizeit').

Kennzeichnend für diese neue Grundordnung, die im wesentlichen aus 2 Teilen besteht (einem städtischen und einem Teil Selbstverwaltung) ist die stärkere Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen diesen Partnern.

Die Stadt wollte, daß eine Reihe von Regeln und Vorschriften, die für alle städtischen Einrichtungen gelten, für die Selbstverwaltung des KOMM ausgesetzt werden. Andererseits sollte aber auch die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Stadt (im rechtlichen Bereich, in der Zuständigkeit für das Gebäude und dessen technischer Sicherheit) klar benannt werden.

Auf Seite der Selbstverwaltung wurde darum gekämpft, daß nicht zuviele Einschränkungen angenommen und Grundgesetz und Gemeindeordnung, die ohnehin überall gelten, hier noch einmal nachgebetet werden müssen.

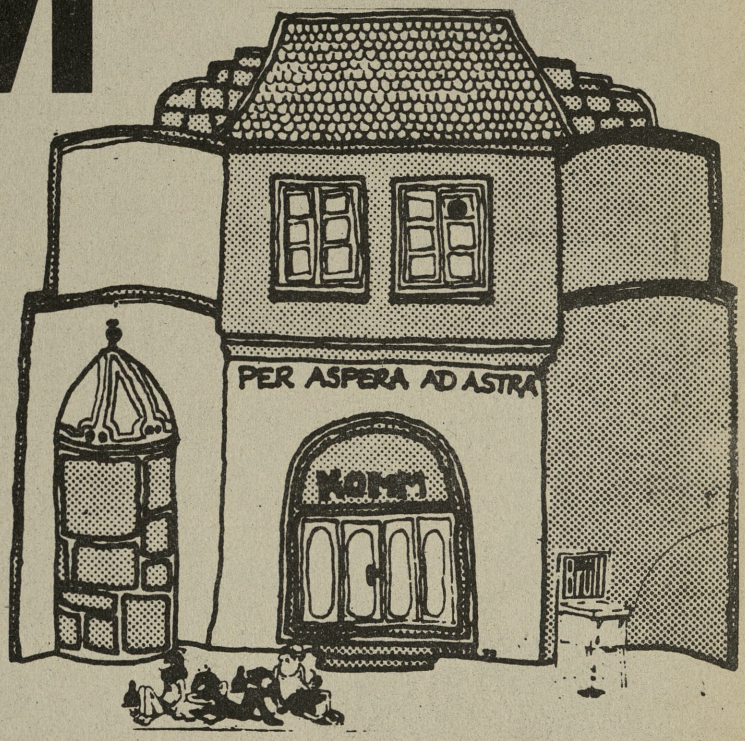
Generell wurde die Unabhängigkeit der Selbstverwaltung mit dieser Grundordnung grösser; z.B. im finaziellen Bereich, der Entscheidung größerer Anschaffungen und der Einstellung nichtstädtischer Mitarbeiter.

Die Geschichte der Grundordnung wird zum Schluß diesen Teiles in einem Artikel von Heinz Öben (städtischer Sekretär) nochmals zusammengefaßt. Dabei werden auch die neueren Entwicklungen wie z.B. die Auseinandersetzung mit der Bezirksregierung, die diie Selbstverwaltung als nicht Verfassungskonform mit der bayerischen Gemeindeordnung bezeichnet hatte.

Jugendzentrum/ Kommunikationszentrum

KOMM

Zeitung Nr.1



Wie verwalten wir unser Haus?
kommt zur Abstimmung über

2 SELBSTVERWALTUNGS-MODELLE

am Freitag 25.1.74 um 18.00 h

Italiano **Türkce** **Español**

"KOMM" sizin'de evinizdir. Bunu nasil idare edecegiz? 25.1.1974 Cuma günü saat 18 de degisik kendi kendini idare sekli hakkinda oylama yapilacaktir. Daha etrafli bilgiyi Könidstr.93 nolu binadaki 5 numarali yabancilar odasindan alabilirsiniz.

Amici Italiani! Anche noi possiamo incontrarci e partecipare alle attivitàsocio-ricreative. Il venerdi, 25 gennaio, alle ore 18 si discuterà l'autogestione. Per informazioni rivolgersi alla camrera 5. Il centro comunicazione si trova vicino al cinema italiano, Königstr. 93.

El "KOMM" es vuestra casa tambien. Como la administraremos? La votación sobre dos modelos de autoadministración es el viernes (25 - 1) a las ó de la tarde. Información más exacta en el cuarto Nr. 5, Centro de comunicación, Königstr. 93.

Wie lief die Entwicklung des KOMM ?

Im Juli dieses Jahres fand im Künstlerhaus der Probelauf für ein "Kommunikationszentrum" statt. Nach dem Besuch von ca. 20.000 Besuchern, vorwiegend Jugendlichen, haben wir uns für die baldige Fortsetzung dieser Einrichtung eingesetz.

Weil viele bautechnische und feuerpolizeiliche Auflagen erfüllt werden mußten, konnte das Haus bis Weihnachten nicht eröffnet werden. Diese praktische und theoretische Arbeit wurde von einer Gruppe getragen, die sich nach demProbelauf für die Mitarbeit am KOMM interessiert hatte. Anfang Oktober haben wir, stellvertretend für viele Nürnberger Jugendliche, inhaltliche und organisatorische Festlegungen getroffen. Wir haben uns für Selbstverwaltung und ein Vollversammlungsmodell als oberstes Beschlußgremium entschieden. Dieses Modell sollte bis zur Eröffnung konkret ausgearbeitet werden.

Der politische Arbeitskreis (PAK) hat die Ausarbeitung einer Zielbestimmung des KOMM vorgenommen.

Während in der Zielbestimmung weitgehend Einigkeit besteht, entwickelten sich unterschiedliche Meinungen in Bezug auf die Frage der Abhängigkeit von der Stadt.

Auf welche der beiden Oragnisationsformen, Trägerbasis "Stadt" oder Trägerbasis "e.V." (eingetragener Verein) kann Selbstverwaltung am konsequentesten verwirklicht werden ? Im folgenden werden beide Modelle vorgestellt.

FÜR EIN FREIES SELBSTVERWALTETES KOMM OHNE STADTAUFSICHT

Begriffserklärung:

KOMM kommt von Kommunikationszentrum, was ein anderer Name für Jugendzentrum sein sollte, da es in Nürnberg schon ein Jugendzentrum gibt, mitdem wir sehr wenig anfangen können.

Das KOMM muß zu einem Haus werden, indem jeder nürnberger Jugendliche seine Interessen selbst bestimmen kann.

Hierzu legen wir folgendes Modell einer Zielbestimmung und Satzung vor:

VORSCHLAG FÜR EINE SATZUNG DES KOMM e.V. ALS TRÄGER EINES UNABHÄNGIGEN UND SELBSTVERWALTETEN KOMM.

§ 1 Prämabel

Die Vereinigung KOMM e.V. setzt sich zum Ziel, ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum für deutsche und ausländische Jugendliche zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gemeinsam und solidarisch unsere Freizeit zu organisieren und uns Klarheit über unsere Situation in Betrieb und Schule zu verschaffen.

Die werktätigen Jugendlichen werden nicht nur besonders ausgebeutet, sie sind nicht nur rechtloser als ihre älteren Kollegen, ihre Lage ist auch außerhalb von Fabrik und Büro besonders elend.

Die Wohnungsnot der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der ausländischen Arbeiter wirkt sich für die Jugendlichen verschärft aus. Ein großer Teil von ihnen hat kein eigenes Zimmer, indem sie sich nach der Arbeit erholen, geschweige denn mit Freunden zusammen sein können.

Discotheken-, Kino- und Kneipenbesitzer, die gesamte Freizeiti ndustrie, setzt uns ein Angebot vor das sich nur soweit nach unseren Bedürfnissen richtet, als es ihnen möglichst viel Geld einbringt. Niemals können wir selbst bestimmen, sondern müssen aus einem vorgegebenen Angebot auswählen und teuer dafür bezahlen. Die Freizeitmacher lassen uns nicht zum Nachdenken über unsere Situation kommen, sondern versuchen durch ihr Freizeitkonsumangebot von unseren konkreten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen abzulenken. Unter dem Vorwand uns wohlverdiente Entspannung zu liefern, machen sie uns fit für den nächsten Tag, der wieder in einen wohlverdienten Feierabend enden wird.

Es sind jedoch nicht nur die unverschämten Preise, unser Widerstand richtet sich vor allem gegen ein Freizeit"angebot", daß jedes gemeinsame Handeln zerstört, jeden Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung einzunebeln versucht.

Viele von uns sehen als einzige Möglichkeit ihre Schwierigkeiten in Beruf und Schule durch Shitrauchen und saufen zu vergessen. Das nützt doch demjenigen, der in der Fabrik arbeiten läßt, der die von uns produzierten Waren an sich nimmt, um diese dann auf dem "Markt" wieder an uns zu verkaufen. Wir begenen also in der Freizeit demjenigen wieder, der den Lohn bezahlt und der den Freizeitbereich genauso beherrscht, wie die Verhältnisse in der Fabrik.

Diese viele Widersprüche im Arbeits- und Freizeitbereich, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft zeigen, lassen sich auf einen grundsätzlichen Widerspruch zurückführen, den Interessengegensatz zwischen der Klasse der Produktionsmittelbesitzer und der Klasse der Lohnabhängigen. Jeder von uns, ob Lehrling, Arbeiter, Schüler oder Student ist früher oder später gezwungen seine Arbeitskraft an den Unternehmer zu verkaufen. Mit unserer Arbeitskraft stellen wir die Waren her die den Reichtum der Gesellschaft bilden.

Aufgrund dieser Einsicht und aufgrund der Tatsache, daß wohl kaum einer von uns zur Klasse der Kapitalisten gehört, muß es unsere Aufgabe sein uns mit der Arbeiterklasse zu solidarisieren, konkret heißt dies für uns die Interessen der arbeitenden Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen. Wir müssen innerhalb des KOMM eine Politik verfolgen, die sich in die Kämpfe der Arbeiterklasse um bessere Lebens- Ausbildungs- und Arbeitsbedinungen praktisch und theoretisch einreiht.

Das Prinzip der Selbstverwaltung, d.h. die Entscheidung über die Verwendung des von der Stadt gestellten Etats, die Programmgestaltung und Organisation des Hauses durch uns Jugendliche selbst, schafft dem gegenüber die Voraussetzung dafür, daß wir Jugendliche uns gemeinsam über unsere Lage auseinandersetzen und diese aktiv zu verändern lernen.

Selbstverwaltung heißt, daß wir Jugendliche selbstsständig auf der Grundlage einer basisdemokratischen Diskussion darüber entscheiden können, wie wir unser KOMM organisieren wollen. Deshalb werden alle wichtige Entscheidungen in die Hände der Vollversammlung gelegt. Die Arbeitsausschüsse, über deren Einrichtung wir ebenfalls gemeinsam entscheiden, sollen uns Jugendlichen die Möglichkeit geben, uns gründlich über jene Fragen, die im Mittelpunkt unseres Interesses stehen zu informieren. Das Kommunikationszentrum soll freier Versammlungsort und Stützpunkt der Aktivitäten von uns Jugendlichen sein, es steht allen Jugendlichen und ihren politischen Organisationen offen, die sich mit diesen Grundsätzen einverstanden erklären und sich aktiv für die Interessen von uns Jugendlichen einsetzen. Die Veranstaltungen, die diese Organisationen im Kommunikationszentrum abhalten, müssen Veranstaltungen sein, die uns Jugendliche im Haus miteinbeziehen, und eine breite Diskussion ermöglichen.

Deshalb fordern wir ein KOMM, indem wir unsere Freizeit weitgehend selbst bestimmen und oragnisieren, indem wir Veranstaltungen machen, (Musik, Theater, Film) uns politisch, kulturell und künstlerisch betätigen, uns über Kulturund Politik informieren und unsere Bedürfnisse nach umfassender Kommunikation (verständigung untereinander) verwirklichen, aber nicht um unsere konkreten Arbeits- und Ausbildungsprobleme zu verdrängen, sondern um im KOMM miteinander darüber zu diskutieren und uns dadurch in die Lage zu versetzen unsere wirkliche Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen. Dieser Prozeß soll dazu beitragen, den Widerspruch in unserer Gesellschaft durch gemeinsames solidarisches Verhalten zu überwinden.

Verwirklichung all dieser Interessen kann deshalb nur heißen:

WIR BRAUCHEN EIN FREIES SELBSTVERWALTETES KOMM OHNE STADTAUFSICHT ! !

Das KOMM e.V. erstrebt keine Gewinn, sämtliche Einnahmen dürfen nur zur Bestreitung der satzungsgemäßen Ausgaben verwendet werden. Die Ausschüttung von Überschüssen an die Mitglieder ist ausgeschlossen. Auch dürfen diese in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln des KOMM erhalten. Das KOMM darf niemanden durch Zweckfremde Ausgaben oder überhöchte Vergütigungen begünstigen. Sein Ziel ist ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig.

Grundsätzlich gilt: Freie politische Betätigung
Kein kommerzieller Betrieb im KOMM
Oberstes beschließendes Organ ist die VV

§ 2 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen "KOMM", nach erfolgter Eintragung in das Vereinsregister mit dem Zusatz: eingetragener Verein (e.V.). Sitz des Vereins ist Nürnberg, Königstr. 93

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglied des KOMM kann jeder werden, der sich zu den Grundsätzen des KOMM e.V. bekennt. (kostenlose Übergabe einer Mitgliedskarte am Eingang, wobei die Satzung ausliegen muß)

§ 4 Die Organe des KOMM sind:

1. Die Vollversammlung
2. Die Organisationsausschüsse
3. Der Vorstand

§ 5 Die Vollversammlung

Die Vollversammlung ist das oberste beschlußfassende Organ, das sich aus den Mitgliedern des KOMM e.V. zusammensetzt.

- Sie wählt den Vorstand und die Organisationsauschüsse, und beschließt Änderungen an der Satzung.
- Sie entscheidet über die Verwendung des Etats, der von der Stadt zur Unterhaltung des KOMM zur Verfügung gestellt wird.
- Sie entscheidet über die Programmgestaltung und die Einrichtung der Arbeitsgruppen.
- Sie entscheidet auf der Grundlage der Satzung welche Organisationen im KOMM tagen und Veranstaltungen abhalten können.
- Die VV tagt wöchentlich, sie ist vom Vorstand fristgemäß unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen
- Die VV entscheidet mit einfacher Mehrheit der abgegeben Stimmen und ist von Anfang an beschlußfähig
- Innerhalb der Amtszeit des Vorstand besteht die Möglichkeit diesen gesamt oder einzelne Personen mit 75% Mehrheit abzuwählen.
- Über die VV ist ein Protokoll zu führen, daß allen Mitgliedern zugänglich zu machen ist.

§ 6 Organisationsausschüsse

Die Organisationsausschüsse sind langfristige Einrichtungen, die das funktionieren des KOMM gewährleisten sollen. Sie werden aus den Reihen der Mitglieder des KOMM e.V. für die Dauer eines halben Jahres gewählt. Sie sind gegenüber der VV und dem Vorstand rechenschaftspflichtig, und haben wöchentlich der VV Bericht zu erstatten. Folgende Organisationsausschüsse werden gebildet:

Für ein selbstverwaltetes Komm – von der Stadt ge-tragen !

Was ist das KOMM ?

Das KOMM ist eine Freizeiteinrichtung, in der speziell Jugendlichen die Möglichkeit gegeben ist,

- in einer nicht kommerziellen Umgebung
- politische und kulturelle Angebote wahrzunehmen,
- sich damit auseinanderzusetzen
- und eigene Ideen zu verwirklichen.

Solche Möglichkeiten können sein: Tee trinken uns ausruhen, miteinander sprechen, Musik hören, spielen, Filme anschauen und selbst welche zu machen, politische Informationen aufnehmen, Ausstellungen ansehen usw. Wir brauchen das zum Spaß, zur Entspannung, zur Kommunikation.

Das KOMM muß aber mehr sein als ein

Entspannungszentrum, wo wir Politik und Bier, Tee und Kultur konsumieren. In gemeinsamen Gesprächen muß es uns gelingen,

- die Ursachen unserer beschissenen Freizeitsituation aufzudecken
- die Ursachen gesellschaftlicher Benachteiligung klarzustellen

Gemeinsam muß es uns gelingen,

- durch Kontakt und Verständigung aus der Isolation herauszufinden
- uns von vielfacher Bevormundung freizumachen
- konkrete Alternativen zu finden
- für unsere Rechte (am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie) zu kämpfen
- dem Druck des Alltags, der viele von uns kaputt macht, muß unsere Entschlosenheit und Fähigkeit entgegenstehen:

Das politische Ziel heißt **SELBSTBESTIMMUNG**, das ist die Befreiung von der ewigen Fremdbestimmung (z.B. durch den Konsumterror in der Freizeit, durch das Profitinteresse der Unternehmer, durch nicht erforderliche Abhängigkeiten am Arbeitsplatz ....)

Selbstbestimmung

SOLCHE SELBSTBESTIMMUNG WIRD NUR ERREICHT, WENN SIE IN SELBSTVERWALTUNG ERLERNT WIRD. Deshalb muß das KOMM in Selbstverwaltung organisiert sein. Innerhalb dieser Selbstverwaltung muß festgelegt sein, wer Entscheidungen trifft, welche Aufgabe jedes der Gremien übernimmt...

Nachdem wir seit Oktober mit einem Selbstverwaltungsmodell Erfahrung sammeln, schlagen wir ein Entscheidungsmodell vor, das bestimmt ist durch das Zusammenwirken von Vollversammlung, Delegiertenrat (Betriebsrat) und Sekretariat.

1. Finanzausschuß
2. Organisationsausschuß (Verwaltung)
3. Materialbeschaffung
4. Programmausschuß

Diese Ausschüsse können auf Antrag beliebig erweitert werden.

§ 7 Der Vorstand (Sekretariat)

Der Vorstand besteht aus 7 Personen und wird aus den Reihen der Mitglieder für die Dauer von einem halben Jahr gewählt. (Mindestens eine Person desVorstandes muß volljährig sein) Er ist verantwortlich das KOMM in rechtlichen Fragen zu vertreten. Er ist an die Beschlüsse der VV gebunden und verpflichtet, diese nach außen durchzusetzen. Er ist gegenüber der VV wöchentlich rechenschaftspflichtig. Er vertritt das Hausrecht. Bei Rücktritt muß eine Nachwahl nach spätestens 14 Tagen erfolgen.

§ 8 Auf Beschluß der VV kann das KOMM e.V. auch Angestellte für bestimmte einstellen. Die Angestellten des KOMM e.V. sind gegenüber der VV rechenschaftspflichtig. Bei mangelhafter Erfüllung ihrer Aufgaben kann ihnen der Vertrag auf Antrag der VV bei einer 3/4 Mehrheit gekündigt werden.

Wie können wir es schaffen, daß die Stadt für unser Modell ein Haus und Finanzen zur Verfügung stellt ?
Nachdem wir unseren auf der Vollversammlung (VV) gewählten und gegründeteten Verein im Vereinsregister eintragen lassen, wird der Vereinsvorstand die Verhandlungen mit der Stadt aufnehemen.

Die Anerkennung unseres VV- Beschlusses kann weder durch besonders gute Argumente noch durch juristische Tricks errreicht werden, sondern daß möglichst viele Jugendliche hinter dem VV- Beschluß stehen und auch bereit sind diesen durchzusetzen.

KOMMT AM FREITAG 25. JANUAR ZUR VOLLVERSAMMLUNG INS KOMM (ehem. Künsterhaus am Hauptbahnhof)

STIMMT FÜR EIN FREIES UND SELBSTVERWALTETES KOMM OHNE STADTAUFSICHT

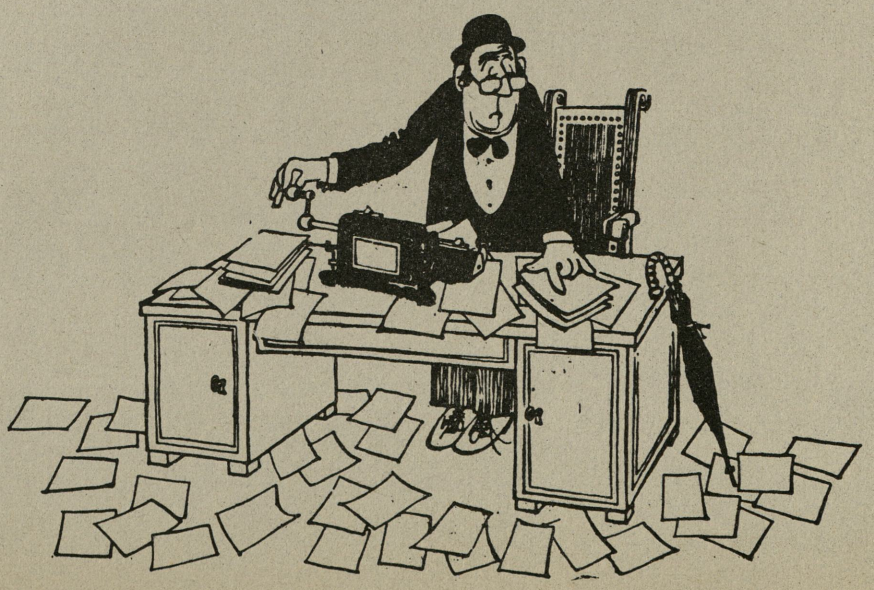
Wird dieses Selbstverwaltungsmodell in der VV am 25.1.74 mehrheitlich verabschiedet, wählen wir unsere Vertreter, den Vereinsvorstand (Sekretariat).

Anschließend bestätigen oder richten wor folgende Ausschüsse ein, um die Arbeit aufnehmen zu können

ORGANISATIONSAUSSCHUSS: Organisiert die anstehenden Arbeiten wie, Schlüsseldienst, Reperaturen im Haus, Feste etc.

PRESSEAUSSCHUSS: Durch eine KOMM-Zeitung, Flugblätter, Wandzeitungen und Presseerklärungen informiert er die Öffentlichkeit über unser Programm, Beschlüsse der Vollversammlung, Verhandlungen mit der Stadt.

FINANZAUSSCHUSS: Er entwirft einen Haushaltsplan, den er der VV vorlegt.



VOLLVERSAMMLUNG

Die Vollversammlung ist oberstes Beschlußorgan. Sie beschließt im Rahmen einer Grundordnung (inhaltliches Grobkonzept + Entscheidungsstruktur). Die Vollversammlung setzt sich aus Besuchern und Mitarbeiter des KOMM zusammen, wobei jeder eine Stimme hat. Die Vollversammlung entscheidet über die Einrichtung von Angebotsgruppen. Sie bestätigt die von den Gruppen gewählten Vertreter und bestimmt sie damit in den Delegiertenrat. Außerdem wählt die VV einige Vertreter direkt in den Delegiertenrat.
Die VV findet jeden Freitag von 18.00 bis 20.30 Uhr statt.

DELEGIERTENRAT

Der Delegiertenrat (Organisationsgruppe/Betriebsrat) ist ein Gremium aus Vertretern der Arbeitsgruppen und der Vollversammlung. Er vertritt die Interessen der VV gegenüber der Stadt und zeichnet für alle Vorkommnisse verantwortlich. Der Delegiertenrat ist "juristische Person", übt das Hausrecht aus und entscheidet über die Finanzverteilung. Er erarbeitet die inhaltliche Konzeption und legt sie der VV zur Beschlußfassung vor.

Die Delegierten werden vierteljährlich gewählt. Sie sind mit 2/3 mehrheit jederzeit abwählbar.

Der Delegiertenrat wählt zu seiner Vertretung drei Personen in das Sekretariat. Der Delegiertenrat hat ein Vorschlagsrecht für städtische Mitarbeiter gegenüber Stadt und Vollversammlung (Die Stadt kann nur den Mitarbeiter einstellen, der von der VV akzeptiert wird).

SEKRETARIAT ★

Das Sehretariat ist ein Gremium, das den täglichen Betrieb koordiniert und verwaltet sowie das KOMM nach außen vertritt.

Das Sekretariat setzt sich aus drei Vertretern des Delegiertenrates und zwei städtischen Mitarbeitern zusammen. Letzteren kann das Mißtrauen ausgesprochen werden. Die drei Vertreter des Delegiertenrates erhalten eine Aufwandsentschädigung; sie können jederzeit von diesem abgewählt werden.

GRUNDORDNUNG ★

DIE GRUNDORDNUNG besteht aus einem inhaltlichen Konzept des KOMM und dem Selbstverwaltungsmodell (eingeschlossen Rechte und Pflichten). Sie muß in der nächsten Zeit ausgearbeitet und von der VV angenommen werden und dient dann beim Gespräch mit dem Stadtrat als Verhandlungsgrundlage.

INHALTLICHES KONZEPT DES KOMM ★

Das INHALTLICHE KONZEPT ist durch den Probelauf und die gemeinsame Aufbauphase etwa so umrissen: Im KOMM ergänzen sich

- Politik und Kultur
- Angebot (Information) und Freiraum (Aktion)

Alle näheren Inhalte werden gemäß den Interessen der Besucher von diesen selbstbestimmt.

INFORMATIONEN im politischen Bereich sind etwa:
Voträge, Schulungen, Ausstellungen usw.

INFORMATIONEN im kulturellen Bereich sind:
Ausstellungen, Filme, Videoprogramme, Musik Theater, Werkstättentechnik, Spielprogramme für Kinder usw.

AKTIONEN im politischen Bereich sind:
Einrichten von Gesprächskreisen, Organisieren von Ausstellungen, von Solidaritätsveranstaltungen, Herstellen von Flugblättern oder Zeitungen; Initiativen zur Selbsthilfe und Kampf für politische Rechte; Demonstrationen usw.

AKTIONEN im kulturellen Bereich sind:
Filmen, Fotografieren, Malen, Ausstellungen zusammenstellen, Zeitungen verfassen, Musik machen, Theaterspielen, Feste feiern usw.

Teestube und Colateria ergänzen den kulturellen Bereich.

Wer so im KOMM aktiviert wird und erlebt, daß er handeln kann, der wird fähig, auch außerhalb seine Interessen zu erkennen und durch zusetzten.

So sind Angebot und Freiraum der Rahmen, der notwendige Fähigkeiten zur Selbstbestimmung in dieser Gesellschaft fördert: Bewußtsein, soziale Phantaie, Handlungsfähigkeit, Solidarität.

Warum kein e.V. (eingetragener Verein) ?

1) Die Abhängigkeit der Vereinsmitglieder von einem Vereinsvorsitzenden (der juristisch haftet) ist nicht geringer als beim Modell "Trägerbasis Stadt". Ein Verein ist nach bürgerlichem Recht eher hierarischer aufgebaut.

2) Beim Verein besteht eine große Gefahr: Natürlich wird er hauptsächlich im Sinn seiner eingeschriebenen Mitglieder handeln und deren inhaltliche Konzeption durchsetzen, ähnlich wie eine Partei. Die notwendige Politisierung der vielen Nichtmitglieder wird dadurch eher erschwert als gefördert.

3) Um von der Stadt einen Zuschuß zu erlangen, muß der Verein ebenfalls ein inhaltliches Grundkonzept und ein Selbstverwaltungsmodell vorlegen, kommt also auch nicht ohne "Korsett" aus.

4) Städtischer Verhandlungspartner wäre dann nicht mehr, wie bisher, das Kulturreferat, sondern das Sozialreferat. Dort fließen die Mittel wahrscheinlich spärlicher.

5) Der Verein muß als gemeinnützig anerkannt sein. Bis das erreicht ist, vergeht viel Zeit, noch mehr, bis der Verein dann Verhandlungen mit der Stadt geführt hat, um endlich ein Haus und Zuschuß zu erhalten.

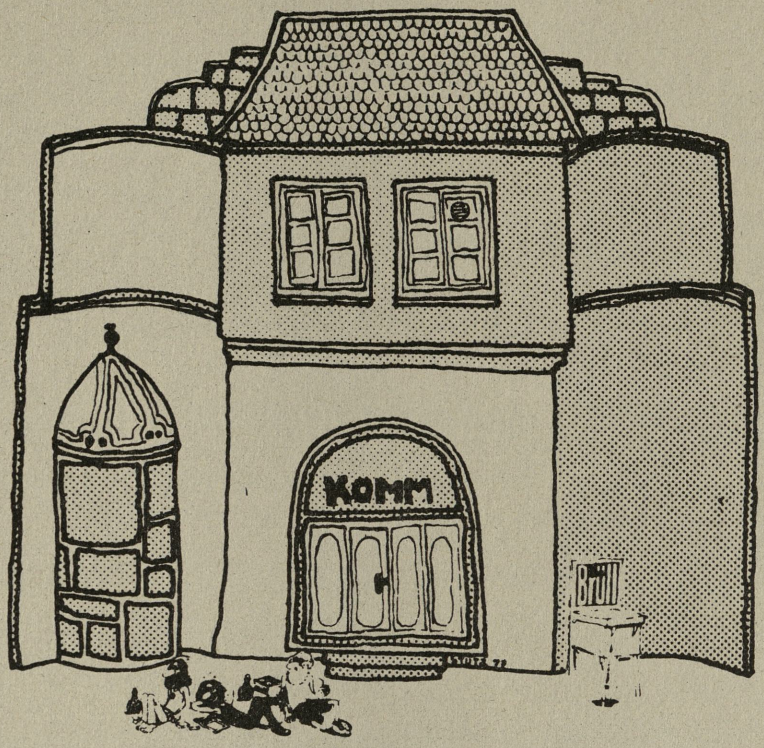
Wofür der Einsatz lohnt

Nachdem die Stadt ein Haus und Gelder zur Verfügung gestellt hat, lohnt es sich, innerhalb dieses Rahmens zu beginnen, um Rechte und weitgehend Unabhängigkeit zu kämpfen.

DURCHZUSETZEN BLEIBT

- das oben dargestellte Selbstverwaltungsmodell, (das bisher intern gehandhabt wurde, aber noch nicht vom Stadtrat anerkannt ist)
- die Delegiertenversammlung als "juristische Person" d.h. als die Verantwortlichen
- freie politische Betätigung, verantwortet von den einzelnen Gruppen

KOMM (t) am Freitag um 18 Uhr



GRUNDORDNUNG

FÜR DAS KOMMUNIKATIONSZENTRUM

Die Grundordnung für das Kommunikationszentrum besteht aus 2 Teilen

- einem STÄDTISCHEN RAHMEN,

  der unter (I) ZIELBESTIMMUNG und (II) ORGANISATIONSSTRUKTUR beschreibt, wo die "städtische Einrichtung KOMM" von allgemeinen städtischen Verwaltungsnormen abweicht,
  wo andererseits durch allgemein gültige gesetzliche Normen auch der Selbstverwaltung des KOMM Grenzen gesetzt sind.
  Dieser Teil wurde in der Stadtratssitzung vom 20.9.78 vorgelegt und beschlossen.

- einem internen (III) SELBSTVERWALTUNGSMODELL,
  das von der Selbstverwaltung des KOMM festgelegt, die Ziele, Grundsätze und Entscheidungsgremien und deren Regeln beschreibt.

  Dieses Selbstverwaltungsmodell wurde durch den Kulturausschuß vom 17.11.78 begutachtet und somit gebilligt.

I ALLG. ZIELBESTIMMUNG

Das Kommunikationszentrum (KOMM) ist eine öffentliche Freizeiteinrichtung der Stadt Nürnberg, die jungen Menschen Gelegenheit geben will, sich frei zusammenzuschließen, sowie Formen und Inhalte des Angebots im Kommunikationszentrum entsprechend ihren Interessen, ihren Neigungen und ihrem Bildungsbedürfnis in weitreichender Selbstverwaltung altersgerecht mitzubestimmen. Die Selbstverwaltung findet ihre Grenzen in den geltenden Gesetzen und in den Bestimmungen dieser Grundordnung.

II ORGANISATIONSSTRUKTUR

1) Die inhaltliche Arbeit und die interne Organisation des KOMM wird durch die Benutzer in Selbstverwaltung geregelt.

2) Die Stadt Nürnberg stellt für das Kommunikationszentrum Personal im Rahmen der Festlegung im Haushaltsplan zur Verfügung.

3) Die Stadt Nürnberg ist zuständig für das Gebäude, die Einrichtung und die Einhaltung hieraus entstehender rechtlicher Verpflichtungen.

4) Im Auftrag der Stadt Nürnberg können nur städtische Mitarbeiter handeln. Für das Handeln nicht beauftragter Personen tritt die Stadt Nürnberg nicht ein. Bei Wahrnehmung von Aufgaben von Mitarbeitern der Stadt Nürnberg durch von den Selbstverwaltungsorganen gewählte Funktionsträger, durch Praktikanten oder andere Personen übernehmen diese die Verpflichtung zur Einhaltung der entsprechenden städtischen Vorschriften. Eine Delegation enthebt den Verantwortlichen nicht von seinen Pflichten.

5) Gruppen, Vereine oder einzelne Personen haben ihre Post selbst (d.h. ohne Nutzung städtischer Einrichtungen) zu versenden. Sie dürfen ihre Post auch nicht unter den Bezeichnungen "Stadt Nürnberg", "Schul- und Kulturreferat" oder "Jugendzentrum" oder "Amt für kulturelle Freizeitgestaltung" oder ähnliches versenden. Gruppen und Vereine können jedoch auf Beschluß der Selbstverwaltungsorgane für Portokosten Geld aus dem KOMM-Etat erhalten.

6) Gewerbsmäßiger Warenvertrieb ist in den Räumen des KOMM grundsätzlich möglich. Voraussetzung ist die Genehmigung durch die Selbstverwaltungsorgane, die Berücksichtigung der Grundsätze für die Mitarbeit im KOMM und die Einhaltung aller einschlägigen rechtlichen Bestimmungen durch die Veranlasser. Die von der Stadt nach Nr. 3 zur Verfügung gestellte Einrichtung darf nur für nicht-gewerbliche Zwecke verwendet werden.

7) Im Rahmen der presserechtlichen Bestimmungen können im KOMM durch die Benutzer Aushänge und Plakate angebracht und Schriften und Flugblätter verteilt werden, soweit sie nicht geltenden Rechtsbeschlüssen der Selbstverwaltungsorgane widersprechen. Die Selbstverwaltungsorgane können zeitliche und flächenmäßige Begrenzungen vornehmen.

8) Vom obersten Beschlußorgan der Selbstverwaltung gewählte Funktionsträger stehen mit der Stadt Nürnberg in keinem Arbeitnehmerverhältnis. Die durch das oberste Beschlußorgan und durch städtische Mitarbeiter nach Nr. 4 übertragenen Aufgaben übernehmen sie unentgeltlich oder als Werkvertragsverpflichtungen.

9) Eine Beschäftigung von anderen Personen im Kommunikationszentrum gegen Entgelt ist nur durch im KOMM ansässige eingetragene Vereine möglich, die hierfür allein und ausschließlich verantwortlich sind.

10) Das Kommunikationszentrum ist im "Künstlerhaus" (Königstraße 93) untergebracht. Die Überlassung der Räume des Kommunikationszentrums erfolgt auf Vorschlag der Selbstverwaltungsorgane durch den städtischen Mitarbeiter "Leiter des Jugendzentrums". Die einzelne Überlassung darf 6 Monate nicht übersteigen; sie ist wiederholbar.

11) Mittelbewirtschaftung

Für das Kommunikationszentrum werden vom Stadtrat im Haushaltsplan Ausgabemittel bewilligt. Über die Verwendung dieser Mittel entscheiden die Selbstverwaltungsorgane des KOMM. Zu diesem Zweck hat ein "Finanzausschuss" jährlich rechtzeitig in Höhe der im städtischen Haushaltsplan bewilligten Ausgabemittel einen KOMM-Haushaltsplan aufzustellen, der den Mitgliedern des obersten Beschlußorganes 14 Tage vor seiner Beschlußfassung bekanntzugeben ist. Abweichungen vom beschlossenen KOMM-Haushaltsplan bedürfen der Zustimmung durch das oberste Beschlußorgan. Weitere Einzelheiten des Verfahrens kann das Selbstverwaltungsmodell (III) regeln.

Mittel des KOMM dürfen nur für Belange des KOMM und für die im KOMM-Haushaltsplan festgelegten Zwecke verwendet werden. Die Entscheidung trifft das oberste Beschlußorgan. Die Stadt wird durch Mittelgewährung und ihre Verwendung nicht verpflichtet. Bei der Mittelverwendung ist der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Für nicht recht- und zweckmäßige Verwendung der Mittel haftet der Empfänger. Unabhängig von der Überprüfung durch gewählte "Revisoren" ist die Stadt Nürnberg zur Überprüfung jederzeit berechtigt.

Erworbene Sachen, die durch die Vereine aus Zuschußmitteln erworben werden und mit einem Anschaffungs- oder Herstellungswert von mehr als DM 100,-- (ausgenommen kurzlebige Gebrauchsgegenstände oder Verbrauchsmittel) gehen unmittelbar mit dem Erwerb in das Eigentum der Stadt über.

Der kassenmäßige Vollzug der Entscheidungen über die Mittelverwendung (einschl. der Überlassung von Bargeld an Berechtigte), obliegt den zuständigen Dienststellen der Stadt ; die "sachliche Richtigkeit" ist dabei von dem städtischen Mitarbeiter "Leiter des Jugendzentrums" zu bestätigen. Nach Ablauf jeden Jahres legt das Schul- und Kulturreferat dem Kulturausschuß einen Bericht über die Mittelverwendung durch das KOMM vor. Der Bericht enthält eine Einzelaufstellung über die Mittelempfänger, die Beträge und die Zweckbestimmung sowie Feststellungen über die mit der Verwendung der Mittel erzielten Erfolge.

12. Bei Verstößen gegen Gesetz oder diese Grundordnung hat der städtische Mitarbeiter "Leiter des Jugendzentrums" unverzüglich dem Dienststellenleiter "Amt für kulturelle Freizeitgestaltung" Mitteilung zu machen, soweit die Unterbindung der Verstöße nicht in seiner Zuständigkeit liegt. Dieser hat die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Die zeitweilige Schließung des KOMM seitens der Stadt bedarf der Zustimmung des Referenten für Schul- und Kulturverwaltung; eine Schließung über 1 Monat die des Stadtrates.

III. Selbstverwaltungsmodell

Unter Beachtung der Abschnitte I und II erstellen die nach der bisher geltenden Grundordnung gewählten Selbstverwaltungsorgane ein "Selbstverwaltungsmodell" und legen diese dem Kulturausschuß des Stadtrates zur Genehmigung vor.

INTERNES

III KOMM SELBSTVERWALTUNGSMODELL

A) Zielbestimmung

Das KOMM ist eine Freizeiteinrichtung, die von den Besuchern in Selbstverwaltung betrieben wird und die durch eine politische, kulturelle und soziale Zielsetzung bestimmt ist.

1) Eine alternative Freizeit soll vor allem:

- billiger
- kommunikativer
- gemeinsam und
- selbstgestaltet sein

2) Die soziale Zielsetzung geht davon aus, daß durch das Nebeneinander verschiedener Altersgruppen, Nationalitäten, Schichten und Interessen ein breites Feld von sozialen Erfahrungen und Verständigung organisiert ist. Sozial benachteiligten Gruppen soll Hilfestellung gegeben werden.

3) Die kulturelle Zielsetzung beabsichtigt die Entwicklung einer demokratischen Kultur; diese ist durch entsprechende Formen und Inhalte gekennzeichnet:

- in der Form geht es darum, daß möglichst "jedermann" befähigt wird, sich auszudrücken, seine Umwelt zu gestalten durch den Einsatz von vielfältigen Mitteln
- andererseits sollten in den verschiedenen Kulturformen demokratisch-fortschrittliche Inhalte vermittelt werden.

4) Die politische Zielsetzung ist darauf gerichtet:

- gesellschaftliche Zusammenhänge und Gegensätze bewußt zu machen
- demokratisches Handeln durch Selbstverwaltung zu erlernen
- die eigenen und die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen politisch zu vertreten.

B) Grundsätze für die Mitarbeit

1) Freie politische Betätigung im KOMM
(Auf Ziff. I und Ziff. II.7 der Grundordnung für das Kommunikationszentrum wird hingewiesen)

2) Entscheidungen werden basisdemokratisch in den Organen der Selbstverwaltung getroffen (oberstes Beschlußorgan ist die Vollversammlung).

3) Transparenz und Öffentlichkeit aller Vorgänge im Haus.

4) Kein auf persönlichen Gewinn zielender Kommerz im KOMM.

C) Die Organe der Selbstverwaltung

Die Organe der Selbstverwaltung sind:

- die Vollversammlung (VV)
- der Rat
- das Sekretariat
- die Gruppen

1) Die Vollversammlung

1.1 Die Vollversammlung ist das oberste beschlußfassende Organ. Die Vollversammlung findet monatlich statt und setzt sich aus Mitarbeitern und Besuchern des KOMM zusammen. Alle Anwesenden sind stimmberechtigt.

1.2 Für die Sekretäre und Räte bzw. deren Vertreter besteht Anwesenheitspflicht. Die Teilnahme der städtischen Mitarbeiter einschließlich der Praktikanten im KOMM an den Vollversammlungen gehört zu deren Dienstaufgaben gegenüber der Stadt Nürnberg.

1.3 Die Termine für die Vollversammlung werden vom Sekretariat im Einvernehmen mit dem Rat für ein halbes Jahr im voraus festgelegt. Die Vollversammlung wird durch den Rat einberufen; die Tagesordnung muß mindestens eine Woche vorher durch Aushang bekanntgegeben werden.

1.4 Das Sekretariat bereitet in Absprache mit dem Rat die formale Durchführung und inhaltliche Diskussion der Vollversammlung vor.

1.5 Aufgaben der Vollversammlung:

Die Vollversammlung

- regelt die Verteilung der finanziellen Mittel;
- wählt diejenigen Sekretäre, die als Interessenvertreter der Selbstverwaltung in das Sekretariat entsandt werden.
- legt die Honorarhöhe für dieWerkverträge der Sekretäre fest. Die Stadt schließt daraufhin die Werkverträge ab.
- legt Zielsetzungen, Grundsätze, Aufbau und Verfahrensweisen der Selbstverwaltung fest
- bestimmt, welchen Gruppen und Vereinen im KOMM Räumlichkeiten und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Jede Gruppe sollte ihre Arbeit mindestens einmal im Jahr vor- und zur Diskussion stellen. Der Rat kann zu diesem Zweck Gruppen oder Vereine vorschlagen bzw. einladen.

1.6 Außerordentliche Vollversammlung

Die außerordentliche Vollversammlung kann durch einfache Mehrheit in der Vollversammlung, durch eine Ratsmehrheit oder durch 50 Unterschriften der Besucher einberufen werden. Diese 50 Stimmen müssen durch Anschlag des Antrags auf einer ausgelegten Liste innerhalb des Hauses angebracht werden. Der Antrag wird dem Rat mit der Verpflichtung übergeben, die Vollversammlung innerhalb von 7 Tagen einzuberufen.

1.7 Die Vollversammlung bestätigt den Pressesprecher und den presserechtlich verantwortlichen Redakteur der KOMM-Zeitung.

4) Die Gruppen

4.1 Die Anerkennung als Gruppe im KOMM geschieht auf Antrag im Rat.

4.2 Die Gruppen im KOMM bestimmen im monatlichen Turnus einen Delegierten, der die Gruppe im Rat und in der Vollversammlung vertritt (siehe Tz 2.2)

4.3 Die Gruppen im KOMM sind verpflichtet:

- ihre Zielsetzung bekanntzugeben
- über Ort und Termin ihrer Treffen zu informieren
- den allgemeinen Regeln der Offenheit und Transparenz Folge zu leisten
- aktiv an den Organen der Selbstverwaltung teilzunehmen
- ihre Mitglieder oder eine Kontaktadresse dem Sekretariat bekanntzugeben.

4.4 Die Gruppen können auch auf Vereinsbasis oder in anderer Form einer juristischen Person organisiert werden.

5) Sonstiges

5.1 Presseerklärungen im Namen der gesamten Selbstverwaltung können nur durch die gewählten Sekretäre oder durch den vnn der Vollversammlung gewählten Pressesprecher abgegeben werden.

5.2 Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V.
Die Selbstverwaltung des KOMM ist berechtigt, Vertreter zu bestimmen, die das KOMM in der "Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V." mit dem Sitz in Wuppertal vertreten. Diese Vertreter werden von der Vollversammlung bestimmt.

Das KOMM ist berechtigt, die erforderlichen Mitgliedsbeiträge an diesen Verband zu entrichten.

Nachtrag:

Nach Verabschiedung dieser Grundordnung wurde vom Rechtsamt der Stadt die Ziffer 1.5 des Selbstverwaltungsmodells beanstandet, da in Punkt 8 der Grundordnung (Teil II Organisationsstruktur) festgelegt sei, daß die Sekretäre der Selbstverwaltung in keinem Arbeitnehmerverhältnis stünden.

Diesem Einwand hat sich der Herr Oberbürgermeister angeschlossen und in der Verfügung vom 20.12.78 angeordnet, daß Werkverträge im KOMM nicht mehr mit der Stadt Nürnberg abgeschlossen werden. Werkverträge mit Sekretären können aber weiterhin von Vereinen im KOMM abgeschlossen werden.

Kommunikationszentrum,
Königstrasse 93,
8500 Nürnberg,
Telefon: 0911/22 36 47

2) Der Rat

2.1 Der Rat setzt sich aus je einem Vertreter der im Haus tätigen Vereine und Gruppen sowie dem Sekretariat und den städtischen Mitarbeitern des KOMM zusammen.

2.2 Mehrere Gruppen können sich durch einen gemeinsamen Delegierten vertreten lassen, wobei dies im Einzelfall der Zustimmung des Rates bedarf.

2.3 Die Sitzungen finden einmal wöchentlich statt und sind öffentlich.

2.4 Jeder Teilnehmer an Ratssitzungen hat Rede- und Antragsrecht. Stimmberechtigt sind nur Ratsmitglieder (Tz 2.1)

2.5 Die Aufgaben des Rats bestehen vor allem darin, die Arbeiten der Vereine und Gruppen im KOMM zeitlich, inhaltlich und organisatorisch zu koordinieren, deren Arbeit und die Situation im Haus zu reflektieren und die Einhaltung der Grundordnung zu überwachen. Der Rat entscheidet über alle von der VV nicht behandelten und zwischen Vollversammlungen liegenden Angelegenheiten. Zwischen den Vollversammlungen entscheidet der Rat auch über die Aufnahme von Gruppen. Die Vollversammlung kann diese Entscheidung bestätigen oder annullieren.

2.6 Der für die Vorbereitung der Sitzungen des Rats zuständige Sekretär (Ratssekretär) hat der Vollversammlung gegenüber aktive Informationspflicht.

3) Das Sekretariat

Das Sekretariat setzt sich aus 4 von der Vollversammlung gewählten Vertretern und einem städtischen Mitarbeiter im Sekretariat ("städt. Sekretär") zusammen.

3.1 Die nichtstädtischen Sekretäre werden von der Vollversammlung halbjährlich gewählt. Eine Abwahl ist jederzeit möglich. Die Wiederwahl ist zulässig. Die Abwahl berührt die bestehenden Werkverträge nicht.

3.2 Der städtische Sekretär wird nicht gewählt. Den städtischen Mitarbeitern kann von den Selbstverwaltungsorganen das Mißtrauen ausgesprochen werden. Vor Einstellung, Versetzung oder Entlassung von städtischen Mitarbeitern im Kommunikationszentrum wird die Vollversammlung gehört.

3.3 Aufgaben des Sekretariats

Das Sekretariat

- führt die Beschlüsse und Aufträge von Rat und Vollversammlung aus
- garantiert das Funktionieren der Selbstverwaltungsorgane
- koordiniert, verwaltet und organisiert den täglichen Betrieb
- die Sekretäre vergeben die dafür bestimmten Räume für einmalige Veranstaltungen, nachdem sie sich vergewissert haben, daß das Vorgehen des Veranstalters nicht den Zielen und Zwecken des KOMM widerspricht.
- die Selbstverwaltungssekretäre vertreten die Selbstverwaltung nach außen.

3.4 Die Sekretäre sind dem Rat und der Vollversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig. Der Stadt Nürnberg sind sie im Rahmen ihrer Verträge verantwortlich.

3.5 Sekretäre sind zur Mitarbeit in mindestens einer Gruppe verpflichtet.

GRUNDORDUNG

Eine Ordnung für einen Grund?
Ein Grund für eine Ordnung?
Im Grunde eine Ordnung!
Ist im Grunde alles in Ordnung?

FRÜHER, JA FRÜHER . . . .

Auch das KOMM hatte eine "gute alte Zeit" in der Staat/die Stadt noch voller toleranter Aufbruchstimmung und voll Experimentierfreudigkeit waren.

Viele der KOMM-Besucher des Jahres 82 kamen gerade in die Schule - übrigens auch dort herrscht Ordnung, mehr eine allgemeine Ordnung, aber eben auch eine Ordnung - also viele unserer jetzigen Besucher unterwarfen sich gerade dieser Ordnung, da predigten Alt - damals noch Jungachtundsechsziger, Schüler, Studenten und Leute die sich in der Jugendzentrumsbewegung engagierten, zwar nicht den Aufstand, aber etwas, was auf viele in diesem Land - speziell in diesem Land - so wirkte und wirkt, nämlich die Selbstverwaltung.

73/74

Vom Herbst 73 bis Frühjahr 74 liefen im KOMM die großen Diskussionen über das was Selbstverwaltung ist und wie sie im KOMM organisiert werden sollte.

Trägerverein oder Stadt oder was?

Diskutiert wurden von 73 auf 74 drei Vorstellungen.

Die Stadt pur!

Dienststellenleiter, ihm unterstellte Angestellte, also eingentlich Untergestellte und damit hat sichs. Mitbestimmung? Na ja schon, aber nicht formal festgelegt. Wobei ehrlicherweise erwähnt werden muß, daß diese Vorstellung z.B. von Seiten des Kulturreferenten nie knüppelhart gefordert wurde, sondern daß sich bereits während der ersten Gespräche zeigte, daß dieser für eine Selbstverwaltung der Nutzer durchaus zugänglich war.

Zwei Deutsche - ein Verein!

Eine der beiden streitenden Fraktionen im KOMM, forderte, sich vollends von der Stadt loszusagen (bis aufs Geld natürlich) und einen autonomen Trägerverein zu gründen, der seine Sachen auch tatsächlich selbst und vor allem verwaltete. Natürlich wollte man keine Vereinsmeierei, noch weniger aber eine Verbindung zur Stadt.

Selbstverwaltungsbastard?

Aber, sprach eine andere Fraktion, warum die Stadt und den Stadtrat im speziellen, aus der Verantwortung für dieses Haus entlassen? No friends, wir machen keinen Verein, wir kreuzen die beiden Modelle "Stadt pur" und "Selbstverwaltung"!

Heraus kam: **eine Dienststelle besonderer Art.**

Immerhin sind wir die erste Dienststelle der Stadt Nürnberg die es geschafft hat, die rechtlich verankerte kommunale Selbstverwaltung konsequent bis in den kleinsten Verwaltungswinkel des KOMM auszudehnen.

Bürgernähe par exellence.

Ordnung muß sein

Nachdem eine Mehrheit im KOMM für diese in der Bundesrepublik einmalige Mischung aus Dienststelle und Selbstverwaltungsmodell war, begannen die Auseinandersetzung mit der Stadt. Eines war schnell klar:

Ordnung muß sein, gemeint ist etwas Schriftliches, wie im Haus entschieden wird, wer wofür zuständig ist u.s.w.

Und: Ohne eine "juristische Person" die in diesem Sinne verantwortlich ist, geht es nicht.

Schließlich gibt es Gesetze an die wir uns halten müssen und für deren Einhaltung jemand gerade stehen muß. Jugendschutzbestimmungen, Baupolizeiliche Vorschriften, Hausrechte, Finanzabrechnungen etc.

Also schloß man eine Art Vertrag. Das was bei einem Verein die Satzung, ist im KOMM die Grundordnung.

Gesagt - getan!

In dieser ersten Grundordnung waren also drin: die Ziele des Hauses, der Sinn vom Delegiertenrat, Vollversammlung und Sekretariat. Verabschiedet wurde diese Grundordnung im Jahre 74 durch den Kulturausschuß der Stadt Nürnberg.

Der Zahn der Zeit . . . .

. . . nagt auch an der Grundordnung. Natürlich war das KOMM und seine Grundordnung kein für alle Zeiten festgeschriebenes Modell. So war die Grundordnung und die damit verbundene Praxis im KOMM immer Gegenstand von Auseinandersetzungen, hausintern, sowie ausserhalb, z.B. im Stadtrat. Hausintern zeigten sich solche Veränderungen z.B. in der Einführung von Vereinen für öffentliche Bereiche mit großer Verantwortung (Kneipe, Musikveranstaltungsbereich), um eine verantwortungsbewußte Handlungsweise solcher Gruppen zu garantieren.

Nach einigen Jahren der Praxis war also die Grundordnung in einigen Punkten "überholt" und nach Meinung des Kultureferats sollte eine aktualisierte und den tatsächlichen Gegebenheiten angepaßte Grundordnung verfaßt werden.

Veränderungen

Die erste große und langwierige Diskussion über eine Veränderung begann Anfang 77.

Sie wurde ausgelöst durch das sogenannte "Kett-Papier" - genannt nach seinem Verfasser Kett. Darin war die stärkere Kennzeichnung der Pflichten und Rechte beider an dem Modell beteiligten Partner, also Stadtverwaltung und Selbstverwaltung, beabsichtigt war. Über dieses Papier gab es eine lange fast 1 1/2 jährige Auseinandersetzung.

Die Selbstverwaltung befürchtete eine Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeiten und stärkere Eingriffsmöglichkeiten der Stadt.

Die Stadt wiederum sah juristische Mängel an der alten Grundordnung und wollte diese eben darum in Ordnung bringen.

Ergebnis dieser langwierigen Auseinandersetzung war z.B. die Aufteilung der Grundordnung in zwei Abschnitte. Der Erste beschreibt die Zielsetzung des KOMM und den städtischen Rahmen, der zweite Teil erklärt das Selbstverwaltungsmodell.
ausgedrückt werden, daß, interne Selbstverwaltung hin oder her, letzten Endes die Stadt für dieses Haus verantwortlich ist.

Die CSU mischt mit

Bereits während des Frühjahres 77 startete die CSU mehrere Angriffe auf das KOMM, speziell auf die KOMM-Zeitung. Vielleicht ahnte damals jemand im Kultureferat schon, daß ein weiteres Ziel der CSU im Kommunlawahlkampf 77/78 auch die Grundordnung mitsamt ihren juristischen Mängeln sein würde und wollte sie deshalb in Ordnung bringen.

Mr. Seidl please help me!

Im Juli 77 wendet sich die Nürnberger CSU an den damaligen bayerischen Innenminister Seidl mit der Bitte, gegen die zerstörerischen Umtriebe im KOMM vorzugehen. Begründet wurde dieser Schritt mit einer Veranstaltung des KBW. Einer Veranstaltung übrigens die weder im KOMM angekündigt worden war, noch stattgefunden hatte.

Der Innenminister antwortet:

Die Selbstverwaltung des KOMM ist in ihrer weitreichenden Form mit den Gesetzen und der Verfassung nicht in Einklang zu bringen..... denn dazu gehöre auch, daß die Stadt die Tätigkeiten und Veranstaltungen, sowie die Mittelverwendung..... überwacht. Und Seidl kündigt eine Überprüfung durch die Bezirksregierung Mittelfranken an.

Überprüfung Nr. 1

Ansbach stellt prompt fest, daß gegen die Grundordnung z. Teil erhebliche Bedenken bestehen.

Diese Bedenken sind im wesentlichen das, was Seidl bereits an die Stadt Nürnberg mitgeteilt hatte.

Die Stadt Nürnberg, nun vorsichtig geworden und bemüht alles juristisch in Ordnung zu bringen, legte nun die neuen Entwürfe zu einer Grundordnung so wie sie jeweils mit dem KOMM abgesprochen wurden der Bezirksregierung vor. Insbesondere interessierte dabei die Stadt, ob eine Aufteilung der Grundordnung in die bereits beschriebenen Abschnitte zu Beanstandungen führen würde.

"Die Regierung erhebt jedoch keine Bedenken gegen die vorgesehene Trennung von Grundordnung und Selbstverwaltungsmodell und ist auch im übrigen mit dem von der Stadt Nürneberg mit Schreiben vom 7.4.78 vorgeschlagenen weiteren Vorgehen einverstanden. Es wird gebeten die endgültigen Beschlüsse des Stadtrates der Regierung zur Kenntnis vorzulegen.

Die neue Grundordnung

Im September verabschiedet der Nürnberger Stadtrat eine Neufassung, die auch die Aufteilung der Grundordnung in zwei Abschnitte enthielt.

Wunschgemäß wurde diese Neufassung der Bezirksregierung zugeschickt.

Und Ansbach schwiegt und schweigt . . .

Nachdem zu dieser Neufassung keine weitere Stellungsnahme aus Ansbach kam, praktizierte man diese Grundordnung im KOMM in der schlichten Annahme sie sei nun rechtens.

Denkste - Überprüfung 2!

Drei Jahre nach der ersten Überprüfung und vier Monate nach dem 5. März 81 flattert der Stadt Nürnberg ein Gutachten der Bezirksregierung auf den Tisch, in dem diese die Praxis des KOMM bezüglich Raumvergabe und Mittelverteilung durch die Selbstverwaltung kritisiert und anregt, den Rat innerhalb der Selbstverwaltung als oberstes Beschlußorgan zu bestimmen. Bleibt zu fragen ob das KOMM denn nun drei Jahre lang mit Wissen der Ansbacher Bezirksregierung ein Modell praktiziert hat, von dem nun von genau derselben Bezirksregierung behauptet wird, es passe nicht in die Gemeindeordung?

München läßt grüßen!

Daß es sich bei dieser neuerlichen Debatte um die Grundordnung um keine juristische, sondern eine politische Auseinandersetzung handelt, wird an zweierlei deutlich:

"Es (dieses Gutachten d.V.) wird gleichzeitig dem Bay. Staatsministerium des Innern zugesandt. Es könnte sein, daß von dort aus noch Änderungen und Anregungen gewünscht werden".

Womit sich der Kreis schließt. Endlich kann München mitreden.

Um den Druck auf die Stadt Nürnberg noch zu verstärken und den Stadtrat und den Oberbürgermeister zum Handeln zu bewegen, schreibt der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß im August 81 einen Brief, in dem er an den OB appeliert "die Zustände im KOMM . . . zuändern".

Auseinandersetzungen

Und wieder begann das große Diskussionsspiel. Freizeitamt informiert das KOMM. Die Verwaltung arbeitete einen Änderungsvorschlag der Grundordnung aus. Das KOMM sagt dazu **nein.** Stadträte versuchen zu überzeugen. Das KOMM sagt immer noch **nein.** Diskussion im Stadtrat: Oberbürgermeister will eine Veränderung und eine Mehrheit im Stadtrat sagt nun auch **nein.**

Und kein Ende!

Seltsamerweise dauert es nun keine drei Jahre bis Ansbach wieder reagiert. Bereits im Januar 82 trifft ein neues Schreriben aus Ansbach ein, mit der erneuten Bitte, die Grundordnung zu verändern.

Noch mal von vorn - Februar 82

Das KOMM sagt immer noch **nein.** Der Oberbürgermeister sagt immer noch **ja.**

Und der Stadtrat will immer noch keine Vorlage für eine neue Grundordnung nach Ansbach schicken.

Und jetzt kommts dick!

Wieder vergehen keine drei Jahre, ja nicht einmal zwei Monate. Am 19.3.82 schickt Ansbach einen rechtsaufsichtlichen Bescheid. Darin wird u.a. festgestellt:

- daß Organe einer nichtjuristischen Person (die Vollversammlung und der Rat sind keine rechtsfähigen Gremien d.Verf.) keine Entscheidungen über die Verwendung städtischer Mittel zustehen.
- und daß das Mitspracherecht der Verwaltung bei der Vergabe städtischer Mittel nicht genügend berücksichtigt ist.

Also genau das was die Stadt Nürnberg glaubte, mit der Aufteilung der Grundordnung und der Beschreibung der städtischen Aufgaben geleistet zu haben, wird wiederum beanstandet. Die Stadt Nürnberg wird aufgefordert binnen vier Wochen die beanstandeten Dinge zu ändern oder Widerspruch gegen diesen Bescheid einzulegen und zu begründen.

Widerspruch!

Ende Februar 82 beschließt der Nürnberger Stadtrat gegen den Ansbacher Bescheid Widerspruch einzulegen.

Abgelehnt!

Was keinen überraschte: der Widerspruch der Stadt Nürnberg wurde abgelehnt. Dies bedeutet, daß der Nürnberger Stadtrat im Mai 82 entscheiden muß, ob er vor die Verwaltungsgerichte zieht, sich damit auf einen langjährigen Rechtsstreit einläßt, an dessen Ende er aller Voraussicht nach als Verlierer dastehn wird.

KOMMENTAR:

UND AM ENDE - DAS KOMM AM ENDE?

Fast 10 Jahre hat das Selbstverwaltungsmodell des KOMM funktioniert.

Ist nun die Grenze des Selbstverwaltungsmodell erreicht? Und: Ist dies denn eigentlich noch eine Selbstverwaltung?

Im Grunde ist die ganze Auseinandersetzung ein Streit um Feinheiten in der KOMM-Praxis.

Solange das KOMM in einem städtischen Gebäude untergebracht ist, solange es mit Geldern der Stadt finanziert wird, solange städtisches Personal darin arbeitet und solange es eingebunden ist in den städtischen Verwaltungs - Entscheidungs- und Kontrollapperat, solange ist die Stadt Nürnberg für dieses Haus - Modell verantwortlich. So steht es kürzer ausgedrückt in unserer jetzigen Grundordnung.

Dies aber ist Ansbach eben nicht genug.

Die Praxis des KOMM soll verändert werden. Es soll also innerhalb des Hauses so ablaufen, daß die Vollversammlung z.B. den städtischen Mitarbeitern Vorschläge macht und die dann über diese Vorschläge entscheiden.

Die derzeitige Praxis des Hauses ist so, daß die Vollversammlung beschließt und die städtischen Mitarbeiter sobald sie Bedenken gegen Beschlüsse haben ihr Veto einlegen können/müssen.

Damit aber, so Ansbach wird so getan als habe die Selbstverwaltung Entscheidungsbefugnisse z.B. über die Raumvergabe oder über die Verteilung städtischer Gelder, die sie laut Gemeindeordnung gar nicht haben kann.

Die Geister scheiden sich an dem Punkt, wo die einen sagen eine Anpassung unserer Entscheidungsvorgänge an rechtlichen Vorschriften beschneide die Selbstverwaltung und wo die andere Seite argumentiert, eine Beschneidung der Rechte könne überhaupt nicht stattfinden, weil die Selbstverwaltung diese Rechte gar nicht habe und laut Gemeindeordnung auch nie haben können.

Ein Streit um Feinheiten?

Gewiß, es ließe sich relativ locker sagen, was soll der Streit, es kann uns doch kalt lassen ob die Selbstverwaltung nun juristisch mitentscheiden kann oder nicht, schließlich haben ihre Entscheidungen politisches Gewicht und dies kann ihr auch keine Bezirksregierung nehmen.

Also ist es egal ob das KOMM nun ein reines Selbstverwaltungsmodell ist mit einer Vollversammlung als oberstem auch juristisch anerkanntem Beschlußorgan, oder ein Mitbestimmungsmodell bei dem die VV nur Ratschläge und Wünsche an städtische Mitarbeiter heranträgt. Denn:

Tatsache ist, daß sich in der Vollversammlung Wünsche, Interessen und Forderungen artikuliert werden mit denen sich andere Mitarbeiter, städtische Mitarbeiter und der Stadtrat politisch auseinandersetzen können/müssen.

Doch machen sich nach Meinung vieler im KOMM gerade an den Feinheiten, Tendenzen und Prinzipien von Jugendarbeit fest, die in Richtung Einengung, Kontrolle und geringe Toleranz gehen.

Und so wurde auch im KOMM aus einem Streit um Feinheiten ein Streit ums Prinzip.

Sensibilisiert, wenn nicht sogar überempfindlich gemacht, durch die Vorgänge des 5. März lautet nun bei vielen im Haus das Motto: ***"Wehret den Anfängen von Eingriffenen!"***

Fortsetzung folgt in der nächsten Auflage der KOMM-DOKU !!!

heinz

NACHTRAG

"Eine große Koalition"

Am 19.5.82 beantragt die Nürnberger SPD die Stadtrats- und Kulturausschußbeschlüsse von 1978 aufzuheben und stattdessen folgende Widmung (im wesentlichen die bisherige Präambel der Grundordnung, d.V.) zu beschliessen:

"Das Kommunikationszentrum ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Nürnberg, die vor allem auch jungen Menschen Gelegenheit geben will, sich frei zusammenzuschließen, sowie Formen und Inhalte des Angebotes im Kommunikationszentrrum entsprechend ihren Interessen, ihren Neigungen und ihrem Bildungsbedürfnis in weitreichender Selbstverwaltung altergerecht mitzubestimmen. Diese Selbstverwaltung findet ihre Grenzen in den geltenden Gesetzen."

Mit diesem Antrag war klar, daß die SPD keine Klage beim Verwaltungsgericht gegen den Beschluß der Bezirksregierung einreichen will.

Und so kam es erstmals in der Geschichte der politischen Auseinandersetzungen um das KOMM zu einer "großen Koalition".

Alle Beteiligten stimmten diesem Antrag zu, jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen:

- die SPD: weil sie nicht klagen will, denn sie befürchtet diese Klage zu verlieren und damit der CSU Munition zu liefern, Grundordnung und Selbstverwaltung werden abgeschafft, damit der Bezirksregierung der Boden für Kritik entzogen. Die Praxis des KOMM soll eine Geschäftsordnung regeln.
- die CSU: weil sie endlich glaubt den Fuß zur Abschaffung des Selbstverwaltungsmodelles in der Tür zu haben.
- das KOMM: weil es klar war, daß die SPD nicht klagen will und man sich von einer harten Linie wenig versprach.
- die Grünen/Unabhängigen: stimmten dem Antrag unter Protest zu, denn sie waren eigentlich für eine Klage wollten aber nachdem auch das KOMM diesem Antrag zugestimmt hat, nicht päpstlicher sein als der Papst und stimmten mit Zähneknirschen ebenfalls zu.

und der Oberbürgermeister:

weil er endlich den Streit mit der Bezirksregierung vom Tisch hat. Er bestand aber auf der Formulierung:

"Die Selbstverwaltung findet ihre Grenze in den geltenden Gesetzen insbesondere in der bayerischen Gemeindeordnung."

Und jetzt?

Ist die Selbstverwaltung nun wirklich abgeschafft?

Mitnichten. Der Stadtrat hat nämlich ferner beschlossen:

"die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer Geschäftsordnung den Vollzug dieser Widmung zu regeln".

Mit anderen Worten, der Bezirksregierung ist genüge getan durch den Beschluß der Widmung, denn darin sind die städtischen Verantwortlichkeiten klar ausgedrückt. Wie nun diese interne Geschäftsordnung aussieht und wie die Praxis im KOMM abläuft geht die Bezirksregierung solange nichts an, solange die Stadt ihrer Verantwortlichkeit gemäß der Widmung nachkommt.

Alles bleibt beim Alten!

Wenn es nach dem Komm geht sicherlich. Denn dann wird die alte Grundordnug unsere neue Geschäftsordnung.

Bleibt wirklich alles beim Alten?

Nun so ganz sicher ist dies wohl noch nicht. Da werden Oberbürgermeister und Rechtsreferent noch ein Wörtchen mitreden.

Der Streit wird also unter Umständen weitergehen. Nur hat sich die Ebene auf der er ausgetragen wird etwas verlagert. Nun ist es wieder eine Auseinadersetzung zwischen Verwaltung, Stadtrat und KOMM.

NZ, 25.7.77

Nach Kommunisten-Auftritt:

CSU wendet sich an Innenminister

Im KOMM wird gegen demokratischen Staat agiert Jugendliche zu „militärischen Übungen" geladen

Greift Bayerns Innenminister Dr. Alfred Seidl gegen die Umtriebe linker und kommunistischer Gruppen im Nürnberger KOMM ein? Nach einer für vergangenen Freitag geplanten Veranstaltung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland im Nürnberger KOMM gegen die „Schulunterdrückung" sowie einer Einladung zur Fahrt ins Sommerlager der Organisation, „das dazu nützen soll, die Fähigkeiten gegen den Kampf der Kapitalistenklasse und ihren Staat auszubilden, weshalb neben sportlichen auch militärische Übungen geplant sind, um dem bürgerlichen Staat geschickt und klug gegenübertreten zu können", hat CSU-Stadtrats-Fraktionsvorsitzender Georg Holzbauer in einem Schreiben an Dr. Seidl gefordert, gegen die zerstörerischen Umtriebe in unserem Staat unter dem Deckmantel der „Selbstverwaltung" einzuschreiten.

Der CSU-Politiker schreibt: „In der Anlage übersende ich Ihnen ein Flugblatt der Bezirksleitung Mittelfranken des ‚Kommunistischen Bundes Westdeutschland'. Mit der Hetze über unsere Schule und gegen den Unterricht an unseren Schulen brauche ich mich nicht zu befassen. Hinweisen möchte ich Sie aber ausdrücklich darauf, daß die in diesem Flugblatt erhobenen ‚Forderungen' auf einer Veranstaltung im KOMM in Nürnberg mit Nürnberger Schülern diskutiert werden sollen. Dabei ist vom ‚Kampf gegen die Schulunterdrückung', den man organisieren wolle, die Rede."

Unter der Überschrift „Fahrt mit zum Sommerlager!" wird sogar zum „Kampf gegen den Staat" aufgefordert. U. a. beinhaltet das Ferienprogramm auch „militärische Übungen ..., um dem bürgerlichen Staat ... gegenübertreten zu können". Anmeldungen werden nicht nur im Büro des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, sondern auch auf einer Veranstaltung im KOMM entgegengenommen.

„Ich würde Ihnen nicht schreiben — so Holzbauer —, wenn ich nicht resignierend feststellen müßte, daß die Warnungen der CSU-Stadtratsfraktion Nürnberg, ihre Anfragen und Anträge an die Nürnberger Stadtverwaltung und ihr öffentlicher Kampf gegen linksradikale und verfassungsfeindliche Umtriebe an einer Nürnberger Jugendeinrichtung von den Verantwortlichen schlicht ignoriert oder bestritten würden.

Ich bin gerne bereit, Ihnen einschlägiges Material zum Nachweis meiner Behauptungen zu überlassen. U. a. ist es die regelmäßig erscheinende KOMM-Zeitung, die unablässig — und dies auf Kosten der Stadt, also des Steuerzahlers — gegen unseren demokratischen Staat und unsere freie Gesellschaft hetzt. Immerhin verkehren im KOMM unter dem Vorwand der Betreuung und Freizeitgestaltung zahlreiche junge Menschen aus Stadt und Umland.

Ich frage Sie, ob man als demokratischer Kommunalpolitiker so etwas hinnehmen muß und ob Sie als der hier zuständige bayerische Minister nicht der Verwaltung der Stadt Nürnberg gegenüber darauf drängen können, solchen Aktivitäten unter dem Schutzmantel der ‚Selbstverwaltung' entschlossen entgegenzutreten."

*

Damit tritt die Entwicklung um das Nürnberger Kommunikationszentrum, das bereits häufig in die Kritik der Öffentlichkeit geriet, aus dem kommunalpolitischen Bereich heraus. Nun müssen sich die Verantwortlichen, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter und Kulturreferent Dr. Hermann Glaser mit Recht den Vorwurf gefallen lassen, wenn man sie als Hausherren in der Nähe der Kommunisten ansiedelt. Früher geäußerte Bedenken verschiedener Seiten wurden unbeachtet in den Wind geschlagen. Freiheit, und dies auch im persönlichen Bereich, sollte dort aufhören, wo systematisch an dem Ziel gearbeitet wird, diesen jungen demokratischen Staat zu zerstören. Man sollte sich deshalb der Worte Lenins erinnern: „Die Kapitalisten werden uns selbst den Strick liefern, an dem wir sie aufknüpfen." - nic -

NZ, 11.6.77

KOMM will Selbstverwaltung behalten

Neufassung der Grundordnung wurde von der Vollversammlung beschlossen

Die Verwaltung des Kommunikationszentrum (KOMM) will bei der ihr einmal zugebilligten Selbstverwaltung keinen Zoll Boden preisgeben. Aus diesem Grund hat sie sich gegen den Entwurf einer Neufassung der Grundordnung des Schul- und Kulturreferats gewandt, der eine starke Einschränkung der bisherigen Möglichkeiten mit sich bringt und zudem zu einer zusätzlichen arbeitsmäßigen Belastung führen würde. Zudem wird durch diesen Entwurf die Selbstverwaltung in großem Umfang in die städtische Dienstordnung eingebunden, was nicht im Sinne des KOMM und seiner Leitung ist.

Ein am 7. Juni von der Vollversammlung des KOMM beschlossener eigener Entwurf einer Neufassung der Grundordnung entspricht dagegen eher den Interessen der KOMM-Verwaltung und zielt auf eine Art Sonderdienstordnung ab. Freilich ist man sich bei der KOMM-Verwaltung darüber im klaren, daß es äußerst schwierig sein wird, die beiden Entwürfe unter einen Hut zu bringen. Ein entsprechender Versuch soll in Form von Gesprächen mit dem Schul- und Kulturreferat demnächst unternommen werden. Kommt es dabei zu keiner Einigung, wird sich der Kulturausschuß mit allen beiden Entwürfen befassen müssen.

In einer Presseerklärung verweisen die KOMM-Verantwortlichen darauf, daß der Kulturreferat schon deshalb auf eine Neufassung drängte, weil die seit vier Jahren geltende Verfassung zum Teil juristische Mängel enthielt oder nicht mehr mit der Praxis übereinstimmte. Das Problem einer solchen Neufassung sehen die Mitarbeiter des KOMM vor allem in jenen Bereichen, in denen sich die Kompetenzen von Stadtverwaltung und Selbstverwaltung überlappen. Die jetzt vorliegende Neufassung entspricht dem Interesse der Nutzer, möglichst weitestgehende Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsmöglichkeiten zu festigen und auszubauen. So sind in dieser Grundordnung folgende Grundsätze enthalten:

- Freie politische Betätigung im KOMM,
- Entscheidungen werden basisdemokratisch in den Organen der Selbstverwaltung getroffen. Oberstes Beschlußorgan ist die Vollversammlung,
- Transparenz und Öffentlichkeit aller Vorgänge im Haus und
- kein auf persönlichen Gewinn zielender Kommers im KOMM.

Darüber hinaus wollen die Nutzer des Hauses selbst über die Höhe der Bezüge für hauptamtliche Mitarbeiter bestimmen, was bisher auf Schwierigkeiten bei der Verwaltung stieß. Dies wird von seiten des KOMM für einen untragbaren Zustand gehalten, da die derzeitige Bezahlung von 750 Mark für eine ausreichende Sozialversicherung nicht ausreicht. Hier wird eine Angleichung an die geltenden Tarifbestimmungen gefordert.

Zu dem vom Kulturreferat ausgearbeiteten Entwurf wird wie folgt Stellung genommen: Das KOMM ist ein Modell einer selbstverwalteten Freizeiteinrichtung, das in dieser Form unter städtischer Trägerschaft einmalig ist. Das Selbstverwaltungsmodell hat sich in den vergangenen vier Jahren bewährt, deshalb wollen die Mitarbeiter das Haus auch weiterhin in Selbstverwaltung, das heißt auf der Grundlage des von ihnen gemachten Vorschlages betreiben. Dies bedeutet, daß Teile der städtischen Kompetenz in der Zuständigkeit der Selbstverwaltung bleiben bzw. in sie übergehen sollen. Abschließend wird an die Politiker in den zuständigen Gremien appelliert, sich für die von der Vollversammlung verabschiedeten Form einzusetzen, dadurch sie die Interessen der Selbstverwaltung konsequent verwirklicht werden.

Staatsminister Dr. Seidl nimmt zum Kommunikationszentrum Stellung

Selbstverwaltung gesetzwidrig

Überprüfung durch die Regierung von Mittelfranken wurde angekündigt
Stadt muß die Tätigkeiten im Komm überwachen und notfalls verhindern

Die Selbstverwaltung des Nürnberger Kommunikationszentrums (Komm) ist in ihrer weitreichenden Form mit den Gesetzen und der Verfassung nicht in Einklang zu bringen. Zu dieser Feststellung kam Staatsminister Dr. Alfred Seidl in einem Schreiben an CSU-Fraktionschef Georg Holzbauer, der darin eine erneute Basis sieht, in nächster Zeit wiederum massiv gegen das Komm zu Felde zu ziehen.

28.9.77

Vorangegangen war ein Brief Holzbauers an das Bayerische Innenministerium, in dem Holzbauer auf die Forderungen in einem Flugblatt bei einer Veranstaltung des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands im Komm hingewiesen hatte. Unter anderem war darin vom „Kampf gegen die Schulunterdrückung", den man organisieren wolle, die Rede. Ferner wurde unter der Überschrift „Fahrt mit zum Sommerlager" zum Kampf gegen den Staat aufgefordert, wobei im Ferienprogramm auch militärische Übungen vorgesehen waren, „um dem bürgerlichen Staat gegenübertreten zu können."

Hetze gegen den Staat

Schließlich prangerte Holzbauer an, daß die regelmäßig erscheinende Komm-Zeitung auf Kosten des Steuerzahlers unablässig gegen den demokratischen Staat und die freie Gesellschaft hetze.

Obwohl die Stadt Nürnberg inzwischen das Ministerium wissen ließ, daß eine solche Veranstaltung — wie von der CSU beschrieben — im Komm nicht stattgefunden habe, was aus dem Veranstaltungsplan des Sekretariats beweisbar sei, vertritt Dr. Seidl in seinem Schreiben die Auffassung, daß sich die Stadt Nürnberg nicht dadurch aus ihrer Verantwortung für ihre Einrichtungen entlassen könne, daß sie dem Komm Räume und Finanzmittel pauschal zur Verfügung stellt und im übrigen die inhaltliche Gestaltung der Aktivitäten der Selbstverwaltung den Benutzern überläßt. Die gemeindliche Verwaltungstätigkeit müsse mit der Verfassung und den Gesetzen im Einklang stehen. Dazu gehöre auch, wie der Minister in seinem Schreiben fortfährt, daß die Stadt die Tätigkeiten und Veranstaltungen sowie die Mittelverwendung in ihrer Einrichtung Komm überwacht und etwaige verfassungsfeindliche oder strafrechtlich relevante Aktivitäten verhindert.

Abschließend teilt Dr. Seidl mit, daß die Regierung von Mittelfranken inzwischen gebeten wurde, in diesem Sinne auf die Stadt Nürnberg einzuwirken und inbesondere die sogenannte „Grundordnung" des Komm rechtsaufsichtlich zu überprüfen.

In seiner Grundordnung für das Kommunikationszentrum will der Nürnberger Stadtrat mehr Demokratie wagen

Mehrheit stimmte für Selbstverwaltung

Eine vielversprechende Grundsatzdiskussion der Parteien wurde durch die reiche Tagesordnung sehr stark eingeengt

Der Nürnberger Stadtrat hat gestern für das Kommunikationszentrum (KOMM) eine Grundordnung verabschiedet.

Darin wird den Jugendlichen in dieser öffentlichen Freizeiteinrichtung der Stadt „altersgerechte Mitbestimmung" in „weitreichender Selbstverwaltung" garantiert. Das heißt: die jungen Menschen können die Inhalte des Programms entsprechend ihren Neigungen und Bildungsbedürfnissen selbst regeln, solange sie in den Grenzen der geltenden Gesetze und eben dieser Grundordnung bleiben.

Erwartungsgemäß stimmte die CSU-Fraktion gegen die Grundordnung, und erwartungsgemäß ging dem Beschluß auch eine spannende Aussprache voraus. Diese hätte geradezu zu einer parlamentarischen Sternstunde werden können, wenn die Diskussion über das Wesen der Demokratie nicht durch 20 andere Tagesordnungspunkte eingeengt worden wäre.

Für den CSU-Stadtrat Helmut Bühl bewegen sich nämlich die Grundordnung und das in Kürze vom Kulturausschuß zu beratende dazugehörige „Organisationsmodell" am Rande der geltenden kommunalen Verfassung.

Dazu schoß Bühl viele Fragen ab: wer kann in der Vollversammlung mitentscheiden (auch Ortsfremde vielleicht oder verfassungsfeindliche Organisationen?). Wer ist das oberste Beschlußorgan? Solange diese Fragen nicht geklärt seien, müsse die Grundordnung eine leere Hülle bleiben.

Nach Auffassung der CSU-Fraktion wird in dieser Selbstverwaltung eine „Basis-Demokratie" praktiziert, während die Bundesrepublik doch eine „repräsentative Demokratie" sei, in der die Bürger eine Person ihres Vertrauens wählen, aber keinesfalls selbst in allen Fragen entscheiden könnten. Bühl: „Die jungen Menschen werden also nicht zu unserer repräsentativen Demokratie hingeführt, vielmehr werden Hoffnungen und Erwartungen geweckt, die sie im wirklichen Leben nicht finden können."

Hier lieferte Kulturreferent Dr. Hermann Glaser den wohl stärksten Widerpart: sich am Rande der geltenden Verfassung zu bewegen, sei noch immer legitim, solange die Grenze nicht überschritten wird. „Wir tragen das Grundgesetz nicht unter dem Arm, wie es einer der großen CSU-Politiker einmal sagte, sondern wir haben es ständig vor Augen und im Sinn." Das Sich-am-Rande-Bewegen sei aber auch im Interesse der pädagogischen Arbeit zu rechtfertigen, denn wie sonst sollte der junge Mensch die Grenzen kennen- und achtenlernen? Allenthalben sei in der Jugend und bei vielen Bürgern die „Sehnsucht des Mitwirkens" zu beobachten, die sich in einer repräsentativen Demokratie nicht immer voll befriedigen lasse. Und schließlich hätten der Bundespräsident und viele andere oft genug von der Gefahr der „Entfremdung der Jugend vom Staat" gesprochen.

SPD-Stadtrat Jürgen Fischer hielt der CSU entgegen, daß wirksame Jugendarbeit nicht in total verwalteter Organisationsform sondern in der Mitarbeit zu sehen sei. „Das ist Einübung in Freiheit, in Freiheitsrecht und Pflicht." Wolfram Unger von der FDP begrüßte die KOMM-Grundordnung als einen „vernünftigen Kompromiß", mit dem die Besucher dort gut leben können.

Alle betroffenen Ämter, auch die Regierung von Mittelfranken, waren zu dem Selbstverwaltungsmodell gehört worden und hatten daran gefeilt. Trotzdem blieben Fragen offen: Wer zum Beispiel bezahlt die von den Selbstverwaltungsorganen gewonnenen Mitarbeiter, und wer übernimmt neben der Verantwortung auch die Sozialversicherung solcher Mitarbeiter? Stadtrat Erich Wildner argwöhnte, daß die KOMM-Vollversammlung dabei Arbeitgeber-Funktion übernehme — „eine unmögliche Situation".

Die Referenten Dr. Glaser und Karl Widmayer stellten klar, daß bei Verpflichtungen die Stadt und sonst niemand Werkverträge abschließt. Dr. Glaser: „Das ist auch beim Bildungszentrum üblich. Und ohne die Werkverträge müßten wir die ganze Erwachsenenbildung ändern."

S. R.

Verkehrs-Premiere für Nordstadt

Von der Friedenstraße zügiger zum Nordring

Abknickende Vorfahrten werden überflüssig - An Löbleinstraße entsteht Parkfläche

Verkehrspremiere in der Nordstadt: heute um 10 Uhr wird die Verbindung von der Friedenstraße zum Nordring — die Schopenhauerstraße — den Kraftfahrern übergeben.

Gleichzeitig treten im Bereich der Löblein- und Tellstraße sowie der Straße „Am Stadtpark" einige Neuerungen in Kraft. Die dortige umständliche Verkehrsführung mit abknickenden Vorfahrten wird zugunsten der zügig geführten Schopenhauerstraße aufgegeben. Die Löbleinstraße bleibt zwischen der Frieden- und Kantstraße gesperrt. Die bisherige Straße dient künftig als Parkfläche.

Für einen gefahrlosen Schulweg über die neue Straße sorgt eine Lichtzeichenanlage in Höhe der Hegelschule.

AZ, 20.7.78

20.7.78

Konflikt oder Katastrophe?

Unklarheit um die Zukunft des „Komm" – CSU-Antrag auf kurzfristige Vertagung angenommen

Mit einem überraschenden Vertagungs-Antrag überrumpelte die CSU in der gestrigen, mit Spannung erwarteten Stadtratssitzung die Mehrheit des Hauses, die mit der Verabschiedung einer neuen „Grundordnung" für das umstrittene Jugend-Kommunikationszentrum („Komm") das Weiterbestehen dieses innerhalb Nürnbergs nach wie vor unterschätzten, freilich außerhalb der Stadt gern zu hoch eingestuften Modells prinzipiell sichern wollte. Jetzt sorgen im Kulturausschuß und dann erst wieder im Herbst bei der nächsten Vollversammlung debattiert werden. Das „Komm"-Schicksal bleibt in der Schwebe.

Nach Auseinandersetzungen politischer und bürokratischer Art hatte Kulturreferent Hermann Glaser das angewachsene Problem-Paket auseinandergeschnürt und getrennt als „Regelung des städtischen Zuständigkeitsbereichs" und „Form der Selbstorganisation" für neue Beratungen gebündelt. Gestern stand allein die „Grundordnung" auf der Tagesordnung, mit deren Annahme in der leidigen, oft unfair geführten „Komm"-Diskussion ein positives Zeichen gesetzt worden wäre. Ein einstimmiges Votum (durchaus denkbar, denn offensichtlich hatte auch die CSU gegen die vorgelegten Rahmen-Richtlinien keine wesentlichen Einwände) würde zumindest öffentlich beglaubigen, daß der Stadtrat den Jugendlichen Nürnbergs nicht den Boden unter den Füßen wegziehen will, und damit die Atmosphäre entkrampfen.

Die Rathaus-Opposition, die den „Komm"-Aktivitäten seit jeher skeptisch bis ablehnend begegnete, will sich auf diesen Vertrauensvorschuß nicht einlassen. Wenn Kultur-Sprecher Helmut Bühl, der die juristisch ausbalancierte Grundordnung lockerzüngig als „Ermächtigungsgesetz" einstufte, ihre gesonderte Behandlung pointiert verweigerte: „Ich kann nicht erst den Hut drüberdecken und dann abwarten, welches Kaninchen drunter heranreift!" heißt das im Klartext weniger witzig: Die Reglementierung der Jugendlichen wird für wichtiger gehalten als ihre Selbstbestimmung.

FAKTEN & MEINUNG

Die morgige Auseinandersetzung im Kulturausschuß, in der möglicherweise nun wieder mit kleinlichen Details das über kommunalpolitisches Hickhack hinausweisende Prinzip einer demokratischen Mitbestimmung unterlaufen wird, kann als bestes Ergebnis nur die gemeinsam übernommene Patenschaft der Rathaus-Parteien für die „Komm"-Zukunft, als zweitbeste Möglichkeit eine für die Öffentlichkeit endgültige Klärung der Fronten sein. Wobei die gestern vorgebrachte Argumentation gegen eine Trennung der Beschluß-Teile schon deshalb nicht stichhaltig ist, weil das neu zu fixierende Modell der „Komm"-Selbstorganisation ohne Absegnung durch den Kulturausschuß ohnehin nicht wirksam würde: „Alles unter Kontrolle".

Alle Wege führen wieder hin zu den rhetorischen Grundsatzfragen, die mit dem „Komm" von Beginn an verbunden waren:

- Wo liegt der Fehler im Modell einer demokratischen Selbstverwaltung, wenn Konflikte mit Katastrophen gleichgesetzt werden?
- Wo werden die Jugend-Probleme, die im „Komm" auftauchen (Rauschgift etc.) und seinen Ruf immer wieder kompromieren, wirklich ausgelöst?
- Sind Fehler im Umgang mit ungewohnten Freiheiten taugliche Argumente für eine Einschränkung der Freiheiten?
- Welche Rolle spielt der heimliche Wunsch nach politischem Wohlverhalten der Jugend in dieser Diskussion?

Die Politiker haben allen Grund, einige Schuld für die unklare Situation des längst überregional beachteten Hauses bei sich selbst zu suchen. Sie sind es sich und den Jugendlichen im „Komm" schuldig, jetzt so oder so klar Antwort zu geben. Am besten gleich morgen.

Dieter Stoll

IMMER WIEDER EIN STREITPUNKT: Das „Komm" am Nürnberger Königstor.

NN . 11. 6.77

KOMM will Selbstverwaltung behalten

Neufassung der Grundordnung wurde von der Vollversammlung beschlossen

Die Verwaltung des Kommunikationszentrum (KOMM) will bei der ihr einmal zugebilligten Selbstverwaltung keinen Zoll Boden preisgeben. Aus diesem Grund hat sie sich gegen den Entwurf einer Neufassung der Grundordnung des Schul- und Kulturreferats gewandt, der eine starke Einschränkung der bisherigen Möglichkeiten mit sich bringt und zudem zu einer zusätzlichen arbeitsmäßigen Belastung führen würde. Zudem wird durch diesen Entwurf die Selbstverwaltung in großem Umfang in die städtische Dienstordnung eingebunden, was nicht im Sinne des KOMM und seiner Leitung ist.

Ein am 7. Juni von der Vollversammlung des KOMM beschlossener eigener Entwurf einer Neufassung der Grundordnung entspricht dagegen eher den Interessen der KOMM-Verwaltung und zielt auf eine Art Sonderdienstordnung ab. Freilich ist man sich bei der KOMM-Verwaltung darüber im klaren, daß es äußerst schwierig sein wird, die beiden Entwürfe unter einen Hut zu bringen. Ein entsprechender Versuch soll in Form von Gesprächen mit dem Schul- und Kulturreferat demnächst unternommen werden. Kommt es dabei zu keiner Einigung, wird sich der Kulturausschuß mit allen beiden Entwürfen befassen müssen.

In einer Presseerklärung verweisen die KOMM-Verantwortlichen darauf, daß der Kulturreferat schon deshalb auf eine Neufassung drängte, weil die seit vier Jahren geltende Verfassung zum Teil juristische Mängel enthielt oder nicht mehr mit der Praxis übereinstimmte. Das Problem einer solchen Neufassung sehen die Mitarbeiter des KOMM vor allem in jenen Bereichen, in denen sich die Kompetenzen von Stadtverwaltung und Selbstverwaltung überlappen. Die jetzt vorliegende Neufassung entspricht dem Interesse der Nutzer, möglichst weitestgehende Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsmöglichkeiten zu festigen und auszubauen. So sind in dieser Grundordnung folgende Grundsätze enthalten:

- Freie politische Betätigung im KOMM,
- Entscheidungen werden basisdemokratisch in den Organen der Selbstverwaltung getroffen. Oberstes Beschlußorgan ist die Vollversammlung,
- Transparenz und Öffentlichkeit aller Vorgänge im Haus und
- kein auf persönlichen Gewinn zielender Kommers im KOMM.

Darüber hinaus wollen die Nutzer des Hauses selbst über die Höhe der Bezüge für hauptamtliche Mitarbeiter bestimmen, was bisher auf Schwierigkeiten bei der Verwaltung stieß. Dies wird von seiten des KOMM für einen untragbaren Zustand gehalten, da die derzeitige Bezahlung von 750 Mark für eine ausreichende Sozialversicherung nicht ausreicht. Hier wird eine Angleichung an die geltenden Tarifbestimmungen gefordert.

Zu dem vom Kulturreferat ausgearbeiteten Entwurf wird wie folgt Stellung genommen: Das KOMM ist ein Modell einer selbstverwalteten Freizeiteinrichtung, das in dieser Form unter städtischer Trägerschaft einmalig ist. Das Selbstverwaltungsmodell hat sich in den vergangenen vier Jahren bewährt, deshalb wollen die Mitarbeiter das Haus auch weiterhin in Selbstverwaltung, das heißt auf der Grundlage des von ihnen gemachten Vorschlages betreiben. Dies bedeutet, daß Teile der städtischen Kompetenz in der Zuständigkeit der Selbstverwaltung bleiben bzw. in sie übergehen sollen. Abschließend wird an die Politiker in den zuständigen Gremien appelliert, sich für die von der Vollversammlung verabschiedeten Form einzusetzen, dadurch sie die Interessen der Selbstverwaltung konsequent verwirklicht werden.

AZ 22.7.78

Vertrauenserklärung für das „Komm“

Die Zukunft des immer wieder in Frage gestellten Jugend-Kommunikationszentrums („Komm“), dessen zwangsläufig konfliktgeladenes Selbstverwaltungs-Modell seit Jahren in vorderster Schußlinie der Lokalpolitik steht, scheint seit gestern gesichert. Der Kulturausschuß begutachtete die vorgelegte „Grundordnung“, die den Rahmen für ein gesondert zu verbescheidendes Papier über die Formen der Eigenverantwortung absteckt, mehrheitlich positiv und stellte damit die Weichen für eine gleichlautende Entscheidung im Stadtrats-Plenum. Die CSU hielt mit sachlichen, betont emotionsfreien Argumenten dagegen.

Umstritten war und blieb die Frage, auf welche Weise Jugendlichen der Umgang mit demokratischen Verhaltensweisen nahegebracht werden könne. Während Kulturreferent Glaser, der dem „Komm“ den Beweis seiner Funktionsfähigkeit bestätigte, von der „größtmöglichen Freiheit“ sprach und die Betonung auf „Partnerschaft“ legte, wollte CSU-Kultursprecher Helmut Bühl ausdrücklich pädagogisch „an die

Grundwerte der Bundesrepublik Deutschland heranführen“. Ein Vertreter des „Komm“ sah vorrangig den „Lernprozeß, sich in gesellschaftlichen Widersprüchen zu artikulieren“.

Nicht schlüssig war der Hauptein-wand Bühls, der — mit dem Grundgesetz unter dem Arm — Gegensätze zwischen der parlamentarischen und der im „Komm“ etablierten basisbezogenen Demokratie konstruierte, als seien Parteien und Gewerkschaften damit vergleichbare Größen. Und auch: Als wären es nicht gerade die kompakten Formen dieser traditionellen Organisation gewesen, die in den letzten Jahren Jugendliche immer weniger zur Übernahme gesellschaftlicher Mitverantwortung bewegen konnten.

Die Erwartung Glasers, der mit dem „Komm“-Modell die „Hoffnung auf stärkere Identität der Jugendlichen mit der Gesellschaft, die so etwas ermöglicht“ verbindet, steht nach der gestrigen Debatte nicht als ungestützte Floskel da. Trotz unveränderter Ablehnung war die von der CSU geführte Diskussion in Ton und Inhalt so, daß die Versicherung man sei keineswegs als „Verfechter einer totalen Gängelung“ angetreten, glaubwürdig war.

Respekt also vor der Haltung der im Stadtrat vertretenen „Komm“-Gegner, auch wenn ihre Argumente meines Erachtens nicht stichhaltig sind. Sie waren jedenfalls frei von all der vergiftenden Polemik, die sich bisher des Themas bemächtigt hatte und sollten in dieser Sachlichkeit auch in der entscheidenden Plenumsdiskussion vorgebracht werden.

Die keineswegs mehr unversöhnlich wirkende Härte der Rathaus-Konservativen wird den Vertretern des „Komm“ nicht entgangen sein. Vielleicht wächst bis zur Ende des Jahres fälligen Verabschiedung des auf die „Grundordnung“ aufgebauten Selbstverwaltungsmodells das gegenseitige Vertrauen noch. Für unmöglich würde ich es jetzt nicht mehr erklären...

Dieter Stol

Der Stadtrat fällte keine Entscheidung

Ansbach entscheidet über das KOMM

Änderungsvorschläge der Verwaltung aus verschiedenen Gründen abgelehnt – CSU: Jugend zur Ordnung führen

Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter stand gestern dort, wovor sich andere per Schirm zu schützen versuchten: Im Regen. Einsam hob das Stadtoberhaupt den Arm, als der Gesamtstadtrat die von OB, Kulturreferent Dr. Hermann Glaser und Rechtsreferent Dr. Richard Sauber ausgearbeiteten Änderungsvorschläge für die Grundordnung des Kommunikationszentrums (KOMM) ablehnte, die anhand des Rechtsgutachtens der Regierung von Mittelfranken ausgearbeitet worden waren. Der CSU-Antrag, eine neue Satzung auszuarbeiten, wurde mit 38 Stimmen abgelehnt. Daraufhin faßte Dr. Urschlechter kurzerhand zusammen: „Damit geht der Vorgang an die Regierung zurück mit der Bitte um Entscheidung."

Vor den Debatten in der ersten Plenumssitzung nach der OB-Wahl gratulierte Bürgermeister Willy Prölß dem alten und neuen Chef im Rathaus zur Wiederwahl. Er wünschte Kraft und Gesundheit im Namen des Rates für das „schwierige Amt" sowie eine „ersprießliche Zusammenarbeit". Andreas Urschlechter drückte die Hoffnung aus, daß man ihm in den nächsten sechs Jahren die Arbeit nicht zu schwer machen möge.

Bei der KOMM-Debatte ging es erneut um die Rechtmäßigkeit der „Grundordnung" (Selbstverwaltungsmodell) nach der Bayerischen Gemeindeordnung. Die CSU sah und sieht — unterstützt durch das Gutachten der Regierung in Ansbach — darin jedoch gravierende Verstöße gegen die rechtlichen Bestimmungen. Mit den ergänzenden Verwaltungsvorschlägen im Hinblick auf die Mittelverwendung, die Selbstverwaltungsorgane sowie die Einwirkungsmöglichkeiten der Verwaltung bzw. des Stadtrates auf das Tun in diesem Jugendzentrum war die Union nicht einverstanden.

Helmut Bühl bezeichnete diese Vorschläge für die CSU „als nicht mehr und nicht weniger als Kleister über Wunden streichen, aber der beseitigt die Mißstände nicht". Nur der Stadtrat allein könne über die Verwendung von Steuergeldern entscheiden; es sei unverständlich, weshalb dies beim KOMM nicht gelten solle. Bühl griff außerdem scharf das Modell der Basisdemokratie „in dieser Form" an: „Der Jugend wird Anspruch auf Rechtsbeständigkeit vorgegaukelt, obwohl das ganze Modell keinesfalls mit den geltenden Gesetzen in Einklang steht". Es gelte, der Jugend „lieber klaren Wein einzuschenken und sie an die geltende Rechtsordnung heranzuführen und nicht davon weg, wie es durch die Grundordnung geschieht". Für Bühl stellte sich auch die Frage, „ob nicht erst dann Frustration entsteht, wenn man jungen Leuten Basisdemokratie zeigt, die es dann in der Wirklichkeit nicht gibt?"

Dr. Peter Schönlein betonte für seine Fraktion, daß man im KOMM bei Gesprächen für die Vorschläge der Verwaltung geworben habe, „doch die

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11: „Regierung in Ansbach entscheidet über die KOMM-Zukunft“

Künftig Parität in den Ausschüssen

Selbstverwaltung hat abgelehnt“. Schönlein, der, — wie zu Beginn der Aussprachen auch Kulturreferent Glaser — das „partnerschaftliche Miteinander“ unterstrich, bedauerte, daß „die Partner im KOMM“ den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg nicht gehen wollten: „Hier gab's keine Gegenliebe. Deshalb soll der Oberbürgermeister ohne Stadtratsbeschluß das Gespräch mit der Regierung aufnehmen!“

Zu Helmut Bühl gewandt meinte Dr. Schönlein, daß dieser „sich öfter mal im KOMM umsehen sollte“. Dann sähe

ANZEIGE

Baudarlehen jetzt wieder günstiger

Die Vereinsbank in Nürnberg AG (ViN-Hypothekenbank) hat die Zinsen für ihre Baudarlehen spürbar gesenkt. Wer seine Bauvorhaben bisher zurückstellen mußte, kann es jetzt mit der ViN-Baufinanzierung zinsgünstig verwirklichen.

Beratung durch Hauptsitz Nürnberg, Marienstraße 3, unter Telefon (09 11) 2 02 73 26.

er, daß die Freiräume dort keinen Schaden verursachten und „nicht von Demokratie und Verfassung wegführen, sondern dazu ermuntern“. Herbert Stiefvater (DKP) sprach von einer „Salamitaktik zur Demontage dieses Jugendzentrums“, Wolfram Unger (FDP) wollte bis zum „Gegenbeweis“ an der bestehenden Ordnung nichts ändern, schloß aber beim Entscheid durch die Regierung „eine bittere Alternative“ allerdings nicht aus. Auch Jürgen Wolff (Grüne/Unabhängige) wandte sich gegen jede Änderung des Selbstverwaltungsmodells.

Durch die Fraktions- bzw. Parteiaustritte von Wolff und Murawski ergaben sich Änderungen in den Ausschußbesetzungen, wobei künftig in allen Ausschüssen und Kommissionen Parität der Parteien herrschen wird. Gegenteilige Ansichten zwischen CSU und SPD und auch dem Oberbürgermeister bestehen jedenfalls über das Stimmrecht der jeweiligen Ausschußvorsitzenden, den in den meisten Fällen ständig Bürgermeister Willy Prölß in Vertretung des Oberbürgermeisters stellt. Entsprechende Unionsanträge sollen im nächsten Ältestenrat behandelt werden.

*

Der Stadtrat, insbesondere die SPD, hat sich mit dem Weg, die Regierung über das KOMM entscheiden zu lassen, wohl einen Bärendienst erwiesen. Da sie so ohne weiteres nicht mehr mehrheitsfähig sein wird, soll offenbar alles erdenklich Mögliche unternommen werden, um Abstimmungsniederlagen zu vermeiden. Ob sich der Ruf nach dem „Regierungskommissar“ mit dessen für das KOMM möglicherweise negativen Entscheid positiv für die SPD auswirken wird, bleibt fraglich. Mehr wie zwischen alle Stühle kann sich die Fraktion auch in Zukunft nicht setzen. ks

NZ 20/11.'82

KOMM-Zwist endet wie Hornberger Schießen

Die Regierung von Mittelfranken hat den Widerspruch der Stadt Nürnberg gegen die Beanstandungen der KOMM-Grundordnung und -Selbstverwaltung zurückgewiesen. Der Stadtrat verzichtete gestern jedoch auf eine Klage vor dem Ansbacher Verwaltungsgericht. Damit endete der fast einjährige Streit zwischen Regierung und Stadt wie das „Hornberger Schießen". Für die Arbeit in diesem städtischen Jugendzentrum ändert sich damit praktisch nichts, nachdem auf SPD-Initiative hin das umstrittene Selbstverwaltungsmodell und die Organisationsstruktur zwar für nichtig erklärt, die „allgemeine Zielbestimmung" jedoch beibehalten wurde.

Danach will das Jugendzentrum jungen Menschen Gelegenheit geben, „sich frei zusammenzuschließen sowie Formen und Inhalte des Angebots im KOMM entsprechend ihren Interessen, Neigungen und ihrem Bildungsbedürfnis in weitreichender Selbstverwaltung altersgerecht mitzubestimmen. Die Selbstverwaltung findet ihre Grenzen in den geltenden Gesetzen" und — hier schließt sich eine vom Oberbürgermeister gewünschte Formel an — „der bayerischen Gemeindeordnung".

Die Regierung erneuerte in der Zurückweisung ihre Auffassung, daß die Entscheidungen über die Verwendung städtischer Gelder „nicht den Selbstverwaltungsorganen oder Benutzern des KOMM überlassen" werden könne, sondern den städtischen Organen bzw. zuständigen Bediensteten obliege.

Kulturreferent Dr. Hermann Glaser und SPD-Sprecher Jürgen Fischer apostrophierten Grundordnung und Selbstverwaltung unbeirrt als „rechtens". Fischer sah einen Rechtsstreit als „ungeeignet", das „KOMM zu konsolidieren". Seiner Fraktion sei es vielmehr darum gegangen, einem Prozeß aus dem Weg zu gehen. Die Widerspruchsfristen wurden genutzt, um auch mit den KOMM-Organen zu sprechen, die letztlich geschlossen dem Vorschlag der Sozialdemokraten folgten. Während Fischer in der im Beschluß gleichfalls geforderten Geschäftsordnung für den Vollzug der Widmung „weitgehende Selbstverwaltung" gewährleistet sah, war Hermann Glaser überzeugt, „daß die bisherige Selbstverwaltungspraxis auch künftig weiterwirken wird".

Für die CSU war klar, daß die SPD dies auch schon vor zehn Monaten, zu Beginn der Rangelei, hätte haben können. Ihr Sprecher Helmut Bühl betonte, nichts anderes hätten Verwaltung und Union damals gefordert: „Aber der schmerzliche Reifeprozeß dauerte halt so lange." Allerdings sei es in seiner politischen wie beruflichen Praxis als Anwalt etwas ganz Neues, daß man Widerspruch einlege, um dann einem Verfahren auszuweichen.

Die CSU sei „voll und ganz" damit einverstanden, daß nun der Oberbürgermeister die Geschäftsordnung ausarbeite: „Dazu haben wir wesentlich mehr Vertrauen als zur knappen Rechtsmehrheit der SPD, die zweimal beanstandet werden mußte." Bühl sah in der Haltung der SPD eine „demokratische Selbstentmannung", weil man die Entscheidung letztlich dem Oberbürgermeister überlasse. ks

Nach Veto gegen KOMM-Grundordnung

Stadt beendet Streit mit der Regierung

Geschäftsordnung soll bisheriges Konzept ersetzen — „An Praxis ändert sich nichts"

Der Rechtsstreit mit der Regierung in Ansbach ist beigelegt. Die Stadt wird für die Grundordnung und das Selbstverwaltungsmodell des Kommunikationszentrums (KOMM) nicht vor das Bayerische Verwaltungsgericht ziehen.

Die Einwände der Regierung von Mittelfranken, die in diesem Konzept einen Verstoß gegen die Gemeindeordnung sieht, sollen nun mit einem vom Stadtrat einstimmig gebilligten Schachzug umgangen werden: Grundordnung und Selbstverwaltungsmodell werden einfach abgeschafft, damit der Kritik der Regierung der Boden entzogen wird.

Weiter gesteht der Rat den Besuchern des KOMM in einem „Widmungsbeschluß" zu, das Angebot im Haus „in weitreichender Selbstverwaltung altersgerecht mitzubestimmen". Ein Zugeständnis an die mittelfränkische Rechtsaufsicht steht im letzten Satz: „Die Selbstverwaltung findet ihre Grenzen ... insbesondere in der bayerischen Gemeindeordnung."

Die Rechtsgrundlage dafür wird eine Geschäftsordnung darstellen, die nun von der Verwaltung ausgearbeitet wird. Als Chef im Rathaus hat damit Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter das letzte Wort.

Fortsetzung auf Seite 15

NN
20.1.21 Thi 82

Fortsetzung v. S. 13: „STADT BEENDET STREIT MIT DER REGIERUNG"

Ein politischer Rückzug?

Vorwurf der Vollversammlung — Gruppen wollen Geld und Räume vergeben

Auch die Vollversammlung des KOMM erklärte sich mit diesem Weg einverstanden, den die SPD in einem Antrag vorgezeichnet hatte. Ein Sprecher des KOMM forderte dazu, die geplante Geschäftsordnung müsse sich direkt an der bisherigen Grundordnung orientieren.

Das Recht der Gruppen im Haus, Räume und Geld zu vergeben (daran hatte sich vor allem die Kritik aus Ansbach festgemacht), müsse bestehen bleiben. Dennoch sehen die Aktiven im KOMM in dem SPD-Vorschlag ein politisches Zurückweichen in der Auseinandersetzung. Die Vollversammlung habe nur zugestimmt, weil sich die Sozialdemokraten nicht für den Weg der Klage entschließen mochten.

Schul- und Kulturreferent Dr. Hermann Glaser, der sich in der Vergangenheit grundsätzlich für die Selbstverwaltung des Jugendzentrums eingesetzt hatte („Das ist oberstes Gebot", sagte gestern im Plenum: „Die Basisdemokratie funktioniert in der Praxis längst. Daher ist eine schriftliche Grundordnung verzichtbar." Auch Jürgen Fischer von der SPD hielt fest, daß die neue Regelung nichts an der täglichen Arbeit im KOMM ändere. Sie beende lediglich einen unverständlichen Rechtsstreit, den Ansbach begonnen habe.

„Wir wollten schon vor zehn Monaten die Grundordnung aufheben", kommentierte Helmut Bühl (CSU) gestern ironisch. Er nannte das Verhalten der SPD „demokratische Selbstentmannung", denn nun überlasse die Fraktion mit der Geschäftsordnung alles dem Oberbürgermeister. „Wir sind sicher, daß Dr. Urschlechter die Anregungen der Regierung einfließen lassen wird", meinte Bühl, seine Partei stimme daher gerne zu.

Wegen dem Votum der KOMM-Vollversammlung rückte auch Klaus-Peter Murawski (Grüne) von seiner Forderung nach einer Gerichtsklage ab. „Ich will nicht päpstlicher als der Papst sein", äußerte er resigniert. Der Wille der KOMM-Besucher müsse eben akzeptiert werden. C.S.

DIE GESCHICHTE DES KOMM

beginnt nicht erst im Jahre 1973. Eine mehr oder weniger lange Vorgeschichte haben unter anderem

- die linksliberale reformorientierte Nürnberger Kulturpolitik seit dem Zeitpunkt, als Dr. H. Glaser Kulturreferent wurde;
- die Jugendzentrumsbewegung, die ihren Ausgang ebenso wie die gesamte Alternativbewegung in der Studentenbewegung (und zuvor in der außerparlamentarischen Opposition (APO) hatte;
- das nostalgieschwangere Künstlerhaus

1) Bevor wir eine Geschichte des KOMM beginnen, ist deshalb ein eigenes Blatt der bewegten Geschichte des Nürnberger Künstlerhauses gewidmet. Weißes Blatt

2) Die Geburt des Gedankenkindes "Kommunikationszentrum" wird dann mit mehreren Zeitungsausschnitten, vor allem einem Interview mit Dr. Glaser belegt. Bereits 1972 war von einem "Kommunikationszentrum der Künstler" die Rede. Wohl aus diesem Grund legten die Künstler sofort ihren Protest gegen das "Pädagogenprojekt" ein. In einem Zeitungsausschnitt ("Improvisierte Kommunikation" - NN) werden interessierte Gruppen zur Mitarbeit aufgefordert, was dann dazu führte, daß Filmfabrik und Teestube an der weiteren Planung mitmachten.

3) Es folgt das allererste Werbeblatt (grellrosa), das in einer Auflage von 5000 Exemplaren verteilt wurde.

4) Weitere Zeitungsberichte schildern Atmosphäre und einzelne Veranstaltungen des Probelaufs. Unter anderem berichten sie über Diskussion (Jugendfeindliche Stadt? - AZ), auf der die baldige Fortsetzung des Probelaufs gefordert wurd. 2 grüne Bläter.

5) "Ein Flugblatt" auf dem ein engagierter Besucher schildert, wie er die Situation während dieser 4 Wochen empfand; übertragen gilt das heute noch! (orangefarbenes Blatt)

6) Ein Zeitungsbericht schildert gegen Ende des Probelaufs, welche Konsequenzen man bei einer Nachbesprechung aus den Erfahrungen gezogen hatte. ("Bierpreissenkung nach der Denkpause" - AZ) grünes Blatt.

7) "Wir machen heute abend dicht!" Ein Flugblatt, auf dem wir den 2. Start ankündigten. Orangefarbenes Blatt.

8) "Die Geschichte des KOMM" - der ersten 1 1/2 Jahre ist relativ ausführlich in verschiedenen Artikeln von Rainer Kromarek in dessen Jugendzeitung "wow", (das heutige "n-magazin") dargestellt worden. Hellgelbe Blätter. Rainer Kromarek war in der ersten Selbstverwaltungsphase Sekretär und somit Kenner der Materie. Von ihm stammte auch "ein Flugblatt" (siehe Nr. 5)

9) Am 3. Okt. trafen sich, wie Ende Juli vereinbart, eine große Gruppe interessierter Mitarbeiter zu einem Wochendseminar. Hier sollte diskutiert werden, wie das KOMM (dieser Name wurde erst gegen Ende 74 eingeführt) organisatorisch und inhaltlich weitergeführt werden würde. Bei dieser Gelegenheit wurde in dramatischen Phase erstmals die Forderung nach Selbstverwaltung gestellt.

DIE GESCHICHTE DES KOMM

Selbstverwaltung wurde auch seither in einem eingeschränkten Rahmen praktiziert, da der für das Projekt verantwortliche städtische Mitarbeiter (M. Popp) immer noch persönlich für das Projekt verantwortlich war. Wie der NN-Artikel vom 3. Okt. zeigt, konnte das KOMM aber noch nicht, wie ursprünglich gehofft, für die Besucher geöffnet werden, sondern stand zunächst nur den Mitarbeitern als Baustelle und Versammlungsort zur Verfügung. Grünes Blatt.

10) Seit etwa Okt. 1973 arbeitete auch der sogenannte PAK (politischer Arbeitskreis), eine Gruppe Jugendlicher aus verschiedenen politischen Lagern. Sie brachten die Ziele der Jugendzentrumsbewegung in das KOMM ein, forderten Selbstverwaltung und formulierten eine eigene Zielsetzung (siehe Kapitel 2 Konzepte und Ziele: PAK-Papier). Bei der Diskussion um ein Entscheidungsmodell setzten sie sich für das Modell eines von der Stadt unabhängigen Vereins ein (siehe Kapitel 3 Organisationsmodelle: KOMM-Zeitung Nr. 1, 1. Teil), "Für ein freies KOMM in Selbstverwaltung". Orangefarbenes Blatt.

11) Nachdem sich die Vollversammlung vom 25. Jan. 74 eine Mehrheit für eine Selbstverwaltung im Rahmen einer von der Stadt getragenen Einrichtung ausgesprochen hatte, wurde im Februar auch eine verwaltungsmäßige Lösung für das bislang "freischwebende" KOMM gefunden. Das Jugendzentrum für politische Bildung (für das gerade ein neuer Leiter gesucht wurde) und das KOMM wurden zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt. Der Kunsterzieher Michael Popp wurde Leiter der beiden Häuser und hatte somit auch eine entsprechende Personalstelle. Grüne Blätter.
(Hier weisen die vorgefundenen Drucksachen leider einiges Durcheinander auf!)

12) Gegen diese Entscheidung des Stadtrates (bzw. der Verwaltung) gab's natürlich von Seiten des PAK erhebliche Proteste: "Die Lüge von der Selbstverwaltung". Orangefarbenes Blatt.

13) Über diesen ideologischen Clinch, in dem man mehr als 3 Monate lang gelegen war, der sich allwöchentlich vor allem auf der Vollversammlung abspielte, geriet die Situation im Haus außer Kontrolle.
Das Feld wurde bald von Dealern und Säufern beherrscht, Schlägereien häuften sich.
Siehe auch das Informationsblatt:
"Das KOMM als Medium". Unter der Hand hatte sich als Folge dieser Situation eine ebenfalls üble "Hauspolizei" etabliert, die aber auch nichts mehr ausrichten konnte.

14) Nach einer Phase härtester praktischer Arbeit, bei der nur noch wenige Unverzagte - vor allem ein "heldenhaftes Sekretariat" übriggeblieben waren, versuchte man es ein drittes Mal; diesmal mit einem dichten Programm über einen Zeitraum von 2 Monaten, den Juni und Juli 1974. Die Mitarbeiter waren sich bewußt: "Jetzt oder nie mehr wieder"!
Harald Lamprecht meinte in der NN vom 8/9 Juni ... "eine unglückliche Einrichtung, die den Keim des Niedergangs schon bei ihrer Gründung in sich trug...". Harald Lamprecht irrte - glücklicher Weise! Grünes Blatt. (Die Rückseite dieses Blattes berichtet noch über den Probelauf.)

15) Die Sache lief und läuft seitdem. (siehe Zeitungsberichte auf grünem Blatt). Nach diesem Durchbruch verlief die Entwicklung des KOMM weniger dramatisch. Die Gruppen und das Programm nahmen kontinuierlich zu, die Erfahrungen im Umgang mit Problemen und Problemgruppen wuchsen, die Selbstverwaltung wurde "vom Kopf auf die Füße gestellt" (siehe auch Kapitel 3 - "Oraginsationsmodelle": Einleitungstext) z.B. eine "Chile-Woche", die KOMM-Zeitung Nr.2 wurde im Dez. 74 herausgebracht, weitere folgten bald und im Feb. 75 wurden die ersten Faschingsveranstaltungen Nürnberger Schulen im KOMM organisiert.

16) Aufgeschreckt wurden die Mitarbeiter im April 75 durch die NN-Schlagzeile "KOMM wird verlegt - Künstlerhaus fällt der Spitzhacke zum Opfer". Rückseite des grünen Blattes. Diese Mitteilung erwies sich als Zeitungsente; dennoch begriff man dies als Warnung und sorgte später dafür, daß Zusagen für einen längerfristigen Verbleib in diesem Haus gemacht wurden. (Siehe auch Kapitel 2 Konzepte und Ziele: Perspektivpapier von 1976)

17) Für die Zeit zwischen 1975 und heute lagen uns bei der Endbearbeitung keine gedruckten Zeugnisse mehr vor. Wenn wir diese Zeit im Nachhinein überblicken, so sind es am ehesten Konflikte und Seminare, die für das KOMM von Bedeutung waren und

sich auch dem Gedächtnis eingeprägt haben. Seminare, bzw. außerordentliche Vollversammlungen wurden immer dann angesetzt, wenn das KOMM durch "interne Konflikte" oder durch "Bedrohungen von außen" in Gefahr war.
Anhand einiger wichtiger Beispiele soll hier aufgezeigt werden, wie Probleme innerhalb des Hauses angegangen, verlagert, gelöst und/oder immer wieder diskutiert wurden.

18) In einem weiteren (neuen) Papier wird dann die Geschichte der verschiedenen Angriffe in Ansätzen aufgezeigt. Angriffe der Presse, von politischen Parteien, der Verwaltung, von politischen Gruppen usw.
Paradoxer Weise hat jeder dieser Angriffe das KOMM gestärkt, die Mitarbeiter enger zusammenrücken lassen und dazu beigetragen, das Selbstverständis des selbstverwalteten KOMM deutlicher werden zu lassen, da man sich in solchen Konflikten rascher als sonst gemeinsame Ziele und Gegner bewußt machte.

19) Am 5. März fand die größte Massenverhaftung seit Ende des Krieges statt. Verhaftet wurden 172 Personen (von denen 31 sofort freigelassen wurden), nach einer Demonstration durch die Innenstadt, bei der es auch zu Sachschaden kam. Wie es dazu kam und welche Auswirkungen dies mit sich brachte wird in den folgenden Seiten beschrieben, die wir aus den Dokumentationen der ÖTV und dem Ermittlungsausschuß entnommen haben. Wer näheres zu den Massenverhaftungen wissen will, kann sich bei der Bürgerinitiative 5. März die Dokumentation des E.A. sowie das Buch von Hermann Glaser (Kulturreferent der Stadt Nürnberg) welches im rororo- Verlag erschienen ist oder das Buch von Erik, Kempf und Maeffert (Rechtsanwälte im KOMM-Prozeß) im Konkret-Verlag erschienen, bestellen. Die Anschrift:

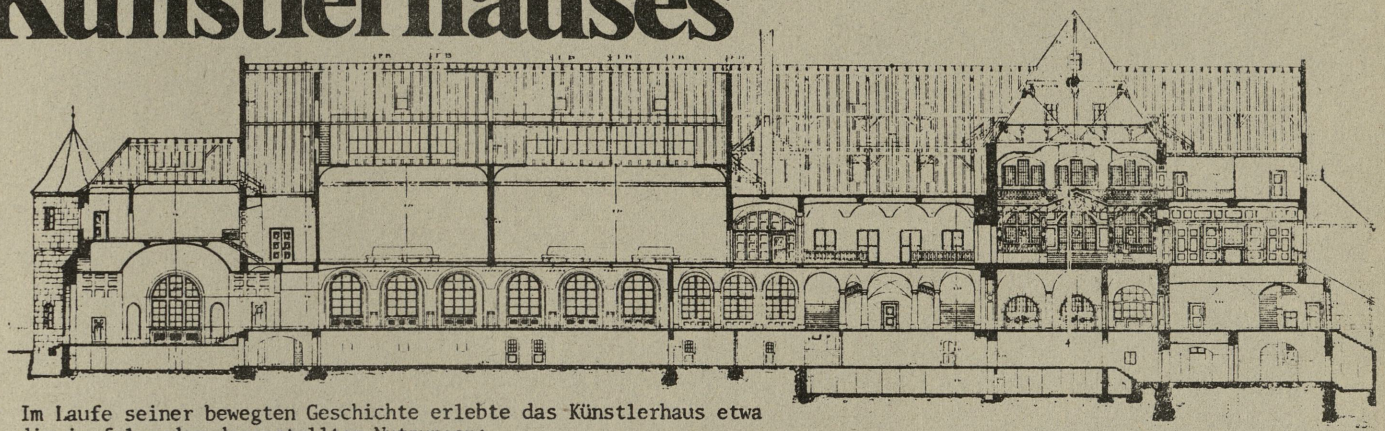
Bürgerinitiative 5. März
Äußere Großweidenmühlstr. 16
85 Nürnberg

Bürgerinitiative 5. März
Kommunikationszentrum
Königstr. 93
85 Nürnberg

20) Danach kommen zwei Zeitungsartikel und die Pressemitteilung der bayerischen Stattskanzlei, in welcher Strauss Stellung zum 5. März, Grundordnung und Drogen im KOMM nimmt.

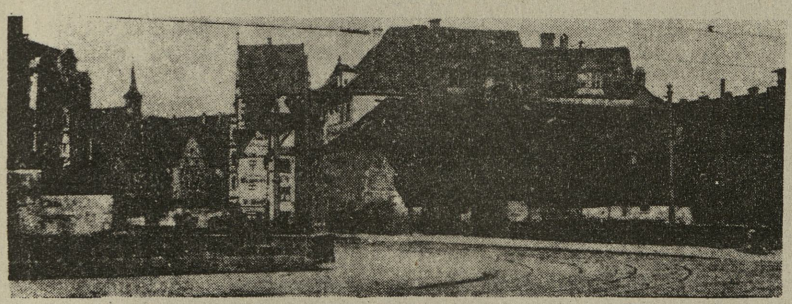
21) Während sich vor allem die Konflickte als spektakulärer Teil der Geschichte einprägen, geraten andere Aspekte leicht aus dem Blickwinkel, weil sie sich langsam und unmerklich vollziehen. Hierher gehört z.B. die Tatsache, daß einzelne Bereiche ein besseres und kontinuierlicheres Angebot leisten, Gruppen neu entstehen oder das Haus schrittweise immer weiter ausgebaut und schöner wird. Manchem Freak zu schön! Die Geschichte des KOMM ist auch eine Bau- und Umbaugeschichte.

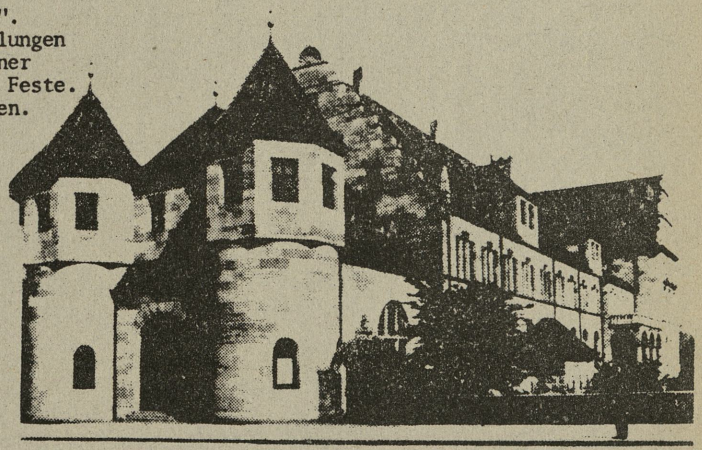
Die Geschichte des Künstlerhauses



Im Laufe seiner bewegten Geschichte erlebte das Künstlerhaus etwa die im folgenden dargestellten Nutzungen:

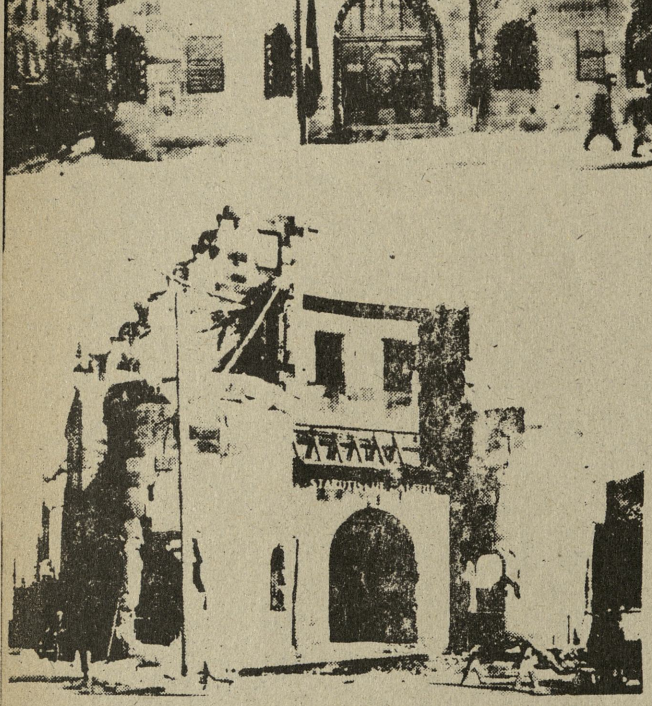
1) Etwa 1902 entstand in Nürnberg zum zweitenmal der konkretere Plan, "der hiesigen Künstlerschaft einen festen Stützpunkt zu verschaffen ...". Der damalige Oberbürgermeister Dr. von Schuh sammelte einen großen Teil der hierfür erforderlichen Gelder bei den spendefreudigen Bürgern und den verschiedenen Handwerkszünften zusammen.
Als Bauplatz wurde der Standort des ehemaligen Salzstadels gewählt. Dieses Salzmagazin war 1810 von der Bayer. Staatsregierung errichtet worden.
Baubeginn für das Künstlerhaus war dann 1905, die Eröffnung erfolgte 1908, die feierliche Einweihung erst 1910 mit einem 3 Tagesfest, dem auch Prinz Ludwig von Bayern "die Ehre gab".
Das Gebäude beherbergte vor allem die städtischen Kunstsammlungen und Ausstellungen fränkischer Künstler, war Sitz verschiedener Künstlervereine und Veranstaltungsort beliebter (Künstler-) Feste.
Bis etwa 1933 wurde das Künstlerhaus in dieser Form betrieben.





DIE KÖNIGSTRASSE 93 VOR 1903 - DER "ALTE SALZSTADEL"

eine alte Postkarte



ENDE DES II. WELTKRIEGES...

2) Von 1939 bis 1945 war das Künstlerhaus meist geschlossen und wurde nur gegen Ende des Krieges wegen seiner günstigen Lage nahe dem Hauptbahnhof als "Soldatenheim" (Übernachtungsmöglichkeit bei Truppentransporten) mißbraucht.
Durch den Krieg wurde das Künstlerhaus weitgehend zerstört. Sogar der Keller brannte aus. Als "Brandstifter" wurde der "Volkssturm" verdächtigt, der kurz vor Kriegsende hier einquartiert war.

3) Nach 1945 wurde das Künstlerhaus wegen seiner zentralen Lage von den Amerikanern in Beschlag genommen, unter der Bezeichnung "Americana Club" zum Vergnügungszentrum der "Besatzer" umfunktioniert. Die Amerikaner setzten das Gebäude notdürftig instand und richteten zudem eine Sendestation des AFN ein. Noch heute finden sich im Keller Beschriftungen aus dieser Zeit.

4) Übergangsweise diente das Gebäude dann der Pädagogischen Hochschule als Notquartier. Im Festsaal war (bei festmontierter Uni-Bestuhlung) der "große Hörsaal" eingerichtet. Im Winter mußten die Studenten die Vorlesungen in Schal und Mantel eingehüllt besuchen. Einige Räume wurden zur gleichen Zeit durch eine Abteilung des Hochbauamtes genutzt.

5) Anschließend ging das Gebäude in die Verfügung des Kulturreferates über und wurde für große Kunstausstellungen genutzt, allerdings nur über die Sommermonate, da sich das Haus im Winter schlecht heizen ließ:

1968 die große Künstlerbundausstellung (bei dieser Ausstellung war im heutigen Sekretariat einer der berühmt berüchtigten "Fetträume" von Joseph Beuys eingerichtet, dessen Geruch sich noch Jahre später hielt), 1969 die Biennale 1, 1970 eine Antifaschismusausstellung, 1971 die Biennale 2 und 1972 das Kybernetikon (das als experimentelle Bildungsveranstaltung zum Thema "Fernsehen" in seiner Atmosphäre schon eine Vorstellung des heutigen KOMM gab).
Die übrige Zeit stand das Haus leer und wartete auf seinen Abriss, da an seiner Stelle ein, in Beton gegossener, Mammutkomplex der Bayerischen Versicherungskammer entstehen sollte, darin enthalten und von dieser Gesellschaft finanziert, ein Kultur- und Bildungszentrum. Dieses Projekt soll an allzugroßen Auflagen der Versicherungskammer und durch den Einspruch einiger altstadtbewußter Bürger gescheitert sein.

6) Die Nutzung als Kommunikationszentrum erfolgte im Juli 1973 nur "auf Probe" - ohne Absicht, dieses Gebäude auch weiterhin für diesen Zweck zu betreiben. Nach einem Gutachten des Hochbauamtes galt es ja als baufällig und die Zeichen standen noch immer auf Abriss. Selbst 1974 und 75 wurde dem Betrieb im KOMM nur vorbehaltlich zugestimmt, die Probezeit immer weiter verlängert und nach Gebäuden gesucht, die für das KOMM in Selbstverwaltung besser geeignet seien.
Erst 1976 erfolgte der Beschluß, daß
a) das Gebäude als teilweise denkmalschutzwürdig zu erhalten sei und
b) mittelfristig dem selbstverwalteten KOMM zur Verfügung stehen solle.
(Kulturausschuß vom Juli 76 - siehe auch unter Konzepte und Ziele das Papier von 1976!)

IN DEN 50ER JAHREN

teilweise zitiert aus der KOMM Zeitung Nr. 9 vom Okt. 77.
Die damalige Zeitungsgruppe hatte diesem Thema einen Schwerpunkt gewidmet, nachdem die CSU gefordert hatte, das Künstlerhaus wieder den Künstlern zu geben und die Selbstverwaltung aus diesem Gebäude zu vertreiben.

Modell für eine Nürnberger Kulturlandschaft: Hermann Glasers Gesamtplan

Weg aus der Stagnation

espräch mit dem Kulturreferenten — Kommunikationszentrum als Schwerpunkt — Zusammenarbeit der Institutionen

Nürnbergs Kulturreferent Dr. Hermann Gla-
r hat in den letzten Monaten eine 180 Seiten
arke Schrift „Gedanken und Perspektiven zur
lturpolitik in Nürnberg" erarbeitet. In die-
m Plan, der dem Stadtrat in Kürze zur Diskus-
on vorgelegt werden soll, beschäftigt sich
laser mit der augenblicklichen Funktion der
stehenden kommunalen kulturellen Institu-
onen, nennt notwendige Verbesserungen,
n Aufbau eines Kommunikationszentrums
d rechnet als „mittelfristigen Zeitraum für
e Finanzierung drei bis sechs Jahre". Wir
rachen mit Dr. Hermann Glaser über sein be-
üßenswertes Modell einer Nürnberger „Kul-
rlandschaft".

Glaser geht in seinen Überlegungen zur
tensiveren Kulturpolitik von einem „tief-
rwurzelten Mißverständnis von Kultur"
s. Wegen der anderen Prioritäten rückte
sher neben der Schulpolitik die Kultur —
s auf das Theater — kaum in den Blick-
nkt des öffentlichen Interesses. Und so sagt
laser: „Man ist zwar überzeugt, daß der
ensch nicht vom Brot allein lebt, doch ist
r Weg zu einer neuen Theorie und Praxis
n Kulturverwaltung (außer in Herbert
arcuses Schriften) noch weit. Das fängt
hon beim Haushaltsetat an."

Wie hoch ist 1973 der Kulturetat? Und
elche Zielvorstellungen haben Sie für Ihren
an?

Glaser: „Nürnbergs Kulturetat für das
ufende Jahr hat eine Höhe von 38,3 Millio-
n Mark bei einem Gesamtetat der Stadt von
66 Milliarden Mark. Das sind für die Kultur
Prozent. Ich hoffe, daß der Kulturgesamt-
at auf 6,3 Prozent gesteigert werden kann.
nn hätten wir vergleichbare Möglichkeiten
e Köln (6,3 Prozent), Frankfurt (8,8 Prozent)
er Wuppertal (5,9 Prozent)."

Glaser geht von dem Grundsatz aus: „Die
adt hat dem Bürger im Bereich der Kultur
n qualitativ hohes Angebot zu machen. Er-
achsenenbildung und Medienzentrum, Bi-
othek, Kunsthalle und Theater müssen als
eichwertige, kooperierende Bereiche in
ndiger gegenseitiger Beziehung die An-
rüche der Konsumenten erfüllen, ihn zum
twirken animieren. Dabei sollte die Pflege
d Erforschung der Historie einbezogen
erden. Mit einem Wort: Breitenarbeit."

Im Gespräch verweist Hermann Glaser auf
e wachsende geistige Versteppung, die „Un-
rtlichkeit unserer Städte", spricht von dem
rwischen fast absurd anmutenden geflügel-
n Wort aus Olims Zeiten „Stadtluft macht
..."

Glasers Rohkonzept für Nürnberg, sein
stiges Strukturmuster, das jedem Bürger,
r gegen Stagnation und Provinzmief ist,
fallen könnte, nennt als Schwerpunkte die
haffung eines Kommunikationszentrums im
en Künstlerhaus und den Ausbau der
mmerbespielung der Ruine des Kathari-
nklosters. Mit Recht beruft sich der Kul-
rreferent auf „die zukunftsweisenden Ent-
eidungen im Wirtschaftsbereich": Hafen,

Hermann Glaser Foto: Ulrich

Messe, U-Bahn. Neben diesen Investitionen nehmen sich die Kultur-Projekte bescheiden aus.

Bei der Aufteilung der City skizziert Glaser mehrere „Kulturzonen". Neben dem „Kommunikationszentrum", das noch näher erläutert wird, gehören die „Theaterinsel Richard-Wagner-Platz", das „Kunst- und Bildungszentrum", die „Bibliotheksachse", die „Altstadtmuseen", die historischen „Innenhöfe" und der „Marktplatz" in das Konzept.

Zur kurzfristigen Phase seines Planes rechnet der Kulturreferent die Einrichtung des Kommunikationszentrums im Künstlerhaus, einschließlich der Probebühne des Schauspiels. Diese Arbeiten müßten bis 1975 abgeschlossen sein, weil zum Auftakt einer neuen Schauspiel-Ära auch die notwendigen Umbauten im Schauspielhaus (Akustik, Umbau des Foyers) fertig sein müssen.

In dieser „mittelfristigen Spanne" sieht Glaser auch die Notwendigkeit (durch Mithilfe der Altstadtfreunde) die Katharinenruine auszubauen, das Konservatorium mehr in den Kulturplan einzubeziehen. Glaser: „Die Ruine sollte im Sommer en suite bespielt werden."

Für die „Theaterinsel" hat Glaser ähnliche Vorstellungen wie sein Dortmunder Kollege Dr. Spielhoff: „Öffnung der Foyers und Vorräume während des Tages für verschiedenartige Aktivitäten. Ein Treffpunkt für Diskussionen. Schaffung einer Fußgängerzone mit Erholungs- und Spielmöglichkeiten. Einbezug kultureller Institutionen bei der Sanierung des östlichen Bebauungsbereichs."

Im Kunsthallenbereich möchte Glaser durch Absprachen oder „Ersatzleistungen" mit der Landesgewerbeanstalt die Norishalle stärker für kommunale Aktivitäten nutzen.

Das vorläufige Modell des „Kommunikationszentrums im Künstlerhaus", das von Glaser mit einem Pädagogenteam (Kunstpädagogisches Zentrum), vom Bildungs- und Jugendzentrum, von der Kunsthalle, dem Institut für moderne Kunst, vom BR und Kinderpädagogen entwickelt wurde, hat in der Struktur eine gewisse Ähnlichkeit mit der berühmten „Hamburger Kunstfabrik".

Wie in der „Fabrik" der Hansestadt, sollen im Künstlerhaus (nach der Renovierung und gewissen Umbauten) Spielräume für das Schauspiel, für Filmer, Eigeninitiativen von Gruppen, ein Zentrum für Diskussionen, Künstlerstammtisch, Team für Sozialarbeit mit Lehrlingen, Therapie-Crews für Drogensüchtige, Spielberatungen, Kinderläden und Kontaktstellen für Jugendgruppen geschaffen werden. Hier soll auch der nächste TV-Kongreß „Kybernetikon" wieder stattfinden.

Glaser möchte nicht nur „jugendliche Konsumenten als Zielgruppe", sondern ihm geht es auch um Information, Aktivitäten im kulturellen und politischen Bereich. „Die Hauptverantwortung hat das pädagogische Personal."

In dem verblüffenden und faszinierenden Modell (25 Seiten stark) ist von der „Zeitungstheke" bis zu den „Werkstätten" und dem „kommunalen Kino", vom „Kinderladen" bis zur „Elterninformation" und dem „Mitspiel" jede Position durchdacht.

Kulturreferent Dr. Hermann Glaser, der „mit evolutionärer Beharrlichkeit" — wie er betont — seinen Nürnberg-Plan realisieren will, hat auch an eine „verstärkte Subvention der nicht-städtischen Organisationen" gedacht.

Das gebündelte Ideengebäude werden nicht nur die Stadträte, sondern auch die in der „Arbeitsgruppe Nürnberg-Planung" koordinierten kommunalen Referenten in allen Details prüfen. Glaser meint: „Zu einer organischen Stadt gehört ganz natürlich das Behagen in der Kultur." Und er ergänzt treffend: „Provinzielle Beschränkung und Beschränktheit sollten sich nicht ausbreiten."

Hoffentlich bleibt dieses Modell einer „Kulturlandschaft" für Nürnberg kein Traum.

HANS BERTRAM BOCK

Künstler-Protest gegen Kommunikationszentrum

Ungewiß und kurzlebig?

Während der Nürnberger Kulturausschuß mit Referent Dr. Hermann Glaser an der Spitze Hamburg, Bonn und Frankfurt bereiste, um u. a. florierende Kommunikationszentren zu begutachten, trat gestern der Berufsverband Bildender Künstler (BBK) an die Öffentlichkeit und attackierte entsprechende Glaser-Pläne im Nürnberger Künstlerhaus.

„Dem BBK drängt sich der Verdacht auf", heißt es in der Stellungnahme des neuen Vorstands, „daß Nürnberger Kulturfunktionäre unausgegorene Projekte vorlegen — nur um des Nimbus der ‚Progressivität' willen." Begründet wird dieser Frontal-Angriff auf Glaser mit dem Hinweis, das besuchte Hamburger Kommunikations-Vorbild, die „Fabrik", habe ja inzwischen versagt.

„Welche Stadt", fragen die BBKler, „kann und darf es sich leisten, in ein solches ungewisses und kurzlebiges Projekt eine Summe von ca. 2,6 Millionen zu investieren?" — und sie schimpfen: „Statt Fachleute einzusetzen, überläßt man das kommunikatorische Feld fast allein den Pädagogen." Ein Schuß gegen das Kunstpädagogische Zentrum.

Obwohl die Attacke des BBK vor der AZ-Veröffentlichung vom inzwischen abgeblasenen Künstlerhaus-Projekt verfaßt worden sein soll, spiegelt sie zornige Frustration der im Verband organisierten Künstler: „Der BBK Nürnberg weist darauf hin, daß er als die größte Berufsvertretung der Künstler in Franken zu solch entscheidenden Fragen ... rechtzeitig gehört zu werden wünscht." Ein Mitglied zur AZ: „Glaser weicht Gesprächen mit uns aus!" Der Referent konnte gestern dazu nicht gehört werden.

Das Kommunikationszentrum wird als Modell im Juli im Künstlerhaus vorgestellt. Der Probelauf ist bereits terminiert. BBK-Vorstand Martin Bittrich: „Wir wurden natürlich nicht eingeladen."

Michael Dultz

Improvisierte Kommunikation

Versuch im Nürnberger Künstlerhaus

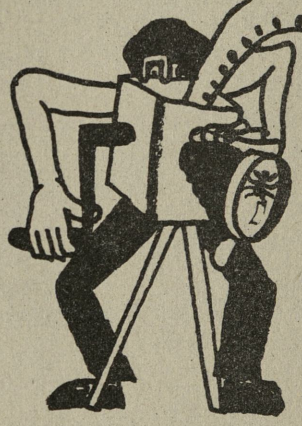
Einen „Probelauf" für das geplante Nürnberger Kommunikationszentrum will das Vorbereitungsteam (Leitung: Michael Popp) während des Monats Juli im Parterre des Künstlerhauses am Königstor jeweils viermal wöchentlich starten: mittwochs, donnerstags, freitags und samstags von 18 bis 24 Uhr. Interessierte Gruppen werden um Mitwirkung an dem auf freie Initiative sich stützenden Vorhaben gebeten.

Von dem bereits vorliegenden, geradezu perfektionistischen Konzept eines totalen Kommunikationszentrums mit improvisatorischem Charakter (seltsames Paradoxon) soll während des „Probelaufs" vor allem Letzteres im Vordergrund stehen: die Improvisation durch freie Gruppen. Schulklassen und einzelne Arbeitsgruppen dürfen das Haus — ab 4. Juli — auch vormittags benützen. Dieser Vier-Wochen-Versuch, der Erfahrungen für ein zukünftiges Kommunikationszentrum erbringen soll, wird — nach Angaben der Veranstalter — „mit minimalen Mitteln" (30 000 Mark) finanziert.

Das Nürnberger Künstlerhaus, ursprünglich für die endgültige Installierung eines Kommunikationszentrums vorgesehen, hat sich dafür — wie berichtet — wegen seiner schlechten Bausubstanz als ungeeignet erwiesen. In einigen Jahren soll stattdessen ein Neubau entstehen. Wo in der Zwischenzeit ein vorläufiges Kommunikationszentrum errichtet werden soll, wird vom Stadtrat noch beraten. Vor allem ist hier das ehemalige Messe-Zentrum am Stadtpark im Gespräch. kw

komm ins kommunikationszentrum im künstlerhaus im juli 73

dort kannst du:



.....aktiv sein.....

mit anderen zusammen
filmen, fotografieren, malen, siebdrucken
theater spielen, spiele spielen,
musik machen, experimentieren, diskutieren
reden halten, politisch aktiv sein u.s.w.

dich unterhalten lassen

ausstellungen betrachten, filme ansehen
theater, kabarett, fernsehsendungen
musik hören, tee trinken, bier trinken

oder einfach nur da sein

nichts tun, dasitzen
und an .....denken.

kommunikationszentrum -probelauf -im juli -jeweils mi,do,fr,sa, 18,00 uhr

wir haben zwar auch ein angebot an filmen, musik, theater, spiel u.s.w. zusammengestellt,
im wesentlichen kommt es in diesem kommunikationszentrum aber auf **dich** an:
auf dein interesse, deine phantasie, deine bereitschaft, an vorhaben mitzumachen, deinen mut, andere anzusprechen,

was findest du im kommunikationszentrum?

- eine "teestube" (geöffnet ab 13.00 - seiteneingang) und eine "cafeteria"
- eine "spielothek" mit spielen für kinder und (jugendliche) erwachsene--betrieben von "eulennest"
- tischtennis
- einen bücherstand der stadtbibliothek
- eine "mediothek" - dort kannst du verschiedene filme und fernsehsendungen wählen und ansehen
- "videowissen" ein kurs bei dem du selbst fernsehsendungen aufnehmen kannst (vom 10. - 13.7. - anmeldung kunsthalle)
- jeden abend film - kommunales kino - jeweils 19.00 h und 22.00 h - organisiert von filmfabrik II und meisengeige - mit filmen von polanski, godard, den marx brothers, tati, fassbinder, und viele lustige kurzfilme - soziale preise: 2.-- DM + diskussionen
- du kannst auch selbst - filmen - kameras leihweise im aktionsraum, gegen pfand
- oder deine filme zeigen - "amateurfilm"
- viel musik - ständig werden bands spielen oder proben: pop, jazz, folklore, rode, experimentelle musik (eckiger kreis u.a.)
- du kannst experimentelle musik selbst machen, jeden tag oder mit r. schumann jeden donnerstag abend
- theater - einige aufführungen der "studententheaterwoche erlangen" in der woche vom 11. - 14.7.
- volkstanz und gastarbeitersingen
- schachturniere des schachclubs nürnberg jeden freitag
- viele kleine ausstellungen: fotoausstellungen (z.B. über kinderspielplätze), arbeiten der fachoberschule zum thema "die straße" u.s.w.
- du kannst auch selbst eine "miniausstellung" gestalten
- jeden mittwoch diskussionen von künstlern (JBK) ab 18.00 h und werkstattgespräche mit künstlern (des "kreises") ab 20.00 h
- und in der ersten woche arbeitet udo kaller im "offenen atelier" - zuschauen und ihn fragen!
- siebdruckwerkstätten - arbeiten nach anmeldung
- fotolabor - arbeiten nach anmeldung
- aktionsräume und einen spielhof
- ein lustiger malkurs (z.b. ausmalen von räumen) mit f. vornberger - jeweils freitag von 17.00 - 20.00 h
- ein fotokurs jeweils freitag 14.30 h
- in einem "kinderzentrum" können täglich von 10.00 - 12.00 h und von 14.00 - 17.00 h kinder spielen; willst du vielleicht aktiv als betreuer mitarbeiten?
- sofas zum ausruhen - weil dir dieses angebot sicher zu viel ist.

genauere informationen findest du auf einer infowand im kommunikationszentrum und in der tagespresse

komm einfach mal · bis bald !

in der ersten woche ist alles noch nicht so toll, aber wie gesagt -
es kommt auf dich an - bring auch einen alten stuhl mit!

Auf der Teststrecke

NN

Nürnbergs „Kommunikationszentrum" startet im Künstlerhaus mit einem Versuch

Mit dem Slogan „Komm ins Kommunikationszentrum im Künstlerhaus im Juli 73" werben ab heute zahlreiche Gruppen auf Flugblättern für ihre Aktionen, Ausstellungen, Filmvorführungen, Straßentheater, Musikexperimente, Diskussionen oder das Kinderzentrum. Im Nürnberger Künstlerhaus findet — wie bereits kurz gemeldet — im Juli (jeweils von Mittwoch bis einschließlich Samstag, Einlaß 13 Uhr) ein sogenannter „Probelauf" mit wechselnden Programmen für ein projektiertes „Kommunikationszentrum" statt.

Wie Koordinations-Sprecher Michael Popp gestern erklärte, sollen die Programme Kontraste zum „sterilen Kunstbetrieb" bieten, Platz für Improvisation schaffen. In 30 Räumen sind Möglichkeiten für Eigenaktionen, Filmkonsum, Polit-Diskussionen, Ausstellungen, TV-Sendungen, zur Information oder Spiele geplant.

Man hofft, mit den vorgesehenen 30.000 Mark Subventionen auszukommen. Einige Gruppen arbeiten kostenlos. Studenten, Pädagogen, Filmer, Musiker, Literaten, Galeristen oder auch die Stadtbibliothek setzten — wie Popp sagt — nicht nur auf Schüler und Studenten, sondern auch auf die Mitarbeit der Gewerkschaft.

Zulauf ist besonders für den Spielhof der Kinder (10 bis 12 und 14 bis 17 Uhr) zu erwarten.

In den drei Etagen gibt es Werkstattgespräche mit Malern („Der Kreis"), ein „Offenes Atelier" von Udo Kaller, Filme von Polanski, Tati oder Godard.

Das endgültige Programm steht immer erst am Vortag fest; doch vom 11. bis 14. Juli sind Truppen der „Erlanger Studententheaterwoche" eingeplant. In einer „Teestube" und in einer „Cafeteria" soll immer Betrieb sein.

Kulturreferent Dr. Hermann Glaser, der heute mit einigen Experten „Möglichkeiten im alten Messezentrum" für ein projektiertes permanentes Kommunikationszentrum genauer prüft, findet die anlaufende „Teststrecke" nicht entscheidend für die Zukunft: „Doch diese Probeläufe geben uns neue Erfahrungswerte." Zielvorstellung ist immer noch die Hamburger Kunstfabrik.

In Nürnberg werden die „Probeläufer" aufgefordert: „Komm einfach mal! In der ersten Woche ist alles noch nicht so toll. Es kommt auf dich an. Bring auch einen alten Stuhl mit!"

hbb

NZ

Kommunikationszentrum vor dem Start

„Komm ins Kommunikationszentrum im Künstlerhaus im Juli 73" laden Plakate und Handzettel ein. „Bring auch einen alten Stuhl mit!" ergeht die Aufforderung, das zugesteuerte Sitzmöbel ist indessen nicht Bedingung, es sind schon einige da. Mittwoch um 18 Uhr läuft der Improvisationsbetrieb am Königstor an mit einem Angebot vorwiegend für junge Leute vom Keller (Siebdruck, Foto) bis ins Obergeschoß. Das „Angebot" (von dem nicht ganz sicher ist, ob bis zum Start alles steht im Zeichen der Improvisation) wird von den Machern nicht in erster Linie zum Konsumieren gereicht (zwar auch), sondern man soll miteinander darüber reden können, mitmachen, selbst etwas tun. Das Offene Atelier mit Werkstattgesprächen etwa, vom Kreis veranstaltet (in der ersten Woche gibt Udo Kaller Einblick in seine Arbeit vom ersten Strich bis zum fertigen Bild) ist ein Versuch, „die Kunst aus der kommunikationsfeindlichen Atmosphäre des Museums" herauszubringen, so Michael Popp, Koordinator des Ganzen, dem es vor allem auf Durchlässigkeit und Initiativzündung des Zentrums ankommt. Aus dem „Angebot", das flexibel gehalten werden, Raum zu Spontanentschlüssen lassen soll: der Eckige Kreis bringt mit Galerie, Musik und Texten junge Künstler ins Gespräch, es gibt eine Spielothek vom Eulennest, viel Film, die Initiative Bildender Künstler beschäftigt sich mit der Fußgängerzone, Mediothek und Stadtbibliothek bieten Informationsmaterial, Bands und Gruppen ziehen eigene Programme auf: den ganzen Juli über, mittwochs bis samstags ab 18 Uhr. Das Unternehmen ist in mehrfacher Weise Probelauf: zu Erfahrungen mit dem Gebäude (nur kurzfristig nutzbar, da es auf weite Sicht verschwindet, das alte Messezentrum wird für diesen Zweck heute besichtigt), Erfahrungen mit den Bedürfnissen, mit den möglichen Strukturen eines solchen Hauses. Glasers Lieblingsidee: eine alte Großgarage, sein Ziel ein mittelgroßes Kommunikationszentrum als ständige Einrichtung. Zunächst kann man mitspielen oder abwarten und Tee trinken: zwanzig Sorten in der Teestube im Künstlerhaus, die schon um 13 Uhr aufmacht.

Sk

NZ

Alles kommuniziert im Künstlerhaus

Das Kommunikationszentrum im Künstlerhaus, das, wie berichtet, einen lahmen Start hatte, kündigte für heute eine Fülle von Aktionen an. Von 14 Uhr an werden Bilder getauscht: Kinder sollen Bilder aus dem elterlichen Heim herbringen und dafür Kreationen des Kunstpädagogischen Zentrums nach Hause tragen. Um 19 und 22 Uhr läuft „Ekel" von Polanski, um 20 Uhr diskutiert die „Initiative Bildende Kunst" über die Fußgängerzone, um 20 Uhr musiziert der „Eckige Kreis" (was, weiß man noch nicht genau), um 19 Uhr gibt der Schachclub Turniertips, um 17 Uhr hält Franz Vornberger einen Malkurs, um 19 Uhr macht Reinhard Schumann akustische Experimente, Udo Kaller öffnet sein Atelier um 18 Uhr, von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr ist Kinderspiel.

Weihnachtsfeier im Juli

Lust auf eine Weihnachtsfeier im Juli verspürte die Jugendgruppe „Slummies" im neuen Kommunikations-Zentrum im Künstlerhaus. Nach dem Motto „Es muß nicht immer im Dezember sein" schmückten sie einen Tannenbaum, tranken Tee und Punsch und feierten, als sei Heiligabend. 50 junge Menschen waren dabei. „Das Ganze war weder lange geplant noch wollen wir damit jemanden ärgern. Uns war halt so." Vielleicht arrangieren die „Slummies" im Januar ein Sommernachtsfest, wenn ihnen so ist. F.: Contino

NN. 16. Juli

Augenblickskünstler in Aktion

Etwas Kommunikation, aber mehr Konsum und leider auch Klau — das ist die Zwischenbilanz des Probelaufs im Künstlerhaus. In einer etwas verworrenen Diskussion der Mitarbeiter und des Publikums mit Kulturreferent Dr. Hermann Glaser wurde die Konsumhaltung der Besucher zum Feind Nummer eins erklärt. Wie der Passivität zu begegnen sei, darüber ist man allerdings geteilter Meinung. Während die einen jede Steuerung von oben ablehnen, befürworten die anderen zumindest für die nächste Zeit eine straffere Organisation, damit „nicht alles versumpft". Trotz aller Kritik steht das jugendliche Publikum (längst ist das Künstlerhaus zum Treffpunkt der Jeans-People geworden) eindeutig hinter dem Experiment. Die Bitten, das Zentrum während der Sommermonate geöffnet zu lassen, können die Verantwortlichen dennoch nicht erfüllen. Dr. Glaser: „Das Wort Schließung mochte ich aus der Diskussion ausklammern. Wir machen lediglich eine Sommerpause, in der eine ausgiebige Analyse der vier Probewochen erstellt wird." Im September oder Oktober soll der Testlauf fortgesetzt werden. Unser Bild zeigt junge Augenblickskünstler an einer Malwand im Kommunikationszentrum.

Foto: Tresselt

NZ. 21. Juli

. . . ein Flugblatt !

1. Es ist sehr schön und lobenswert, daß die Stadt Nürnberg uns diese recht guten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Daß wir keinen Eintritt zahlen müssen. Daß kein Konsumzwang herrscht und daß einige technische Möglichkeiten zu kreativer Betätigung vorhanden sind. Folgende Kritik soll sich deshalb in keiner Weise gegen die Stadt Nürnberg oder die am Kommunikationszentrum beteiligten Gruppen richten - sie soll als Denkanstoß verstanden werden.

2. Die Bedürfnisse und Erwartungen der Besucher, soweit in Gesprächen festgestellt:

   Wunsch nach einer vernünftigen Freizeizgestaltung, sowohl aktive Selbst-Betätigung als auch passives "Genießen",

   Wunsch, Partner für gemeinsame Freizeitgestaltung (Gespräche, Sex, Aktivitäten jeglicher Art) kennenzulernen,

   Wunsch, sich zu treffen.

3. Inwieweit kann das Kommunikationszentrum diese Wünsche erfüllen, inwieweit liegt es an individuellen Verhaltensweisen, daß manche Bedürfnisse unbefriedigt bleiben?

4. Eine Kritik am Kommunikationszentrum:

   Es werden sehr viele Möglichkeiten zu aktiver Selbst-Betätigung (Medien-Gruppe, Spielraum, Malraum, Druckraum etc.) gegeben. Eine Gefahr liegt darin, daß damit eben nur ein Teil-Bedürfnis befriedigt wird. Die Folge kann (und wird - Anzeichen zu dieser Entwicklung sind schon vorhanden) sein, daß viele Leute wieder frustriert weggehen, weil auf deren persönliche Probleme zu wenig eingegangen wird. Oder sie machen bei irgendwelchen Medien- oder "Kunst"- Gruppen nur als Ersatz-Befriedigung mit, ohne dafür eine tiefere Motivation zu haben. Die Folge von dieser Entwicklung wird sein (wenn man es nicht versteht, ihr entgegenzuwirken), daß das Kommunikationszentrum nur noch von einer kleinen Minderheit von an künstlerischer oder Medienarbeit Interessierten besucht wird, während die breite Masse der Jugendlichen ihm fernbleibt. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß die Arbeit der Kunst- und Mediengrupen von den "Ersatz-Befriedigten" ernsthaft gestört wird, denn Bedürfnisse lassen sich nicht so einfach unterdrücken. Die Folge: Spannungen, Aggressionen, Desinteresse an der Erhaltung des - oft teuren - technischen Materials (für den, der schon in solchen Gruppen mitgearbeitet hat, nichts Neues!).

   Deshalb mein Vorschlag:

   Aufbau von entsprechenden Diskussions-Gruppen. Mögliche Themen:

   Allgemein Diskussion von Verhaltensweisen,
   Analyse von Gruppenzwängen- und beziehungen,
   Sexualität (Probleme auf diesem Gebiet sind - trotz "Sex-Welle" - wie ich in vielen Gesprächen festgestellt habe, massenweise vorhanden)
   Kritik der "vorehelichen" Zweierbeziehung
   Kritik des Zwangs zur Hetero-Sexualität

5. Kritik individueller Verhaltensweisen:

   Zum Beispiel Folgendes: Am Mittwoch, dem 11.7. spielten von 20.30 bis 23 Uhr die "Blue Delta", und das nicht schlecht. Eigentlich eine sehr gute Möglichkeit zum Tanzen, wenn der Leistungsdruck nicht wäre: Ein Junge (18) - "oben ohne" - und zwei Mädchen (14 und 16) - die eine in einem winzigen, sehr durchsichtigen T-Shirt, die andere in einer sehr hübsch vergammelten Jeans - ergriffen Besitz von dem Raum zwischen der Band und den Zuschauern und legten eine "wilde Sex-Show" hin. Allerdings auf sehr plumpe Weise, d.h. immer wieder die selben "heavyen", Mick-Jagger-artigen Bewegungen, die eigentlich sehr einstudiert aussahen. Die Zuschauer saßen da - und schauten zu. Ein Mädchen, das ich zur Sache befragte: "Ich würde schon gern tanzen, aber ich habe keine Lust, bei einem solchen Schautanzen mitzumachen - ich möchte so tanzen wie es mir Spaß macht." Ein Junge: Ich hab' noch genug von den Discotheken, wo man auch nur getanzt hat, um den Mädchen zu gefallen." Ein Bericht über Woodstock: ". . . und die Freaktänzer tanzten am wildesten, als die Kameras auf sie

gerichtet waren. . ." Jimi Hendrix: "Ich wollte mit dem Publikum nur eine dufte Zeit haben, aber das Publikum wollte, daß ich mit meinem Schwanz auf der Gitarre spielte. . ." Think about it!

Zum Beispiel Folgendes: ". . . die ganzen Leute grinsen immer, als wenn es Weihnachten wär'. . ." Meine dumme Frage: "Warum nur?"

Zum Beispiel Folgendes: Der Kampf um die (in der Minderzahl vorhandenen) Mädchen. Als Folgen davon: Immer mehr Jungs fliegen frustriert "aus dem Rennen", eigentlich schon längst kaputte Zweier-Beziehungen werden nur weitergeführt, weil die Partner Angst haben vor dem "Sturz ins kalte Wasser", vor dem Allein-Sein. Den Mädchen langt's auch, das Mißtrauen zwischen allen Beteiligten wird immer größer, es ist eine große Verhaltensunsicherheit zu konstatieren. An der Wand steht ein schöner Spruch: "If you can't be with the one you love, love the one you with." Das ist - meiner Meinung nach - durchaus ein Ansatzpunkt, über dessen Realisation man sich unterhalten könnte.

6. Hier ist der vollständige Text:

Wenn du down bist und nicht weißt, wonach du suchen sollst,
Wenn du überhaupt nicht mehr weißt, wen du ansprechen sollst,
Wenn du ausflippst, weil niemand für dich da ist,
Nun - es ist ganz einfach -
Liebe den Menschen, mit dem du gerade zusammen bist!

Und trauere nicht den Zeiten nach, die 'mal waren,
Da ist gerade ein Mensch - direkt neben dir,
Der genauso wie du darauf wartet, daß etwas passiert,
Liebe ihn!

Mach dich nicht fertig,
Zwei Menschen
Kommt zusammen,
Macht 'was miteinander. . .

(Stephen Stills)

Herausgeber des Flugblatts:
Rainer Kromarek - Jugendeigene Zeitung WOW
85 Nürnberg, Osterhausenstr. 4 Tel.: 0911/ 44 12 02

OK,think about it. Schriftliche oder mündliche Stellungsnahmen sind durchaus willkommen. Wenn die Reaktionen von Euch gut sind, wird WOW öfters solche Papiere herausgeben. . .

Nürnberg: Kommunikationszentrum geschlossen

Bierpreissenkung nach der Denkpause

Von Dieter Stoll

20 000 Besucher waren im Künstlerhaus

Nürnberg — Pro Tag mehr Besucher als bei den Städtischen Bühnen, in zwei Wochen exakt soviel wie der Club zu Bundesligazeiten vierzehntägig ins Stadion lockte — das ist die Bilanz des Kommunikationszentrums im Künstlerhaus. Mehr als 20 000 Besucher wurden beim jetzt beendeten Probelauf dieses Freizeit-Projekts gezählt, das am 3. Oktober für weitere drei Monate fortgesetzt werden soll. Kunstpädagoge Michael Popp, einer der Mitinitiatoren, sieht „alle Erwartungen übertroffen", weiß aber auch nicht recht, ob es nur „eine vierwöchige Euphorie" war.

Woher das Geld für den neuen Anlauf im Herbst kommen soll, steht nur so ungefähr fest: Es wird zusammengekratzt. Für 1974 könne es dann ordentlich eingeplant werden, verspricht Kulturreferent Dr. Hermann Glaser. Mit dieser Zusicherung im Rücken machten sich die Organisatoren des Feierabend-Supermarktes gestern an die Aufarbeitung ihrer Erfahrungen. Als „Überraschung, die nicht vorgeplant war", bezeichnet Michael Popp den Altersdurchschnitt des Publikums: „Da wir aber die Arbeit mit der Jugend für besonders sinnvoll halten, stört uns das nicht."

Ausgeschlossen werden Erwachsene, die sich bisher an den Rand gedrängt fühlten (ein Dreißigjähriger: „Hier bin ich mein eigener Großvater") künftig trotzdem nicht: „Nach einer Denkpause und vielen Einzelgesprächen müssen wir sehen, wie wir unser Programm für Ältere attraktiver machen können!" Aber: „Wahrscheinlich ist es sinnvoller, erst einmal mehr Offenheit bei den Jugendlichen zu wecken!"

MICHAEL POPP

Der Wettbewerb von Angeboten bleibt auch im Oktober die Grundidee des Kommunikationszentrums: „Bis dahin sollen viele Nürnberger Gruppen die Organisation gemeinsam tragen." Das Team um Michael Popp baut darauf, daß es „massenweise Leute in Nürnberg gibt, die Musik machen oder Theater spielen, und die sonst kaum Möglichkeiten haben, sich zu produzieren". Kollektive Verantwortung statt eines Pop-Festivals ist überhaupt die unausgesprochene Devise.

Grundsätzlich kein Platz mehr bleibt in Zukunft für kommerzielle Veranstaltungen. Konzerte mit teuren Eintrittspreisen wird es im Künstlerhaus nicht geben, und der bisherige Bierpreis ist „für diesen Ort hier nicht tragbar".

Mehr Zusammenarbeit zwischen bereits bestehenden Jugendhäusern (Popp: „Die waren zuerst etwas sauer!") und dem Kommunikationszentrum scheint gesichert. Pater Alois Parg vom benachbarten Pirckheimer-Haus beteiligte sich gestern an der Analyse und will an der Herbst-Aktion mitwirken: „Wir sind ja nicht in einer Konkurrenz wie Hertie und Kaufhof."

A2 Sa/So. 28/29. 73

Mal selber Fernsehen machen

„Video-Tage" halten noch bis heute abend im Nürnberger Kommunikationszentrum Künstlerhaus am Königstor die Kunsthalle Nürnberg und das Kunstpädagogische Zentrum ab. Tragbare Video-Kameras und Tonbandgeräte stehen jedem, also auch — und gerade — den Nicht-Fachleuten zur Verfügung, um damit eigene Aufzeichnungen nach Belieben zu machen. Alle Aufnahmen, die in Nürnberg entstehen, werden jeweils am gleichen Abend im Kommunikationszentrum vorgeführt und vom Publikum mit den Produzenten diskutiert. SZ

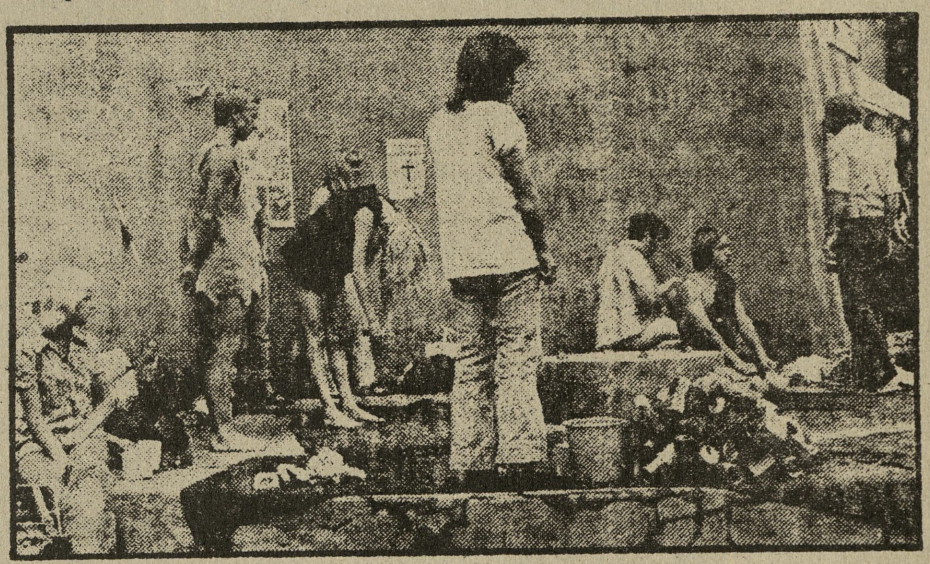
Zwischen Teetrinkern und Jesus-Jüngern

Von Dieter Stoll

Nürnberg — Am Königstor treffen sich seit letzter Woche täglich etwa zweitausend Personen mehr als sonst. Das für den Monat Juli probehalber zum „Kommunikationszentrum" erklärte Künstlerhaus ist zum abendlichen Treffpunkt der Jugend geworden und lockt — jede Woche von Mittwoch bis Samstag — Nürnberger Jungvolk an.

„Bei uns geschieht alles ganz spontan", sagt eine Mitarbeiterin der Organisationsleitung. Im Vorraum des Künstlerhauses, in dem sonst der Kalk still vor sich hinrieselt, arbeitet eine Band im Beat-Akkord und hat einen Knaben ohne Hemd zum Solo-Bauchtanz angeregt.

In den Räumen dahinter findet Kommunikation recht unterschiedlicher Qualität statt. Rechts eine Klagemauer, an der die Kulturteile der Nürnberger Tageszeitungen wegen ihres mangelnden Engagements für die bildende Kunst gerügt werden (der Raum bleibt immer schön leer), dahinter großes Gedränge in der „Spielothek", in der die intellektuellen Variationen von „Mensch ärgere dich nicht" zur Verfügung stehen. Gegenüber hat der Künstler Udo Kaller sein „offenes Atelier" aufgebaut, zeigt geduldig jedem, der es wissen will, wie ein Bild von ihm entsteht.



THEATER VOR DEM KÜNSTLERHAUS: Die Stockholmer Studentenbühne „StudEx-Drama" gastierte mit dem „Milieu Spiel" in Nürnberg. *Fotos: Roel Loopers*

Mehr Zulauf bei den gängigeren Kommunikationspunkten des Hauses. Überall klappern Bierflaschen, an der „Colathek" — man beachte die Systematik der Titelgebung — ist kein Platz zu kriegen. Die schönsten Schummerecken sind abendfüllend pärchenweise besetzt: ganz inoffiziell, diese Schmusothek.

Das Konzept der Macher vom Kunstpädagogischen Zentrum zielt darauf, die Passivität der Besucher zu brechen. „Aktivität, Eigeninitiative und den Austausch von Meinungen" nennen sie als ihr Ziel, dem sie mit einem Angebot von Musik, Theater, Film und Diskussionsthemen näherkommen wollen.

Tatsächlich steht es den Besuchern frei, das zu tun, was ihnen Spaß macht. Sie können sich mutig ins Gewühl stürzen oder abwarten und Tee trinken. Ein halbes Dutzend verschiedener Sorten davon wird in der Teestube ausgeschenkt. Gewiß nicht die schlechteste Idee bei dieser Aktion.

Irgendwo im Abseits diskutiert die Nürnberger Schüler-Mitverwaltung, in der anderen Ecke soll eine „Zusammenkunft für den Frieden" sein. Ein Witzbold macht sein privates Happening und radelt mit dem Fahrrad durch das Künstlerhaus und draußen vor der Tür versucht ein Stockholmer Straßentheater vergeblich, gegen den Lärm der Trambahn anzukommen.

Zwischen Teetrinkern und Jesus-Jüngern finden sich auch ein paar Aktivisten, die mit den reichlich vorhandenen Farben Wandmalereien produzieren. An die hundert Quadratmeter weißer Fläche sind schon ausgefüllt — meist mit Herzens-Lyrik von der Sorte „Und wer liebt mich?".

Nicht tierisch ernst genommen werden offensichtlich die reichlich vorhandenen Wandzettel zur freien Meinungsäußerung. „Hier fehlt ein Aggressionsraum", schrieb einer, der das Kommunikationszentrum wohl nicht richtig einschätzte.

Schüler aus Langwasser lassen wissen, daß sie den Wandschmuck der elterlichen Wohnung gern für zwei Wochen gegen Grafiken Nürnberger Künstler tauschen würden (offenbar sind die Eltern im Urlaub), aber allen scheint die Mix-Atmosphäre aus Bergkirchweih und WiSo-Fasching doch nicht zu gefallen.

Während zur Beatband inzwischen ein bajuwarisch gewandeter Opa auf zwei Fingern pfeift, murmelt ein verdrossener Besucher etwas, das wie „antiautoritärer Kindergarten" klingt, und ein anderer verewigt sein Urteil über das offene Haus an der Meinungswand: „Es ist hier wirklich Scheiße!" Aber es ist ja nur ein Probelauf. Und später, versichern die Initiatoren, wird alles viel, viel besser.

AZ 14./15. Juli

Zwischenbilanz vom Test des Kommunikationszentrums im Nürnberger Künstlerhaus

Ein Kaufhaus der Kultur

Sozialtherapie in Quassel-Ecken und Teestuben — Mittelmaß ohne kritische Instanz - Vorwiegend jugendliche Besucher

So oft man durch den spitzhackengeweihten Zimmerverhau am Königstor pilgert, so oft kann man feststellen, daß zwar dort im Kommunikationszentrum ein unheimlicher Umtrieb herrscht aber sehr wenig „Kommunikation", es sei denn, man bezeichnet das traute Beisammensein von Cliquen, die sich seit Urzeiten schon kennen, als solche.

Das geballte Angebot der ersten Tage macht es schwer, abzuschätzen, welchen Stellenwert das Zentrum in der Nürnberger Kulturlandschaft einmal einnehmen wird. Attraktionen für Besucher, die sich nicht unbedingt auf derselben Genußebene einer jugendlichen Subkultur befinden, wurden von auswärts frei Künstlerhaus geliefert: Gastspiele des Erlanger Theater-Festivals und die Darmstädter Videopioniere vom „Tele-Wissen".

Michael Popp und seine Mitorganisatoren zeigen sich zuversichtlich, daß die Impulse von den Nürnbergern aufgenommen werden und die provinzielle, die schreckliche Zeit der Stadt von der Ära der Progressivität abgelöst wird. Dafür lassen sich einige Anzeichen finden. Sehr gut erscheint mir das Spielzentrum, in dem Kinder unter der Betreuung junger Pädagogen und Sozialarbeiter frei von den vielen Einschränkungen und unnötigen Bevormundungen, denen sie zu Hause und auf den Spielplätzen sonst ausgesetzt sind, sinnvoll spielen können. Die Eltern bekommen hier auch wichtige Anregungen. Attraktiv sind auch die Angebote zur kreativen Entfaltung, wie Siebdruck- und Fotowerkstätten und Mal- und Musikkurse. Freilich, dies sind Initiativen, die nicht erst im Kommunikationszentrum begannen.

Auf der anderen Seite hat man die Tür bewußt für ein gerüttelt Mittelmaß geöffnet. Vergleicht man die kritischen, zielbewußten Video-Reportagen mit den im Haus entstandenen Produktionen, so unterscheiden sich diese wenig vom Heimkino, wo Babys erster Zahn über die Projektionswand flimmert. Dementsprechend ist auch das Hallo, wenn sich die einzelnen Leute auf dem Bildschirm wiedererkennen. Es fehlt die kritische Instanz, die Diskussion, die auch Wertungen vornimmt. Dies soll jedoch vermieden werden. Der Leistungsdruck dringt nicht in Spielräume, Teestuben und Quasselecken. Nur sollte man so nicht unbedingt erwarten, daß aus Freiräumen Genieschmieden werden, die das kulturelle Leben der Stadt wesentlich verändern.

Die altershomogene Besucherstruktur wird sich wohl kaum mehr umschichten lassen. Das „Kommunikationszentrum" ist in erster Linie eine neue, weitaus attraktivere Form des Jugendzentrums. Nicht die qualitativ oft viel besseren Veranstaltungen in anderen jugendbezogenen Einrichtungen der Stadt zählen, sondern die Atmosphäre — die durfte „Scene". So gesehen hat das Kommunikationszentrum einen sozial-therapeutischen Effekt. Es ist Treffpunkt, Mini-Talentschuppen und Hyde-Park-Corner in einem, frei vom Kommerz des Pop-Geschäfts und von der Sterilität der Jugendpflege: Quasi Ölberg-Wiese und Pegnitz-Insel unter Dach. Leute, für die Kommunikation mehr aus einem Gespräch besteht als aus „Feeling" und „Vibration" sei doch lieber eine Vorstadt-Kneipe als die Teestube empfohlen.

Einheitskaufhaus

Frustrierte Amateur-Maler und Lichtbildner werden zwar die Möglichkeit haben, ihre Dinge aufzuhängen, dillettierende Gitarrenzupfer finden auch ihr Kämmerlein. Die angestrebte Öffentlichkeit aber ist sinnlos, weil sie nur mit passivem Wohlwollen reagiert. Zwei Stunden vor Mitternacht gleicht das „Kommunikationszentrum" einem kulturellen Einheitskaufhaus mit billigen Sonderangeboten.

Dabei ließe sich das leicht ändern, wenn die teilnehmenden Personen und Gruppen weniger die Gelegenheit zur Selbstdarstellung als zur Interaktion mit dem Publikum nützen würden. Öde und verlassen liegen die Gelasse der „Initiativgruppe bildender Künstler" da, denen nach anfänglichen Kraftakten bereits die Luft ausgegangen ist. Im Obergeschoß gähnende Langeweile mit einsam flimmernden Fernsehgeräten und herumliegenden Flugblättern der „Staatlichen Fachoberschule für Gestaltung" in Nürnberg, die sich zu Recht über ihre Situation beschwert. Aber es ist niemand da, mit dem sie darüber diskutieren. Lediglich ganz am Eingang zeigt das Folk-Duo „MacDonnahoe", wie es eigentlich überall laufen könnte. Mit irischen und schottischen Folksongs animieren sie ein aufgekratztes Publikum zum Mitsingen und Mitmachen. Sie verstehen ihren Auftritt als Kommunikation mit dem Publikum und nicht als Selbstbestätigung.

HENDRIK BEBBER

Liebhaber-Idol der UFA-Epoche

Gestern starb der Alt-Star Willy Fritsch

Im Alter von 72 Jahren ist der Filmschauspieler Willy Fritsch gestern in einem Hamburger Krankenhaus an Herzversagen gestorben. Willy Fritsch wurde am 27. Januar 1901 in Kattowitz als Sohn eines Maschinenfabrikbesitzers geboren. Nach der Schulzeit in Berlin besuchte er eine technische Hochschule. Schon als Student nahm er dramatischen Unterricht und spielte im „Deutschen Theater", wo er schließlich auch sein erstes Engagement erhielt. Später wirkte er — nachdem er bereits seit 1923 im Film aufgetreten war — kurze Zeit am Schauspielhaus Bremen. Er schloß dann einen Vertrag mit der UFA ab und wurde bald einer der beliebtesten Filmliebhaber Deutschlands. Neue Erfolge brachte ihm dann der Tonfilm. Als beliebtestes Filmliebespaar Deutschlands galten Anfang der 30er Jahre Willy Fritsch und Lilian Harvey. Zu „Kassenschlagern" wurden damals die Filme „Liebeswalzer",

Kommunikationszentrum im Künstlerhaus wurde sang- und klanglos aufgemacht

Schwierigkeiten mit der Improvisation

„Hallo Kinder! Macht alle mit!" steht auffordernd in bunten Farben draußen an der Künstlerhausfront geschrieben. Drinnen war es gestern nach der Eröffnung des Kommunikationszentrums angenehm kühl und gespenstisch leer. Allein in der Teestube fand so etwas wie Kommunikation statt, unterstützt durch leicht exotisch hergerichtete Barfüßler-Nischen und durch den Umstand, daß die schweißtreibenden Getränke erst ab vier Tassen ausgeschenkt werden: keine Chance für kommunikationsmuffelige Solo-Existenzen. Die Stadtbibliothek hat hier einen Bücherstand aufgeschlagen („Du kannst die Bücher lesen, aber nicht klauen"), Asterix und Charlie Brown wurden auch gleich gelesen, Zeit dazu gab es in den ersten Stunden genug, es war nicht viel los.

Bei einer kleinen Tasse Tee ... Foto: Wartensleben

Außer der Teestube hatte der Kreis den Betrieb „eröffnungsgerecht" aufgenommen, Udo Kaller hat sein „Offenes Atelier" gleich vorn links eingerichtet, großer Raum, leere Wände, an denen in den nächsten Tagen die Arbeit des Künstlers vom ersten Strich zum fertigen Bild vorgeführt wird, in Kallers original-nüchterner Arbeitsatmosphäre. Der Anfang natürlich war besonders nüchtern: Papier zuschneiden, immerhin etwas an „Aktion". Die für 19 Uhr angekündigte Diskussion der Interessengemeinschaft Nürnberger Künstler (IBK) mag irgendwann später gelaufen sein, was lief war die Vorführung der Filmfabrik II: Tatis „Ferien des Monsieur Hulot".

Im Obergeschoß: Ausstellung der Staatlichen Fachschule Nürnberg, Thema „Die Stadt", in allen möglichen Techniken abgeklopft auf Babylon und Idylle. Noch eine Ausstellung: der Eckige Kreis („Forum zur Produktion und Realisation von Werken junger Künstler") zeigt Grafik und Arrangements von Jürgen Eckart und Ursula Rössner mit Liebe zu Phantastik und schmuckem Abgrund.

Koordinator Popp hatte sicherheitshalber vorgewarnt: „Wir sind nicht so erfolgsfixiert, daß alles am Mittwoch stehen muß." Mußte ja auch nicht, aber die hier so gern bemühte Improvisation funktioniert natürlich nur, wenn einiges zum Improvsisieren da ist. Wenigstens eine der vielen Bands, die ihre Spielfreude angemeldet haben sollen, hätte zu Beginn für ein kleines bißchen Schwung sorgen können. *Sk*

NZ

NZ.

Wie geht die Sache weiter?

Erste Erfahrungen und neue Ansätze im Künstlerhaus

Das Kommunikationszentrum im Künstlerhaus, nach fünf Tagen Testlaufzeit bevorzugter Treffpunkt Nürnberger Schüler auch aus den Randbezirken, will Möglichkeiten suchen Kontakt und Information auch mit Gruppen herzustellen, die zumeist gezwungenermaßen unter sich bleiben. In der kommenden Woche werden Gruppen ausländischer Mitbürger hier mit folkloristischen Einlagen ihre Probleme zur Diskussion stellen. Etwas im Verborgenen gedeiht (10 bis 12, 14 bis 17 Uhr) das Kinderzentrum in Spielhof und Aktionsraum. Um die Spielerfahrungen mit den Kindern auch für deren Haus- und Schulsituation zu nutzen, wird am Samstag, 21. Juli, Modellspiel und Gespräch mit Eltern, Pädagogen und Psychologen veranstaltet. Die Analyse, die man hier anpeilt, soll im weiteren für das ganze Projekt Kommunikationszentrum versucht werden mit dem Ziel, daß eine gewisse oberflächliche Erwartungshaltung (gegenüber dem Angebot) abgebaut und einer konzentrierteren Aktivierung erreicht wird. Vielversprechende Ansätze dazu haben die Organisatoren in diesen Tagen vielfach beobachtet; immerhin kann hier im außerschulischen Bereich eine Menge an Schülerproblemen aufgearbeitet und „freiwillig" gelernt werden. Die Frage, wie es nach dem Testmonat Juli weitergehen soll, stellt sich bereits jetzt; vier Wochen Probezeit sind für ein langfristig angelegtes Unternehmen recht wenig, und ein abrupter Abbruch könnte manchen positiven Anlauf jetzt abstoppen. *Sk*

Kommunikation heute

Neapolitanische Straßensänger treten um 17 Uhr in der Fußgängerzone an der Lorenzkirche auf, abends um 19.30 Uhr sind sie im Kommunikationszentrum im Künstlerhaus. Zur „Woche des jungen deutschen Films" zeigt die Filmfabrik II ab 18 Uhr die „Geschichten vom Kübelkind" (Edgar Reitz). Dazu ab 17 Uhr Vornbergers Malkurs, ab 18 Uhr Kallers Offenes Atelier, ab 19 Uhr experimentelle Musik zum Mitmachen mit Reinhard Schuhmann, ab 20 Uhr Schachclub. Kinderzentrum mittwochs bis samstags von 10 bis 12 und von 14 bis 17 Uhr.

Wir machen heute abend dicht

am Donnerstag,26. Juli, satt wie vorgesehen am Samstag, dem 28. Juli.

WARUM ?

Das KOMMUNIKATIONSZENTRUM IM KÜNSTLERHAUS - Juli 73 war als Probelauf über den Zeitraum eines Monats eingerichtet. Vor diesemVersuch konnte von uns nicht klar abgesehen werden

- ob ein Bedürfnis an einer Einrichtung, wie wir sie improvisiert hatten, besteht
- welche Schwierigkeiten für den Benutzer und die Organisatoren entstehen.

Schon nach den ersten Betriebstagen war uns klar,

- daß ein offenes Haus wie dieses schon längst hätte eingerichtet werden müssen,
- daß die Erwartungen, die wir in das Projekt eingesetzt hatten - bei all der Unvollkommenheit und der berechtigten Kritik - eingelöst werden können und teilweise eingelöst wurden,
- daß Einzelpersonen und Gruppen zunehmend bereit sind, die Planung und Durchführung des Kommunikationszentrums mitzutragen,
- daß die Schwierigkeiten der Organisation nach ein paar Wochen intensiver Erfahrung zu bewältigen ist

Deshalb haben wir uns seit etwa einer Woche sehr um die Fortführung des Kommunikationszentrums bemüht,

haben Unterschriften gesammelt, die Eure Forderung nach baldiger Weiterführung verdeutlichen

Kulturreferent Dr. Glaser versucht mit allen Mitteln, eine Fortsetzung in diesem Jahr zu garantieren.

Andere Referate, die sich an der Finanzierung des Projekts beteiligen sollen, sind in diesen Prozeß eingeschaltet.

Wenn wir heute schon schließen, tun wir das deshalb, um in den letzten beiden Tagen mit den Mitarbeitern und mit Euch

- den abgelaufenen Versuch zu überdenken
- die Kritik zu verarbeiten
- die Weiterführung des Kommunikationszentrums unter Einbeziehung der kritischen Anregungen zu planen
- da uns klar ist, daß es besser werden muß.

Wir fordern EUCH auf, an dieser Planung teilzunehmen, am Freitag ab 14 Uhr und am Samstag ab 10 Uhr, dann wieder an Mitte September.

Fest steht,

es geht weiter am 3. Okt.

Die Mitarbeiter des Kommunikationszentrums

DIE GESCHICHTE DES KOMM Juli 73 – Juni 74

Nach der Denk- und Renovierungspause geht es im Kommunikationszentrum im Juni wieder los. WOW zieht Bilanz über das bisher Gelaufene und versucht, Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

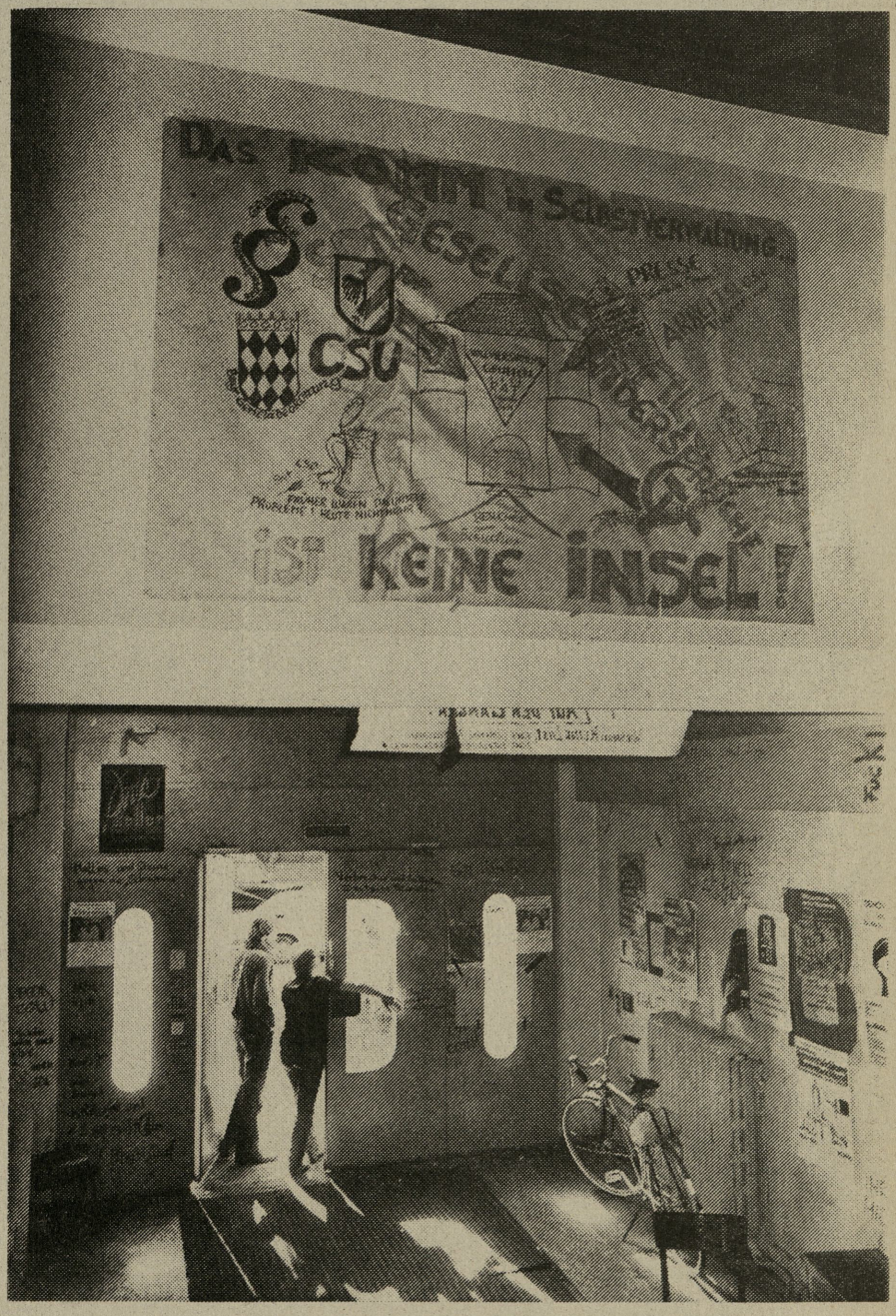
Die Idee

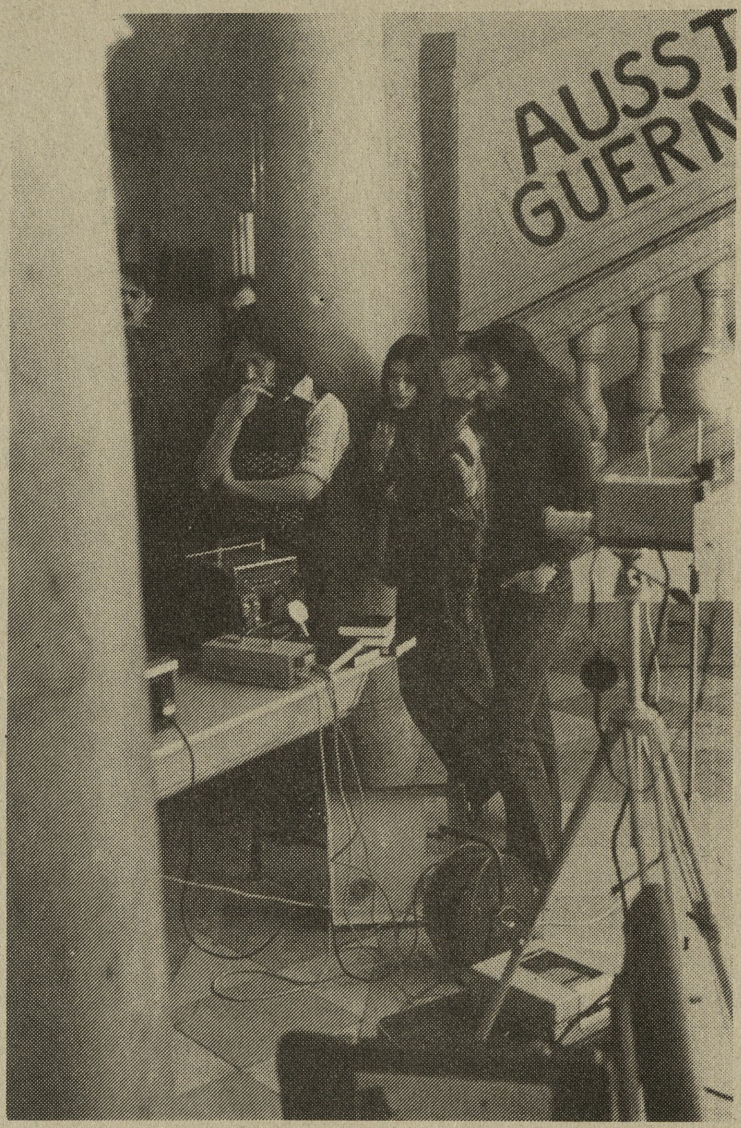
Die Idee für ein Kommunikationszentrum in Nürnberg wurde im Frühjahr 1973 geboren. In dem 175-Seiten-Papier "Kulturpolitik in Nürnberg - Überlegungen und Perspektiven" von Kulturreferent Dr. Hermann Glaser stand's.

Im Jahr 2000 werden 4/5 der Bürger der BRD in Städten oder Stadtregionen wohnen. Die Fußgängerzone - Lieblingskind von progressiven Stadträten - ist zur Zeit nichts anderes als eine fußgängermäßig gut erreichbare Zone für die Profitmaximierung anliegender Geschäfte, ihr Leben ein Scheinleben, schließen die Geschäfte, ist die Stadt tot und auch das bißchen Shopping-Kommunikation vorbei, Zeit für die Fernsehabend-Frustration.

Die Entfremdung von sinnvoller Arbeit wächst, die beruflichen und institutionellen Zwänge verstärken sich. Da entfremdete Arbeit auch Freizeit mitstrukturiert, kann von "freier" Freizeit nicht gesprochen werden - im Berufsleben erlernte Verhaltensweisen werden in der Freizeit reproduziert. Wachsende Einsamkeit und Anonymität sind die Folge.

Lösung des Problems kann es aber nicht sein, daß man, wenn die Sonne untergeht, aus Profitopolis und tv-Land für ein paar Stunden in ein anderes Jahrhundert fieht, in Romantik, Nostalgie, in die Kerzenschein-Geborgenheit düsterer Kneipen, in Pseudo-Love and Peace, Jesus Christ mit Alice Cooper-Image aufpoliert aus dem Papierkorb der Geschichte holt und aus latentem Liebesbedürfnis einem politischen Club beitritt, in dem Klein-Lenin in der Mystik der Rettung der Menschheit schwelgen kann. Der Leser verzeihe mir den Zynismus - der Welt geht es schlecht genug. Zurück zu Dr. Glaser. Kommunikation statt Vereinzlung; Spielraum statt Zwänge; Reflexion statt bloßer Anpassung und oberflächlicher Ablenkung - mit solch programmatischen Sätzen hat jüngst ein Arbeitsausschuß des Deutschen Städtetags eine Standortbestimmung der Kulturpoiltik in der nachökonomischen Stadt eingeleitet. Hierfür sind Kommunikationszentren nötig, die weniger durchgeplant, weniger auf Rezeption angelegt sind, sondern vielmehr "Anlässe" für Sozialisation





und Kreativität bieten. Das Angebot des Kommunikationszentrum läßt sich - so sah es das Planungsteam vor - inhaltlich und räumlich in folgende Hauptbereiche gliedern:

1. Information- und Kommunikationszone:

   Cafeteria
   Selbstbedienungsautomaten
   Zeitungtheke
   Offene Biblothek
   Hör und Sehtheke
   Wandzeitung
   Informationsstände

2. Spiel- und Aktionsräume

   Spiel- und Aktionsräume
   Werkstätten
   Medienlager

3. Unterhaltungsveranstaltungen

   Musik
   Tanz
   Film - Kommunales Kino
   Theater
   Bildungsveranstaltungen
   Intermediale Veranstaltungen
   Variabler Ausstellungsbereich
   Lernräume
   Leer- und Freiräume
   Kinderzentrum
   Erlebnissituation

4. Verwaltungsbereich

   Organisationszentrum

Der erste Probelauf

Am 4. Juli wurde im Künstlerhaus beim Bahnhof der erste Probelauf des "Nürnberger Kommunikationszentrums" gestartet. Mit geradezu einem perfektionistischen Konzept und einem Mini-Etat von 30.000 DM sollte einen Monat lang Kommunikation und Improvisation organisiert werden. Mit Teestube, Cafeteria, Spielothek, Bücherstand, der tv-Reflexions- und Selbstmach-Gelegenheit Videothek, Kommunalem Kino, Film, Pop-Konzerten, Experimenteller Musik, Theater, Ausstellungen, Diskussionen, Siebdruck und Foto-Labor, Kinderzentrum und Malen und vielem mehr wurde ein Mammut-Angebot geschaffen.

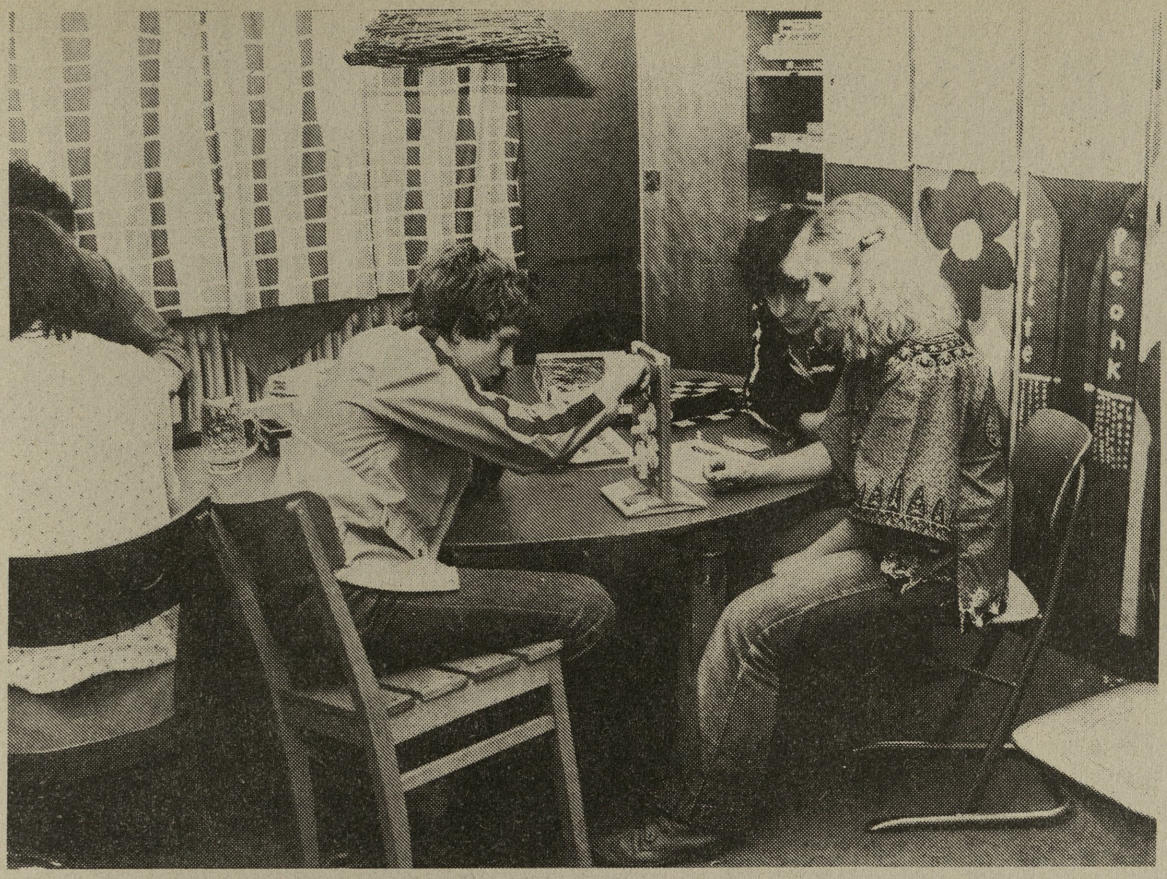
Die Bereiche in der Einzelkritik:

Teestube: Die im Indienlook aufgezogene Teestube war eine der Hauptatraktionen. Lobenswert: die relativ leise Musk, die alkoholfreie Atmosphäre, die mit Matrazen ausgepolsterten Knutschecken - und kein Wirt, der einen rauswirft, weil man nicht genug säuft oder die "öffentliche Ordnung" stört. Negativ: der Space-out nach Fernost - statt Reflexion des Hier und Heute; mittelfränksche Stammtisch-"scene", Räucherstäbchen, orientalsche Musik und Guru-Kosmos, das Ganze gleich schräg gegenüber vom Hauptbahnhof.

Ein Monat Probelauf Chai-Haus zeigte, daß Versuche, die vom antiqierten Ur-alt-Treffpunkt Kneipe weggehen - hier als Alternative Teestube - grundsätzlich richtig sind, z.B. der Trend weg von dem klostergerechten Kneipen-Holzstühlen hin zur "Kommunikationslandschaft" (vergleichbar mit der "Wohnlandschaft" im privaten Bereich). Vorteile: Der formelle Charakter einer um einen Tisch herumsitzenden Gruppe wird abgebaut. Informellere Kommunikationssituationen werden gefördert, das Knüpfen von Kontakten wird erleichtert.

Man wird nicht schon durch die Raumgestaltung auf das Um-den-Tisch-herumsitzen, Saufen und Reden vorprogrammiert, sondern man kann liegen, sitzen, herumblödeln, nebeneinander und aufeinander liegen, sich küsen und Zärtlichkeiten austauschen.

Von der Raumstruktur allein Veränderungen zu erwarten ist freilich illusorisch. Das Cliquenbewußtsein war vorhanden und das Kontakteknüpfen machte Schwiergkeiten. Kommunikationsschwierigkeiten lösten sich nicht von selbst. Ein Eingreifen der Macher wäre also nötig gewesen, erfolgte aber nicht. Das ist selbstverständlich leichter gesagt als getan, es dürfte aber klar sein, daß es mit eine Aufgabe des Kommunikationszentrum sein sollte sich mit zwischenmenschlichen Beziehungen auseinanderzusetzen, sei es, daß Videofilme gedreht und anschliessend diskutiert werden oder daß die gesellschaftliche Bedingtheit von Verhaltensweisen analysiert wird - oder daß man als Besucher gleichzeitig Teil der Lösung des Problems wird und einfach Leute anspricht!



1 2 3

Videothek: Im Kommunikationszentrum gelang es - nach den Anfängen im "Kybereticon" - erstmalig, das Medium Video-Recorder einem wirklich breiten Kreis zur Arbeit zur Verfügung zu stellen. Wenn auch nur ziellos herumgefilmt wurde und die kritische Distanz fehlte - Hendrik Bebber von den "Nürnberger Nachrichten" verglich das Ergebnis mit Heimkino und Babys erstem Zahn im Familienalbum -, so war die Arbeit mit dem Videogerät doch ein guter "Anlaß" für Kommunikation. Durch die offene Arbeitsweise in und mit den Besuchern wurde ein Einstieg für viele möglich, dem später eine zielorientiertere und qualifiziertere Arbeit folgen kann.

Welche Möglichkeiten das Medium Video-Recorder bieten kann, zeigte Dimitri Devyatkins Video-Show zum Abschluß des Probelaufs des Kommunikationszentrums. Hierüber Hendrik Bebber am 27. Juli in der NN:

Mit "Tele-Wissen"" aus Darmstadt und dem Amerikaner Dimitri Devyatkin gelang dem Kommunikationszentrum in Nürnberg sogar eine echte Pionierleistung. Das System der Video-Band-Aufzeichnungen wird gewiß zu einer kulturellen Massenbewegung der nächsten Jahre...

...Devyatkin sieht in Video das Medium der Zukunft: "Es ist unheimlich einfach zu bedienen und viel, viel billiger als Film. Man kann das Produkt sofort sehen. Da die Bilder durch elektronische Signale auf Band übertragen werden, kann man sie auch auf elektronischem Weg (Synthesizer und Oszillatoren) verändern. Die Gefahr ist natürlich, daß die Leute manchmal nie über das Anfangsstadium des Herumblödelns mit dem Aufnahmegerät hinauskommen, weil es so einfach ist. Auf der anderen Seite verlieben sich die versierten Videomacher zu sehr in die technischen Experimente und vergessen die Aussage ihrer Fernsehaufzeichnung."

"Warum soll sich ein Arbeiter damit quälen, ein Buch zu schreiben, wenn er seine Probleme viel einfacher, besser und auch mit Spaß auf Videoband aufzeichnen kann."

Das Komm macht im Juni wieder auf - wir werden sehen, ob es der Videothek gelingen wird...

Werkstättenbereich: Als weiteres visuelles Medium wurde Foto-Siebdruck den Besuchern zur Verfügung gestellt. Unter Anleitung von Fachkräften wurden öffentliche Kurse abgehalten - Besucher konnten aktiv mitarbeiten aber auch nur "vorbeischauen".

Es wurde zwar der Öffentlichkeit Einblick in den künstlerischen Produktionsprozeß gegeben, was jedoch nicht geleistet wurde: eine Vermittlung von Inhalten, sei es, daß künstlerische Produkte ausgestellt und diskutiert wurden, sei es, daß mit dem Medium Plakat - in informellen Zonen wie z.B. im Gangbereich aufgehängt - auf die Situation im Hause eingegangen wird. Nicht "Kunst", sondern Vermittlung wäre notwendig gewesen!

Spielothek: Was als Anlaß für Gespächskontakte konzipiert war, war, entpuppte sich als organisierter Stumpfsinn: die Spielothek. Spielregel- und Leistungsfixiert saß man um Tische herum - Reproduktion typischer Gesellschaftsstrukturen. Da gefielen mir die Ballspiele mit Styropro-Würfeln im Gang wesentlich besser - spontan entstandene Spiel- und Kommunikationssituationen, oder die Malwand.

Ausstellungsbereich: Ein weiterer Bereich der gründlich daneben ging, war der Ausstellungsbereich. Ein Bezug zur Realität für den Besucher war nicht vorhanden - höchstens für den "Künstler" (Gelegenheit,sich zu produzieren). Das zeigte sich übrigens auch in den Räumen des Erdgeschoß, wo Künstler über ihre Arbeit berichteten. Andy Warhol vollbrachte eine große Tat, indem er mit seinen Colaflaschen die "Kunst" abschaffte, und Kulturreferent Dr. Glaser, indem er die Konsequenzen zog und der städtischen Kulturpolitik neue Aufgaben zuwies (siehe Kulturlandschaft, siehe Kommunikationszentrum). Insofern war auch die Reaktion der Besucher richtig, indem sie die schwarzen Holz-

1

quader, die im Ausstellungsbereich auf- oder ausgestellt waren, als Sitzgelegenheiten benutzten, sich unterhielten und Bier tranken - oder umgruppierten und in andere Räme schleppten.

Ergänzt wurden die bis jetzt aufgeführten Angebotre durch Pop-Konzerte, Teather-Aufführungen und ein Kino.

Der Gangbereich und anliegende Zimmer boten Gelegenheit für spontane Aktionen Mal - Straße, Sommer - Weihnachtsfeier, "Meine Meinung". Oder man hockte sich einfach hin - informelle Treffs.

Ende Juli machte das Kommunikationszentrum zu. Bilanz:

"Nürnberger Zeitung" (der Erscheinungstermin des Artikels ließ sich leider nicht mehr fesstellen):

"(Es soll) eine gewisse oberflächliche Erwartungshaltung (gegenüber dem Angebot) abgebaut und eine konzentrierte Aktivierung erreicht werden) Vielversprechende Ansätze dazu haben die Organisatoren in diesen Tagen vielfach beobachtet; immerhin kann man hier im außerschulischen Bereich eine Menge von Schulproblemen aufgearbeitet und 'freiwillig' gelernt werden."

2

Hendrik Bebber, "Nürnberger Nachrichten", 14./15. Juli:

... Kommunikationszentrum herrscht ein unheimlicher Umtreib aber sehr wenig "Kommunikation", es sei denn, man bezeichnet das traute Beisammensein von Cliquen, die sich seit Urzeiten schon kennen als solche."

"Nicht die qualitativ oft viel besseren Veranstaltungen in anderen jugendbezogenen Einrichtungen der Stadt zählen, sondern die Atmosphäre - die dufte 'Scene'. So gesehen hat das Kommunikationszentrum einen sozial-therapeutischen Effekt. Es ist ein Treffpunkt, Mini - Talentschuppen und Hyde-Park-Corner in einem, frei von Kommerz des Pop-Geschäfts und von der Sterilität der Jugendpflege..."

Das Kommunikationszentrum wurde für viele zur "Insel", zu einem Ort, wohin man sowohl aus dem frustrierten Arbeitsbereich als auch Wohnbereich fliehen kann. Was nicht geleistet wurde "Eine Rückkoppelung"

Man kann es als gesellschaftliches Phänomen sehen: Im öffentlichen Freizeitbereich Kommunikationszentrum, Kneipe, Oper, Discothek, Theater, Puff, Kirche, Partei, Gesangsverein) wird unreflektiert und unkontrolliert - je nach "Geschmack" verschieden - all das ausgelebt, was im Arbeits- bzw. Wohnbereich an Frustrationen entsteht. Ein Realitätsbezug dessen, was getan wird, besteht kaum (außer dem, daß es eben getan wird), und wenn man sich - bei einem "erlesenen Geschmack" - mit den Problemen der Welt bescäftigt, dann beschäftigt man sich mit den "Problemen der Welt" - na und? Man könte genausogut einen Hamburger und Dosenbier kaufen.

3

Dem Kommunikationszentrum gelang es auch nicht, diesen Prozeß zu stoppen, - wiegesagt - eine Rückkoppelung zum Arbeits- und Wohnbereich. Es hing alles "irgendwie in der Luft", meinten Leute, mit denen ich gesprochen habe - Recht haben sie!

Das soll in keinem Fall eine Kritik an den informellen Spielsituationen sein - im Gegenteil! Hier passierte Kommunikation, nur war die Reflexion und Wertung nicht da. Aufgabe für die Macher, hierfür Anstöße zu geben!

Ansonsten gefiel mir der erste Probelauf des Kommunikationszentrums sehr gut - schade, daß es wegen der Renovierungsarbeiten zugemacht werden mußte.

2. Teil

Ende Juli war der erste Probelauf des Nürnberger Kommunikationszentrum vorbei. Das Haus wurde für die Allgemeinheit zu gemacht, wer allerdings daran interessiert war, mitzudiskutieren,wie es weitergehen sollte, war herzlich willkommen. Und nicht wenige kamen.

Startschwierigkeiten

Der erste Probelauf war ein Riesenerfolg geworden - über 10.000 Besucher und einige tausend Unterschriften unterstrichen das. So beschloß man, weiterzumachen. Die Bedingungen hierfür waren allerdings denkbar schlecht:

Es war zu wenig Geld da: Da Mittel für ständige Einrichtung eines Kommunikationszentrums erst in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren, mußte das Jahr 1974 notdürftig überbrückt werden - ein Etat von 100.000.- Dm war schließlich noch drin.

Da der Verwendungszweck des Künstlerhauses geändert wurde (aus der ursprünglichen Nutzung als Ausstellungsgebäude wurde eine als Versammlungsgebäude), kam ein ganzer Katalog von bau- und feuerpolizeilichen Auflagen auf die Macher zu. Kosten: 60.000.- DM und ein halbes Jahr zum großen Teil im Selfmade-Verfahren von freiwilligen Helfern ausgeführte Renovierungsarbeiten.

Schließlich mußte der Probelauf reflektiert und daraus Konsequenzen für eine erneuten Aufmach gezogen werden. Auch das war gerade nicht einfach, weil das Nürnberger Kommunikationszentrum für die ganze BRD ein Novum darstellte und man auf Erfahrungen kaum zurückgreifen konnte.

Die jugendlichen Macher ließen sich von den Schwierigkeiten nicht entmutigen und machten sich an die Arbeit.

"Mehr Demokratie wagen"

Hier ergab sich gleich das erste Problem: Wie sollte die Arbeit organisiert werden? Von der Schule und Beruf ist man gewohnt, daß zu tun, was von oben angeordnet wird. Trotz Lippenbekenntnisse aller Politiker für die Demokratie in unserem Staat. Im KOMM versuchte man, das "Mehr Demokratie wagen" in die Praxis umzusetzen. Die Fremdbestimmung von Arbeit sollte minimiert bzw. abgeschafft werden.In praxi: Jeder tut die Arbeiten, zu denen er von sich aus motiviert ist oder sich aus der Einsicht in deren Notwendigkeit ohne Ausübung von Zwang motivieren läßt.

Ergebnis: viel Leerlauf und Schlamperei in den ersten Monaten, wie nicht anders zu erwarten war; als Anti-Reaktion auf den ständig von oben erzeugten Leistungsdruck in Schule und Beruf eine völlig "normale" Verhaltensweise. Wo hätten denn die Jugendlichen soziale Mitverantwortung, Selbstbestimmung und daraus resultierende Interesse an ihrer Arbeit lernen sollen? Dort jedenfalls nicht! In einem Lernprozeß, der über viele Frustrationen führte (z.B. daß man eine halbe Stunde nach dem Werkzeug sucht, das ein anderer irgendwo im Haus hat liegenlassen), zeigte sich aber, daß das im KOMM praktizierte Organisationsprinzip durchaus machbar ist:

Es wurde gelernt, daß Arbeit nicht nur ein Un-Wert ist, dem man sich am besten durch Blau-Machen entzieht, sondern daß sie auch Spaß machen kann, wenn man sich mit deren Zielen identifizieren und selbst entscheiden kann, wie sie gemacht wird.

Es wurde viel gelernt, daß sich Arbeiten, die gewöhnlich von unterprivilegierten Schichten unserer Gesellschaft - Frauen und ausländische Arbeitnehmer - gemacht werden, weil sie niemand anderes machen will weil sie schmutzig und monoton sind, auch so organisieren lassen, daß deren negative Folgen minimiert werden. Schmutzarbeiten und fließbandähnliche Tätigkeiten konnte auch das KOMM nicht abschaffen, da sie leider oft notwendig sind. Was aber geändert wurde, war die Art und Weise, wie sie ausgeführt wurden. So wurden alle KOMM-Mitarbeiter durch die Selbstverwaltung an den Entscheidungsprozessen im KOMM beteiligt, konnten über sich selbst bestimmen. Arbeiten wurden bewußt kollektiv durchgeführt - Anlaß zur Kommunikation. An unangenehmen Arbeiten wurden alle - auch das Sekretariat - beteiligt. Grundprinzip war nicht Zwang, sondern freiwillige Entscheidung, z.B. Wenn im Büro den Leuten der Dreck bis zum Hals stand, griffen ein paar zu Besen und Schaufel und beseitigten ihn - ein Chef, der die Büroreinigung befiehlt, war überflüssig geworden.

In einem Lernprozeß wurden soziale Beziehungen erfahrbar gemacht. Arbeitete man in den ersten Monaten meist nach dem Lustprinzip ("Ich mache nur das, was mir Spaß macht"), so erfuhr man dieses über zahlreiche Frustrationserlebnisse als unreflektierte Anti-Reaktion gegen die ständige Disziplinierung in Schule und Beruf. Man zog die Konsequenz und kam zu einem für die Arbeit notwendigen, begründeten Minimum an Disziplin, das als freiwillige Absprache von allen getragen wurde.

So kann das KOMM heute als Erfolg verbuchen, daß es ihm gelungen ist, eine effektive Arbeit zu leisten, die trotzdem weitgehend ohne Zwang abläuft. Die bautechnischen Auflagen wurden erfüllt und das 40-Zimmerhaus fast vollständig renoviert - wer's nicht glauben will, gehe hin und schaue es sich an!

Ein Erfolg wurde erzielt, der einigen immer nur nach Autorität schreienden Leuten hoffentlich zu denken geben wird!

Das Entstehen der Selbstverwaltung

Das, was als Arbeitsstil bereits nach interner Absprache praktiziert wurde (siehe oben!), mußte irgendwie institutionalisert werden.

Der an einem Weekend im September als spontane Intressenvertretung konstituierte Politische Arbeitskreis hatte nach den Studium anderer Jugendzentren in der BRD ein neues Konzept für das KOMM entworfen.

Einig waren sich alle Leute im KOMM, daß man weg wollte vom Konsum- und Volksfest-Charakter des ersten Probelaufs. Aber wie?

Nach intensiven Diskussionen kam man schließlich zu folgendem Selbstverwaltungsmodell, das am 15. März 1974 als Versuch für ein halbes Jahr vom Kulturausschuß der Stadt Nürnberg gebilligt wurde:

Träger ist die Stadt Nürnberg. Die Stadt stellt den äußeren Rahmen: das Haus, den Etat und ein städtisches Sekretariat.

Über Inhalte und die interne Organisation entscheiden die Jugendlichen im Rahmen eines Selbstverwaltungsmodells. Dieses umfaßt die Zielbestimmung, die Grundordnung und das Entscheidungsmodell.

1

Zielbestimmung: Die Mitarbeiter des KOMM setzen sich zum Ziel, politische und kulturelle Bildung und Freizeithilfen vorwiegend Jugendliche zu vermitteln:

- sich gemeinsam im KOMM zu erholen
- gemeinsam die Situation in Familie, Schule und Arbeitsplatz zu analysieren,
- gemeinsam die Situation der Jugendlichen zu verbessern.

Grundordnung: In der Grundordnung sind die grundsätze zusammengefaßt, die sich Besucher und Mitarbeiter freiwillig auferlegen, um den Betrieb im KOMM entsprechend der Zielsetzung zu gewährleisten und transparent zu machen:

- das Haus ist offen für alle, die die Grundsätze des KOMM respektieren,
- freie politische Betätigung im Rahmen des Grundgesetzes (Aktivitäten werden von den jeweils ausführenden Gruppen verantwortet, nicht vom KOMM, dessen oberstes Entscheidungsgremium "Vollversammlung" juristisch nicht verantwortlich sein kann),
- die Konfliktregelung im KOMM erfolgt auf rationaler Grundlage,
- Öffentlichkeit und Transparenz aller Vorgänge

2

- die Besucher und Mitarbeiter des KOMM entscheiden auf der Vollversammlung über den Etat im Rahmen eines vereinbarten Schlüssels,
- kein Kommerz im KOMM.

Entscheidungsmodell: Das Entscheidungsmodell im KOMM versucht, den Anspruch nach direktdemokratischer Mitbestimmung und den Anspruch nach Kontinuität von Information und Kompetenz zu vereinen. Drei Entscheidungsebenen bestimmen die Selbstverwaltung: die Vollversammlung, der Delegiertenrat, das Sekretariat.

Vollversammlung: die Vollversammlung ist oberstes Beschlußorgan. Sie setzt sich zusammen aus den Besuchern und Mitarbeitern des KOMM. Jeder hat gliechberechtigt eine Stimme. Die Vollversammlumg entscheidet über die einrichtung von Arbeitsgruppen. Sie bestätigt die von den Betriebsgruppen gewählten Vertreter und wählt sie damit direkt in den Delegiertenrat. Ebensoviele Vertreter wählt die Vollversammlung direkt in den Delegiertenrat. Direkt werden auch die Sekretariatsvertreter gewählt. Beschlüsse der Vollversammlung können einmal vom Delegiertenrat zurückgewiesen werden.

Der Delegiertenrat: der Delegiertenrat

3

ist das Organ,

- das einerseits der Vollversammlung Vorgänge zur Beschlußfassung vorlegt und Entscheidungshilfen gibt,
- andererseits Beschlüsse der Vollversammlung realisiert.

Der Delegiertenrat nimmt die inhaltliche und organisatorische Koordination wahr (Raumverteilung, Vorbereitung der Finanzentscheidungen, Aufstellung eines Zeitplans inhaltlicher Schwerpunkte).

Der Delegiertenrat bereitet die Tagesordnung der Vollversammlung vor.

Er setzt sich aus sechs Vertreter der Betriebsgruppen, sechs Direktvertreter der Vollversammlung, drei (in praxi vier) von der Vollversammlung gewählten und zwei (in praxi einen) städtischen Sekretären zusammen. Als Betriebsgruppen sind annerkannt:

- Filmfabrik und Videothek,
- Werkstättenbereich (Siebdruck, Foto)
- Ausstellungsbereich, Musik, Theater
- Kinderzentrum
- Ausländerzentrum
- Gastronomie = Teestube, Colateria

Sekretariat: Das Sekretariat ist das Gremium, das den täglichen Betrieb ko-

DAS SEKRETARIAT

1 2 3

ordiniert und verwaltet und das KOMM nach außen vertritt. Das Sekretariat führt nach Absprache die Aufträge des Delegiertenrats und der Vollversammlung aus. Das Sekretariat setzt sich aus dre (in praxi vier) von der Vollversammlung gewählten und zwei (in praxi einen) städtischen Sekretären n zusammen.

Die VV-Sekretäre erhalten eine Aufwandentschädigung. Sie könen jederzeit von der Vollversammlung abgewählt werden. Den städtischen Sekretären kann das Mißtrauen ausgesprochen werden.

Der zweite Aufmach

Am 12. Januar 74 machte das KOMM wieder auf, in der Hoffnung, daß - gemäß dem Anspruch der Selbstverwaltung - das Haus durch Initiativen der Besucher wieder mit Leben erfüllt und in Zusammenarbeit von möglichst vielen die restlichen Renovierungsarbeiten erledigt werden. Das KOMM machte auf - aber es lief ganz anders:

Den im KOMM tätigen Mitarbeitern gelang es nicht, sich den Besuchern zu vermitteln und diese zur Mitarbeit zu animieren. Die Mitarbeiter mit einem kulturellen Anspruch beschränken sich darauf, sich in einem verschwommenen Feeling von künstlerischer Freiheit selbstzubefrieden - eine gesellschaftsbezogene Relevanz deren Aktivitäten und ein Eingehen auf die Besucher fehlte völlig -; die mit einem politischen Anspruch bemühten sich zwar - so gelang es ihnen durchaus, sich auf einer politischen Ebene, meist im Rahmen der Vollversammlung, zu artikulieren -, kamen aber meist wegen des elitären Charakters ihrer Initiativen nur bei sehr wenigen an. S ergab sich folgendes:

Auf der einen Seite bildete sich ein stark politisch interessiertes, aber zahlenmäßig geringes, Stammpublikum, das dem des Jugendzentrums in der Unteren Talgasse sehr ähnlich war, das sich darin erging, sich selbst zu beweisen, was für einen großen Durchblick es hatte. Auf der anderen Seite siedelten sich wegen des Mangels an Angeboten Rauschgiftnehmer, Schläger, ständig Besoffene und Dealer an. Die Zielgruppe - ein idealtypisches Publikum von Schülern und Lehrlingen - blieb aber völlig weg, abgestoßen von den Asozialen und der gegen sie arbeitenden "Hauspolice" und der politischen Indoktrination.

Als das Alkohl- und Schlägerproblem schließlich so eskalierte, daß ein paar Schlägereien pro Abend an der Tagesordnung waren, beschloß die Vollversammlung kurz vor Ostern, das KOMM wieder zu schließen.

In einem Super-Arbeitseinsatz wurden von wenigen übriggebliebenen die Renovierungsarbeiten abgeschlossen und die bautechnischen Auflagen erfüllt und ein Programm ausgearbeitet.

Der dritte Probelauf

Am 31. Mai öffnete das KOMM seine Pforten zum dritten Probelauf. Los ging's mit einer Vollversammlung, in der das gelaufene reflektiert wurde, am Tag darauf gab's das Eröffnungsfest mit Popmusik, Kabarett, Film und vielen mehr. Am Sontag dem 2. Juni stand F.A.U.S.T. (Frankfurter Aktions- und Straßentheater) auf dem Programm. Dazu gab es jeweils von Donnerstag bis Sonntag das Kino, das sich zur Zeit großer Beliebtheit erfreut, daß es schon öfters überfüllt war. Außerdem war die Teestube Chai-Haus offen - ein ruhiger Relax- und Meditationsplatz im ersten Stock. Neben dem Festsaal konte man die ganzen Videobänder aus dem ersten Probelauf im Juli 73 anschauen.

Vom 4. bis 16. Juni gab es eine große Afrika-Aktion im KOMM, die sehr gut ankam. Sie umfaßte eine Ausstellung, in der auf die Probleme der 3. Welt eingegangen wurde, es wurden Filme und Dias gezeigt und Fertigprodukte - Kaffee, Tee und Kunsthandwerk - aus der 3. Welt verkauft.

Am Samstag, dem 8. Juni fand das Portugiesenfest statt. Siehe Zeitungsausschnitt (Nürnberger Nachrichten vom 10.6.74)!

Am Samstag dem 15. Juni gab's ein duftes Pop-Konzert mit einer Folk-Rock-Band aus Bamberg.

Wenn man von F.A.U.S.T. absieht, die

1 2 3

zwar exellent Theater spielten, aber nur ein Insider-Publikum angezoge, kann man sagen, war das neue KOMM-Programm ein voller Erfolg. Einer der Macher zu unserer Zeitung: "Wenn wir erst einmal das Negativ-Image losgeworden sind, das uns noch von den letzten Monaten anhaftet, wird es noch viel besser." Nach dem, was wir gesehen haben, können wir uns das gut vorstellen.

Dadurch, daß Bier nur noch auf Veranstaltungen verkauft wurde, gelang es auch, das Säufer- und Schlägerpublikum fernzuhalten. So wurde auch dieses Problem, mit dem die Hauspolizei nicht fertig geworden war, gelöst. Gelegenheitssäufer, die nur ab und zu aus Langeweile etwas zuviel Bier konsumieren, wurden motiviert, Veranstaltungen zu besuchen, denn: Jugendliche, die in ihrer Freizeit etwas zu tun haben, saufen nicht. Da die Veranstaltungen nicht bloßer Konsum waren, sondern meist auf Problemlösungen hinführten,

HURRA! DAS KOMM IST WIEDER AUF

Die Renovierungsarbeiten sind weitgehend abgeschlossen. Die Fehlentwicklungen in den Monaten Januar bis April wurden analysiert und Konsequenzen gezogen. Wir haben einige neue Angebote aufgebaut. Wir machen am 31. Mai wieder auf!

DEALER: Dealer, Schläger und Besoffene hoffen wir durch ein anspruchsvolles Angebot, an welchem diese kein Interesse haben, aus dem Haus fernzuhalten. Wir haben die dunklen Ecken und Leerräume, welche immer von diesen Leuten bevölkert wurden, beseitigt. Durch die Vermehrung der Angebote, wollen wir dafür sorgen, daß Langeweile erst gar nicht entsteht, die Ursache für manchen "Stunk" nicht mehr vorhanden ist.

POLITIK: Politik stößt, da sie oft langweilig und trocken bebracht wird, viele Leute ab. Unser Versuch: Politik mit Spaß verbinden. Deshalb findet Politik oft im Zusammenhang mit Veranstaltungen mit Festcharakter statt. Solltest du trotzdem nicht zufrieden sein, äußere deinen Protest und mache Vorschläge. Im KOMM sollen auch deine Interessen berücksichtigt werden, und wir hätten eine schlechte Selbstverwaltung, wenn sie nicht darauf eingehen würde.

SELBSTVERWALTUNG: Die Entscheidungen im KOMM werden nicht- wie sonst üblich - von einem Leiter und ein paar Mitarbeiter gefällt, sondern im Rahmen einer "Selbstverwaltung" von allen Jugendlichen, die im KOMM sind - ob als Besucher oder Mitarbeiter spielt keine Rolle. Das Entscheidungsgremium ist die "Vollversammlung", die jeden Freitag um 18 Uhr stattfindet. Hier wird über alle wichtigen Entscheidungen abstimmt; stimmberechtigt ist jeder, der hingeht. Nütze deine Möglichkeit und entscheide mit! (Sonst entscheiden andere vielleicht Sachen, die du gar nicht willst.) Im KOMM gibt es keine, "die da machen können, was sie wollen", sondern jede Stimme zählt - ganz gleich, ob es die eines Besuchers ist oder die eines Mitarbeiters.

NOCH TERMINE FREI: Wenn du mal eine Veranstaltung machen willst, mach sie im KOMM - es sind noch Räume und Termine frei! Oder mach bei Angebotsgruppen mit!

Die Bereiche im einzelnen:

TEESTUBE: Die Teestube "Chai-Haus" im 1. Stock (Seiteneingang benützen!) bietet ca. 20 Sorten Tee, Musik, makrobiotisches Früchtebrot, keinen Alkohol, Müslis, weiche Sitzgelegenheiten und jeden Dienstag und Sonntag um 19.30 Uhr

einen Film oder Dias.
Öffnungszeiten: Mo-Do 17-23 Uhr
Fr-So 14-24 Uhr

KINO: "Kino im KOMM" zeigt von Donnerstag bis Sonntag jeweils um 18 und 20.30 Uhr Filme. Das Programm wird so gestaltet, daß sowohl gesellschaftlich relevante und kulturell interessante als auch Unterhaltungsfilme zu ihrem Recht kommen. Nach den Filmen oft Diskussionen. Für Filmvorschläge wären die Leute vom Kino dankbar.

VIDEOTHEK: Die Materialien für die Videothek (Fernseher, Videogerät und Bänder) sind weitgehend vorhanden - es werden auch noch Mitarbeiter gesucht. Was man in diesem Bereich machen kann? Im KOMM Videosendungen aufzeichnen, z.B.

über Veranstaltungen informieren oder Leute fragen, wie es ihnen im KOMM gefällt. Fernsehen und Sendungen aufzeichnen, neu zusammenstellen, diskutieren. Oder überhaupt Reportagen machen. Oder in der Gruppe mit dem Medium Video spielen. Wer Lust hat, mitzumachen, wende sich an das Sekretariat.

AUSSTELLUNGSBEREICH: Im Ausstellungsbereich passiert zweierlei: Es werden Ausstellungen gemacht (siehe Programm!) und über das ausgestellte Material diskutiert. Es sollen aber auch Malkurse, Happenings, Aktionen gemacht werden oder ganz allgemein: nonverbale Kommunikationsformen ausprobiert werden. Für Interessierte: Mitarbeiter des Ausstellungsbereich sind von Donnerstag bis Sonntag im Haus.

FESTSAAL: Im Festsaal laufen Konzerte, Theateraufführungen, Feste etc. (siehe Programm!). Für Veranstaltungen von SMVen etc. sind noch Termine frei! Bitte wendet euch an das Sekretariat.

INITIATIVE: Die "Initiative für ein freies KOMM in Selbstverwaltung" ist die Gruppe im Haus, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die politischen Aktivitäten zu koordinieren. Termin: Jeden Donnerstag um 19.30 Uhr.

FOTO/SIEBDRUCK: Die Foto-/Siebdruck-Werkstatt ist im Keller des KOMM untergebracht. Sie ist offen von Donnerstag bis Sonntag jeweils von 18 bis 22 Uhr.

DISKUSSIONSRÄUME: Die Diskussionsräume werden - nach Möglichkeit zwischen Donnerstag und Sonntag - Gruppen zur Verfügung gestellt. Termine mit dem Sekretariat ausmachen

COLATERIA: In der Colateria werden Getränke und kleine Imbisse verkauft. Außerdem besteht die Möglichkeit, im Bereich um die Colateria Ausstellungen zu machen und Informationsstände aufzubauen. Geöffnet ist die Colateria von Donnerstag bis Sonntag.

KINDERZENTRUM: Zur Neu-Eröffnung des Kinderzentrums hat sich schon eine Gruppe konstituiert - es wird irgendwann in der nächsten Zeit aufgemacht. Interessenten wenden sich bitte an das Sekretariat!

DAS KOMM IST TOT

ES LEBE DAS KOMM

Das wieder offene KOMMunikationszentrum ist im ehemaligen Künstlerhaus ist nun 1 1/2 Monate alt. Konnte es die Ansprüche, die an es gestellt wurden, erfüllen?

Erster Eindruck: Das Haus ist relativ leer, Kommunikation wird kaum gemacht. Ein paar Leute sitzen vor der "Colateria", dem Getränkeshop des KOMM, und lutschen an Bierflaschen - das Bier kostet übrigens nur 80 Pfenning. Immerhin.

Auf meiner Suche nach Kommunikation komme ich bei der Videothek vorbei, dem KOMM-Fernseh- und Videoraum. Da gerade nichts läuft, frage ich, ob ich das Länderspiel Spanien gegen Deutschland anschauen darf. Darauf erklärt mir ein langhaariger mit Bart, daß das nicht möglich sei, da ich dadurch verdummen würde. Erfreut über sein Interesse an meinem Wohlergehen - er muß es ja wissen - gehe ich weiter.

Ich gehe hinauf zur Teestube "Chai Haus", um mir eine Scheibe von dem guten, makrobiotischen Früchtebrot zu kaufen. Am Eingang erfahr ich von einer Besucherin, daß ich mit Bierflasche da nicht hinein darf; denn Leute mit Bierflasche werden wieder hinausgeworfen, da Biertrinken ungesund sei und die Love and Peace-Indienpower-Atmosphäre im "Chai-Haus" störe. Da ich körperlich und seelisch unbeschädigt bleiben muß, um rechtzeitigbei der WOW meinen Artikel abzuliefern, gehe ich lieber...

...und gehe den langen Gang entlang, wo eine Unterschriftensammlung gemacht wird. Ich setze meine Unterschrift unter das Papier - obwohl ichja eigentlich einen Artikel über Kommunikation schreiben soll.

Schließlich lande ich in einer vom Ausländerzimmer organisierten Discoparty,

wo eine herrlich Stimmung herrscht und deutsche und ausländische Jugendliche miteinander tanzen. Prima, denk ich, endlich etwas, was ich für meinen Kommunikationsartikel verwerten kann. Nach der Party höre ich, daß sie abgeschafft werden soll, weil sie nichts bringt - stattdessen soll ein Minderheitenarbeitskreis eingerichtet werden.

Ich war nur dienstlich hier. Wenn ich aber Besucher gewesen wäre? Ich wäre entweder nie mehr ins KOMM gegangen - oder hätte mich gegen die Inquisition der selbsternannten "qualifizierten Eliten" gewehrt. Kommunikationszentrum? Nein: ideologischer Supermarkt!

Zum Pessimisten kann ich aber dennoch nicht werden. Schließlich ist das KOMM schon zweimal toll voll gewesen - bei zwei Faschingsbällen, die von einigen Nürnberger Schulen veranstaltet wurden.

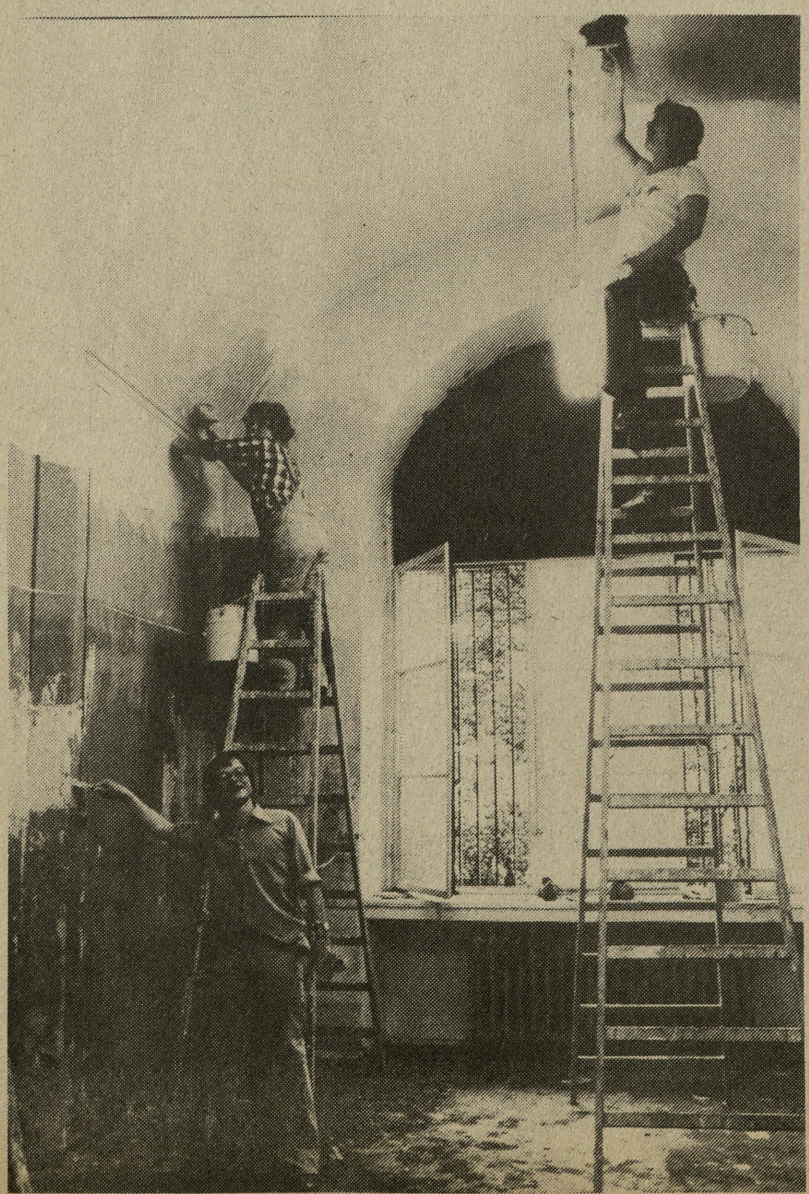
Übrigens, Du! Aus dem KOMM rauszugehen, weil nichts "los" ist, ist doch recht unbefriedigend - mitmachen und mitentscheiden dürfte eigentlich besser sein. Deshalb: Es lebe das KOMM!

Mögen die Kleingötter und Minimärxe das Votum der Nürnberger Jugend hören..

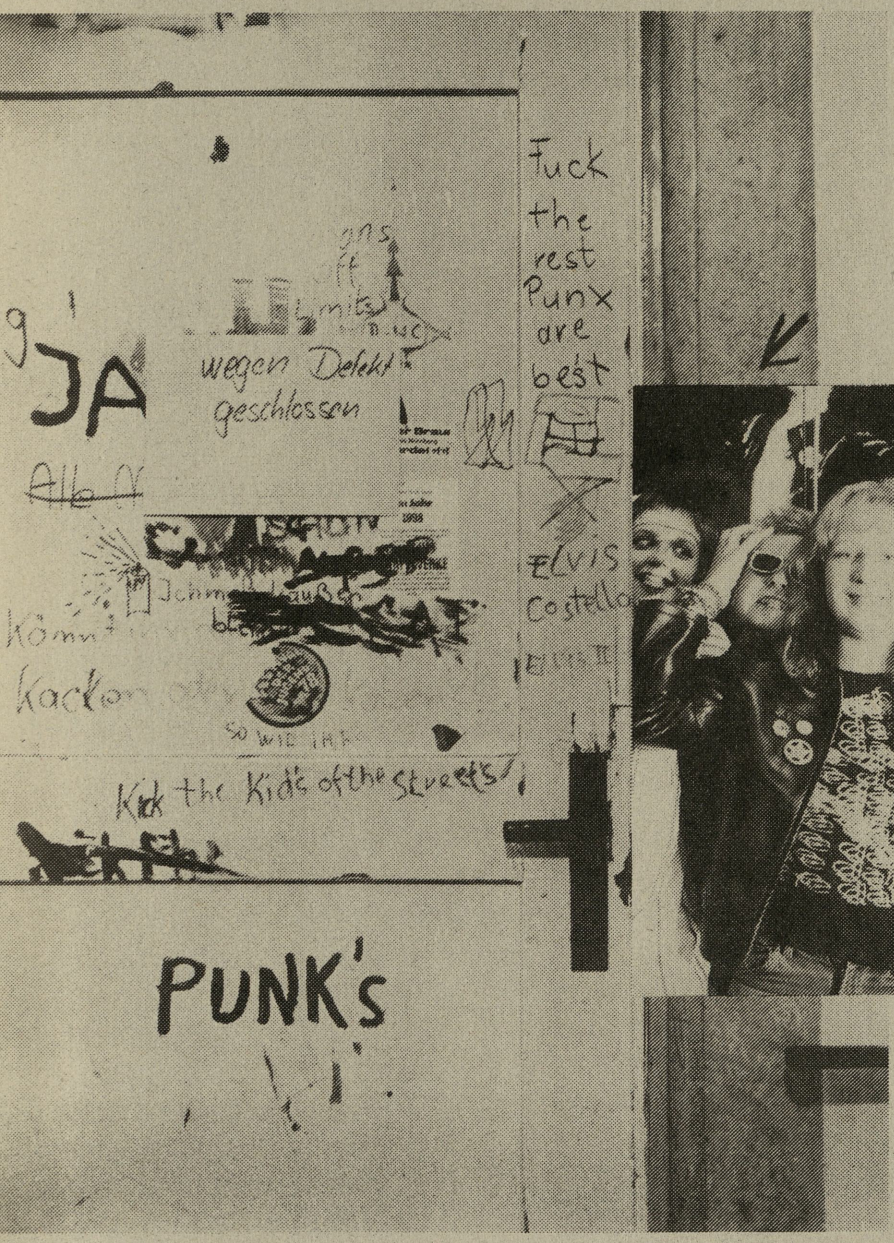
Die Vollversammlung der Kleingötter und der Minimärxe

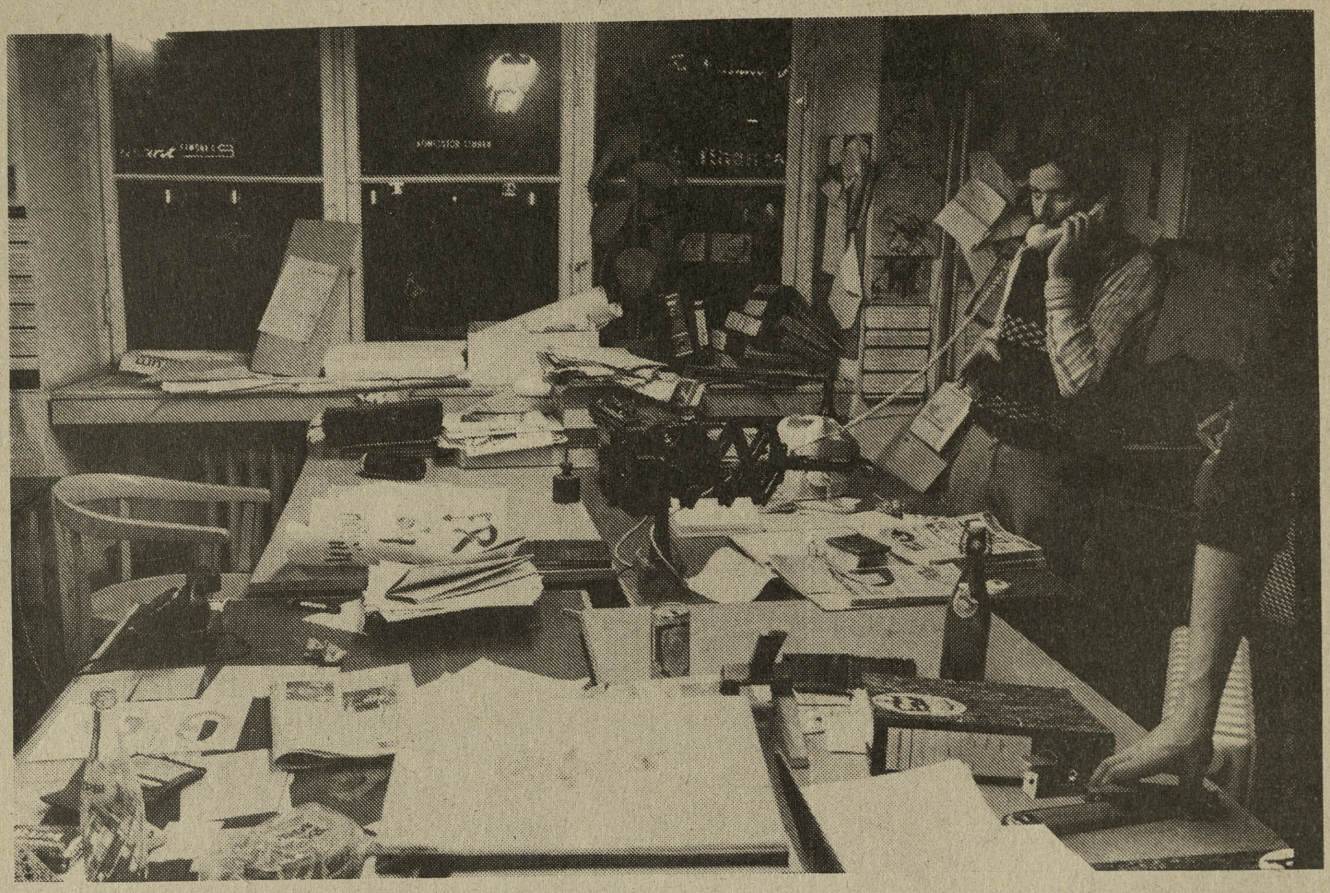
Momentaufnahmen von 1981

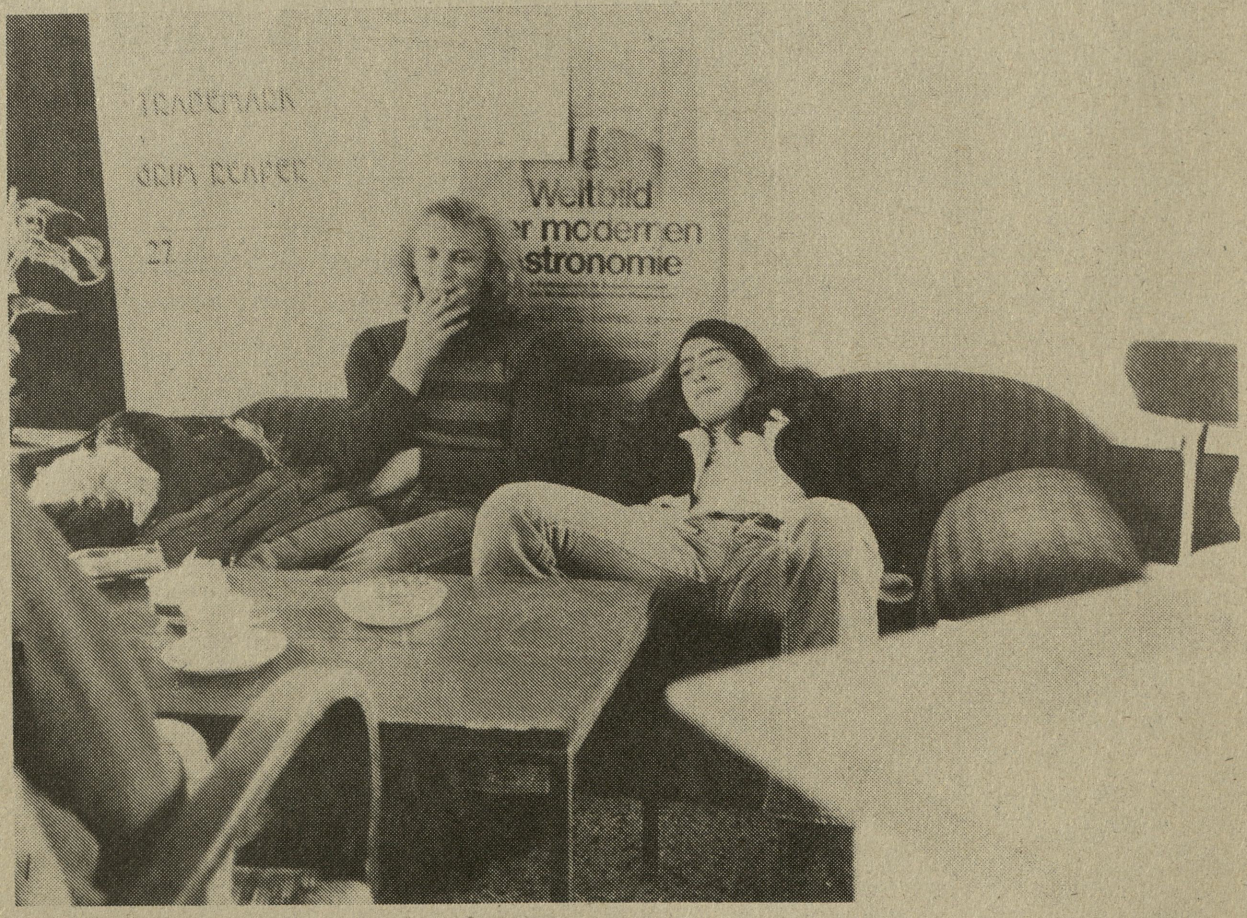
Wo gehobelt wird, da fallen auch Späne!
Die Schreinergruppe



Manch einem wird das KOMM
zu sauber, zu adrett, zu schön.


JA
wegen Defekt
geschlossen
Fuck
the
rest
Punx
are
best
ELVIS
Costello
Kick the Kids of the streets
PUNK's





Das Sekretariat bei Nacht.
Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten und Schlafplätzen, Beratung und Betreuung von Arbeitslosen, Drogenberatung u.v.a. bietet die KOMM-Hilfe.

KINO

klönen, debattieren,
diskutieren, reden,
schwafeln, labbern,
findet nicht nur in
den Gruppen statt,
sondern auch im
GANG
wird kommuniziert.

Neueröffnung des Kommunikationszentrum erst später

Die Teeküche bleibt vorläufig noch kalt

Die Auflagen der Baubehörde und der Feuerpolizei verzögerten den Start Neues Konzept mit Selbstverwaltung durch die Besucher — Totale Renovierung der Räume — Kommerzielle Gruppen müssen draußen bleiben

Das Kommunikationszentrum im Nürnberger Künstlerhaus am Königstor wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, heute wieder eröffnet. Nach dem dreiwöchigen Probelauf im Juli wurde in einer Diskussion mit dem Nürnberger Kulturreferenten Dr. Hermann Glaser und dem Organisationsteam um Michael Popp nachdrücklich die Weiterführung des Projektes gefordert.

Mehr als 20 000 meist jugendliche Besucher kamen bis zu diesem Zeitpunkt ins Kommunikationszentrum, das durch sein breitgefächertes Programm spontan Anklang gefunden hat. Teestube, eine Spielothek mit interessanten Geduld- und Geschicklichkeitsspielen, Künstlerwerkstätten, Diskussions- und Aktionsräume, Jazz- Rock und E-Musik-Abende, Kurse für Siebdruck, Fotografie und Video, Theater und Filmveranstaltungen ließen kaum einen Wunsch offen. Und als die Besucher aufgefordert wurden, ihre Meinung zum Kommunikationszentrum zu äußern, überwog die Zustimmung die Kritik bei weitem: „Das ‚Komm' ist saugut. Lieber Gott, gib doch unseren Stadtväterchen die Einsicht, das Ding auch weiterzuführen", lautete der Stoßseufzer eines Siebzehnjährigen.

Der liebe Gott hatte eine Einsicht, nicht aber die Nürnberger Baubehörde. Bei der Diskussion seinerzeit im Juli versprach Dr. Glaser, das „Komm" am dritten Oktober wiederaufzumachen. In der schöpferischen Sommerpause sollten ein neues inhaltliches Konzept für den Start im Herbst gefunden und an der Verbesserung der räumlichen Gegebenheiten gearbeitet werden. Über dem Sinnieren verging für die Bauplanung zuviel Zeit, so daß manche Teilprojekte des Kommunikationszentrums nicht das Plazet von Bau- und Feuerpolizei erhalten konnten. Zwar bemühten sich die Baubehörden um eine rasche und unbürokratische Erledigung der anstehenden Probleme, aber bei einigen harten Brocken, wie beispielsweise eine Teestube im Obergeschoß für neunzig Personen ohne Notausgang, geht es nicht mehr um Ermessensfragen. Die Brandkatastrophen in Grenoble und auf der Isle of Man zeigen, daß Vorsorge nicht mit Kleinlichkeit verwechselt werden darf.

Der verspätete Eröffnungsbeginn — man rechnet mit etwa zwei Wochen Verzögerung — kommt letztlich dem Kommunikationszentrum selber zugute. In bewundernswürdiger Eigeninitiative polieren augenblicklich die jungen Besucher das abgewirtschaftete Künstlerhaus auf. Praktischer Ausdruck der neuen „Selbstverwaltung", die das Kommunikationszentrum in der neuen Saison leiten wird. Das Programm und die Organisation des Treffs am Königstor soll in eigener Regie der Besucher liegen. Michael Popp und die zwei neu hinzugekommenen Koordinatoren Dr. Jürgen Kuhlmann und Theodosia Hamilton Ferguson werden hauptsächlich als Sprecher der Vollversammlung und der Selbstverwaltungsgruppen auftreten.

Erste Beschlußnahme der Vollversammlung: kein Kommerz im Kommunikationszentrum. Personen und Gruppen, die im „Komm" Geld machen wollen, müssen draußen bleiben. Bleibt zu hoffen, daß sich genug Non-Profis finden, die etwas auf die Beine stellen können, das auch Besucher, die keine gruppendynamische Entwicklungshilfe brauchen, anzieht. H. B.

Freiwillige Helfer renovieren für das Kommunikationszentrum die Räume im Künstlerhaus.

NN 3 Okt 73

Zusammenlegung von Jugendzentrum und Kommunikationszentrum soll mehr Möglichkeiten für junge Leute bieten

Ein zweiter Treffpunkt im Künstlerhaus

Dr. Glaser: Haus in der Talgasse wird in bisheriger Form weitergeführt — Politische Bildungsarbeit nicht berührt

Das Jugendzentrum in der Unteren Talgasse soll nicht vom Kommunikationszentrum im Künstlerhaus „absorbiert" werden.

Mit dieser Klarstellung wollte Kulturreferent Dr. Hermann Glaser Mißverständnisse aus dem Weg räumen: nicht überall war die geplante Neuorganisation des Jugendzentrums auf Gegenliebe gestoßen.

Bei einer Beiratssitzung des Bildungszentrums betonte Glaser, daß keineswegs an eine Veränderung der politischen Arbeit gedacht sei. Vielmehr sollten sich die jungen Leute künftig an zwei verschiedenen „Lernorten" aufhalten.

Nach dem Bericht des Kulturreferenten hätten die sogenannten Testläufe im Künstlerhaus erwiesen, daß auch eine städtische Einrichtung von „improvisierender und informeller Art" eine Chance habe. Das Jugendzentrum werde trotz der Zusammenlegung mit dem Kommunikationszentrum in seiner bisherigen Form weitergeführt. Einer der Gründe für diesen Schritt: „Abgrenzung zu den Bereichen, die besser in der Erwachsenenbildung aufgehoben sind." Glaser wies darauf hin, daß sich ja auch schon die 15jährigen beim Bildungszentrum einschreiben können.

Dem Jugendzentrum sollen dabei weder Lehrgänge noch politische Arbeitsgruppen abgezwackt werden. Eine Art Jugendvolkshochschule strebe die Stadt nicht an, bemerkte BZ-Direktor Dr. Paul Dreykorn. Auch um die Räumlichkeiten macht man sich keine Sorgen, obwohl das Sigena-Gymnasium aus allen Nähten platzt. Ersatz bieten soll das Amerikahaus ebenso wie das neue Scharrer-Gymnasium, außerdem hofft man noch auf zusätzliche Räume im Haus der Unteren Talgasse, die bis jetzt anderweitig belegt sind.

Dr. Glaser zerstreute auch die Zweifel der Beiräte, die das Künstlerhaus nicht für sonderlich geeignet halten, um dort auf Dauer Jugendtreffs zu veranstalten. Der Referent sprach von gewisser Eigenwärme, die dort durch vielseitige Betätigung zustande käme — also müsse man auch angesichts der Ölkrise gar nicht so arg einheizen. Die Lebensdauer des Hauses am Königstor schätzt er auf drei bis fünf Jahre genug, um weitere Testläufe zu unternehmen. Im übrigen sollen beide Häuser für die jungen Besucher so lang wie möglich auch abends und an Wochenenden offengehalten werden.

Daß solche Bemühungen notwendig sind, läßt sich an Zahlen ablesen. 14 000 Menschen haben sich in diesem Semester am Bildungszentrum für Kurse eingeschrieben. Dr. Dreykorn kündigte neben dem bewährten Programm fürs nächste Jahr weitere Möglichkeiten an. So plant er auch eine Reihe über neue Bauprojekte in Nürnberg. Zu den Zukunftsplänen des Bildungszentrums gehört auch eine Erweiterung des Angebots für die Behinderten.

I. R.

NN. 24./25. NOV.

Anzeige

Sind Kinder für Halsweh anfälliger?

Ihr Kind ist jetzt ein „Pendler" zwischen Warm und Kalt.

Manchmal spielt es in der Wohnung, lieber aber draußen. Es lernt in geheizten Schulzimmern und tobt auf naßkaltem Schulhof.

Da liegt eine Halserkältung sozusagen in der Luft.

Siogeno Geigy-Pastillen sind ein guter Schutz. Sie unterstützen die natürlichen Abwehrkräfte, verhüten und beseitigen Halsschmerzen.

Außerdem schmecken sie angenehm und sind gerade auch für Kinder ausgezeichnet verträglich.

Siogeno Geigy-Pastillen gegen Halsschmerzen gibt es in jeder Apotheke.

kultur-kladde

VON MICHAEL DULTZ

Michael Popp wird neuer Chef des Jugendzentrums

Der neue Leiter des neuen Nürnberger Jugendzentrums heißt **Michael Popp.** Der junge Kunsterzieher, der bereits den Versuch „Kommunikationszentrum im Künstlerhaus" betreute, löst **Peter Grabbe** ab, der sieben Jahre lang dem Institut vorstand (siehe auch: „Sterne des Jahres"). Ab Januar arbeitet das Jugendzentrum zweigleisig: In der unteren Talgasse politisch-pädagogisch wie bisher, im Künstlerhaus kommunikativ-kreativ. Das Künstlerhaus wird erst nach der Ausführung feuerpolizeilicher Auflagen wiedereröffnet. Kulturreferant **Dr. Hermann Glaser** ist zufrieden: „Die Person Popp garantiert eine gute Fortführung der bisherigen Arbeit des Jugendzentrums mit neuen Impulsen."

AZ 22./23. DEZ.

NZ. 9. Nov. 74

„Das KOMM vom Kopf auf die Beine stellen"

Neue Konzeption soll die Besucher aktivieren – Die Vollversammlung tagt künftig nur noch vierteljährlich

Der Eingang zum KOMM während der veranstaltungsreichen Zeit. Foto: Tresselt

Das Haus in der Königstraße 93, das den Namen „Kommunikationszentrum" trägt, verfiel in der letzten Zeit wieder mal in eine Art Dornröschenschlaf. Nachdem im letzten Sommer das KOMM durch ungeahnte Aktivität (sprich Veranstaltungen) von sich reden machte, tritt nun eine Phase des Nachdenkens ein. Michael Popp, der städtische Sekretär für das Jugendzentrum und das KOMM, gibt offen zu, daß bisher Fehler gemacht wurden. Um nur einige „wunde Punkte" zu nennen: das leidige Rauschgiftproblem, die Einnistung Linksradikaler, die Struktur der Vollversammlung, bei der jeder über Probleme entscheiden konnte, über die er zu wenig Informationen hatte, wodurch die Aktivität im KOMM lahmgelegt wurde. Das alles soll jetzt (wieder mal) besser werden. (Über die Auseinandersetzungen in und über das KOMM haben wir auf dieser Seite schon mehrfach berichtet!) Popp: Wir haben immer zwei Schritte vor und einen zurück gemacht. Die Leute haben den Slogan geprägt, daß das Ganze vom Kopf auf die Beine gestellt werden muß." Wie sieht diese Operation aber in der Praxis aus?

Die Neuerungen fangen beim „Kopf", beim Sekretariat an. Zur Zeit gibt es außer Popp noch drei feste Sekretäre, die für ihren „Ganztagsjob" 500 Mark im Monat erhalten. Neue Leute — neue Ideen ist hier offenbar das Motto. Das Veranstaltungsprogramm soll nach Popp nicht mehr nur im Sekretariat oder in der Vollversammlung ausgebrütet werden. Vielmehr sollen die einzelnen Arbeitsgruppen im KOMM Angebote an die Besucher richten.

Zur Zeit gibt es etwa 20 Arbeitsgruppen, z. B. die Videothek, die Spielothek und die Filmfabrik als „feste" und den Bund Deutscher Pfadfinder, die Demokratische Front, einen Schülerarbeitskreis, die Frauengruppe, die Foto-, Siebdruck- und Theatergruppen als „freieß Gruppen. Jeder soll hier mitmachen können und keiner braucht „Schwellenangst" zu haben. Doch erfahrungsgemäß war es schon immer schwierig, als Außenstehender zu einer bereits bestehenden Gruppe Kontakt zu finden.

Diese Gruppen nun sollen das künftige „Rückgrat" des KOMM werden. Die aktive Mitarbeit soll groß geschrieben werden. Ein Rat aus den Vertretern der einzelnen Gruppen soll das Programm, das von der Vollversammlung abgesegnet werden muß, aufstellen, und das Sekretariat hat lediglich Koordinationsfunktion. Auch der Status der Vollversammlung wurde innerhalb des KOMM bereits geändert, braucht jedoch noch die Zustimmung der Stadt. Man erkannte, daß die Vollversammlung außer den festen Mitarbeitern im KOMM fast keinen aktivieren konnte und daß die Entscheidungen zu schwerfällig waren. Künftig werden von der Vollversammlung die Gruppenvertreter gewählt, die Finanzen besprochen, die Sekretäre bestimmt und Änderungen der Grundordnung besprochen. Außerdem tagt diese Einrichtung in Zukunft nur einmal im Vierteljahr. Vom Mitspracherecht und Stimmrecht für jeden, der dabei ist, wurde allerdings nicht abgegangen.

Apropos Finanzen: Hier lief im vergangenen Jahr nicht alles so, wie es laufen sollte. Zunächst mußten — nach Popp — runde 70 000 DM des 100 000-DM-Etats für bauliche Veränderungen und Sicherheitsmaßnahmen aufgewendet werden. Mit den restlichen 30 000 Mark wurden Veranstaltungen etc. bestritten. Aber offenbar reichten die auch nicht ganz, da Popp, wie er offen zugibt, aus dem Etat des Jugendzentrums ca. 9000 Mark in das KOMM verfrachtete. Angeblich wurden mit diesem Geld in den vergangenen Jahren Sonderveranstaltungen des Jugendzentrums finanziert, die in ähnlicher Form jetzt im KOMM abgelaufen sein sollen. Außerdem beteuert Popp, das Programm des Jugendzentrums sei „voll durchgezogen" worden. Der Haushaltsplan für das nächste Jahr steht noch nicht fest, weil er erst noch im Stadtrat behandelt werden muß, aber es gibt laut Michael Popp im Stadtrat „eine genügend starke Gruppierung", die sich für die „ausreichende Weiterführung des KOMM" einsetzt.

Die Besucher des Kommunikationszentrums setzen sich zum überwiegenden Teil aus Schülern und neuerdings auch mehr Studenten zusammen. Lehrlinge dagegen nehmen das Angebot nur zögernd an. Das große Problem sind natürlich die Rauschgifthändler und -abhängigen. Der Ausschluß dieser Leute aus dem KOMM kommt für Popp einer Diskriminierung gleich, er schränkt jedoch ein, daß das KOMM diese Leute aus reinem Selbstschutz ausschließen muß. Popp sieht die Lösung dieses Problems in der Integration in die Gesellschaft, nicht in der Isolation.

Das Kino im KOMM wurde ja nun nicht, wie es sich Michael Popp vorgestellt hatte, in ein kommunales Kino in Kooperation mit der Meisengeige oder dem Bildungszentrum beispielsweise verwandelt. Popp: „Der Ansatz für ein kommunales Kino wurde abgeschmettert". Die Idee kam übrigens schon vor einiger Zeit beim Bildungszentrum zustande. Nach Popps Vorstellungen sollte die Werbung gemeinsam betrieben werden, die Programme abgesprochen und aus einem gemeinsamen Subventionstopf geschöpft werden, eine Dezentralisierung also. Dies lehnten die anderen beteiligten Partner ab, da zudem noch die Existenz der Meisengeige durch eine solche Maßnahme auf dem Spiel stünde, weil, wie man gerüchteweise hört, die bundesdeutschen Verleiher das Kino im KOMM schneiden. Da nützt selbst „der schönste Kinoraum in Nürnberg" nichts. Übrigens sieht sich Popp in keiner Weise in einer Gegenposition zur Meisengeige oder zum Bildungszentrum.

Heute, Samstag, findet in der Filmfabrik um 13 Uhr ein Seminar mit Filmen über die Arbeiter-Besetzung der französischen Uhrenfirma Lip statt. Um 19 Uhr bringt Rainer „Guinn" Ketz im Vollversammlungsraum antiimperialistische Lieder und Gedichte zu Gehör. Um 20 Uhr schließlich wiederholt die Musikgruppe Embryo im Festsaal ihr Gastspiel. Am 23. November kommt „Hölderlin" wieder und am 1. Dezember findet um 17 Uhr ein Benefiz-Konzert zugunsten der „Bücher-Kiste" mit Nürnberger Gruppen statt. Im Januar wird ein Seminar veranstaltet, das alle Jugendzentrums-Initiativen auf regionaler Basis zusammenfassen soll.

Übrigens gehört zu den eingesehenen Fehlern der KOMM-Spitze auch das Überhandnehmen und Einnisten von linken Radikalen. Rechtsextremisten sind im KOMM dagegen kaum anzutreffen.

Friedrich Stern

Treffpunkt Nürnberg

In Nürnberg ist nichts los! Ein oft gehörtes Vorurteil. Mit unserer Serie „Treffpunkt Nürnberg" wollen wir beweisen, daß man sich nicht nur in Hamburg, Berlin oder München amüsieren kann. Deshalb stellen wir auf dieser Seite in loser Folge Nürnberger Jugend-Treffs vor. Bisher waren das Caritas-Pirckheimer-Haus, das Jugendzentrum, der Freiluft-Treff am Albrecht-Dürer-Haus, die Kinokneipe Meisengeige und das „Zündholz" an der Reihe. Heute berichten wir über das KOMM. Für die nächsten Wochen sind vorgesehen: das CVJM-Haus, das „tak", interessante Lokale und jugend„eigene" Stadttürme.

AZ Lokales
Samstag/Sonntag, 19./20. Jan.
N

Im Nürnberger Künstlerhaus am Königstor gärt's im Untergrund:

Verschmäht die Jugend das „Komm“?

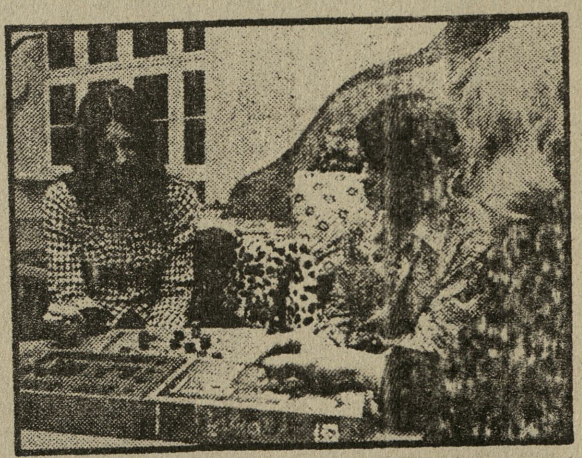
Nächste Woche fällt Entscheidung

Von Dieter Stoll

Nürnberg — „Während an vielen Orten der Bundesrepublik die Jugend um ein eigenes Zentrum kämpft, stört es sie in Nürnberg, daß die Stadt ihr eines nachwirft.“ Die sarkastische Bemerkung eines Beteiligten verrät etwas von der Unruhe, die zur Zeit im Künstlerhaus am Königstor herrscht. Das als Kommunikationszentrum geplante und während eines spektakulären „Probelaufes“ von der Jugend eingenommene Haus, hat mit städtischer Unterstützung nun als Jugend-Kommunikationszentrum (populäres Kürzel: „Komm“) seine Arbeit aufgenommen.

Teestube, Spielothek und Kino-Raum sind die derzeit funktionierenden Angebote. „Zu wenig, um jetzt schon in der Öffentlichkeit große Hoffnungen zu wecken“, findet „Komm“-Leiter Michael Popp. Nachdem mehrere Initiativgruppen in wochenlanger Arbeit die Innenräume des betagten Gebäudes renoviert hatten, wird nun vor allem intern über die organisatorische Zukunft gestritten. Popp konstatiert „eine Auseinanderentwicklung des politischen Arbeitskreises und derer, die da gearbeitet haben“, und seine Kontrahenten beklagen ebendessen intensiv gespielte Aufpasser-Rolle als Hindernis der Selbstbestimmung.

Nach einem Meinungsbildungsprozeß in freitags stattfindenden Vollversammlungen (jeder Anwesende hat eine Stimme) soll nächste Woche die Entscheidung fallen: Selbstverwaltung unter städtischer Regie oder als eingetragener Verein. Popp fürchtet offensichtlich linke Umtriebe und spricht von „falscher Strategie“, auf der auf Unabhängigkeit bedachten Gegenseite klingt der Begriff „Demokratie von der Basis“ auch nicht unlogisch. Am 25. Januar werden die Weichen gestellt.



MIT ERNST BEIM SPIEL: Die „Spielothek“ ist die bestbesuchte Abteilung des Hauses.

POLITISCHE ARBEIT: Mit ungetrübtem Wohlwollen können die linken Gruppen im Haus nicht rechnen.

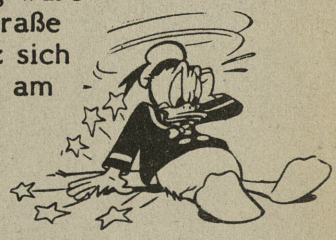
Für ein freies KOMM in Selbstverwaltung

Wie verbringen wir gegenwärtig unsere Freizeit ?

Wer von uns bleibt schon gerne zuhaus, um sich mit teueren LPs über Kopfhörer berieseln zu lassen oder um in die Fernsehröhre zu glotzen. Wir wollen eigentlich lieber etwas gemeinsam unternehmen, andere kennenlernen, einen Freund, eine Freundin finden. Dazu müssen wir fortgehen. Gerade weil es in Nürnberg nichts gab, wo wir am Abend hingehen konnten, haben einige clevere Leute sogenannte progressive Kneipen, Kinos und Discotheken aufgemacht. Natürlich kann man dort gute Musik hören, muß nichts trinken, weil uns kein Kellner dazu zwingt. Es ist auch nicht so wie in den üblichen Discotheken, wo man ohne ordentliche Kleidung nicht rein und unter 6.- DM nicht rauskommt. Aber sie sind zum Erbrechen voll, die Musik ist zu laut, um miteinander reden zu können. Die Preise sind langsam aber sicher auf kommerzielle Höhe gestiegen. Außerdem gibt es noch die Kirche und die Stadt. Aber was erwartet uns dort? So wenig, daß dort kaum Jugendliche verkehren.

Was tut die Stadt dagegen ?

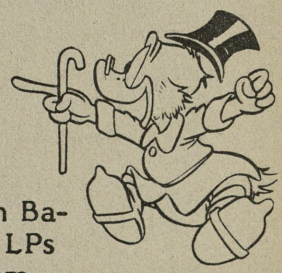
Da sich unsere Stadtverwaltung gerne progressiv gibt, sah sie sich gezwungen, ein freieres Jugendzentrum einzurichten: das Kommunikationszentrum, ehemaliges Künstlerhaus am Hauptbahnhof. Hier nehmen ein Kunsterzieher (Michael Popp) und ein paar Helfer angeblich die Interessen der Jugendlichen wahr. Wir dürfen dort alles selber gestalten und verwalten bis auf eine Kleinigkeit: der Leiter - nicht wir - muß es vor der Stadt verantworten können. Nicht wir, sondern die Stadt bestimmt letztendlich über unsere Freizeitgestaltung. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Juli. Ende Juli wurde nach einmonatiger Öffnungszeit das KOMM wieder geschlossen, weil der Leiter in Urlaub fuhr. Unter Selbstverwaltung wäre das KOMM offen geblieben und 10.000 Jugendliche hätten nicht auf der Straße gestanden, sondern hätten es selbst weiter betrieben. Dieser Konflikt spitz sich nun zu. Die Vollversammlung - höchstes Entscheidungsgremium - beschloß, am Samstag, den 12.1. endlich für a l l e zu öffnen.



Was ist am Samstag los ?

Für den Samstag beschlossen wir folgendes Programm, zu dem ihr alle eingeladen seit:

ca 13 Uhr Öffnung
13 Uhr Film von M.Antonioni "Zabriskie Point"
15 Uhr Information und Diskussion um unser selbstverwaltetes Modell
17 Uhr Martin Philippi Blues Band
17 Uhr 30 Film über Bolivien "Der Schrei dieses Volkes"
20 Uhr 30 Wiederholung "Zabriskie Point"



zusätzlich werden noch ein oder zwei andere Bands spielen. Es soll auch ein Basar veranstaltet werden, wo jeder alte Sachen, Schmuck, Bücher, Kleidung, LPs usw. mitbringen kann, die im KOMM versteigert werden. Der Erlös dient dem Aufbau unseres selbstverwalteten KOMM, um nicht allein auf finanzielle Hilfe von der Stadt abhängig zu sein. Es gibt Bier, Cola, Tee und Brote zu niedrigen Preisen. Schluß ca. 24 Uhr

Momentane Situation

Bis zum Samstag wären noch einige Arbeiten nötig gewesen. Aber der bisherige Leiter hat dem Teil der Jugendlichen, die für ein selbstverwaltetes KOMM eintreten, am Montag verboten das KOMM zu betreten und aufzuräumen, indem er die Türen verschloß. Er sprach ihnen weiterhin jegliches Recht ab, den Beschluß der Vollversammlung einen "Großen Tag der offenen Tür" am Samstag, den 12.1. im KOMM durchzuführen. Deshalb müssen wir damit rechnen, daß der bisherige Leiter Michael Popp mit allen Mitteln versuchen wird, auf der nächsten Vollversammlung am Freitag, den 11.1. um 17.30 Uhr auch "offiziell" unseren Beschluß (für ein selbstverwaltetes KOMM) rückgängig zu machen. Dies gilt es zu verhindern. Die Grundlage unseres Kampfes kann nicht das Vertrauen in den Stadtrat sein, daß er uns schon machen lassen wird und wir damit im KOMM für eine Verbesserung unseren beschissenen Situation arbeiten können. Unsere Grundlage ist unser Vertrauen in die eigene Kraft, ist unser Vertrauen, daß wir unsere Interessen selber auf jeden Fall besser vertreten werden als der Stadrat. Wenn die SPD-Stadtverwaltung ihre Versprechungen von "mehr Demokratie wagen" in die Tat umsetzen will, dann kann sie es jetzt tun, und uns und damit die Interessen der Jugendlichen unterstützen. Wir werden aber nicht darauf warten, sondern am Freitag um 17.30 Uhr und am Samstag um 13 Uhr massenhaft im KOMM sein.

Vollversammlung FREITAG 11.1 17.30 UHR IM KOMM
Eröffnung des KOMM SAMSTAG 12.1. 13 UHR

Warum brauchen wir ein KOMM in Selbstverwaltung ?

Warum brauchen wir überhaupt so nötig ein selbstverwaltetes KOMM?
- wir müssen ein KOMM haben, in dem wir uns ohne Gängelung von irgendwelchen Obrigkeiten treffen können.
- wo wir zwangslos Bekanntschaften und Freundschaften schließen können
- wo wir unsere Freizeit verbringen können, ohne daß jemand an uns seine Profite scheffelt wie in Discotheken
- wo wir unsere Hobbies zusammen mit anderen nachkommen können
- wo wir uns frei informieren und organisieren können, wenn wir uns z.B. wehren müssen gegen unsere Ausbeutung im Betrieb als Lehrlinge, gegen die Unterdrückung in der Schule, jetzt verschärft durch die bayerische Schulordnung (BSO).

Dies ist nur möglich wenn wir die Verwaltung des KOMM selbst in die Hand nehmen, selbst bestimmen, was in unserem Haus gemacht wird und uns nicht von irgendwem Vorschriften machen lassen.

Und wie sieht das in der Praxis aus ?

Oberstes Organ, das über alle Entscheidente bestimmt, ist die Vollversammlung. Auf dieser VV, die jede Woche regelmäßig zusammentritt, hat jeder das Recht mitzudiskutieren und abzustimmen. D.h. alle grundlegenden Entscheidungen im KOMM, müssen mit Mehrheit in der VV beschlossen werden. Damit ist von vornherein ausgeschlossen, daß Minderheiten sich vordrängen und alles bestimmen. Wollen wir das verwirklichen, muß das für uns heißen:

KOMMEN WIR ALLE INS KOMM

UNTER DEM MOTTO

WAS WIR WOLLEN

FREIZEIT OHNE KONTROLLEN

Initiative für ein freies KOMM in Selbstverwaltung. Druck: Walter Munsche.
Verantwortlich: Walter Müller, Nürnberg, Sophienstr. 4

Kommunikationszentrum hat Pforten geöffnet:

Mitreden kann jeder, der „vorbeischaut"

Leiter der neuen städtischen Dienststelle hat sich auf volle Mitbestimmung eingelassen

Ganz still und heimlich hat das Nürnberger Kommunikationszentrum im Künstlerhaus dieser Tage wieder offiziell seine Pforten geöffnet und am vergangenen Wochenende eine Grundsatzdiskussion unter dem Motto „Für ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum" initiiert.

Michael Popp, Kunstpädagoge und Leiter der neugeschaffenen städtischen Dienststelle „Jugendzentrum", die die Bereiche Politische Bildung, Kommunikation und Jugendaustausch umfaßt, hat sich in punkto Kommunikationszentrum auf volle Mitbestimmung der Jugendlichen eingelassen.

Besser allerdings müßte von der Mitbestimmung einiger momentan im Künstlerhaus aktiver Jugendlicher gesprochen werden. Denn mehr stellt die sogenannte „Vollversammlung", das Selbstverwaltungsorgan des Kommunikationszentrums, nicht dar. Stimm- und teilnahmeberechtigt ist in diesem juristisch noch in keiner Weise verankerten Organ jeder, der eben gerade vorbeischaut. Michael Popp dazu: „Ich persönlich fühle mich an Beschlüsse der Vollversammlung gebunden, sofern ich sie der Stadt gegenüber verantworten kann."

Zu bewundern ist die volle Offenheit, mit der Michael Popp seine sämtlichen Entscheidungen als Dienststellenleiter vor den Plenum der jugendlichen Akteure verantwortet.

So schlug Popp vor, daß an einer von ihm einberufenen Dozentensitzung des alten Jugendzentrums fünf Vertreter der Vollversammlung teilnehmen sollten. Doch die Versammlung war anderer Meinung und beharrte auf der doppelten Zahl von Teilnehmern, denn „gegenüber den Herren Dozenten aus dem Jugendzentrum müssen wir gleich massiv auftreten, da wir die Struktur des alten Jugendzentrums ja sowieso in unserem Sinn verändern wollen".

„Schweinerei, so was hier Selbstverwaltung zu nennen", kommentierte ein Teilnehmer Popps beharrliches Nein. Popp versuchte vergeblich, die rationalen Gründe für sein Verhalten zu erläutern. Mehr als eine Stunde beschäftigte dieses Problem das Plenum; nach Ansicht einer Diskussionsteilnehmerin war dies recht nützlich, denn es „zeigte auf, wer im Kommunikationszentrum die Macht hat".

Nicht schwer fiel es den meisten, die in weiter Ferne liegenden Zielsetzungen für die weitere Arbeit theoretisierend zu bearbeiten. Anders dagegen wohl das Problem, wer etwa im Künstlerhaus die Toiletten reinigen soll. Einer der Vorschläge: „Abends stellt sich immer einer an den Eingang und versucht, Besucher für einen freiwilligen Arbeiteinsatz zu gewinnen."

Mit einigen Schwierigkeiten haben die im Kommunikationszentrum aktiven Gruppen — darunter auch der Verein Release, der hier eine Beratungsstelle für Drogenabhängige eröffnet — das Künstlerhaus neu eingerichtet. Vor allem wurde es jetzt auch mit den entsprechenden Sicherheitsvorrichtungen (wie Feuermelder) ausgestattet und nun von der Baubehörde zum größten Teil abgenommen. Im Moment ist an kein so massives Programm wie beim Probelauf gedacht. Zugänglich sind Teestube, Spielothek und der Filmraum. Nur der Festsaal und einige Räume im Obergeschoß fehlen noch.

Die jugendeigene Selbstverwaltung hat zusammen mit Michael Popp auch einen hauseigenen Ordnungs- und Aufsichtsdienst eingerichtet, der aus zehn Jugendlichen je Abend besteht und für seine Arbeit entsprechend honoriert werden soll.

Eine der nächsten Veranstaltungen wird eine Ausstellung „5 Jahre KPD/ML" im Raum des Politischen Arbeitskreises sein. Die Vollversammlung, in der auch die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschland, Marxisten Leninisten) aktiv ist, hat einen entsprechenden Antrag gebilligt.

Bleibt bei all dem Aufwand und dem Diskussionseifer der Akteure nur zu hoffen, daß solcherart Zufallsmitbestimmung unter Popps Gnaden nicht schon bald wie eine große Seifenblase platzt. zok

NZ 7.1.74

NN. 8. JAN.

Labile Majoritäten

Nürnbergs Kommunikationszentrum nach monatelanger Renovierung wieder geöffnet

Nach monatelangen Renovierungsarbeiten, die die Jugendlichen auf freiwilliger Basis selbst ausführten, hat das Kommunikationszentrum am Nürnberger Königstor wieder geöffnet. Die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen, so daß nur ein Teilbetrieb des weitläufigen Hauses möglich ist. Der schleppende Anlauf des „Komm" kommt den Intentionen der Organisatoren entgegen.

Für einen langfristigen Betrieb soll das Projekt auf eine neue theoretische Basis gestellt werden, die im Augenblick in harten Diskussionen erarbeitet wird. Geplant ist die Leitung des Hauses durch die Vollversammlung der Benutzer. Im Augenblick finden ständig solche Versammlungen aller Interessierten statt, die weitgehende Einigung hinsichtlich der Zielbestimmung und des Programms erzielten. Die Kontroverse entzündete sich an der Organisationsform.

Unter dem Slogan „Kommunikationszentrum in Selbstverwaltung", versucht der „Politische Arbeitskreis", ein totales Selbstbestimmungsmodell durchzusetzen. Das mehrköpfige Sekretariat, das die Verwaltung des Hauses durchziehen soll, soll von der Vollversammlung gewählt werden, ohne daß die Stadt irgendwelche personellen Entscheidungen fällen kann.

Demgegenüber besteht der Vorschlag einer modifizierten Mitbestimmung, der auch von den jetzigen Leitern, Michael Popp, Jürgen Kuhlmann sowie den Mitarbeitern des Probelaufs und der Aufbauzeit getragen wird. Dabei besteht das Sekretariat aus dem Mitarbeiterstamm und der gleichen Anzahl von Gruppen- und Interessensvertretern, die von der Vollversammlung gewählt werden.

Der politische Willensbildungsprozeß kann dem „Komm" nur gut tun. Er bestärkt die Tendenz, die sich schon zum Ende des Probelaufs abzeichnete: Vom amorphen Pop-Nirwana zum politischen Aktionsfeld der Jugend. Dabei dient das „Komm" einerseits der Verbesserung der Freizeitsituation und andererseits dem Bewußtmachen gesellschaftlicher Widersprüche, wie sie Lehrlinge, Schüler, Jungarbeiter und Studenten täglich in ihrem Arbeitsbereich oder zu Hause erfahren.

Die bestehenden Einrichtungen, wie Film- und Werkräume, Spielothek und Diskussionszentren, Teehaus und der Ausstellungszonen stehen allen Einzelpersonen und Gruppen zur Verfügung, die sich an folgende Grundsätze halten: Kein Kommerz, freie politische Betätigung, Anerkennung der Vollversammlung als Entscheidungsgremium und Information über ihre Arbeit.

Die Zukunft des „Komms" wird sich an der Beteiligung der Benutzer entscheiden. Noch ergeben sich bei der Vollversammlung sehr labile Majoriäten. Viele Majoritäten. Viele Interessenten sitzen währenddessen im „Chai-haus", warten ab und trinken Tee.

HENDRIK BEBBER

AZ. 26./27. JAN.

Jugend-Diskussion

„Komm" ohne Stadtaufsicht?

Konfrontationskurs im „Komm". Mehr als 300 Jugendliche debattierten gestern abend bei der Vollversammlung des Nürnberger Jugend-Kommunikationszentrums am Königstor über zwei Selbstverwaltungsmodelle, deren Inhalt wesentlich die zukünftige Arbeit des Hauses bestimmen wird.

Ein Transparent, auf dem gegen die Nürnberger Stadtverwaltung polemisiert wird, flatterte im Gang. Im ersten Stock ließ ein Mädchen per Anschlag wissen, nicht „links oder rechts", sondern produktiv oder fanatisch" hieße die Alternative des Hauses. Die Diskussion im dicht besetzten Foyer (sie dauerte bei Redaktionsschluß noch an) beschäftigte sich engagiert, aber mit gelegentlich erheiterndem Ereernst mit zwei Vorschlägen. Der von der Stadt nominierte „Komm"-Leiter Michael Popp warb für sein Modell eines großen, letzten Endes jedoch eingegrenzten Freiraumes. Die Gegenseite delektierte sich am Stichwort „ohne Stadtaufsicht".

Verschaukelt fühlte man sich, da bereits am Tag vor dieser Versammlung die Dozenten des Bildungszentrums intern über die Zukunft beschlossen hatten. Einiges an Aktions-Romantik ließe sich dagegen zweifellos mobilisieren. Vielgehörter Satz: „Wir müssen kämpfen!" *D. S.*

Jugendzentrum wieder eröffnet

Das Jugend-Kommunikationszentrum am Nürnberger Königstor, das nach einem in Besucherzahlen sehr erfolgreichen „Probelauf" im Juli wieder die Pforten schloß und in den letzten Wochen im Selbsthilfe-Verfahren renoviert wurde, öffnet von heute bis Sonntag wieder die Pforten. An diesen drei Tagen (heute ab 18 Uhr, am Wochenende ab 10 Uhr) wird ein Selbstverwaltungsmodell zur Diskussion gestellt, an dessen Ergänzung sich jeder Besucher beteiligen kann. *AZ*

Offene Türen im „Komm"

Zum Tag der offenen Tür lädt das Nürnberger „Komm" (Kommunikationszentrum am Königstor) für morgen ab 13 Uhr. Bei freiem Eintritt werden der Antonioni-Film „Zabriskie Point" (13 Uhr und 20.30 Uhr) und der argentinische Revolutionsstreifen „Der Schrei dieses Volkes" (um 17.30 Uhr) gezeigt. Um 15 Uhr stehen Information und Diskussion über das Selbstverwaltungs-Modell des „Komm" auf dem Plan. Martin Philippis Bluesband spielt (gegen 17.30 Uhr) und ein Basar, dessen Erlös der „Komm"-Initiative weiterhilft, bietet hauptsächlich Bücher und Schallplatten (Qualitätsgarantie: schon gebraucht) an. Geöffnet ist das Haus bis um Mitternacht. *D. S.*

Fusion von »Komm« und Jugendzentrum

Michael Popp leitet die beiden Häuser

Mit einer kleinen Fete vollzieht sich heute abend um 19 Uhr im Nürnberger Jugendzentrum ein „Regierungswechsel". Der Kunsterzieher Michael Popp löst Peter Grabbe in der Leitung des Jugendzentrums ab. Neben Jazz-Rock, Filmen und Preisverleihungen für Haus-Autoren, einer Glaser-Rede und Bierausschank steht auch die „Zukunft des Jugendzentrums" auf dem Programm.

Rein organisatorisch wird das Jugendzentrum aus dem Bildungszentrum ausgegliedert. Michael Popp leitet nun Jugendzentrum und das von ihm mitgeplante Kommunikationszentrum. Ob sich diese beiden Einrichtungen miteinander verbinden lassen, erscheint noch fraglich. Schließlich steht das fixierte Angebot des Jugendzentrums mit der durch Dozenten geleiteten Information dem Kommunikationszentrum gegenüber, das sein eben erst mit chaotischen Wehen geborenes Konzept mit Praxis aufpäppeln muß. Vielleicht muß das Jugendzentrum diesen Prozeß noch nachholen: Der Weg zum politischen Bewußtsein und Handeln der Jugendlichen ohne Fremdbestimmung wurde im Kommunikationszentrum beispielhaft eingeschlagen. Das Selbstbestimmungskonzept, das die Vollversammlung der Besucher nach langen und harten Auseinandersetzungen der am Aufbau beteiligten Gruppen verabschiedete, hat Modellcharakter.

Michael Popp sieht sich — unabhängig von der städtischen Bestallung — in seiner Arbeit von der Mehrheit der „Komm"-Besucher bestätigt: „Ich verstehe meine Funktion darin, durch Argumentation an diesem Prozeß der Selbstbestimmung teilzuhaben." H. B.

NN. 5. FEB.

AZ. 5. FEB.

Interview des Tages

Heute an der AZ-Strippe:

Michael Popp
Jugendzentrum

Von K. H. Frühhaber

Wenn Peter Grabbe heute abend endgültig die Leitung des Nürnberger Jugendzentrums aus der Hand legt, übernimmt sein Nachfolger, der Kunsterzieher Michael Popp (31), doppelte Verantwortung. Er leitet künftig das Jugendzentrum in der Unteren Talgasse und das Kommunikationszentrum im ehemaligen Künstlerhaus. Die AZ fragte Michael Popp:

Haben Sie konkrete Vorstellungen für Ihre Arbeit?

Sicher, ja. Aber es geht nicht nur um meine Vorstellungen, es sollen alle Beteiligten zu Wort kommen. Der Idealfall wäre, wenn künftig im Jugend- und im Kommunikationszentrum demokratisch über Programme und Ziele diskutiert und abgestimmt würde.

Neuer Chef im Jugend-zentrum

Aber Sie haben schließlich das letzte Wort?

So soll's nicht sein. Ich werde versuchen, meine Argumente durchzusetzen, aber ich werde sie nie einer Mehrheit aufzwingen.

Worin sehen Sie den Schwerpunkt Ihrer Aufgabe?

Junge Menschen zu demokratischer Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen zu führen. Sie sollen lernen, sich von unbegründeter Fremdbestimmung zu befreien, sich in der Schule, im Beruf und im Leben mit sachlichen Argumenten durchzusetzen.

Was ist der Unterschied zwischen Jugend- und Kommunikationszentrum?

Im Jugendzentrum wird ein festes Programm an Vorträgen und Diskussionen angeboten, im Kommunikationszentrum sollen die Besucher selbst durch verschiedene Angebote und Anregungen das Programm bestimmen. Auch dabei gilt wieder: Was die Mehrheit will, wird akzeptiert; aber es darf nicht verschwiegen werden, daß es sich noch um einen Probelauf handelt.

NN 6. FEB.

Das Jugend- und das Kommunikationszentrum sind künftig unter einer organisatorischen Leitung zusammengefaßt

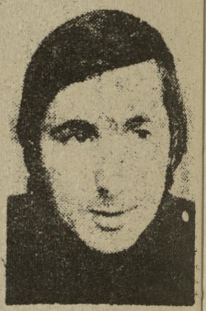
Bis jetzt überwiegen noch die Gegensätze

Der neue Leiter Michael Popp soll sie kitten — Sein Vorgänger Peter Grabbe ist in den Schuldienst zurückgekehrt

Das Nürnberger Jugendzentrum hat einen neuen Leiter: Michael Popp übernahm das Haus in der Unteren Talgasse von Peter Grabbe, der wieder in den Schuldienst zurückkehrt. Gleichzeitig erfolgte eine organisatorische Umbildung. Der Stadtrat beschloß, das Jugendzentrum vom Bildungszentrum loszulösen und mit dem neuen Kommunikationszentrum („Komm") am Königstor zu vereinen. Beide Häuser werden nun von Michael Popp geleitet, der maßgebend beim Aufbau des „Komm" mitwirkte.

Der Gegensatz von „Komm" und Jugendzentrum wurde auch bei der kleinen Fete spürbar, mit der Peter Grabbe seinen Nachfolger einführte. Bei Jazz-Rock, Freibier und Lyrik beschnupperten sich die Verantwortlichen des Jugendzentrums und des „Komms" und tasteten sich vorsichtig auf gemeinsame Zusammenarbeit ab, die Kulturreferent Dr. Glaser in seiner kurzen Einführungsrede anpeilte.

Noch stehen freilich „Komm" und Jugendzentrum auf gegensätzlichen Positionen.



Michael Popp

Das Jugendzentrum als gehätscheltes Kind städtischer Jugendpflege mit einem beachtlichen Angebot an politischen und kulturellen Veranstaltungen, fürchtet den unkontrollierbaren Einbruch der Freiraumstrategen vom „Komm".

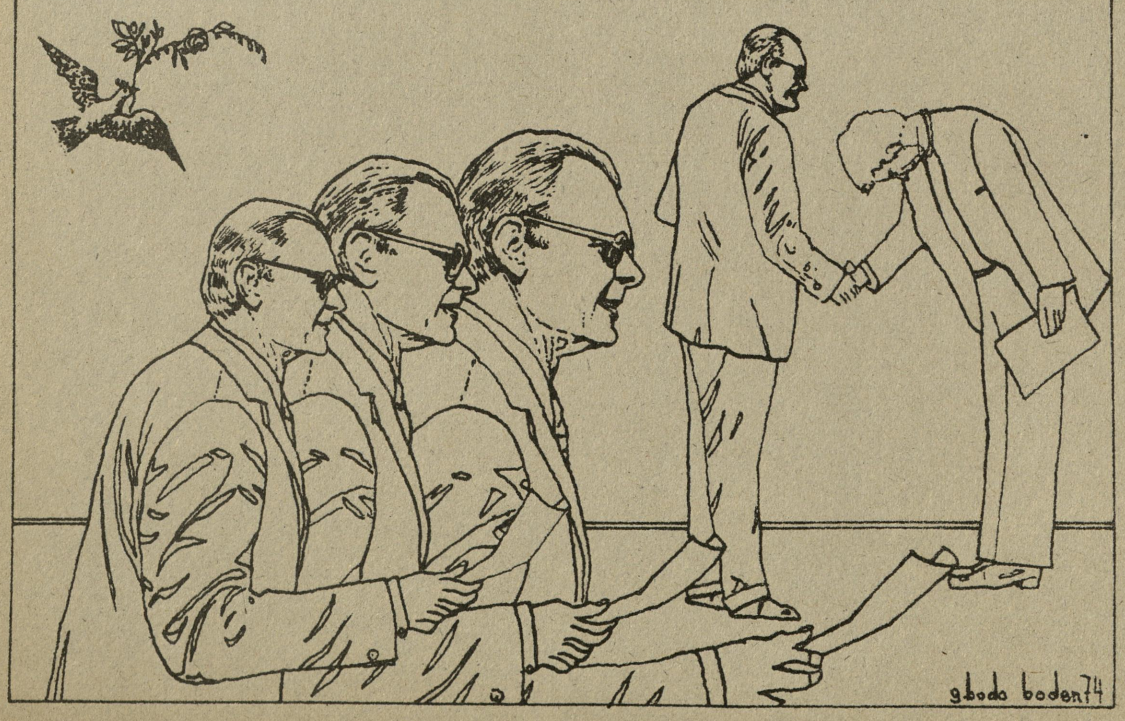
In den turbulenten Tagen der „Komm"-Gründerzeit, die noch nicht vorüber sind, versuchten die jugendlichen Besucher, politische Arbeit in eigener Sache zu leisten. Das „Komm" soll nämlich in Selbstverwaltung der Benutzer liegen. Das Programm wird weniger durch gezielte Angebote, wie es durch die Dozenten des Jugendzentrums geschieht, gesteuert, sondern durch die Vollversammlung der Besucher nach deren Vorstellungen.

Gezielte Programme, wie im Jugendzentrum, erfordern natürlich auch ein festeres Normensystem. Wer beispielsweise an den weiterbildenden Kursen teilnehmen möchte, kann nicht kommen, wann er Lust hat — wenn er etwas davon haben möchte. Im „Komm" lief es bis jetzt viel zufälliger — teils Treff Gleichgesinnter, teils Spielwiese, teils politisches Aktionsfeld.

*

Es wäre schade, wenn die große Angleiche über beide Häuser gebreitet würde, die sich hervorragend ergänzen und so ziemlich alle Bedürfnisse jugendlicher Nürnberger erfüllen könnten. In einer „Kulturlandschaft" sollte nicht ein Baum wie der andere aussehen. Gerade in einem Kontrastprogramm läge die Chance beider jugendbezogenen Einrichtungen.

H. B.



Die Lüge von der SELBST-VERWALTUNG

Das KOMM ist eine Dienststelle der Stadt Nürnberg. Was bedeutet das? Die Stadt Nürnberg stellt einen Dienststellenleiter ein (Michael Popp) und die Stadt bestimmt, was in ihrer Dienststelle geschieht oder nicht geschieht. Am 5.2. soll auf einer Sitzung des Personal- und Organisationsausschuß der Stadt die Eingliederung des KOMM ins Jugendzentrum beschlossen worden. Damit wird Michael Popp der Leiter der städtischen Dienststelle Jugendtentrum/KOMM. Das wußte Michael Popp seit dem 11.12.73, trotzdem hat er weiterhin feste den Jugendlichen Illusionen über ein selbstverwaltetes KOMM vorgegaukelt. Bei diesen Tatsachen an ein "Selbstverwaltungsmodell von der Stadt getragen" zu glauben ist illusionär. Der SPD-Stadtrat und ihr Dienststellenleiter "tragen" die Verantwortung und sie werden nur solche Konflikte und Aktivitäten dulden, die sie unter ihrer Kontrolle halten können und damit ihre Vorstellungen integrieren werden. Niemand kann guten Gewissens glauben, daß der Stadtrat in seiner Dienststelle Aktivitäten gegen sich selbst oder gegen seine "fortschrittliche" Politik zulassen wird. Freie politidche Betätigung wird genauso verhindert werden sollen, wie freie Bestimmung über das Programm. Sie werden sich einen Dreck darum kümmern, was wir auf unseren Vollversammlungen beschließen, wenn es nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Die Aufgabe des KOMM wird es dann sein, die Jugendlichen dann von der Straße wegzuholen, sie mit Psychologie und Gruppendynamik vollzuquatschen wobei sie ihre Aggressionen in der Meditation vergessen sollen - im Endeffekt sollen angepaßte Staatsbürger aus uns gemacht werden. Freunde nicht mit uns!

Konflikte und Widersprüche können dann zwar beim Namen genannt werden und man kann dann darüber reden, sobald aber versucht wird den Schritt von der Theorie zur Praxis zu machen wird die Stadt und ihr Dienststellenleiter die "Verantwortung nicht mehr tragen können" und entsprechen dagegen einschreiten.

Eine Selbstverwaltung werden wir nur ohne Stadt-Aufsicht durchsetzen.

WAS KÖNNEN WIR TUN ?

Am 5.2. fällt der Personal- und Organisationsausschuß erneut eine Entscheidung über die Köpfe der Jugendlichen hinweg. Das KOMM soll ins Jugendtentrum eingegliedert werden, damit wird Michael Popp Leiter des KOMM. Die Stadtaufsicht ist gesichert.

Wir sind der Meinung, daß es unser Recht und unsere Pflicht ist, bei dieser Sitzung dabei zu sein um unsere Interessen vorzutragen.

WIR WOLLEN KEINE LANGWEILIGEN SEMINARE VON DOZENTEN IM KOMM!

WIR WOLLEN EIN FREIES KOMM OHNE STADTAUFSICHT !

VERHINDERN WIR DIE EINGLIEDERUNG DES KOMM INS JUGENDZENTRUM!

KOMMT MASSENHAFT ZUR SITZUNG !

Di.: 5.2. Treff vorm KOMM $14^{\underline{00}}$ Uhr
Nachbesprechung der Aktion $17^{\underline{00}}$ Uhr KOMM

Unsere berechtigten Forderungen nach Selbstverwaltung können wir jedoch nur durchsetzen, wenn wir viele sind. Kommt deshalb ins KOMM und auf die Vollversammlungen, diskutiert und entscheidet mit, setzt auch aktiv für unsere gemeinsamen Interessen für Selbstverwaltung ein.

Druck im Selbstverlag. Verantw. Walter Müller Nbg. Sophienstr. 4

INITIATIVE

für ein freies selbstverwaltetes KOMM

OHNE STADTAUFSICHT

WIR HABEN ES SATT!

Discotheken-, Kino- und Kneipenbesitzer, die gesamte Freizeitindustrie setzt uns unter dem Motto "dumme Schafe soll man scheren" ein Angebot vor, daß sich nur soweit nach unseren Interessen und Bedürfnissen richtet, las es ihnen Geld, Gold und noch mehr Gold einbringt. In Discotheken kommt man ohne "anständige" Kleidung nicht hinein und unter 6.- DM nicht heraus.

Noch viel stärker davon betroffen sind unsere ausländischen Kollegen, die am meisten ausgebeutet und unterdrückt werden (z.B. durch die reaktionären Ausländergesetze, die die Grundrechte der Ausländer bis fast auf die Religionsfreiheit einengen). Sie müssen teilweise ihren ohnehin geringen Lohn für menschenunwürdige Wohnlöcher ausgeben (Gostenhof) Geld in die Heimat schicken und werden dann in ihrer Freizeit genauso brutal zur Kasse gebeten. Diskriminierung und Vorurteile schlagen ihnen nicht nur am Arbeitsplatz, auf Ämtern, sondern gerade in der Freizeit entgegen. Viele von ihnen müssen sich im Bahnhof mit Kollegen die in der gleichen Lage sind treffen um miteinander reden zu können.

Die Jugendlichen haben auch kein Interesse an den "politischen" Kursen des Jugendzentrums (Bildungszentrum). Wir wollen nicht hochtrabend über unsere beschissene Situation in Betrieb und Schule quatschen, wir wollen was dagegen tun. Der Aufschwung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die Aktivitäten der Schüler gegen das reaktionäre bay. Schulordnungsgesetz zeigen, daß sie sich gemeinsam aktiv gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Betrieb, Schule und Freizeit zur Wehr setzen.

Treff der "Initiative" jeden Mittwoch $19^{\underline{30}}$ Uhr im KOMM, Raum 12
jeder kann kommen.

Inoffizielles Papier der KOMM-Informations- und Pressegruppe: **DAS KOMM ALS MEDIUM**

Am Donnerstag, dem 21.3.74 fand, da von den Mitarbeitern der KOMM-Informatoins-und Pressegruppe (IPG) zeitweise nur drei anwesend waren, eine Grundlagen-Vordikussion statt, deren Ergebnisse in diesem Papier der IPG zur Kentnis gebracht werden sollen.

Es dürfte hier im Hause wohl Einigkeit herrschen, das das KOMM gewisse Prozesse auslösen soll: Reflektion der Umwelt, politische Willensbildung und aktives politisches Handeln, Kommunikationsprozesse und Reflektion von sozialen Beziehungen, kulturelle Aktionen und Interaktionen.

Das Mittel, mit dem oben genannte Prozesse ausgelöst werden sollen, und der Raum, in dem sie statt finden, ist das KOMM. Das KOMM ist deshalb als Medium zu begreifen. Wenn man im KOMM arbeitet, genügt es daher nicht, sich nur mit Inhalten zu befassen - genauso wichtig ist eine Analyse der Funktionsweis des KOMM. Dies gilt insbesondere für die IPG, deren Aufgabe ja u.a. die Ananlyse des im KOMM Gelaufenen ist. Zur Vollständigkeit: Daß das Medium durch die Art seiner Funktionsmechanismen auch Inhalt wird, soll hier nicht bestritten werden. Diese Feststellung hilft uns allerdings nicht weiter, so lange diese Funktionsmechanismen nicht untersucht wurden.

Auf der inoffiziellen Sitzung der IPG am 21.3.74, bei der Conny, Dieter, Gerhard, Hans und Rainer anwesend waren, kamen wir zu folgender Analyse:

Das KOMM ist ein Aktionsraum (Freiraum), der durch Räume, Finanzen und Organisation gesichert ist. In diesem Aktionsraum gibt es Akteure, die unterteilt sind in "Angebote" und "Besucher". Als "Angebot" sind hier definiert Gruppen oder Individuen, die als Mitarbeiter beim Besucher gewisse Prozesse in Gang bringen. Die "Besucher" sind die Zielgruppe des KOMM oder einzelner KOMM-Aktivitäten bzw. alle, die das KOMM besuchen.

Daß diese Aufteilung nur bedingt richtig ist, ist uns klar. Es gibt zwei Einschränkungen:

- die, daß jeder Besucher und Mitarbeiter in der selben Gesellschaft lebt und somit gleichermaßen gesellschaftliche bedingter Problemfall ist;
- die, daß diese Aufteilung nicht naturgegeben, sondern gesellschaftlich bedingt ist, d.h. der eine sich dank positiverer Umwelteinflüsse mehr emanzipieren konnte als der andere.

Die Aufteilung in diese zwei Gruppen ist nicht als festgelegter Status zu betrachten - sie ist veränderbar. So sollen die Besucher von den Mitarbeitern nach dem Feedback-(Rückkopplungs-) Prinzip angeregt werden, selbst Angebot zu werden. Endziel sollte eine möglichst weitgehende Auflösung der Blöcke sein.

Die "Angebote" und "Besucher" sind nicht homogen, sondern setzen sich zusammen aus mehreren Teilen. So könnte man zur Zeit folgende Weiterunterteilung machen:

Angebote:	"Initiative"	ca. 50%
	sonstige	ca. 50%
Besucher:	Schläger, Dealer. Säufer, Fixer, Rumhänger	50-60%
	speziell politisch Interessierte	ca. 20%
	idealtypische Besucher	10 - 20%

Die Zahlen sind reine Schätzwerte.

Die Akteure agieren und haben Bezeihungen zueinander:

- Kommunikation; Schaffung sozialer Beziehungen, Bildung sozialer Einheiten, damit zielgerichtet auf Befriedigung individueller Bedürfnisse bzw. gemeinsame Vertretung von Interessen in der Gesellschaft
- Organisation von Aktionen, Organisation von Kommunikation (siehe oben: "...auslösen von Prozessen..."), Organisation des Hauses, Organisationsstrukturen, Entscheidungsrecht,
- überhaupt keine Beziehung zueinander oder Kampf gegeneinander.

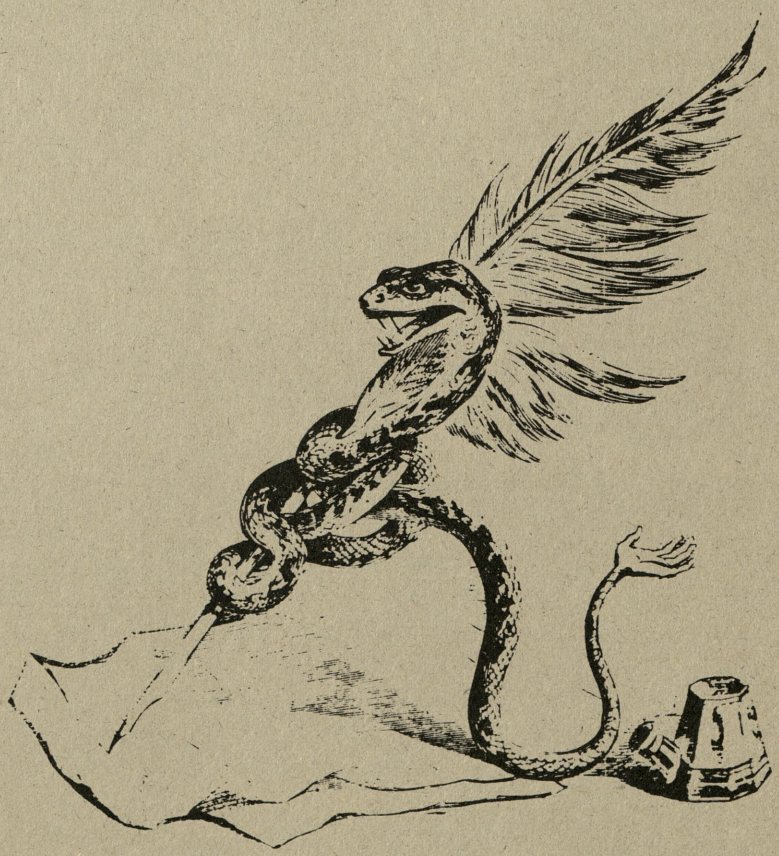
Die Frage, die nun zu stellen ist, ist die: Welcher der auf Seite 1 genannten Gruppen hat zu welcher anderen welche Beziehung?

Weiter: die Frage nach Inhalten, d.h. Kommunikation und Organisation von Aktionen wofür?

Die Problemstellung, vor der wir stehen, ist damit aber immer noch nicht vollständig, denn es gibt verschiedene Untersuchungs- und Beurteilungskriterien: politische, soziale, psychologische, kulturelle etc. Zudem sind spezielle Fragestellungen möglich, wie z.B. die nach dem Funktionieren der Selbstverwaltung oder die nach einer möglichen emanzipatorischen Funktionen des KOMM.

Mit dieser Diskussion am 21.3.74, deren Ergebnisse in diesem Papier festgehalten sind, sollten Grundlagen für die weitere Arbeit der IPG geschaffen werden. Es sollte eine grobe Analyse der Funktionsmechanismen des KOMM erstellt werden (das KOMM als Medium), ohne die man viele Vorgänge nicht begreifen kann. Es sollten, um eine exaktere Arbeit möglich zu machen, verschiedene Fragestellungen und Beurteilungskriterien herausgearbeitet werden.

Rainer Kromarek, Nürnberg, den 26.3.74



Das Kommunikationszentrum am Königstor ist geöffnet

Ab sofort soll alles gut und schöner sein

Programm und Atmosphäre als Waffe gegen die Rauschgifthändler
Renovierung im Erdgeschoß beinahe abgeschlossen — Schuhe in der Teestube nicht erlaubt — Weniger Schmutz rund ums ‚Komm'

Das Nürnberger Kommunikationszentrum, jene unglückselige Einrichtung, die den Keim des Niedergangs schon bei ihrer Gründung in sich trug, ist wieder geöffnet.

Diesmal wollen seine Träger, die Stadt Nürnberg und die von einer Vollversammlung gewählten Sekretäre bemüht sein, nicht die gleichen Fehler nocheinmal zu machen.

Wie berichtet, mußte das „Komm" im früheren Künstlerhaus an der Königstraße im Januar geschlossen werden. Es war verdrckt und verwahrlost. Es war immer mehr eine Heimstätte für Süchtige und vor allem von Rauschgifthändlern geworden. Das Komm, ohne Programm und sinnentleert, war städtisch sanktionierter und leider auch subventionierter Treffpunkt einer Subkultur, die man zuvor unter großer Mühe aus den einschlägig bekannten Wirtshäusern entfernt hatte. Das alles soll nun anders werden.

Man muß dem städtischen Komm-Pädagogen und seinen für ein halbes Jahr gewählten Sekretären — sie fühlen sich als Kollektiv und wollen deshalb ihre Namen nicht veröffentlicht sehen — bescheinigen, daß sie sich sehr viel Mühe gemacht haben. Das Programm, das Angebot an kulturellen und anderen Veranstaltungen kann sich sehen lassen. Dieses Programm soll nun, nachdem alle anderen Mittel fehlgeschlagen haben, mithelfen, daß Hascher und Fixer, daß vor allem die Dealer (Händler mit Rauschgiften) dem Komm fernbleiben.

„Wir wollen hier eine Atmosphäre schaffen, in der sich Dealer und Süchtige nicht mehr wohlfühlen", ist die Absicht der Komm-Sekretäre. Freilich will man Süchtigen auch helfen, denn „bei der Nürnberger Drogenberatung läuft doch überhaupt nichts", und im übrigen: „Gehnse doch mal in die Meisengeige, dort verkehren mehr Dealer, als bei uns jemals waren."

Das wäre also das Rauschgiftproblem. Die Komm-Leitung ist optimistisch und glaubt, es meistern zu können.

„Keep drugs out", steht jedenfalls an der Wand der Teestube, genannt „Chai-Haus". Es befindet sich im ersten Stock des Künstlerhauses, und auf dem Weg dorthin sieht es noch ziemlich finster aus. 100 000 DM stellt die Stadt in diesem Jahr dem Komm zur Verfügung, 60 000 DM sollen für Renovierungsarbeiten ausgegeben werden. Was im Parterre ziemlich abgeschlossen ist, muß im ersten Stock erst begonnen werden. Die Teestube selbst ist von ihrer Konzeption her eine dufte Sache. Sie ist sauber, sie darf mit Schuhen nicht betreten werden und Rauchen ist auch nicht erlaubt.

Das übrige Angebot? Es gibt Kino, eine Videothek, einen Ausstellungsbereich, einen Festsaal mit Konzerten, Theater usw., Diskussionsräume, eine Werkstatt für Foto- und Siebdruck und ein Kinderzentrum wird demnächst eingerichtet. Jeden Freitag um 18 Uhr aber ist Vollversammlung, in der jeder Komm-Besucher Sitz und Stimme hat.

Was aber ist mit dem Dreck rund ums Haus? Seit der Schließung des Komm wurde dessen Umgebung zu einem subkulturellen Zentrum.

Das Künstlerhaus, zwar architektonisch verunglückt, gehört immerhin zur Eingangspforte in die Altstadt. Eine Eingangspforte, durch die sich die Stadt in den letzten Monaten nicht sonderlich empfahl. Die Umgebung des Komm starrte vor Dreck und zerbrochenen Flaschen, die dort herumlungernden Figuren pöbelten die Passanten an. Die Zustände führten soweit, daß die Nachbarn mit einer Unterschriftssammlung protestierten.

Seit der Wiedereröffnung des Komm ist es besser geworden. Etwas besser. Das Komm kaufte Müllkübel und stellt sie auf — ein auch nicht gerade erhebender Anblick — die Stadt stiftete zusätzliche Papierkörbe. Wenn dann allerdings die leeren Bierdosen genau um die Müllkübel herum verstreut werden, dann ist der Anblick auch nicht gerade erhebend.

Die Sprecher des Komm distanzieren sich von ihrer Umgebung. Die Leute, die draußen hocken, seien nicht identisch mit jenen, die ins Komm kommen. Das mag sein.

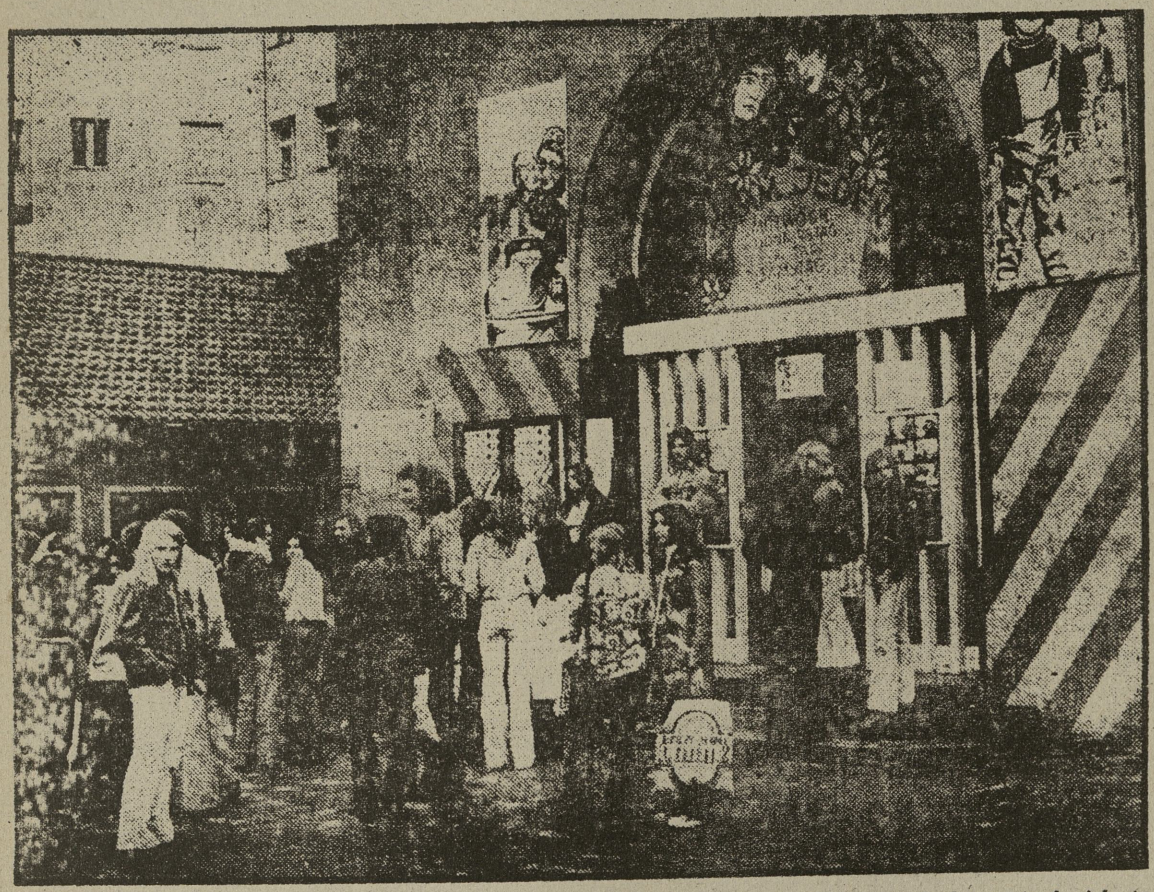
*

Um so mehr ist die Stadt aufgerufen, hier endlich für Ordnung zu sorgen. Der Ruf nach Recht und Gesetz, nach „Law and Order", ist sicherlich unpopulär. Wer allerdings meint, er könne in dieser Gesellschaft nur leben, indem er sie ständig provoziert, der sollte auch einmal durch die Gesellschaft provoziert werden. Saftige Geldstrafen wirken manchmal Wunder.

HARALD LAMPRECHT

Kommunikationszentrum in der Königstraße — ein zweiter Versuch wird gestartet F.: Contino

AZ 28./29. JULI



VOLKSAUFLAUF AM KÖNIGSTOR: Vor dem Kommunikationszentrum im Künstlerhaus traf sich in den letzten Wochen vor allem die Nürnberger Jugend. Fotos: Loopers

KOMMENTAR:

Beat-Mauer als Barriere gegen die Älteren

Dieser Tage stehen Nürnbergs Jugendliche in größerer Zahl etwas ratlos am Königstor. Das sogenannte Kommunikationszentrum im Künstlerhaus hat vorerst seine Pforten geschlossen, zur abendlichen Freizeitgestaltung muß man sich wieder andere Lokalitäten suchen.

Das von Nürnberger Kunsterziehern vorangetriebene und vom Kulturreferat gestützte Projekt, das nach seinem Juli-Probelauf jedenfalls mit gewaltigen Besucherzahlen argumentieren kann, löst zwiespältige Gefühle aus. Vor dem Start wurde das Modell des freizeitbewußten Bürgers entworfen, der sich bei der Begegnung im Künstlerhaus aktivieren läßt. Nach den ersten Erfahrungen hörte man plötzlich, das Interesse der Jugend sei doch ein Beweis dafür, wie nötig solch ein Zentrum war. Richtig ist das zweifellos, ebenso wie die Tatsache, daß ein von Gymnasiasten beschlagnahmtes Haus, in dem schon die Eingangshalle durch wechselnde Beat-Schallmauern zur Barriere gegen Erwachsene wird nur als Jugend-Begegnungsstätte taugt. Was aus ihrem Plan denn nun eigentlich werden soll, müßten sich die Initiatoren schon überlegen, bevor sie in die Vorbereitungen des zweiten Probelaufes einsteigen. Der Jugend sei ihr Platz gegönnt, aber das Problem „Kommunikationszentrum" wäre damit wahrhaftig nicht gelöst.

Dieter Stoll

Sterne der Woche

* Für den **Versuch**, im Nürnberger **Künstlerhaus** ein **Kommunikationszentrum** einzurichten;

** Das **Ulsamer-Consort** spielte beim **6. Kaiserburg-Konzert**;

*** **Marita Kräl** als **Eliza** in der sonst nur durchschnittlichen „**My Fair Lady**"-Produktion im **Opernhaus**.

AZ 28./29. JULI

Künstlerhaus vorzeitig geschlossen

Um in aller Ruhe eine Dokumentation über die Erfahrungen des ersten Probelaufes zusammenstellen zu können, schloß das Nürnberger Kommunikationszentrum Künstlerhaus gestern abend zwei Tage früher als angekündigt seine Pforten. Das bis zur letzten Stunde von Jugendlichen reichlich frequentierte Unternehmen soll nach einer Phase der Analyse im September fortgesetzt werden. Auf einem Flugblatt wurden die Künstlerhaus-Stammgäste um Verständnis für die Maßnahme gebeten. (Bericht folgt!) *AZ*

SEMINARE

Die Geschichte des KOMM ist auch eine Geschichte von Angriffen (z.B. von seitens der Presse), von Konflikten (zwischen dem KOMM und der Verwaltung und/oder zwischen Gruppen des Hauses), von Auseinandersetzungen und Denkpausen.

Seminare haben hier immer eine wichtige Rolle gespielt und tun es noch. Deshalb sollen auch einige dieser Stationen der KOMM-Geschichte dargestellt werden.

In den ersten hektischen Jahren des KOMM war es immer wieder notwendig, diese Denk- und Verschnaufpausen einzulegen, damit über eine verfahrene Situation unbelastet vom alltäglichen Betrieb gedacht und geredet werden konnte.

Das Haus wurde kurzerhand geschlossen. Mal für eine ganze Woche, mal nur für ein Wochenende und dann wurde mit den Besuchern und Mitarbeitern diskutiert.

Die gefundenen Lösungen bzw. Verbesserungsvorschläge wurden dann der nächsten Vollversammlung zur Verabschiedung vorgelegt.

Bärenfels

Dies war etwa Ende 1975 das erste KOMM-Seminar auf dem Lande. Begünstigt durch die zwangslose Seminaratmosphäre erfolgte hier nach den Konflikten der ersten Jahre eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Ansprüchen, Ziele und Hoffnungen der Jugendzentrumsbewegung. Dabei vollzog sich eine gewisse Desillusionierung: Man mußte erkennen, "daß sich die Jugendlichen nicht automatisch hinter die Ziele dieser Bewegung stellen; daß sie nicht unbedingt den Kampf (mit Staat, Stadt und Rechten) suchen und sich lieber unterhalten lassen, als selbst Hand anzulegen bzw. die Freizeit im Sinne der JZ-Bewegung aktiv und selbstbestimmt zu gestalten".

Diese Diskussion stand in enger Beziehung zu einer der ersten Bedürfnis-Diskussionen. Die beteiligten Mitarbeiter erkannten, daß hinter den vorgeschobenen Bedürfnissen, wie z.B. "die Gesellschaft verändern" oder "anderen helfen zu wollen" wichtige andere Bedürfnisse schlummern und ihr Recht fordern. Beispielsweise die Suche nach Freund oder Freundin oder die Suche nach Geborgenheit und Anerkennung in der Gruppe.

Aus diesen Diskussionen ergeben sich für die Mitarbeiter nicht nur ein größeres Maß an Vertrautheit, sondern auch eine realistischere Einschätzung der Bedingungen der Arbeit im KOMM.

Pottenstein

Ein 3/4 Jahr nach Bärenfels war es dann schon wieder so weit. Das Faß wurde durch das KOMM als "Thema für den Stadtrat und die Polizei" zum überlaufen gebracht. Grund genug für die Mitarbeiter, das Haus für eine Woche zu schließen und in ein Diskussionsforum zu verwandeln.

Den Abschluß dieser Woche bildete dann ein Seminar in Pottenstein, sowie am 13.2.76 eine Vollversammlung, die als die sogenannte "Beschlußvollversammlung" (da wenig diskutiert und viel beschlossen wurde) in die Geschichte des KOMM einging. Im Anhang befindet sich ein Beschlußpapier für diese Vollversammlung, in dem auch noch einmal die Diskussionen der Woche und des Seminars dokumentiert sind.

In dem Abschnitt Gruppen befindet sich ein weißes Gruppenmerkblatt. Dieses ist z.T. Ergebnis dieses Seminars.

Vorra

Ein Jahr später folgte dann das Seminar in Vorra. Das Jahr 1976 mit seiner hohen Jugendsarbeitslosigkeit, seinem zunehmenden politischen Druck und der stärker gewordenen Rauschgiftszene war auch am KOMM nicht spurlos vorübergegangen. Endgültiger Auslöser für dieses Seminar war ein Notzuchtversuch (Vergewaltigung) nach einem Bockbierfest.

Aus einem Diskussionspapier:

"Die Situation im Haus derzeit unerträglich, wobei dieses Gschwardl (Gesindel) nicht durch das KOMM produziert wurde. In der Hauptsache sind Jugendsarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend, ihre Vermarktung und menschenfeindliche Maloche daran schuld".

Dieses Seminar stand deshalb auch im Zeichen zweier großer Themenbereiche. Zum einem wurde die Situation im Haus diskutiert und Lösungsvorschläge erarbeitet, zum anderem ging es um das Thema Politik im Jugendzentrum. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch den sogenannten "Wandzeitungskonflikt"

Im Juli 1976 war eine im KOMM angefertigte Wandzeitung von der Polizei beschlagnahmt worden. Gegen den Verfasser wurde Anzeige erstattet. Im KOMM gab es deswegen sehr harte Auseinandersetzungen, da der städtische Dienststellenleiter den Namen des Verfassers, der die Wandzeitung während des offenen Abendbetriebes geschrieben hatte, gegenüber der Polizei bestätigt hatte.

Zwei verschiedene Verständnisse von politischer Arbeit prallten hierbei aufeinander.

Aus einem Diskussionspapier:

"Es gibt mehrere Möglichkeiten politisch Veränderungen anzustreben, wobei sich im Rahmen des KOMM zwei schroff gegenüber stehen, bzw. gegenseitig ausschließen.

Alternative Praxis

Mit der Praxis des KOMM wird versucht, realutopisch ein Modell zu leben und zu erproben, das bezogen auf unsere Zielvorstellungen als Versuch vor wegnimmt, was wir gesamtgesellschaftlich für richtig halten. "..."

Die im KOMM praktizierte Form der Demokratie ist basisorientiert und direkter, als die in der Gesellschaft praktizierte Form der repräsentativen Demokratie. "..."

Je besser und konsequenter dieses Modell praktiziert wird, umso eher ist es für andere an anderen Orten und in anderen Bereichen Anlaß, dasselbe zu wollen wie wir.

Konfliktstrategie

Ein anderes Modell der politischen Arbeit ist das der Konfliktstrategie. Sie baut darauf auf, daß "die Massen" lernen würden, ihr Interesse zu bestimmen und danach zu handeln, wenn es nur gelingen würde, die Widersprüche verschärft und sinnlich erfahrbar gemacht werden.

Während des Seminars wurde die verschiedenen Meinungen diskutiert und kritisiert. Die Beschlußvorschläge erschöpften sich dann aberdoch wieder nur im Formalen und Appellen.

AUF DEM WEG ZU EINEM NEUEN SELBSTVERWALTUNGSMODELL

Entscheidungsvorlagen für die Vollversammlung vom 13. Februar 1976

Bekannt

dürften die Gründe sein, warum wir eine Korrektur an unserer Selbstverwaltungspraxis vornehmen müssen:

Die von der Presse hochgespielte Tatsache, daß zwei Mädchen, die verschiedenen Gruppen im KOMM angehören, sich für einige Tage von Nürnberg absetzen, voher aber als Minderjährige in der Kneipe Alkohol ausschenkten und somit gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen worden war,

da nur ein Auslöser für das Erkennen einer tiefer liegenden Krise, der Krise der Selbstverwaltung.

Diese Krise
läßt sich an folgenden Beobachtungen festmachen:

- Die Großveranstaltungen mit Konsumcharakter haben unverhältnismäßig stark zugenommen.
- Sie bringen folgende Probleme wie z.B. Dealer und Aggressionen nach den Überlauten Rock-Konzerten.
- Die Hausverbote, die ausgesprochen werden müssen um andere Jugendliche zu schützen, häufen sich erschreckend.
- Da die Probleme objektiv vorhanden sind, und sich niemand für diese zuständig erklärt, wandelt sich die Reihe der Sekretäre ungewollt von "Koordination" zu "Polizisten".
- Der Betrieb in der Kneipe verläuft anonym, ein Großteil der dortigen Besucher hat nichts mit den Jugendlichen der Selbstverwaltung zu tun, es entstehen Probleme wie Alkoholismus und Drogenhandel, die von den Jugendlichen Mitgliedren des Kneipenkomitees nicht mehr gelöst werden können, sondern Sozialpädagogischer Hilfestellung bedürfen.
- Die Sekretäre fühlen sich überlastet und reagieren aggressiv, zu viele Aufgaben, die zur Selbstverwaltung der Bereiche gehören werden auf das Sekretariat abgeschoben, andererseits herrscht eine große Informationsabhängigkeit.
- Viele Gruppen kämpfen mit großen Identitätsschwierigkeiten und haben Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Ziele in eine fortschrittliche Praxis.
- Die Zusammenarbeit der jetzt über 35 Gruppen untereinander ist ungenügend.
- Vielen Besuchern sind Zielsetzung und der organisatorische Ablauf im Haus nicht erkenntlich.
- Ebenso fehlt einem großen Teil der "Mitarbeiter" der Durchblick durch den Aufbau und die Abläufe der Selbstverwaltung.

Das sind einige Erscheinungen, die den ABBAU DER SELBSTVERWALTUNG kennzeichnen.

Das sind einige Gründe, weshalb einige der Sekretäre mit Rücktritt drohten und schließlich auch von der Mehrzahl der Mitarbeiter der Entschluß gefaßt wurde, die anstehenden Probleme in einer Schwerpunktwoche und in einem Wochendendseminar aufzuarbeiten. Deshalb hatte das KOMM in der Woche vom 2. - 8. Februar geschlossen. Im folgenden sollen die wesentlich der detailiert angesprochenen Probleme und geeignete Problemlösungen dargestellt werden.

Protokoll der Arbeitsgruppe 1 aus der Mitarbeitervollversammlung vom Mittwoch den 4. Februar.

Auf die Frage, welche Eindrücke interessierte Besucher im KOMM gewinnen, als ein Punkt die MANGELHAFTE Organisation und die UNZUVERLÄSSIGKEIT in etlichen Bereichen genannt. (Als Beispiel: Wenn jemand nach einer halben Stunde Arbeit im Siebdruckbereich noch nicht herauskriegen konnte, wer hier verantwortlicher Betreuer ist, d.h. wer über Informationen verfügt)

Es wird festgestellt, daß in der Selbstverwaltung dann

- entweder Kritik an der Führung dieses Bereiches notwendig ist,
- oder der Betroffene Eigeninitiative ergreifen müßte, um eine bessere Betreuung des Bereiches, präzisere Arbeit, zu gewährleisten.

Als ein Grund, der solches Verhalten verhindert, wurde das OBRIGKEITSDENKEN angeführt: Man erwartet von jemand anderem, daß er die Sache verbessert, kontrolliert oder Weisungen gibt. Dieses Verhalten ist sehr verbreitet, da weder in der Schule noch im Elternhaus Eigeninitiative gefördert wird. Wo nichts zu erwarten ist, daß diese (die Eigeninitiative) im Freizeitbereich plötzlich verfügbar ist.

Darauß muß geschlossen werden:

Es muß für alle bewußten Mitarbeiter ein Ziel sein, anderen Jugendlichen zur Eigeninitiative zu verhelfen.

Wenn diese Hilfe unterbleibt, treten bei den Außenstehenden, jedoch interessierten Besucher Resignation und Frustration auf. Sie sind enttäuscht und ihr Interesse an der Arbeit im KOMM nimmt ab. Betrachtet man sich in diesem Zusammenhang, so ist das Verhalten der aktiven Mitarbeiter, die nach LUSTPRINZIP arbeiten in der tatsächlichen Wirkung das Gegenteil von fortschrittlicher Arbeit - nämlich reaktionär.

Geht man davon aus, daß Jugendliche in einem selbstverwalteten Jugendzentrum fortschrittliche Arbeit leisten wollen, so muß gefragt werden, wie die im JZ verbrachte Zeit effektiv gestaltet werden kann.

Es ist eine Trennung erforderlich in

- die Zeit, die man lustorientiert im JZ verdrängt und seine Bedürfnisse realisiert
- und die Zeit, in der man ARBEIT leistet, eine Aufgabe verantwortlich übernimmt, dabei bestmöglich informiert, Arbeitsabläufe voebereitet, Gruppen zur Sauberhaltung anregt, bei Mitarbeitern Problembewußtsein schafft - weniger in Form von Kaffeklatsch als in Art gezielter Gespräche
- Arbeit für mich kann lustorientiert sein - Arbeit für andere und mit anderen muß präzise sein.

Sekretariat und Selbstverwaltung

Nach dem bestehenden Selbstverwaltungsmodell soll das KOMM von unten nach oben organisiert sein. Wie ist es wirklich?

Die Arbeit des SEK ist zu undurchsichtig geworden, da nur wenige wissen, was in den Sekretariatsbesprechungen geschieht. Den Sekretären wird von den Besucher und auch von den Mitarbeitern eine Machtposition aufgedrängt, (da keiner Verantwortung übernehmen will) - siehe Lustprinzip - die von den Sekretären deshalb angenommen wurde, damit der Betrieb reibungslos weiterläuft.

Protokoll der Arbeitsgruppe 3

Wir gingen vom Verhalten der Besucher aus. Viele kommen nur zum Konsumieren. Sie machen alles mögliche kaputt, hinterlassen Dreck, den dann die Sekretäre und einige Mitarbeiter wieder beseitigen müssen. Die Besucher verhalten sich deshalb so, weil sie keinen Bezug zum Haus haben, weil sie nicht wissen, was eine Selbstverwaltung ist. Auf der anderen Seite haben sie aber kaum eine Chance zu erfahren, wie die Selbstverwaltung aufgebaut ist und welche Möglichkeiten und Verantwortungen sie beinhaltet.

Dies gilt jedoch nicht nur für die Besucher sondern auch für viele Mitarbeiter. Auch bei ihnen ist es notwendig, das Bewußtsein für ihre Verantwortung zu fördern. Um zu erreichen, daß jede Gruppe wenigstens ihren Raum nach Benutzung wieder säubert, bekommt jeder Raum einen Besen, Handfeger, Kehrblech und eine Mülltüte. Die Sekretäre sollten beim Abschließen der Räume darauf schauen ob saubergemacht wurde.

Die Mitarbeiter haben deshalb keinen Bezug zum Haus, weil sie ihre Arbeit hier für nicht wichtig halten, und sie halten ihre Arbeit für nicht wichtig, weil sie in ihrer Arbeit keinen Erfolg sehen.

Es ist notwendig, daß die Mitarbeiter begreifen, daß sie nicht nur für andere, sondern auch für sich selbst was machen. Dies fällt ihnen allerdings schwer, solange sie nur die Funktion von Polizisten und Putzfrauen ausüben.

Das Programm: Entscheidend dafür welches Publikum kommt und wie es sich verhält, ist welches Ptrogramm im Haus läuft. Es wurde festgestellt, daß bei überlauten Rockkonzerten die Besucher mehr kaputt rauskommen, als sie reingehen, daß bei solchen Anlässen keine Möglichkeit der KOMMUNIKATION vorhanden ist. Bei anderen Veranstaltungen, wie beispielsweise am letzten Samstag bei dem irischen Folkabend kommen die Leute besser raus als sie reinkommen, sie haben Kommunikationsmöglichkeiten mit der Gruppe und untereinander.

Alkohol und Dealer

Um den Alkoholismus in Grenzen zu halten, müssen die scharfen Sachen (Schnäpse) raus aus der Kneipe. Was die Dealer betrifft, ist es unbedingt notwendig, daß nicht nur die Sekretäre, sondern auch die Mitarbeiter sich bewußt sind, was dealen im KOMM bedeutet, und dementsprechend die Augen aufmachen und im Notfall die Dealer selbst rausschmeißen. Das KOMM ist soweit es jetzt personell ausgestattet ist, nicht in der Lage das Drogenproblem (dazu gehöhrt auch Alkohol) zu lösen.

Freizeit: Es gibt verschiedene Möglichkeiten FREIZEIT zu organisieren.

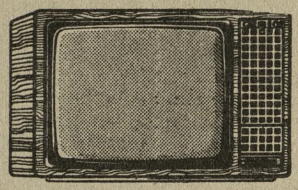
1) man kann Freizeit für sich selbst organisieren,
2) man kann versuchen, den Freizeitbedürfnissen aller Nürnberger Jugendlichen gerecht zu werden.

Das KOMM verfolgt nach seiner Zielsetzung das 1. Ziel, die meisten Gruppen im Haus arbeiten dementsprechend. Einige Gruppen, z.B. die Kneipe und das Veranstaltungskollektiv verfolgen das 2. Ziel. Der Gegensatz der sich aus diesen beiden Zielen ergibt, schafft Konflikte.

Protokoll des Arbeitskreises "Information" (Wochenendseminar Pottenstein)

Die Presse
Unabhängige Zeitung für Österreich
EFTA geht auf Kontaktsuche

Möglichkeiten zur Information:



- Zeitung
- Video
- Wandzeitung
- mündliche Information

Zeitung:
Sie erscheint bisher zu selten. Dadurch ergibt sich eine Anhäufung von Material - die Zeitung wird zu dick und zu unaktuell. VERBESSERUNGEN: Die Zeitung soll öfters erscheinen, also bei vielen guten Artikeln eine dicke Zeitung, bei wenigen eine dünne.Die "Trennung" des Inhalts (KOMM-Intern/allgem. Themen) wird an der Farbe der Seiten deutlich (KOMM-Intern = bunt/allgem. Themen = weiß). Außerdem müssen die anderen Gruppen im Haus ein besseres "Zeitungsbewußtsein" entwickeln, d.h. mitarbeiten!

Video
In der Videothek sollte man öfters Filme über und mit Gruppen machen, nicht nur Vorstellungen, sondern auch Berichte über die aktuellen Arbeiten. Diese Filme können dann z.B. auf der VV, in der Videothek, in der Kneipe etc. gezeigt werden.

Wandzeitungen
Im Eingangsbereich können versch. Gruppen ihre Aktivitäten und sich selber auf Stellwänden darstellen, bes. solche Gruppen, die sehr wenig bekannt sind.

Mündliche Information
Hier sind vor allem Verbesserungen beim Info-Dienst nötig. Er muß besser als bisher über die Vorgänge im Haus und in den Gruppen (durch Einrichtung eines Info-Faches und Infotagebuches) Durchführung von Fragebogenaktionen (z.B. warum gehen Leute ins KOMM usw.)

Andere Möglichkeiten
Informationsveranstaltungen z.B. in der Kneipe (ev. 1 x im Monat mit Gruppenvorstellung, Videofilmen, Ausstellungen vom Fotolabor und Keramik- u. Webkur usw. Berichte über die Arbeit der Gruppen wären also das eigentliche Programm und zusätzlich sollten noch Leute Musik machen (Folk, Blues etc.)

- wieder mal ein Flugblatt über die S4lbstverwaltung !!!!!!!!!!!
- Jede Gruppe stellt sich in einem Flugblatt vor
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. in der Unterführung, in der Breiten Gasse, oder am Hauptmarkt).

Dies führte dazu, daß sich die Sekretäre alleine entschieden und arbeiteten. Meist stellten die Sekretäre die Tagesordnungspunkte für Rat und Vollversammlung aus. In der Vollversammlung werden 90% der Beiträge von den Sekretären bestritten. Eigentlich sollte die Vollversammlung das Sprachrohr der Mitarbeiter und Besucher sein. Dadurch und durch die mangelnde Information (keiner weiß mehr, was eigentlich los ist) werden die Mitarbeiter immer mehr in eine Konsumrolle gedrängt. Dies führte zu einer Kommerzialisierung des KOMM. Eine bewußtseinsbildende politische Arbeit konnte von Seiten der Sekretäre nicht mehr stattfinden, da sie überlastet waren.

Um diese Situation zu ändern, wäre es unter anderem notwendig,

1. Die Tätigkeit der Sekretäre von einer Reihe Dienstleistungsarbeit zu befreien.
2. Die Sekretariatsbesprechungen in die Öffnungszeit zu verlegen.
3. Im Haus, in der Teestube und in der Kneipe verstärkt Informationen über die Arbeit des Sekretariats und des Rates auszuhängen.

Protokoll der Arbeitsgruppe

1) FINANZPROBLEME:
Wo gehen eingenommene Gelder hin?
z.B. die des Veranstaltungskollektivs, der Filmfabrik, der Kneipe? Dies müßte doch durchsichtiger gehandhabt werden.

2) INFORMATIONSPROBLEME
Es ist ein allgemeiner Leitfaden notwendig, der darstellt, wie die Selbstverwaltung läuft, welche Gruppen im Haus sind, wo sie zu Treffen sind, welche Ziele sie haben, wie man zu Geld kommt, wie man ins KOMM einsteigen kann, wie man selbst eine Gruppe aufmachen kann.

3) VORSCHLÄGE FÜR EINE VERBESSERUNG DER SELBSTVERWALTUNG:
Trennung der Gruppen, die an der Selbstverwaltung teilnehmen, interessiert sind und auch auf dem Rat stimmberechtigt sind, und solchen Gruppen, die nur an der Benutzung eines Raumes interessiert sind, und lediglich die Auflagen erhalten, den Raum sauber zu machen, abzuschließen, die Arbeit nach außen transparent zu machen.
oder:
endlich eine wirksame Kontrolle einführen, daß die Gruppen tatsächlich einen Vertreter in den Rat schicken, andernfalls rausgeworfen werden.

4) KOMMUNIKATION:
An der Hotelfunktion des Hauses müßte zumindest verbessert werden, daß die Besucher, die mal eine Tür aufmachen, von der versammelten Gruppe nicht abgeschoben werden

5) DIENSTLEISTUNGSVERWALTUNG
Die Entwicklung der Selbstverwaltung zur Dienstleistungsverwaltung kann nur dadurch geändert werden, daß die Gruppen stärker unter die Besucher gehen und Besucher in die Gruppenarbeit einbezogen werden.

Versuch, die Motivationen der Besucher des KOMM zu analysieren (für Ergänzungen und Verbesserungen wären wir dankbar)

A) Kontaktsuche

1. Gespräche auf Unverbindlichkeitenbasis (small-talk)
2. Diskussionen, Gespräche über Probleme, zu denen der einzelne Anregungen und Hilfe benötigt.
3. Kennenlernen neuer Bezugspersonen (engere zwischenmenschliche Beziehungen)
4. Gemeinsame Überwindung eingefahrener Kommunikations- und Verkehrsformen - Entwicklung von Modellen zur Veränderung.

B) Konsumierend Form der Freizeitgestaltung (günstige Preise)

abgestuft nach Anspruch und Aktivitätenbereitschaft - die von der bloßen Kompensation bis zur qualifizierenden Informationsaufnahme reicht.

C) Nutzen fürs Ich (Persönlichkeitsbereicherung)

Anerkennung
Bestätigung
Selbstverwirklichung

durch Minimalübereinstimmung von Wertmustern: Lebensstil (Subkultur) - durch Übernahme von Verantwortung - durch Leistung selbstbestimmter und bedürfnisbezogener Arbeit (Identifikation) - durch verbesserte Kommunikationsabläufe.

D) Nutzen für die anderen

Vermittlung von qualifizierenden Inhalten
fachlicher
politischer
religiös- weltanschaulicher
pädagogischer

E) Abdeckung von Grundbedürfnissen

Asylfunktion (Wärme und Räumlichkeiten)
Arbeitsplatz (Haupt- und Negenberuflich)

F) Fachliches Interesse

Das KOMM ist reiner Arbeitsplatz - die Interressen liegen außerhalb und werden dort befreidgt!

Nur Selbstverwaltung würde bedeuten, daß das Haus in seiner Öffentlichkeit eingeschränkt wird, nur für diejenigen zugänglich ist, die in einer Gruppe der Selbstverwaltung mitarbeiten (Clubcharakter)

Auf diese Weise würde der Konsumbetrieb ziemlich radikal abgebaut werden, der Selbstverwaltungsgedanke steht im Vordergrund.

Als Beispiel eines Konsumbetriebes mit sozialpädagogischer Zielsetzung wäre die Fabrik in Hamburg zu nennen. Der Konsumbetrieb, d.h. die Oragnisation von Abendveranstaltungen (Rock-Konzerte, Theater, Filmvorführungen) würden nach wirtschaftlichen Kriterien gemangaged. Von dem vorhandenen Etat und dem dabei erwitschafteten Geld können Sozialarbeiter bezahlt werden, die sozialpädagog. Zielsetzungen beispielsweise in der Gruppenarbeit mit Jugendlichen und in der Kinderarbeit verfolgen. Dieses Modell schließt den Selbstverwaltungsanspruch aus, er zielt alleine auf Effektivität.

FÜR WELCHES MODELL SOLL MAN SICH ENTSCHEIDEN ?

Das 1. Modell entspricht natürlich am ehesten den Ideen von Selbstverwaltung. Die Erfahrung über zwei Jahre hinweg hat jedoch gezeigt, daß geringfügige Verbesserungen zu verzeichnen sind, diese aber nicht ausreichen, um die derzeitigen Probleme zu lösen. Der Wechsel der Mitarbeiter ist zu groß, wenn einige genügend Erfahrungen gesammelt haben, um effektiv zu arbeiten, scheiden sie in der Regel wieder aus (Studium, Frustration). Die Lernprozesse beginnen immer wieder beim Nullpunkt. Die Diskussion, die im KOMM ablaufen sind immer die gleichen. Eine Kontinuierliche Weiterarbeit ist nicht garantiert, gelernt wird in der Regel nur in Krisen.

Der Freizeithaushalt eines normalen Jugendlichen der entweder ind die Schule geht oder sich in der Lehre befindet, reicht nicht aus, um den Überblick zu gewinnen, der für eine verantwortliche Arbeit in der Selbstverwaltung erfordlich wäre.

- ein Abend geht drauf für die praktische Arbeit in einem Bereich
- ein Abend geht drauf für die Gruppenbeherrschung
- ein Abend geht drauf für die Vertretung der Gruppe im Rat bzw. auf der VV
- ein Abend geht drauf, wenn man dem Anspruch genügen will, mit anderen Gruppen zusammen zuarbeiten, Gruppen-Verbindende Projekte zu erarbeiten usw.

Kein Jugendlicher kan auf die Dauer so viele Abende der Woche in die KOMM-Arbeit investieren.

Die Analyse des Begriffs Selbstverwaltung macht klar, daß diese aus zwei Komponenten besteht: einmal aus der Betonung SELBST zum anderen aus der Komponente VERWALTUNG. Die Bedürfnisdiskussion hat ergeben, daß die Bedürfnisse mehr auf der Seite des SELBST liegen: Selbstverwirklichung, Eigeninitiative, Bestätigung, Konsum.

Kaum ausgeprägt sind die Bedürfnisse zur Verwaltungsseite hin. Hierbei würde es darum gehen, den Rahmen für Selbstverwirklichung zu schaffen, mitzuarbeiten, eine Einrichtung zu betreiben, die es ermöglicht, nach den eigenen Bedürfnissen Freizeit zu verbringen und zu gestalten.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, daß in keiner Sozialisationseinrichtung, weder der Familie, noch der Schule noch im Betrieb dafür gearbeitet wird, sich selbst zu verwalten. Zu erkennen, daß für die Befriedigung von Bedürfnissen auch die Übernahme von Pflichten erforderlich ist. Deshalb muß man realistisch einschätzen, daß, wenn Selbstverwaltung als Ziel erreicht werden soll, dafür Hilfeleistungen erforderlich sind. Hilfestellungen beispielsweise von einigen Personen, die konkrete Fertigkeiten, Organisationserfahrungen, gesellschaftliche Erfahrungen besitzen. Diese Personen können helfen, kleine funktionierende Selbstverwaltungseinheiten zu fördern, die anderen Gruppen, die auf sich selbst gestellt sind, zur Orientierung dienen und eine kontinuierliche Fortentwicklung - im Haus garantieren (wiederum Beispiel Teestube, Hubert mit der Handwerker - und Lehrlingsgruppe).

Es ist kein gutes Modell, einer Gruppe, die 10 x auf den Bauch gefallen ist, nicht zu helfen, in der Hoffnung, daß sie es beim 11 x lernen würden. Wahrscheinlicher ist, daß Einzelne der Gruppe negative Erfahrungen verinnerlichen, und die Identifikation mit der Selbstverwaltung verlieren.

Die oben aufgeführten Überlegungen fielen alle auf Modell 2. Die hier eingeführten Vereine und hauptamtlichen Mitarbeiter manipulieren nicht zwangsläufig die Jugendlichen in die Gruppen. Sie unterliegen der Kontrolle ebenso sehr wie beispielsweise ein Sekretär.

Materiell kann die Einführung von weiteren Hauptamtlichen so gelöst werden, aus dem Reingewinn der Kneipe kann nicht nur der Verantwortliche für die Kneipe bezahlt werden, sondern ein weiterer Mitarbeiter, z.B. der Drucker. Im Bereich Filmfabrik kann eine der beiden Stellen als Sockelbetrag für den Hauptamtlichen sein, die andere Hälfte muß einmal zu einer Preiserhöhung, zum anderen aus einer verantwortlicheren Buchführung herausspringen (nach Rechnung des Sekretariats muß die Filmfabrik mit plus - null wirtschaften). Die Finanzierung des Hauptamtlichen der Verantstaltungsgruppe würde ebenso wie die Filmfabrik unter Zuhilfenahme einer der bisherigen Stellen erfolgen, die andere Hälfte durch Mietbeiträge der Musikgruppen.

Protokoll der Arbeitsgruppe Rat/Seminar Pottenstein

Die Arbeitsgruppe hat die Strukturschwächen des Rats noch einmal aufgeführt, wie es ähnlich in dem Analysenpapier von Rainer Kromarek geschen ist:

- der Rat ist zu lang
- der Rat verläuft oft zu caotisch
- die Diskussionsleitung blickt nicht durch
- es vergeht manchmal eine halbe Stunde, bis sich jemand zur Diskussionsleitung bzw. manchmal eine Protokollführung bereit erklärt.
- die Vertreter der Gruppe erscheinen sehr sporatisch
- der Rat ist ein starker Mitarbeiterfluktation unterworfen
- dadurch ist keine kontinuierliche inhaltliche Weiterentwicklung möglich
- manche formalen Probleme tauchen immer wieder auf
- Beschlüsse heben sich gegenseitig auf
- die Themen Raumanträge, Hausverbote, Störung durch Musikgruppen, Raumüberschneidungen, Veranstaltungsgruppe, Musikgruppen, Kneipengruppe, bestimmen den Inhalt des Rats
- eine Information über die Arbeit der Gruppen geschieht mangelhaft
- die wichtigen Punkte müssen oft vertagt werden, da Anträge sich über Stunden hinwegziehen.
- die Sekretäre bestimmen die Tagesordnungspunkte und den Ablauf
- die Ratsmitglieder sind für viele Entscheidungen zu wenig kompetent
- Informationen gelangen kaum vom Rat in die Gruppen
- und andere Punkte mehr

Folgende Festlegungen werden vorgeschlagen:

- ein zu bestimmender Sekretär betreut den Rat und ist für seine Durchführung verantwortlich (Pünktlichkeit, Bestimmung des Diskussionsleiters im Rat voher, Bestimmung des Protokollanten, Einhaltung der Zeiten usw.)
- diesem Sekretär gehört eine Beschlußkartei. Dieser Kartei sind frühere Beschlüsse vom gleichen Thema sofort ersichtlich.
- die Delegierten aus den Gruppen müssen für mindestens 4 Wochen bestimmt werden (Ein Wechsel in dieser Zeit ist nicht möglich)
- für die Gruppen, bzw. die Bereiche besteht der Zwang zur Ratsteilnahme. Fehlt der Vertreter eines Bereiches mehr als 3 x (bzw. hat er keinen Ersatz gestellt) wird die Gruppe vor dem Rat zitiert und es werden Konsequenzen angedroht:
  1 Konsequenz: Entzug der Bereichsgelder für einen Monat
  2 Konsequenz: Entzug der Gelder für das gesamte Jahr
  3 Konsequenz: Entzug des Raumes
- der Rat erhält eine feste Diskussionsstruktur:
  Klare Anfangszeiten, klare Schlußzeiten, zeitliche Begrenzung für andere Anträge usw.

- für die Arbeit des Rates wird eine monatliche Struktur festgelegt:
  1 Rat Vorbereitung der Vollversammlung
  2 Rat Programmdiskussion
  3 Rat Diskussion über die Arbeit in den Gruppen und Rückkopplung der Programmdiskus ion

- für die Arbeit des Rates wird eine monatliche Struktur festgelegt:
  1 Rat Vorbereitung der Vollversammlung
  2 Rat Programmdiskussion
  3 Rat Diskussion über die Arbeit in den Gruppen und Rückkopplung der Programmdiskus-
    ion
  4 Rat Verteilung der Programme
- Der Rat erhält eine klare Geschäftsordnung, (Stimmrecht, Rederecht, Geschäftsordnungsanträge, die Trennung um Anträge für Außenstehende und Anträge für Gruppen, die bereits vor Beginn des Rates an das Sekretariat eingegangen sein müssen)
- es werden nur solche Tagesordnungspunkte behandelt, für die ein klarer Beschlußvorschlag vorliegt
- es werden nur solche Anträge behandelt, für die bereits Vorinformationen durch die Sekretäre vorliegen. Technische Abwicklungen dem Sekretariat übertragen.

Arbeitsgruppe "Rat" Seminar Pottenstein

Laut Selbstverwaltungspapier vom Okt. 74 hat der RAT folgende Aufgaben: er soll
- die Gruppen im KOMM inhaltlich und organisatorisch koordinieren
- in Absprache mit dem Sekretariat ein Programm erstellen, das den Zielen und Inhalten des KOMM entspricht

Um das Erreichen dieser Ziele zu gewährleisten, ist es vor allem erforderlich, eine grössere Kontinuität zu schaffen; es muß dafür gesorgt werden, daß eine dauerhafte und zusammenhängende Arbeit möglich ist.

Voraussetzungen hierfür:

ALLE GRUPPEN MÜSSEN IM RAT REGELMÄSSIG VERTRETEN SEIN !!!

In den Bereichen, in den ein Hauptamtlicher eingesetzt wird, dürfte dies der Fall sein (da es auch zum Aufgabenbereich des Hauptamtlichen gehört). Um die beständige Teilnahme der Gruppen zu erreichen, müßte vom Rat ein Verantwortlicher (für eine bestimmte Zeit) bestimmt werden, der dafür zu sorgen hat, daß die einzelnen Gruppen vertreten sind; er müßte gegebenenfalls die nicht vertretenen Gruppen ansprechen, nach Gründen für ihr Fehlen fragen, und sie auf mögliche Konsequenzen hinweisen. Diese Konsequenzen könnten sein, daß eine Gruppe nach mehrmalien Fehlen(die Zahl wurde schon mal auf 3 festgesetzt) keinen Raum mehr erhält oder zumindest vor die Vollversammlung zitiert werden muß, wo ein weiteres Vorgehen beraten werden kann. Diese zugegebenermaßen harte - Maßnahmen kann damit begründet werden, daß die Gruppe durch ihr Verhalten gezeigt hat, daß sie an der Selbstverwaltung und somit am Haus kein Interesse hat. Voraussetzung für eine inhaltliche Zusammenarbeit der Grupen ist eine größere Transparenz: die Information über die Arbeit und den derzeitigen Diskussionsstand, muß aufgebaut bzw. verstärkt werden. Hier ließe sich eine Fortführung der von der Videothek begonnenen Arbeit vorstellen; die Beiträge der Gruppen müßten jedoch über ein bloßes Vorstellen ihrer Arbeit hinausgehen.

Zum Thema Kneipe für die Vollversammlung am Freitag, den 13.2.76

Der Bereich Kneipe ist sehr wichtig für das ganze KOMM. Dazu kommen vielschichtige Verflechtungen nach außen (Gesundheitsamt, Finanzamt, Stadtverwaltung, öffentliche Meinung). Man kann sich deshalb eine lasche Handhabung dieses Bereiches nicht erlauben.

Bei der Einrichtung der Kneipe lagen bestimmte Zielvorstellungen zu grunde. Was ist daraus geworden?

A die Situation

1) die Finanzen

Abrechnungen werden schlecht gemacht. die finanzielle Lage müßte durchsichtiger sein. Mißbrauch von Freibier, trotz klarer Ratsbeschlüsse in diesem Punkt.

2) Sauberkeit

Bei Eröffnung der Kneipe Fußboden und Tische oft nicht sauber. Während der Öffnungszeiten stehen oft Berge von leeren Gläsern auf den Tischen, und Boden, Aschenbecher werden nicht geleert. Kneipe und Küche werden oft nach Dienstschluß in einem unzumutbaren Zustand hinterlassen. Die Imbissküche wird recht dilettantisch betrieben. In der Küche stehen nach Dienstschluß die Esswaren herum, ein Fressen für die Mäuse.

3) Zum Inhalt

Die Kneipe sollte ein Kommunikationspunkt für alle im Haus sein. Sie ist jedoch augenblicklich ein reiner Konsumbetrieb, in dem Säufer und kaputte Leute dominieren. Daher die Isolation und Nichtintegration zum ganzen Haus und zum Ideal der Selbstverwaltung im KOMM. Die Kneipe ist ohne Inhalt und ohne Atmosphäre, die Kommunikation ermöglicht (z.B. die Lautstärke der Musik etc.).

4) Das augenblöickliche Kneipenteam

Es setzt sich aus ungefähr 10 Schülern zusammen, davon nur drei über 18. Die Zusammensetzung ist zu einseitig, auch altersmäßig zu jung im Verhältnis zu den Kneipenbesuchern. Bei aller Anerkennung der echt geleisteten Arbeit, muß man doch folgendes feststellen: Bei einigen noch unzureichendes Verantwortungsbewußtsein und Sinn für Arbeit, teilweise Unfähigkeit, die Aufgaben, die die Kneipe im KOMM erfordert, zu bewältigen. Die Kneipengruppe zeigt als ganzes wenig Interese am Haus und an der Selbstverwaltung, wie auch viele andere Gruppen!

B wie soll es jetzt weitergehen ?

Vorschlag eines neuen Modells:

1) Ein Hauptverantwortlicher, der:

die Konzession übernimmt, die Abrechnung mit der Brauerei, mit dem Finanzamt, mit den Mitarbeitern in der Kneipe verantwortlich zeichnet.
der sich in der Gesetzgebung, eines Kneipenbetriebes auskennt und für die Einhaltung garantiert, das Kneipenteam informiert über wichtige Bestimmungen.
der die Arbeit und was sonst noch so abläuft mit dem Kneipenteam organisiert und koordiniert (Dienstplan, Einkauf, Organisation etc.).
der verantwortlich ist für die Funktionsfähigkeit des technischen Ablaufs.

2) Betriebsgruppe

Um diese Verantwortlichkeiten zu garantieren (im Falle von Krankheit oder Ausfall) Schaffung einer Betriebsgruppe (3 - 4 Leute), die ebenfalls in der Lage ist, diese Aufgaben zu übernehmen.

3) neues Kneipenteam

ein neues Kneipenteam bilden, daß sich zusammensetzt aus Leuten, die sich bereits in einer Gruppe oder sonst im Haus engagieren und eine gewisse Erfahrung haben. Dabei sollten diese Leute aus denen sich das Kneipenteam zusammensetzt in ihrer Gruppe oder in ihrem Bereich möglichst weitermachen und zumindest eine enge Beziehung dort weiter haben. Es müßten Leute sein, die es zeitmäßig schaffen können, einmal in der Woche an einer Kneipenteam-Besprechung teilzunehmen und einige Stunden wöchentlich Dienst zu machen.

Der Vorschlag ist nicht utopisch. Es gibt bereits einige Leute aus anderen Gruppen die sich dafür interessen.

C Vorteile einer solchen Lösung

- die Kneipe träte heraus aus ihrer Isolation zum restlichen KOMM, da sie von Mitgliedern aus verschiedenen Gruppen und Bereichen verantwortlich mitgetragen würde und Beziehungen zu den Gruppen natürlicherweise da wären.

- In der Kneipe als Treffpunkt wäre eher der Kommunikationsfluß mit Informationen aus vielen Gruppen garantiert.
- die Kneipe könnte dadurch inhaltlich gewinnen und eine Brücke sein zu dem, was sonst im KOMM abläuft, z.B. die Spielothek könnte mal ein Schafkopftunier ablaufen lassen; die Videothek mit den Kneipenbesuchern Videoaufnahmen; die Schalomgruppe einen Diavortag mit Informationen aus der 3. Welt; das Fotolabor oder die Siebdruck eine Ausstellung oder Beispiele ihrer Arbeit plakatieren; die Musikgruppen ein Musikprogramm machen usw. Es wird wenig getanzt im KOMM, warum sollte man dort nicht öfters einen Tanzabend veranstalten. Das sind nur Beispiele.
- Es gibt Kneipenbesucher mit sozialen oder persönlichen Problemen, die durch Zusammenarbeit besser bewältigt werden könnten:
- Wichtig wäre die Intergration der Ausländer
- Vorschlag einer Kneipenbesuchs-Versammlung (monatlich)

Zusammenfassung

Das vorgeschlagene Modell:
Ein Hauptverantwortlicher einer Betriebsgruppe und ein neues Kneipenteam, daß sich aus engagierten Leuten in anderen Bereichen oder Gruppen zusammensetzt, wäre besser geeignet um aus der Kneipe das zu machen, was die Mehrzahl der Mitarbeiter wünschen. Die notwendige Folge davon wäre, daß das augenblickliche Kneipenteam in der bestehenden Form aufgelöst würde. In wie weit die augenblicklichen Kneipenleute sich in ein neues Kneipenteam nachdem vorgeschlagenen Modell intergrieren läge dann bei ihnen.

Abeitsgruppe GROSSVERANSTALTUNGEN / Wochenendseminar Pottenstein

In der Arbeitsgruppe erfolgt eine Auflistung aller negativen Eindrücke, die im Zusammenhang mit der Arbeit der derzeitigen Veranstaltungsgruppe beobachtet wurden:

Die Musikangebote sind zu einseitig, Rockveranstaltungen und Popmusik überwiegen; vor allem diese Veranstaltungen ziehen das Drogenproblem nach sich; die engagierten Gruppen sind zu teuer; das Veranstaltungskollektiv kann das finanzielle Risko nicht übernehmen; aus dem Etat des KOMMs und der Kneipe werden laufend Defezite des Veranstaltungskollektives getragen; die Lautstärke der ausgewählten Gruppen ist unverantwortlich; einerseits wird das Empfindungsvermögen der Besucher demoliert; andererseits werden andere Veranstaltungen wie z.B. Filmfabrik, Diskussionsveranstaltungen selbst im Erdgeschoß durch Rock-Konzerte erheblich gestört; die Termine der Großveranstaltungen überschneiden sich sehr häufig mit den Selbstverwaltungsterminen - mit dem Rat und der Vollversammlung; die Planung, bzw. Verpflichtung der Gruppen erfolgt über einen zu langen Zeitraum (beisp. 3 Monate) - Selbstverwaltungsbeschlüsse (beisp. Schließung für eine Woche) können auf diese Weise nicht berücksichtigt werden; die Auswahl der Musikgruppen erfolgt zu subjektiv, die Information des Veranstaltungskollektives stützt sich zu sehr auf Werbematerial und nicht auf original Tonbänder; die lokale Musikszene wird zu wenig gefördert; es erfolgt keine oder kaum eine Verbindung zwischen den Konsumveranstaltungen im Festsaal und der übrigen Arbeit im Haus; es erfolgt keine Koordination zwischen des Festsaalveranstaltungen und den anderen möglichen Spiel- Aktions- bzw. Veranstaltungsformen.

Auf diesen aufgezeigten Mängeln lassen sich jeweils positive Forderungen bzw. Vorschläge ableiten. Es wurde jedoch argumentiert, daß mit dem Setzen von Regeln und Zielen, die Arbeit des Veranstaltungskollektives noch keineswegs korregiert sei. Es geht vielmehr darum, eine Struktur zu finden, die die Koordination der Musikgruppen und die Arbeit des Veranstaltungskollektives sowie andere Gruppen, die Großveranstaltungen organisieren wollen in gleicher Weise berücksichtigt. Zu diesem Zeck sind die Schaffung

a) eines Vereins und
b) einer Stelle für einen hauptamtlichen Mitarbeiter geeignete Maßnahmen.

Der VEREIN deshalb, weil damit einmal eine juristische Person festgelegt ist, andererseits eine Verbindlichkeit für die Mitarbeiter im Veranstaltungskollektiv und die Musikgruppen im Haus erreicht wird.

Der HAUPTAMTLICHE MITARBEITER, weil mit einer Person, die über einen längeren Zeitraum hinweg arbeitet kontinuität gewährleistet wird, durch das Sekretariat ein klar Verantwortlicher angesprochen werden kann, für das Sekretariat eine zeitliche Entlastung erfolgt, da alle den Musik- und Veranstaltungsbereich betreffenden Arbeiten von dem neuen Bereichskoordinator übernommen werden können. Die Arbeit des Hauptamtlichen unterliegt sowohl der Kontrolle der verschiedenen Gruppen, als auch der Kontrollr der Selbstverwaltung. Die Finanzierung des Hauptamtlichen kan zur einen Hälfte durch die in Anspruchnahme der Stelle des Veranstaltungskollektives zu anderen durch Mieteinnahmen die von den Musikgruppen zu entrichten sind (beisp. pro Monat 50.- DM) für Raummiete getragen werden.

Der VEREIN erhält durch die Selbstverwaltung des KOMM eine klare Zielsetzung. Der Verein dient zur Föderung der Musikgruppen im KOMM, der Verein dient zur Föderung der Nürnberger und Mittelfränkischen Musikszene, der Verein braucht durch die Verplichtung auswärtiger Gruppen Musikinteressierte Nürnberger Anregungen geben. Der Verein setzt sich zum Ziel, den Konsumcharakter von Musikveranstaltungen aufzulösen, Eigenintiative anzuregen, Formen von fortschrittlicher Freizeitgestaltung zu fördern, Problembewußtsein über den Musikmarkt zu vermitteln, den Gedanken der Selbstverwaltung zu unterstüzen, mit anderen Gruppen und anderen Bereichen im Haus zusammen zu arbeiten und auf deren Arbeit hinzuweisen. Der Verein strebt ein vielfältiges Angebot an, daß von Pop und Rockmusik über Folk, Jazz, Kabarett bis zu Festen und Theater reicht, Klassische Musik nicht ausschließt. Die Arbeit schließt sowohl Veranstaltungen als auch informelle Sessions, als auch die Organisation von Übungsgruppen die z.B. Gitarrenkurse, Liederzirkel u.ä. ein.

Mit Hilfe des Vereins wird in einem kleineren, für die Musik Interessierten und Musikaktiven überschaubaren Rahmen Selbstverwaltung praktiziert. Diese Selbstverwaltung bindet unmittelbar an die Interessen der Vereinsmitglieder an. Der Verein ist förderungswürdig.

Der Verein erhält durch die Selbstverwaltung des KOMM ganz bestimmte Auflagen (und wird dementsprechend durch die Selbstverwaltung kontrolliert):

- Der Verein darf pro Monat nicht mehr als ein Superkonzert (mit einer Gage über 800.- Dm) veranstalten, wobei die Höchstgage höchstens 1500.- DM betragen darf, der Eintrittspteis ausnahmsweise 6.- DM heraufgesetzt werden kann.
- Die Belästigung anderer Bereiche ist zu vermeiden. Das kann durch ausreichende Abdämmung des Festsaales und der Nebenräume erfolgen.
- Selbstverwaltungstermine müssen von Großveranstaltungen frei bleiben.
- Als Großveranstaltungstage kommen die Tage Donnerstag mit Sonntag in Frage.
- Superkonzerte sind auf dem Rat vorzustellen
- Der Verein haftet für die technische Sicherheit des Festsaales (Höchstzahl für die Besucher) u.a.
- Der Verein ist für die Folgen seiner Veranstaltungen verantwortlich. Für den Drogenhandel im und um den Saal, für zerbrochene Flaschen usw.
- Die Handhabung der Finanzen des Vereins sind der Vollversammlung gegenüber transparent zu führen.
- Die Kontrolle über das Gleichgewicht verschiedenartiger Veranstaltung gemäß der Zielsetzung kann nur über den Rat bzw. die Vollversammlung erfolgen.

Protkoll Arbeitsgruppe allgemeine Verwaltung - Seminar Pottenstein

Diese Arbeitsgruppe hat sich vor allem mit Dingen beschäftigt, die sich nicht unmittelbar in einzelne Bereiche fassen lassen und tortzdem für das ganze Haus wichtig sind. Von Anfang an wurde von allen Mitgliedern die Meinung vertreten, daß ohne harte Konsequenzen keine Änderung des jetzigen schlampigen und chaotischen Zustandes erreicht werden kann. Einzeln behandelte Punkte:

- Rechnungshof. Ein schwerwiegender Mangel der jetzigen Selbstverwaltung ist, daß die gewollte Kontrolle über den Etat nur theortisch ausgeübt wird. Am Ende des Jahres steht man immer irgendwann vor leeren Kassen. DerRechnungshof soll deswegen ein-

mal pro Monat die Gruppenetats prüfen anhand der Haushaltsüberwachungsliste, die wir vom Kulturreferat bekommen. Er soll, falls sich Probleme ergeben, diese in den Rat einbringenm Er soll ebenfalls die nicht gebunden Etats überprüfen, so Papier, Bürozeug, Werkzeug. Ebenfalls sol sich der Rechnungshof an der Erstellung des jährlichen Etats und an den Etatbereicherungen beteiligen. Zur Mitarbeit sind Rudi, Axel, Werner Schmidt und Foto Schmidt bereit.

- Einhaltung von Beschlüssen. Eins der Hauptprobleme im KOMM ist auch, daß Beschlüsse, die von irgendeinem Gremium mal gefaßt wurden nicht eingehalten werden. Mangelnde Information ist oft daran schuld. Deswegen wurtde von unserer Arbeitsgruppe als Verbesserung vorgeschlagen, es muß wirklich gewährleistet sein, daß jede Gruppe über gefaßte Beschlüsse informiert wird, von jeder Gruppe muß ein Vertreter am Rat anwesend sein. Falls dies über einen längeren Zeitraum nicht der Fall ist wird nach Rücksprache mit dem Rat bzw. der VV der Gruppe die materielle Basis entzogen, wie es im Selbstverwaltungsmodell heißt, d.h. der Raum weggenommen. Verstöße gegen Beschlüsse werden von den Ratsverantwortlichen jedesmal vor dem Rat aufgelistet, im Rat besprochen. Außerdem soll eine Liste erstellt werden, die die Gruppen als Pflichtaufgaben erhalten. Diese Liste muß das Sekretariat erarbeiten und dem Rat vorlegen. Umfassend soll diese Liste z.B. die Informationspflichten der Gruppe, die Sauberhaltung des Raumes und die Mitarbeit am Programm.
- Vorstrukturierung der VV. Ein Mangel an den VVs so wurde festgestellt ist, daß keine beschlußfähigen Vorlagen bestehen und so also keine konkrete Diskussion stattfinden Kann. Deshalb wird von unserer Arbeitsgruppe vorgeschlagen, daß die VV anhand der bestehenden Tagesordnung an einem Abend ungefähr eine Woche vor der VV vorstrukturiert wird, d.h. zu den bestehenden Tagesordnungspunkten Beschlußvorlagen erstellt werden, die dann noch einmal den Gruppen zugeleitet werden. Als Vorschlag besteht weiterhin, daß während der VV das Haus geschlossen ist, d.h. der hintere Teil ganz abgesperrt und im voderen keine Gruppenaktivitäten stattfinden. Ausnahmen evtl. Teestube. Hier Bediengungsrahmen für Großveranstaltungen. Hier wird auf das Protokoll der entsprechenden Arbeitsgruppe am Sekretariat verwiesen. Unsere Gruppe stellte nur noch einmal fest, daß eine klare Verantwortlichkeit festgestellt werden muß, der die Veranstaltung durchführt.
- Hauspolizei unnötig machen. Das bedeutet, jede Gruppe muß selbst ihren Raum betreuen, Hausverbotsleute und Störer rausschmeißen. Dieser Beschlußvorschlag betrifft insbesondere Veranstaltungsgruppe, Kneipe, Videothek, Spielothek und Filmfabrik. Also die öffentlichen Bereiche. Es soll verfahren werden wie in der Teestube. Entstehende Probleme falls eine Gruppe nicht bereit ist diesen Beschlußvorschlag nachzukommen, falls er von der VV akzeptiert wird, muß auf dem Rat diskutiert werden. Falls immer noch keine Besserung erzielt werden kann ist auch hier möglicherweise die Konsequenz Raum wegnehmen. Als Appel ergeht diese Bitte auch an die Mitarbeiter, wenn sie nicht in den Gruppen mitarbeiten bzw. an die Sekretäre wenn sie nicht im Dienst sind. Damit wird die Hauspolizeifunktion der diensthabenden Sekretäre erheblich entlastet oder sogar unnätig gemacht.

- Praktikanten. Festgestellt wurde als Mangel, daß die Praktikanten keinen Einstieg ins Haus finden und irgendwo zwischen Sekretariat und den übrigen Selbstverwaltung schweben. Als Abhilfe wurde folgender Beschlußvorschlag erstellt: Praktikanten müssen in ihrer Dienstzeit zusätzlich zu ihren Verwaltungsblöcken und Informationsdiensten in einer Gruppe arbeiten. Dabei entstehende Erkenntnisse oder evtl. auch Schwierigkeiten werden im Rat besprochen. So wird eine Einbeziehung der Praktikanten in den Selbstverwaltungsbetrieb eher gewährleistet. Falls Praktikanten nicht bereit sind, sich in den Betrieb einzugliedern, kann der Rat ihnen auch das Mißtrauen aussprechen und eine Anweisung an den Dienststellenleiter zu geben, den Praktikanten aus der Dienststelle zu entlassen.
- KOMM-Hysterie. Zur Information von Besuchern und Mitarbeitern, die neu einsteigen, und die Entwicklung des KOMM nicht mitbekommen haben, ist es dringend notwendig, eine Geschichte des KOMM mit allen wichtigen Beschlüssen zu erstellen. Der Auftrag ergeht an die Selbstverwaltung
- Beschlußkartei. Von allen Beschlüssen, die gefaßt werden und gefaßt worden sind, muß eine Beschlußkartei erstellt werden, in der die Beschlüsse nach Stichworten eingeordnet sind und damit jederzeit für jeden einsehbar. Aufgabe wird an das Sekretariat delegiert.

Protokoll des verlängerten Wochenendseminars / Di. 10.2.76

ALLGEMEINE ORGANISATION

Damit die derzeit starke Frustration der Sekretäre abgebaut werden kann, ist es erforderlich den Dienstleistungscharakter der Dienstblöcke zu verändern. Dies kann dadurch geschehen, daß die Zahl der Dienstblöcke reduziert wird, so das mehr Zeit für die Betreuung von Gruppen und die Betreuung der Selbstverwaltungsveranstaltungen (VVs, Rat) und die Organisation von zeitl. begrenzten Projekten gegeben ist. Es wird vorgeschlagen, den Dienst der Sekretäre auf 3 Blöcke zu beschränken. Dies kann einerseits dadurch geschehen, daß die Betreuung des Vormittagsdienstes auf Popp und die städt. Sekretärin übergehen, andererseits die Praktikanten nach einer langen Einarbeitungszeit stärker zur Verantwortung gezogen werden.

Die Praktikanten sind verpflichtet, 32 Stunden im Rahmen der Dienststelle "KOMM" zu arbeiten. Bislang arbeiten die Praktikanten 3 x 7 Std. und 2 Std. Supervision und Betreuung einer Gruppe, wobei diese Tätigkeit in der Regel 4 Std. nicht überschreitet und nicht von allen Praktikanten geleistet wird.

Es wird vorgeschlagen, den Praktikanten zwingend aufzuerlegen, alle 32 Std. nach festen Zeiten eingeteilt im KOMM zu verbringen, bzw. zu arbeiten. Wenn man davon ausgeht, daß ein weiterer Praktikant im KOMM arbeiten kann, damitmehr Dienstblöcke zur Verfügung stehen, dürfte das Defezit im Haus- bzw. Gruppenbetreuung gedeckt werden.

KLARE ORGANISATION DES TAGESABLAUFES

Viel Frustration entsteht bislang dadurch, daß viele Besucvher sich nicht an die Öffnungszeiten von 18 Uhr halten, die Grenze bei einer Reihe von Mitarbeitern verschwimmt, die sich auch vormittags im KOMM aufhalten und den Betrieb mehr stören als unterstützen. Deshalb wird der folgende Tagesablauf vorgeschlagen:

$8^{\underline{30}}$ Uhr - $12^{\underline{00}}$ Uhr :	Verwaltungsarbeit, Telefongespräche, Besorgen von Verbrauchsartikeln, Ankündigung von Veranstaltungen des Abend, Aufräumen der Verwaltungsbereiche.
$12^{\underline{00}}$ Uhr - $13^{\underline{00}}$ Uhr :	Essenszeit, wobei hier Popp und Praktikanten bzw. andere Mitarbeiter sich abwechseln müssen.
$13^{\underline{00}}$ Uhr - $14^{\underline{00}}$ Uhr :	Ruhezeit
$14^{\underline{00}}$ Uhr - $16^{\underline{00}}$ Uhr :	Besprechungszeit (Sekretariat, Ausschüsse)
$16^{\underline{00}}$ Uhr - $18^{\underline{00}}$ Uhr :	Herrichten des Hauses, wobei Praktikanten und Sekretäre sich ergänzen sollten. In dieser Zeit sollte die strickte Schließung des KOMM eingehalten werden, auf alle Fälle bis zu einer Sperre des KOMM-Hilferaumes
$18^{\underline{00}}$ Uhr - $23^{\underline{00}}$ Uhr :	Abendbetrieb
$23^{\underline{00}}$ Uhr - $24^{\underline{00}}$ Uhr :	Aufräumen, Saubermachen, Abschließen.

Wenn dieser Tagesrythmus den Mitarbeitern und Besuchern erklärt und verständich gemacht wird, wird die technische Organisation des Betriebes sicher erleichert werden.

KLARE ORGANSIATION DES WOCHENABLAUFES

Viel Ärger entsteht deshalb, weil bei ungenügender Programmkoordination erstens Überschneidungen, zweitens Lautstärkestörungen, drittens die Verwirrung des Besucherskreises entstehen. Besucher werden beispielsweise dann verwirrt, wenn sie sich Dienstags oder Mittwochs ein Programm erwarten, die Mitarbeiter aber in den Organen der Selbstverwaltung bzw. Gruppenstress gebunden sind.

Deshalb sollte man die folgenden Schwerpunkte festlegen und nach außen deutlich machen:

Montag : Ruhetag (das KOMM ist vollständig geschlossen)

Dienstag : Selbstverwaltungstag (an diesem Tag finden die Sekretariatsbesprechungen statt, die Praktikantenbesprechungen, der Rat)

Mittwoch : Nachdem sich ohnehin fast alle Angebotsgruppen am Mittwoch treffen, sollte man diese Tendenz verstärken, möglichst andere Gruppen die sich nicht am Angebot beteiligen, auf andere Tage verlegen. Das hätte den Vorteil, daß unter den Gruppen eine stärkere Kommunikation, Zusammenarbeit evtl. sogar manchmal gemeinsame Treffen entstehen können.

Donnerstag : Gemischter Tag (hier kann sowohl Gruppenarbeit als auch Unterhaltung stattfinden)

Freitag : Großveranstaltungen und Angebot aus den Bereichen

Samstag : An diesen Tagen also vorrangig Musik, Kino, Party

Sonntag : Fest usw.

Die Information über die Wochenstruktur müßten sowohl im Eingangsbereich des Hauses erscheinen, als auch im Monatprogramm ferner ist es notwendig daß alle Mitarbeiter diese Regelung konsequent vertreten.

Liebe Freunde

SELBSTVERWALTUNGSPAPIER

Während der letzten Wochen wurde die Änderung des "Selbstverwaltungsmodells im KOMM" diskutiert. Das veränderte Modell soll den Erfahrungen (Anmerkung) des vergangenen halben Jahres Rechnung tragen. Das neue Modell, das von einer Arbeitsgruppe vorbereitet und von 3 VVs diskutiert wurde, liegt in der verabschiedeten Fassung (25.10.74) als Anlage bei.

Dieses Modell muß nun

- praktisch vollzogen werden
- dem Stadtrat zur Billigung vorgelegt werden

Dazu folgendes:

Als Folge des verabschiedeten Modells muß - nachdem das Sekretariat gewählt ist und die Gruppen seit Mitte September wieder arbeiten - der Rat gewählt werden. Diese Wahl findet statt am

<u>Freitag, 1. November, 18.00 Uhr Vollversammlung</u>

Die nächste Sitzung des Kulturausschusses findet am Freitag, 15. Nov. statt. Redaktionsschluß für diese Sitzung war der 30.10. Das verabschiedete Papier wurde deshalb durch das Sekretariat umgehen weitergeleitet.

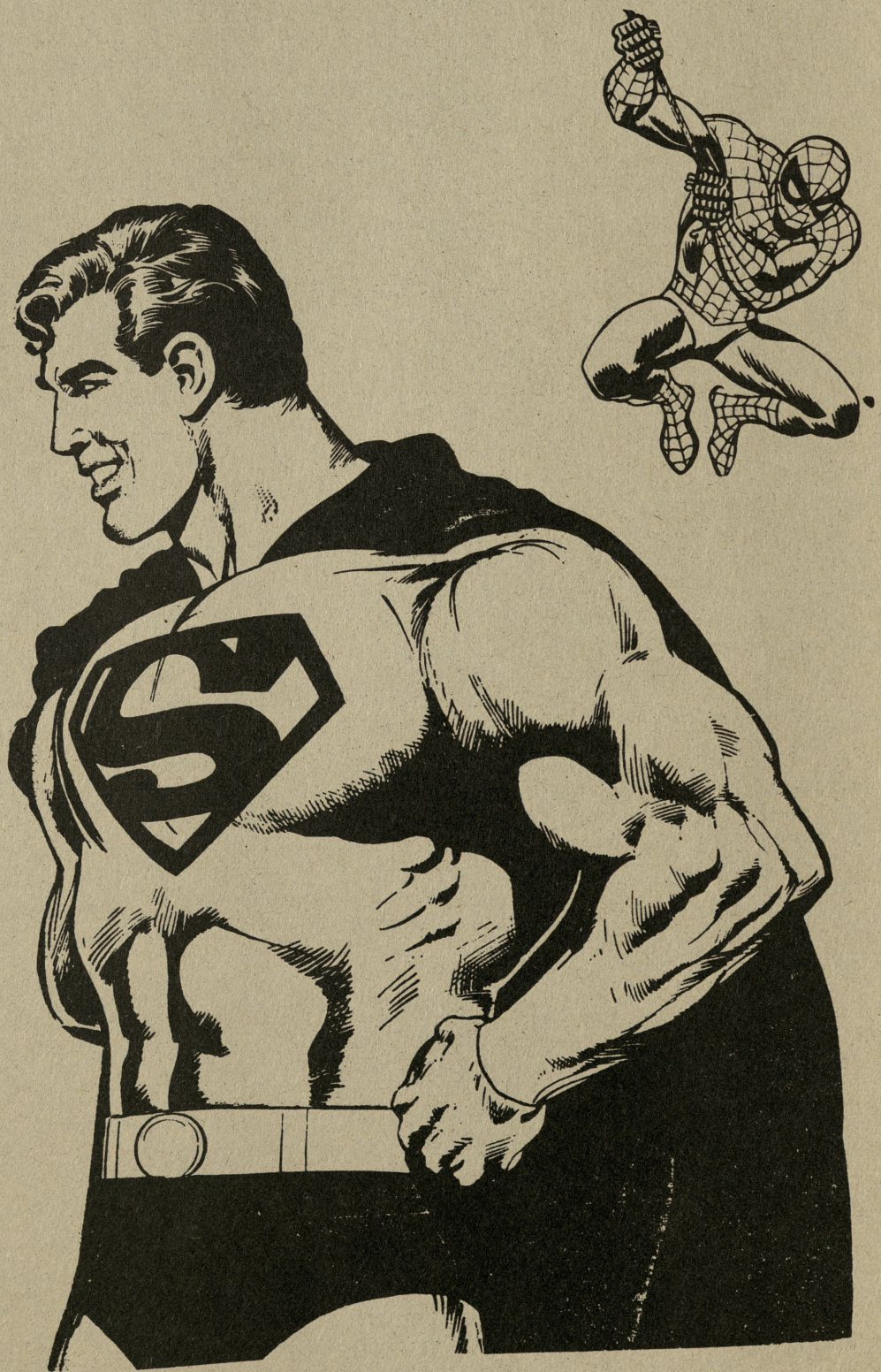
Dazu ist es notwendig, daß die Gruppen bereits Überlegungen über ihre personelle Vertretung angestellt haben. Vor der Wahl der Ratsmitglieder muß formal die Arbeit der Gruppen bestätigt werden. Dazu ist eine kurze Vorstellung der Ziele und der praktischen Arbeit jeder Gruppe erforderlich (ca. 1/2 Schreubmaschinenseite). Der Rat tritt nach der Wahl zum frühest möglichen Termin zusammen.

Für Gruppen, die bis Freitag nicht in der Lage sind, einen Vertreter zu benennen, findet <u>eine Nachwahl</u> statt; <u>voraussichtlich am 8. November.</u>

<u>Anmerkung:</u> Die Ausgangslage für die Änderung des SV-Modells war folgende:

Die Mitarbeiter des KOMM trafen sich nach der Sommerpause (Ende Sept.). Die Grundüberlegungen dieser VV waren, daß aus den Erfahrungen des letzten halben Jahres Konsequenzen gezogen werden müßten. Man stellte in dieser Diskussion fest, das die VV einer Reihe von Aufgaben nur unzureichend gerecht werden konnte, was wohl auch an ihrer unzureichenden Aufgabenstellung lag. Auch in Bezug auf den Delegiertenrat lagen negative Erfahrungen vor. Im Vordergrund standen die folgenden Überlegungen:

- Die Gruppen, die im Haus arbeiten, müssen unmittelbar - aktiv - in die Programmplanung des Hauses einbezogen werden.
- Die Aufgaben der VV müßten klarer nach Funktionen bestimmt werden, um qualifizierte Entscheidungen zu ermöglichen.
- Die aktive Informationspflicht der SV-Organe (Rat, Sekretariat) muß im Interesse der Besucher und Mitarbeiter klarer herausgestellt werden.



Und nochmals SELBSTVERWALTUNG!
Ein Seminar am 19./20. Januar 1980

Auf der mit ca. 120 Leuten gut besuchten außerordentlichen Vollversammlung wurde nach heftigen Auseinandersetzungen zum zweiten Mal bestätigt, daß ein weiterer städtischer Mitarbeiter, der sich speziell auf Drogenarbeit konzentriert, eingestellt werden kann. Gleich anschließend stellten sich die beiden Bewerber/innen vor. Eine klare Mehrheit entschied sich – vier Stunden nach Beginn dieser VV – für Wolfgang Kischka, der bereits seit über einem Jahr in verschiedenen Gruppen im KOMM mitarbeitet. Glückwunsch!
Für einen nicht unerheblichen Teil engagierter KOMM-Mitarbeiter war die Entscheidung für einen vierten städtischen Mitarbeiter ein weiterer Schritt zum Abbau der Selbstverwaltung, die sie schon durch Konsum und Kommerz ausgehöhlt sehen.
Ihrem Unmut haben einige VV-Teilnehmer dann auch umgehend Luft gemacht, indem sie spontan eine Beerdigung der Selbstverwaltung inszenierten, symbolisch mit einer Puppe, Transparenten und vielen lauten Tränen.
Andere Freunde der Selbstverwaltung waren etwas bastelfreudiger und verstopften in der darauffolgenden Nacht sämtliche Außenschlösser so hervorragend, daß der Schlosser 1 1/2 Tage mit der Reparatur der Schlösser beschäftigt war und diese dann doch ausgetauscht werden mußten (ca. DM 600,– Kosten). Auf diesem Weg: ein herzliches Dankeschön für diese „gute Tat des Tages"!
An den Türen zum KOMM stand dann noch ein kluger Satz zur Erklärung: „Die Selbstverwaltung ist abgekratzt!"
D.h., sie muß kurz vorher noch gelebt haben. Und zu diesem Zeitpunkt sperrten auch noch die alten Schlüssel. Also sperren die alten Schlüssel zur Selbstverwaltung! Der wahren und reinen, nicht befleckt durch städtische Mitarbeiter. Wer an diesen alten „Schlüsseln zur Selbstverwaltung" interessiert ist, kann sich diese im Sekretariat abholen.
Ähnliche Situationen und Konflikte hat es in der Geschichte des KOMM immer wieder gegeben. „Die Selbstverwaltung ist schon oft abgekratzt."
Aber ebensooft haben Mitarbeiter diese resignativen Momente überwunden oder sie sind gegangen. Und haben anderen Platz gemacht, die mit mehr und neuer Hoffnung Selbstverwaltung er- und gelebt haben. Die Selbstverwaltung im KOMM ist zäh und stark, nun schon 6 1/2 Jahre lang. Und sie wird sich auch den etwas gewaltsamen Annäherungsversuchen der JU widersetzen.
Da die verschiedenen Mitarbeiter und Besucher unter Selbstverwaltung je etwas anderes verstehen, ist es oft sehr schwer, sich in der praktizierten Selbstverwaltung wiederzufinden. Die einen verstehen unter SV eine kämpferische Auseinandersetzung in politisch unwirtlichen Situationen, den anderen ist die Tatsache genug, daß sich im KOMM verschiedene Gruppen nebeneinander selbst bestimmen können. Für viele der jungen Besucher ist es absolut unverständlich, warum sie sich selbst verwalten sollen. Für sie ist der einst hart erarbeitete „Freiraum" schon allzu selbstverständlich. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt! Um ein neues, deutliches Selbstverständnis zu vereinbaren, machen die Mitarbeiter des KOMM am Wochenende vom 19./20. Januar 1980 ein Seminar.
Da bleibt das KOMM dann für andere Dingens geschlossen, aber jedermann und jedefrau ist eingeladen, in den Arbeitsgruppen mitzudiskutieren:

- Was bedeutet Selbstverwaltung?
- Wie kann man sie und die Arbeit in den Gruppen noch besser machen?
- Wo muß das KOMM stärker nach außen, in die Stadt und die Gesellschaft wirken, um seinen politischen Anspruch einzulösen?

Habt Ihr schon mal gehört? Stimmt!

Tiefes Mißtrauen

Diskussion um die Zukunft des Nürnberger „Komm"

Das Mißtrauen war allgemein. Dabei richtete sich das Mißtrauen weniger gegen bestimmte Personen, sondern gegen die etablierte Kultur. Wenn man diese Podiumsdiskussion, dazu den Disput zwischen dem Podium und dem überwiegend aus Jugendlichen bestehenden Publikum sowie zwischen den Jugendlichen und den wenigen im Publikum verstreuten Künstlern aus der gebührenden inneren Distanz, ohne jede Sympathie für eine dieser Seiten verfolgte, dann sah man hier die Kluft zwischen dem offiziellen Kulturbetrieb, an dem die bildenden Künstler auf ihre Weise partizipieren, und einem auch in den späten siebziger Jahren noch immer beachtlichen Teil der Jugend, die sich außerhalb des offiziösen Kulturbetriebes hält. Diese Teile der Jugend, für die das Nürnberger „Kommunikationszentrum" (Kürzel: „Komm") im Künstlerhaus am Königstor ein ihnen in Selbstverwaltung unterstehendes Refugium geworden ist, zeigen immer wieder ihren tiefen Argwohn gegenüber einer Kultur, die sie als die „Kultur" einer verwalteten Welt durchschaut haben, als Kulturbetrieb einer vom Kommerz beherrschten Gesellschaft, deren Zwängen sie sich zu entziehen versuchen. Und sie wissen, wer sich in diesem Kulturbetrieb hat etablieren können, der hat sich längst den Spielregeln verwaltungstechnischer Hierarchien und den Gesetzen des Kommerzes angepaßt.

Darum ging es: „Ein Komm in Selbstverwaltung oder ein Kulturpalast mit Aufzug?" hatten die Jugendlichen provokant ihre Podiumsdiskussion betitelt, zu der sie Vertreter der drei Parteien im Nürnberger Stadtrat in ihr Domizil am Königstor eingeladen hatten. Daß es ihr Domizil, daß es auch nach dem geplanten Umbau ohne Einschränkung das ihnen in Selbstverwaltung unterstehende Haus bleibt, dafür streiten sie seit längerem. Sie wissen sich dazu berechtigt, weil sie in diesen inzwischen unter Denkmalschutz gestellten Torso eine Menge freiwillige und gering bezahlte Arbeit investiert haben. Eben das führten sie auch an diesem Abend des öfteren gegenüber den Kommunalpolitikern ins Feld. Auf dem Podium saßen neben einem Vertreter der Selbstverwaltung des „Komm" und einem Mann der Stadtverwaltung, Siegfried Kett vom Freizeitamt, die Stadtverordneten Helmut Bühl von der CSU, Jürgen Fischer von der SPD und Peter Murawski von der FDP, alle im Kulturausschuß des Stadtrates tätig. Daß den Christdemokraten bei dieser Selbstverwaltung der Jugendlichen die ganze Richtung nicht paßt, ließ Helmut Bühl nach einigen Windungen dann auch ziemlich unumwunden durchblicken. Dabei ist es auch vor allem die CSU, die nach dem Wiederauf- und Umbau des Künstlerhauses größere Teile des Hauses den bildenden Künstlern zur Verfügung stellen möchte. Aber eben dies sieht auch der Umbauplan des Kulturreferates vor, wobei das Referat in den Zugeständnissen an die bildenden Künstler längst nicht so weit geht wie die CSU.

Immerhin sehen die Jugendlichen in dem Kompromiß des Referates („Vieles unter einem Dach") eine Taktik, die ihnen die Zügel aus der Hand zu nehmen versucht. Jürgen Fischer bat um Glauben daran, daß die Sozialdemokraten nicht daran dächten, hier die Selbstverwaltung anzutasten, wenn auch der erweiterte Bau nicht mehr ausschließlich dem „Komm" zur Verfügung stehen könne, sondern als „Künstlerhaus" nicht mit der Institution des Kommunikationszentrums gleichzusetzen sei. Der Freidemokrat Murawski wollte auch das Recht der Jugendlichen auf Selbstverwaltung nicht angetastet wissen, betonte aber stärker, daß sie nur das Anrecht auf eine Teilfläche des umgebauten Künstlerhauses hätten. Die Jugend aber will nicht „in Untermiete" wohnen innerhalb eines Hauses, über das sie noch allein verfügt.

Dabei war das mit dem „Kommunikationszentrum" einmal ganz anders gemeint. Nicht nur die Jugend sollte hier eine „Begegnungsstätte" finden, sondern jedermann. Doch die Verhältnisse, die sind nicht so, daß der Bürger dort verkehrt, wo die Jugend (zumindest jene Jugend, die bourgeoise Konventionen verabscheut) das Sagen hat oder auch nur hat Fuß fassen können. Der Streit um das, was dann aus dem Künstlerhaus/Kommunikationszentrum wurde, ist alt und hinlänglich bekannt. Kaum ein bildender Künstler, die jetzt im neuen Haus wieder Fuß fassen möchten, hat je den seinen in dies Haus gesetzt, seitdem es von der Jugend beherrscht wird. Die Jungen sagen, die Künstler könnten doch kommen und bei ihrer Selbstverwaltung um eine Ausstellung nachsuchen. Dabei sind sie weniger naiv als sie tun, denn sie wissen zu gut, daß die Maler, zumindest nicht die etablierten, die ein Renommee aufs Spiel zu setzen und in die Waagschale zu werfen haben, bei ihnen antichambrieren werden. Daß etwa Künstler, die längst die Spielregeln in den höheren Etagen der Verwaltung und des Kommerzes kennen, sich den Spielregeln jener jugendlichen „Basisdemokratie" unterwerfen. Also läuft's am Ende darauf hinaus, wer hier die besseren Kontakte hat.

Wie gesagt, das Mißtrauen saß tief. Es richtete sich nicht allein gegen Kommunalpolitiker, denen man wahltaktisches Verhalten unterstellen darf. Es war ein Mißtrauen aus Instinkt. Es ging an diesem langen Freitagabend, der erst kurz vor Mitternacht endete, nicht allein um die Quadratmeter im umgebauten Künstlerhaus, sondern hier ging es den Jugendlichen um den uneingeschränkten Fortbestand ihrer eigenen, nach selbstgegebenen Regeln existierenden inoffiziellen Kultur. Ein Maler legitimierte das Anrecht der Künstler auf das Haus mit dem Hinweis, daß die Bürger der Jahrhundertwende den Nürnberger Künstlern diesen Bau finanziert hätten. Eben das war jene Bourgeoisie, die Karl Marx im Visier hatte, der Mann, von dessen Ideologie diese Jungen sich stärker begeistern lassen als von der Kunst einer bürgerlichen Kultur. Das Mißtrauen wird weiter bleiben.

WALTER FENN

Dramatiker-Preise

Auszeichnungen in Berlin vergeben

Die Dramatiker-Union (DU) hat auch in diesem Jahre Auszeichnungen an Förderer des zeitgenössischen dramatischen oder musikdramatischen Schaffens sowie an Autoren dieses Bereiches vergeben. Das von Günther Weisenborn gestiftete „Silberne Blatt" der Dramatiker-Union wird an den Chefdramaturgen, Regisseur, Programmchef beim Süddeutschen Rundfunk und künstlerischen Beirat der Festspiele Schwetzingen, Willy Grüb, verliehen. Gleichfalls erhält das „Silberne Blatt" Günter Könemann für seine Förderung des zeitgenössischen musikdramatischen Schaffens als Generalintendant und Oberspielleiter des Musiktheaters im Revier in Gelsenkirchen.

Ein Spiegel der Realität

Tief hinabgeleuchtet in die Abgründe des nächtlichen Verwirrspiels hat Dieter Dorn mit seiner Inszenierung von Shakespeares „Mittsommernachtstraum" in den Münchner Kammerspielen. In seiner Interpretation der Komödie, für die sich der Regisseur zusammen mit dem Dramaturgen eine eigene Übersetzung erarbeitete, wird das Spiel der Phantasie als Spiegel für die erkannte Realität deutlich. Charakteristisch für die bildhafte Art, in der Dorn die latent sadistischen Züge der Komödie verdeutlicht hat, ist die abgebildete Szene: weißvermummtes Hofgesinde entkleidet Hippolyta (Elisabeth Schwarz) ihres Schmuckes, reißt ihr das phantastische Gewand vom Leibe und legt um die nackte Gestalt eine schwarze Kutte. Eine Inszenierung, in der Radikalität der Deutung und spielerische Leichtigkeit der Bilder hervorstechendste Merkmale sind. Ausführliche Kritik folgt.

Selbstverwaltung bleibt das Kriterium des „KOMM"

Öffentliche Mitarbeitersitzung diskutierte Planung für das Künstlerhaus — Sorge um die Zukunft des Projekts

Bei den Mitarbeitern des Nürnberger Kommunikationszentrums (KOMM) stehen die Zeichen wieder einmal auf Sturm.

Die Selbstverwaltung sieht ihre Arbeit durch die Umbaupläne für das Künstlerhaus bedroht und sammelt Unterschriften dagegen. Das Kulturreferat beurteilt die Dinge anders: mit dem Umbau sei die Frage der Nutzung der Räume noch nicht entschieden.

Anlaß dieser unterschiedlichen Betrachtungsweise war die Sitzung des Kulturausschusses vom 9. Juni. Das Kulturreferat legte hierzu im Rahmen des „Gesamtkonzepts Künstlerhaus — Kunsthalle — Landesgewerbeanstalt" Pläne für den Ausbau des Künstlerhauses vor, die entsprechend dem Beschluß des Stadtrats vom Oktober 1977 auch die Interessen der Nürnberger Künstlerschaft und des Jugendzentrums berücksichtigen sollen.

Heute sind alle Bereiche des KOMM einschließlich der dort arbeitenden Vereine in der Selbstverwaltung zusammengeschlossen. Nach den Plänen soll der Eingangsbereich des KOMM künftig Ausstellungen der Nürnberger Künstler und Informationen des Bau- und Kulturreferats dienen.

Der Veranstaltungsbereich (Festsaal, Kino, Kleinkunst, Kneipe) wird von der Stadt und den Vereinen genutzt werden. Die Werkstätten im Keller sollen Künstlerschaft und Mitarbeitern gemeinsam zur Verfügung stehen.

Der eigentliche KOMM-Bereich, die Räume für arbeitende Gruppen wie KOMM-Hilfe, Dritte-Welt-Laden, Spielothek, Video- und Ausstellungsgruppe werden dann in den 1. und auszubauenden 2. Stock des Künstlerhauses verlegt. Für diesen Gruppenbereich würden dann rund 900 Quadratmeter bleiben. Heute machen die Räume des KOMM, das wöchentlich bis zu 3000 Besucher hat, 3300 Quadratmeter aus.

In einer Informationsveranstaltung meldeten die Mitarbeiter ihre Bedenken gegen die im Kulturausschuß verabschiedeten Pläne an und forderten ihre Rücknahme. Sie sind keineswegs dagegen, daß neue Gruppen vom KOMM Besitz ergreifen. Jedoch sehen sie nach den jetzigen Plänen keine Sicherheit, daß diese Gruppen in die Selbstverwaltung des Hauses einbezogen werden.

Tatsächlich ist im Entwurf des Kulturreferats von „getrennten Zugängen" und der „räumlichen Trennung der verschiedenen Nutzungsbereiche" die Rede.

Eine Selbstorganisation der eigenen Interessen und eine demokratische Willensbildung halten die „Kommler" aber unabdingbar für alle Mitarbeiter des Hauses.

„Kultur für jedermann", sagen sie, „bedeutet nicht nur konsumieren, sondern selbst seine Fähigkeiten zu entdekken. Selbst Theater zu spielen, anstatt nur zuzuschauen, selbst an Ausstellungen zu arbeiten, anstatt nur Fertiges zu begutachten."

Nach den jetzigen Vorlagen, befürchten die Mitarbeiter, könnten Gruppen einbezogen werden, die nicht mit anderen gemeinsam sich unterhalten und arbeiten wollen: „In einem selbstverwalteten Haus lernen wir uns demokratisch zu verhalten, uns auseinanderzusetzen, durchzusetzen und mit anderen zu vereinbaren. So setzen wir uns auf politischen Veranstaltungen oder Podiumsdiskussionen mit lokalen und gesellschaftlichen Problemen auseinander. Deshalb haben wir z. B. nichts dagegen, wenn der Bauhof hier Ausstellungen macht, denn so können wir uns frühzeitig über neue Kaufhausbauten in der Innenstadt informieren und etwas dagegen unternehmen."

Die KOMM-Leute sind keinesfalls gegen eine Erweiterung des KOMM an sich, sondern haben schon in der Vergangenheit von der Stadt Mittel zur selbstbestimmten Renovierung gefordert. Nur möchten sie als Preis für den Ausbau nicht auf die Selbstverwaltung verzichten. Deshalb haben sie in der letzten Woche eine Unterschriftensammlung gegen den Beschluß des Kulturausschusses gestartet und bereits 1700 Unterzeichner gefunden.

Auch mit einem Fest an der Museumsbrücke am 22. Juli, an dem sich zahlreiche Jugendgruppen und Bürgerinitiativen wie Falken, Judos, Jusos, CVJM Gibitzenhof, Amnesty International, Frauenhausinitiative, „Desi" und AKW-Gegner beteiligen, will das KOMM Unterstützer für seine Anliegen gewinnen.

Das Kulturreferat andererseits sieht sich zu Unrecht als Prügelknabe behandelt. Es habe, so Siegfried Kett, Leiter des Freizeitreferates, in der Vergangenheit stets die Selbstverwaltung des KOMM verteidigt. Die jetzt vorgelegten Umbaupläne, die man im Rahmen einer längerfristigen Konzeption sehen müsse, würden keine Vorentscheidung über die künftige Nutzung der Räume bedeuten. Hierüber konkret zu entscheiden sei wie bisher Sache des Stadtrats.

Kett selbst gesteht zu, daß die jetzigen Pläne „insofern schwammig sind, weil verschieden interpretierbar". Als Möglichkeit, die entstandene Diskussion zu versachlichen, sieht er eine Trennung der Umbau- und der Nutzungsfrage an: „Hinterher ist man immer klüger."

Eigentlicher Diskussionsschwerpunkt sei nach Kett die Frage der Nutzung des Veranstaltungsbereiches (Festsaal, Kino usw.). Hierüber zu entscheiden sollte sich der Stadtrat Zeit lassen.

Im Moment finden Gespräche von Vertretern der Parteien mit den jetzigen und künftigen Interessenten des KOMM statt. gz

2. Da die Sprachbarrieren die Hauptursache für die mangelnde Integration der Ausländer und auch für die hohe Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen sind, wird die Stadt aufgefordert, im Sprachschulungsbereich neue Wege zu suchen, arbeitslose Lehrer verstärkt für diesen Zweck einzusetzen und ein geschlossenes Konzept für diesen Bereich zu entwickeln.

3. Die Stadt muß künftig die von den verschiedenen Nationalitäten ausgehenden sozialen, kommunalpolitischen und künstlerischen Aktivitäten mehr unterstützen, und zwar mit Geld, Bereitstellung von Räumen, Beratung und personeller Hilfe. Gerade diese Aktivitäten können eine starke Integrationswirkung haben, die ein humanes Zusammenleben aller Bevölkerungsteile ermöglicht.

Die mit der Arbeit des bisherigen Beirats unzufriedenen Ausländergruppen werden sich — das ist das Ergebnis der Diskussionen — zu einem Arbeitskreis zusammentun, um ein Gegenmodell zu entwickeln, die Arbeit des Beirats kritisch zu begleiten und die Ausländerpolitik der Stadt zu untersuchen.

Das erste Treffen, zu dem auch deutsche Gruppen, die sich mit dieser Problematik befassen, eingeladen sind, findet am Dienstag, 25. Juli, 20 Uhr, im Kulturladen Nord, Wurzelbauerstraße 35, statt.

Johannis/Großreuth

Die EWAG erneuert in den nächsten drei Wochen ein weiteres Stück der Hauptwasserleitung im Nordring. Die Wasserversorgung wird dadurch zwar nicht unterbrochen, aber es kann wegen der geänderten Fließrichtung am heutigen Donnerstag in Johannis, Thon und Großreuth/h. der Veste das Trinkwasser vorübergehend getrübt sein.

KONFLIKTE

Eng mit der Geschichte der Seminare verbunden ist die Geschichte der Konflikte; deshalb soll diesen ein gesonderter Abschnitt gewidmet werden.
Die Entwicklung des KOMM war gekennzeichnet durch drei große politische Auseinandersetzungen:
- dem Kommunalwahlkampf 77/78;
- dem KBW-Konflikt Ende 78;
- dem Junge- Union-Konflikt Ende 79;

Hinzu kam eine Auseinandersetzung zwischen dem KOMM , der Stadt Nürnberg und etablierten Künstlerverbänden zum Thema, Umbau des Künstlerhauses, sowie die das KOMM durch die Jahre hindurch begleitende Drogenproblematik.

1. DER KOMMUNALWAHLKAMPF 77/78

Mit einer scharfen Attacke gegen die KOMM-Zeitung von Seiten der CSU fiel der Startschuß zu einem einjährigen Kommunalwahlkampf, in dem das KOMM von der Nürnberger CSU schließlich zum Hauptwahlkampfthema gemacht wurde. Das Haus wurde mit allen erdenklichen Mitteln angegriffen, im Mittelpunkt aber stand immer wieder der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit. Auf unsere Einladung zu einer Podiumsdiskussion auf neutralem Bodem schrieb uns der Vorsitzende der Nürnberger Stadtratsfraktion, daß er daran nicht teilnehmen könne, da in KOMM-Gruppen Leute tätig sind, "die ich als verfassungsfeindliche Linksradikale bezeichnen muß".

Schützenhilfe erhielten die Nürnberger Konservativen von Seiten der Nürnberger Presse, die es so trefflich verstand, das KOMM immer wieder mit dem Drogenproblem in Verbindung zu bringen, von der BILD-Zeitung die es sich auch nicht entgehen ließ, über das KOMM zu "berichten" (s. Anhang) und vom Bund für Steuerzahler, der sich - zufällig - dasselbe Ziel wie die CSU gesucht hatte, nämlich die KOMM-Zeitung.

NZ, 23.3.77

Eine Attacke gegen die KOMM-Zeitung

Georg Holzbauer spricht von einem subversiven Zentrum für die Schulung radikaler Kräfte

Eine scharfe Attacke gegen die turnusmäßig erscheinende KOMM-Zeitung ritt gestern CSU-Fraktionschef Georg Holzbauer. Was ihm in dem Blatt besonders gegen den Strich geht, ist die sich über mehrere Seiten erstrekkende „üble Hetze gegen Berufsverbote". In diesem Zusammenhang wird auch behauptet, daß die Bundesrepublik leicht zum Polizeistaat werden könne. Ferner wird beklagt, daß die sogenannten Berufsverbote den Zusammenschluß politisch machtvoller Organisationen erschwere.

Nicht genug damit. Holzbauer zitierte weiter aus der Zeitung, in der Berufsverbote als Maulkorb- und Knüppel-aus-dem-Sack-Gesetze bezeichnet werden. Weiter im eindeutig linksgerichteten Jargon wird auf eine Anti-Repressionsveranstaltung mit „anderen fortschrittlichen demokratischen Kräften" hingewiesen. Dazu ist seitenweise über die Teilnahme an den Protestaktionen in Brockdorf berichtet, wobei u.a. die Verwendung von Stannioldrachen als Abwehrmittel gegen die Lärmbelästigung durch absichtlich zu tief fliegende Polizeihubschrauber deklariert wird.

Neben einem Artikel über eine Demonstration vor der Strafanstalt Burgebrach, bei der Straffreiheit für einen der Inhaftierten gefordert wurde, kam Holzbauer auf den Veranstaltungskalender des KOMM zu sprechen, der sich in Kino, Kneipe und Vollversammlungen erschöpft. Die besten Auskünfte über das, was im KOMM passiert, sind nach Meinung des Fraktionschefs die in dem Blatt angegebenen Adressen. Hier sind neben anderen die DFU, die Deutsche Friedens-Union, und die Gruppe Internationaler Marxisten aufgeführt. SPD und FDP, die ebenfalls darin enthalten sind, müßten sich nach Meinung Holzbauers in dieser Gesellschaft schämen. Wäre die CSU ebenfalls vertreten, würde er gerichtlich dagegen vorgehen, betonte Holzbauer.

Was ihn jedoch besonders in Harnisch bringt, ist die Tatsache, daß die Zeitung mit städtischen Haushaltsmitteln subventioniert wird. Für Holzbauer wird das KOMM nach seinen Worten langsam zu einem subversiven Zentrum für Schulungs- und Übungszwecke linksradikaler Kräfte; eine Kaderschmiede mit städtischer Finanzierung und Leitung. Ein behördlich protektioniertes Radikalenrefugium mit Dealern vor dem Haus. Wenn die CSU eine echte Mitsprache in der Stadt erreiche, werde sie fordern, mit dem KOMM Schluß zu machen. Holzbauer sieht in diesem Punkt eine wesentliche Aussage im Kommunalwahlkampf für 1978.

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IM STADTRAT ZU NÜRNBERG

An die
STADT NÜRNBERG
- Jugendzentrum -
zu Hd. Herrn M. Popp
Untere Talgasse 8

8500 Nürnberg

Nürnberg, den 15.6.1977
Rathausplatz 2
Telefon 16/2907
226659

Sehr geehrter Herr Popp!

Sie haben mich zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, die Sie im CPH veranstalten wollen und bei der Sie mich als Diskussionspartner über die strittigen Fragen brauchen, die zwischen Ihnen und mir über das KOMM entstanden sind.

Leider konnte ich Ihnen nicht früher antworten. Ich war während der Pfingstferien im Ausland.

Und nun zu Ihrer Einladung:
ich sehe mich außerstande, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen, so lange in Ihrem Hause, bei Ihren Veranstaltungen und in Ihrer Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit (siehe KOMM-Zeitung) Leute tätig sind, die ich als verfassungsfeindliche Linksradikale bezeichnen muß.

Meine politische Erfahrung hat mich gelehrt, daß es sinnlos ist, über die zentrale Frage unseres Staats- und Demokratieverständnisses mit Menschen öffentlich und offiziell zu diskutieren, die dieses Grundverständnis unseres Gemeinwesens nicht teilen oder nicht teilen können. Das schließt nicht aus, daß ich zu persönlichen und privaten Gesprächen jederzeit bereit bin. Von einer Podiumsdiskussion jedoch halte ich so lange nichts, solange es z.B. einem "Kommunistischen Bund Westdeutschland" in einem stadteigenen Haus erlaubt und möglich ist, unter dem Begriff "Selbstverwaltung" zu tagen und dubiose Pläne zu schmieden.

Solange in Ihrer KOMM-Zeitung ungeniert die Gesetze dieses Landes zum Schutz des Staates vor radikalen Verfassungsfeinden als Berufsverbot bezeichnet werden, ist für mich das KOMM bzw. dessen Leitung kein möglicher Diskussionspartner.

Es ist wahrscheinlich, daß Sie diese meine Haltung nicht verstehen. Das würde mir leid tun, aber an diesem meinem grundsätzlichen Standpunkt nichts ändern.

Mit freundlichen Grüßen

(Georg Holzbauer)
Fraktionsvorsitzender

DER KBW-KONFLIKT

Während der hektischen und ereignisreichen Monate des Kommunalwahlkampfes,kam es im Herbst 77 zu einer harten Konfrontation zwischen dem KOMM,dem Kulturreferat und kommunistischen Gruppen.
Kurz nach den Ereignissen von Mogadischu und Stammheim beantragte der Kommunistische Bund(KB) den Festsaal des KOMM für eine Veranstaltung zum Thema "Stammheim-die Wunder wollen nicht enden".Das Sekretariat des KOMM gab seine Zustimmung,doch das Kulturreferat sah sich aufgrund von bundesweit verteiltem Material des KB zu einem Verbot dieser Veranstaltung veranlaßt.
Die Mitarbeiter des KOMM schlossen daraufhin das Haus für den Abendbetrieb und organisierten im Eingangsbereich eine Diskussion mit Vertretern des KB,Besuchern und Mitarbeitern.

Wegen des Verbotes und angedrohter rechtsstaatlicher Mittel,wurde dem KB von der Mehrheit der Anwesenden der Vorschlag gemacht,die geplante Veranstaltung durch eine andere unter der Trägerschaft des Sekretariats zum Thema "Meinungsfreiheit im KOMM" durchzuführen.
Das Angebot wurde angenommen.Dennoch gewannen die Mitarbeiter am Abend der Veranstaltung den Eindruck,daß vom KB und anderen Organisationen der Versuch gemacht wurde,die ursprünglich geplante Stammheimveranstaltung durchzuziehen.

Der Versuch von Mitarbeitern,per Abstimmung zum vereinbarten Thema "Meinungsfreiheit" zu diskutieren,scheiterte zunächst.Daraufhin wurden Besucher mobilisiert und der Antrag auf Schluß der Debatte durchgesetzt.Es folgten 20 Minuten tumultartiger Szenen,dann einigte man sich und es wurde zu dem vorgeschlagenen Thema diskutiert.

Auf der folgenden außerordentlichen Vollversammlung am 4.November 77,sollte dann noch einmal grundsätzlich über diese Auseinandersetzung diskutiert werden.
Während der KB bereits seine Zustimmung zu dem Vorschlag des KOMM(s. Antrag 2) signalisierte kam es zwischen dem KOMM und dem KBW zu einer weiteren Auseinandersetzung,da dieser auf der ursprünglichen Veranstaltung beharrte.

Dazu lagen mehrere Anträge vor.Aus dem Protokoll:

Antrag 1: Dem KBW und seinen Unterorganisationen ... wird vorläufig untersagt,im KOMM Veranstaltungen durchzuführen oder als Gruppe im KOMM mitzuarbeiten.
Begründung: Der KBW hat fortwährend gezeigt,daß er nicht bereit ist,die Regeln der Selbstverwaltung zu akzeptieren.
- *Der KBW hat vor der Sommerpause eine Veranstaltung angekündigt, diese Veranstaltung war im KOMM zu keiner Zeit beantragt worden- bis heute ist keine Stellungnahme des KBW eingegangen,*
- *der KBW hat ... eine Veranstaltung entgegen der Entscheidung der Selbstverwaltung durchgeführt,*
- *der KBW hat in der Ortsbeilage der KVZ in provozierender Weise wissentlich Unwahrheiten über den Ablauf der Versammlung vom vergangenen Samstag verbreitet ..."*

Antrag 2: Der KB und die Gefangenengruppe werden aufgefordert,von ihrer Veranstaltung "Stammheim-die Wunder wollen nicht enden" abzusehen und sich stattdessen an einer Veranstaltung des Jugendzentrums "Die gesellschaftlichen Folgen von Stammheim" ... zu beteiligen.
Begründung:
- *Das KOMM würde duch die Trägerschaft des KB in seiner politischen Existenz gefährdet. ...*
- *Es soll vermieden werden,daß durch inhaltslosen Verbalradikalismus staatlichen oder städtischen Stellen der Vorwand zum Eingreifen aufgrund strafrechtlicher Bestimmungen geliefert wird,wodurch wiederum das KOMM gefährdet würde.*
- *Das Zusammenwirken von Gruppen im KOMM verläuft auf einer transparenten und demokratischen Ebene.Gerade diese Transparenz kann durch gruppenegoistische Taktik gefährdet werden."*

Diese beiden Anträge wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.
Als eine Folge dieses Konfliktes wurde dann bei einem Seminar im Frühjahr 78 die Neugründung eines Politischen ArbeitsKreises(PAK) beschlossen.Hatte sich bei diesem Konflikt doch sehr deutlich gezeigt,daß das KOMM bisher versäumt hatte,einen eigenständigen politischen Weg auf der Basis des Selbstverwaltungsgedankens zu entwickeln.
So bildete sich der "Neo-PAK" als Nachfolger des legendären politischen Arbeitskreises (s. PAK-Papier unter Punkt Ziele und Konzepte) aus den Anfängen des KOMM.
Im ANhang befindet sich ein Pressebericht über die Schließung des KOMM durch die Mitarbeiter,sowie die Ausgabe eines Extrablattes der KOMM-Zeitung,die zur Beteiligung an der Vollversammlung aufruft.

Glaser erinnert Jugendliche eindringlich an demokratische Grundsätze

KOMM machte dicht

KB-Veranstaltung von der Stadt verboten

Gestern um 18 Uhr schloß das KOMM seine Pforten. Damit kamen die fünf Jugendsekretäre der städtischen Freizeiteinrichtung einem Verbot zuvor, mit dem das Kulturreferat eine heftig umstrittene Veranstaltung am heutigen Abend unterbinden wollte. Der Kommunistische Bund (KB) hatte zu einer Informations- und Diskussionsrunde aufgerufen, in der unter dem Thema „Stammheim — die Wunder wollen nicht enden", die Selbstmorde der Baader-Meinhof-Häftlinge angezweifelt werden sollten.

Mit einer geharnischten Erklärung rechtfertigte Kulturreferent Dr. Hermann Glaser seinen ersten Eingriff in die Selbstverwaltung des Kommunikationszentrums. Er unterstrich, daß die Zukunft des KOMM nur dann gesichert werden könne, wenn die in der Grundordnung des KOMM verankerten oder noch deutlicher festzulegenden Wertvorstellungen gegenüber den Feinden derselben deutlich zum Ausdruck und in der täglichen Arbeit zur Anwendung gelangen.

Bundesweite Erklärung

Ausschlaggebend für dieses Veranstaltungsverbot war eine bundesweite Erklärung des KB, in der wie folgt zu den jüngsten Terroranschlägen und Entführungen Stellung genommen wird. „Im Gegensatz zu Aktionen wie dem Buback-Attentat oder der Schleyer-Entführung, die wir allerdings auch für politisch schädlich gehalten haben, können wir bei der Flugzeugentführung keinen antikapitalistischen Ansatz mehr erkennen." Aus dieser und ähnlicher Äußerungen in dem vier Seiten umfassenden Flugblatt folgert Glaser, daß der KB somit nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehe, sondern vielmehr verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Die Stadt sah sich also gezwungen, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und dem KB keine Räume im ehemaligen Künstlerhaus zur Verfügung zu stellen.

Nur die Eingangshalle des Komm blieb in den gestrigen Abendstunden für die eifrig diskutierenden Jugendlichen geöffnet. Foto: Guttenberger

„Die Respektierung der Selbstverwaltung des KOMM endet dort, wo die in der Grundordnung des KOMM betonten demokratischen, humanen und freiheitlichen Prinzipien verletzt werden", unterstrich der Kulturreferent seine Weigerung, einer Gruppe Obdach zu gewähren, die indirekt zu Gewalttaten gegen all jene aufrufe, die ihrer Ideologie nicht entsprechen.

Um einer Eskalation aus dem Wege zu gehen, beschlossen deshalb der von der Stadt bestallte und die von der KOMM-Vollverwaltung gewählten Sekretäre, das KOMM vorübergehend zu schließen. Nur die Eingangshalle blieb in den gestrigen Abendstunden geöffnet, um die Jugendlichen über die Situation aufzuklären und mit ihnen die Problematik dieses Verbotes zu diskutieren. liz

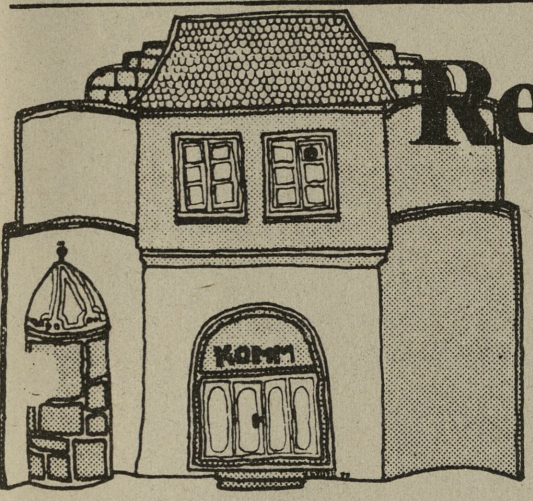
NZ, 29.10.

Extrablatt

Komm-Zeitung

Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums **November '77 Nr. 11**

Kommunikationszentrum, Königstrasse 93, 8500 Nürnberg, Telefon: 0911/22 36 47, Kostenlos



Rettet das KOMM!

Das selbstverwaltete Kommunikationszentrum ist in größter Gefahr! Das Ende des KOMM wäre jedenfalls kein Wunder - nach dem städtischen Verbot der Veranstaltung „Stammheim - die Wunder wollen nicht enden" und durch das rücksichtslose Verhalten der Veranstalter „Kommunistischer Bund" und Gefangenengruppe Nürnberg".

Kein Zweifel, die Vorgänge von Stammheim und Mogadischu haben die Angehörigkeiten aller Klassen und Schichten in der Bundesrepublik erschüttert. Kein Zweifel auch, daß die Möglichkeiten politischer Meinungsäusserung im Zuge dieser Ereignisse weiter eingeschränkt wurden, daß das Klima in diesem Land sehr rauh geworden ist. Doch inmitten der allgemeinen Empörung der Bevölkerung über die hirnlosen Aktionen der RAF muß es denkbar bleiben, auch auf die Ungereimtheiten hinzuweisen, die in Stammheim Morde oder Selbstmorde ermöglichten.

So jedenfalls dachten die F[illegible]-Sekretäre. Am vergangenen [illegible]stag genehmigten sie eine vom Kommunistischen Bund (KB) und der Gefangenengruppe Nürnberg für den darauffolgenden Samstag geplante Veranstaltung, die unter dem Motto eines KB-Flugblattes, "Stammheim - Die Wunder wollen nicht enden", stand. Die Begründung der Sekretäre war ebenso einfach wie logisch: "Wir waren der Ansicht, daß es auch jetzt noch möglich sein muß, im KOMM Kritik zu leisten, und daß die Verfolgung von Morden oder auch politischen Morden nicht dazu führen darf, daß Kritik an Staat und Gesellschaft unmöglich wird." Die Sache schien erledigt, die Veranstaltung sollte in einem kleineren Raum des KOMM stattfinden.

DAS VERHALTEN DER STADT - UNDEMOKRATISCH -

Am Abend desselben Tages ruft plötzlich der Chef des Freizeitamtes der Stadt, Siegfried Kett, ein Mann, der sich bislang noch keinen Namen bei der Verteidigung der Selbstverwaltung gemacht hat, im KOMM an. Das KOMM müsse die Veranstaltung absagen, ansonsten würden rechtsstaatliche Mittel angewendet, welche den Einsatz von Polizeibeamten nicht ausschließen.

Am Freitag wird der städtische Sekretär, Michael Popp in das Rathaus zitiert. Was ihm dort im Kulturreferat eröffnet wird, ist später auch einem Pamphlet des Nürnberger Überbau-Zaren Glaser zu entnehmen: Da heißt es unter anderem:

- "Der Kommunistische Bund hat es als "völlig absurd" bezeichnet, daß die Häftlinge von Stammheim Selbstmord begangen haben und damit den Rechtsstaat wider besseres Wissen diffamiert."
  Frage: Muß es zum besseren Wissen jedes Bundesbürgers gehören, daß Bader, Raspe und Ensslin Selbstmord begangen haben?

Dieses Zitat unter anderem reicht für Glaser aus, um Tatbestände nach § 90a (Verunglimpfung des Staates), § 90b (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen) und § 88a (Befürwortung von Straftaten) des Strafgesetzbuches zu konstruieren. So schnell darf man heute Kritiker kriminalisieren. Gegen die Verfasser des Flugblatts, das übrigens nicht speziell mit der Veranstaltung zu tun hatte, sondern im ganzen Bundesgebiet bisher unbeanstandet verteilt wurde, ist denn auch noch keine Anzeige gestellt worden. Sowohl der Arbeitskreis soziokultureller Einrichtungen Nürnbergs als auch die Teilnehmer an den "Nürnberger Gesprächen" haben inzwischen über die Zensurmaßnahme der Stadt diskutiert. Viel Lob soll das Kulturreferat dabei nicht geerntet haben...

DAS VERHALTEN DER K-GRUPPEN - SELBSTMÖRDERISCH -

Die Sekretäre beschließen, das KOMM aus Protest gegen die Einmischung der Stadt sofort zu schließen. Am Abend findet dann eine Diskussion statt, auf der sie gebeten werden, diese Entscheidung zurückzunehmen, was sie auch tun. Weiter wird über zwei Anträge abgestimmt: Anwesende KBler wollen eine Veranstaltung am Samstagabend durchführen, auf der die Themen erst festgelegt werden sollen. Der Gegenvorschlag wird schließlich angenommen: Am Samstagabend soll über die "Einschränkung der Meinungsfreiheit im KOMM, in Nürnberg und in der BRD, die im Zuge der Terroristenbekämpfung alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zu spüren bekommen", diskutiert werden.

Siegfried Kett, Glasers rechte Hand, droht einstweilen weiter mit der Anwendung des Hausrechts durch die Stadt, doch Popp kann ihm nun garantieren, daß keine Stammheimveranstaltung stattfindet. So beginnt die Veranstaltung am Samstag um 19.00 Uhr im Eingangsbereich des KOMM. Doch nun scheint der KB vergessen zu haben, was einen Tag vorher beschlossen wurde. Unterstützt von Mitgliedern des KBW, der KPD und anderer mächtiger Arbeiterparteien bringt er einen Antrag durch, nach dem sich die zahlenmäßig noch schwache Versammlung zunächst doch den Vorfällen in Stammheim zuwenden soll.

Man wird den Verdacht nicht los, daß die K-Grüppler auf einen Polizei-Einsatz spekulierten, um so nachzuweisen, wie ungehemmt die Repression ausgeübt wird. Daß bei dieser Art des Anschauungsunterrichts das KOMM vermutlich für immer auf der Strecke geblieben wäre, berührt die taktischen Vorstellungen dieser Volkskämpfer →

An alle demokratischen und fortschrittlichen Gruppen, Organisationen, Jugendverbände und an jeden Einzelnen in Nürnberg!

Rettet das Komm und die Selbstverwaltung!

Kommt zur Vollversammlung im KOMM am Freitag, 4. November 77 um 18.30 Uhr.

Das KOMM schon bald geschlossen?

←nicht. Ihr Ziel scheint es zu sein, den Reaktionären das offensiv-reaktionäre Handeln anzubieten, ja aufzuzwingen - ohne Rücksicht auf Verluste. Als Realist kann man nur hoffen, diese Taktik zu überleben.

DAS VERHALTEN DER KOMM-BESUCHER - RATLOS -

Während KB-Genies einstudierte Vorträge halten oder aus eigenen Flugblättern vorlesen, wächst die Opposition gegen ihr Vorgehen. Immer mehr KOMM-Besucher wollen diesen Akt politischer Selbstbefriedigung beenden, ein diesbezüglicher Antrag wird noch einmal knapp abgelehnt. Schließlich sind diejenigen in der Mehrheit, die den gefährlichen Unfug unterbinden wollen. Doch obwohl sich rund 200 Leute im Gang drängen und lautstark "-dern, "aufhören - aufhören", d nun nicht mehr abgestimmt. Die Mitglieder des Musikvereins erklären in einer Resolution unter anderem: "Des weiteren sind wir nicht bereit, weiterhin Arbeit in ein Spektakulum zu investieren, das letztlich nur der RAF und der Reaktion nützt."

Sicher, ein Teil der KOMM-Besucher ist nicht an Politik interessiert, sicher, einem anderen Teil fehlen die geschliffenen Argumente, doch wird man eben diese Defizite nur durch klare logische Vermittlung von Information beheben können, nicht indem man die Leute mittels Splittergruppen-Chinesisch weiter verwirrt. Insofern muß man die Reaktion der KOMM-Besucher als natürlich und legitim ansehen.

Aufgrund des massiven Pro-ts ist die Diskussion ge- etwas sachlicher geworden, da wird Bombenalarm gegeben. Die Polizei teilt mit, es sei eine Drohung gegen den (gegenüberliegenden) Bauhof ausgesprochen worden. Vermutungen, daß der Bombenalarm nur eine Finte der Polizei gewesen sei, um schneller im KOMM eingreifen zu können, basieren auf der Tatsache, daß sich bereits längst vor dem Alarm ungewöhnlich viele Beamte in der Umgebung des KOMM aufgehalten haben. Auch über den Polizeifunk soll es eine entsprechende Meldung gegeben haben!

Michael Popp spricht vor dem KOMM mit der Polizei und bittet sie, die ein- und ausgehenden Besucher nicht zu provozieren. Die Beamten greifen nicht ein. Im KOMM darf sich der städtische Sekretär anschließend als "Büttel" beschimpfen lassen.

Gegen Ende der Diskussion fordert die Gefangenengruppe eine neue Stammheim-Veranstaltung am kommenden Samstag. Popp weist sie auf die Sekretariatsbesprechungen dienstags und donnerstags um 14.00 Uhr hin. Antwort der Spontis: Da könne man nicht kommen, da man ja schließlich ein Teil der "werktätigen Bevölkerung" sei.

Es gibt allerdings eine Möglichkeit für die Gefangenengruppe, ihr Anliegen am Feierabend durchzudrücken. Für den kommenden Freitag (4.11.) um 18.00 Uhr ist eine außerordentliche Vollversammlung einberufen worden.

DIE ZUKUNFT DES KOMM - UNGEWISS -

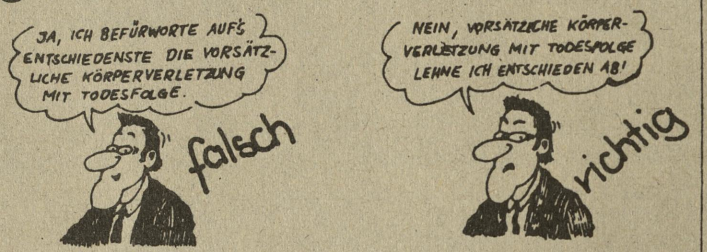
Die CSU möchte das KOMM schließen. Einstweilen macht sie das "wüste Treiben" im ehemaligen Künstlerhaus zu einem Hauptthema ihres Kommunal-Wahlkampfes. Der SPD ist das lästig. Sie könnte versuchen, sich das Problem jetzt noch rechtzeitig vor dem Urnengang vom Halse zu schaffen. In diese Situation fallen nun die geschilderten Vorgänge. Die K-Gruppen liefern in einem einzigartigen Amoklauf sämtliche Vorwände, die man zur Schließung des KOMM noch braucht - wenn wir sie lassen. Gelingt es ihnen, die Vollversammlung "umzufunktionieren" und mit ihrer Hilfe Veranstaltungen zu beschließen, die nicht mehr der Information sondern nur noch der blinden Provokation dienen, dürfte das KOMM nicht mehr zu retten sein.

Zwei Punkte sind festzuhalten:
- Wir halten das Vorgehen des Kulturreferats für einen Eingriff in die demokratische Selbstverwaltung des KOMM. Systemkritische Diskussionen dürfen nicht unterdrückt werden, auch nicht, wenn sie Stammheim zum Thema haben.
- Wir können uns das Recht, solche Diskussionen durchzuführen, nicht mit Brachialgewalt erkämpfen. Wer das behauptet, verkennt das Kräfteverhältnis in dieser Gesellschaft und desinformiert in gefährlicher Weise.

Wir werden dennoch darauf bestehen, auch "mißliebige" Themen zu behandeln und wir werden auch Wege finden, unsere Vorstellungen von Basisdemokratie durchzusetzen. Wir werden aber auch gruppenegoistische Amokläufe verhindern müssen.

V.i.S.d.P.: Roland Münzel

§ 88a: Befürwortung von Gewalt



§ 90: Verunglimpfung des Staates

§ 111: Öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten

§ 140: Öffentliche Billigung von Straftaten

An alle demokratischen und fortschrittlichen Gruppen, Organisationen, Jugendverbände und an jeden Einzelnen in Nürnberg!

Rettet das Komm und die Selbstverwaltung!

Kommt zur Vollversammlung im KOMM
am Freitag, den 4. November 77 um 18.30 Uhr.

3. DER JUNGE-UNION-KONFLIKT

Während der Kommunalwahlen war von Seiten der CSU zu hören, daß man der Jungen Union empfohlen habe, nicht im KOMM mitzuarbeiten. Diese hielt sich an diese - Empfehlung. Nach der nur knapp verlorenen Kommunalwahl begann man seine Strategie zu ändern.

Schließlich stellte die JU im Oktober den Antrag auf Durchführung einer Veranstaltung. Ihr Landesvorsitzender Alfred Sauter sollte dort im Festsaal des KOMM zum Thema Jugendpolitik sprechen.
Aufgrund der Erfahrungen im Wahlkampf wurde der JU vom KOMM ein Gegenvorschlag gemacht. Zunächst sollte eine Diskussionsveranstaltung über deren Angriffe im Wahlkampf, über deren Verständnis von Selbstverwaltung und über das Verhältnis der JU zum KOMM durchgeführt werden.
Dies lehnte die JU ab, beharrte auf ihrer Veranstaltung und zog vor das Verwaltungsgericht Ansbach, das der Jungen Union durch eine einstweilige Verfügung die Nutzung des Festsaals ermöglichte.
Wohlgemerkt: Diese Veranstaltung war zwei Tage vor den Haushaltsberatungen der Stadt Nürnberg angesetzt, wobei pikanterweise der Antrag der CSU auf vollkommene Streichung der KOMM-Mittel wegen "willkürlicher Entscheidung" bereits vorlag.

NZ 18/10/79

JU im Clinch mit KOMM

Neuer „Knatsch" ums KOMM. In einer Presseerklärung empört sich die Junge Union über mangelndes demokratisches Verhalten des KOMM-Beirates. Grund der Klage ist eine geplante Großveranstaltung mit dem JU-Landesvorsitzenden Alfred Sauter, die nach JU-Wunsch im Festsaal des ehemaligen Künstlerhauses stattfinden sollte. Der KOMM-Rat lehnte durch Abstimmung diesen Antrag — so die JU-Erklärung — mit der Begründung ab, daß das KOMM eine politische Einrichtung sei, die bestimmte Ziele verfolge. Daher habe man dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands keine Räume zur Verfügung gestellt, auch die Junge Union müsse deshalb erst ihre jugendpolitische Konzeption durch die Selbstverwaltung überprüfen lassen. Thomas Köblitz, der Vorsitzende der JU-Nürnberg, bezeichnet diesen Vorgang als Armutszeugnis politischer Demokratiefähigkeit und wehrt sich heftig gegen die Gleichsetzung der JU mit linksradikalen Randgruppen.

Das KOMM teilte zu diesem Disput mit, daß diese umstrittene Entscheidung aufgrund jahrelanger Angriffe und Verleumdungen gegen das Selbstverwaltungsmodell gefällt wurde. Man habe jedoch der JU den Vorschlag unterbreitet, statt der geplanten Veranstaltung an einer Podiumsdiskussion über Jugendpolitik teilzunehmen, die das Verhältnis zwischen JU und KOMM zu Inhalt haben sollte.

Im Anhang befinden sich Presseartikel, die die Entwicklung und den Ablauf dieser Veranstaltung beschreiben. Das gelbe Flugblatt "Unheimlich demokratisch" wurde am Abend der Veranstaltung verteilt.
Daß die Meinungen zu der Einschätzung unseres Verhaltens auseinander gingen zeigt der Ausschnitt aus dem KOMM-Programm vom Dezember "Das Fest der Machtlosigkeit."
Keine Schwierigkeiten, die Ereignisse einzuschätzen, hatte dagegen die Jungen Union, wie aus ihrem Info und dem Beitrag "JU läßt sich nicht vertreiben" zu entnehmen war.

Polizeischutz für die JU

tel. Nürnberg — Einer Polizeifestung gleichen wird heute abend das Nürnberger Jugendzentrum „Komm": Eine ganze Hundertschaft Uniformierter soll die für 20 Uhr angekündigte Diskussionsveranstaltung der Jungen Union (JU) mit ihrem bayerischen Vorsitzenden Alfred Sauter „schützen".

Nachdem es der „Komm"-Beirat — das oberste Selbstverwaltungsorgan des Jugendzentrums — abgelehnt hatte, der CSU-Nachwuchsorganisation Räume für die Veranstaltung zu überlassen (die AZ berichtete), verschaffte sich der JU-Stadtverband über eine einstweilige Anordnung des Ansbacher Verwaltungsgerichts den Zutritt.

Nürnbergs JU-Chef Thomas Köblitz zur AZ: „Wir wollten eigentlich keine Polizei dabeihaben, um die Leute nicht unnötig zu provozieren. Der Polizeieinsatz ist uns aber aufdiktiert worden."

12.1.11.73

Der KOMM-Beschluß wird nicht hingenommen

Junge Union bemüht Verwaltungsrichter

Außerdem sollen in Zukunft im KOMM-Beirat Vertreter von Parteien und Verbänden sitzen

Die Junge Union hat von den Praktiken des KOMM-Beirates die Nase gestrichen voll und geht deshalb in die Offensive. Mit einem Antrag auf eine einstweilige Anordnung will die Jugendorganisation der CSU erreichen, daß das Ansbacher Verwaltungsgericht ihr auf rechtlichem Weg den Einzug in den KOMM-Festsaal zusichert. Wie bereits ausführlich berichtet, lehnte der KOMM-Beirat den Antrag der JU ab, am 13. November eine Veranstaltung mit dem bayerischen JU-Vorsitzenden Alfred Sauter über Jugendpolitik abzuhalten.

Zu diesem recht drastischen Schritt entschloß sich die JU, als sie auf einen Brief an den Oberbürgermeister nur die dürre bürokratische Erklärung erhielt, daß das Schreiben zur Prüfung des Sachverhaltes an den zuständigen Referenten Dr. Hermann Glaser weitergeleitet worden sei. Die Jugendlichen wollen sich nicht mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands in einen Topf werfen lassen. Sie sind der Meinung, daß sie ein Recht dazu haben, im KOMM Veranstaltungen durchzuziehen, wenn vom Steuerzahler jährlich 531 000 Mark in das Selbstverwaltungsmodell fließen. Es sei ganz einfach ein Verstoß gegen das Parteiengesetz, wenn der Beirat bestimme, daß die Junge Union nicht in das Jugendzentrum gelassen werde.

ANZEIGE

8,75 % Anleihesparen 1 Jahr
NorisBank Anlageberatung Tel. 42 43 16 u. 42 42 69

Trotzdem will die JU am Selbstverwaltungsmodell festhalten. Allerdings soll in Zukunft ein paritätisch besetzter Beirat über die Geschicke des KOMM befinden. Thomas Köblitz (Ortsvorsitzender der JU) und CSU-Stadtrat Gerhard Ferling stellen sich das neue Verteilungsprinzip etwa so vor: Künftig sollen in dem Gremium je ein Vertreter der im Kreisjugendring und im Ring politischer Jugend stimmberechtigten Verbände und Parteien sitzen. Nur so, meint die JU, könne eine repräsentative Demokratie gewährleistet werden.

Wenn jeder zufällig Anwesende in der Vollversammlung bei der Wahl des KOMM-Beirates mitstimmen dürfe, sei die Zusammensetzung dieses Gremiums eben mehr oder minder dem Zufall überlassen.

Nach den jüngsten Vorkommnissen werde die CSU-Stadtratsfraktion bei der Haushaltsberatung die Streichung der Mittel für das Selbstverwaltungsmodell beantragen. Zusätzlich fordert die JU, daß sich die beiden städtischen Mitarbeiter Heinz Oepen und Peter Hess vor dem Personalausschuß wegen ihrer „aufhetzerischen Stellungnahmen" rechtfertigen sollen. Ferling empfindet es als einen „Skandal ersten Ranges", wenn sich städtische Bedienstete in einem solchen Fall nicht mäßigend äußern, sondern im Gegenteil die Jugendlichen erst noch richtig „heiß machen". Die JU jedenfalls wartet optimistisch auf den Spruch des Verwaltungsgerichtes und ist davon überzeugt, daß Sauter am 13. November im KOMM-Festsaal sprechen wird. -liz-

4. DER UMBAU-KONFLIKT

Gegen das Provisorium am Eingang zur Altstadt:

CSU für Sanierung des Künstlerhauses

Die Stadt soll dafür ab 1980 Mittel einplanen Kunsthalle und den Biennalehof mit einbeziehen

Das Künstlerhaus am Königstor — von der Stadt seit Jahren offiziell als Provisorium bezeichnet — soll in einen Zustand versetzt werden, der dem Standort am Eingang zur Altstadt würdig ist. Mit diesem Vorhaben beschäftigt sich die CSU-Stadtratsfraktion. Ihr Ziel heißt: Bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst will sie detaillierte Vorschläge zur künftigen Verwendung des Gebäudes und zur Finanzierung der Instandsetzung auf dem Tisch haben.

Die oppositionellen Kommunalpolitiker um Georg Holzbauer sind der Überzeugung, daß mittlerweile schon genügend Wasser die Pegnitz hinuntergeflossen ist, ohne daß wegen des Künstlerhauses überhaupt ein Finger krumm gemacht worden ist. Ihnen schwebt deshalb vor, für die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung Mittel einzusetzen, beginnend im Jahre 1980. Möglicherweise, so zeigte sich gestern Fraktionsvorsitzender Georg Holzbauer als Optimist, könne auch die einheimische Industrie interessiert und als Spender gewonnen werden.

Schluß mit dem KOMM

Was die künftige Nutzung des umgestalteten Hauses angeht, so macht die CSU kein Hehl daraus, daß für sie die ausschließliche Belegung durch das Kommunikationszentrum (KOMM) ein Ende finden muß, wenn das Gebäude weiterhin als Begegnungsstätte auch für junge Menschen dienen könnte. Die Rathauspolitiker der Union wollen auch kein alleiniges Reservat für Künstler entstehen sehen. Sie plädieren dafür, unter diesem Dach möglichst viele kulturelle Programme zu verwirklichen.

Mit dieser Forderung der CSU vom 31. August 78 war der Grundstein gelegt zu einer weiteren harten Auseinandersetzung zwischen dem KOMM, der Stadt und etablierten Künstlerverbänden, die diese Wahlkampfforderung natürlich bereitwillig aufnahmen, ging es doch um ihr Interesse nach einem eigenen Haus. Im Frühjahr 1978 legte das Kulturreferat der Selbstverwaltung des KOMM Pläne zum Um- bzw. Ausbau des Hauses vor. (s. Presse 10.6.78)
Kernstreitpunkt: In den Plänen war der gesamte hintere Teil des Hauses als "öffentlicher und allgemeiner Teil" bezeichnet.
Die Mitarbeiter des KOMM befürchteten die Verfügungsgewalt über diese frisch renovierten und wichtigen Räume zu verlieren.
Die Selbstverwaltung begann sich zu wehren. Sie ging sofort durch eine Pressekonferenz und durch die Erstellung eines Extrablattes an die Öffentlichkeit.
Es folgten Diskussionsveranstaltungen mit Stadträten (s. Anhang), die Gründung einer Umbaugruppe, Gespräche mit der Bauverwaltung und viele Gespräche mit dem Kulturreferat.
Nach den ersten Baustudien stellte sich heraus, daß ein Umbau des KOMM im geplanten Umfang um die 15 Millionen Mark kosten würde.
Deshalb entschied man sich in den Haushaltsberatungen der Stadt Nürnberg für 1980, für die sogenannte "kleine Lösung", d.h. daß lediglich die dringend notwendigen Baumaßnahmen ausgeführt werden.
Nachdem dann ebenfalls bei den Haushaltsberatungen entschieden worden war, daß die etablierten Künstlerverbände ein eigenes Haus bekommen und nachdem wir die Zusage erhalten hatten, daß sich an der Nutzfläche des KOMM auch nach einem Umbau nichts ändern würde und wir die Verfügungsgewalt über die hinteren Räume behalten, scheint ein Ausbau des Künstlerhauses keine nachteiligen Folgen für das KOMM zu haben.

Künstlerhaus-Debatte:

Für das Konzept

CSU, FDP entschieden KOMM: Mißtrauen

Der Plan, welche Räume das Künstlerhaus am Königstor nach der Instandsetzung beherbergen und und wie der vorhandene Platz aufgeteilt werden soll, hat die erste kommunale Hürde genommen. Ehe sich die auf Vertagung bedachte SPD-Fraktion lange besonnen hatte, passierte das Programm gestern den Kulturausschuß. CSU und FDP brachten die Zustimmung zustande,

ANZEIGE

Fröhliche Gartenzeit!

Dehner

obwohl zwischen beiden Lagern deutliche Meinungsverschiedenheiten über die Organisationsform des Hauses (insbesondere des darin untergebrachten Kommunikationszentrums) bestehen.

Nach dem vom Kulturreferente Dr. Hermann Glaser vorgelegte Konzept kann das Haus in fünf Abteilungen gegliedert werden. Den öffentlichen Informationsbereich (Erd- und Obergeschoß) sollen die Stadt und die Künstlerschaft nutzen, der allgemeine Bereich samt Gaststätte, Saal, Kino und Kleinkunstbühne (ebenfalls Erd- und Obergeschoß) wird der Stadt, den Vereinen und Arbeitskreisen zur Verfügung stehen. Das Kommunikationszentrum (KOMM) erhält seinen Platz weitgehend im Obergeschoß und ersten Dachgeschoß, das Jugendzentrum für politische Bildung im 1. und 2. Dachgeschoß. Der Künstlerbereich liegt im Unter- und Erdgeschoß.

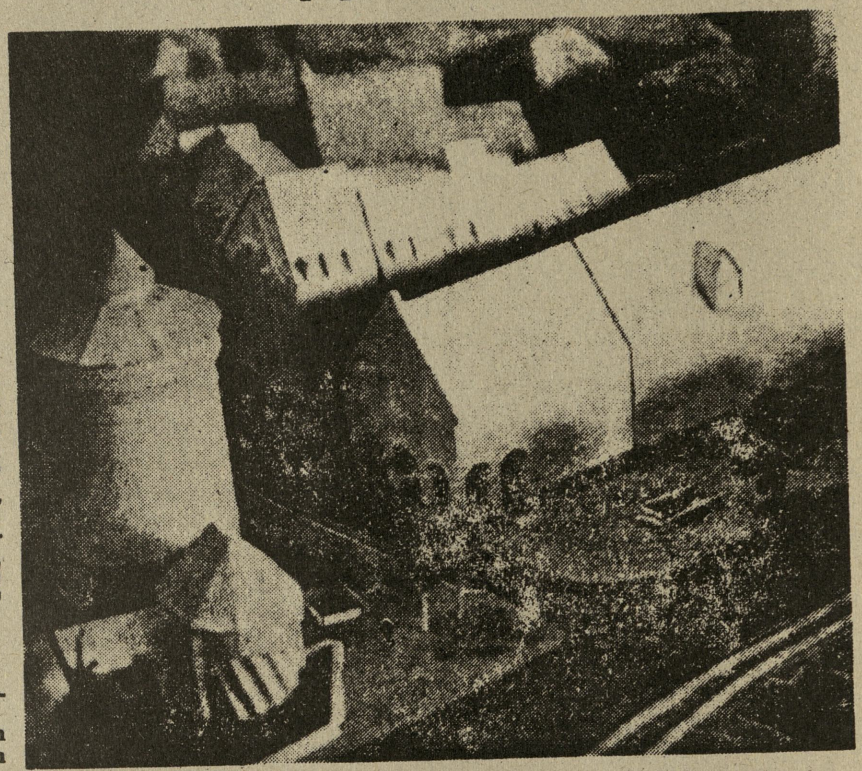
Vorgesehen sind Ausstellungsflächen, verschiedene Säle, Büros, Gruppen-, Lese-, Medien- und Partyräume, ferner Spielothek und Werkstätten, die handwerkliches und künstlerisches Arbeiten ermöglichen, und andere Zutaten mehr als Voraussetzung, daß sich vielfältiges Leben in den renovierten Mauern abspielen kann.

Im Kulturausschuß ging es bei der Debatte jedoch nicht so sehr um dieses Programm selbst, sondern mehr um die verschiedenartigen Auffassungen derjenigen, denen das Künstlerhaus zugedacht ist, und der Rathaus-Parteien. Dr. Hermann Glaser gab unumwunden zu, daß in der Künstlerschaft wenig Neigung besteht, mit anderen unter einem Dach zu leben. Sie möchte — wie es früher einmal gewesen ist — das Gebäude für sich allein haben. Die KOMM-Leute wiederum hegen Mißtrauen. Sie fürchten, die Stadt könnte am Ende gar die Neugestaltung dazu nutzen, die Selbstverwaltung abzuschaffen (was Dr. Glaser freilich nicht im Schilde führt).

Diese Sachlage nutzten die Parteisprecher, um sich wechselweise vorzuhalten, welche Ansichten sie einst über das KOMM geäußert hatten, ein Schauspiel, das sich bei passender Gelegenheit noch öfter bieten wird. Denn trotz des im Kulturausschuß genehmigten Raumprogramms und des damit verbundenen Auftrags, eine architektonische Studie auszuarbeiten und die Kosten schätzen zu lassen, muß das Projetkt erst noch in die mittelfristige Investitionsplanung aufgenommen werden. Denn in dieser Liste (bis 1982) ist noch kein Pfennig dafür ausgewiesen. Spätestens dann, wenn es ums Geld geht, hebt die Debatte wieder an.

K. E.

Erste Etappe zum Umbau

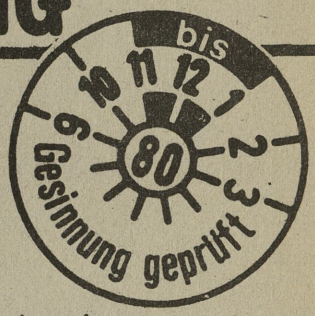


So wie auf dem Modell könnte das instandgesetzte Künstlerhaus aussehen. Charakteristisch sind die Arkaden beim Eingang vis-à-vis des Königstorturms.

Foto: Loopers

10.6.78, Nz.

FÜR EIN KOMM IN SELBSTVERWALTUNG



Den meisten Nürnbergern ist das Kommunikationszentrum am Bahnhof, kurz Komm, wohlbekannt. Den Jüngeren,weil die 3000 Besucher pro Woche ja wohl kaum immer die selben sind; den Älteren, weil die CSU und teils auch die Presse immer gern von "Linksextremen" und Drogensüchtigen zu berichten weiß.

Nun, es ist richtig,daß die Dealer bei uns - wie halt in allen anderen Jugendzentren auch - ihr schmutziges Geschäft mit der Verzweifelung und Orientierungslosigkeit der Jugendlichen versuchen. Richtig ist auch, daß wir die Nürnberger Neofaschisten nicht ins Komm gelassen haben.Und richtig ist auch, daß neben den Jugentlichen, die Musik hören, malen, Theater spielen wollen, auch einige politische Gruppen bei uns mitarbeiten, und das Komm zu einem wichtigen Bestandteil der linken nürnberger Öffentlichkeit geworden ist. DAZU STEHEN WIR!!!!!!!!!!
Wir sind ein nicht-kommerzielles,selbstgestaltetes, selbstverwaltetes, basisdemokratisches und eben auch ein politisches Jugendzentrum.
s alles hat jetzt fast sechs Jahre lang recht gut geklappt. Wir haben viel Besuch
s der ganzen Bundesrepublik gehabt, und wir sind ein wichtiger Teil der nürnberger Kleinkunst-und Freizeitszene.
ABER JETZT SOLL DAS KOMM UMGEBAUT, DAS HAUS ERWEITERT WERDEN!!!!!!!!!!!!!

KEINE TODSANIERUNG SONDERN RENOVIERUNG

WAS SOLL NACH DEN PLÄNEN DER STADTVERWALTUNG GESCHEHEN??

- → das ehemalige Künstlerhaus wird aufgestockt und erhält einen neuen Vorbau, d.h. die Teestube wird abgerissen.
- → der vordere Teil des Erdgeschosses soll in ein Informationszentrum für städtische Bauvorhaben und für Touristen umgewandelt werden;zusätzlich sollen Ausstellungsräume für Nürnberger Künstler entstehen.
- → im Gespräch ist,die vom Komm restaurierte Kneipe in ein gutbürgerliches Restaurant umzuwandeln.
- → Festsaal, Kino, Hinterzimmer werden wahrscheinlich als "öffentlicher Bereich" ausgewiesen und der alleinigen Nutzung des Komms entzogen.
- → das Komm wird hauptsächlich in den 1.ten Stock verlagert und wird nur durch einen Nebeneingang zu erreichen sein.(ein Komm mit Hinterhauscharakter)

Dieser Umbau soll **14,5 Mio DM** kosten.

WIE STELLEN SICH VERWALTUNG UND STADTRAT ZU DEN PLÄNEN?

Obwohl die SPD vor Kurzem einen sofortigen Umbau ablehnte, will man im Baureferat an den Plänen weiterarbeiten, um bei der Finanzbewilligung gleich mit den Baumaßnahmen anfangenzu können.
Die CSU will das Komm entschärfen, indem sie es schnell für die ganze Bevölkerung,, vorallem aber für die Künstler umbauen will.
Die FDP will zwar das Komm nicht einschränken, will aber dennoch umbedingt die Künstler hier einquartieren.

Für die SPD sind die jetzigen Pläne noch nicht endgültig.Zwar will sie weder die Selbstverwaltung beschneiden, noch dem Komm Platz wegnehmen! ABER: EIN PAAR ENTSPRECHEND GROßE DACHSTÜBCHEN KÖNNEN DEN VERLUST DER EINGANGSHALLE NICHT ERSETZEN, DIE FÜR UNS DER WICHTIGSTE INFORMATIONSBEREICH IST!!!

DEI UMBAU WIRD ZUR **GRABLEGUNG der**

SELBSTVERWALTUNG

WEIL die Interessenkluft, der unter ein Dach gezwungenen Parteien, unüberbrückbar ist:

- → das Komm ist ein nicht-kommerzielles Jugendzentrum mit unbürokratischen, spontanen Meinungsbildungsprozessen und Organisationsformen
- → die Künstler dagegen wollen in gepflegter Athmosphäre ausstellen, um ihre Bilder dann für teures Geld zu verkaufen. Wir meinen:"kein Kommerz im Komm"
- → Baureferat und Verkehrsamt schließlich sind Teile des städtischen Verwaltungsapparats mit der bekannten hierarchischen Trägheit.

DAHER WÜRDE DAS KOMM IM UMGEBAUTEN HAUS IMMER STÄRKER UNTERM DACH ISOLIERT UND ZWISCHEN BERUFSSTÄNDISCHEN KÜNSTLERINTERESSEN UND BÜROKRATISCHEN VERWALTUNGSPROZEDUREN ZERMAHLEN!!!!!

SOLL DIE SELBSTVERWALTUNG NICHT ZUR FARCE WERDEN, BRAUCHT DAS KOMM EINEN FREIRAUM,
BRAUCHT DAS KOMM EINEN FREIRAUM,
BRAUCHT ES DAS HAUS ALLEIN!!!!

Darüberhinaus sehen wir nicht ein, warum 14,5 Mio. DM für einen Kulturpalast ausgegeben werden sollen.

WIR FORDERN:

- → keinen Millionenschweren Umbau des Hauses zum repräsentativen Kulturpalast, sondern
- → Erhaltung der Bausubstanz (z.B. neues Dach, bessere Schall-und Wärmeisolierung, neue Sanitäranlagen, Fassadenrenovierung)
- → Keine Umgestaltung der Komm-räumlichkeiten seitens der Stadtverwaltung! Wenn im Komm renoviert wird, machen wir das selber!!
- → Wiederaufbau der alten Türmchen!!!!
- → Sanierung eines anderen Gebäudes für Künstler und Bauhof!!!

DIESES HAUS, WAS WIR :
- → vor dem Abbruch gerettet
- → in harter ,unbezahlter Arbeit wiederhergerichtet
- → und nun seit fast sechs Jahren als den größten nürnberger Jugendtreff selber gestaltet haben

IST UNSER HAUS, DAS WIR UNS VON EUCH NICHT WEGNEHMEN LASSEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Wenn ihr euch aktiv am Komm beteidigen wollt:

- → kommt in die VOLLVERSAMMLUNG!
- → KOMMT IN DIE GRUPPEN DES KOMMS!!
- → tragt euch in die Unterschriftslisten gegen den Komm-umbau ein!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Umbau - Geschichte

Die Arbeit der Handwerkergruppe ist eng verknüpft mit der Geschichte der Umgestaltung des Hauses, mit einzelnen Bauprojekten und zuletzt jeweils der Eröffnung neuer Räume.
In einigen Fällen markieren diese Termine auch den Arbeitsbeginn einer neuen Gruppe, beispielsweise den der Kneipen- oder der Discogruppe.
Die im folgenden dargestellte Chronologie belegt auch, daß sich das KOMM, das 1974 vor allem im vorderen Teil des Gebäudes untergebracht war, allmählich über das gesamte Haus ausdehnte und gegenwärtig jeden verfügbaren Raum (auch Kellerlöcher) nutzt.

Die wichtigsten Bauprojekte (Räume, bzw. Bereiche) wurden etwa in folgender Reihenfolge nach jeweils mehrmonatiger Arbeitszeit fertiggestellt:

Juni	75	die Kneipe- (in Räumen, die zuvor als Werkstatt genutzt worden waren)
Herbst	75	der vordere Eingangsbereich - (nachdem auf Anordnung des OB Sondermittel für die Gestaltung der Fassade und der Gangbereiche bereitgestellt worden waren)
Ende	75	die Kantine
Anfang	76	der PAK-Raum (2. Renovierung)
Anfang	77	die Werkstatt (dort lag bei Baubeginn früherer Bauschutt etwa 1 m hoch!)
	77	3. Welt-Laden (Umzug aus den Räumen des heutigen Govinda in das Erdgeschoß)
Ende	77	das Hinterzimmer (wochenlang mußte hier alte Farbe abgekratzt werden)
März	78	Die Filmfabrik (2. Standort - in der Anfangszeit war das Kino im heutigen Hinterzimmer - 3. Renovierung!)
	78	großer Ausstellungsraum
	79	Festsaal und Nebenraum (ein Brand am 5. März hat die endgültige Fertigstellung um viele Monate verzögert.)
Februar	80	Vollversammlungsraum/Disco

Das Bauen gehört zum KOMM, wie zu allen selbstverwalteten Jugend- und Kommunikationszentren. Es ist nicht Vorbereitungs- oder Übergangsphase, sondern fester Bestandteil der Alltagsarbeit. Zeichen dafür, daß ein Haus lebt und sich verändert; mit den sich wandelnden Bedürfnissen und Wünschen seiner Nutzer. Fortwährender Umbau und Ausgestaltung sind Ausdruck des Grundsatzes: "es ist unser Haus!"

Der Raum und seine Gestalt sind Teil der Identifikation einer Gruppe. Diese muß, weil die Gruppen sich stetig personell verändern, immer neu erarbeitet werden. Manche Räume sind aus diesem Grund schon 3 und mehrmal umgestaltet worden.

Die Gestaltung folgt dabei durchaus auch modischen Vorlieben (ob popig und hell, nostalgisch und dunkel, Holz oder Stoff usw.)
Weil die (verschiedenartigen) Gruppen selbst über ihren Raum bestimmen, entsteht im Haus insgesamt eine phantastische Vielfalt von Farb- und Gestaltungskonzepten, wie sie in den sterilen Einheitsarchitekturen der "Palastarchitekten" verloren ging. Das KOMM ist ein Erlebnisraum!

Die Handwerkergruppe im KOMM wünscht sich Offensive der Stadt

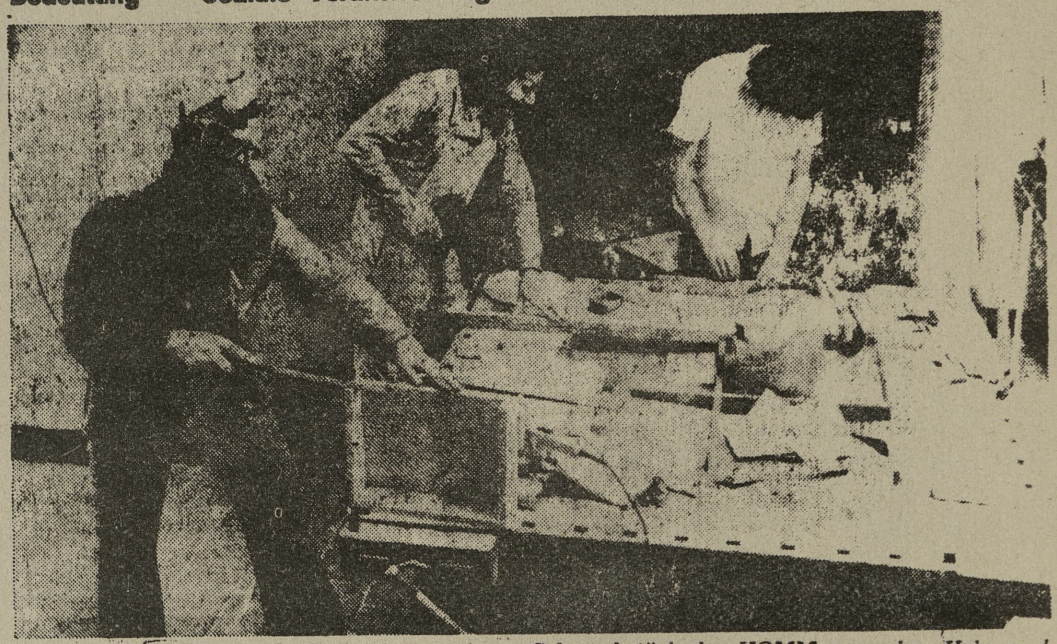
Noch ein weiter Weg bis zur „Bauhütte"

Der bisher urwüchsig erreichte Leistungs- und Qualitätsstand müßte systematisch weiterentwickelt werden
Werterhaltung gewinnt an Bedeutung — Soziale Verantwortung der Stadt — 170 000 DM Eigenleistung

Kulturreferent Dr. Glaser glaubt, den Vergleich mit der „Bauhütte" des Mittelalters wagen zu können — und er sitzt damit nach Ansicht derer, die diese „Hütte" bewohnen, einer seiner liebenswürdigen Illusionen auf: die Werkstatt- und Handwerkergruppe im Kommunikationszentrum am Königstor (KOMM) sieht sich mehr als Lückenbüßer einer halbherzigen Jugendpolitik dieser Stadt.

Denn eine Arbeitsgemeinschaft, die nach Expertenschätzung in drei Jahren Eigenleistungen in Höhe von 170 000 DM erbracht hat, macht sich natürlich angesichts der bescheidenen Geldzuweisungen im Rahmen des KOMM-Haushalts Gedanken über ihren Stellenwert, ihre weiteren Chancen und über ein stärkeres Engagement der Stadt, die das Projekt Handwerkergruppe endlich als originale sozialpolitische Aufgabe erkennen müßte.

Situationen der Gruppe und ihre Vorstellungen darüber was aus ihr werden könnte, sind Gegenstand dieses Reports.



Der ehemals leerstehende Keller ist zu einem Schmuckstück des KOMM geworden: Holz- und Metallarbeiten werden hier gemacht unter Aufsicht von Hubert Brüggen (Bildmitte). Fotos: Bauer

Das Selbsthilfeprinzip im KOMM, d. h. die Bereitschaft jeder Gruppe, ihre Räume nach eigenen Vorstellungen und in Eigenarbeit zu renovieren, ist noch immer gültig. Was nicht [illegible] so wie bisher gelten kann ist die Urwüchsigkeit und das unkoordinierte Nebeneinander dieser Arbeiten, die auch optisch aus dem alten Künstlerhaus einen „Fleckerlteppich" machten, dessen Behelfsmäßigkeit und manchmal auch Armseligkeit kein guter Ausweis waren.

Ab Frühjahr 1975 wurde mit der Einstellung von Hubert Brüggen als handwerklich und im Umgang mit Jugendlichen erfahrenem Hausmeister eine Änderung eingeleitet: mit 10 Jugendlichen ging er an die Renovierung der Kneipe, die fortan einer der Anziehungspunkte im KOMM werden sollte. Dieses Beispiel fand den Beifall auch der Stadtverwaltung und der Mehrheit des Stadtrats. Der Begriff der „Handwerkergruppe" war damit gefunden, sie wurde gleichberechtigt unter allen KOMM-Gruppen und sie animierte Dr. Glaser zu seinem Vergleich mit der alten „Bauhütte".

Im vergangenen Jahr nun wurde ein weiterer großer Schritt gewagt und getan: im KOMM-Keller wurde eine Holz- und Metallwerkstatt eingerichtet, um, wie Hubert Brüggen sagte, „eine neue Qualität der Eigenarbeit zu erreichen".

Und in der Tat. Eine neue Qualität wurde damit erworben, aber sie ist nur bedingt in Praxis umzusetzen — denn die Stadt hat die Konsequenzen noch nicht überdacht, die Eigendynamik dieser und mancher anderer Gruppen zwingen zur Korrektur des alten KOMM-Konzepts: Hauptpropleme sind die Versicherung und die Entlohnung der Jugendlichen.

Denn ihr Spaß an der Sache und ihr Idealismus sind die eine, die Notwendigkeit der Anerkennung ihrer Leistung die andere Seite einer Medaille, die sich für Dr. Glaser oft zu glänzend darstellt. Aber 4,50 DM für die Arbeitsstunde beispielsweise eines kaufmännischen Lehrlings, der nach Feierabend seine Freizeit renovierend im KOMM verbringt, sind heute kein zu rechtfertigender Betrag mehr.

Die „Handwerkergruppe" ist in die Selbstverwaltung des KOMM eingebunden. Das ist gut, bezeichnet aber auch ein Dilemma: denn je mehr die Gruppe wächst, um so mehr belastet sie den Gesamtetat und damit alle anderen Gruppen. Daraus folgert, daß dem Problem der Werterhaltung endlich auch finanziell ein besonderer Rang eingeräumt werden sollte — die Handwerkergruppe müßte einen eigenen Etat erhalten, der ihre Flexibilität erhöhen würde. Die Stadt würde sparen, das KOMM selbst profitieren.

Alle diese Anregungen, die in der Gruppe selbst diskutiert werden, bezeichnen einen Wunsch: die Stadt sollte offensiver werden und Bereitschaft signalisieren, im Dialog mit den Betroffenen im KOMM konkrete Konzepte auszuarbeiten.

Der Ernst, mit dem das vorgeschlagen wird, ist bemerkenswert. Es heißt da. „das KOMM hat einen hohen Identifikationswert für die Jugendlichen"; oder „die Stadt sollte sich zu ihrer sozialen Verantwortung durch Etaterhöhung und eine weitere Aufsichtsperson bekennen"; oder „die Werkstattgruppe könnte manchem Jugendlichen, den die Berufswahl schwerfällt, Orientierungshilfe geben"; oder „die Einbindung arbeitsloser und gefährdeter Jugendlicher müßte systematisch erfolgen".

Hubert Brüggen und seine jungen Handwerker sind, und da hat der Kulturreferent sicher recht, auf dem besten Wege zur „Bauhütte". Aber sie sind auf seine Begleitung angewiesen. Im neuen Jahr sogar mehr denn je ...

—sir—

Stadtanzeiger 4.1.78

"Großkampftag", da müssen auch die Kopfarbeiter ran!

5. DAS DROGENPROBLEM

Das Drogenproblem hat das KOMM durch all die Jahre hindurch begleitet,sprich verfolgt.
Immer wieder finden wir die Zeichen des Heroinkonsums (z.B. Spritzen) auf unseren Klos.Doch der Kelch in Form eines Herointoten ging bisher an uns vorüber.
Verhaftungen vor,hinter oder neben dem KOMM waren für die Nürnberger Presse immer willkommene Anlässe,z.B. in folgender Form darüber zu berichten: NZ 13.11.79

Heroin im Handschuhfach

Fünf Gramm Heroin fand eine Polizeistreife im Handschuhfach eines Personenwagens; das Auto gehört einem 25jährigen Studenten. Der junge Mann war aufgefallen, als er vor dem Kommunikationszentrum in der Königstraße zwei „Joints" wegwarf.

NN 26.3.78

Dealergeschäft verdorben

Bei Rauschgiftgeschäften an der Königstormauer, hinter dem KOMM, überraschte eine Polizeistreife vier junge Männer, zwei Amerikaner und zwei Deutsche. Bei einer Überprüfung entdeckten die Beamten bei den US-Soldaten insgesamt 13 Gramm Haschisch, während der 20jährige Ernst H. und sein gleichaltriger Freund Robin Z. Briefchen mit LSD-Trips zum Verkauf bei sich hatten.

NZ, 25.4.79

Heroin war nur Zucker

Ein schlechtes Geschäft machte der US-Soldat Dennis, als er am Samstag gegen 21.40 Uhr von der Friseuse Gertrud T. (16) ein Gramm Zucker, das in Stanniolfolie gewickelt war, als Heroinbriefchen erstand. Der Preis: 27 Do . Dieser Handel, der sich vor d KOMM in der Königstraße abspielte, wurde von einer Polizeistreife beobachtet, die anschließend beide festnahm. Der Amerikaner wurde später der Militärpolizei überstellt.

Auch Gerichtsverhandlungen in denen nur der Name KOMM fiel.wurden gerne für entsprechende Artikel verwendet.
Dank einer solchen Berichterstattung,die natürlich unsere Maßnahmen innerhalb des Hauses(s. Anhang) unter den Tisch fallen ließ,ist das KOMM für viele Nürnberger so eine Art "Drogenpalast".Der Sündenbock ist gefunden,das schlechte Gewissen beruhigt, die Welt in Ordnung.
Zwei besonders krasse Beispiele einer solchen Berichterstattung seien hier herausgegriffen.
Am 13. Juni 75 erscheint in den Nürnberger Nachrichten ein Beitrag mit der Überschrift "Das Opfer"(s. Anhang),in dem die Schließung des Hauses gefordert wird.
Mag sein,daß der Schreiber inzwischen eingesehen hat,was für einen undifferenzierten Unsinn er damals geschrieben hat,dennoch hat dieser Artikel wie kein anderer mitgeholfen,das KOMM in der Öffentlichkeit in Verruf zu bringen.
Damals reagierten wir in Form eines Offenen Briefes (s. Anhang),im Laufe der Zeit kamen zu ähnlichen Entgleisungen eine Menge Leserbriefe,Presseerklärungen etc. hinzu.
Doch noch immer gibt es Redakteure,die nicht begreifen,daß sie bei einer solchen Berichterstattung weder dem KOMM,noch dem Drogenproblem insgesamt gerecht werden.
Und unser zweites Beispiel zeigt deutlich,welches Interesse wirklich hinter solchen Berichten steht.
"Rauschgifttreff am Königstor" war die Zahlenspielerei mit einer unvollständig zitierten Polizeistatistik betitelt (s. Anhang).Übler geht es kaum noch.
Diesmal gingen eine Menge Leserbriefe bei der Nürnberger Zeitung ein,die -leider gekürzt-abgedruckt wurden (s. Anhang).
Im Herbst 78 beschlossen wir dann einen neuen Weg einzuschlagen.Wir trugen das Problem mit allen unseren Mitteln an die Öffentlichkeit.
Im Mai 79 wurden zwei große Veranstaltungen zum Thema "Drogen in Nürnberg" durchgeführt,ein Papier mit demselben Titel veröffentlicht(s. Lit.-Liste),das ziemlichen Staub aufgewirbelt hat und der Jugendwohlfahrtsausschuß damit beschäftigt.

Jetzt,nachdem eine größere Öffentlichkeit hergestellt ist,nachdem auch den Zeitungsleuten klar ist,daß aufgepaßt undreagiert wird,scheint sich ganz allmählich auch bei der Presse zum Thema Drogen und KOMM etwas zu verändern,Ein Lichtblick ist dieser Ausschnitt aus den Nürnberger Nachrichten vom 8.Dez.79:

Kein vernünftiger Mensch wird das Komm für den Rauschgifthandel in der Königstraße verantwortlich machen. Im Gegenteil: es ist längst bekannt und anerkannt, daß das Komm mit seinen Mitteln versucht hat, das Problem in den Griff zu bekommen.

Inzwischen haben wir auch vernommen,daß sich der Deutsche Presserat Dank einiger Beschwerden mit der Drogenberichterstattung beschäftigt und auf eine für uns sehr interessante Empfehlung hingewiesen hat(s. Anhang).

DER KOMMENTAR

Die Opfer

Immer mehr Rauschgift vor dem Komm

Der Platz vor dem Nürnberger Kommunikationszentrum am Königstor — es muß leider wieder einmal gesagt werden — ist und bleibt ein Stein des Anstoßes. Was sich hier in den letzten Wochen und Monaten abspielt, wird von der Polizei augenscheinlich goutiert, von der Stadtverwaltung und den Parteien im Rathaus geflissentlich übersehen — von der Bevölkerung aber mit Bestürzung und wachsender Abscheu registriert.

Es vergeht kaum ein Tag, da die Polizei nicht ohne einen gewissen Stolz vermeldet, vor dem Kommunikationszentrum, auch Komm genannt, sei schon wieder ein Rauschgifthändler festgenommen worden. Dazu kann man unseren Ordnungshütern nur gratulieren. Man kann auch verstehen, daß sie derartige subkulturelle Stätten der Begegnung ganz gerne sehen. Hier hat die Polizei die Burschen unter Kontrolle, und gelegentlich greift sie sich den einen oder anderen. Die haben dann LSD im Wert von zigtausend Mark bei sich, oder Heroin im After, oder Haschisch im Mund, und was es halt so an Unappetitlichkeiten mehr gibt. Die Polizei weiß aber auch, daß es nur die kleinen Fische sind, die ihr hier ins Netz gehen. Die Großen bringen ihre Schäfchen anderswo und unbekannten Orts ins Trockene.

Nun könnte man, wie es augenscheinlich die Auffassung von verantwortlichen Leuten für Jugendarbeit in Nürnberg ist, darüber seelenruhig zur Tagesordnung übergehen. Etwa nach der Devise: im Komm selbst, da ist ja alles in Ordnung, und was sich draußen tut, das geht außer der Polizei niemand nichts an. Diese Auffassung ist aus zwei Gründen falsch:

1. Wir nehmen an, daß das Komm selbst sauber ist, daß dort keine Rauschgifthändler verkehren. Es kommen also Kinder und junge Menschen dorthin, die verhältnismäßig unverdorben sind. Bleiben sie es aber auch? Bleiben sie es, wenn sie beim Betreten und Verlassen des Hauses angesprochen werden, wenn man ihnen Dinge anbietet, von denen sie besser die Finger lassen? Denn nur zum Vergnügen werden die Dealer dort nicht herumstehen. Sie müssen einen Markt haben. Und den schaffen sie sich garantiert auch unter den Komm-Besuchern. Etwas anderes anzunehmen, wäre ganz schön weltfremd.

2. Das Königstor ist immer noch die Eingangspforte zur Nürnberger Altstadt Was soll ein Besucher, der mit viel Mühe, beispielsweise über das Trichter-Programm, angelockt wurde, denn denken, wenn er schon 100 Meter vom Hauptbahnhof entfernt angepöbelt wird? Alte Menschen werden verspottet, und die Aufforderung: „Zahlst a Halbe", ist noch das mindeste, was einem passieren kann. Ein schönes Renommee für das schöne Nürnberg.

Was soll man tun? Wir sind der Meinung, daß das Komm geschlossen gehört. Und zwar wegen der Jugendverderber, die dort auf ihre Opfer lauern und gegen die es offenbar in einer freiheitlichen Demokratie keine Handhabe gibt. Sollte auch nur ein einziges Kind pro Jahr durch die Umgebung des Komm heroinsüchtig werden, dann gehört die Bude zugemacht. Menschliches Leid, und dazu gehört die Rauschgiftsucht, sollte nicht unter städtischer Aufsicht geschaffen werden. Eine Frage an den für das Komm zuständigen Kulturreferenten Dr. Hermann Glaser: „Würden Sie Ihre Kinder ruhigen Gewissens ins Komm gehen lassen?"

Im übrigen sei die Bemerkung gestattet, daß das Komm von Anfang an eine Mißgeburt war. Sicherlich, idealistische Vorstellungen konnten, aus was für Gründen auch immer, nicht verwirklicht werden. Dafür hat man beinahe das hervorragende Jugendzentrum zugrunde gerichtet. Vielleicht besinnt man sich wieder auf diese Einrichtung und gibt ihr wieder die Gelegenheit, so vorbildlich zu werden, wie sie einmal war. HARALD LAMPRECHT

A4 12.7.75

„Komm" wehrt sich

Vorwürfe an die Polizei und ein Offener Brief
Dealer sollen verschwinden – Neue Vorschläge

Mit der Abstimmung über einen offenen Brief an die Öffentlichkeit sowie Vorschlägen, wie der Platz vor dem „Komm" in Zukunft von Dealern und Rauschgiftsüchtigen freigehalten werden soll, endete am Wochenende die große „Komm"-Diskussion. Entspannender Abschluß am Samstagabend war dann die feierliche Eröffnung der „Kneipe im Komm", von der sich die Initiatoren erhoffen, daß sie zum neuen Herzstück des umstrittenen Kommunikationszentrums wird.

Es werden wohl an die 300 junge Leute gewesen sein, die gegen 20 Uhr vor dem Eingang der neuen Kneipe Einlaß begehrten und deren Geduld auf eine harte Probe gestellt wurde.

Denn nebenan im Vollversammlungssaal waren die Diskussionen über die Angriffe auf das „Komm" und den in der Kneipe zu verlangenden „sozialen" Bierpreis noch in vollem Gange (man einigte sich auf DM 1,20 für die Halbe). Bevor nicht die Vollversammlung zu Ende war, konnte auch die Kneipe nicht eröffnet werden. 20.30 Uhr begann dann der Ansturm auf die ersten drei Fässer Freibier; unter den „Anstürmenden" wurden auch einige Stadträte und Künstler gesichtet (über die Kneipe selbst haben wir schon am Samstag auf unserer Jugendseite berichtet).

In einem offenen Brief, der in den nächsten Tagen den verantwortlichen Politikern, den Parteien, der Polizei und der Presse zugeschickt werden soll, heißt es unter anderem: „Nicht die Schließung des ‚Komm', sondern sein personeller und finanzieller Ausbau könnte die Eindämmung des Drogenmißbrauchs garantieren." An anderer Stelle wird auch ein erfolgversprechendes Modell, wie Release, gefordert.

Um den Vorplatz wieder sauber zu bekommen, soll das linke Podest, auf dem sich die „Szene" meistens abspielt, verschwinden. Rechts und links vom Eingang wollen „Komm"-Mitarbeiter zwei Litfaßsäulen mit Plakaten und Informationen aufstellen.

Die Diskussionen um das „Komm" werden trotzdem so schnell nicht aufhören. So kritisieren beispielsweise die Jungdemokraten in einem Brief an Polizeipräsident Zeitz, die ihrer Meinung nach zu lasche Haltung der Nürnberger Polizei gegenüber den die Jugend gefährdenden Dealern. *R. T.*

DROGEN IN NÜRNBERG

"FÜR EINEN ANGEMESSENEN UND EHRLICHEN UMGANG MIT DIESEM PROBLEM"

Positionspapier von Mitarbeitern des KOMM, Oktober 1979

Inhalt:

1) Warum dieses Papier?
2) Zur Situation im KOMM
3) Das Ausmaß des Drogenproblems in Nürnberg
4) Was sind Drogen?
5) Wann und warum sind Drogen gefährlich?
6) Welche Ursachen hat der Drogenkonsum?
7) Wie verantwortlich verhalten sich verantwortliche Stellen?
8) Was tun?
9) Wo können wir uns orientieren?
10) Was müssen wir fordern?

V.i.S.d.P.: M.Popp, H.Oeben, Königstr. 93 - 8500 Nürnberg

Tod eines Fixers

NZ 27.8.79

NZ 13.8.79

So wurde der tote Fixer in der Toilette des Tanzlokals gefunden. Foto: Hafenrichter

Die tödliche Droge Rauschgift hat gestern abend in Nürnberg ein weiteres Opfer gefordert. Gegen 20.30 Uhr wurde in der Toilette des Tanzlokals „Twenty five" an der Königstraße ein toter Fixer aufgefunden. Das unheilbringende Spritzbesteck war in die Toilettenschüssel gefallen. Die sofort gerufene Kriminalpolizei vermutet, daß es sich bei dem Toten um den 27jährigen Klaus D. aus Roßtal handelt, der allerdings gestern abend nicht mehr endgültig identifiziert werden konnte. Die Polizei stützt ihre Vermutung auf einen Brief, der in der Jackentasche des Rauschgifttoten gefunden wurde mit der Roßtaler Adresse. Ob eine Obduktion angeordnet wird, entscheidet der Staatsanwalt.

Schrieb Arzt Rezepte für Dealer?

ri. Schwabach — Ein praktischer Arzt im Landkreis Roth steht unter dem Verdacht, in weit mehr als 100 Fällen Rauschgiftsüchtige mit Rezepten für Betäubungsmittel versorgt zu haben. Gegen ihn laufen jetzt umfangreiche Ermittlungen.

Der Arzt soll die Rezepte bereits seit gut eineinhalb Jahren ausgestellt haben. Über die Zahl der „Patienten", die der Arzt versorgte, macht die Polizei noch keine Angaben. Der Arzt gab in ersten Vernehmungen zu, Rezepte ausgestellt zu haben. Er führte zu seiner Entschuldigung an, er habe die Stärke der Rauschmittel planmäßig reduzieren wollen, für die er die Rezepte ausstellte. Auf diese Weise habe er den Drogensüchtigen helfen wollen, langsam und ohne große Entzugserscheinungen von ihrer verhängnisvollen Sucht loszukommen.

AZ 15.8.79

Heroin im GNM gespritzt

Ein besonderes Plätzchen zum Fixen suchten sich am Samstag vormittag zwei Rauschgiftsüchtige aus: Im Germanischen Nationalmuseum hatten sich eine 24jährige Fotofachverkäuferin aus Nürnberg und ein gleichaltriger lediger Koch aus Unterasbach Heroin gespritzt. Museumsangestellte waren gegen 10.30 Uhr auf das sonderbare Pärchen aufmerksam geworden und hatten die Polizei und auch das BRK verständigt. Noch bevor die Polizei eintraf, waren die beiden Rauschgiftsüchtigen schon vom Rettungsdienst ins Klinikum transportiert worden.

12. Heroin-Opfer im Hauptbahnhof

Das Rauschgift Heroin forderte gestern abend sein 12. Todesopfer in Nürnberg. In einer Toilette in der Unterführung der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof spritzte sich ein etwa 23jähriger dunkelhaariger Mann die „Todesdroge". Gegen 18.15 Uhr hatte er die Toilette betreten. Als er nach einer Viertelstunde noch nicht herauskam, klopfte die Klofrau an die Tür. Als sie keine Antwort erhielt, öffnete sie und fand den Mann nur noch schwach atmend vor. Im Handrücken steckte noch die tödliche Spritze. Der herbeigerufene Notarzt konnte wenig später nur noch den Tod feststellen. Neben dem noch nicht identifizierten Fixer — der junge Mann hatte keinerlei Ausweispapiere bei sich — lagen die Rauschgiftutensilien.

NZ 11./12.8.79

Nach Heroin-„Schuß" ab ins Krankenhaus

● In der Toilette eines Nürnberger Innenstadt-Lokals hatten sich ein 23 und ein 24 Jahre alter Mann einen Heroin-„Schuß" verpaßt. Der 24jährige brach bewußtlos zusammen, der andere war schwer angeschlagen. Beide kamen deshalb zur stationären Behandlung ins Krankenhaus.

AZ 15.8.79

Junger Arbeitsloser tot aufgefunden

Drogenszene fordert das elfte Todesopfer

Seit 1970 haben in Nürnberg 63 Menschen die Süchtigkeit mit ihrem Leben bezahlt

Die Drogenszene in Nürnberg hat gestern das elfte Todesopfer dieses Jahres gefordert, in Mittelfranken stieg die Zahl auf 19. Seit 1970 sind im Bereich des Polizeipräsidiums 95 Menschen (davon 63 in der Stadt) Opfer ihrer Sucht geworden.

Das jüngste Opfer ist der 18jährige arbeitslose Gerd D. Der Fixer wurde von seiner Freundin gefunden. Die 21jährige alarmierte nach Stunden den Rettungsdienst, ein Arzt konnte nur noch den Tod des Süchtigen feststellen.

NN 8.8.79

1) Warum dieses Papier?

Wir Mitarbeiter des KOMM können zum Thema Drogen nicht länger schweigen.

- Eine jahrelange Auseinandersetzung mit der Drogenszene und eine sie begleitende Diskussion in der Selbstverwaltung,
- tausend mehr oder weniger erfolgreiche Versuche, das Problem innerhalb des Hauses zu lösen,
- aber auch Kontakte zu Mitarbeitern anderer Freizeiteinrichtungen,
- die Analyse der objektiven Verbreitung von Drogen,
- die Analyse der Tabuisierung des Problems durch hierfür verantwortliche Institutionen,
- die Analyse der Berichterstattung über Drogen in der Tagespresse und speziell deren Verhalten zum KOMM

zwingen uns, mit diesem Papier an die Öffentlichkeit zu gehen.

Dieses Papier basiert auch auf Diskussionsergebnissen des „Drogenarbeitskreises", der auf Initiative des KOMM seit über einem halben Jahr arbeitet und sich aus Vertretern der Nürnberger Freizeitheime, kirchlicher Jugendeinrichtungen, des KOMM und der beiden Drogenberatungsstellen zusammensetzt.

Mittlerweile geht es uns nicht nur um das KOMM, sondern um das Drogenproblem in der gesamten Stadt. Denn Drogen sind überall: in Schulen, am Arbeitsplatz, in städtischen Freizeitheimen genauso wie in den Jugendeinrichtungen der Kirche.

2) Zur Situation im KOMM

Wir sind in punkto Drogen immer noch der Sündenbock in dieser Stadt. Im KOMM sind natürlich Drogen. Wir haben das nie geleugnet.

- Da gibt es viele Jugendliche, die bereits „bekifft" oder voll von anderen Drogen bei uns ankommen, ebenso wie angetrunkene, die sich bereits vor unserer Öffnungszeit anderswo vollgetankt haben.
- Mindestens einmal im Monat geschieht es, daß ein Abhängiger bereits beim Betreten des Hauses so voll ist, daß wir nicht sicher sind, daß er die nächste Stunde heil übersteht. In der Regel werden dann die Sanitäter des Roten Kreuzes gerufen.
- Da gibt es die Möglichkeit, im KOMM „Anbahnungsgespräche" zu führen, den eigentlichen „Deal" aber außerhalb, irgendwo im Bereich der Königstraße, „zu drehen".
- Da gibt es immer wieder auch Versuche, Drogen innerhalb des Hauses zu verkaufen – unbemerkt auf der Toilette oder über den Tisch in der vollbesetzten Kneipe – eine Situation, die für Mitarbeiter und Sekretäre des KOMM nicht total kontrollierbar ist.

Nun bedeutet vor allem diese letzte Aussage nicht, daß wir Mitarbeiter dem Drogenproblem macht- und wehrlos gegenüberstehen.
Bei uns wurde der Handel mit Drogen zu keiner Zeit geduldet, sondern gegen Personen, die beim Dealen erwischt werden, wird immer das Hausverbot ausgesprochen. Wir observierten die Dealer- und Fixerszene, kriminalisierten diese hausintern, legten eine „Verbrecherkartei" an und versuchten trotz dieser „Polizeimethoden" noch zu differenzieren, d.h. die jeweilige Person zu sehen und ihr gerecht zu werden.
Wir starteten Aktionen in der Selbstverwaltung mit dem Ziel, möglichst viele Mitarbeiter und Besucher mit der Problematik zu konfrontieren und eine möglichst große Einigkeit gegen den Drogenhandel im KOMM zu erreichen; es wurden Wandzeitungen und Plakate hergestellt und und Diskussionen mit möglicht vielen Besuchern angezettelt.

Wir haben versucht, für Betroffene Hilfe zu organisieren.
Besonders die „KOMM-Hilfe', aber auch einige Mitarbeiter in anderen Bereichen kümmern sich – in den Grenzen einer freiwilligen Mitarbeit – um Abhängige und ganz allgemein um Jugendliche in Schwierigkeiten.
Diese Gruppe arbeitet mit den Drogenberatungsstellen zusammen und ist bemüht, Entzugstherapien zu vermittel.

Auf ungerechtfertigte Angriffe von Parteien und der Presse haben wir uns nach außen gewehrt: In Form von Leserbriefen, Stellungnahmen und Presseerklärungen haben wir unseren Standpunkt deutlich gemacht, versucht, zu objektivieren, was hochgespielt war und ebenso versucht, deutlich zu machen, daß Drogen nicht ein spezielle Problem des KOMM sind, sondern Ergebnis von Bedingungen, die überall in der Gesellschaft Menschen zur Abhängigkeit führen.

Insofern verhielten wir uns entsprechend den Widersprüchen unserer Gesellschaft ebenfalls widersprüchlich. Wir kämpften an zwei Fronten:
Wir traten nach unten und traten im Grunde Menschen, die krank sind.
Wir wehrten uns nach oben und rannten gegen die Mauern pauschaler Vorurteile und verfestigter Tabus.

Wir sind dieses Spiels müde. In dieser Situation bleibt uns nur der noch entschiedenere Weg in die Öffentlichkeit.
Dabei ist es sinnvoll, auf die Situation der gesamten Stadt hinzuweisen.

3) Das Ausmaß des Drogenproblems in Nürnberg

Wir müssen uns in aller Deutlichkeit die Zahlen immer wieder vor Augen führen, und wir dürfen uns daran nicht gewöhnen:
In Nürnberg
- sterben jährlich etwa 12 - 15 Jugendliche an einer Überdosis Rauschgift,
- sind zur Zeit mindestens 400 Menschen heroinabhängig (incl. einer geschätzten Dunkelziffer bis zu 800),
- geht die Zahl der Jugendlichen, die ständig oder gelegentlich mit Drogen in Kontakt kommen, in mehrere Tausende,
- ist in der Königstraße ständig ein Personenkreis von etwa 30 - 40 Personen – Dealer und abhängige Fixer – zu besichtigen, der dort in aller Öffentlichkeit mit Drogen handelt bzw. auf sie wartet;
- in anderen Stadtteilen z.B. in Langwasser tritt das Problem ebenso deutlich auf.

(Die Angaben stützen sich auf Zeitungsbericht und Statistiken des Gesundheitsamtes und der Polizei).

Drogen sind überall dort, wo Jugendliche sich frei von strenger Aufsicht und Kontrolle treffen.
Es sei noch einmal wiederholt:
In Diskotheken, Kneipen, Schulen, städtischen und kirchlichen Freizeiteinrichtungen.

4) Was sind Drogen?

Im Rahmen unserer „Drogenoffensive" sind schwerpunktmäßig diejenigen Drogen angesprochen, deren Handel, Besitz und Konsum in der Bundesrepublik unter Strafe gestellt sind.

Durch das Betäubungsmittelgesetz werden die Konsumenten der „illegalen Drogen" im Gegensatz zu anderen Drogenkonsumenten wir Bier- und Schnapstrinkern oder Nikotinrauchern kriminalisiert.Wenn wir am Ende diese Papiers die Forderung „legalize it" aufgreifen, so geschieht dies nicht in der Absicht, den bisher verbreiteten Drogen noch weitere hinzuzufügen. Sondern, weil wir erkannt haben, daß das Verbot mehr Unglück anrichtet, als eine Freigabe von leichten Drogen heute schaden würde.
Wir würden wünschen, daß Menschen überhaupt nicht aus Abhängigkeit zu Drogen greifen müssen, denn

Drogen sind Stoffe, deren Genuß im menschlichen Körper physische und/oder psychische Veränderungen bewirkt.
Als Drogen muß man demnach auch Vitamin C, Koffein, verschiedene Gewürze, Nikotin und Alkohol, sowie die vielen Mittelchen der Pharmaindustrie einstufen.
Nach dieser Definition gibt es keine „drogenfreie Gesellschaft"!

Jede Gesellschaft kennt Drogen und deren Konsum.
Es hängt von klimatischen, ökonomischen und kulturhistorischen Bedingungen und Entwicklungen ab, welche Drogen in einem bestimmten Land üblich und erlaubt sind.
Es gibt Gesellschaften, in denen beispielsweise der Alkohol verboten ist, und in denen die Menschen mit dieser Droge ebensowenig umgehen können, wie unsere Gesellschaft mit bestimmten Opiaten. Es gibt andererseits Kulturen, in denen der Konsum von Marihuana oder Kokain zum Alltag gehört.
Merkwürdig bzw. bezeichnend ist die Tatsache, daß in unserer leistungsfixierten Gesellschaft gerade solche Drogen verboten sind, deren Konsum den Leistungswillen abbaut und ein Gefühl der Gleichgültigkeit bewirkt.

5) Wann und warum sind Drogen gefährlich?

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß ganze Gesellschaften ganz gut mit den Drogen leben, die bei uns verboten sind, und dieser Drogenkonsum fester Bestandteil ihrer Kultur ist.

Diese Opiate wurden in allen westlichen Ländern allmählich Bestandteil einer Jugendkultur.

Was zuerst die amerikanischen Soldaten im Vietnam Krieg kennengelernt und in die USA zurückgebracht hatten, wurde ab etwa 1968 Bestandteil einer Protestbewegung der Jugend. Einer Protesthaltung gegen die hohlen Werte unserer westlichen Gesellschaften, gegen Habgier, Profitsucht, Konsumterrror, Arbeitssucht, Freßsucht usw.
In dieser Bewegung ist die Droge Ausdruck eines Protests, der Verweigerung, aber auch der Gemeinsamkeit, der Kommunikation und einer neuen Genußfähigkeit.
Von Rockstars besungen, gehört das Cannabispflänzchen zum Alltag vieler Wohngemeinschaften (und auch so mancher „Normalbürger").
Diese Menschen sind weder abhängig, noch süchtig.
Was also macht dann Drogen gefährlich?
Vergleichen wir es mit Alkohol:
Bei Alkoholkonsumenten wird zwischen Gelegenheitstrinkern, Gewohnheitstrinkern und Alkoholkranken unterschieden.

Selbst bei den harten Drogen, bei Heroin kann man diese Unterscheidung vornehmen. Es ist aus den USA und Großbritannien bekannt, daß Heroinabhängige einer ganz normalen Arbeit nachgehen und mit ihrer Abhängigkeit bereits seit vielen Jahrzehnten zurechtkommen.

Diese Beobachtungen bedeuten, daß nicht jede Droge süchtig macht; nicht jeder, der Drogen nimmt, wird abhängig; auch mit harten Drogen kann man in einer Weise umgehen, daß ihr Genuß nicht schlimmere Folgen hat, als die leberzersetzende Wirkung des Alkohols.

Gefährlich sind Drogen in ihrer physischen Wirkung dann, wenn der Körper sich an den Genuß der Droge gewöhnt und immer größere Mengen erforderlich sind, um die gewünschte Wirkung zu erreichen.
Psychisch wird der Genuß der Drogen als angenehm erlebt, der Wunsch nach Wiederholung stellt sich ein.
Im fortgeschrittenen Stadium des harten Drogenkonsums wird das gesamte Leben auf den Erwerb und den Konsum der Droge ausgerichtet.
Beide Faktoren, der psychische und der physische sind nicht für sich, sondern nur unter ganz bestimmten individuellen und sozialen Umständen eine Gefahr.
Vor allem dann, wenn dem Drogenkonsum der Wunsch nach betäubender Wirkung zugrunde liegt, dann, wenn der Wunsch nach Realitätsflucht übergroß ist, oder wenn labile Charaktere die Einnahmen von Drogen nicht steuern können.

Die entscheidenden Gefahren liegen bei den harten Drogen wie z.B. Heroin und hierbei wiederum in folgenden Aspekten:

– Der mehrmalige Genuß zieht eine unmittelbare körperliche Abhängigkeit nach sich. Der Einstieg, meist als Werbegabe gratis, ist wunderbar angenehm – das Leben ohne Drogen anschließend wird zur körperlichen und seelischen Qual.

– Der „Goldene Schuß", hervorgerufen durch eine Überdosis Rauschgift oder todbringende Beimischungen, ist hierbei der sichtbarste Ausdruck dieser Qualen, und auch die ersehnte Erlösung aus ihnen.
– Eine der gesellschaftlichen Folgen, die die körperliche Abhängigkeit nach sich zieht, ist das unweigerliche Abrutschen in die Kriminalität, die sogenannte „Beschaffungskriminalität". Um die Sucht zu befriedigen, muß Stoff beschafft werden. Stoff kostet sehr viel Geld. Mehr, als man normalerweise verdienen kann. Deshalb bleiben: Stehlen, Dealen, Austrixen, Prostitution, Zuhälterei.
Ein Heroinabhängiger braucht zur Befriedigung seiner Sucht im Jahr mindestens DM 75.000.
– Eine andere gesellschaftliche Folge, die sich bereits aus dem Konsum „illegaler Drogen" ergibt und durch die Beschaffungskriminalität verdoppelt wird, ist die der „Isolation". Die Kriminalisierung zwingt den Abhängigen zur Flucht in den Untergrund, in eine Scene anderer Abhängiger, die sich gegenseitig den **Anschein sozialer Solidarität** geben. Dieser „Drogenscene", diesem sozialen Milieu aus eigener Kraft zu entfliehen, ist fast unmöglich.
„Von der körperlichen Abhängigkeit kann man sich notfalls in 4 Tagen befreien – von der sozialen Abhängigkeit der „Drogenscene" in 4 Monaten nicht!"

6) Welche Ursachen hat der Drogenkonsum?

Im Gespräch mit Abhängigen kristallisieren sich einige Ursachen heraus, die die Hinwendung zu Drogen fördern; dabei ist ein Aspekt allein in der Regel nicht ausreichend, um Jugendliche in die Abhängigkeit zu treiben. Sobald mehrere dieser Ursachen zusammen treffen, kann man aber mit Sicherheit das Abrutschen in die Abhängigkeit und später in die Kriminalität vorhersagen.

– Eine Ursache liegt in der Jugendarbeitslosigkeit.
Weil der Platz und die Anerkennung in der Gesellschaft über die Arbeit bestimmt werden, sieht sich der arbeitslose Jugendliche außerhalb oder am Rande der Gesellschaft stehen. Dies ist für viele Jugendliche offensichtlich nur durch Verdrängung oder Betäubung zu verkraften.
– Eine andere Ursache ist das Erfahren der Perspektivlosigkeit für die Zukunft.
Jugendliche erfahren nicht, wofür es sich lohnt, zu lernen, sich einzusetzen, zu arbeiten. Breite Schichten unserer Bevölkerung arbeiten unter hierarchischen Verhältnissen. Sie empfinden diese Verhältnisse als kaum veränderbar und somit als nicht befriedigend. Es mangelt an Selbstwertgefühl. Ersatzbefriedigungen müssen geschaffen werden, Bestätigungen müssen woanders geholt werden.
– Als eine weitere Ursache sind die Probleme in der Kleinfamilie anzusehen.
Gleich ob diese zerrüttet ist oder nicht, sie ist häufig nicht in der Lage, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nach Anerkennung, nach menschlichen Beziehungen und Hilfe einzulösen. Auch die Familie ist geprägt durch die Arbeitswelt und durch gesellschaftliche Maßstäbe, in denen der Erwerb von Konsumgütern (Auto, Farbfernseher) wichtiger ist, als zwischenmenschliche und soziale Werte.
– Ein großer Teil der Abhängigen ist durch die negative Erfahrung einer Heimerziehung geprägt, die stärker noch als manche Kleinfamilie, der sozialen Bindung und Wärme entbehrt.
– Als letzter Aspekt sollen enttäuschte Liebesbeziehungen oder Schwierigkeiten mit dem Partner aufgegriffen werden; diese sind sehr häufig der unmittelbare Auslöser für den Griff zur Droge.

In die Betrachtung der individuellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für Abhängigkeit muß der unwahrscheinlich brutal expandierende Drogenmarkt einbezogen werden, der jede, auch noch so geringe Schwäche labiler Menschen ausnützt, um ihnen die Droge „reinzudrücken".

Die Ursachen des Drogenkonsums liegen im wesentlichen in gesellschaftlichen Bedingungen. Diese sind veränderbar!

7) Wie verantwortlich verhalten sich verantwortliche Stellen?

Oben haben wir aus unserer Sicht die Ursachen des Drogenkonsums dargestellt. Diese und das Ausmaß des Drogenkonsums sind den verschiedenen Institutionen wie Polizei, Justiz, Drogenberatungsstellen, Ärzten, Therapeuten, Jugendamt u.a. durchaus bekannt.
Dennoch wird das Problem insgesamt nur sehr zögernd öffentlich gemacht und noch weniger entschieden gehandelt. Etwas verallgemeinernd sind dabei etwa folgende Handlungen charakteristisch:

– Die Hilflosigkeit:
  Man weiß nicht, wo zuerst anfangen. Selbst hat man kaum Erfahrungen gesammelt. Erfahrene Leute und brauchbare Konzepte sind kaum „auf dem Markt".
– Der Defätismus:
  Man weiß oder spürt zumindest im Bereich der Sozialarbeit, daß sich das Drogenproblem nachhaltig erst im Zug tiefgreifender sozialer und gesellschaftspolitischer Veränderungen lösen wird.
  (Wenn z.B. jeder das Recht auf Arbeit hat, der Sinn mancher Arbeit wieder leichter verstehbar wird, gegenseitige Beziehung, Anerkennung und Kommunikation „wertvoller" werden . . .)
– die Verlogenheit:
  Man greit nicht entschieden genug die doppelte Moral einer Gesellschaft an, die auf der einen Seite den Konsum einiger Drogen verdammt, auf der anderen Seite aber andere Drogen überschwenglich anpreist, wie den Alkohol, Zigaretten und Pharmazeutika in der Werbung.
  Wer diesen Sachverhalt kennt, sich trotzdem passiv verhält, ist mitverantwortlich für diese Doppelmoral.

Im folgenden sind einige wichtige, mit dem Drogenproblem konfrontierte Stellen charakterisiert:

Die Polizei

Für die Polizei hat das Drogenproblem, verglichen mit anderen Delikten, nicht allzuviel Bedeutung. Ein Eingreifen der Polizei ergibt sich auch nicht zwingend, da in der Regel gegen Drogenhändler keine Anzeigen aus der Bevölkerung gestellt werden.
Ein gewisser moralischer Handlungszwang ergibt sich aus der steigenden Zahl der Drogentoten.
Die Aktivitäten der Polizei konzentrieren sich auf die Zerschlagung von Dealerringen und auf die Unterbrechung des Nachschubs. An der Verfolgung der alltäglichen kleinen Delikte hat sie kaum ein Interesse. Diese Differenzierung findet unsere Zustimmung. Wir sind aber der Meinung, daß diese Haltung auch dem Bürger verdeutlicht werden sollte, so daß nicht der Eindruck aufrechterhalten wird, die Polizei könne oder wolle das gesamte Drogenproblem lösen.

Dabei sollte auch deutlich werden,

– daß Polizeistatistiken keine exakten Anhaltspunkte über das tatsächliche Ausmaß des Drogenhandels in einer Stadt liefern, sondern unter Umständen nur die Intensität polizeilicher Drogenfahndung anzeigen;
– daß die Polizei Interesse an der Überschaubarkeit der Scene und, so merkwürdig das klingen mag, an der Konzentration auf bestimmte Treffpunkte hat;
– daß die Schließung einer Einrichtung lediglich die Verlagerung der Scene an andere Orte zur Folge hat.

Die Presse

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über die Festnahme eines Dealers, die Sicherstellung einer mehr oder weniger großen Menge Heroin oder über den Verlauf eines Drogenprozesses kurz berichtet wird. Hin und wieder wird der Bericht um das Foto eines toten Fixers ergänzt, unter häßlichen Umständen auf der Toilette krepiert. Der „Goldene Schuß" hat eine kleine Sensation abgegeben.
Auch wenn sich bei manchen Redakteuren gelegentlich das Gewissen rührt und sie ihrem Blatt einen größeren Bericht oder gar eine Serie abringen, gerät diese, nach den Gesetzen des Marktes, zur umsatzfördernden Sensationsstory. (Das Beispiel der werbewirksam aufgemachten AZ-Serie zeigte dies ganz deutlich.) So läßt sich auf vielerlei Art Geld mit Drogen verdienen.
Problematisch ist diese Art der Berichterstattung,

– weil der Leser allmählich an die immer weitere Verbreitung der Drogen gewöhnt wird, solange bis er die morgendlichen Meldungen als selbstverständlich hinnimmt;
– weil sie bei Drogenabhängigen und Eltern Angst erzeugt. Nicht etwa Angst vor der Droge, sondern Angst, den Konsum der Droge vor sich selbst, den Eltern und den Drogenberatern einzugestehen.

Zu alledem wird das Drogenproblem bei passender Gelegenheit im Rahmen politischer Parteiauseinandersetzungen instrumentalisiert und von der Presse wirkungsvoll aufgegriffen.
Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik kann ein Lied davon singen: Viele politische unbequeme Jugendhäuser wurden mit der vorgeschobenen Begründung des Drogenkonsums geschlossen. Als ließen sich so die Probleme lösen! Auch gegen das KOMM wurde von konservativen Kräften mehrfach die Forderung nach Schließung des „Drogenpalastes" gestellt.
Presse und Parteien machen dabei in der Regel nicht das Problem, sondern den gesamten Jugendtreff zur Zielscheibe ihrer Angriffe.

Das Jugendamt

In der ersten Fassung dieses Papiers wurde die Haltung des Jugendamts so beschrieben: „Das Jugendamt ist peinlich bemüht, Informationen über den Drogenkonsum in städtischen Freizeitheimen – das Beispiel Langwasser hat gezeigt, daß es diesen tatsächlich gibt – zu unterdrücken, damit diese nicht auch noch mit dem Drogenstigma behaftet werden. Soweit uns bekannt ist, liegt von Seiten des Jugendamts keine Stellungnahme zum Problem der Verbreitung der Drogen bei Jugendlichen vor. Bei den Mitarbeitern in den Freizeitheimen ist bis auf wenige Ausnahmen die Angst vor den Vorgesetzten immer noch stärker als die bereits erkannte Notwendigkeit, die Dinge beim Namen zu nennen und auf Abhilfe zu drängen."
Auf diese Darstellung hat die Leitung des Jugendamtes sehr heftig mit der Feststellung reagiert, die Darstellung über die Aktivität des Jugendamtes sei falsch.
In dem Schreiben wird dann weiter ausgeführt, daß
– Informationen nicht unterdrückt werden,
– Drogenkonsum (-enten) aus den FZH's ferngehalten wird (werden),
– das Jugendamt und seine Mitarbeiter sich an die Gesetze halten.

Ferner ist auf die Anfrage des Kreisjugendrings hin endlich auch eine Stellungnahme des Jugendamts zum Drogenproblem erfolgt; darin wurden neuerlich auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen und gefordert.

Dies soll hier ausdrücklich klargestellt sein.
Festhalten wollen wir aber an folgenden „Meinungen":

– Aus Äußerungen einzelner Mitarbeiter in Freizeitheimen im gemeinsamen Drogenarbeitskreis mußte für uns der Eindruck entstehen, sie hätten Angst, ihre Aussagen über Drogenkonsum in Freizeitheimen auch öffentlich zu vertreten.
– Es entsteht der Eindruck, mit den Hinweisen auf das „Gesetz" (auch KOMM-Mitarbeiter halten sich an das Gesetz!) und staatliche Koordinierungsstellen würde die eigene Verantwortlichkeit um dieses Problem verdrängt.
– Durch den Rauswurf der Drogenkonsumenten aus den Freizeitheimen wird das Problem nur vor die Türe gekehrt, aber nicht gelöst. (Von Hilfen für die einzelnen Abhängigen ist nicht die Rede.)

– Es entsteht der Eindruck, mit den Hinweisen auf das „Gesetz" (auch KOMM-Mitarbeiter halten sich an das Gesetz!) und staatliche Koordinierungsstellen würde die eigene Verantwortlichkeit um dieses Problem verdrängt.
– Durch den Rauswurf der Drogenkonsumenten aus den Freizeitheimen wird das Problem nur vor die Türe gekehrt, aber nicht gelöst. (Von Hilfen für die einzelnen Abhängigen ist nicht die Rede.)

Der Stadtrat

„Das Problem wird innerhalb des Stadtrates bzw. der entsprechenden Ausschüsse nur nach größeren Veröffentlichungen in der Presse zur Kenntnis genommen.
Der Stadtrat wurde bisher durch die zuständige Verwaltung nicht mit dem Drogenproblem konfrontiert. Der zuständige Jugendwohlfahrtsausschuß betrachtet dieses Problem offensichtlich als außerhalb seiner Zuständigkeit.
Hinzu kommt, daß die Drogenabhängigen keine Lobby haben – eine sicherlich kostspielige Drogenarbeit bringt keiner Partei Wählerstimmen. Vor allem deshalb nicht, weil nach Meinung der Bürger die „Rauschgiftler" an ihrem Unglück selber schuld seien. Der steuerzahlende Bürger hat noch nicht erkannt, daß vorbeugende Maßnahmen auf Dauer billiger sind als die enormen Kosten einer von vielen Rückschlägen begleiteten Resozialisierung."
Soweit die erste Fassung dieses Papiers.

Auch hier müssen wir ergänzen:
Durch die Anfrage des KJR wurde diesem Thema mitlerweile eine Sondersitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses gewidmet. Dennoch muß abgewartet werden, wie grundsätzlich diese Diskussion weitergeführt wird und ob das Problem nicht doch wieder auf die „Wieviel Geld – Wieviel Stellen" – Tour allzu rasch abgehakt wird.

Die Schule

Etliche Schulleitungen sind – ebenso wie andere hier beschriebene Einrichtungen – bemüht, das Drogenproblem nach außen zu vertuschen. Intern gibt es Lehrer- und Elternkonferenzen, die sich mit entsprechenden „Vorkommnissen" an der Schule befassen. Ebenso wird der Drogenberater zu Aufklärung und Beratung gerufen.
Dies sind Zeichen dafür,

– daß auch an Schulen Grüppchen und ganze Klassen existieren, denen der Drogenkonsum nicht fremd ist und
– einige Dealer selbst die stark überwachte Schulsituation nicht davor abschreckt,

hier einen Markt zu erschließen.

Die städtische Drogenberatung

Die Drogenberatungsstelle des Gesundheitsamts

– konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die individuelle Beratung derjenigen, die die Schwelle des „Amtes" überwinden und den Weg zum „Beratungsschreibtisch" freiwillig oder gezwungenermaßen finden;
– kümmert sich um Therapieplätze und Kostenträger für diejenigen, deren Leidensdruck für die Anstrengung einer Entziehungskur und anschließender Therapie ausreicht;
– führt derzeit modellhaft für 6 - 8 der etwa 400 - 800 Heroinabhängigen eine ambulante Therapie durch (ein Tropfen auf den heißen Stein!)
– fühlt sich überfordert, wenn es darum geht, Konzepte zu entwickeln, die das Problem annähernd an der Wurzel packen, und gesellschaftspolitische Forderungen offensiv zu vertreten;

– verhält sich eher resignativ, weil die vor Jahren erhobenen Forderungen nach Stellenschaffung und Einrichtung einer kommunalen Drogenklinik durch den Stadtrat abgelehnt wurden;
– versucht, in dem solchermaßen gewährten engen Rahmen durch Beratung und Verhaltenstherapie Drogenabhängige wieder in unsere Gesellschaft einzugliedern.

Die Drogenberatung der Stadtmission

Ähnliches gilt heute für die Drogenberatungsstelle der Stadtmission, die vor etlichen Jahren das Problem mit der Einrichtung eines Kontaktzentrums und der Einstellung einer größeren Zahl qualifizierter Mitarbeiter engagierter als die Stadt Nürnberg angegangen hatte.
Heute gibt es auch dort Schwierigkeiten bei der Erstellung eines klaren Arbeitskonzepts und der Wahl erfolgversprechender Therapiemethoden. Dies führte u.a. auch zu einer relativ starken Fluktuation der Mitarbeiter.
Auch von dieser Seite kamen bisher keine Vorstellungen und Forderungen, wie dem Problem mit jugend- und sozialpolitischen Maßnahmen beizukommen sei. Drogenkonsum wird als individuelles Problem begriffen oder hingenommen, die Ursachen, die zu Drogenmißbrauch führen, so dargestellt, als wären sie unumstößliche Gegebenheiten.

Die Ärzte

Sie verhalten sich weitgehend widersprüchlich:

– Die Ärzte wissen heute, daß die medizinischen Folgen beim mäßigen Gebrauch leichter Dogen unbedenklicher sind, als die des Alkohols – trotzdem tabuisieren sie die Drogen insgesamt.
– Pauschal auch warnen sie vor der gesundheitsschädigenden Wirkung der Drogen – aber es gibt etliche Ärzte, die großzügig Aufputschmittel und Opiate verschreiben, die dann als Drogenersatz gehandelt, und meist in Verbindung mit Alkohol, konsumiert werden.
– Eine mutige Stellungnahme verantwortlicher Mediziner, die eine entschiedene Trennung zwischen leichten (weichen) und harten Drogen fordern würde, ist bislang nicht erfolgt.

Die Sozialarbeiter

Hilflosigkeit im Umgang mit dem Drogenproblem ist auch für Sozialarbeiter kennzeichnend:
– Sie sind für die Arbeit mit Drogenabhängigen kaum ausgebildet, wissen allenfalls theoretisch Bescheid.
– Die Hilfestellung des Sozialarbeiters ist auf die Freiwilligkeit des Abhängigen angewiesen. Wenn dieser nicht will, entzieht er sich dem fordernden Anspruch des Sozialarbeiters.
– Der zeitliche Aufwand, den die Arbeit mit einzelnen Abhängigen erfordert, sprengt den Rahmen bisher üblicher Sozialarbeit. (Während labiler Phasen ist ausschließlich die, auch zeitlich, totale Zuwendung eine Hilfe.)
– Der Sozialarbeiter kann zum Abhängigen letztlich keine Vertrauensbasis herstellen, da Verschwiegenheit nicht garantiert werden kann, solange ihn das Gesetz vor Gericht zur Aussage zwingt.
– Viele politisch bewußte und kritische Sozialarbeiter, die diese Abhängigkeit als Folge einer materialistischen, geldwert- und leistungsorientierten Gesellschaft begreifen, sehen keinen Sinn, sich individuell den immer von neuem produzierten Opfern in caritativer Weise zuzuwenden. Die Einsicht sagt, daß zunächst die Ursachen angegangen werden müssen, die solche Abhängigkeit erzeugen.

8) Was Tun?

Faßt man die Haltungen der beschriebenen Einrichtungen und Berufsgruppen zusammen, so ergibt sich – sicher etwas pauschal – ein Bild der Hilflosigkeit, Unentschlossenheit, Problemverdrängung, Resignation, Tabuisierung, Doppelmoral und Rechtsunsicherheit.

Aber auch ein Bild zaghafter Versuche, die deshalb scheitern müssen, weil sie unter ungenügenden Bedingungen und punktuell begonnen werden. Die momentane Praxis aller zuständigen Einrichtungen verhindert nicht, daß ständig neue und zunehmend Drogenabhängige produziert werden.

Am Drogenproblem kann langfristig nur dann etwas verändert werden, wenn alle Verantwortlichen – an der Basis und in den politischen Gremien – begreifen, daß der Drogenkonsum nicht lediglich ein individuelles Problem ist und entsprechend behandelt werden kann, sondern auch und vor allem Folge falscher gesellschaftlicher Werthaltungen.

Erst wenn wir diese Ursachen öffentlich beim Namen nennen und Konsequenzen daraus ziehen, wird es möglich, das Problem in ehrlicher Weise und konsequent auf einer gesellschaftspolitischen Ebene anzugehen und langfristig Vorstellungen und Konzepte zu entwickeln, die allmählich zu einem Abbau der Drogenabhängigkeit führen können.

Währenddessen müssen wir lernen, mit der Droge zu leben, toleranter zu werden und müssen auch zum Kosum harter Drogen eine andere Einstellung gewinnen. Wir müssen hinnehmen, daß die Zunahme des Drogenkonsums weder durch polizeiliche noch durch andere staatlich verordnete Mittel aufgehalten werden kann und daß es keine drogenfreie Gesellschaft gibt. Ferner daß der Konsum von Drogen nicht nur ein Ventil aus gesellschaftlich bedingter Not ist, sondern in der positiven Version auch als Ausdruck eines neuen Kulturgefühls gesehen werden kann.

Bei der Suche nach Lösungen und der Erstellung von Konzepten können wir auf Erfahrungen zurückgreifen, die in anderen Ländern bereits gemacht wurden.

9) Wo können wir uns orientieren?

Das Beispiel Holland:
Holland ist das europäische Land, das wegen der dort üblichen größeren Toleranz am ehesten nach konstruktiven Lösungen sucht.
Jugend- und Sozialarbeiter, Drogenberater, aber auch eine Reihe von Politikern haben dort erkannt, daß dem Drogenproblem durch Verbote und durch die Kriminalisierung Abhängiger nicht beizukommen ist.
Man hat sich deshalb zu einer (bislang inoffiziellen) Freigabe (Liberalisierung) der weichen Drogen entschlossen.
Dies geschah mit dem Ziel:

– eine Trennung zum harten Drogenmarkt zu erreichen,
– zu garantieren, daß die abgegebenen Drogen nicht gesudheitsschädigend verfälscht werden und
– daß der niedrige Preis die Jugendlichen nicht zu der sonst üblichen Beschaffungskriminalität zwingt.

Konkret sieht diese Praxis so aus:
– In vielen holländischen Jugendzentren werden weichen Drogen zu einem „guten Preis" und in einer „guten Qualität" verkauft;
– Die Jugendhäuser halten sich sogenannte Hausdealer, deren Tätigkeit von den Mitarbeitern kontrolliert werden kann;

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß sich die Zahl der Konsumenten leichter Drogen seit der Einführung dieser Praxis nicht erhöht hat.

Bei den harten Drogen, vor allem Heroin, hat man sich darauf konzentriert:

– Die Gruppe der Abhängigen zahlenmäßig zu erfassen,
– ihnen eine weniger gefährliche Ersatzdroge – Metadon – anzubieten und sie auf diesem Weg bei der Ausgabe medizinisch zu betreuen.
– Dabei versucht man, die täglichen Abgaberationen zu verringern oder zumindest konstant zu halten und soziale Hilfen anzubieten.

Vor allem kommt es bei diesem Verfahren darauf an, die Abhängigen aus dem mörderischen und mit Kriminalität verbundenen Kreislauf des Drogenmarktes herauszulösen.

Das Beispiel England:

Hier liegen uns derzeit nur Informationen über die Maßnahmen gegen die harten Drogen wie Heroin, Kokain etc. vor.

– Im Mittelpunkt steht die therapeutische Behandlung Abhängiger – in ganz England wurden Spezialkliniken eingerichtet.
– Jeder Abhängige kann sich in einer solchen Klinik behandeln lassen.
– Ist eine Abhängigkeit durch entsprechende medizinische Untersuchungen festgestellt und hat sich gezeigt, daß eine völlige Abstinenz von der Droge nicht durchgehalten werden kann, so besteht für den Arzt einer solchen Klinik die Möglichkeit, dem Abhängigen die Droge in bestimmten Rationen zu verschreiben.
– Bestimmte Apotheken geben dann die Drogen ab.
– In diesem Verfahren sind gesetzliche Bestimmungen einzuhalten.
-- Die genannten Stellen unterliegen einer gesetzlich festgelegten Meldepflicht.

Die Personalangaben des Patienten werden von einer Stelle des Innenministeriums überprüft. Somit ist es für den Abhängigen nicht möglich, sich die Droge auf legalem Weg mehrfach zu besorgen. Damit wird verhindert, daß es einen Überschuß an harten Drogen gibt und dieser auf den Schwarzmarkt gelangt.

Dieses Verfahren hat folgende positive Auswirkungen:

– Rund 50% der Heroin- und/oder Kokainabhängigen sind in der Lage, ihren sozialen und wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Sie haben Ganztagsberufe, die sie über viele Jahre hin erfolgreich ausüben.
– Ein schwarzer Markt für Heroin und Kokain großen Stils (wie z.B. in den USA) hat sich in England bislang nicht etablieren können. Kriminelle Delikte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verkauf und Erwerb der Drogen Heroin und Kokain auf einem solchen schwarzen Markt stehen, werden im Vergleich mit den USA erheblich seltener registriert. In englischen Publikationen finden sich keine Hinweise, die auf ausgedehnte Aktivitäten von organisierten Verbrecherbanden im Heroin- oder Kokainhandel schließen lassen.
– Eine kausale Beziehung zwischen Heroin- und/oder Kokainabhängigkeit und Kriminalität läßt sich nicht nachweisen. Heroin/Kokainabhängige, die vom Innenministerium betreut werden, machen sich durch den Konsum der Drogen nicht strafbar. Da der Erwerb der Drogen legal ist, sind diese Drogenabhängigen keine Kundschaft und keine Ausbeutungsobjekte für einen von organisierten Verbrecherbanden etablierten Schwarzmarkt. Heroin/Kokainabhängigkeit signalisiert nicht den Beginn einer kriminellen Karriere. (Aus Irmgard Vogt: Drogenpolitik)

10) Was müssen wir fordern?

Zunächst müssen wir die Voraussetzungen für den Beginn einer öffentlichen Diskussion schaffen:

– Die Drogenberatungsstellen sind aufgefordert, in der Öffentlichkeit deutlich zu sagen,
daß es keine drogenfreie Gesellschaft gibt und in unserer Gesellschaft sehr viele Menschen von den verschiedensten Drogen abhängig sind,
daß oft gerade die Eltern das Vorbild im Konsumieren sind,
daß unsere Gesellschaft also von einer doppelten Moral geprägt ist.
– Alle Verantwortlichen müssen klarstellen, daß Drogenabhängige nicht Kriminelle sondern Kranke sind.
– Wir alle müssen die Entstehungsgründe für Abhängigkeit beim Namen nennen.

Erst wenn durch diese Aufklärung die Enttabuisierung des Drogenproblems erreicht ist, wird es möglich, eine unverkrampfte und ehrliche Auseinandersetzung über geeignetete Maßnahmen zu führen.

Die Diskussion muß zunächst mit einer Bestandsaufnahme der bisherigen Maßnahmen beginnen und diese kritisch werten. Dazu gehört auch die Information, wie es in Schulen, Freizeitverbänden und Jugendverbänden tatsächlich mit Drogen aussieht. Als weiteren Schritt müssen Forderungen nach neuen und konsequenten Maßnahmen entwickelt werden:

1. Die Forderung nach der Freigabe der weichen Drogen, um eine Bresche zwischen die beiden Drogenmärkte zu schlagen und um die Jugendlichen weiterhin zu kriminalisieren, nur weil sie etwas tun, was nicht gefährlicher ist, als Zigaretten zu rauchen oder Alkohol zu trinken (Eine Aufgabe vor allem für die politischen Parteien und die Justiz!)
2. Die Forderung nach Einführung der Schweigepflicht für Sozialarbeiter, damit in ihrer Arbeit mit Abhängigen eine wirkliche Vertrauensbasis geschaffen werden kann.
3. Die Forderung nach umfassender medizinischer und pädagogischer Betreuung in ambulanten Programmen für den Personenkreis, der von harten Drogen abhängig ist. (Siehe Holland)
4. Da ein großer Teil der Abhängigen zwischen 18 und 25 Jahren alt ist, dürfen die Hilfeleistungen der für Jugendarbeit zuständigen Einrichtungen nicht mit der Altersgrenze 18 enden.
5. Die Einrichtung oder Förderung von werkstattorientierten **Produktionsstätten** für Abhängige, denen mit den üblichen Maßnahmen nicht mehr geholfen werden kann. Hier soll an einem Ort Arbeit, Wohnen und Freizeit, Beziehungen und soziale Betreuung organisiert werden.
6. Für Abhängige, die erfolgreich Entzug und Therapie hinter sich haben, ist vor allem eine stärkere Unterstützung beim Übergang in ein neues Arbeits- und Sozialleben wichtig. (An an diesem Schwachpunkt werden bisher die meisten Abhängigen rückfällig!)
7. Mehr Lehr- und Arbeitstellen, die auf die besonderen Schwierigkeiten von Drogenabhängigen Rücksicht nehmen, müßten zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang muß die soziale Verantwortung der Arbeitgeber angesprochen werden, die sich ebenso um die Wiedereingliederung von Abhängigen zu kümmern hätten, wenn nicht freiwillig, so mit gesetzlicher Verpflichtung. **(Radikale Probleme verlangen radikale Lösungen!)**
8. Wo Abhängige und Sozialarbeiter diese Eingliederung in den Verwertungsprozeß sinnentleerter Industriearbeit ablehnen, sollen Ansätze gefördert werden, die versuchen, ein Lebens- und Arbeitskonzept nach alternativen Vorstellungen zu organiseren.
9. **Die Zusammenarbeit aller im Jugendfreizeitbereich tätigen Mitarbeiter und den Drogenberatungsstellen muß verstärkt weitergeführt werden.**
10. **Die Mitarbeiter in Freizeiteinrichtungen müssen befähigt werden, auf Abhängige spezifisch einzugehen und für sie entsprechende Hilfen anzubieten.**
11. Zusätzlich müssen in den Brennpunkten des Drogenumschlags Teams von Straßensozialarbeitern eingesetzt werden. Zunächst in der Königstraße und in Langwasser, später auch an anderen Orten.
12. Die Anstrengungen und Aufwendungen für eine emanzipatorische Jugendarbeit müssen insgesamt vervielfacht werden. Nur wenn der herrschenden Wertneutralität entschieden humanere Werte entgegengesetzt werden, können Desorientierung und Abhängigkeit verringert werden.

Gewalt und Gleichgültigkeit im KOMM zwingen jetzt zu einer Atempause

Kein „Rumhänge-Konsum“

Ein neues Konzept soll gefunden werden — Aktive fühlen sich als „Bierautomaten und verweigern sich — Fehden zwischen Gruppen in den offenen Gängen

Eine Besuchergruppe: Die „Punks“ mit ihren bunten Haaren und Lederjacken. Foto: Matejka

Der Jugendwohlfahrtsausschuß parierte Angriffe des Ministerpräsidenten

KOMM-Arbeit anerkannt

Das „Drogenpapier“ der Mitarbeiter stieß in München auf Ablehnung — Geleistete Arbeit wurde „ausdrücklich anerkannt“ — Suche nach Ursachen und Lösungen

Seit eh und je klagen die Mitarbeiter des KOMM, daß ihr Haus in Sachen Drogen zum „Sündenbock“ der ganzen Stadt gestempelt wird.

Gestern erhielten sie von der Mehrheit des Jugendwohlfahrtsausschusses ein dickes Lob: Ihre Arbeit, die sich bereits 1979 in einem Positionspapier „Drogen in Nürnberg“ niedergeschlagen hatte, wurde „ausdrücklich anerkannt“. Anderer Meinung waren lediglich die CSU-Mitglieder des Gremiums.

Mit ihrer Anerkennung für das KOMM verknüpften die Zuständigen allerdings deutliche Kritik an Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Seine schriftlichen Anmerkungen über das Drogenpapier im August letzten Jahres hatten schließlich zu der gestrigen Diskussion geführt. Strauß schrieb wörtlich: „Wenn ich mir ein ‚Positionspapier‘ von Mitarbeitern des KOMM ... ansehe, in dem u. a. davon die Rede ist, daß ‚im KOMM natürlich Drogen‘ seien, was ‚nie geleugnet‘ worden sei, dann frage ich mich erneut, ob die Stadt Nürnberg ihrer Verantwortung für diese öffentliche, mit Steuergeldern finanzierte Einrichtung gerecht geworden ist.“

Tatsächlich sind diese Passagen in dem fraglichen Drogenpapier nachzulesen. Die Verfasser, die sich den „ehrlichen Umgang mit diesem Problem“ aufs Panier geschrieben haben, suchen hier nach Ursachen für den Drogenkonsum (Jugendarbeitslosigkeit, Orientierungslosigkeit), beschrieben die Situation und die Gegenmaßnahmen innerhalb des KOMM (Kontrollen und Hausverbote) und schlagen Lösungen vor.

Kulturreferent Dr. Hermann Glaser kommentierte die Angriffe des Ministerpräsidenten mit „Verwunderung, weil das Drogenproblem den KOMM-Mitarbeitern zur Last gelegt wird, die sich redlich bemühen“. Er forderte dazu auf, die bei Drogendelikten auch von den Betroffenen gebrauchte Ortsbezeichnung „im oder am KOMM“ mit Vorsicht zu genießen. Die Nähe des Hauptbahnhofes und des Vergnügungsviertels um die Luitpoldstraße habe nicht wenig Anteil an den Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, die aktenkundig werden, betonte Glaser.

In ihrer Stellungnahme wiesen die KOMM-Mitarbeiter außerdem Aussagen der Nürnberger Polizei zurück, die Adresse „Kommunikationszentrum“ sei bundesweit ebenso bekannt wie der Berliner Bahnhof Zoo und andere Treffpunkte der Drogenszene. Ein Begriff sei das Jugendzentrum vielmehr wegen seiner kultur- und jugendpolitischen Arbeit, die akzeptiert werde.

Für den Kreisjugendring ergriff Rainer Prölß im Ausschuß Partei. Er sah es als Verdienst des KOMM, daß die öffentliche Diskussion unter anderem auch beim Drogenhearing offensiv in Gang kam. „Die Kritik des Ministerpräsidenten ist nichts als ein weiterer Kahlschlag gegen das KOMM“, formulierte der KJR-Vorsitzende. Während andere Stellen in der Stadt auf Rauschgift-Probleme mit „Vogel-Strauß-Politik“ reagierten, würden nun diejenigen angegriffen, die schonungslos und offen das Wort ergriffen.

Auch die SPD vermutete hinter der Attacke aus München einen neuerlichen Versuch, die Jugendpolitik der Stadt zu diffamieren. Der Ministerpräsidenten-Brief könne sonst nur durch „Ignoranz und völlige Unkenntnis der Drogen-Probleme erklärt werden“. C.S.

DER KOMMENTAR

Schweigen löst keine Drogen-Probleme

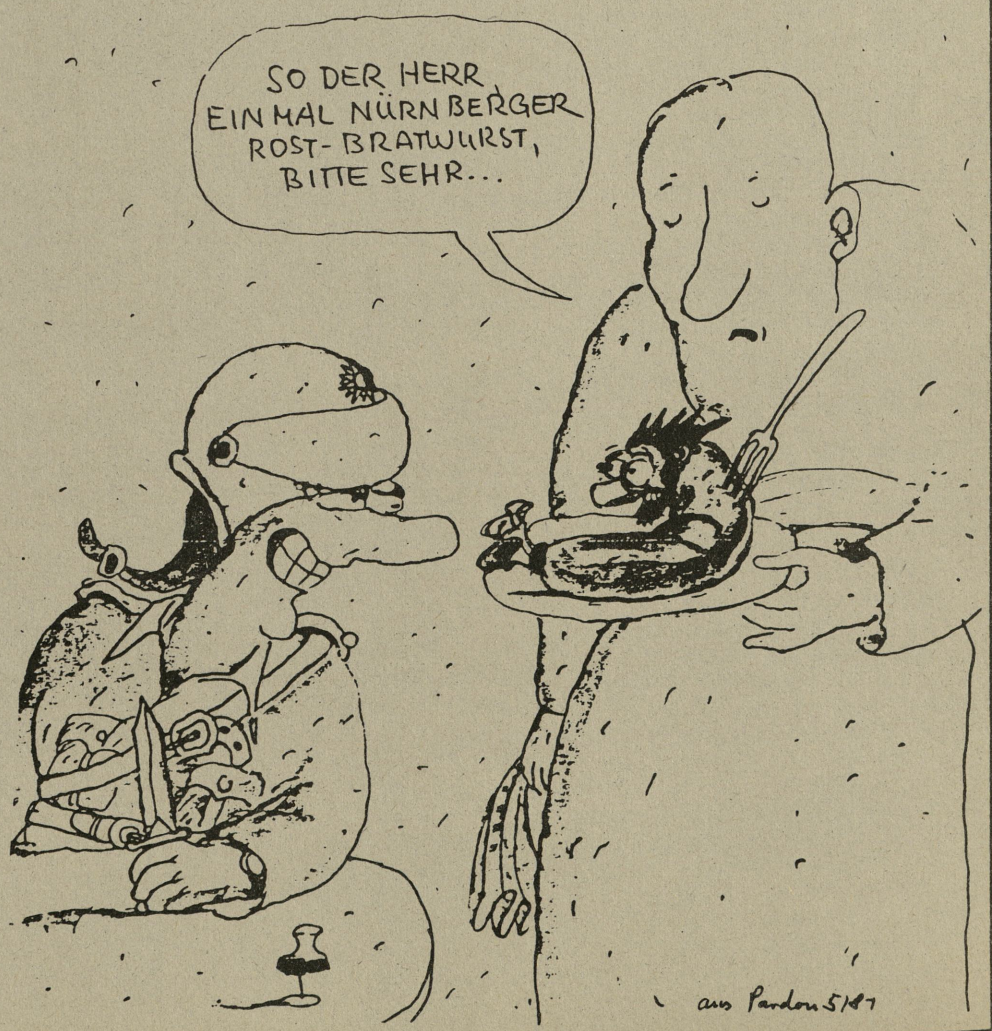
Wenn die Mitarbeiter des Kommunikationszentrums öffentlich sagen, daß „im KOMM natürlich Drogen sind“ und sie diese Tatsache nie geleugnet haben, dann sprechen sie damit die Wahrheit aus. Eine Wahrheit allerdings, die anderen mit der Jugend befaßten Leuten immer noch schwer über die Lippen geht. In der Stadt wird es kaum einen Treffpunkt von Jugendlichen geben, in dem nicht Alkohol getrunken, Haschisch geraucht oder zu härteren Drogen gegriffen wird. Immer noch bleibt die dringend nötige Diskussion über Ursachen und Abhilfen den abgehobenen Experten überlassen. Kein Leiter eines Jugendfreizeitheimes, einer Schule oder einer kirchlichen Begegnungsstätte wagt es bisher, die Probleme in seinem Haus öffentlich zu machen und damit das Vorhandensein des steigenden Rauschgiftkonsums überhaupt erst kund zu tun. Dabei werden sich die Methoden der Drogenbekämpfung erst wandeln, wenn jeder weiß, daß die Abhängigkeit vom „Stoff“ nicht einigen wenigen KOMM-Besuchern oder anderen „Randgruppen“ vorbehalten ist, sondern für immer mehr Jugendliche ein Fluchtweg aus einer Gesellschaft ohne Arbeit, ohne Zukunftsperspektive und ohne Verständnis wird. Ministerpräsident Strauß hat das Engagement der KOMM-Mitarbeiter für fadenscheinige Angriffe auf das mißliebige Jugendzentrum mißbraucht. Die Lösung des Drogenproblems rückt damit keinen Schritt näher. C.S.

Die Massenverhaftung vom 5. März

Versuch einer Auswertung

Kurz nach den Ereignissen des 5. März gingen beim Ermittlungsausschuß die ersten Gedächtnisprotokolle und Erlebnisberichte von Verhafteten ein, die teilweise schon im Gefängnis angefertigt wurden. Die Art der Aufzeichnung reicht von knappen Darstellungen des Ablaufes der „Ereignisse" bis zu sehr persönlichen tagebuchähnlichen Darstellungen. Diese Veschiedenartigkeit erschwert eine Auswertung nach konkret umgrenzten speziellen Gesichtspunkten. Dies uns vorliegenden 40 Berichte wurden von einer Auswertungsgruppe nach allgemeinen Kategorien und speziellen Kriterien durchforstet. Diese Auswertungen dienen als Grundlage dieser versuchten Gesamtauswertung, enthalten die bereits zusammengefaßten und verknappten Informationen. Bei der Gesamtauswertung wird der Schwerpunkt weniger auf die Anzahl der zahlreichen Rechtsbrüche und die Möglichkeit von statistischen Aussagen über bestimmte Ereignisse gelegt, da dieser Bereich in der Konzeption der Fragebögen der Rechtsanwälte berücksichtigt wird. Schwerpunkte dieser Darstellung sollen die Behandlung durch Polizei und Vollzugsbeamte und die Haftbedingungen sein. Gerade auch subjektive Eindrücke können die psychische und physische Auswirkungen von Verhaftung und Untersuchungshaft aufzeigen. An mehreren Punkten in den Berichten tauchen Bemerkungen von Polizisten, Vollzugsbeamten und anderen Justizangestellten auf, die deutlich den Blick lenken auf politische Einstellungen und Vorurteile, die das Verhalten des einzelnen Ermittlungsrichter, Polizisten, Vollzugsbeamten und Anstaltsarztes den Verhafteten gegenüber beeinflussen. Alle Feststellungen und sinngemäße oder direkte Zitate sind den uns vorliegenden Berichten entnommen. Die Namen sind natürlich der Redaktion bekannt.

Über das Verhalten der Polizisten beim Abtransport vor dem KOMM liegt die Aussage vor, die Behandlung durch Beamte des Sondereinsatzkommandos sei „extrem brutal" gewesen, was der Betroffene belegt sieht durch Faustschlag in den Magen, Fußtritte und Schlag in die Hoden. Zitat eines Polizisten: „Mit der Terroristensau werden wir auch noch fertig". Ein anderer schreibt, man sei von Anfang an von Polizisten „angepöbelt" worden. Die Polizisten, die in den Transportern die Verhafteten begleiten, sind mit Maschinenpistolen bewaffnet. Auf die Frage eines Verhafteten, wozu die Maschinenpistolen nötig seien, antwortete ein Einsatzleiter,



sie seien Untersuchungsgefangene und da sei der Schußwaffengebrauch erlaubt. In Fürth helfen Polzisten beim Aussteigen durch Schubsen nach, jemand anderes wird aus einem Bus an den Haaren gezerrt, wird mit einer brennenden Zigarette ins Gesicht geschlagen. Von der „Unterbringung" im Polizeipräsidium und seinen Zweigstellen in Fürth, Erlangen, Altdorf wird besonders oft die Überfüllung der Zellen hervorgehoben. Da wurden 5-7 Leute in Einzelzellen gesperrt, 10 Frauen in einer Zwei-Frau-Zelle, 16 Männer müssen sich eine dreiviertel Stunde eine Ein-Mann-Zelle teilen. Gravierenstes Beispiel für die „Raumknappheit" ist der Bericht über den Aufenthalt von 19 Leuten in der 18 qm großen Zelle, deren Anzahl sich bis mittags des nächsten Tages um Einen, bis abends um weitere 7 verringert. Kommentar: „Die liegen ja wie die Tiere da und stinken vor sich hin, widerlich." Derselbe, der erleben muß, daß aufs Klingeln aus der Zelle nicht reagiert wird, schreibt von seinen Anflügen der Platzangst.

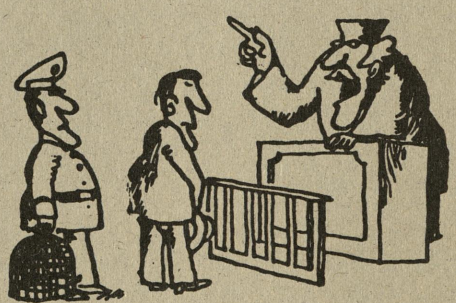
2 BECHER FUR 10

Bei den ersten Durchsuchungen werden trotz Aufforderung Gegenstände ohne Quittung einbehalten. Mehrere müssen bis zum Eintreffen am endgültigen Haftort drei Leibesvisitationen über sich ergehen lassen. Als ein Verhafteter bei der Durchsuchung auf den erhaltenen Schlag gegen sein Knie bemerkt, das täte weh, bekommt er vom betreffenden Polizisten die Antwort, das sei nicht sein Problem. Einzelheiten über die Verhältnisse in den Zellen werden berichtet. So schreibt jemand davon, daß kein Klopapier ausgehändigt wird. Andere leiden unter der Hitze in ihrer Zelle, da die Heizung nicht abstellbar ist, der Ventilator nicht funktioniert und das Fenster nicht selber zu öffnen ist. Nach 7 Stunden in der Zelle erscheint ein Beamter und öffnet das Fenster. „mit euch Säuen werden wir auch noch fertig", „umbringen sollte man euch", „euch sollte ich mal in die Finger kriegen", und die vielsagende Deutung, „wenn sie wüßten, was heute noch mit Ihnen passiert". Einem Beamten wäre es am liebsten, wenn das KOMM gesprengt würde.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag fanden die Verhaftungen statt, erst Freitagnachmittag wird Essen (versalzen) und Wasser ausgeteilt. Dabei ist die Rede von einem oder zwei Bechern Wasser für zehn Leute, von einer „undefinierbaren Suppe", ungenießbarer Margarine. Ein Vegetarier muß sich mit einer Scheibe Brot begnügen. Diese sehr späte Versorgung mit Essen und Trinken scheint nicht durchgängig gewesen zu sein. Andere bekommen bereits nach einer Stunde trockenes Brot und kalten Tee. Nach der Leibesvisitation auf einem Revier wird Kaffee und Brot ausgeteilt, was nach Meinung des Berichterstatters auf die eigene Kappe des Kripobeamten geht. Vor dem weiteren Verschub, berichtete derselbe, findet noch etwas Versorgung mit etwas Brot, Margarine und Käse statt. Ein anderer Verhafteter muß sich auf seine Frage nach Essen anhören, es sei ausgegangen, da ein Haufen Polizisten zusätzlich verpflegt werden mußte.

POLIZEI...

Alle 141 Verhafteten werden erkennungsdienstlich behandelt. Dabei herrscht in Erlangen „rüdester". Dabei fordert ein Polizist auf: „Geben sie doch zu, wieviel Scheiben sie eingeschlagen haben." Ein Bericht beinhaltet die Information, daß zusätzlich zu der üblichen ED„Behandlung" ein Abdruck der rechten Handfläche genommen wird. Aussprüche und Fragen bei der ersten Vernehmung: „Geben sie doch zu, daß sie Steine geworfen haben." „Sie haben einen Farbspritzer auf dem Mantel, haben sie Parolen gesprüht?" „Sprechen Sie Fremdsprachen?" Antwort: „Englisch." „Wie steht' s denn mit Russisch?"



...UND RICHTER...

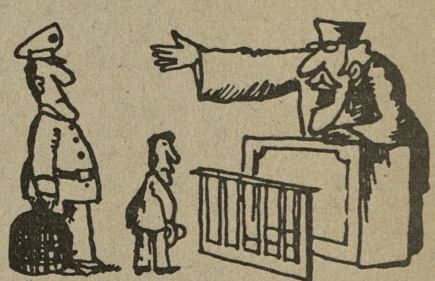
Einer berichtet über seine Erlebnisse beim Ermittlungsrichter: „Mir wurde gesagt, daß ich die Möglichkeit hätte, die Wahrheit zu sagen oder aber in meinen Haftraum zurückzukehren." Ein Anderer: „Als ich ihm sagte, daß ich überhaupt nicht auf der Demo gewesen bin, sagte er: Das müssen sie mir erst mal beweisen" Auf die Bereitschaft eines Verhafteten, eine Aussage zu machen, wird erst bei der zweiten Vernehmung vorm Ermittlungsrichter eingegangen. Ein nicht in Nürnberg wohnhafter Mann wird gefragt, warum er in Nürnberg gewesen sei. Später erfährt er durch seinen Anwalt, daß er in den Akten als „herumreisender Hausbesetzer" bezeichnet wird.

..."ERMITTELN"

Mehrere Betroffene machen von ihrem Recht auf Aussageverweigerung vor der Polizei als auch vor dem Ermittlungsrichter Gebrauch, teilweise wird dies mit dem Fehlen eines Anwalts begründet. Eine Anhörung beim Ermittlungsrichter dauert 4 Minuten. Ein Ausländer wird ohne Dolmetscher vernommen. Über die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit, Angehörige und Anwalt zu verständigen liegen verhältnismäßig viele Aussagen vor, eine Hinweis auf die Bedeutung. Die überwiegende Mehrheit berichtet von der Verweigerung des Telefonierens, sowohl bei der Polizei wie auch in den meisten Gefängnissen. In wenigen Fällen wird das Telefonieren erlaubt. So darf ein Mann mit seiner Freundin sprechen, die gerade ihr Kind zur Welt gebracht hat. Jemand anderes darf bei der Vernehmung telefonieren, erreicht aber niemanden. Kripobeamter sichert zu, daß später noch Gelegenheit sein wird, den Anwalt zu verständigen: Nach der ED„Behandlung wird das Benachrichtigen allerdings verweigert mit der Begründung: Befehl von oben!" Dieser Befehl von oben scheint bis Schwabach und Altdorf nicht durchgedrungen zu sein, da dort die Benachrichtigung der Eltern möglich ist.

KEINE BENACHRICHTIGUNG

Wie auf ihre nachdrückliche Forderung nach der Verständigung ihres Anwalts reagiert wird, beschreibt eine Gefangene so: „Der Bulle meinte, es gäbe hier kein Telefon. Ich schrie ihn an, er sollte mir keine Märchen erzählen. Darauf packte er mich und drückte mich brutal zurück in die Zelle. Bei dem Versuch, jetzt auch die innere Zellentür zu verschließen, quetschte er meinen Kopf zwischen die Tür." Dabei erhielt sie Verletzungen an Ohr und Schläfen. Dieser Vorfall wird von ihren Zellengenossinen beobachtet und ebenfalls in Berichten erwähnt.



Die Benachrichtigung von Eltern und Anwalt (von den Haftanstalten aus) kann in mehreren Fällen nur schriftlich geschehen, sofern Briefpapier ausgehändigt wird, was oft erst sonntags zu geschehen scheint. Vor Montag erhalten viele Eltern keine Nachricht. Eine Frau berichtet, daß ihre Eltern nur durch Bekannte von ihrer Verhaftung erfahren. In zwei Fällen kümmern sich Anstaltspfarrer um die Verständigung der Eltern. Als einer darum bittet, man möge seine herzkranke Mutter nicht benachrichtigen, steht im Protokoll, er habe die Verständigung verlangt. Seine Mutter wird doch benachrichtigt.

WIE DIE SCHWERVERBRECHER BEHANDELT

Zurück zur Chronologie: Die Aussagen über die Art und Weise des Verschubs in die endgültigen Haftorte stimmen in allen Fällen überein: pro Gefangener ein schwerbewaffneter Polizist, dazu in mehreren Autos noch zusätzliche Bewacher, teilweise mit Maschinenpistolen. Unter schwerer Bewaffnung ist die Ausrüstung der Beamten mit Schußwaffen, Schlagstöcken, Gummiknüppeln, chemischer Keule zu verstehen. Die Einzelbewachung wurde damit begründet, daß die Verhafteten als Terroristen bezeichnet wurden. In einem Wagen kommen auf 8 Frauen - 20 Polizisten. Nach der Ankunft in den Gefängnissen werden Leibesvisitationen vorgenommen, wie mehrmals berichtet wird. Das bedeutet, sich nackt ausziehen zu müssen. In einem Falle wird diese Leibesvisitation auch nach dem Erhalt von Besuch vorgenommen. Wie so eine Leibesvisitation in Aichach durchgeführt wurde, beschreibt eine Frau genau: nackt ausziehen, Beine grätschen, bücken,

Körper wird abgetastet, Haare werden durchwühlt. Die Tatsache eine Frau zu sein, führt zu besonderen Demütigungen. Eine Leibesvisitation wird zwar durch eine Beamtin durchgeführt, aber ein Beamter steht dabei und sieht zu, wie die Beamtin den Pullover der Frau hochhebt.

In keiner der vorliegenden Aufzeichnungen ist die Rede davon, die eigene Kleidung behalten zu können. Die Untersuchungsgefangenen müssen, wie oft geschrieben wird, „Knastkleidung" anziehen. In einem Frauengefängnis wird die abgegebene persönliche Kleidung gewaschen, wobei ein selbstgestrickter Wollpullover ruiniert wird. Die nicht passende Anstaltskleidung zögert bei einer Frau die Möglichkeit des ersten Hofganges hinaus. Antrag auf eigene Kleidung wird abgelehnt, das Behalten der eigenen Schuhe erlaubt. Ein montags gestellter Antrag auf Schuhe mit Einlagen führt Freitags zum Erfolg.

Die hygienischen Verhältnisse werden allgemein als miserabel bezeichnet. Duschen ist teilweise erst nach 5 Tagen möglich und dann nur einmal wöchentlich, ebenso Wäschewechsel nur einmal in der Woche. Einer bekommt drei Tage lang keine Zahnbürste, kann sich nicht waschen, wie auch in einem anderen Fall kein Waschzeug ausgegeben wird. Das Fehlen von Handtüchern muß in Würzburg festgestellt werden. In Bayreuth bekommt ein Erkälteter trotz Schnupfen keine Taschentücher. Weitere Beschreibungen hygienischer Verhältnisse: in Weiden - kein Waschbecken in der Zelle; Trockenklo, d.h. die Nacht über in einen Eimer pinkeln, den morgens vor die Tür stellen. Der Berichterstatter fügt der Beschreibung ein „igitt!" hinzu; in Nürnberg findet er Klokabine und Waschbecken in der Zelle vor. In einem anderen Gefängnis werden die Matrazen als „ekelerregend" bezeichnet. Waschbecken und Toilette sind mit Putzbelag bedeckt, das Waschbecken ist schmutzig und verstopft, Reinigungsmuttel sind erst am 6. Tag erhältlich, duschen ist nicht möglich.

"VITAMINSCHOCK" IM KNAST

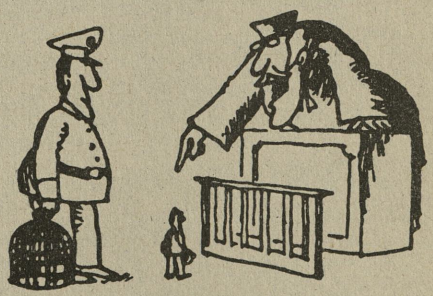
Die Unterbringung in Zellen ist unterschiedlich. Während einige Leute die gesamte Zeit der Haft in einer Einzelzelle verbringen müssen, auch minderjährige, werden andere nach 3-5 Tagen in Gemeinschaftszellen verlegt. In einem Fall kommen nach Besuchen alle bis auf drei Jüngere in Einzelhaft. Jugendliche unter 21 Jahren werden in den meisten Fällen von den Älteren getrennt. Mit fünf bis zu 22 Leuten sind die Gemeinschaftszellen belegt. „Erst im Bau für schwere Fälle in Einzelhaft gewesen, dann in den U-Haftkomplex verlegt worden", berichtet ein ehemalig Verhafteter. Im U-Haftkomplex hat er dann Umschluß mit anderen, , den aber nicht alle der Anderen, laut ihren Berichten, genehmigt bekommen haben. In einem Falle wird zweimal Umschluß am Tag erst durch die Intervention des Anstaltspfarrers erreicht. Wie in einer Justizvollzugsanstalt die Teilnahme an Freizeitveranstaltungen verwehrt wird, so können sich in einer anderen die Frauen gemeinsam in einem Gruppenraum aufhalten, wo auch das Mittagessen eingenommen wird. Das Essen wird ind allen Fällen als sehr schlecht, teilweise ungenießbar bezeichnet. Bei einigen Lebensmitteln werden abgelaufene Verfallsdaten entdeckt. „Nur trockenes Brot mit einem Becher Milch, Margarine und Marmelade gibt es nur alle 14 Tage", so wird ein Frühstück im Gefängnis beschrieben. Da das Essen arm an Vitaminen ist, befürchtet einer einen „Vitaminschock", als er eine Birne zu essen bekommt.

Die Regelung mit Einkäufen ist in den verschiedenen Haftanstalten unterschiedlich. Das reicht von der Möglichkeit, montags und dann 14-tägig einzukaufen, allerdings ein Drittel teurer als normal, bis zur Verweigerung von Einkaufsmöglichkeiten. Ein Antrag auf Zugangseinkauf - nachträglicher Einkauf - wird abgelehnt.

Wenn die Inhaftierten besucht wurden, bekamen sie meistens Sachen wie Wäsche, Bücher, Geld mitgebracht. Eine Frau berichtet, was sie davon erhielt: „Besuch am Montag bringt Wäsche und Bücher, erst am Mittwoch besteht die Möglichkeit, die Tasche im Beisein von zwei Beamtinnen auszupacken. Mitgebrachte Bücher wurden nicht ausgehändigt, zwei davon aussortiert, die anderen (Romane) der Anstaltsleiterin zur Überprüfung übergeben und ebenfalls nicht ausgehändigt. Eine andere Information beinhaltet, daß mitgebrachte Wäsche erst nach drei Tagen ausgehändigt wurde, immer noch früher als für denjenigen, der sie erst nach seiner Entlassung erhält.

Teilweise ist die Versorgung mit Büchern aus der Anstaltsbibliothek möglich, jedoch der Büchertausch mit anderen Gefangenen nicht gestattet.

Nachrichten von draußen konnten in einigen JVA's durch Fernsehen, Zeitungen und Radios aufgenommen werden. Auffällig ist die unterschiedliche Handhabe innerhalb eines Gefängnisses: einer erhält Zeitungen und Zeitschriften, ein anderer Insasse der gleichen JVA bekommt keine Zeitungen genehmigt. Es wird auch davon berichtet, daß weder über Fernsehen, Radio noch Zeitungen Informationen zu erhalten waren. Kontaktaufnahme zu Angehörigen, Anwälten und Freunden war in den meisten Fällen nur schriftlich möglich. Die Beförderung der Briefe dauerte 5-9 Tage. Ein Grund für diese Verzögerung kann die Tatsache gewesen sein, daß Briefe aus einer JVA beim Richter gesammelt wurden und dann auf einmal losgeschickt wurden. Auch kam vor, daß Briefe ihre Adressaten nicht erreichten. Trotz der Aufschrift „Verteidigerpost" wurde ein Brief an den Rechtsanwalt geöffnet. Wie mit eingegangener Post verfahren wurde, schildert ein Bericht: die eingegangene Post mußte vor der Wärterin geöffnet werden, der Umschlag umgestülpt werden, Telegramme konnten nicht selbst gelesen werden, wurden teilweise vorgelesen, meist nur der Absender.



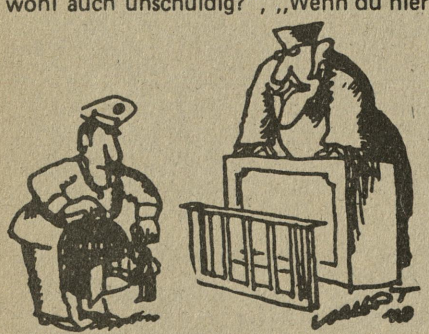
ZUR ARBEIT GEZWUNGEN

Eine Frau wird im Gefängnis zur Arbeit aufgefordert. Sie beruft sich auf ihr Recht, als U-Häftling nicht arbeiten zu müssen und hat mit ihrer Beschwerde beim Anstaltsleiter Erfolg. Eben an diesem Ort muß in einem Fall vor der Entlassung die Zelle geputzt werden. In einem anderen Gefängnis müssen die Häftlinge unter 21 Jahren in der Zelle arbeiten, d.h. Plastikzopfspangen auf Pappe zu befestigen und einzutüten. Für eineinhalb Stunden Arbeit und 180 Stück erhalten sie 53 Pfennig.

Besondere Vorkommnisse werden auch von der Vorführung beim Arzt berichtet. Von der Erklärung, man leide an Kreislaufschwäche und psychisch bedingten Herzrhythmusstörungen, was mit einem Anruf beim Hausarzt überprüft werden könnte, wird keine Notiz genommen. Derselbe Arzt schreit bei anderen: „Das können sie in Hamburg machen, aber nicht bei uns." In einigen Fällen wird ohne richterliche Erlaubnis Blut abgenommen. Dabei passiert es, daß der Arzt daneben sticht mit einer nicht sterilen Nadel, die er aus einem „antiquierten" Holzkästchen unverpackt entnommen hat und nacheinander für mehrere benutzt. Der, der davon berichtet, fällt bei der Blutabnahme in Ohnmacht, seine Brille geht dabei zu Bruch, wird nicht ersetzt. Die Einstichstelle eitert und erweckt Verdacht auf Hepatitis. Als sich der Schwangerschaftstest bei einer Frau als positiv erweist, muß sie sich anzügliche Bemerkungen der Wachhabenden gefallen lassen.

"LANGHAARIGER AFFE!"

Das Verhalten der Justizbeamten wird von neutral, korrekt, freundlich, keine Schikane bis zu abfällig, aggressiv beschrieben. Dabei werden die Inhaftierten teilweise als Kriminelle und Terroristen behandelt. Es wird gedroht, einen Mann zu den Zuhältern zu stecken, wenn der Gefangene keine Aussagen macht. Seitens der Beamten fallen Bemerkungen wie „Scheißkommunisten", „Sie werden schon nicht umsonst hier sein", „Sie gehören wohl auch nicht zu den Chaoten, Sie sind wohl auch unschuldig?", „Wenn du hier



einen Hungerstreik machen willst, du langhaariger Affe, also damit werden wir auch noch fertig". Auch vor offensichtlichen Schikanen schreckt man nicht zurück. Einer 16jährigen wird vom Anstaltsleiter gesagt, sie käme in eine Einzelzelle. Sie weint. Andere Frau protestieren und drohen mit Hungerstreik. Daraufhin wird ihnen Meuterei vorgeworfen. Einschränkungen werden ihnen angedroht. Fünf Minuten später wird die betreffende entlassen. Eine stellvertretende Anstaltsleiterin, Psychologin, arbeitet mit falschen Nachrichten: „Ich soll mich nicht so anstellen (ich heulte), ich wüßte schon, warum ich hier sei. Die meisten Festgenommenen seien schon wieder freigelassen, nur die dringend Tatverdächtigen seien noch in Haft. Am Abend erfuhr ich durch die Nachrichten, daß dies gelogen war." Die gleiche Anstaltspsychologin fragt während einer Unterhaltung nach der Teilnahme ander Demo. Später entpuppt sich die Pschologin als zweite Anstaltsleiterin. Gespräche mit Pfarrern und Sozialarbeitern waren in vielen Fällen möglich. Ein Pfarrer machte die Häftlinge, wie berichtet wird, „zur Sau", „wie sich ein katholischer Christ bei der Messe verhält". Einige Berichterstatter melden ihr Mißtrauen an, inwieweit Sozialarbeiter, Lehrer und Pfarrer trotz liberalem Auftreten nicht doch auf Seiten der Justiz stehen und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen mißbrauchen.

Vor der Entlassung wurden die einbehaltenen Gegenstände zum größten Teil vollständig herausgegeben, bis auf einen fehlenden Wohnungsschlüssel, wie berichtet wird und die Beschlagnahmung eines Flugblattes und einer Brokdorf-Demo-Karte. Als psychische und physische Auswirkungen der Haft teilen die Betroffenen Schlaflosigkeit und Gewichtabnahmen von 3-6 Kilo mit. Einer bezeichnet sich am Tage der Entlassung als „psychisch ziemlich fertig". „Ich war zu dieser Zeit bereit, beinahe alles auszusagen. Ich wußte, daß ich es im Gefängnis nicht mehr aushalten würde".

Konfrontiert mit den Vorfällen kommen wir unweigerlich zu weiterreichenden Überlegungen - abgesehen von den politischen Hintergründen und den daraus resultierenden allgemeinen Verschärfungen. Was zwar nichts skandalös Neues beinhaltet, aber vielleicht durch die präzisen Beschreibungen der ehemals Inhaftierten ins öffentliche Bewußtsein drängen könnte, ist die Tatsache, daß sowohl in Untersuchungshaft, als auch im Normalvollzug die Strafe nicht nur im Freiheitsentzug zum Ausdruck kommt, sondern daß davon betroffene Personen zusätzlich menschenunwürdigen Existenzbedingungen ausgeliefert sind. Es gibt Menschen im sogenannten „Normalvollzug", die unter diesen beschriebenen Bedingungen 1-15 Jahre leben müssen.

MASSNAHME ZUR BEHEBUNG EINES MISSTANDS

Während die Stadtverwaltung in Nürnberg noch überlegte, wie man denn das Wohnungsproblem lösen könnte, kümmerte sich unsere treusorgende bayrische Staatsgierung um schnelle und unbürokratische Hilfe. Durch ein überwältigendes Sofortprogramm beschaffte sie Wohnraum für zunächst 172 Personen.

Einem spontanen Protest gegen die Wohnungsnot folgte eine wirksame Abhilfe, bei der weder Kosten, Personal, nochMühe und Opfer gescheut wurden. 168 Leute fanden eine neue Bleibe. In geschütztem Raum durften sie für sich neue, kollektive Lebensformen erproben:

6 LEUTE, 1 RAUM, 1 KLO

Dies entlastet nachhaltig den angespannten Wohnungs- und Arbeitsmarkt in Nürnberg. Auch überfüllten Schulen und dem Numerus Clausus ist auf diese Weise beizukommen.

Wir wissen nicht, was Herr Tandler empfiehlt. Wir empfehlen bei Wohnungsnot und ähnlichen Beschwerden:

GEHEN SIE DOCH MAL INS KOMM EIN BIER TRINKEN !

An dieser Stelle danken wir auch den Medien dafür, daß sie uns von unserem Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Berliner und Freiburger Hausbesetzern befreit hat. Hervorragend fanden wir vor allem die Beri richterstattung von dem Spiel Scheibenklirr Nürnberg gegen Pflasterstein Berlin, wobei Nürnberg trotz des miserablen Spielergebnisses von nur 6 Scheiben dank des beherzten Einsatzes der Bayrischen Staatsregierung mit 168 Punkten die Tabellenspitze übernahm.

HAUSDURCHSUCHUNG IM KOMM

HETZE GEGEN KOMM GEHT WEITER!

Schon seit Jahren ist das dem Schul- und Kulturreferat der Stadt Nürnberg angegliederte Kommunikation- und Jugendzentrum KOMM in allen Kommunalwahlen der wahltaktische Clou zum reaktionären Stimmenfang für die CSU geworden. CSU -Chef Holzbauer und seine Mannen sind nie müde geworden, mit Denunzierungen, Falschbehauptungen und Schmähungen gegen die Inhalte und Arbeit des KOMM vorzugehen.

HETZE GEGEN KOMM...

Vorwürfe, wie „KOMM-die Kaderschmiede", „kommunistische Rauschgiftbude" gehören schon seit langem zum alltäglichen Repertoire von Holzbauer und Co. Die Massenverhaftungsaktion im KOMM in Zusammenhang mit der Vorführung eines Films im KOMM über die Kraakerbewe gung in Holland war für die CSU - Schmähriege ein willkommener Anlaß, das KOMM als Hort der terroristischen Hausbesetzerbewegung darzustellen und ihren Angriff auf das Jugendzentrum erneut zu verstärken. Mußte nach einiger Zeit der Nürnberger Justizsprecher Kastner sogar zugestehen, daß das KOMM keineswegs Ursprungsort der Hausbesetzerbewegung sei - ein Vorwurf, der jedem Kenner der hiesigen Szene lächerlich erscheint - so fährt die CSU weiter voll darauf ab.

...GEHT WEITER!

Hintergrund für diese Strategie ist der Oberbürgermeister-Wahlkampf im Herbst 81, wofür die CSU schon eifrig ihre Kohlen zum Glühen bringen will. Rückendeckung für diesen Wahlkampfknüller bekommt Holzbauer aus den zünftigen Reihen der Christlich-Sozialen aus dem ganzen Bayernlande. Er trommelt auch entsprechend dafür(von seinem großen Bruder FJS wird er sicher eine gute Benotung bekommen). Die Schützenhilfe kommt aber nicht nur aus Parteireihen. An vorderster Front findet sich wieder die Justiz. Jüngste Aktion war die richterlich angeordnete Hausdurchsuchung im KOMM am 13.4. des Jahres. Wie auch bei der Zeugenvernehmung von Beschuldigten und den ausführlichen Observationen von ehemaligen Inhaftierten ging es hierbei um die Beschaffung von „Beweis"material im Nachhinein. Gesucht werden sollte nach ebendem Kraakerfilm, der vor der Demo im KOMM gezeigt wurde. Es ist zu vermuten, daß aus dem Film irgendwelche „Aufforderungen", „Ermunterungen" zu irgendwelchen „Taten" herausinterpretiert werden sollen, um allen Film- und Demoteilnehmern eine gesinnungsmäßige Unterstützung von „Gewalt"taten bei der Demo unterzujubeln.

DIE JUSTIZ HECHELT...

Rechtswidrigerweise war der Durchsuchungsbefehl allgemein gefaßt und nicht auf konkrete Gegenstände beschränkt. Neben dem Suchen nach dem Kraakerfilm wurde so nebenbei ganz allgemein die „Durchsuchung aller Räume im KOMM" angeordnet. Es wurden auch alle möglichen Parolen (u.B. RAF-Symbole) eifrig fotografiert. Außerdem fielen den Hausschnüfflern noch zwei im Durchsuchungsbefehl nicht aufgeführte Videofilme (ein weiterer Film über Hausbesetzungen in Holland und ein Videofilm über eine Diskussion über Hausbesetzungen) in die Hände. Diese wurden sofort als Zufallsfunde deklariert und eingesteckt. Ein Polizeibeamter war besonders diensteifrig. Plötzlich hielt er ein Flugblatt der „unkontrollierten Bewegung 5. März" in der Hand, in dem diese einen Anschlag auf ein Büro der Wohnungsbaugesellschaft rechtfertigte. Dem städtischen Leiter des KOMM verweigerte man die Einsicht und ließ das Ding sofort bei den Fundsachen verschwinden.

...EIFRIG MIT

Doch damit nicht genug. Zwei Tage später tauchte derselbe Schnüffeltrupp wieder auf. Anlaß war diesmal ein „Erpresserbrief" sogenannter „Hausbesetzer und ihrer Freunde, KOMM", in dem einem Nürnberger Speiseeisherstellerl gedroht wurde, „seinen Eispalast in die Luft zu sprengen, wenn er nicht 0,5 Millionen DM für das KOMM spenden würde." Schreibproben von allen Schreibmaschinen im KOMM wurden gemacht, Ergebnis natürlich negativ. Wie auch in anderen Fällen, war dieer Brief derart tölpelhaft auf das KOMM gemünzt, daß man sofort an eine Anschwärzaktion aus rechten Kreisen denken muß. Wie auch in diesem Fall ist für die Justiz hierbei kein Anlaß zu gering, als daß er nicht in ihrer Kriminalisierungsstrategie gegen das KOMM Verwertung finden könnte. Der Block CSU, Polizei wird nun eifrig von der dritten Gewalt (!) in seinen Attacken gegen das KOMM gestärkt.

DIE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEI

Eltern klagen an

An die Staatsanwaltschaft Nürnberg

Wir, Unterzeichnete, Eltern, Angehörige der am 6. 3. 1981 verhafteten Besucher des Jugendzentrums KOMM in Nürnberg, beantragen unverzüglich strafrechtliche Ermittlungen gegen die die Haftbefehle ausstellenden Richter Dr. Dorner, Ashelm, Meyerhöfer, Wahl und Reinecke wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung, sowie Verfolgung Unschuldiger einzuleiten.

Die Haftbefehle wurden unter Mißachtung des Rechtes eines jeden Betroffenen auf Würdigung seines Einzelfalles erlassen. Tatverdacht und Haftgründe waren bei den 141 erlassenen Haftbefehlen wortgleich abgefasst. Dieser Text stand bereits fest, bevor der jeweilige Betroffene von dem Ermittlungsrichter gehört wurde.

Es wurde nur noch die Unterschrift des Richters, der Name des Betroffenen, sowie die zu benachrichtigenden Angehörigen eingetragen. Die Ermittlungsrichter haben in allen Fällen unter Mißachtung des Rechtes des Betroffenen auf Würigung seines Einzelfalles dringenden Tatverdacht angenommen, obwohl allen Ermittlungsrichtern bekannt war, daß 4 Entlastungszeugen auf dem Gerichtsflur bereit standen, um erforderlichenfalls unter Eid auszusagen. Eine Vernehmung dieser Zeugen hätte ergeben, daß sich zur Zeit der Festnahmeaktion zwischen 50 bis 70 Personen im KOMM aufgehalten haben, die nicht an der vorherigen Demonstration teilgenommen haben. Die anwesenden Zeugen hatten bereits unter den auf dem Gerichtsflur anwesenden Beschuldigten 3 Personen identifizieren können, von denen sie mit Sicherheit sagen konnten, daß sie sich während der Demonstration im KOMM aufgehalten haben.

Diese Tatsachen waren den Ermittlungsrichtern durch zwei Rechtsanwälte mitgeteilt worden, woraufhin die Ermittlungsrichter ihre Verhandlungen abbrachen und eine Beratung abhielten. Nach dieser Beratung wurde ohne Angabe von Gründen mitgeteilt, daß man nicht bereit sei, die Entlastungszeugen zu vernehmen. Damit wurde wissentlich auch die Verhaftung unbeteiligter Personen angeordnet, bei denen mit Sicherheit kein dringender Tatverdacht vorgelegen haben kann.
Den Ermittlungsrichtern war entgegen der Formulierung im Haftbefehl, die Beschuldigten seien im unmittelbaren Zusammenhang mit der Tat festgenommen worden, auch bekannt, daß die Festnahmen nicht am Tatort selbst erfolgten, sondern erst Stunden nach der Tat im Nürnberger Kommunikationszentrum, wo alles, was sich dort aufhielt, festgenommen wurde.

Entgegen der pauschalen und nicht belegten Begründung im Haftbefehl, die Betroffenen würden sich untereinander absprechen und deshalb liege Verdunkelungsgefahr vor, gingen selbst die Ermittlungsrichter nicht von Verdunkelungsgefahr aus, da ihnen bekannt war, daß die Betroffenen bereits in Polizeigewahrsam ausreichend Gelegenheit hatten, miteinander zu sprechen und da die Betroffenen mit ihrem Wissen und mit ihrer Billigung in den Gefängnissen gemeinsam in Zellen gesprerrt wurden.

Die Ermittlungsrichter haben den Haftbefehl auch auf angebliche Fluchtgefahr gestützt, obwohl sie wußten, daß die Betroffenen zum weitaus überwiegenden Teil eine feste soziale Bindung am Elternhaus, Familie, Beruf, Schule, Arbeits- oder Ausbildungsplatz hatten. Die Jugendlichen und Heranwachsenden hätten überdies auch bei einer Anklageerhebung keine Freiheitsstrafe zu erwarten, wie den Richtern bekannt sein mußte. Aus der Tatsache, daß gleichwohl entsprechend dem von der Staatsanwaltschaft vorformulierten Haftbefehlsformular unterschiedslos die Untersuchungshaft angeordnet wurde, ergibt sich, daß eine wirkliche Prüfung der Haftgründe nicht stattgefunden hat.

Damit wurde in Kauf genommen, daß ohne gesetzliche Grundlage das grundgesetzlich verankerte Freiheitsrecht eines jeden Bürgers verletzt wurde.

Die Angehörigen zahlreicher Verhafteter wurden trotz der zwingenden gesetzlichen Verpflichtung (§ 114 b StGB) nicht unverzüglich benachrichtigt, so daß sie mehrere Tage lang im Unklaren über das Schicksal ihrer Angehörigen gehalten wurden.

Donnerstag, 5. März
Protokoll der Ereignisse

Am Donnerstag, den 5. März ist das Haus normal geöffnet. Um 20 Uhr findet im Festsaal eine Informationsveranstaltung zu Hausbesetzungen in Holland mit anschließender Diskussion statt.

Es wird ein Film über die Kraaker (holländ. Instandbesetzer) gezeigt - die Aufnahmen dokumentieren, wie Staatsgewalt mit Panzerfahrzeugen und anderen schweren Waffen gegen die Jugendlichen vorging.

Ca. 22 Uhr:
Ende der Veranstaltung. Die Besucher verlassen in kleinen Gruppen das KOMM. Als jemand ruft, am Busbahnhof stehe sehr viel Polizei, drängen die Leute auf die Straße um zu sehen, was los ist. Von dort werden sie von der Polizei ziemlich bald in die Innenstadt abgedrängt, wobei einige Scheiben von Banken und eine Schaufensterscheibe eingeschlagen werden.

Einige Gruppen zerstreuen sich bereits in der Innenstadt, einige gehen zurück ins KOMM. Es ist gegen 23 Uhr. Fünf Minuten darauf beginnt die Polizei das KOMM zu umstellen und niemand wird mehr herausgelassen, obwohl sich einige anbieten, gegen Vorlage des Personalausweises das Haus zu verlassen oder sogar freiwillig mit aufs Präsidium zu fahren. Die Telefone sind zwei Stunden gesperrt.

Zwei Mitarbeiter versuchen, vor dem Haus mit den Beamten zu verhandeln und betonen auch mehrmals, daß sich zum Zeitpunkt der Demonstration bis zu 100 Besucher im KOMM aufhielten. Die Beamten geben nur die Auskunft, sie hätten Anweisung daß niemand das Haus verlassen dürfe und daß die Einsatzleitung im Präsidium beraten würde. Ein Mitarbeiter fährt zu weiteren Verhandlungen ins Präsidium.

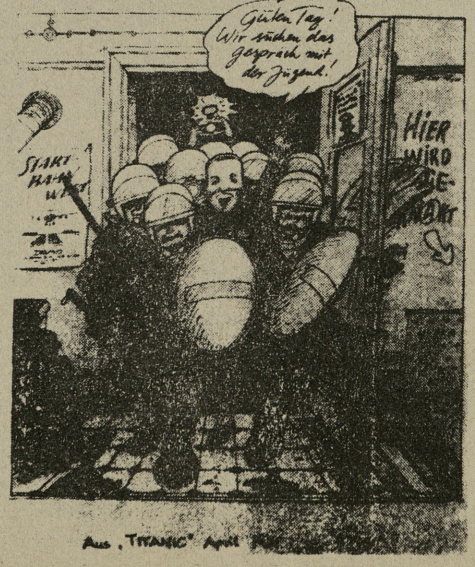
Gegen 2 Uhr kommen drei Mann von der Einsatzleitung, um mit den im Festsaal versammelten Leuten zu verhandeln. Dabei wird zugesichert, daß alle nach spätestens drei Stunden (solange würde die Behandlung dauern) das Präsidium wieder verlassen könnten.

Anschließend wird das KOMM von ca. 200 Mann Bereitschaftspolizei und Spezialeinheiten durchsucht. Dabei geht es nicht nur um eventuell versteckte Leute im Haus. Bei dieser Aktion wird das ganze KOMM genau untersucht, Plakate und Wandparolen fotografiert, Flugblätter beschlagnahmt, Dias der Anti-AKW-Gruppe angesehen usw.

Als am nächsten Tag gegen alle Festgenommenen Haftbefehl erlassen wird (mit fotokopierten Vordrucken) und Polizeipräsident Kraus diese Aktion damit begründet, daß angeblich während der Demonstration niemand im Haus gewesen wäre, fahren vier Mitarbeiter mit zwei Anwälten zu den Ermittlungsrichtern um als Entlastungszeugen auszusagen. Sie werden samt Rechtsanwälten unter Androhung von Gewalt hinausgeworfen. Begründung: Der Ermittlungsrichter hätte keine Lust, sie zu vernehmen.

Zunächst werden 172 Personen festgenommen, später ist die Rede von 164. 141 Leute werden dann tatsächlich festgehalten.

Die 141 Festgenommenen wurden in Untersuchungshaft gesteckt und in die Gefängnisse Kronach, Würzburg, Crailsheim, Bayreuth, Straubing, Aichach, Regensburg, Weiden, München und Nürnberg verlegt. Unter ihnen zahlreiche Minderjährige, Schüler, Azubis, Studenten und Arbeiter.



Aus „TITANIC" April

Landfriedensbruch

DER STRAFTATBESTAND, DER DEN BESCHULDIGTEN DEMONSTRANTEN UND NICHT-DEMONSTRANTEN ZUR LAST GELEGT WIRD (im Wortlaut aus FR):

"LANDFRIEDENSBRUCH

Im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und Krawallen wurden gegen zahlreiche gewaltätige Demonstranten in verschiedenen bundesdeutschen Städten von den Haftrichtern Haftbefehle aufgrund des Paragraphen 125 des StGB erlassen. Er lautet:

Landfriedensbruch: Wer sich an 1. Gewaltätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder 2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafen bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwerer Strafe bedroht ist.

Der Paragraph 125a beschäftigt sich mit "besonders schweren Fällen des Landfriedensbruchs". Er lautet:

In besonders schweren Fällen des Paragraphen 125 ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. eine Schußwaffe bei sich führt,

Eine Welle der Empörung über die Massenverhaftung und der Solidarität mit den Betroffenen beginnt sich schnell auszubreiten: spontane und organisierte Demos, Vollversammlungen im KOMM, Kundgebungen, Elternversammlungen und Pressekonferenzen. Sogar die Berichterstattung der bürgerlichen Presse schließt sich der öffentlichen Kritik zum großen Teil an.

In Berlin, Köln, Freiburg und Kassel kommt es zu weiteren Demonstrationen und Hausbesetzungen. Landesweit hagelt es Proteste von Verbänden und Parteien gegen das Vorgehen von Justiz und Polizei.

Das KOMM wir in diesen Tagen zum Sammelpunkt von Initiativen, Information und Widerstand, um den Inhaftierten so schnell wie möglich aus dem Knast zu helfen. Rechtsanwälte, Eltern, Journalisten, Ausschüsse treffen sich dort und beraten sich.

Täglich laufen in KOMM neue Solidaritätsadressen und Unterschriftenlisten von verschiedensten demokratischen, gewerkschaftlichen und politischen Verbänden und Organisationen ein.

Der CSU und anderen konservativen Kräften dagegen ist der ganze Vorgang die langersehnte Gelegenheit, dem KOMM endlich den Garaus zu machen. Sie fordern finanzielle und personelle Konsequenzen: Schließung!

Noch bevor es am 10.März zu einer von der SPD angeregten Kundgebung, die von zahlreichen demokratischen Organisationen getragen wurde, - mit etwa 10.000 Teilnehmern, werden alle Minderjährigen freigelassen. Die anschließende friedliche Demonstration wird zu einer der größten der Nürnberger Nachkriegsgeschichte.

2. eine andere Waffe bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden,
3. durch eine Gewalttätigkeit einen anderen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung bringt oder
4. plündert oder bedeutenden Schaden an fremden Sachen anrichtet."

DIE MASSNAHME

Die 141 audgestellten Haftbefehle wurden sozusagen in "Lichtgeschwindigkeit" hergestellt. Von 5 auserwählten Ermittlungsrichtern, die unbesehen bei allen Festgenommenen gleichlautend Flucht- und Verdunkelungsgefahr feststellten. Der Einfachheit halber waren die Haftbefehle dann auch nur zu hektographieren.

Eltern und Angehörige wurden nicht benachrichtigt, Rechtsanwälte und Entlastungszeugen abgewiesen und hinausgeworfen. Lange war von vielen Inhaftierten nicht einmal der Name bekannt, geschweige denn, wohin man sie verfrachtet hatte.

Protokoll...

In den folgenden Tagen werden nach und nach weitere Inhaftierte entlassen - offiziell, weil die Haftgründe für diese Personen gemindert worden wären. In Wirklichkeit ist es recht undurchsichtig, nach welchen

Maßgaben die Leute wieder freigegeben werden. Es scheint aber zunächst, daß Aussagen und Entlastungszeugen zu einer schnelleren Freilassung führen.

Bis zum Wochenende 13./14. März sind noch 40 Leute im Knast. Der bundesweite Aktionstag zur Häuserbesetzung bringt zahlreiche weitere Aktionen und Solidaritätskundgebungen in der ganzen BRD. In Nürnberg selbst gehen Schüler gegen den 'Maulkorberlaß' des KuMi auf die Straße. Kundgebung vor der Lorenzkirche und ein 2ooo-Personen-Zug durch die Stadt zum Knast, wo die noch Inhaftierten mit Rufen, Singen und Musik gegrüßt werden: "Eins, zwei, drei - gebt die Hausbesetzer frei!"

Gleichzeitig wird ein Haus in der Wielandstr. besetzt; es erhält den Namen '5. März' und hat solidarische Eigentümer.

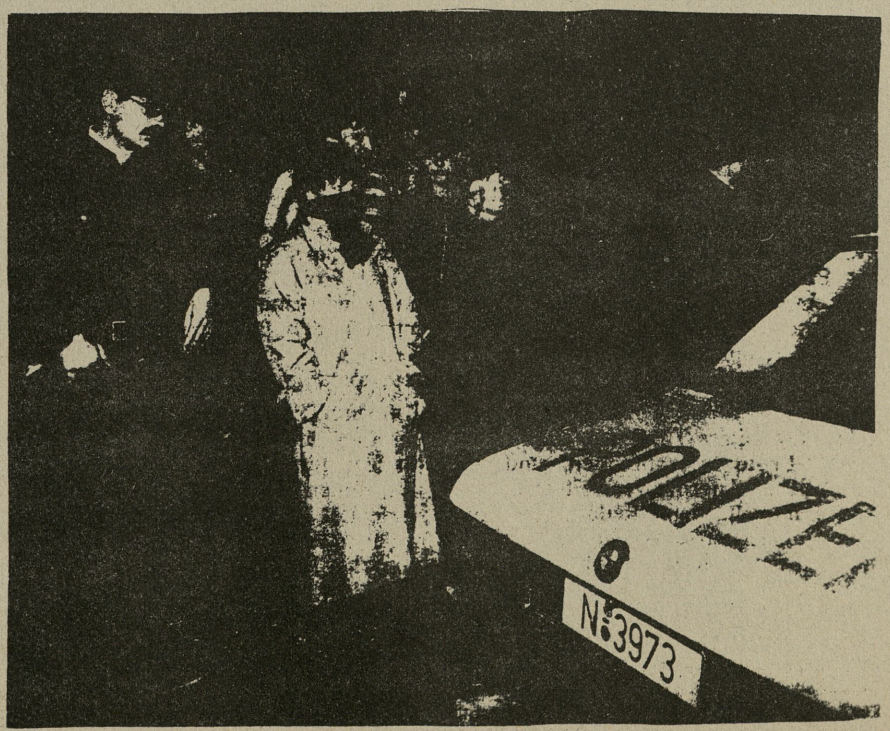
Ein politischer Skandal, ein Justizskandal...

Rechtsbeugungen und kritische Stellungnahmen

Von der größten Massenverhaftung in der Bundesrepublik seit Kriegsende sprechen die Medien im Zusammenhang mit der Nürnberger Polizeiaktion, die der Freistaat Bayern verordnet hat. Daß dies nur mit Hilfe zahlreicher Rechtsbeugungen und -brüche durchgezogen werden konnte, ist den entsetzten Betroffenen, Eltern, Rechtsanwälten und manchem Politiker jetzt deutlich vor Augen geführt worden.

Zuvorderst empört natürlich die Unverhältnismäßigkeit der polizeilichen und juristischen Maßnahmen: Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs gegen 141 angebliche Demonstranten und sofortige Inhaftierung, gegenüber der tatsächlich begangenen "schädlichen Handlung".

Geht man davon aus, daß jede der sechs Scheiben von einem anderen eingeworfen wurde, gäbe es sechs mögliche Täter des schweren Landfriedensbruchs. Sicher ist nicht, ob diese Täter wieder ins KOMM gingen und dort verhaftet wurden. Die Demonstration ging nicht geschlossen wieder ins KOMM. Sicher ist andrerseits, daß sich im KOMM zum Zeitpunkt der Festnahmen zahlreiche Jugendliche aufhielten, die nicht an der Demonstration teilnahmen. Trotzdem dringender Tatverdacht gegen alle 141.

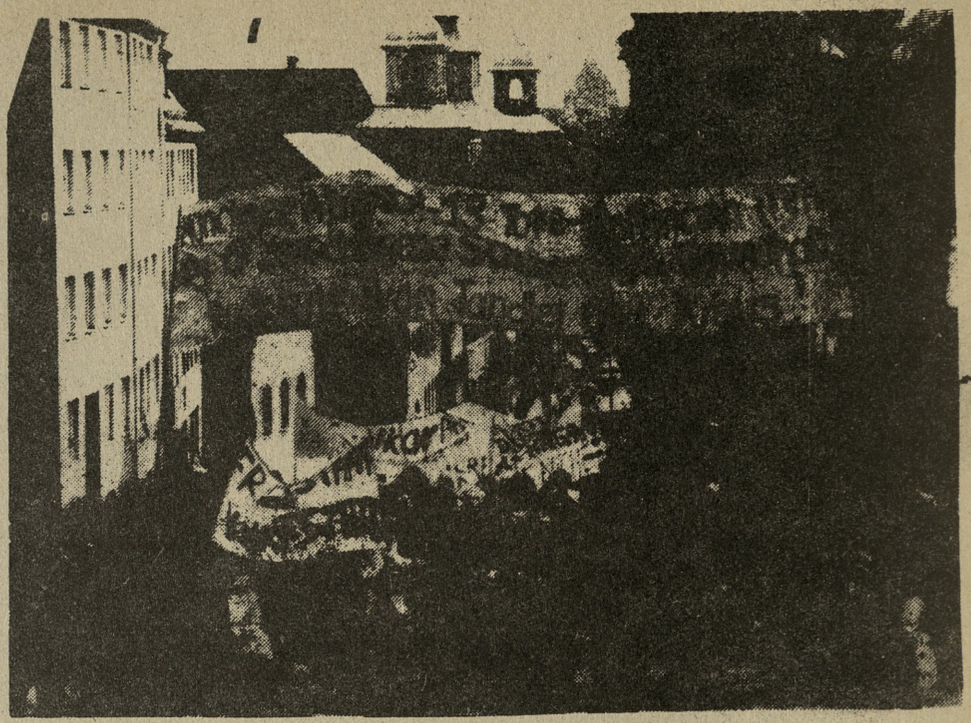


Nürnberger Massenfestnahme: Tricks vom Ermittlungsrichter

3. MÄRZWOCHE

Unter dem Titel "Nürnberg im März '81" zeigen verschiedene große Bühnen wie Bremen, Tübingen und frankfurt kritische Stücke und Szenen: "Deutsche Bühnen protestieren mit ihren Aufführungen in Nürnberg gegen die Massenverhaftungen im KOMM." Der Erlös aus den Veranstaltungen kommt dem Rechtshilfefond für die Inhaftierten zugute.

Am Freitag, 20. März, werden die letzten der 141 Inhaftierten wieder freigelassen, womit die Schikanen und Demütigungen, denen sie ausgesetzt waren, jedoch noch lange kein Ende gefunden haben.



Prof. Dr. Erich Küchenhoff, der engagierte Münsteraner Rechtswissenschaftler, spricht sogar von einem "Justizputsch", der sich in der Nürnberger Massenverhaftung und ihren Begleiterscheinungen gezeigt hätte. Neben über 1ooo Rechtsbrüchen, die an elementaren Grundrechten der einzelnen Inhaftierten verübt worden wären, z.B.

+ Beschneidung des Demonstrationsrechts durch die Verhängung von Kollektivstrafen,
+ Hektographierte Haftbefehle,
+ Behinderung der Verteidiger und Kontaktsperre zu den Angehörigen,

sei ein Staatsstreich gegen den Rechtstaat verübt worden.

Überdies sei es juristisch nicht haltbar, das Sympathisieren mit der Hausbesetzerszene als Straftatbestand hinzustellen.

Verfassunsrichter Martin Hirsch wundert sich mit Prof. Küchenhoff darüber, daß "ausgerechnet der Justizminister des Freistaates Bayern das, was in Nürnberg geschehen ist, auch heute noch billigt " (Spiegel 15/81), und daß auch sonst noch keiner der Verantwortlichen sich von der Massenverhaftung distanziert hat. Hirsch selbst hält eine Verletzung des "Übermaßverbots" (Verhältnismäßigkeit!) für gegeben, "weil bei einem Sachschaden von 3o ooo Mark die Inhaftierung von 141 Beschuldigten unangemessen gewesen sein muß." (Spiegel)

Ein Verfassungsrichter, so Hirsch, der erlebt habe, „wie und warum die Weimarer Republik zugrunde gegangen ist, der im Nazi-Staat erfahren mußte, wozu Juristen imstande sind“, habe „nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, seine Stimme zu erheben“, wenn dieser Rechtsstaat gefährdet werde, wie dies „leider in Nürnberg geschehen“ sei. ◆

Protokoll...

Die Besetzer fordern:

1. *Die Stadt soll von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und finanzielle Mittel bereitstellen, um zu gewährleisten, daß Mietwohnungen erhalten bleiben und keine unbezahlbaren Eigentumswohnungen entstehen.*

...

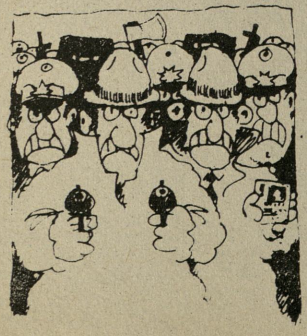
3. *Verbot der Spekulation mit der Ware Wohnraum.*

...

5. *Sofortige Freilassung aller Inhaftierten des 5. März und von Jannes, der seit Januar im Nürnberger Gefängnis einsitzt.*

Selbst Bundesfamilienministerin Antje Huber setzt sich für die Freilassung der Inhaftierten ein (AZ 13.3.81).

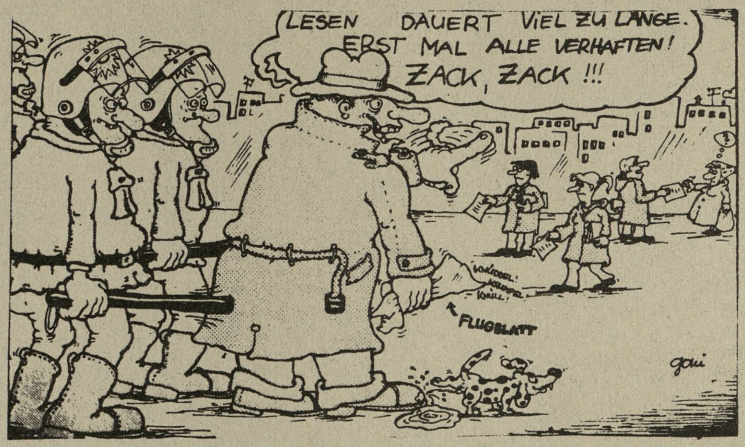
Überall geht es gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzern und Demonstranten, gegen die verleumderischen und verhetzenden Äußerungen von Strauß und Tandler, die aktive Spekulationsgegner als zukünftige Terroristen bezeichnen. (Wie das KOMM, seine Mitarbeiter und Besucher unter diesem Vorwurf noch zu leiden haben, zeigen die Folgeereignisse, weitere Ermittlungen und nicht zuletzt kommende kommunalpolitische Wahlen)



RECHTSBEUGUNG seitens der Justiz ist,

+ wenn in allen Haftbefehlen pauschal Flucht und Verdunkelungsgefahr angenommen wird. So auch bei 15jährigen Schülerinnen, die im Elternhaus wohnen, und bei einer Mutter, die zuhause einen Säugling zu versorgen hat;

+ wenn pauschal alle Beschuldigten dem Verdacht unterstellt werden, Verdunkelungshandlungen vornehmen zu wollen. Wozu denn? Bei keinem der Festgenommenen war vor Erlaß des Haftbefehls etwas anderes festgestellt worden, als daß er sich am 5. 3. um 23 Uhr im KOMM aufgehalten hatte.



Merkwürdig ist ebenfalls,

+ daß fast allen Beschuldigten zugesagt wurde, daß sie freikämen, wenn sie aussagten, insbesonders, daß sie an der Demonstration teilgenommen hätten. "Wurde dies bereitwillig zugegeben, trieben Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter in einigen Fällen den Preis noch etwas höher: es mußten auch noch drei weitere Demonstrationsteilnehmer genannt werden" (ein Rechtsanwalt);

+ daß es soetwas wie Beugehaft gibt.

Wer nichts aussagte, blieb in der Mehrzahl der Fälle zunächst in Haft. Nach herrschender Meinung darf nach der Frage, ob dringender Tatverdacht besteht, das Schweigen des Beschuldigten nicht zu dessen Lasten verwertet werden (Kleinknecht, Strafprozeßordnung, §112 Rdn 6). Ein Ermittlungsrichter erklärte dazu, er ziehe aus dem Schweigen doch seine Schlüsse, und die gingen eben zu Lasten des Beschuldigten. Auf den Einwand, dann werde die Haft wegen Verdunkelungsgefahr zur Beugehaft, derselbe Richter: jeder Haftbefehl wegen Verdunkelung habe etwas von Beugehaft an sich. Denn wer gesteht, könne nicht mehr verdunkeln.

524836 spdpr d

524345 bympr d nr 519 26.5.1981=

die bayerische staatskanzlei teilt mit:

zu den vorgaengen am 5.3.1981 in nuernberg hat ministerpraesident franz josef strausz erneut stellung genommen. er beantwortete einen brief des nuernberger oberbuergermeisters dr. urschlechter vom maerz dieses jahres.

der brief des ministerpraesidenten hat folgenden wortlaut:
"mit befriedigung habe ich zur kenntnis genommen, dass sie zu den massnahmen von polizei und gerichtsbarkeit zwar nicht befuerwortend stellung nehmen, sich im gegensatz zu ihrem stellvertreter, zu berufsmaessigen stadtraeten und sonstigen mandatstraegern ihrer partei aber wenigstens nicht der oft voreiligen, unmaessigen und unberechtigten kritik an den massnahmen der zustaendigen staatlichen organe anschliessen. die haltung der bayerischen staatsregierung zu den vorfaellen in nuernberg ist ihnen sicher bekannt. sie wird auch kuenftig dafuer eintreten, das recht ungeteilt anzuwenden. sie wird es nicht zulassen, dass es politischen opportunitaetserwaegungen untergeordnet wird. die bayerische staatsregierung stellt sich daher voll und ganz vor das verhalten der nuernberger behoerden. davon abzuruecken geben die inzwischen vorliegenden erkenntnisse und die getroffenen massnahmen keinerlei anlass.

nicht zustimmen kann ich ihrer einschätzung des "kommunikationszentrums nuernberg". dass sie in ihrer erklaerung "das komm nicht als den herd der demonstrationen und ausschreitungen" betrachten, ist nach den vorliegenden erkenntnissen nicht zu verstehen, seit 1976 treten im komm linksextreme gruppen auf, etwa der sdaj (am 11.4.1976), das vom "kommunistischen bund" beeinflusste "nahost-komitee erlangen", die dkp, der msb-spartakus und andere marxistische gruppen. in besonderer weise ist das "komm" im zusammenhang mit den hausbesetzungen in nuernberg in erscheinung getreten. am 5.11.1980 sprachen angehoerige des züricher jugendzentrums anlaesslich einer rundreise im "komm". an der veranstaltung beteiligten sich an die 250 personen. darunter auch kommunistische gruppen. am 18.1.1981 fand im "komm" ein sogenannter informationsabend ueber die "hausbesetzeraktivitaeten" in amsterdam unter massgeblicher beteiligung von vier "krakern" statt. alle anzeichen deuten darauf hin, dass im "komm" hausbesetzungen wie folgeaktionen abgesprochen wurden. am 5.3.1981 war das "komm" ausgangspunkt vor wie sammelpunkt nach den gewalttätigen aktionen. bei vernehmungen von personen, die an sonstigen straftaten beteiligt waren, haben sich ebenfalls immer wieder hinweise auf das "komm" ergeben, das unter anderem wiederholt als gute bezugsquelle fuer rauschgifte aller art genannt worden ist. wenn sie in der erklaerung vom 11. maerz erklaeren, sie suchten "diejenigen, die durch hausbesetzungen schwierigkeiten bereiten wollen, im kreis derjenigen, die mit flugblaettern und veroeffentlichten tips ueber leerstehende wohngebaeude diese besetzungen moeglicherweise foerdern", so erscheinen mir dazu keine groesseren suchaktionen erforderlich, eine nachschau im "komm", einer einrichtung der stadt nuernberg, wuerde sicherlich entscheidend weiterhelfen.

aufgrund der von mir nur angerissenen verhaeltnisse im "komm" habe ich erhebliche zweifel, ob die stadt nuernberg ihrer verantwortung fuer diese staedtische einrichtung gerecht geworden ist. ich appeliere deshalb an sie als oberbuergermeister dieser stadt, ihrer rechtlichen und politischen verantwortung gerecht zu werden und wenigstens jetzt, nachdem die aktivitaeten des "komm" offensichtlich zu einer gefahr fuer die oeffentliche sicherheit geworden sind, fuer rechtmaessige zustaende in der oeffentlichen einrichtung zu sorgen. dabei bitte ich auch die wiederholten aeusserungen des kulturreferenten der stadt nuernberg zu diesem thems zu wuerdigen, die auf eine mit seinen pflichten als kommunaler wahlbeamter kaum vereinbare einstellung hinweisen.
die oeffentlichkeit hat meines erachtens einen anspruch darauf, zu erfahren, ob und gegebenenfalls inwieweit herr dr. glaser bei seinen aeusserungen und massnahmen mit ihrer zustimmung oder billigung gehandelt hat".

abteilung presse und information
i.v. gez.: seizinger. ltd. mr+++

Strauß wettert gegen KOMM

Nürnberger Jugendzentrum als Gefahr für die Sicherheit bezeichnet

MÜNCHEN (ddp) — Das „Kommunikationszentrum Nürnberg (KOMM)" ist nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß „zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit" geworden. In einem Brief an den Nürnberger Oberbürgermeister Andreas Urschlechter (SPD) wies Strauß darauf hin, daß er „erhebliche Zweifel" habe, ob die Stadt Nürnberg ihrer Verantwortung für diese städtische Einrichtung gerecht geworden sei. Das „KOMM" war ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, als am 5. März dieses Jahres 141 Jugendliche nach einer Demonstration dort verhaftet wurden. Urschlechter hatte in einem Schreiben an Strauß die Auffassung vertreten, daß das „KOMM" nicht als der Herd der Demonstrationen und Ausschreitungen zu betrachten sei. Strauß erklärte dazu, nach den vorliegenden Erkenntnissen würden im „KOMM" seit 1976 linksextreme Gruppen auftreten. Er forderte Urschlechter auf, „für rechtmäßige Zustände in der öffentlichen Einrichtung" zu sorgen.

Als durchsichtiges Wahlkampfmanöver im derzeitigen Nürnberger Oberbürgermeister-Wahlkampf wies der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Langenberger die Strauß-Kritik zurück. Diese werde den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Das „KOMM" sei erst kürzlich als beispielhafte Einrichtung in der Bundesrepublik mit dem Kulturpreis 1981 der „Kulturpolitischen Gesellschaft" ausgezeichnet worden.

SZ 27.5.81

Ministerpräsident antwortet dem OB

KOMM: „Gefahr für die öffentliche Sicherheit"

Die Vorgänge um die Massenverhaftungen vom 5. März 1981 beschäftigen die Bayerische Staatskanzlei nach wie vor. So beantwortete jetzt Ministerpräsident Franz Josef Strauß einen Brief von Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter vom März dieses Jahres. Strauß hält darin fest, die Staatsregierung werde nicht zulassen, „daß das Recht politischen Opportunitätserwägungen untergeordnet wird". Die Staatsregierung stelle sich daher „voll und ganz vor das Verhalten der Nürnberger Behörden". Davon abzurücken gebe es nach vorliegenden Erkenntnissen keinerlei Anlaß.

Mit „Befriedigung" nimmt Strauß zur Kenntnis, „daß Sie (der OB) zu den Maßnahmen von Polizei und Gerichtsbarkeit zwar nicht befürwortend Stellung nehmen, sich im Gegensatz zu Ihrem Stellvertreter, zu berufsmäßigen Stadträten und sonstigen Mandatsträgern Ihrer Partei aber wenigstens nicht der oft voreiligen, unmäßigen und unberechtigten Kritik an den Maßnahmen der zuständigen staatlichen Organe anschließen".

„Nicht zu verstehen" sei aber die Erklärung des Oberbürgermeisters, so schreibt Ministerpräsident Strauß, daß dieser „das KOMM nicht als den Herd der Demonstrationen und Ausschreitungen" betrachte. Zumal seit 1976 im KOMM linksextreme Gruppen aufträten wie etwa die SDAJ, das vom „Kommunistischen Bund" beeinflußte „Nahost-Komitee Erlangen", die DKP, der MSB-Spartakus und andere. Strauß nennt aber auch die Hausbesetzerszene: Im KOMM hätten Angehörige des Züricher Jugendzentrums und vier „Kraker" aus Amsterdam zahlreiches Publikum gehabt. „Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im KOMM Hausbesetzungen wie Folgeaktionen abgesprochen wurden".

Bei Vernehmungen von Personen, die an sonstigen Straftaten beteiligt waren, so teilt Strauß dem Oberbürgermeister mit, hätten sich ebenfalls immer wieder Hinweise auf das KOMM ergeben, „das unter anderem auch wiederholt als gute Bezugsquelle für Rauschgifte aller Art genannt worden ist".

Franz Josef Strauß hegt auch massive Bedenken, ob die Stadt der Verantwortung für diese Einrichtung gerecht geworden sei. Nicht zuletzt werden auch die Äußerungen von Kulturreferent Dr. Hermann Glaser als kommunaler Wahlbeamter kritisch beleuchtet. Dazu der Strauß-Brieftext:

„Aufgrund der von mir nur angerissenen Verhältnisse im ‚KOMM' habe ich erhebliche Zweifel, ob die Stadt Nürnberg ihrer Verantwortung für diese städtische Einrichtung gerecht geworden ist. Ich appelliere deshalb an Sie als den Oberbürgermeister dieser Stadt, Ihrer rechtlichen und politischen Verantwortung gerecht zu werden und wenigstens jetzt, nachdem die Aktivitäten des ‚KOMM' offensichtlich zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit geworden sind, für rechtmäßige Zustände in der öffentlichen Einrichtung zu sorgen. Dabei bitte ich auch die wiederholten Äußerungen des Kulturreferenten der Stadt Nürnberg zu diesem Thema zu würdigen, die auf eine mit seinen Pflichten als kommunaler Wahlbeamter kaum vereinbare Einstellung hinweisen. Die Öffentlichkeit hat meines Erachtens einen Anspruch darauf, zu erfahren, ob und gegebenenfalls inwieweit Herr Dr. Glaser bei seinen Äußerungen und Maßnahmen mit Ihrer Zustimmung oder Billigung gehandelt hat."

Als durchsichtiges Wahlkampfmanöver im derzeitigen Nürnberger Oberbürgermeister-Wahlkampf wies der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Langenberger die Strauß-Kritik zurück. Das Kommunikationszentrum sei erst kürzlich als beispielhafte Einrichtung in der Bundesrepublik mit dem Kulturpreis 1981 der „Kulturpolitischen Gesellschaft e. V." ausgezeichnet worden.

In gleicher Weise äußerte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Peter Schönlein: „Das ist eine plumpe und durchsichtige Wahlhilfe aus München für Herrn Holzbauer, weil andere Ansatzpunkte für Kritik offenbar nicht gefunden wurden."

PZ 27.5.81

Komm-Zeitung

Nr. 21

Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums **Juni 81**

Kommunikationszentrum; Königstrasse 93, 8500 Nürnberg. Telefon: 0911/22 36 47. Auflage: 3500 Exemplare. Kostenlos, mit Programmteil

KOMM RÜGT STRAUSs

Herr Ministerpräsident!

Wir müssen auf die Anrede "Sehr geehrter" oder gar "Lieber" verzichten, da Ihre letzten Äußerungen über unser KOMM uns jeden Respekt vor Ihnen genommen haben.

Sie müßten in Ihrer über 40-jährigen politischen Karriere doch eigentlich gelernt haben, daß der vielgewünschte Dialog mit der Jugend besser mit Versprechungen (die ja nicht eingehalten werden müssen), als mit Drohungen eingeleitet wird. Oder halten Sie Ihr Gemisch von Halbwahrheiten, Anschuldigungen und diskreter Wahlpropaganda für ein zündendes Angebot?

Sie enttäuschen uns.

Wir hatten erwartet, daß Sie, radikaler Demokrat der Sie sind, die Rattenplage von Hausbesetzern, Vandalen, Kommunisten und Konsorten radikal auszumerzen verstünden.

Als alter Jäger müßten Sie doch das Geschick der sozialdemokratischen Weidmänner zu würdigen wissen. Die füttern nämlich die Brut, damit sie dick und fett wird und im Bau sitzen bleibt, wo man sie jederzeit ausräuchern, aber auch fangen und dressieren kann.

Stattdessen scheuchen Sie mit Ihren Schreckschüssen auch noch die bisher friedliebenden Bürger dieser Stadt auf:

Die Satten zu den Ratten?!?

Am Ende solidarisieren sich Ihre Treiber -Eltern, Lehrer, alte Leute, Sozialarbeiter, Mieter, Journalisten, Anwälte, Bundeskanzler, Beamte....- mit dem Staatsfeind Nr.1, der Demokratie der "Basis", den Sie mit der Schließung des KOMM ja eigentlich treffen wollen.

So kann unsere wehrlose deutsche Jugend nicht vor der Roten Gefahr bewahrt werden - so nicht, Herr Strauß!

Mit dieser Taktik hatten Sie nicht nur Pech bei den letzten Bundestagswahlen, sondern: Viele Leute mögen Sie einfach nicht mehr, wenn Sie solche Sachen machen.

Sorry,

Ihre KoZe-Redaktion

(Den Brief unseres Ministerpräsidenten haben wir auf Seite 2 abgedruckt.)

inhalt:

Einiges zum Thema Anarchie *auf s.3*

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem fränkischen Netzwerk *s.4 + 5*

ROSA Nürnberg/ Neue Ausgabe *s.6*

Ein Comic *auf s.7*

Italienreise *Eindrücke und voyeuristische Gedanken* *auf s.8*

Noch ein Comic *s.10*

Amnestie für Hausbesitzer - ja oder Nein? *s.11*

Ein erboster Leserbrief-Anonymus zur letzten Extra-KoZe *s.12*

Komm-Zeitung

Nr. 21

Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums

Juni 81

Kommunikationszentrum; Königstrasse 93, 8500 Nürnberg. Telefon: 0911/22 36 47. Auflage: 3500 Exemplare. Kostenlos, mit Programmteil

KOMM RÜGT STRAUSs

Herr Ministerpräsident!

Wir müssen auf die Anrede "Sehr geehrter" oder gar "Lieber" verzichten, da Ihre letzten Äußerungen über unser KOMM uns jeden Respekt vor Ihnen genommen haben.

Sie müßten in Ihrer über 4o-jährigen politischen Karriere doch eigentlich gelernt haben, daß der vielgewünschte Dialog mit der Jugend besser mit Versprechungen (die ja nicht eingehalten werden müssen), als mit Drohungen eingeleitet wird. Oder halten Sie Ihr Gemisch von Halbwahrheiten, Anschuldigungen und diskreter Wahlpropaganda für ein zündendes Angebot?

Sie enttäuschen uns.

Wir hatten erwartet, daß Sie, radikaler Demokrat der Sie sind, die Rattenplage von Hausbesetzern, Vandalen, Kommunisten und Konsorten radikal auszumerzen verstünden.

Als alter Jäger müßten Sie doch das Geschick der sozialdemokratischen Weidmänner zu würdigen wissen. Die füttern nämlich die Brut, damit sie dick und fett wird und im Bau sitzen bleibt, so kann sie jederzeit ausräuchern, aber auch fangen und dressieren kann.

Stattdessen scheuchen Sie mit Ihren Schreckschüssen auch noch die bisher friedliebenden Bürger dieser Stadt auf:

Die Satten zu den Ratten?!?

Am Ende solidarisieren sich Ihre Treiber -Eltern, Lehrer, alte Leute, Sozialarbeiter, Mieter, Journalisten, Anwälte, Bundeskanzler, Beamte....- mit dem Staatsfeind Nr.1, der Demokratie der "Basis", den Sie mit der Schließung des KOMM ja eigentlich treffen wollen.

So kann unsere wehrlose deutsche Jugend nicht vor der Roten Gefahr bewahrt werden - so nicht, Herr Strauß!

Mit dieser Taktik hatten Sie nicht nur Pech bei den letzten Bundestagswahlen, sondern: Viele Leute mögen Sie einfach nicht mehr, wenn Sie solche Sachen machen.

Sorry,

Ihre KoZe-Redaktion

(Den Brief unseres Ministerpräsidenten haben wir auf Seite 2 abgedruckt.)

inhalt:

Einiges zum Thema Anarchie *auf s.3*

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem fränkischen Netzwerk *s.4 + 5*

ROSA Nürnberg/ Neue Ausgabe *s.6*

Ein Comic *auf s.7*

Italienreise
Eindrücke und voyeuristische Gedanken *auf s.8*

Noch ein Comic *s.1o*

Amnestie für Hausbesitzer - ja oder Nein? *s.11*

Ein erboster Leserbrief-Anonymus zur letzten Extra-KoZe *s.12*

Unter diesem Kapitel sind einige Artikel über die Gruppenarbeit, Erfahrungsberichte einzelner Gruppen und Selbstdarstellungen zusammengefaßt.

1) Den Einzelberichten werden zunächst einige allgemeine Aussagen über die die Gruppenarbeit vorangestellt:
Aussagen über Schwerpunkte der Gruppenarbeit, Zusammensetzung von Gruppen, Existenzdauer, ihr Verhältnis zur Selbstverwaltung usw.

2) Es folgt ein Artikel von L. Zerull, der 1975 eineVollversammlung erlebt hatte und dabei über die Arbeit etlicher Gruppen erfuhr.

3) Es folgt das "Gruppenmerkblatt". Auf diesem Blatt, das speziell an neue Gruppen, aber auch immer dann, wenn es Not tut, ausgeteilt wird, sind die wichtigsten Selbstverwaltungspflichten einer Gruppe zusammengefaßt.

4) Daran schliessen sich die Selbstdarstellungen der KOMM-Gruppen an. Die Darstelunngen erfolgen alphabetisch.

GRUPPEN und PROGRAMM

ALLGEMEINPLÄTZE ÜBER GRUPPEN

Vergleicht man die Selbstverwaltung mit einem Bauwerk, so ist die Grundordnung das Gerüst, die Gruppen aber dessen Bausteine.

Die Selbstverwaltung der ersten Monate konnte nur von oben, durch das Sekretariat und einige Aktive aufrecht erhalten werden, weil es damals nur wenige Gruppen gab.

Ende 1974 hat man deshalb die notwendigkeit erkannt, die Selbsteverwaltung vom "Kopf auf die Füße" zu stellen. Konsequent haben damals die Sekretäre "an der Basis" gearbeitet und den Aufbau von Gruppen vorangetrieben.

1976 waren es schon etwa 25 Gruppen,
1978 über 30 und gegenwärtig treffen sich, bzw. arbeiten im KOMM zwischen 35 und 40 verschiedenen Gruppen, Arbeitskreise oder Vereine

Entsprechend wurde der Rat größer und die Auseinandersetzungen interessanter (manchmal)

Die Gruppen im KOMM sind durch mehrere Merkmale definiert:

- eine Mindestzahl an Mitgliedren (etwa 5)
- eine Zielsetzung, die bei der Aufnahme der Gruppe im KOMM dem Rat dargelegt und der zugestimmt werden muß,
- einen regelmäßigen Treff (bestimmt durch einen Raum und einen Zeitpunkt)
- Mitarbeit in der Selbstverwaltunng.

Schwerpunkte der Gruppenarbeit

Die Gruppen kann man nach Strukturmerkmalen und inhaltlichen Schwerpunkten unterscheiden:

- So gibtes Angebotsgruppen, die ihr politisches, weltanschauliches oder kulturelles Interesse mit einer Dienstleistung "für andere" verbinden, wie z.B. die Filmfabrik, der Musikverein, die Kneipe, die Videothek, die KOMM-Hilfe u.v.a.
- und Interessens- oder Neigungsgruppen, die einen abgeschlossenen Charakter haben, wie z.B. Schülergruppe, die Juso-Arbeitskreise, Türkenvereine, Musikbands usw.

Entsprechend den verschiedenen Zielen, die neben- und miteinander im KOMM verfolgt werden, lassen sich auch Gruppen ausmachen, die eher

- politisch Charakter haben, wie z.B. die SDAJ oder die AKW-Gegner,
- eine kulturelle Arbeit leisten, wie die Theatergruppe, die Ausstellungsgruppe, der Keramik- und der Musikbereich
- oder auf dem Gebiet herkömmlicher Sozialarbeit tätig sind, wie die KOMM-Hilfe, der Drogenarbeitskreis,
- und wieder andere, die im Sinn "billige Freizeit" gastronomische Bereiche betreiben, wie die Kneipe, die Teestube, das Vegetarische Restaurant, das Cafe oder Bereiche, die Spielmöglichkeiten anbieten, wie die Spielothek.
- Manche Gruppen sind auf Grund einer gruppenübergreifenden Problematik entstanden, weil die Notwendigkeit bestand, Gefahren von innen oder außen abzuwenden, die das gesamte KOMM betrafen. So entstanden in der Vergangenheit z.B. die "Sozialistische Fraktion", die "Umbaugruppe" oder der Drogenabeitskreis.
  Diese Gruppen haben sich oft nur ein zeitliches begrenztes Ziel gesteckt und lösten sich folgerichtig wieder auf, sobald sie Erfolg hatten oder scheiterten.

Gruppenstruktur

In den meisten KOMM-Gruppen arbeiten überwiegend Schüler und Studenten, wie dies auch aus der Besucheranalyse (siehe Kapitel 1 - Kurzinfos und Daten) hervorgeht. In jeder Gruppe gibt es aber auch einen benennbaren Anteil an Lehrlingen, Jungarbeitern und Angestellten (etwa 30% - Tendenz steigend). In einigen Gruppen, deren Arbeit für Sozialpädagogikstudenten attraktiv ist, gibt es einen etwa gleichbleibeneden Anteil an Praktikanten - u.a. in der Videothek, der Filmfabrik, der KOMM-Hilfe.

Die Gruppen haben in der Regel einen annähernd kontinuierlichen Mtigliederstand zwischen 5 und 15 Personen über einen Zeitraum von 1 - 2 Jahren; dann erfolgt meist eine personelle Umschichtung, eine neue Selbstverständnisdiskussion, leicht veränderte Zeilsetzungen u.ä. Es gibt aber auch Beispiele von Mitarbeitern, die über 4 Jahre und mehr in Gruppen mitarbeiten oder nach einer "kommlosen Zeit" wieder zurückkehren.

Das Verhältnis Gruppen/Selbstverwaltung

Die Gruppen arbeiten weitgehend selbstständig und werden nur durch den Rat oder Vollversammlung, also durch andere Gruppen kontrolliert. Das Verhältnis der Gruppen zur Selbstverwaltung ist mehrschichtig. Obwohl die Selbstverwaltung ohne Gruppen nicht denkbar ist, haben etliche Gruppen ein sehr gebrochenes Verhlätnis zu ihr. Einigen z.B. den Musikgruppen, den Türken ist sie eine Last, deren Notwendigkeit sie kaum einsehen. Für sie werden die langen Ratsitzungen zur Qual.
Sicher die Mehrzahl der Gruppen verhält sich der Selbstverwaltung gegenüber neutral. Die Sitzungen werden pflicht bewußt besucht, für sie ist es eine formale Notwendigkeit.
Und nur der geringe Teil der Mitarbeiter, bzw. Gruppen füllt die Selbstverwaltung aktiv aus, lebt und kämpft für sie, weil es zur Frembestimmung nur eine Alternative gibt: Selbstverwaltung. Es bleibt die Aufgabe dieser Mitarbeiter, den Sinn des Selbstverwaltungsmodells immer wieder an Besucher und andere Mitarbeiter weiterzugeben.

Entgegen dem allgemein für das KOMM gültigen Grundsatz der Offenheit, haben viele Bereiche nach erfolgter Gruppenbildung die Tendenz, sich nach außen abzuschließen. Dies geschieht weniger vorsätzlich, als mehr in unbewußten Gesten oder in mangelnder Aufmerksamkeit gegenüber neuen Interessenten.

Erst wenn die Mitgliederzahl einer Gruppe unter das Existenzminimum geschrumpft ist, heißt es wider "Wir suchen Mitarbeiter"!

Motive

Die Motive für die Mitarbeit in den Gruppen liegen, laut Befragung bei mehreren Mitarbeiterseminaren unterschiedlich:

- in der Suche nach Partnern, Fruenden und Kontakten
- im Wunsch, etwas zu lernen, Erfahrungen zu sammeln und seine Freizeit sinnvoll zu verbringen,
- im Wunsch nach Selbstbestätigung, Identifikation,
- weil es zur Berufsausbildung erforderlich ist,
- weil man anderen helfen will,
- weil man in dieser Gesellschaft etwas verändern will und dies gemeinsam mit anderen in politischer Arbeit erreichen will.

Apell

Erfahrungen in der Gruppenarbeit werden in der Regel leider nicht dokumentiert und weitergegeben! Die Aussteiger nehmen ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit. Berichte, wie der hier folgende von Filmfabrik sind die Ausnahme.

Jede Gruppe fängt immer wieder von vorne an, erfindet das Rad ständig neu! "Ein permanenter Lernprozess"!? Auch eine Selbstbeschränkung! Ein Fortschritt kann hier nur erzielt werden, wenn die Gruppen lernen, ihre Erfahrungen zu dokumentie mentieren und organisiert weiterzugeben. Wie das in jeder normalen Jugendorganisation der Fall ist.

Diese Dokumentation soll auch als Apell an die Gruppen verstanden werden, diese Arbeit zukünftig stärker zu leisten!

KOMM ins KOMM!

Report über ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Dieser Bericht handelt vom KOMM in Nürnberg. KOMM ist eine der heute üblichen saloppen Abkürzungen, hat aber gleichzeitig Aufforderungscharakter; man soll halt hereinKOMMen ins KOMMunikationszentrum der Stadt Nürnberg, gleich gegenüber dem Hauptbahnhof. Das KOMM ist eine in seiner Form bei uns einzigartige städtische Institution, eine Art Freizeitheim. Aber das allein wäre noch kein Grund, es in einer kunstpädagogischen Fachzeitschrift vorzustellen. Es sind vielmehr kunktpädagogische Aktivitäten ganz elementarer Art, die im KOMM in Nürnberg eine pägende Rolle spielen.

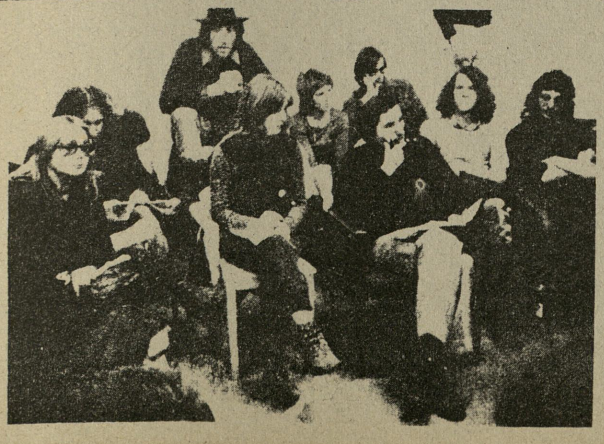
Und es ist ein Kunsterzieher, der dieses Haus leitet, nein: hauptamtlich organisiert — inspiriert? Hier schon wird die Darstellung schwierig, denn was zur Beschreibung von Konzeption und Wirkungsweise des KOMM personifiziert werden muß, ist im Sinne des KOMM-Konzepts falsch: Das Haus nämlich wird von seinen Besuchern «selbstverwaltet». Die Vollversammlung beschließt, was gemacht wird, wie es gemacht wird und wer es macht.

Nur sitzt einer immer unter ihnen, ein schmaler, zierlicher Junge etwas unschätzbaren Alters, der sich nur selten zu Wort meldet, den sie «Poppy» nennen: Oberstudienrat Michael Popp (aber das wissen bei weitem nicht alle).

Michael Popp (33) gehört seit Ende der 60er Jahre zu jenem aktiven Kreis bayrischer Kunsterzieher, die sich lose unter dem Prinzip KEKS zusammengeschlossen hatten. Er gibt seither zusammen mit anderen KEKS-Leuten heraus (und vertreibt) eine kunstpädagogische Schriftenreihe «Aspekte Ästhetischer Erziehung». Als in Nürnberg, dieser offenbar dank ihres rührigen Kulturreferenten Hermann Glaser an städtischen Kulturaktivitäten besonders reichen Stadt, dem Germanischen Nationalmuseum das KpZ, das Kunstpädagogische Zentrum, beigegeben wurde, trat Michael Popp dort mitleitend ein. Er blieb, bis ihn wiederum Kultureferent Glaser zum Frühjahr 1973 zu Aufbau und Leitung des KOMM holte. Es ist nicht kinderleicht, dieses Haus zu organisieren: Popp hat den vergleichsweise angenehm kalkulierbaren Beruf des Kunsterziehers mit einem fast Rund-um-die-Uhr-Job vertauscht. Morgens um 10 sitzt er bereits am Schreibtisch und bleibt meist, bis das Haus um Mitternacht schließt.

Von Ludwig Zerull

aus: Kunst u. Unterricht
Report: KOMM
Dezember 75



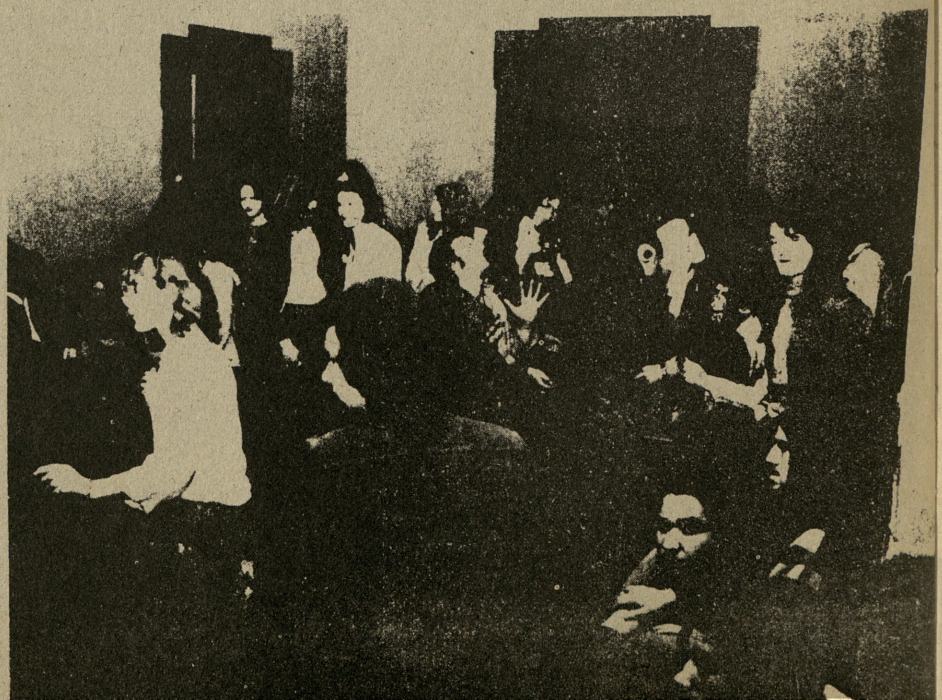
Die Entstehungsgeschichte des KOMM

Im Frühjahr 1973 führte Kulturreferent Hermann Glaser dem Nürnberger Stadtrat ein 175 Seiten starkes paper vor «Kulturpolitik in Nürnberg — Überlegungen und Perspektiven». Darin waren die ersten Thesen auch für dieses Haus angelegt. Der Bevölkerung einer Stadt täte not: Kommunikation statt Vereinzelung, Spielraum statt Zwängen, Reflexion statt bloßer Anpassung und oberflächlicher Ablenkung. Hierfür seinen nur Kommunikationszentren geeignet, die weniger durch-

geplant (als die Stadtteil-Freizeitheime der 50er Jahre, etwa in Hannover), weniger auf Rezeption von Dargebotenem und mehr auf «Anlässen» für Sozialisation und Kreativität beruhten.
In Nürnberg gab es zudem ein riesiges, doppelstöckiges, etwa 100 Meter langes Abbruchgebäude gegenüber dem Hauptbahnhof. Es war am Jahrhundertwechsel als Ballhaus der Nürnberger Gesellschaft gebaut worden, diente später als Offizierscasino und zuletzt als Raum für das ehrgeizige, später sang- und klanglos untergegangene Unternehmen «Moderne Kunsthalle» und ein Institut für Moderne Kunst, wofür man sich Dietrich Mahlow und Eberhard Rothers Anfang der 70er Jahre in die Stadt geholt hatte. Nun stand das Gebäude also leer und wurde am 4. Juli 1973 für einen Probelauf von 4 Wochen (bei 30 000 Mark Etat) eröffnet. Freilich hatte man damals doch noch ein anderes Konzept. Es wurde ein vorbereitetes Feuerwerk verschiedenster kultureller Veranstaltungen abgebrannt, das wohl eher von den Vorstellungen des schöngeistig-musischen, aber mutigen Hermann Glaser als von dem angepeilten aktiv-kommunikativen Besucherverhalten bestimmt war. Es stellte sich (natürlich?) sofort heraus, daß nicht die Nürnberger Bürger jeglichen Alters, sondern vornehmlich Jugendliche kamen. Man zog daraus Konsequenzen, steuerte beim zweiten Probelauf, knapp ein halbes Jahr später, gleich ein Jugendzentrum an, führte die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung ein und merkte bald, daß man nun andere Probleme hatte, derer man nicht Herr wurde: das Alkohol-, das Drogen- und das Schlägerproblem. Darum beschloß die Vollversammlung nun Ostern 1974 wiederum die Schließung. Man renovierte und gab dem Haus von der Vollversammlung verabschiedete «Gesetze». Seither, seit Juli 1974, «läuft» die Sache nun; Freilich ist durch die einstigen Vorfälle Mißtrauen in der Bevölkerung, man muß sich oft böser Attacken in Zeitungen erwehren. Auch im Stadtrat versucht man immer mal wieder, der SPD mit dem KOMM politische Unverantwortlichkeit nachzusagen. Kürzlich erst machte das wöchentliche Anzeigenblatt «report 2000» wieder Stimmung gegen KOMM. Da hieß es: «Wer sich den Spaß nicht verderben will, sollte einen möglichst weiten Bogen um das KOMM am Nürnberger Hauptbahnhof machen. Dieses selten gelungene Stück städtischer Initiative wird Ihnen eher als eine Mischung von ausgeflipptem Müßiggang und roter Trostlosigkeit als eine Begegnungsstätte der normalen Jugend erscheinen. Nur wenn Sie ganz starke Nerven haben, sollte Sie sich gelegentlich den Drogen-Palast einmal anschauen, über den in letzter Zeit soviel geschrieben und geredet wurde.»

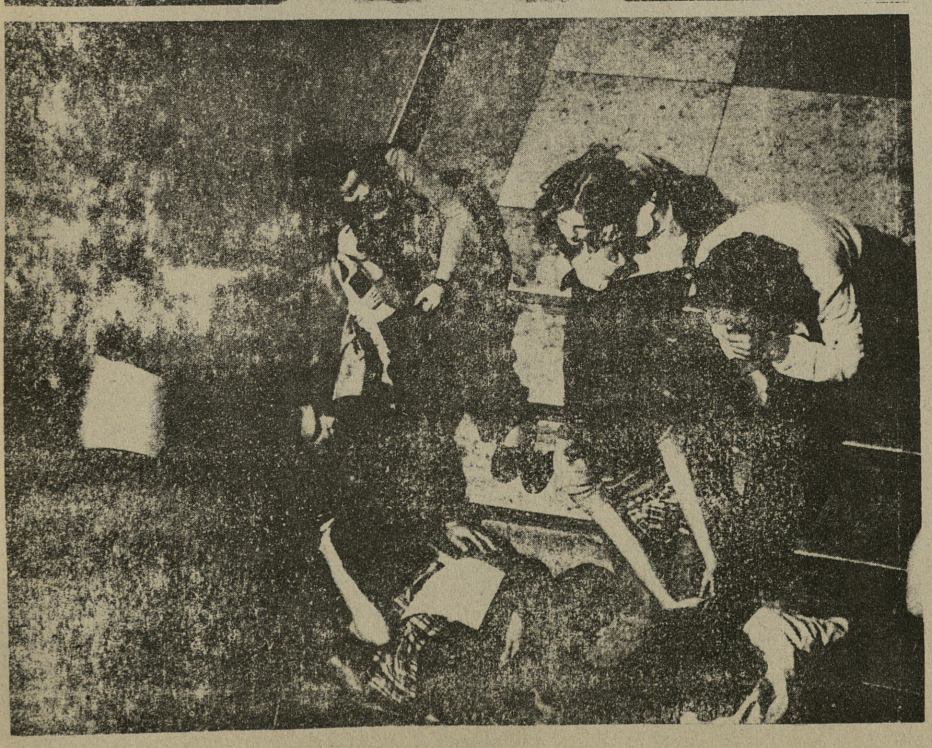
Was das KOMM wirklich leistet

Das Komm ist donnerstags bis sonntags von 18.00—23.00 Uhr für jedermann zugänglich. An den übrigen Tagen (außer montags) können ab 12.00 Uhr bereits Gruppen, die in den Räumen ihre Treffen abhalten, hinein. An einem beliebigen Tag, Freitag, den 7. November 1975, habe ich den Tageslauf des KOMM von früh bis spät zu verfolgen versucht:
10 Uhr morgens. Im Büro arbeiten bereits Poppy und zwei der mit ihm gleichberechtigten Sekretäre. Im ganzen sind es vier. Im KOMM machen fachschule; Sekretäre werden sie nur, wenn sie sich der VV (Vollversammlung) vorgestellt haben, und diese sie wählt. Verdienst: monatlich 750,— Mark). An diesem Morgen geht es, wie wohl oft, zunächst um den Verbleib von Schlüsseln zu einem der vielen Räume des Hauses. — Eine Gastarbeitergruppe hatte ein Fest am Vortag, Getränkekisten müssen mit einer Abgesandten der Gruppe abgerechnet werden. — Popp telefoniert mit einer wichtigen, aber vermutlich nicht wohlgesonnenen Persönlichkeit. Dabei sagt er listig (und zurecht) «Hier Michael Popp. Ich bin in der Stadtverwaltung tätig.» — Beim Zentralfilmverleih werden Filme bestellt, denn im KOMM befindet sich auch die ständige Spielstätte des Kommunalen Kino Nürnberg. — Man redet über den «Theaterwagen», ein neues mobiles Unternehmen des Nürnberger Volkstheaters. Von dort kam die Anfrage auf Zusammenarbeit. Glaser würde das natürlich sehr begrüßen. — Die Angelegenheit der kaputten Siebdruckrahmen wird erörtert. (Das Haus hat eine komplette Siebdruckwerkstatt, wo jede Gruppe unter kunstpädagogischer Anleitung z. B. Plakate für ihre Veranstaltungen drucken kann.) — So geht das weiter ... Zwei etwa 13jährige Schüler kommen. Sie suchen und bekommen ohne weiteres einen Tagungsraum. In ihrer Schule dürfen sie an Nachmittagen nicht ihre Schülerzeitung machen. — Gegen halb Eins kommt Kristina Popp mit Söhnchen. Schnell gehen wir essen im Selbstbedienungsrestaurant nebenan, denn um 14.00 Uhr muß am anderen Ende der Stadt eine Gruppe ägyptischer Sport- und Kulturfunktionäre von Popp empfangen werden. Als wir zurückkommen, erlebe ich noch das Ende einer Lehrerfortbildungsveranstaltung: ein Ethnologe von der Uni Erlangen erklärt eine Ausstellung, die gerade in den ausgedehnten Fluren des KOMM stattfindet. Sie zeigt die Situation der Indianer in Nordamerika. — Inzwischen strömen Jugendliche durchs Haus. In der gemütlichen, wie alles andere selbsteingerichteten Kneipe ist es bereits belebt. Das Maß Bier kostet 1,20, es gibt gutschmeckende Landbrote, mit Wurst oder Käse reichlich belegt, für 80 Pfennig.



Die Vollversammlung

Heute ist Vollversammlung. Von 18 bis gegen 22 Uhr wird zwischen etwa 100 Leuten, die gekommen sind, in einer sachlichen Weise diskutiert, die dem Bundestag alle Ehre machen würde. Popp sitzt irgendwo dazwischen, hört aufmerksam zu, meldet sich während des Abends vielleicht dreimal zu Wort. Einmal schlägt er etwas vor. Es wird abgestimmt. Man lehnt den Vorschlag ab. Später erzählt Popp mir ehrlich, daß es natürlich innere Konflikte geben muß, wenn zwischen arbeitslosen Jugendlichen, Musikfans, Gastarbeitern, drogengefährdeten Mädchen und ihm gleichberechtigten Sekretären mit 750,— Mark Einkommen einer sitzt, der nach A 14 bezahlt wird. Aber er ist sicher, daß sein Vorschlag als Impuls jetzt drin ist. Sicher wird ein anderer demnächst die Sache nochmal aufgreifen und es wird zugestimmt werden. Das ist die Hauptsache! Die Sitzung geht weiter. Es wird erörtert, wie man gewisse Trägheiten in der Programmgestaltung für Dezember vermeiden kann.



Auch, ob nicht während der Vollversammlungen strikte alle anderen Veranstaltungen im Haus unterbleiben müßten, damit nicht Wenige die Last der demokratischen Entscheidung für ein Haus zu tragen haben. Man ist sich da noch nicht einig, ob man jemanden zu demokratischem Verhalten zwingen darf. Aber schließlich wurde von Anfang an im Konzept des KOMM das Lernen demokratischer Spielregeln für «das oberste Lernziel» gehalten. Und das ist, nach dem Eindruck der Vollversammlung betrachtet, sehr gut gelungen. Im Hause KOMM ist ständige Fluktuation. Deshalb müssen in jeder dritten Vollversammlung alle Gruppen in kurzen Vorstellungen ihre Absichten klarlegen. So soll den neuen Besuchern des Hauses bei der Findung der eigenen Interessen geholfen werden.

Heute ist wieder dieser Abend, an dem die Gruppen revuepassieren. In der zufälligen Reihenfolge, in der es dort geschah, nenne oder stelle ich sie jetzt auch vor:

Das Angebot

Die **Videothek** ist gleich hinter dem Sekretariat. In zwei Räumen arbeitet eine Gruppe an Videofilmen über Nürnberg, übers KOMM. Alle technischen Einrichtungen sind vorhanden, auch immer neues Bandmaterial. (Der Sachetat des KOMM beträgt übrigens jährlich nur 100 000,— (nächstes Jahr 120 000,—) Mark. Davon müssen alle Gehälter außer dem des Michael Popp bezahlt werden. Was dann übrig bleibt, ist nicht arg viel). Die **Filmfabrik** ist jene Gruppe, die das Kommunale Kino aufzieht. Die Auswahl der Filme, die gezeigt wird, hängt auch von den Vorschlägen ab, die jeder, der will, an einer Wandzeitung machen kann. Neben die Vorschläge schreiben die Filmfabrikanten dann, welche Filme möglich sind, welche nicht, und aus welchen finanziellen oder technischen Gründen nicht. Jeder kann das da wieder lesen. Die **Spielothek** ist ein größerer Raum links am Haupteingang. Dort stehen alle denkbaren Spiele bereit. Die Betreuung des Raumes machen reihum die Mitglieder der Gruppe. — Als der Leiter der **Fotogruppe** sich vorstellt, wird gejohlt. Man beschimpft ihn, ob seiner Unzuverlässigkeit. «Warum stehen die Kameras nicht zur Verfügung? Warum warst Du zur verabredeten Zeit nicht da?» An der Fotogruppe scheint großes Interessse zu bestehen. «Anarcho-Schmitt» will sich bessern! — Die **Sozialistische Fraktion** hat sich unter anderem Vorzeichen früher einmal begründet. Heute, so erklärt die Gruppensprecherin, widme man sich hauptsächlich der Öffentlichkeitsarbeit fürs KOMM. — Die **Zeitungsgruppe** sucht mehr Beiträge aus den anderen Gruppen. Im Haus erscheint eine gut gemachte Zeitung, daselbst getextet, lay-outet und gedruckt im Kleinoffset. Ein Blatt, das Kritik übt, Hinweise auf Veranstaltungen verbreitet und auch in anderen Sprachen, denen der Gastarbeitergruppen, die sich hier treffen, publiziert. — **KAHAL SCHALOM** heißt in erster Linie ein irgendwo in Nürnberg betriebner Laden mit Waren aus der dritten Welt. Im KOMM diskutiert diese Gruppe über Themen der dritten Welt. Auch einen Drogenkreis hat sie gebildet, wo Drogengefährdete ihre Probleme besprechen. — Das CHAI-Haus, die **Teestube,** ist durch einen

Seiteneingang des Hauses erreichbar, also nicht unbedingt nur zu den Hausöffnungszeiten zugänglich. Es ist ein schön ausgestatteter Raum, wo man auf Kissen lagert und indische Sirtarmusik hört. Ein gutgeführtes, eines der ältesten Unternehmen des Hauses. —Mit der **Kneipen-Gruppe** ist man bei dieser Vollversammlung nicht zufrieden. Kommerz ist in der Satzung des KOMM ausgeschlossen, aber eine Kneipe zu führen, bedeutet zwangsläufig, mit Geld zu wirtschaften. Ist das Bier nicht zu teuer, wird gefragt, vor allem aber beanstandet, daß bei der Gruppe Geschäfte vor Kommunikation gingen. Das muß sich ändern. Man verlangt von der Kneipengruppe, daß sie sich Zeit nimmt zu Gesprächen mit Neuankömmlingen, über die Theke hinweg. Die Kneipengruppe soll Kontakte herstellen zu den anderen Gruppen. — Vroni leitet die **Keramikgruppe.** Demnächst steigen zwei Schüler einer Fachschule mit ein. Der Zuspruch ist groß. Manche arbeiten sehr gezielt an keramischen Projekten, mit Kunstanspruch. Zwei sitzen da, ganz, als wären sie allein, und sie versuchen im Umgang mit dem Material ihre Nervosität in eine Bahn zu zwingen. «Ausgeflippte», wie man mir sagt, die in dieser still beschäftigten Gemeinschaft nicht, wie in anderen Gruppen, zu Diskussionen gefordert sind (was sie noch nicht wieder verkraften würden). — Die **KOMM-Hilfe** ist selbst im Zweifel, ob sie sich nicht etwas viel vorgenommen hat. Sie bietet jedem Hilfe an, der Rechtsfragen hat, suchtgefährdet ist, in Fragen der sozialen Unterstützungsmöglichkeiten nicht Bescheid weiß. Sie versucht, Rat für Arbeitslose wie für schwangere Mädchen zu geben, aber vermittelt auch Möbel oder Mitfahrgelegenheiten. — Die **Musikgruppe** ist die Dachorganisation von verschiedenen Bands, die im Haus ihre Übungsräume haben. Außerdem organisiert sie sehr gefragte Konzert im ehemaligen Festsaal des Hauses. Die kosten nur 5 Mark Eintritt, statt der 12 bis 20 Mark, die man draußen auf dem ehemaligen «Reichsparteitagsgelände» bei Beatveranstaltungen blechen muß. Der Gruppensprecher verspricht, daß demnächst auch Beat-Gruppen aus dem Haus fast kostenlos spielen werden. Das finden die VV-Teilnehmer nämlich nicht zuviel verlangt. — **Sprachwerkstatt** ist eine Gruppe, deren Mitglieder Lyrik und Prosa gemeinsam lesen und analysieren, vor allem aber selbst schreiben. Sie arbeiten auch mit der **Zeitungsgruppe,** wo gelegentlich Texte veröffentlicht werden. — Eine **Gruppe § 218** diskutiert die damit genannten Probleme. Mit dem **Strafvollzug** beschäftigen sich andere. — Eine Initiative **Freizeitheime** hat sich aus aktuellem Grund zusammengefunden, weil in Vorstädten Schließungen von Freizeiteinrichtungen bevorstehen. — Es gibt einen **Gitarrenkurs,** das **Veranstaltungskollektiv** ist für die Programmgestaltung im Hause verantwortlich, der **Ausstellungsbereich** wird von demjenigen betreut, der neuerdings auch von der Stadt als Heizer des KOMM eingestellt ist. Er verdient damit sein Geld. Jeder kann Ausstellungen seiner künstlerischen Arbeiten oder Fotos machen. Eine Jury findet nicht statt. Kunst ist hier kommunikatives Element. Sicher berät Popp, beraten andere, aber Prinzip ist, daß nicht «auf Neveau» gemacht wird. — Seit einiger Zeit ist ein arbeitsloser junger Handwerksmeister, Hubert, der sich im KOMM nützlich gemacht hatte, als Hausmeister von der Stadt besoldet. Er ist für alle Gruppen da, unternimmt lieber nichts im Alleingang, sondern erwartet die Initiativen, die er dann mit offenbar großem pädagogischen Naturtalent in sinnvolle Bahnen lenkt. In der Vollversammlung klagt er, daß eine wilhelminische-illustre Gußeisen-Litfaßsäule, die von der Stadt zur Information der Öffentlichkeit vor dem KOMM aufgestellt wurde, seit Wochen dasteht und noch immer nicht mit dem Stahlbesen gesäubert, neu gestrichen und wetterfest gemacht worden ist. Einer protzt, wie schnell er das schaffen würde und wird dienstverpflichtet. Der Hausmeister ist skeptisch und sucht zum Samstagnachmittag lieber noch sechs weitere, die für zwei Stunden daran arbeiten. Auch «Poppy» ist unter den Freiwilligen. Ein Kasten Bier wird in Aussicht gestellt. — Das **Kinderzentrum** betreut im KOMM Vorschulaktivitäten. Hauptsächlich Leute, die in den Großen Ferien mit Kindergruppen der Arbeiterwohlfahrt auf Fahrt gehen wollen, machen hier erste Erfahrungen. — Eine **Selbsterfahrungsgruppe** bittet verständlicherweise, keine weiteren Auskünfte über ihren geschlossenen Kreis geben zu müssen.

Das sind die Aktivitäten, die — selbstorganisiert — derzeit im Hause laufen. Eine Chile-Diskussionsgruppe hat sich gerade aufgelöst. Es wird nichts forciert, aber jeder, der eine Idee hat, kann bei der VV seine Gruppe neu vorstellen und um Mitglieder werden.

Der kunstpädagogische Ansatz

«Die kulturelle Zielsetzung beinhaltet die möglichst vielseitge Ausbildung der kreativen Fähigkeiten der Jugendlichen. In einer ‹demokratischen Kultur› müssen die Konsumgewohnheiten einer vermarkten Kultur aufgebrochen und der Gebrauch ästhetischer Mitte für jedermann erschlossen werden. Künstlerische Aufführungen und Darbietungen dienen dem Ziel, den eigenen Gebrauch künstlerischer Mittel anzuregen und zu bereichern.» So steht es in den Zielvorstellungen des KOMM. Zusammenwirkend mit der politischen Zielsetzung («durch Selbstverwaltung zu politischem Handeln befähigen») und der sozialen Zielsetzung («Nebeneinander verschiedener Altersgruppen, Nationalitäten, Schichten und Interssen». «Sozialtherapeutisch integrativ Wirken») wird als oberstes Lernziel durch das KOMM «emanzipotorisches Handeln» gefördert. Kunst und künstlerisches Tun sind nach Aufassung von Michael Popp hier zunächst eingesetzt, um dieses Ziel zu stärken.

Die fürs Verständnis eines Kunsterziehers sicher meist mehr im Kitsch wiederzufindenden stereotypen Bildschemata der dort produzierten oder ausgestellten Objekte und die fürs sensibelgeschulte Auge recht grob wirkenden, meist unvollendeten «psychodelischen» Wandmalereien haben lediglich dem Zweck gedient, Menschen Selbstbewußtsein zu geben, sie einander näher zu bringen, Anlaß für Gespräche und gegenseitige Hilfe zu sein. Künstlerische Kriterien müssen wir uns da abschminken. Im KOMM muß es um die therapeutische, die integrative, die hedonistische, die kommunikative Funktion von Kunst gehen. Mehr ist nicht verboten, wird aber auch nicht erwartet.

GRUPPENMERKBLATT

1.Anwesenheit

Alle Gruppen des KOMM sind zu einer VV- und Ratsteilnahme verpflichtet (jeden Dienstag 18.00 Uhr). Dabei ist es möglich, daß mehrere Gruppen gemeinsam einen Ratsdelegierten entsenden. Eine solche gemeinsame Ratsvertretung muß vom Rat bestätigt werden. Für die Arbeitsfähigkeit des Rates ist es notwendig, daß nicht jede Woche ein anderer Delegierter die Gruppe vertritt. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, daß die Gruppen ihre Delegierten für jeweils mind. 4 Wochen bestimmen müssen.

2.Sanktionen

Für Gruppen, deren Delegierte öfters fehlen, wurde von der VV eine Sanktionsregelung beschlossen.
Diese sieht nach dem zweiten Mal Fehlen eine Verwarnung vor, nach dem 4. Mal Fehlen Entzug des Raumes für 14 Tage bzw. Einziehung von einem Zehntel (entspricht einem Monat) des Gruppenetats, beim 5. Mal Fehlen Raumentzug für einen Monat bzw. Einziehung des gesamten Gruppenetats, beim 6. Mal Fehlen Entzug des Raumes.
Bewertungszeitraum ist jeweils 1/2 Jahr u. zwar: von der Sommerpause bis Februar und von März bis zur Sommerpause.

3.Geld

Gruppen, die aus dem KOMM-Etat Geld beanspruchen, müssen dies weitgehend in den jeweils im Dezember und Januar stattfindenden Etatberatungen einbringen. Für Gruppen, die kein regelmäßiges Angebot machen wird in der Regel kein eigener Etat zur Verfügung gestellt, sondern diese Gruppen erhalten Mittel aus einem Etat "Freie Gruppen", über den jeweils, und zwar das ganze Jahr über, der Rat entscheidet.
Diese Geld steht nicht als Bargeld zur Verfügung. Beim Ausgeben dieses Geldes muß bislang die städt. Beschaffungsordnung berücksichtigt werden. Was dies jeweils bedeutet, kann man beim Sek nachfragen. Gruppen, die Personalgelder zur Verfügung haben, müssen diese spätestens 14 Tage nach Erbringung der Leistung in Rechnung stellen, sonst verfällt das Geld.

4.Anträge

GO-Anträge unterbrechen eine laufende Debatte und haben Vorrang vor anderen Wortmeldungen. Bei einem GO-Antrag ist nur eine Gegenrede zulässig. Nach dieser Gegenrede ist über den GO-Antrag unmittelbar abzustimmen. Erfolgt keine Gegenrede so ist der Antrag angenommen. Bei Stimmengleichheit gilt der entsprechende Antrag als abgelehnt. Über den weitest gehenden Antrag ist jeweils zuerst abzustimmen.

Zulässige Geschäftsordnungsanträge auf Rat und VV sind:
1) Antrag auf Nichtbefassung oder Vertagung eines Tagesordnungspunktes eines Antrags oder einerResolution
2) Antrag auf Schluß der Debatte
3) Antrag auf Schluß der Rednerliste
4) Antrag auf Beschränkung der Redezeit
5) Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit
6) Antrag auf geheime Abstimmung

5.Gruppenanträge

Anträge aller Art die von Gruppen kommen die bereits ins Haus aufgenommen wurden können nicht unter dem Tagesordnungspunkt Anträge untergebracht werden, sondern müssen auf der Tagesordnung erscheinen. Dazu müssen sie rechtzeitig dem Ratssekretär mitgeteilt werden damit er sie darauf schreiben kann.

6.Grosskampftag

Um das KOMM aufzuräumen oder dringende Arbeiten zu erledigen wird einmal pro Monat ein sogenannter Großkampftag veranstaltet. Dieser findet in der Regel Monatagabend um 18.00 Uhr statt. Bei diesem Großkampftag sind alle Gruppen verpflichtet zu erscheinen und zwar:
Gruppen mit bis zu 5 Mitgliedern mit einem Vertreter
Gruppen mit bis zu 10 Mitgliedern mit 2 Vertretern
Gruppen mit bis zu 10 Mitgliedern mit 5 Vertretern
Wenn eine Gruppe einmal fehlt kann sie dies durch Nacharbeiten beim nächsten Mal ausgleichen. Größere "Schuldenberge" sind nicht zulässig. Für Gruppen die öfters fehlen verhängt der Rat ebenfalls Sanktionen.

7.Fach

Im Sekretariat wird für jede Gruppe ein Fach eingerichtet. In dieses Fach werden Ratsprotokolle, Mitteilungen an die Gruppen und die Post der Gruppen gelegt. Die Gruppen sollten also nicht vergessen, das Fach regelmäßig auszuleeren.

8.Gruppendarstellung

Um die Kommunikation zwischen den Gruppen im Haus und über deren Probleme aufrecht zu erhalten sollen auf Rat und VV regelmäßig Diskussionen über Gruppen des KOMM stattfinden. Dazu ist es notwendig, daß sich die versch. Gruppen die in Absprache mit dem Ratssekretär auf der VV mit ihren inhaltlichen Konzept vorstellen.

KINO IM KOMM

Steckbrief

Königstr. 93, 85 Nürnberg, Tel. 22 36 47, Eintritt 2.- DM

NAME: FILMFABRIK - KINO IM KOMM E.V.

ANSCHRIFT: c/o Kommunikationszentrum
Königstr. 93
8500 Nürnberg 1

ENTSTEHUNG: Gegründet 1973 von einigen engagierten jungen Leuten, die selbst Filme machen wollten. Von Anfang an war die Filmfabrik (FF) an der Entwicklung des KOMM beteiligt.

ORGANISATIONSFORM: Eingetragener Verein (aus Gründen der Finanzverwaltung).
Die Gruppe ist selbstverwaltet; eingebettet in die Selbstverwaltung des KOMM (Informationen übers KOMM gibt's im KOMM-STECKBRIEF !!!)

ZIEL/INHALT: Förderung alternativer Kino-Aktivitäten in der Region Nürnberg in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ähnlicher Zielsetzung, den verschiedenen Gruppen im KOMM und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen.

PROGRAMM: a) feste Termine:
Jeden Donnerstag Schülerfilm
Freitag und Samstag je 2 Vorstellungen

b) Sonderveranstaltungen aus aktuellem Anlaß (z. B. Diskussionsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Gruppen/Institutionen innerhalb/außerhalb des KOMM).

Unser Programm soll eine Mischung sein aus 'politischen Filmen' und 'gehobenen Unterhaltungsfilmen', wobei sich u. E. beides nicht unbedingt ausschließen muß.

1978 zeigte die Filmfabrik 66 Filme mit ca. 200 Vorstellungen.

EINTRITTSPREISE: DM 2.00 bzw. DM 0.00 (z. B. bei Schülervorstellungen)

RÄUME: Kinosaal für 80 Personen
Bildwerferraum
Sitzungs- und Lay-Out-Raum

ZUSCHAUER: ca. 4000/Jahr, das entspricht ca. 20/Vorstellung

ETAT (1978): DM 25.000 (incl. Zuschuß aus dem KOMM- Etat in Höhe von ca. DM 17.000)

Größte Einnahmeposten: Zuschuß aus dem KOMM- Etat, Eintrittsgelder
Größte Ausgabeposten: Verleih- Mieten/Versand, Personalgelder, Druck/Lay-Out der Programme und Info- Hefte.

PROBLEME: Die Filmfabrik wurde und wird seit Beginn des Vorführbetriebes von nahezu allen großen Verleihen - auf Intervention der kommerziellen Kinos Nürnbergs - boykottiert.

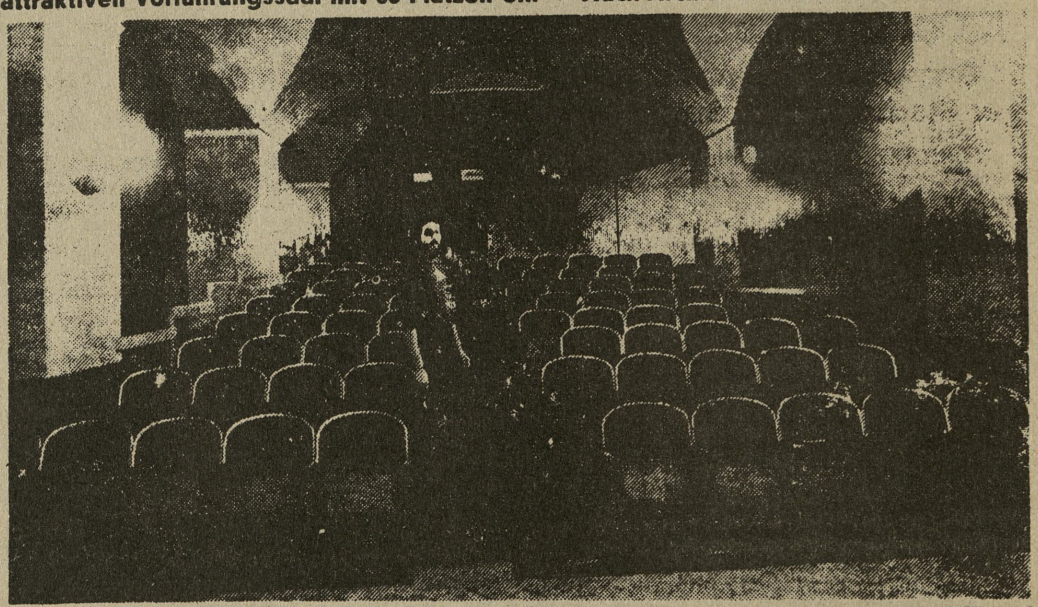
KONTAKTADRESSEN: Wolfgang Hörlbacher
oder
Hannes Schultheis
c/o Filmfabrik - Kino im Komm
Kommunikationszentrum
Königstr. 93
8500 Nürnberg

Stand: November 1979

Weiterer Schritt beim Ausbau des Nürnberger Kommunikationszentrums

Das »KOMM« hat ein Kino

Die Jugendlichen richteten sich mit kräftiger finanzieller Unterstützung der Stadt einen attraktiven Vorführungssaal mit 83 Plätzen ein — Auch Architekturstudenten halfen mit



Aus dem vorher recht düsteren Raum im „KOMM" wurde ein attraktiver Saal mit 83 Plätzen.

NÜRNBERG — Das Nürnberger Kommunikationszentrum (KOMM) am Königstor hat nach langer Umbauzeit endlich ein voll funktionsfähiges Kino: die Handwerkergruppe im KOMM in Zusammenarbeit mit einer Schreinerfirma sowie Mitarbeiter der Filmfabrik haben im Zuschauerraum eine neue Tribüne und eine feste Kinobestuhlung eingebaut.

Insgesamt mußten für den Umbua des Kinos — es hat jetzt 83 Sitzplätze — 13 000 Mark aufgewendet werden, wovon die Stadt 10 000 Mark beisteurte. Außerdem wurden Wände, Türen und Fensterrahmen neu gestrichen, so daß aus dem früheren düsteren Raum im ersten Stock ein kleines Schmuckstück wurde.

In Zusammenarbeit mit der Ausstellungsgruppe und der Videothek wird die Filmfabrik im Mai/Juni aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien eine Ton-Dia-Reihe über die aktuelle Situation in diesem südamerikanischen Land zeigen.

Filme über Lateinamerika

Sowohl die Filme über Lateinamerika als auch die Filme gegen Atomkraftwerke sollen einem möglichst breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Deshalb wird eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen wie Gemeinschaftshaus Langwasser, dem Jugendcafé oder dem Kulturladen Nord (Kuno) angestrebt.

Das nächste große Projekt im KOMM ist der Umbau des Festsaales. Schon heute ist sicher, daß die Renovierung mit einem Geldfundus von nur 12 000 Mark der bisher bedeutendste Kraftakt des KOMM und seiner Freunde sein wird. Unter Leitung der Handwerkergruppe soll das Projekt von den Jugendlichen in freiwilliger Arbeit verwirklicht werden.

Vorschläge für den Festsaal

Die KOMM-Selbstverwaltung hatte sich in dieser Angelegenheit bereits vor längerem an Studenten der Kunstakademie im Fach Innenarchitektur gewandt. Der Leiter der Klasse, Prof. Puchner, stand dem Vorhaben aufgeschlossen gegenüber, so daß drei Studententeams als Semesterarbeit Vorschläge für eine Saalgestaltung entwickeln konnten. Die drei Modelle wurden der Selbstverwaltung übergeben. Sie sind im Ausstellungsbereich im ersten Stock aufgebaut. Die Studenten wollen den Kontakt zu den Jugendlichen halten und die Ausführungen der Arbeiten beratend begleiten.

Mit diesem Projekt vervollständigt das KOMM eine auch bis jetzt schon bemerkenswerte Renovierungsbilanz. Erinnert sei nur an den Ausbau der Kneipe, an die originale Wiederherstellung des „Hinderzimmers" mit seinen Holztäfelungen und an das oben genannte Kino der Filmfabrik.

Nürnberg den 30.9.75

Erfahrungsbericht der Filmfabrik in der chronologischen Reihenfolge vom Jan. 73 bis Sept. 75

I. Start im CPH

Im Winter 1972/73 entwickelte sich aus der Filmfabrik I Filmfabrik II, die es sich im Gegensatz zu der ursprünglichen Gruppe, die vor allem Filme produzieren sollte, zum Ziel setzte den sog. "künstlerisch und politisch wertvollen Film einem größeren Publikum zukommen zu lassen. Das CPH (Einrichtung der kath. Kirche) stellte die Räume und teilweise die finanziellen Mittel zu Verfügung. Man hielt es auch für notwendig, Diskussionen im Anschluß an den Film durchzuführen, was mit mäßigem Erfolg gelang. Es waren von Seitens der Filmfabrik keine klaren inhaltlichen Vorstellungen vorhanden, es bewegte sich alles mehr oder weniger auf einer emotionalen Ebene. Da die gezeigten Filme sich zum größten Teil nicht mit den kirchlichen Vorstellungen von Jugendarbeit deckten, entzog man uns die Mittel, damit war dann unsere Arbeit im CPH beendet.

II. Probelauf im KOMM

Im Sommer 73 erhielten wir das Angebot während des Probelaufs im KOMM Filme zu zeigen. Das Programm wurde nach den Kriterien- der Vielschichtigkeit gestaltet, man versuchte durch bestimmte Reihen einen Überblick über die von kommerziellen Kinos vernachlässigten Filmangebote zu geben z.B.

künstlerisch wertvolle Erfolgsfilme: Hitchock, Polanski, ...
Junger deutscher Film: W. Schröter, G. Moorse, ...
Kurzfilme: Godard, R. v. Praunheim, ...
und zu guter letzt, die damals neuaufgekommenen Filme aus der Arbeitswelt: Kampf um 11%, Rote Fahnen sieht man besser, ...

Auch zu der damaligen Zeit gab es keine genau defenierten Kriterien für die Filmauswahl, es war größten Teils Geschmacksache. Mit der Zeit versuchte man den Film nicht mehr ausschließlich als Träger von Ästhetik und Unterhaltung, sondern auch als Medium zur Übermittlung von pol. Informationen und bestimmten pol. Ideologien zu begreifen.

III. Gründung des politischen Arbeitskreises und die Wechselbeziehung zur Arbeit der Filmfabrik:

Entwicklung von konkreten Zielvorstellungen

Am Ende des Probelaufs, im Anschluß an den Film Kampf um 11% wurde eine Diskussion initiiert, die ausgehend von dem Thema des Films sich dann dem Problem KOMM zuwand. Man diskutierte die Erfahrungen der 4 Wochen Probelauf und stellte dabei fest, daß das bis dahin Angebotene einen reinen Konsumcharakter besaß und pol. Veranstaltungen und Aktionen vollkommen ausgeklammert wurden. Da es sich bei den an der Diskussion Beteiligten zum größten Teil um bereits pol. engagierte oder organisierte Leute handelte, beschloß man, gemeinsam etwas dafür zu tun, um bei der geplanten Wiedereröffnung des KOMMs sich massiv gegen den Konsumcharakter zu wehren und den politischen Bezug zu den Jugendlichen herzustellen. Als politischer Arbeitskreis, der sich von jetzt an regelmäßig traf, entwickelte man allgemeine Zielvorstellungen für eine fortschrittliche und emanzipatorische Arbeit in Jugendzentren (siehe PAK-Papier). Dies war mit der ausschlagende Punkt für die weitere inhaltliche Arbeit der Filmfabrik (sämtliche Filmfabrikmitglieder waren im PAK organisiert). Es entstand eine fruchtbare Wechselbeziehung.

VI. Zielgruppenarbeit und Kosumangebot

Als Filmgruppe in einem Jugendzentrum hatte man den Anspruch auf der einen Seite politische Bildungsarbeit mit den Jugendlichen und Zielgruppen zu praktizieren, auf der anderen Seite ein alternatives und billigeres Unterhaltungsangebot im Gegensatz zu den kommerziellen Spielstellen zu liefern. Wir hatten zum damaligen Zeitpunkt noch die Illusion, Jugendliche mit populären Unterhaltungsfilmen anzulocken und dann "umzupolen" (sog. Ködertheorie) d.h. wir waren der Auffassung, wer öfters in Unterhaltungsfilme kommt, verirrt sich dann schon mal in einen pol. Film. Wie bei den Unterhaltungs- und Konsumfilmen, versuchten wir auch bei den Zielgruppenfilmen bestimmte thematisch abgeschlossene Reihen zu bilden, z.B.

Als Zielgruppenprogramm:	bei den Unterhaltungsfilmen:
Vietnam, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Selbstverwaltung im Betrieb, Psychatrie im Film, usw.	Musikfilme, alternative deutsche Filme, Retrospektive bestimmter Regiseure: Bunuel, Polanski, usw.

Bei der Arbeit mit den Zielgruppenfilmen machten wir folgende Erfahrungen::

Ein Schlag ins Wasser war alles, was von unserer Seite nicht, oder nur unzureichend vorbereitet war,

LIP - Seminar

oder, wenn wir uns auf die Unterstützung von Gruppen verlassen hatten, die entweder kein Interesse hatten etwas zu vermitteln, oder in den eigenen Reihen kämpften

Antikriegswoche (Falken/SöD)
Frauenfest & Frauenfilme (Frauengruppen)

Mit der Zeit hatten wir für einige Gruppen auch nur noch so ne Art Immobilienfunktion, d.h. sie zogen ihre Veranstaltungen durch und wir stellten die technischen Voraussetzungen.

Filme aus oder über China, Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft

V. Filmbühne und Auseinadersetzungen mit der UFA

Ab November 74 schenkten wir dem Unterhaltungsfilm endlich etwas mehr Bedeutung. Das Programm wurde um einen Tag pro Woche aufgestockt. Es wurden nun Mittwochs im Rahmen der Filmbühne (ehemals im JZ) Erfolgsfilme diskutiert und ideologiekritisch durchleuchtet. Diese Arbeit konnte mangels Kenntnis der Sachlage und der Zeit nicht von uns geleistet werden, sondern wurde von einem Dozenten des JZ (Otto Göbel) übernommen. Diese Zusammenarbeit wirkte sich leider aber nicht auf unser Grundkonzept aus, d.h. wir sahen es für uns als Gruppe nicht als Schwerpunkt an und versuchten nicht, über solche Filme zu reden.

Seit Sommer 74 zog sich neben unserer Arbeit ein ständig bedrohlicher werdender Konflikt her, die Auseinandersetzung mit der UFA (Vereinigung von Kinobesitzern) und der daraus folgende Boykott der größten Verleihfirmen. Man warf uns Geschäftsschädigung und einige andere Machenschaften vor (siehe offener Brief). Unsere Reaktion hatte offensichtlich Charakter und machte die ganze Sache zu dem, was sie von Grund auf auch war, nämlich zu einer höchst pol. Angelegenheit. Wir starteten eine Unterschriftensammlung, um wieder im Kinospiegel der Lokalpresse zu erscheinen, die uns mittlerweile boykottierte (das Kino im KOMM ist kein Kino). Wir informierten die Öffentlichkeit (Briefe an Fachzeitschriften, Lokalpresse, nicht kommerziellen-Spielstellen, Verleihe usw.). Diese Aktivitäten verliefen sich aber mit der Zeit, es bleibt noch nach der Ursache dafür zu suchen. Die Folge davon war, man verhängte den großen Verleihboykott gegen uns.

VI. Verleihboykott und Krise

Dieser Verleihboykott (folglich wesentlich geringeres Filmangebot) und personelle Veränderungen, sowie die Auflösung der Initiative führten im Winter 74/75 zur Krise. Die bisherigen Macher ((Stammleute der FF) suchten andere Betätigungsfelder und es enstand zunächst ein personeller Engpaß. D.h. um den Betrieb in der bisherigen Form aufrecht erhalten zu können, mußten die, bisher in der Weise nicht so erfahrenen und neu Dazugekommenden Mitarbeiter mehr oder weniger improvisieren.

Konkret äußerte sich das in einem gewissen Niveauverlust des Programms (z.B. Überbewertung des deutschen Jungfilms), die inhaltliche Arbeit wurde immer mehr zurückgedrängt d.h. man zeigte zwar noch Zielgruppenfilme, aber der Kontakt zu den verschiedenen politischen Gruppen konnte nicht mehr hergestellt werden. Nur gruppen, die selbst ein massives Interesse ander FF hatten (GDCF) kamen und nahmen die Mittel der FF in Anspruch, es bestand aber keine inhaltliche Verbindung mehr.

Veranstaltungen selbst inhaltlich vorzubereiten scheiterten zum größten Teil und wurden mit der Zeit vollkommen aufgegeben, Bsp. Filme über Alsstadtsanierung, Arbeitskampf usw. fanden kaum Interesse, die politischen Filme erhielten immer mehr Alibicharakter. Man beschränkte sich zum größten Teil auf rein formale Aufrechterhaltung des Programmskeletts, das immer fleischloser wurde. Ein wesentlicher Punkt für den Wegfall der inhaltilichen Arbeit war die Auflösung der Initiative, die immer das inhaltliche Rückgrat der Filmfabrik bildete. Durch die zunehmende Ratlosigkeit entstand eine Perfektionierung in der technischen Abwicklung des Programms. Man erweiterte das Programm um ein Matinee- und eine Spätvorstellung, der Aufwand zur graphischen Gestaltung des Programmblattes stand in keinem Verhältnis mehr zum eigentlichen Zweck! Es wurde mit dem für die Umstellung auf 35 mm notwendigen Umbau begonnen.

Die Unsicherheit und Perspektivlosigkeit auf inhaltlichem Gebiet wurde erkannt und man führte inhaltliche Seminare durch, deren Ergebnis eine weitere Bestätigung des bereits vorhandenen Konzepts (Zielgruppenarbeit/Unterhaltung) ist, mit der Perspektive mit verschiedenen Initiativgruppen zusammen zu arbeiten. Leider gelang es trotz der Unterstützung der bereits seit längerer Zeit mitarbeitenden Studenten der FHS nicht, das Konzept in die Praxis umzusetzen.

Allgemeine Resignation breitete sich aus und man stürzte sich in weitere technische Abenteuer. Das Programmgerüst wurde weiterhin aufrecht erhalten, aber das Angebot ließ größtenteils nur noch die Möglichkeit des einfachen Konsumierens zu. Diese Tendenzen haben sich bis heute gehalten und durchgesetzt.

Kino im Komm
Filmfabrik
85 Nürnberg
Königstr. 93
0911 / 16 28 55

Betrifft: Offener Brief der Mitarbeiter des "Kino im KOMM"

Am 14. August erschienen in der Fachzeitschrift Filmwoche/Filmecho Nr. 44 Jahrgang 1974 (Verlag Horst Axtmann, 62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42) die beiden Artikel "Nürnberger Trichter" und "Kino im KOMM".

Diese Veröffentlichungen stellen eine gezielte Diffamierung unserer Arbeit dar. Aufgrund der polemischen Art jedoch, die jedes sachlichen Inhalts entbehrte, hielten wir es für überflüssig, eine gerichtliche Gegendarstellung zu erzwingen, da wir dachten, der Artikel entlarve sich selbst. Infolge des daraus resultierenden Boykotts unserer Arbeit, der an anderer Stelle noch genau beschrieben wird, sind wir gezwungen, uns mit diesem Brief an die Öffentlichkeit zu wenden.

Den beiden Artikeln gingen zwei Briefe der "UFA-Theater-Aktiengesellschaft" an das Kulturreferat der Stadt Nürnberg und die CSU- und FDP- Fraktion voraus, wobei - nachdem uns der erste Brief bekannt wurde - in dem zweiten die ausdrückliche Bitte enthalten war, uns Betroffenen den Brief nicht weiterzureichen, wohl aus der (berechtigten) Angst heraus, wir würden damit an die Öffentlichkeit gehen.....

Der Inhalt im ersten Brief ist im wesentlichen der gleiche wie der des Artikels "Nürnberger Trichter" im Fachblatt Filmwoche/Filmecho. In diesem Artikel stand zu lesen:

"..... daß das "Kino im KOMM" auch politisch engagiert ist und vornehmlich einseitig politische Filme programmiert, mit Emblemen im Programmplakat von Mao, Marx und Lenin - nur nebenbei erwähnt. Immerhin im Zusammenhang damit, daß Steuergelder für die Finanzierung jenes "KOMM" im Spiele sind, die wohl kaum einen anderen Zweck verfolgen als den gewerblichen Filmtheatern Konkurrenz, zumindest aber das Leben schwer zu machen."

"Die Filmtheaterlandesverbände sind aufgerufen ihren Mitgliedern bei "nichtgewerblicher" Konkurrenz auf direktem Weg über die jeweiligen Verleiher intensive Hilfe zu leisten."

Daraufhin passierte folgendes:

Die drei größten Verleihe FOX/MGM, Cinema International und Warner Columbia beliefern uns grungsätzlich nicht mehr mit Filmen, mit der Begründung, die UFA würde ihnen sonst keine Filme mehr abnehmen. Einige andere Verleihe bereiten uns erhebliche Schwierigkeiten.

Filme, die wir im Programm haben sind plötzlich an den Tagen, an denen wir sie spielen wollen, bei einem gewerblichen Nürnberger Kino unter Vertrag, werden aber dort nicht aufgeführt (so z.B. mit "Das Messer im Wasser").

VEREIN zur FÖRDERUNG
der zeitgenössischen
MUSIKSCENE NORDBAYERNS e.V.

Sitz: Kommunikationszentrum KOMM 85 Nürnberg, Königstr. 93

Die Aufgabe des "Musikvereins" soll in erster Linie die Durchführung von Musikveranstaltungen im KOMM sein, deren Konsumcharakter abzubauen und den Kontakt zwischen Musikern und Publikum zu verbessern. Der Verein versteht sich als Teil des KOMM und er erklärt seine Übereinstimmung mit den Zielen der Selbstverwaltung.

Ziele:

Der Musikverein setzt sich zum Ziel, die Musikszene, im Besonderen die nordbayerische zu fördern. Er will einerseits bei den Zuhörern Eigeninitiative anregen, ihre Urteilsfähigkeit verbessern, Vorurteile abbauen helfen und ein Bewußtsein für Musik als künstlerisches, kommunikatives und informatives Medium zu schaffen.

Der Musikverein versteht sich als Alternative zu den Großveranstaltern und distanziert sich entschieden von jeder Art von Starkult und anderen Auswüchsen der Musikszene. Der Zuhörer soll nicht staunend das Können der Musiker bewundern oder sich von den technischen Möglichkeiten von Musikgruppen und deren Lautstärke berauschen lassen. Er soll sich vielmehr mit dem musikalischen Inhalt, der Qualität und Aussagekraft der Texte und dem "feeling" der Interpreten auseinandersetzen. Er soll verstehen lernen, daß Musik nicht nur eine Ware darstellt, die produziert und verkauft werden kann. Sie soll unserer Auffassung nach als Ausdruck des inneren Zustands der Musiker begriffen werden, abhängig von deren Fähigkeit, diesen und damit ihre Situation in der Umwelt auf Instrumenten oder durch die Stimme umzusetzen und zu vermitteln. Musik ist eine Form der Kunst und damit ein Medium, mit dem der Musiker und der Zuhörer einerseits seine Umwelt vergessen kann und das beide aus dem Alltag herausheben kann, andererseits ein Mittel, sich mit seiner Umwelt auseinanderzusetzen. Ob er will oder nicht zeigt der Musiker seine innere Einstellung und Verfassung, wobei eine Wechselwirkung mit dem Publikum auftritt. Musik soll aber vor allem Spaß machen und nicht nur dargeboten (gemacht) und gehört (konsumiert) werden, sie soll vor allem erlebt werden.

Praktische Verwirklichung:

Um den Kontakt zwischen Musikern und Publikum zu verbessern, will der Musikverein neben Großveranstaltungen vor allem kleinere Konzerte und Session organisieren. Damit soll auch Minderheiten Möglichkeit gegeben werden, ihre Musikinteressen wahrzunehmen.

Um die Qualität der Darbietungen zu verbessern, wollen wir unser Möglichstes tun, die Gruppen oder Einzelinterpreten nach inhaltlichen Gesichtspunkten auszuwählen.

Es sollen Workshops durchgeführt werden, um Musikern Anregungen zu geben, sich weiterzubilden und von einander zu lernen (musikalische Themen) und Informationen über bestimmte Bereiche zu vermitteln (inhaltliche Themen).

Damit der Nachwuchs vor einem Publikum Erfahrungen sammeln kann, wollen wir Veranstaltungen durchführen, bei denen jeder auftreten kann(offene Bühne). Sofern Interesse vorhanden ist, soll Musikunterricht geboten werden.

Zur Auflockerung von Musikveranstaltungen werden wir versuchen, verschiedenen Medien zu mischen, z.B. Dichterlesungen, Filme, Theater usw. einzubeziehen.

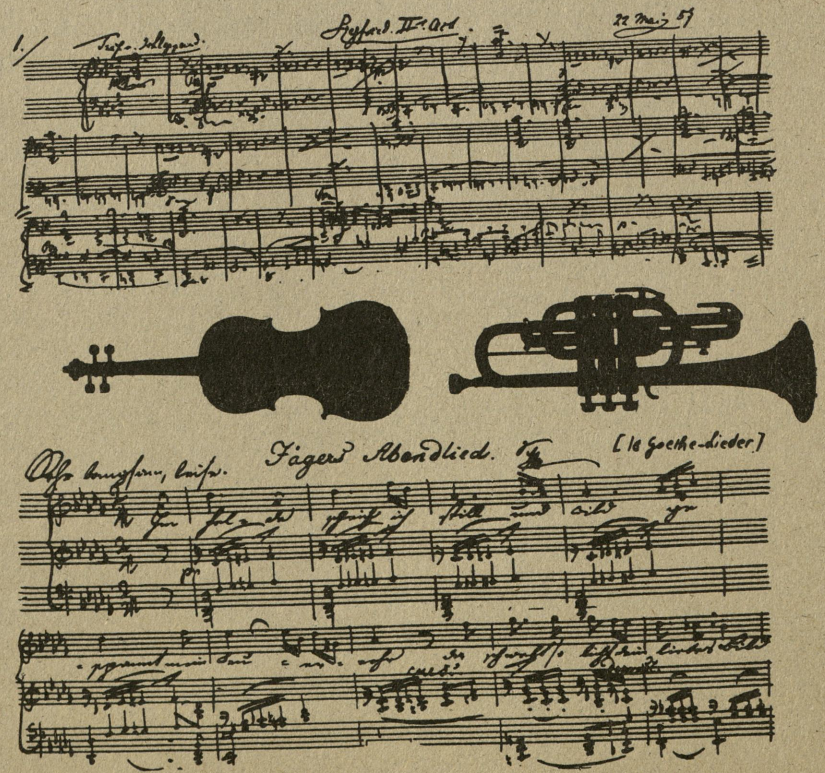
Um die Musik soweit wie möglich vom Kommerz herauszuhalten, werden wir unsere Eintrittspreise für Veranstaltungen möglichst niedrig machen (Gewinne einzelner Personen sind laut Vereinssatzung nicht zulässig). Außerdem will der Verein seinen Mitgliedern die Möglichkeit gestaffelter Abonnements bieten, mit denen sie mehrere oder alle veranstaltungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums für einen Pauschalbetrag besuchen können.

Das Angebot soll breit gefächert sein und von Rock über Folklore, Jazz, Volksmusik, Chancon, musikalischem - literarischem Kabarett bis zum Musiktheater alles einschliessen, was die Szene bietet. Der Musikverein möchte deshalb gerne mit anderen Veranstaltern zusammenarbeiten (vereine, Oragnisationen). Einzelpersonen dürfen jedoch auch in solchen Fällen keinen Gewinn machen.

Wir sind uns klar darüber, daß diese Ziele nicht von heute auf morgen erreicht werden können. Wir benötigen Zeit und vor allem das Engagement von vielen Leuten. Deshalb fordern wir jeden auf, dessen Vorstellungen sich mit unseren Zielen decken, bei uns einzusteigen. Wir bitten Euch, Vorschläge und Ideen bei uns vorzubringen und jeden, der auftreten oder einen Workshop durchführen etc. will, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Um unsere Arbeit sinnvoll zu machen und durchführen zu können, brauchen wir möglichst viele Mitglieder (Mitgliederbeitrag 2.- DM / Vierteljahr). Zu erreichen sind wir jeden Mittwoch zwischen 18.00 und 19.00 Uhr im KOMM, Nürnberg, Königstr. 93 Tel.: 16 28 55

Wir freuen uns über jeden der mitmachen will !!!!!



Komm-Zeitung

Nr. 28 — militant-zärtliche Zeitung — April

Kommunikationszentrum; Königstrasse 93, 8500 Nürnberg, Telefon: 0911/22 38 47, Auflage: 3000 Exemplare. Kostenlos, mit Programmteil

SKINS, ROCKER, PUNKS — zwischen Spießbürgertum und Knast

Seit Monaten treten neue Zeitgestalten im KOMM auf: Punks, Rocker, Skins und was sich dafür hält. Sie wurden zum lebendigen Widerspruch im KOMM: Begrüßt als Rebellion gegen die Gesellschaft zum einen und Nervensägen, Angst und Wutgefühle hervorbringend, zum anderen.

Das Phänomen "Jugend" hat wieder Konjunktur.

Die These, daß Punks, Skins und auch Rocker als eine "Jugendkultur" mit Widerstand und Revolte gegen das Herrschende zu sehen sind, trifft im KOMM und anderswo auf eine und seltsame Wirklichkeit.

Am 5. März (Jahrestag der Massenverhaftung) brach die Gruppe "Hammerfest" aus Vlotho ihr Benefizkonzert ab, da sie meinten, nicht 600 km gefahren zu sein, umsonst zu spielen und dann noch von "Arschlöchern" (Punks) mit Bier vollgeschüttet zu werden; ihre richtige Antwort an den Punk- Typen, der meinte zweimal Bier auf einen Musiker schütten zu müssen, war ein Satz "heißer Ohren". Der Rest der Zuhörer war jedoch nicht in der fähigg zu handeln.

Die Rockergruppe "Wolfsrudel" (zeitlang eine Gruppe des KOMM's) ging bei Auseinandersetzungen im KOMM soweit, daß sie Fußtritte gegen Mitarbeiter als "normal" ansahen, bzw. sich als äußert harmlos begreifen, was das KOMM angeht, denn "draußen", in freier Wildnis, ginge es zwischen Rockern und anderen Menschen viel härter zu. Nicht unbekannt dürfte auch die Agression einiger sogenannter "Skins" gegen Ausländer sein. So gibt es regelrechte Verfolgungsjagden nach Pakistanis welche angeblich Frauen anmachen würden. Um die eigenen Agressionen gegen Ausländer und andere zu legitimieren wird der Schutz der "deutschen" Frau hervorgehoben.

Die Verrohung und Verelendung....

in agressiver und depressiver Weise nimmt jedoch nicht nur bei den sog. Jugendkulturen zu. Wie bekannt wurde, nahm die Zahl der Raubüberfälle in der Innenstadt in den letzten Jahren um hunderte von Prozenten zu. Kein Clubspiel geht ohne Verletzte, Besoffene und Gewaltaten zu Ende. Und dies bei Sieg oder Niederlage.

Die sog. Penner- und Sandlerszene wurde in letzter Zeit in der Innenstadt auch weitaus ausfdringlicher und massiver. Sie ausgeprägt vor der Lorenzkirche zu beobachten, wobei die Kirchendiener hilflos zwischen der milden Gabe von 5.- DM und der Drohung mit der Polizei reagieren.

In Freizeitheimen der Stadt nehmen die Zerstörung von Inventar zu. Öffentliche Verkehrsmittel, Kinositze, Telefonhäuschen, Pissoirs und Parkanlagen werden ständig zerstört und in kaum einer Aus-

F... 6

DER GUTE ANTI-FASCHIST

Interview mit einem neo-nazistischen Jugendlichen

Woher stammt nur der Aberglaube, Daß die Wahrheit sich selber Bahnbreche? Daß sie auch erhört werde, wenn sie gehört ist, daß sie bei denen, die sie angeht, augenblicklich einschlage?

Ernst Bloch

Der eine gibt sich zu erkennen als "Faschist", der andere nicht, dem einen haut man auf's Maul dem anderen nicht. Das Resultat ist bei beiden gleich, denn am Verständnis des anderen, hat sich nichts geändert.

Dem symbolischen aufs Maul hauen, geht wenn der jugendliche "Faschist" vor einem steht, meist ein aufklärerisches Gespräch voraus. Die Verwunderung ist dann groß, daß der Gesprächspartner sich nicht, durch die mehr oder weniger analytisch vorgetragene Argumentationskette überzeugen läßt. Das Ende ist dann das Ausgrenzen, die Beschimpfung oder der Rausschmiß, weil "man packts einfach nicht mehr" wie das immer so schön heißt. Man packt seine eigenen Ohnmacht nicht mehr, das eigene Unvermögen, dem Faschismus was entgegen zusetzen. Das eigene antifaschistische Bewußtsein macht sich dann deutlich, durch die anti- position zum Faschismus. Man selbst ist gut weil Anti- fa. der andere böse weil Fascho.

Eine klare Orientierung ist für einen selbst wieder gelungen und macht sich oft breit in Scheinhandlungen und Forderungen wie einem Verbot der NPD. Weniger die NPD ist das Problem, als das faschistischen Inhalten aufgeschlossene Bewußtsein, doch an diesem Bewußtsein ist durch eine Dichotomisierung (schwarz-weis-malerei) wenig zu ändern.

In vielen moderneren Schriften zum Thema neo- faschistischer Jungendlicher, kann man nachlesen, daß bei vielen Jugendlichen eine psychische Disposition für ein Weltbild rechter Provenienz und deren Organisationsmuster vorhanden ist. Die Ansprache, und die Bildung und Besetzung von politischen Kategorien, erfolgt überwiegend auf einer emotionalen Basis. Um veränderend zu wirken, muß am Interesse und am empirisch erfassbaren Bewußtsein der Jugendlichen angesetzt werden.

Das sind kluge Reden und durchaus einsichtig für mich, doch schwierig wird es bei mir mit der Umsetzbarkeit.

Linkes Bewußtsein wie ich es einmal formulieren will, fußt auf einer intellektuellen Verarbeitung. Die emotionale ganzheitliche Einbettung wie sie rechte Organisationen schaffen, können wir nicht leisten. Aber es sind meines Erachtens zwei Sachen in dem Ansatz vorhanden, die uns auch für unsere alltägliche Arbeit nützen können. Es ist das Ernstnehmen des Bewußtseins von rechten Jugendlichen, das Erkennen, daß es wahr ist daß dort man ansetzen muß, daß die Einteilung in richtiges und falsches Bewußtsein nichts bringt. Und als zweites, was schon aus dem ersten folgt, ist der Verzicht, die Ablehnung eines Feindbildes, rechten Jugendlichen gegenüber, bei uns selbst. Eine sinnvolle politische Arbeit kann nicht in einer Anti- haltung ihnen gegenüber bestehen, sondern in der Verdeutlichung dessen, was für uns die Werte und Ziele einer Welt darstellen. Der beständige Kontakt und die Konfrontation mit dem was wir wollen, und nicht die Ausgrenzung, sind die einzige Möglichkeit einer wirksameren Politik gegenüber Jugendlichen, die auf rechts abfahren.

Inhalt:

Interview mit einem neo- nazistischen Jugendlichen.....S.2/3

Nichts ist alternativ an den Alternativen.....S. 4

Und nach uns die Amis
Ein Beitrag zur Starbahn West...S. 5

Skins, Rocker, Punks zwischen Spießbürger und Knast.....S. 6

Aus der Reihe Unveröffentlichtes .....S. 7

LITERA - KOMM - TOUR.....S. 8/9

Bilder aus EL Salvador.....S. 10

RONALD Mc DONALD .....S 11
und jede Menge Kleinanzeigen

FORTSETZUNG: von S. 1

SKINS, ROCKER, PUNKS

gabe der Tageszeitung wird versäumt Morde, Selbstmorde, Vergewaltigungen, Banküberfälle, Betriebsunfälle und Polizeieinsätze, wo Blut und Tränen fließen in düsterer und aufgeilender Aufmachung zugleich zu schildern:

Die Brutalitäten unter Kindern sind in Einzelfällen sehr viel härter geworden. Die Vorbilder aus Fernsehen und Film, so meinen die Fachleute, zeigen offensichtlich ihre Wirkung. Die Beispiele aus den vergangenen Monaten sind beredt: In einer Schule in der Stadtmitte schießt ein 12jähriger einem Klassenkameraden mit einer scharfgemachten Schreckschußpistole in das Bein. Im Süden der Stadt rammt ein 13jähriger einem Gleichaltrigen ein Messer in die Brust, daß dieser lebensgefährlich verletzt wird.

Ein anderer Junge schlägt seinem Kameraden im Schulhof die Zähne aus, weil jener ihn vorher versehentlich mit einem Schneeball getroffen hat. Während des Leseunterrichts biegt ein Bub einem Mädchen die Hand um, daß alle Finger brechen. (aus NN 9.3.82)

Betroffenheit und Hintergründe erfahren die Leser der Nürnberger Tageszeitungen kaum. Die Alpträume welche immer wieder, vereinzelt und massenhaft Wirklichkeit werden nehmen zu. Sie werden nur ohne Hintergründe gesehen, vergessen, verschwiegen oder in den falschen Farben wiedergegeben.

WELCH EIN LAND - WAS FÜR LEUTE

Spüren tun die Veränderungen alle. Polizeipräsidenten, Stadträte, Kommunalverwaltung und Sozialarbeiter alle auf ihre Art. Sie integrieren oder grenzen aus. Neue Gesetze, Verordnungen und etwas Besorgnis ist in erster Linie die anzutreffende Haltung. Freiräume werden eingeschränkt, nicht geschaffen und manchem winkt der KNAST bevor er zu denken beginnt.

Doch auch die Freaks, die Linken und Alternativen haben mehr und mehr Schwierigkeiten mit den "Randgruppen". Sie stigmatisieren sie teilweise auch recht schnell zu Kaputten, Verrückten, Kriminellen oder gar Faschisten. Ihre Hilflosigkeit im Umgang beruht hauptsächlich auf der Sorge ums eigene Weiterleben und in den Nischen bzw. Kämpfen ungeschoren zu bleiben.

Einiges von dem, was einst gegen Sozialarbeit, Psychatrie und Pädagogik gesagt wurde ging offensichtlich theoretisch als auch praktisch gegenüber den neuen Erscheinungen, nicht nur in der Jugend, verloren. Es blieb bei Büchern und Theorien welche jetzt verstauben. Stattdessen wird wieder Autorität oder Flucht, Verdrängung bevorzugt.

Ist es nur das Älterwerden? Gibt es einen neuen "Generationskonflikt"? Oder ist dies alles gesteuert?

Sicherlich hat sich Krisen- und Kriegsgefahr deutlich auf Bewußtsein und Psyche der Menschen ausgewirkt. Auch Arbeitslosigkeit und Betonmauern werden als Gründe des neuen "feelings" wieder genannt. Dahinter steckt das Argument Staat und Gesellschaft wären Verursacher und "Schuldige" der zunehmenden Brutalität, Verrohung und Verelendung. Es müßten nur "andere" an der Regierung sein.

Wir denken, daß institutionell, d.h. über Bürokratie und Sozialpolitik der Gewaltzunahme nicht näher gekommen wird. Diese Gewalt wird mit Justiz, Knast, Polizei, Sozialarbeit verwaltet.

Wir setzten Gesellschaftspolitik, Beziehungsarbeit und eine "andere" Kultur entgegen, was aber in folgendes Dilemma führt:

Die Mehrheit unsere Gesellschaft lebt in Konkurrenzleistungszwängen mit Rationalisierung, Technik, Massenkonsum recht und schlecht, aber zufrieden. "Am Rande" fallen mehrere raus: nicht nur Jugendliche, jedoch sind die vielleicht m lautesten. Einige Ausdrücke dessen nd "no future", ohne Bezug zur Realileben und Gewalt,andere die ständ Unzufriedenheit, Rastlosigkeit und t nach "besserem und größerem".

Eine "Minderheit" lebt "anders". Sie versucht produktive Kultur, Selbstverwaltete Zentren, selbstbestimmte Arbeit, kollektives Leben durchzusetzen und

schaffte es auch inzwischen eine gewisse politische und alternative Kraft zu werden.

Punks, Rocker, Skins, zumindest in KOMM, haben mit beiden, Mehrheits- und Minderheitskultur nichts am Hut.

Sie stehen diffus am Rande: teils mit Träumen nach dem Luxus der bürgerlichen Welt, teils mit faschistoiden Vorstellungen (z.B. gegen Ausländer), teils mit Sympathie für eine irgendwie geartete Anarchie, aber großteils sind sie auf dem Weg in einen gewöhnlichen, "normalen" proletarischen Lebenslauf zu geraten.

Sie setzen nichts gegen diese Welt als ihr bißchen "andere" Äußerlichkeit, was in einigen Jahren vergehen wird.

Die Sprachlosigkeit gegenüber den Alternativen oder der Welt der Bürger zeigt der völlige Mangel an Interesse für Politik, Kultur oder Leben in anderen Gesellschaftsbereichen.

Die "Randgruppen", Jugendkulturen oder wie auch immer, sind höchstens Spielbälle in der Sozialpolitik, in der Ausbeute für Medien, Werbung oder auch Journalisten. Doch sie wissen nicht wer die Gauner sind, welche sie benützten, sie interessiert auch nicht wie sie bewußt eingreifen könnten.

daß ihre ständige "Heimat" KOMM verloren ginge. Doch die Punks sind viel weniger geschlossen und von oben nach unten "organisiert" als die Rocker. Der "Hass" der Punks hat dieselbe Ursache, wie die "Gewalt" der Wolfsrudel, doch deutliche andere Formen.

Die gesellschaftliche Minderheit von "anderer" Kultur ist auf Vollversammlungen im KOMM die große Mehrheit. Es wurde deutlich daß die gefundenen Regeln der Selbstverwaltung akzeptiert sind, aber ständige Diskussion darüber möglich ist. Die Bestätigung der Hausverbote für die beiden Gewaltätigen und die breite Auseinandersetzung über Gewalt, bzw. Zusammensein im KOMM zeigte die innere Geschlossenheit und das Leben der Selbstverwaltung.

Die "neue" **GEFAHR** kommt nicht von "Jugendkulturen", Punks, Rockern oder ähnlichen, sondern trägt Anzüge und

Krawatten: die **REGIERUNG** von **MITTELFRANKEN**. Doch davon einandermal.

Die Rocker Vollversammlung vom 23.3...

zeigte ein erfreuliche Wirkung. Der Festsaal war voll von Leuten die der Brutalität einzelner Rocker stoppen gewillt waren, ohne die ganze Gruppe "Wolfsrudel" zu verdammen. Deutlich wurde die Hilflosigkeit der Rocker durch die Radikalität und Brutalität ihrer Sprache. Wieviel Angst und Hoffnungslosigkeit steckt steckt hinter dieser verbalen "Kraft"? Welchen unterdrückenden Alltag müssen die Rocker in Schule, Fabrik oder Familie erlebt haben um nur noch in beleidigender Weise sich äußern zu können, und zwar Leuten gegenüber welche ihnen nicht im geringsten etwas anhaben wollen?

Die Unterschiede zwischen Leuten aus dem KOMM und den Rockern war so deutlich, daß als Resultat der Vorschlag auf eine klare Trennung fast widerspruchslos von beiden Seiten angenommen wurde. Die Annäherung zwischen KOMM- "Bewegung" und den Rockern ist wohl gescheitert. Die Punks, teils emotional auf der Seite der Rocker, blieben ruhig sitzen da sie merkten,